Detlef Schmiechen-Ackermann

Anpassung Verweigerung Widerstand

Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich

Gedenkstätte
Deutscher Widerstand
Berlin

Anpassung
Verweigerung
Widerstand

Schriften der
Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Herausgegeben von
Peter Steinbach und Johannes Tuchel

Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.)

Anpassung
Verweigerung
Widerstand

Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich

Schriften der
Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Reihe A: Analysen und Darstellungen
Herausgegeben von
Peter Steinbach und Johannes Tuchel
Band 3

Eine Buchhandelsausgabe dieses Werkes
ist in der Edition Hentrich, Berlin, erschienen

© 1997
Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Alle Rechte sind vorbehalten
Jegliche Wiedergabe nur
mit Genehmigung der
Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Gestaltung
Atelier Prof. Hans Peter Hoch,
Baltmannsweiler

Lithos
Reprowerkstatt Rink, Berlin

Druck
Druckhaus Hentrich, Berlin

Buchbinder
Buchbinderei Heinz Stein, Berlin

Printed in Germany
1. Auflage 1997

Inhaltsverzeichnis

8 Vorwort
Peter Steinbach

I.
Einführende Beiträge

13 Detlef Schmiechen-Ackermann
Soziale Milieus, Politische Kultur und
der Widerstand gegen den
Nationalsozialismus in Deutschland

30 Gerhard Paul
Zwischen Traditionsbildung und Wissenschaft.
Tendenzen, Erträge und Desiderata
der lokal- und regionalgeschichtlichen
Widerstandsforschung

46 Franz Walter/Helge Matthiesen
Milieus in der modernen deutschen
Gesellschaftsgeschichte.
Ergebnisse und Perspektiven der Forschung

II.
Rahmenbedingungen
für die Auseinandersetzung mit dem
Nationalsozialismus

77 Inge Marßolek
Milieukultur und modernes Freizeitverhalten
1920 bis 1950

95 Wolfgang Zollitsch
Modernisierung im Betrieb. Arbeiter zwischen
Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus

109 Robert Gellately
Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft.
Zur Entstehungsgeschichte einer
selbstüberwachenden Gesellschaft

III.
Soziale Milieus zwischen Anpassung und Verweigerung

123 Detlef Schmiechen-Ackermann
Sozialistische Milieuvereine nach 1933.
Strategien der Anpassung und der
Verweigerung am Beispiel der Arbeitersportler
und Arbeitersänger

145 Cornelia Rauh-Kühne
Anpassung und Widerstand?
Kritische Bemerkungen zur Erforschung
des katholischen Milieus

165 Hans Otte
Evangelische Kirchengemeinden
als resistentes Milieu?
Einige Beobachtungen anhand der
vorliegenden Regionalstudien

193 Sylvia Rogge-Gau
Jüdische Selbstbehauptungsstrategien
zwischen nationaler Identität
und Diskriminierung

IV.
Politische Orientierungsmuster, Handlungsspielräume und regionalspezifische Ausprägungen des Arbeiterwiderstandes

201 Andreas Wirsching
Kommunistischer »Antifaschismus«
in Berlin und Paris
zwischen den Weltkriegen

221 Klaus-Michael Mallmann
Konsistenz oder Zusammenbruch?
Profile des kommunistischen
Widerstandes 1933–1945

239 Detlef Lehnert
Metropolen als politische Einheiten
in soziokultureller Vielfalt.
Voraussetzungen der
sozialdemokratischen Widerstandspotentiale
in Berlin und Wien

257 Beatrix Herlemann
»Wir sind geblieben, was wir immer waren:
Sozialdemokraten«.
Sozialdemokratisches Widerstands- und
Überlebensverhalten 1932 bis 1945

269 Ludwig Eiber
Arbeiteropposition im Betrieb.
Spielräume und Grenzen am Beispiel der
Hamburger Hafen- und Werftarbeiter

V.
Diskussion

288 Thomas Franz/Jan Merk
Perspektiven und Anmerkungen
aus der Tagungsdiskussion

VI.
Anhang

296 Abkürzungsverzeichnis

298 Auswahlbibliographie

306 Die Autorinnen und Autoren

Peter Steinbach

Vorwort

Jüngst hat der Bochumer Sozialhistoriker Klaus Tenfelde in der Festschrift für Hans-Ulrich Wehler einerseits bezweifelt, ob der Milieubegriff für die Untersuchung sozialer Konfigurationen in der alteuropäischen Gesellschaft überhaupt nützlich sei, andererseits aber hervorgehoben, daß vor allem nach 1933 Milieubindung zur Resistenz befähigt hätte [1]. Damit hat er wie bereits in seiner Habilitationsschrift, die der Untersuchung eines lokal verdichteten Arbeitermilieus gewidmet war, deutlich gemacht, daß die Kritik des Historikers am Milieubegriff ihre Grenzen in der Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus findet.

In der Tat hat der Milieubegriff in der Widerstandsforschung stets eine besondere Rolle gespielt, insbesondere unter dem Eindruck des umfangreichen Projekts »Bayern in der NS-Zeit« des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, in dem das Konzept der Resistenz geradezu kollektivgeschichtlich prägend wurde. Mehr als zehn Jahre nach dem Abschluß dieses großen Vorhabens ist es an der Zeit, sich an einer komparatistisch orientierten »Erweiterung« zu versuchen. Im Unterschied zu manchen anderen soziologischen Konzepten verharrt das Verständnis des Milieubegriffs in den Deutungen zurückliegender Jahrzehnte, obwohl gerade die Kommunikations- und Alltagsgeschichte die Wahrnehmungs- und Mentalitätsgeschichte auf neue Grundlagen gestellt haben. Der Milieubegriff wurde in der Regel weniger sozialgeschichtlich »erweitert« (Werner Conze), vielmehr mit regional- und mentalitätshistorischen Konzepten verbunden.

Im Zusammenhang mit der Widerstandsgeschichte wurde dadurch die Frage aufgeworfen, wie sich Widerständigkeit milieuspezifisch deuten ließe. Denn die entscheidende Frage der Widerstandsforschung konzentriert sich auf das Problem, wie Distanzen einzelner oder Gruppen von Zeitströmungen zu erklären sind, wie diese Distanzen in Distanzierungen münden und so alternative Handlungskonzepte aus Werthorizonten ableiten, die aktiv verteidigt werden oder sogar eine ganz eigenständige Verhaltensdynamik aufweisen, die sich bis zum lebensgefährlichen mitmenschlichen Verhalten oder zur aktiven Konspiration steigern kann. Eine ganz besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Milieukonzept. Es ist ursprünglich von Jean Améry in einer kritischen Analyse des Nachkriegskatholizismus entwickelt und Mitte der sechziger Jahre von Mario Rainer Lepsius in ein folgenreiches sozialwissenschaftliches Konzept transponiert worden, welches außerordentlich geeignet war, Beziehungen zwischen sozialen Gruppen aus reinem, jeweils ganz unterschiedlich entwickeltem Weltverständnis zu erklären und Interaktionen sowohl als Folge von Weltdeutungen als auch von Konfrontationen und sozialen Isolationen deutlich zu machen.

Dieses Konzept wurde seitdem in unterschiedlicher Weise fortentwickelt, teilweise im Konzept der Lagerungen oder des Lagers – etwa bei Negt und Kluge, später auch bei Rohe –, teilweise im Konzept der Weltanschauungen und Traditionsbindungen aufgenommen. Für die Widerstandsgeschichte ist das Milieukonzept besonders wichtig, weil es zu erklären vermag, weshalb es in modernen Diktaturen nicht zu einer völligen weltanschaulichen Gleichschaltung sozialer, kultureller und politischer Gruppen kommt. Sie entfalten vielmehr auf eine häufig beeindruckende Weise die Kraft zur Dissidenz, zur Nonkonformität und zum abweichenden Verhalten. Dadurch schaffen sie Distanz von Sogströmungen und »Schweigespiralen« und unterstützen die Entwicklung einer Widerstandskraft zur weltanschaulichen Opposition. Aus ihr kann die Zurückweisung eines weltanschaulichen Führungsanspruchs diktatorischer Bewegungen und Führungsgruppen resultieren, die schließlich immer stärker auf aktive Bewährung drängen mag.

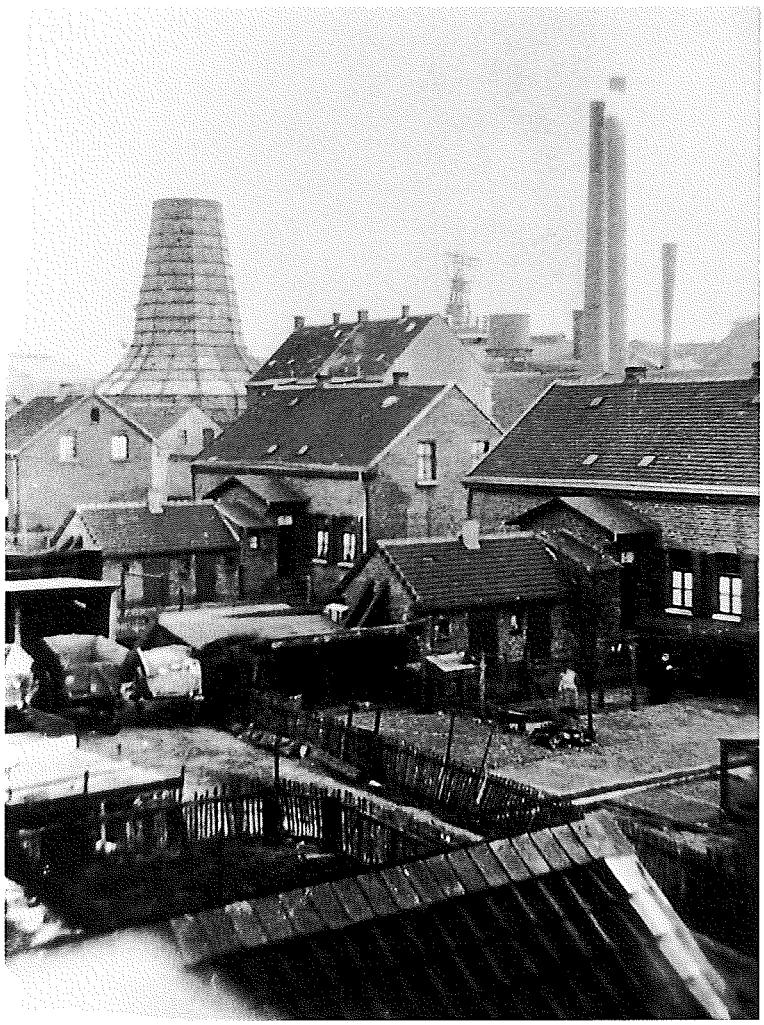
Die in ihrem umfassenden weltanschaulichen Führungsanspruch in Frage gestellten Vertreter von Diktaturen wiederum erblicken in der Zerstörung nicht angepaßter Milieus ein wichtiges Ziel ihrer Politik. Sie zerstören Sozialstrukturen, um Milieus zu schwächen. Dieser politisch induzierte soziale Wandel wird teilweise sozialpolitisch legitimiert. Die Instrumente dieses Wandels sind vielfältig und provozieren nicht selten Widerspruch. Milieus werden dann verteidigt, gepflegt, kultiviert. Die Vertreter eines diktatorisch durchzusetzenden, geschichtsteleologisch begründeten Wandlungskonzepts schrecken wiederum in der Auseinandersetzung mit jenen, die sich auf alternative Wertmuster beziehen, vor Diffamierung und Entrechtung, vor strafrechtlichen Maßnahmen und Terror nicht zurück. Wer sich diktatorisch induzierter Veränderung widersetzt, erscheint so als Regimegegner, dessen »Widerstand« gebrochen werden muß.

Hier setzt der vorliegende Sammelband ein. Er verbindet milieuorientierte mit regionalhistorisch angelegten Studien und versucht, den Milieubegriff weniger als eine statische oder sozialgeschichtlich deskriptive Kategorie zu entwickeln, als vielmehr den traditionsgeschichtlichen und damit auch verhaltensrelevanten Gehalt des Milieubegriffs nutzbar zu machen. Dies ist vor allem dann sinnvoll, wenn sich der Historiker auf die verhaltensgeschichtliche und verhaltenstheoretische Dimension des Milieubegriffs einläßt. Es handelt sich dabei ja nicht um eine »harte« Kategorie, die durch Sozialdaten statistisch zu füllen wäre und etwa den Klassen- oder Statusbegriff zu ersetzen hätte, sondern es handelt sich um ein Konzept, das vor allem Wahrnehmungsweisen und -muster erklären will.

Insofern geht es auch nicht um eine Sozialisationsinstanz, sondern um Institutionen der Weltdeutung und Welterklärung, die durch den nationalsozialistischen Herrschaftsanspruch zerstört werden. Die milieuspezifischen Weltdeutungsmuster hatten allerdings gerade im Zuge von Zerstörungsmaßnahmen eine entscheidende Bedeutung für die Wahrnehmung nationalsozialistischer Politik, der durch sie legitimierten Übergriffe, der »Zumutungen«, Entrechtungen, Beschädigungen. Insofern hängt der Milieubegriff auch mit dem Begriff der »Politischen Kultur« zusammen. Beide Konzepte lenken den Blick auf Wahrnehmungsfilter, die Empörung, Auflehnung oder auch Anpassung erklären können.

Der vorliegende Sammelband wurde ganz entscheidend durch Detlef Schmiechen-Ackermann geprägt. Er hat das Konzept der diesen Band initiierenden Tagung entworfen, die gemeinsam von der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte der FU Berlin und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand durchgeführt und von der Stiftung Volkswagenwerk, der Freien Universität Berlin und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand finanziell gefördert wurde. Die Ergebnisse dieses Bandes sollen auch einen regionalhistorischen Vergleich erleichtern und versuchen, die sich weit ausfächernde und geradezu unüberschaubar gewordene regionale Widerstandsgeschichte durch die Orientierung auf gemeinsame programmatische Konzepte und analytische Fragestellungen zu integrieren.

1
Klaus Tenfelde,
Historische Milieus – Erblichkeit und
Konkurrenz, in: Manfred Hettling/Paul Nolte
(Hrsg.), Nation und Gesellschaft
in Deutschland: Historische Essays,
München 1996, S. 247 ff.,
hier besonders S. 249 und S. 263.



Rote Fahne auf einem
Zechenschornstein in Essen
am 1.5.1933

Detlef Schmiechen-Ackermann

Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland

Eine Bilanz der Widerstandsforschung aus regionaler Perspektive

Nachdem bereits 1984 im Rahmen der internationalen Konferenz zum 40. Jahrestag des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944[1] eine umfangreiche Bilanz zu zentralen Fragen der Widerstandsforschung gezogen werden konnte, haben in den letzten Jahren vor allem exemplarisch angelegte und daher oft räumlich eng begrenzte Untersuchungen weitere Erkenntniszuwächse gebracht. Allerdings blieben die Ergebnisse der inzwischen – zumindest für das Gebiet der alten Bundesrepublik – nahezu flächendeckend vorliegenden Lokal- und Regionalstudien zur nationalsozialistischen Herrschaftsdurchsetzung und zum Widerstand bislang meistens unverbunden nebeneinander stehen. Daher erschien es sinnvoll, nach nunmehr zehn Jahren eine erneute Zwischenbilanz zu ziehen und dabei von einem komparatistischen Ansatz auszugehen. Insofern gewann das Prinzip des regionalen Vergleiches eine zentrale Bedeutung für die vom 24. bis 26. Februar 1994 von der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte[2] in Berlin durchgeführte Arbeitstagung, deren Ergebnisse in diesem Band dokumentiert werden[3]. Die Referentinnen und Referenten waren gebeten worden, den für ihren Themenkomplex aktuellen Forschungsstand anhand der vorliegenden lokalen und regionalen Studien zu resümieren und aus komparatistischer Perspektive Thesen und offene Fragen zu formulieren. In unterschiedlicher Ausprägung haben sich diese Vorgaben in den Beiträgen dieses Aufsatzbandes niedergeschlagen. Einen breiten Überblick über die Entwicklung und den Stand der lokal- und regionalschichtlichen Widerstandsforschung vermittelt einleitend der Beitrag von Gerhard Paul, in dem Etappen und wichtige Ergebnisse, aber auch Desiderate der Forschung bilanziert werden.

Mit der Entscheidung für eine regional vergleichende Perspektive wurde ein roter Faden aufgenommen, der in den letzten Jahren in unterschiedlicher Weise zur Strukturierung der Widerstandsforschung gedient hat. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das umfangreiche »Bayern-Projekt«[4], das eine breite Diskussion über die Einbindung des Widerstandes in eine umfassendere Gesellschaftsgeschichte der nationalsozialistischen Zeit angeregt hat, ebenso aber auch an die vielfältigen Aktivitäten regionaler Forschungseinrichtungen[5] und an regionalspezifische Publikationsreihen zu Nationalsozialismus und Widerstand[6]. Mit der von der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg veranstalteten Tagung »Norddeutschland im Nationalsozialismus« war bereits im Februar 1991 ein Versuch gemacht worden, für einen abgegrenzten Bereich eine Bilanz der regionalhistorischen Widerstandsforschung vorzulegen[7]. Im Rahmen einer kleineren Arbeitstagung wurden im April 1992 in Hannover zentrale Bereiche

des Widerstandes in zwei deutschen Großstädten, Leipzig und Hannover, exemplarisch miteinander verglichen[8]. Schließlich stand die Frage nach der Bedeutung der Region für das nationalsozialistische Herrschaftssystem im Mittelpunkt eines internationalen Symposiums, das im Oktober 1993 am Institut für Zeitgeschichte in München stattgefunden hat[9].

Thematische Eingrenzung und Schwerpunktsetzung

Insgesamt erwies sich die Konzentration auf wenige zentrale Aspekte als notwendig, um eine in die Tiefe gehende Bestandsaufnahme und intensive Diskussion der Forschungsdefizite zu gewährleisten. Da sich die laufenden Aktivitäten der Berliner Forschungsstelle und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand vor allem mit Widerstand und Verfolgung in den Kriegsjahren beschäftigten[10], erschien es vertretbar, den zeitlichen Schwerpunkt auf die Vorkriegsjahre der nationalsozialistischen Herrschaft zu legen und dementsprechend wichtige Gruppen, Milieus und Traditionen des Widerstandes zunächst unberücksichtigt zu lassen. Eine neuerliche Zwischenbilanz – etwa zu den im Milieu der alten Eliten sich ausbildenden Widerstandskreisen, aber auch zur Desertion und zu Formen des nonkonformen Verhaltens in der Kriegszeit – wurde bewußt einer späteren Tagung vorbehalten. Der regionale Vergleich wurde, mit Ausnahme der punktuell herangezogenen Vergleichsbeispiele Paris und Wien, zudem auf die Situation in Deutschland konzentriert. Schließlich wurde die aktuelle Forschungsdiskussion über die Rolle der Frauen im Widerstand an dieser Stelle weitgehend ausgeblendet, da hierzu bereits im Herbst 1993 eine gesonderte Arbeitstagung[11] der Forschungsstelle zur Widerstandsgeschichte durchgeführt worden war.

Als konzeptionelle Bezugspunkte für eine aktuelle Zwischenbilanz der Widerstandsforschung wurden die Denkmodelle der »Politischen Kultur« und der »Sozialen Milieus« gewählt. Beide Konzepte werden nach wie vor kontrovers diskutiert, da ihre zentralen Begriffe relativ vage sind und nicht immer trennscharfe Distinktionen zulassen, sie aber andererseits eben durch diese Offenheit eine adäquate Interpretation empirischer Befunde gerade in solchen Bereichen zulassen, wo sehr differenzierte Entwicklungen zu beobachten sind, die durch starre und notwendigerweise vergröbernde Kategorien häufig ausgeblendet werden. Für das in der amerikanischen Politikwissenschaft entstandene und in der Bundesrepublik zunächst nur zögernd rezipierte Konzept der »Politischen Kultur«[12] hat im Hinblick auf die deutsche Gesellschaft insbesondere der Vergleich zwischen autoritären und demokratischen Wertorientierungen eine wichtige Bedeutung erlangt[13]. Insofern wurde durch den Bezug auf die Politische-Kultur-Forschung im Rahmen der Arbeitstagung bewußt ein Faden aufgenommen, der durch die intensive Beschäftigung mit den politischen Teilkulturen der Weimarer Republik traditionell einen wichtigen Schwerpunkt der historisch fundierten politikwissenschaftlichen Forschung am Otto-Suhr-Institut bildet[14].

In noch stärkerem Maße ist durch die zeithistorische Forschung in jüngerer Zeit auf das seinerzeit von M. Rainer Lepsius mit Blick auf die fragmentierte Ge-

sellschaft des deutschen Kaiserreiches entwickelte Konzept des »sozialmoralischen Milieus«[15] Bezug genommen worden. Diese Entwicklung steht in einem engen logischen Zusammenhang mit der immer wieder geforderten Erweiterung der bislang oftmals isoliert betrachteten Geschichte des Widerstandes in Richtung auf eine umfassendere Sozialgeschichte der NS-Zeit, in der neben den facettenreichen Formen der Opposition (von der partiellen Nonkonformität bis hin zum bewaffneten Umsturzversuch) auch die vielfältigen Formen der Anpassung und der aktiven Unterstützung des Regimes zu thematisieren sind. Vor diesem Hintergrund haben unterschiedlich operationalisierte Milieu-Konzepte in den letzten Jahren auch und gerade in der NS-Forschung eine gewisse Konjunktur erfahren. Daher erschien es sinnvoll, im Rahmen der Arbeitstagung vom Milieukonzept ausgehende Studien und politikwissenschaftliche Untersuchungsansätze mit eher traditionellen organisations- bzw. ideengeschichtlichen Zugangsweisen in Verbindung zu bringen und diese interdisziplinär zu diskutieren.

Inhaltliche Kontroversen sollten nicht von vornherein geglättet, sondern durch pointierte Diskussion fruchtbar gemacht werden. Dementsprechend umfaßt der vorliegende Aufsatzband ganz unterschiedliche methodische Ansätze und konfrontiert bewußt kontroverse inhaltliche Positionen miteinander. Neben exemplarischen Studien zu eng umrissenen empirischen Untersuchungsfeldern stehen theoriegeleitete Untersuchungen zu komplexen Phänomenen ebenso wie erste Orientierungen in bislang noch unzureichend bearbeiteten Forschungsfeldern. In der wissenschaftlichen Aussprache, deren Grundlinien im Beitrag von Thomas Franz und Jan Merk nachgezeichnet werden, wurde versucht, diese methodische Vielfalt diskursiv zusammenzuführen und in neue Forschungsperspektiven umzusetzen. Aufgrund der Akzentsetzung in den Vorträgen und der Diskussion gewinnt auch in der vorliegenden Publikation das Verhältnis von Milieu und Widerstand eine zentrale Bedeutung.

Eine Bilanz der offenen Forschungsdebatten um das Milieu-Konzept und den Arbeiterwiderstand

Im Rahmen der skizzierten Schwerpunktsetzung werden im folgenden vor allem zwei große Themenkreise behandelt. Der erste dreht sich um die Frage, welcher Erklärungswert der von Lepsius eingeführten idealtypischen Kategorie des »Sozialmilieus« im Hinblick auf die zwanziger und dreißiger Jahre noch zugeschrieben werden kann. Eng damit verknüpft ist die sehr kontrovers diskutierte Frage nach den Ursachen, dem Charakter und dem Verlauf des Auflösungsprozesses, dem die traditionellen sozialmoralischen Milieus unterworfen waren. Ausgehend von unterschiedlichen Untersuchungsebenen (Betrieb, Freizeitvereine) wird diese Entwicklung vor allem am Beispiel des sozialistischen Milieus betrachtet. Als eigenständige, aber im Kontext der Milieudiskussion zu behandelnde Teilaspekte werden die Kontroversen um das in den konfessionellen Milieus steckende Oppositionspotential und die Frage eines unter dem Druck der Verfolgung erst entstehenden jüdischen »Zwangsmilieus« behandelt.

Ein zweiter Komplex beschäftigt sich mit dem Arbeiterwiderstand. Vor dem Hintergrund der in der deutschen Gesellschaft der zwanziger Jahre feststellbaren Modernisierungstendenzen sind zunächst die Rahmenbedingungen für Anpassung oder Verweigerung gegenüber dem Nationalsozialismus zu reflektieren. Damit ergeben sich zum einen zahlreiche Anknüpfungspunkte an die hier vor allem in einen Zusammenhang mit der Milieu-Diskussion gestellte Debatte über die Ausprägung einer kommerzialisierten Freizeitkultur in den Weimarer Jahren. Zum anderen wird die Frage nach der in der deutschen Gesellschaft vorhandenen Anpassungsbereitschaft und den Potentialen für Verweigerung und Widerstand gegen den Nationalsozialismus im folgenden aus zwei weiteren Blickwinkeln beleuchtet: der anhand neuerer Untersuchungen zur Gestapo geführten Diskussion über die aktive Unterstützung der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen in breiten Kreisen der Bevölkerung und der Frage nach den Auswirkungen der Modernisierung in den Betrieben. Nicht nur die Rahmenbedingungen für das Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber dem NS-Regime werden kontrovers beurteilt, auch der Charakter und die Bedeutung des organisierten Widerstandes der Kommunisten und der Sozialdemokraten unterliegen nach wie vor unterschiedlichen Bewertungen. Insbesondere durch den internationalen Vergleich können spezifische Traditionen der Politischen Kultur (am Beispiel der Kommunisten in Paris und Berlin) und das Ausmaß der konkret gegebenen Handlungsspielräume (am Beispiel der Wiener und Berliner Sozialdemokratie) schärfer konturiert werden. Zentrale Punkte der Forschungsdiskussion, die sich in den Beiträgen dieses Bandes widerspiegeln, sollen im folgenden knapp skizziert werden.

Kontinuität oder Zusammenbruch der traditionellen Sozialmilieus in den zwanziger und dreißiger Jahren?

Heftig umstritten ist die Frage nach Erosion oder Konsistenz der traditionellen, während des Kaiserreiches konstituierten Sozialmilieus in den Jahren der Weimarer Republik. Im Mittelpunkt dieser Debatte steht vor allem die Frage nach der Beschaffenheit des sozialistischen Milieus. Gerade auf diesem Gebiet ist allerdings derzeit noch nicht einmal eine terminologische Klärung in Sicht. In einem häufig zugrunde gelegten Denkmodell wird die Ausbildung einer sich immer deutlicher konturierenden und auf dem Feld der Arbeiterbewegungskultur sich schließlich auch eigenständig organisierenden kommunistischen Subkultur gewissermaßen als Selbstausgliederung aus einer durch die Bindung an Parteifunktionen und -strukturen sich konstituierenden »sozialdemokratischen Solidargemeinschaft«[16] verstanden, die als quasi natürliche Fortsetzung des im Kaiserreich etablierten sozialistischen Arbeitermilieus angesehen wird. Geht man dagegen stärker von der alltäglichen Lebenswelt der sozialistischen Traditionen verpflichteten Arbeiterschaft aus und untersucht Nachbarschaftszusammenhänge im Quartier, kollegiale Solidarstrukturen im Betrieb oder Formen arbeiterkultureller Freizeitgestaltung, so wird man mit Blick auf die konkrete soziale Basis in proletarischen Mikromilieus weitaus eher geneigt sein, auch in der Endphase der Republik

noch von einem parteiübergreifenden sozialistischen Milieu[17] zu sprechen, als man dies mit Blick auf die divergierenden Muster politischer Kultur, wie sie sich unter den parteimäßig fest eingebundenen Sozialdemokraten und Kommunisten entwickelt hatten, tun könnte. Insbesondere wird im zweiten Denkmodell den parteipolitisch nicht organisierten, aber den Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung verbundenen Arbeiterinnen und Arbeitern, die zahlenmäßig ein großes Gewicht besaßen, ein größerer Stellenwert beigemessen. In Weiterentwicklung dieses Ansatzes hat Klaus-Michael Mallmann jüngst vorgeschlagen, den Idealtypus des mit Blick auf die wilhelminische Zeit konstatierten sozialistischen Milieus für die zwanziger Jahre zu differenzieren und von einer Weiterentwicklung in unterschiedliche parteiübergreifende »links-proletarische Milieus«[18] auszugehen, deren jeweiliges Binnenverhältnis zwischen reformistischer und radikaler Richtung der Arbeiterbewegung auf lokaler Ebene zwischen produktiver Koexistenz und »haßerfüllter Segmentierung« zu qualifizieren wäre. Der konkrete Erklärungswert dieser innovativen Überlegungen wird allerdings erst anhand von konkreten Felduntersuchungen zu ermesssen sein.

In einem breit angelegten Aufriß ihres Milieu-Konzeptes formulieren Franz Walter und Helge Matthiesen einführend noch einmal pointiert die Thesen und empirischen Befunde der Göttinger Forschergruppe um Peter Lösche[19]. Unter Verweis auf die erst in den Jahren der Republik erreichte größte Ausdehnung des sozialistischen Vereinswesens und die nach Überzeugung dieser Gruppe zu Beginn der dreißiger Jahre noch einmal zu konstatierende qualitative Intensivierung der Milieubindungen, verstehen sie die Weimarer Jahre als den eigentlichen Höhepunkt der sozialistischen Gesinnungs- und Solidargemeinschaft[20]. Entsprechend sei die Annahme einer strukturellen Krise des sozialistischen Milieus, vor allem die auf Robert Michels zurückgehende These von der fortschreitenden Bürokratisierung und Oligarchisierung der Arbeiterorganisationen, zu revidieren[21]. Obwohl die Göttinger Forschungsgruppe sich durch eindrucksvolle Organisations- und Lokalstudien bemüht hat, ihre Position argumentativ zu untermauern, steht sie derzeit zweifellos gegen die mehrheitliche Forschungsmeinung auf dem Feld der Arbeitergeschichte[22]. Mit Blick auf die Entwicklung der modernen Freizeit- und Massenkultur formuliert Inge Marßolek eine prägnante Gegenposition, die darauf abhebt, daß die sozialistische Milieukultur durch die gesellschaftliche Modernisierung in zunehmendem Maße bedroht und ausgehöhlt wurde. Insbesondere Frauen und Jugendliche seien von den Angeboten der traditionellen Milieukultur der Arbeiterbewegung nur noch partiell erreicht worden und seien im Kontrast dazu für die neuen »Vergnügungen« einer sich auch in Deutschland entfaltenden »popular culture« (Kino, Radio, illustrierte Zeitschriften, sportliche Massenveranstaltungen) in hohem Maße ansprechbar gewesen. Die »Wächter« der traditionellen Milieus hätten weitgehend erfolglos versucht, ihre Gesinnungsgemeinschaften gegen diese Tendenzen einer Modernisierung der Freizeitkultur und der »Amerikanisierung« des Lebensstils abzuschotten. Schließlich hätten die Nationalsozialisten diese neue Massenkultur und die in der Jugend besonders verbreitete Technikbegeisterung für ihre Zwecke instrumentalisieren können.

Auch über die Bedeutung der nationalsozialistischen Herrschaft für den Auflösungsprozeß der traditionellen Sozialmilieus herrscht Uneinigkeit. So gehen Walter/Matthiesen davon aus, daß der Nationalsozialismus zwar vorübergehend die »Reproduktionsfähigkeit« des sozialistischen Milieus beeinträchtigt und die Ausprägung des katholischen Milieus verändert habe, letztlich aber diese beiden Gesinnungsgemeinschaften gegenüber der NS-Ideologie im wesentlichen resistent geblieben seien und erst im Zuge der in der Nachkriegszeit stattfindenden Modernisierung[23] an Bedeutung verloren hätten. Gegen diese Sichtweise stehen freilich zahlreiche Befunde auf unterschiedlichen Untersuchungsebenen: in den Betrieben[24], den Quartiersmilieus und den Freizeitvereinen. So konnte inzwischen für ganz unterschiedliche Wohnviertel eine »Ausdünnung« der Nachbarschaftsbeziehungen schon durch die politische Polarisierung in den späten Weimarer Jahren und erst recht durch die forcierte Zerstörung der das Sozialmilieu mitkonstituierenden solidarischen Nachbarschaftskontakte in der NS-Zeit nachgewiesen werden[25]. Ebenso kann der Prozeß der fortschreitenden Auflösung der Milieuzusammenhänge am Beispiel des sozialistischen Vereinswesens nachgezeichnet werden[26]. In beiden Fällen wirkten die Repressionsmaßnahmen der Nationalsozialisten zwar nicht als Auslöser der Milieuauflösung, wohl aber als Katalysator einer bereits in Gang gesetzten Entwicklung. Während in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft noch weitgehend resistente Mikromilieus existierten, verschärfte sich der Zugriff auf diese nonkonformen Gesinnungsgemeinschaften nach der Konsolidierung des NS-Regimes erheblich, um in den Kriegsjahren in eine oftmals irreversible Zerschlagung der gewachsenen Strukturen zu münden.

Resistente konfessionelle Milieus?

Die Frage nach der Bewertung des Verhaltens der beiden großen christlichen Kirchen im Nationalsozialismus ist bereits unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus aufgeworfen worden, da sie im Zusammenhang mit dem Neuaufbau demokratischer Strukturen sofort auch tagespolitische Bedeutung erhielt. Wie Gerhard Paul in seinem Beitrag sehr pointiert formuliert, war es insbesondere der katholischen Kirche dank ihrer sofort einsetzenden Bemühungen um die Dokumentation jeder noch so kleinen Spur von religiös motivierter Verweigerung für lange Jahre gelungen, die notwendige selbstkritische Bilanz des institutionellen Verhaltens zugunsten einer geschönten »Erfolgsgeschichte« von katholischer Opposition und katholischem Widerstand in den Hintergrund zu drängen. Dank einiger beherzter Persönlichkeiten war im Protestantismus der Umgang mit der eigenen Involviertheit in den nationalsozialistischen Staat zwar insgesamt selbstkritischer, aber keineswegs widerspruchsfrei[27]. Die bis heute kontroversen Diskussionen über die Rolle der beiden großen christlichen Kirchen und das Verhalten der protestantischen wie der katholischen Gläubigen im »Dritten Reich« werden von Cornelia Rauh-Kühne und Hans Otte reflektiert.

Für das katholische Sozialmilieu betont Rauh-Kühne, daß die viel beschworene »Resistenz« der katholischen Bevölkerung gegenüber dem Werben der NSDAP nicht mit einem prinzipiellen »Dissens« gegenüber der Hitler-Diktatur zu

verwechseln sei. Dies hätte eine bewußte Auseinandersetzung mit den weltanschaulichen, politischen und ökonomischen Vorstellungen und den politischen Strategien der nationalsozialistischen Bewegung vorausgesetzt, die aber in weiten Teilen des deutschen Katholizismus nicht stattgefunden hatte. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen empirischen Studien unterzieht Cornelia Rauh-Kühne die im Rahmen des Bayern-Projektes entwickelte These, daß der Katholizismus die wirksamste »Herrschaftsbegrenzung« (Broszat) für die NS-Herrschaft dargestellt habe, einer kritischen Prüfung. Sie kommt dabei insgesamt zu der skeptischen Einschätzung, daß die Dissenspotentiale der vor der Machtübernahme dem Nationalsozialismus zweifellos weitgehend ablehnend gegenüberstehenden katholischen Gesinnungsgemeinschaft in zunehmendem Maße »ausgezehrt« worden seien und dem Prozeß der fortschreitenden Einbindung der Bevölkerung in die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« immer weniger entgegenzusetzen hatten[28].

Aufgrund einer Bilanz ausgewählter Regionalstudien geht Hans Otte in seiner Analyse der gemeindlichen Basis des Protestantismus davon aus, daß es ein einheitliches »evangelisches Milieu«, in etwa vergleichbar mit dem katholischen Sozialmilieu, weder in den Jahren der Republik noch im »Dritten Reich« gegeben habe. Gleichwohl sei es sinnvoll, die Auseinandersetzungen zwischen Bekennenden Christen und nationalsozialistischen Machthabern vor ihrem jeweiligen Milieuhintergrund und sozialen Kontext zu beleuchten. Im Gegensatz zur apologetischen »Kirchenkampf«-Geschichtsschreibung betont Otte, daß der Weg einzelner evangelischer Christen in den politischen Widerstand gerade nicht in Übereinstimmung mit einem sie umgebenden evangelischen Milieu stattfand, sondern oft erst durch die Herauslösung aus diesem Milieu möglich wurde. Allerdings habe diese »prononcierte Betonung der Selbstverantwortung« unter den Bedingungen der Diktatur einer spezifisch protestantischen Tradition entsprochen.

Einen ganz anderen Charakter hat das Verhalten der von Sylvia Rogge-Gau betrachteten jüdischen Bevölkerung, da diese vor 1933 keine homogene gesellschaftliche Gruppe und entsprechend auch kein eigenständiges »Milieu« gebildet hatte, sondern in den verschiedenen Sozialmilieus integriert gewesen war. Wie sich in der Rückschau besonders klar zeigt, war diese Integration allerdings von Seiten der nichtjüdischen Bevölkerung mit Reserven und Vorbehalten behaftet gewesen, die später Anknüpfungspunkte für die Rassenpolitik der Nationalsozialisten darstellten. Insofern ist zu überlegen, ob das sich erst im Kontext der Verfolgungsmaßnahmen verdichtende jüdische Gemeinschaftsgefühl gewissermaßen den Fall eines »Zwangsmilieus« darstellt. Sylvia Rogge-Gau zeichnet nach, wie durch zahlreiche Publikationen der letzten Jahre der Blickwinkel von der fast ausschließlichen Fixierung auf die Verfolgung und Vernichtung zunehmend auf die Untersuchung von Selbstbehauptungsstrategien und spezifischen Widerstandsformen der Juden erweitert worden ist. An Beispielen aus Hamburg und Berlin, auf die sie sich in ihrem Beitrag konzentriert, die aber durch Studien aus anderen Regionen beliebig erweitert werden könnten, stellt Rogge-Gau das breite Spektrum unterschiedlicher Formen jüdischer Selbstbehauptungsversuche in der Nazidiktatur vor, das von den künstlerischen Aktivitäten des jüdischen Kulturbundes

über die Vorbereitung und Unterstützung der Emigration und das Abtauchen in den Untergrund bis zur Beteiligung am politischen Widerstand reicht.

Anpassungsbereitschaft und oppositionelle Potentiale in der deutschen Gesellschaft der dreißiger Jahre

Die aktuelle Diskussion über die gesellschaftliche Akzeptanz der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen hat vor allem Robert Gellately mit seiner überaus innovativen Untersuchung zur Durchsetzung der NS-Rassenpolitik[29] in hohem Maße stimuliert. Die Gestapo allein, so Gellately, hätte die nationalsozialistische Rassenpolitik niemals ohne eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung durchsetzen können. Im Gegensatz zur früheren Forschung, die den Mythos der allmächtigen und omnipräsenten Gestapo unterstützte, stechen bei nüchterner Betrachtung vor allem die knappen personellen Kapazitäten und die sich daraus ergebenden Grenzen der staatspolizeilichen Überwachung ins Auge. Nicht die vermeintlich an jeder Ecke lauernden professionellen Gestapo-Spitzel, sondern die freiwillige »Mitteilsamkeit« der Bevölkerung bildeten die Grundlage der Verfolgung. Insofern könne man durchaus von einer sich »selbstüberwachenden Gesellschaft« sprechen. Diese von Gellately anhand einer Regionalstudie zu Würzburg und Unterfranken entwickelten Thesen werden inzwischen auch durch die neueren Forschungen von Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann zur Gestapo gestützt[30]. Gellatelys Aufsatz sowie die von Thomas Franz und Jan Merk dokumentierten Akzente der im Martin-Gropius-Bau zu diesem Thema durchgeführten öffentlichen Diskussionsveranstaltung machen deutlich, in welchem Maße es im Hinblick auf die Charakterisierung des Verfolgungsapparates und die soziale Verankerung der Verfolgung inzwischen zu einem Perspektivenwechsel gekommen ist, der die Rolle der Gestapo entmythisiert und die Involviertheit der durchschnittlichen Bevölkerung in die Verfolgungspraxis betont hat.

Nachdem im Kontext der Modernisierungsdebatte die Veränderungen in den Quartiersmilieus und in der Freizeitkultur bereits angeschnitten worden sind, gilt es – besonders im Hinblick auf die Rahmenbedingungen für den Arbeiterwiderstand –, den Blick auf die Veränderungen der betrieblichen Situation zu lenken. So betont Wolfgang Zollitsch[31] vor dem Hintergrund einer langfristigen Tendenz der wachsenden Einbindung der Arbeiterschaft in ein sich modernisierendes industrielles System, in welch hohem Maße sich auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft mit dem NS-Regime arrangierte und seiner Stabilisierung keinen nennenswerten Protest entgegensetzte. Nicht nur die verunsichernden und desillusionierenden Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise spielten dabei eine Rolle, ebenso gab es auch positive Anreize, wie z.B. berufliche Qualifikationschancen und individuelle Aufstiegserfahrungen. Das NS-Regime hatte diese in den dreißiger Jahren wirksam werdenden Entwicklungen keineswegs initiiert, verstand es aber geschickt, den langfristigen Modernisierungsprozeß für sich zu nutzen. Hinzu kamen die Unterdrückung der organisierten Arbeiterbewegung und die

latente Androhung von terroristischer Gewalt, die, so Zollitsch, im Zusammenspiel mit den Modernisierungseffekten zu einer tiefgreifenden Desorientierung in der Arbeiterschaft geführt hätten. Zu einer etwas zurückhaltenderen, in der Tendenz aber ähnlichen Einschätzung kommt auch Rüdiger Hachtmann, der von einer »Lähmung« der Industriearbeiterschaft spricht, die zwar durchaus »Klasse an sich« geblieben sei, aber angesichts von modernisierender Rationalisierung, gesteigerter Leistungskontrolle und nicht zuletzt auch offener Repression sich in den Jahren der NS-Herrschaft eben nicht als »Klasse für sich« habe konstituieren können[32]. Dagegen unterstreicht Ludwig Eiber am Beispiel der von ihm untersuchten Hamburger Hafen- und Werftarbeiter die Existenz von vergleichsweise resistenten homogenen Mikromilieus auf lokaler Ebene. Nicht von den Arbeiterparteien gesteuert, aber dennoch auf deren Aktivisten als autochtone Basisbewegung aufbauend, sei die weit verbreitete »Arbeiteropposition« der für das NS-Regime gefährlichste politische Gegner geblieben. Die in der neueren Diskussion über die Wirksamkeit des nationalsozialistischen Arbeiterdiskurses[33] herausgestellte Tendenz einer breiten Anpassung in der Arbeiterschaft bleibt für ihn fragwürdig. Bestenfalls könne man von einer »Neutralisierung durch Terror und Kontrolle« sprechen. Entscheidend für die weitgehende Passivität der Arbeiterschaft seien vielmehr der nationalsozialistische Terror und die trügerische Hoffnung, daß das Regime im Krieg bald zusammenbrechen werde, gewesen.

Kontinuität oder Zusammenbruch des kommunistischen Widerstandes?

Eine heftige Kontroverse besteht um die Frage der Konsistenz oder des Zusammenbruchs des kommunistischen Widerstandes. Klaus-Michael Mallmann, der seinen Beitrag als Antithese zur gesamten bisherigen Forschung präsentiert, kritisiert vehement die ursprünglich in der Pionierstudie von Detlev Peukert[34] über die KPD an Rhein und Ruhr entwickelte, in anderen regionalen Untersuchungen bestätigte und daher in der Forschung allgemein akzeptierte These[35] von einem weitgehenden Zusammenbruch des kommunistischen Massenwiderstandes bis 1935/36. Mit einer Vielzahl von Hinweisen auf über diese Zäsur hinwegreichende lokale Entwicklungen versucht Mallmann seine These zu belegen, daß der kommunistische Widerstand trotz des eingeräumten Formenwandels eine weitaus stärkere Kontinuität aufweise, als dies bisher zur Kenntnis genommen worden sei[36]. Allerdings entziehen sich viele der von ihm als Belege herangezogenen Lebensberichte und Zeitzeugenerinnerungen einer intensiveren quellenkritischen Überprüfung, die erst eine fundierte Charakterisierung der Veränderungen im kommunistischen Widerstand ermöglichen würde. Auch die Analyse der parteiinternen Berichterstattung wird offensichtlich für unterschiedliche Bewertungen in Anspruch genommen. Ist beispielsweise eine Entwicklung wie die in Stuttgart, wo sich nach den internen Organisationsberichten die Zahl der illegal erfaßten Mitglieder zwischen Mai 1935 und Februar 1936 von rund 250 auf etwa 60 reduziert haben soll und es keinen Hinweis auf eine spätere Reorganisation der illegalen Organisation auf höherem Mitgliederniveau gibt[37], als »weitgehender Zusam-

menbruch« des KPD-Widerstandes zu charakterisieren? Oder spricht die Tatsache, daß sich auch nach den 1935 erfolgten Massenverhaftungen in den Wohnquartieren einzelne kommunistische Kontaktkreise hielten, die freilich oftmals jedwede zentrale Anleitung ihrer Aktivitäten ablehnten[38], eher dafür, von einer Kontinuität des kommunistischen Widerstandes bei gleichzeitigem Formenwandel und Strategiewechsel zu sprechen? Grundsätzlich wird allerdings die Existenz eines modifizierten kommunistischen Widerstandes auch nach dem Einbruch Mitte der dreißiger Jahre von niemandem bestritten[39]. So stellt sich insgesamt die Frage, ob der von Mallmann vorgetragenen These nicht am Ende doch eher der Charakter einer zwar wichtigen, aber letztlich doch nur graduellen Differenzierung, denn einer grundsätzlichen Antithese zur bisherigen Forschung zukommt.

Fragen nach der Charakterisierung und Bewertung der politischen Orientierungsmuster der Kommunisten wirft Andreas Wirsching mit seinem Vergleich kommunistischer Politik in Paris und Berlin auf. Während die Taktik der »antifaschistischen Einheitsfront« in Paris Chancen eröffnete, unorganisierte Arbeiter in den Kampf gegen die politische Rechte zu integrieren, führte sie in Berlin zu einer verschärften Polarisierung der beiden Flügel der Arbeiterbewegung. Stand in Paris die Linke in ihrer Gesamtheit einer bürgerlichen Staatsgewalt gegenüber, so organisierte die KPD ihren »wehrhaften Antifaschismus« in erster Linie gegen eine Staatsgewalt, die in Preußen und Berlin in hohem Maße von Sozialdemokraten repräsentiert wurde. Insofern sei es folgerichtig, so Wirsching, daß in Paris Mitte der dreißiger Jahre parteiübergreifende »antifaschistische« Volksfront-Aktivitäten gewissermaßen aus den »Graswurzeln« des parteiübergreifenden Arbeitermilieus heraus gewachsen seien. Im ideologischen Konstrukt der Sozialfaschismus-These gefangen, sahen sich dagegen die deutschen Kommunisten in ihrem Selbstbild als einzige »antifaschistische« Kraft bestätigt, gingen entsprechend von einem nur graduellen Übergang von der verdeckten zur offenen faschistischen Diktatur aus und leisteten einen aus dieser Perspektive von vornherein zum Scheitern verurteilten Widerstand. Dem bei Mallmann entworfenen Bild einer im Grunde sehr bodenständigen und von der Parteiführung nicht immer kontrollierbaren Arbeiterpartei KPD setzt Wirsching, so könnte man überspitzt formulieren, die Interpretation einer ideologisch fehlgeleiteten und daher desorientierten politischen »Sekte« entgegen.

Die Bewertung des sozialdemokratischen Widerstandes aus unterschiedlicher Perspektive

In ähnlicher Weise spiegeln sich in den Sichtweisen zum sozialdemokratischen Widerstand, die durch die Beiträge von Detlef Lehnert und Beatrix Herlemann vermittelt werden, unterschiedliche Ausgangspunkte und Forschungsperspektiven. Folgt man Lehnert, so war der von den Sozialdemokraten geleistete Widerstand angesichts des Zweifrontenkampfes, den – hier beispielhaft – die Berliner SPD vor 1933 gegen die Republikgegner von rechts und links führen mußte und der die politischen Handlungsspielräume immer weiter zusammenschmelzen

ließ, praktisch von vornherein aussichtslos. Während sich die SDAP in der Zwischenkriegszeit im tatsächlich »roten Wien« als eine zur Hegemonie fähige politische Kraft konsolidierte, verlor die SPD im nur noch vermeintlich »roten Berlin« mehr und mehr ihre traditionelle Milieu-Fundierung und damit auch ihre politische Gestaltungskraft. Gegen diese den Zustand der deutschen Sozialdemokratie sehr skeptisch beurteilende Sichtweise insistiert Beatrix Herlemann darauf, daß der sozialdemokratische Anteil am Arbeiterwiderstand tatsächlich wesentlich umfangreicher gewesen sei, als dies oft zur Kenntnis genommen werde. Aus ihrer Sicht kommt es vor allem darauf an, die Spezifik sozialdemokratischen Oppositionsverhaltens, die »eindrucksvolle Immunität und Nichtverführbarkeit« der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft in den Blick zu bekommen. Sozialdemokratisches Widerstandsverhalten umfaßt in dieser Sichtweise nicht nur die für viele Orte inzwischen detailliert belegte illegale politische Aktion, sondern ebenso auch die gesellschaftliche Verweigerung gegen die Zumutungen des Nationalsozialismus und die Bewahrung der Werte und Traditionen der eigenen Gesinnungsgemeinschaft.

Widerstandsforschung und Milieukonzept

Resümieren wir die Vielfalt der in den Beiträgen dieses Bandes angesprochenen Aspekte unter zwei leitenden Fragestellungen:
Lassen sich durch den Bezug auf das Milieu-Konzept die soziostrukturellen Voraussetzungen für Widerstand und Verweigerung, ebenso aber auch für Anpassung und Anfälligkeit gegenüber dem Nationalsozialismus präziser fassen? Kann durch das Zusammenführen von sozial- und alltagsgeschichtlichen Fragestellungen und klassischer Widerstandshistorie die Verortung des Widerstandes in der deutschen Gesellschaftsgeschichte der dreißiger und vierziger Jahre präzisiert und damit ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine integrierte Sozialgeschichte der NS-Zeit gemacht werden?

Vor dem Hintergrund der in den einzelnen Aufsätzen zusammengestellten Ergebnisse und der aufgezeigten Desiderate der Forschung kann die zweite Frage wohl eindeutig bejaht werden. Eine noch engere Vermittlung der Widerstandsforschung mit der erst noch durch weitere Synthese zu erarbeitenden Gesellschaftsgeschichte der NS-Zeit ist wünschenswert und notwendig, da der Widerstand in seiner gesellschaftlichen Bedeutung im Grunde erst wahrnehmbar wird, wenn er in seinem sozialen Kontext betrachtet wird. Unterschiedliche erfolgversprechende Ansätze, von mentalitätsgeschichtlichen Zugängen bis zu soziostrukturellen Analysen, sind hier angesprochen und zum Teil exemplarisch vorgestellt worden.

Wesentlich differenzierter muß die Frage der Tragfähigkeit des Milieu-Konzeptes gesehen werden. Insgesamt spiegeln die Beiträge deutlich wider, daß der überwiegende Teil der Fachkolleginnen und -kollegen, sowohl aus politik- als auch aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive, das Milieu-Konzept derzeit als ein wichtiges Instrument zur Erweiterung traditioneller Fragestellungen ansieht. Indem die konkret immer auf individuellen Entscheidungen fußenden, biographisch

ganz unterschiedlich motivierten und daher auch sehr vielfältigen Formen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus vor dem Hintergrund von kollektiv vermittelten Einstellungen und Wertorientierungen betrachtet werden, erscheint eine schrittweise Annäherung an das Programm einer Gesellschaftsgeschichte der NS-Zeit möglich. Insbesondere die Untersuchung weitgehend homogener lokaler Mikromilieus und stabiler Milieukerne eröffnet neue Perspektiven, die im nationalsozialistischen Alltag häufig anzutreffende Gemengelage von partieller Anpassung und punktueller Nonkonformität präziser in den Blick zu bekommen. Kompromißloser, auf den Sturz des Regimes gerichteter Widerstand wird so in seinen gesellschaftlichen Kontext gestellt und damit als die Option einiger weniger vor dem Hintergrund einer dominierenden Tendenz der Anpassung, des Mitläufertums und der aktiven Unterstützung des Nationalsozialismus sichtbar.

Der in der Literatur oft nur oberflächliche und daher relativ beliebige Rückgriff auf das derzeit modische Milieu-Konzept führt allerdings nicht weiter. Die Diskussion darüber, welche Forschungsstrategien vielversprechend erscheinen, um den Milieuansatz für die Widerstandsforschung fruchtbar zu machen, hat erst begonnen. M. Rainer Lepsius, der seinerzeit die Kategorie des sozialmoralischen Milieus eingeführt hat, plädiert im Hinblick auf die Weimarer Jahre und die NS-Zeit für eine Variation der Aggregatebene und schlägt vor, den Blick vor allem auf kleinere homogene Einheiten wie Vereine, Nachbarschaftsbeziehungen und familiäre Bindungen zu richten. Diese Überlegung geht in eine ähnliche Richtung wie die in jüngerer Zeit in der Widerstandsforschung gemachten Versuche, das Spannungsverhältnis zwischen individueller Biographie und kollektiv vermitteltem Milieukontext näher zu beleuchten[40]. Adelheid von Saldern hat eine andere Operationalisierung des Milieu-Konzeptes vorgeschlagen. Sie geht zunächst davon aus, daß weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um die vier von Lepsius für die Kaiserzeit idealtypisch beschriebenen Sozialmilieus für die zwanziger Jahre neu zu konturieren. Nur so könne »die komplexer gewordene Realität der Weimarer Jahre« angemessen erfaßt werden[41]. In einem zweiten Schritt schlägt sie vor, speziell das sozialistische Arbeitermilieu analytisch in drei »Typen« zu differenzieren: das durch kollektive Betriebs- und Arbeitserfahrungen geprägte und gewerkschaftlich abgesicherte Arbeitermilieu, ein Arbeiterkulturvereins-Milieu sowie ein ein proletarisches Quartiersmilieu. Wenngleich diese drei »Milieu-Typen« in der Realität auch vielfach miteinander verzahnt waren, könnte es dennoch Sinn machen, sie zunächst analytisch zu scheiden, um praktikable Untersuchungshorizonte zu erschließen. Schließlich sieht von Saldern derzeit vor allem zwei Wege, sinnvoll operationalisierte Milieu-Studien durchzuführen: zum einen den der individual- und gruppenbiographischen Annäherung, zum anderen die Untersuchung einzelner milieubestimmender Determinanten, die analytisch zu extrapolieren und schließlich in Beziehung zueinander zu setzen wären. Die Untersuchung derartiger Vergesellschaftungsprozesse müßte sich vor allem an der Rekonstruktion sozialer Netze, an kollektiven Wertorientierungen und Deutungsmustern orientieren und gerade im Hinblick auf die Weimarer Zeit die Bedeutung generations- und geschlechtsspezifischer Faktoren berücksichtigen.

Allerdings wird auch ein noch so differenzierter Milieuansatz die Bereitschaft zum aktiven Widerstand immer nur bis zu einem gewissen Grad erklären können, da der Schritt von der oppositionellen Gesinnung zum aktiven Widerstand nur individuell vollzogen werden konnte. Mit zunehmender Stabilisierung des NS-Regimes war diese Entscheidung in der Regel sogar mit der Notwendigkeit verbunden, sich aus kollektiven Bezügen, aus dem vertrauten Milieu, das die Ausbildung einer oppositionellen Haltung stimuliert hatte, zu lösen. Dies gilt für die Mitglieder einer nach strengen konspirativen Regeln operierenden Gruppe des Arbeiterwiderstandes ebenso wie für die Verschwörer des 20. Juli oder einen Einzelgänger wie Georg Elser.

Von einer sinnvollen Operationalisierung des Milieuansatzes für die Widerstandsforschung darf man also bei nüchterner Betrachtung vor allem erwarten, daß die vielfältigen Formen des Verhaltens in der Diktatur, die mit vielen Zwischentönen von aktiver Unterstützung über Anpassung, partielle Nonkonformität und Verweigerung bis hin zum Widerstand reichten, differenzierter herausgearbeitet und in ihren sozialen Kontext gestellt werden können. Die bislang oft zu isoliert betriebene Widerstandsforschung könnte so »ein gesellschaftlich breiteres Fundament« erhalten und damit für eine adäquate Rekonstruktion historischer Wirklichkeiten offener werden[42].

Ein herzlicher Dank gebührt den Referentinnen und Referenten sowie allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung, die durch ihre engagierten und sachkundigen Beiträge die diskussionsfreudige Atmosphäre der wissenschaftlichen Aussprache ganz entscheidend geprägt und den diskursiven Zuschnitt dieses Aufsatzbandes ermöglicht haben. Für die tatkräftige Unterstützung bei der Durchführung der Tagung dankt der Herausgeber Barbara Köster, für die engagierte redaktionelle Betreuung des Aufsatzbandes Michael Reinold und Ute Stiepani.

__ 1
Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München-Zürich 1985.

__ 2
Die 1993 mit Unterstützung der Volkswagen-Stiftung eingerichtete Forschungsstelle Widerstandsgeschichte wird von der Freien Universität Berlin und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand gemeinsam getragen.

__ 3
Zwei Beiträge aus der Sektion über »Selbstbehauptungsstragien von ausgewählten Teilgruppen der Gesellschaft« wurden nicht in den Tagungsband aufgenommen, da ihre Grundgedanken bereits publiziert vorliegen und sie aufgrund ihrer ganz spezifischen Untersuchungsebenen nur in geringem Maße auf die anderen Themen zu beziehen sind. Wilfried Breyvogel untersuchte – vor allem unter Bezugnahme auf bündische Gruppen – den Eigensinn und die Fremdwahrnehmung nonkonformen Verhaltens Jugendlicher. Die von ihm vertretene These, daß jugendliche Widerstandsformen vor dem Hintergrund der bündischen Alltagskultur in einen neuen Interpretationszusammenhang gestellt werden müßten, ist bereits entfaltet worden in: Wilfried Breyvogel, Jugendliche Widerstandsformen. Vom organisierten Widerstand zur jugendlichen Alltagsopposition, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 323), S. 426–442. Am Beispiel der Homosexuellen diskutierte schließlich Burkhard Jellonek das Verhältnis von gruppenspezifischen Überlebensstrategien und nationalsozialistischer Verfolgungspraxis. Vgl. dazu die auf diesem Gebiet derzeit als Standardwerk anzusehende Monographie: Burkhard Jellonek, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990.

__ 4
Martin Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München-Wien 1977–1983.

__ 5
Beispielhaft sei hier auf die Aktivitäten der »Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten« an der Universität Karlsruhe und die Einrichtung der schleswig-holsteinischen Forschungsstelle in Kiel verwiesen, durch die Ergebnisse der regionalen Widerstandsforschung gebündelt und intensiviert werden.

__ 6
Ergebnisse von jeweils mehreren miteinander verbundenen Forschungsprojekten werden auf regionaler Ebene in den Publikationsreihen »Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland« (herausgegeben von Dieter Langewiesche und Klaus Schönhoven) und »Niedersachsen 1933–1945« (herausgegeben von der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen) veröffentlicht. Für das Saarland ist zudem auf die von Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann zusammengetragenen Ergebnisse des Forschungsprojektes »Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945« (3 Bde., Bonn 1989, 1991 und 1995) zu verweisen.

__ 7
Frank Bajohr (Hrsg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993.

__ 8
Hans-Dieter Schmid (Hrsg.), Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945, Leipzig 1994.

__ 9
Horst Möller/Andreas Wirsching/Walter Ziegler (Hrsg.), Nationalsozialismus und Region, München 1996 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer).

__ 10
Norbert Haase, Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, Berlin 1933;
Hans Coppi/Jürgen Danyel/Johannes Tuchel (Hrsg.), Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A, Band 1), Berlin 1994;
Clarita von Trott zu Solz, Adam von Trott zu Solz. Eine Lebensbeschreibung (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe B, Band 2), Berlin 1994. Anläßlich des 50. Jahrestages des gescheiterten Attentats auf Hitler wurde zudem die Sonderausstellung »Verfolgung und Terror nach dem 20. Juli 1944« der Öffentlichkeit präsentiert. Vgl. dazu auch: Ulrike Hett/Johannes Tuchel, Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: P. Steinbach/J. Tuchel (Anm. 3), S. 377–389.

__ 11
Ihre Ergebnisse sind publiziert in: Christl Wickert (Hrsg.), Frauen gegen die Diktatur. Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A, Band 2), Berlin 1995.

__ 12
Als Pionierstudie: Gabriel Almond/Sidney Verba, The Civic Culture, Princeton 1963. Zur frühen Rezeption in der Bundesrepublik vgl. Dirk Berg-Schlosser, Politische Kultur, München 1972.

13
Peter Reichel, Politische Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1981.

14
Vgl. dazu Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989; dies. (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990; dies. (Hrsg.), Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1993.

15
M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80, hier S. 68. Inzwischen neu in: M. Rainer Lepsius, Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50. Vgl. auch: ders., Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Lepsius, Demokratie, S. 51–79.

16
Eingeführt wurde dieser Begriff von Peter Lösche/Michael Scholing, Solidargemeinschaft im Widerstand: Eine Fallstudie über »Blick in die Zeit«, in: IWK 4/1983, S. 517–561, sowie dies., Sozialdemokratie als Solidargemeinschaft. Eine Fallstudie, in: Richard Saage (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt am Main 1986, S. 365–383.

17
In diesem Sinne die Aufsätze von Zollitsch und Schmiechen-Ackermann in diesem Band.

18
Diese Überlegungen werden entfaltet in: Klaus-Michael Mallmann, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft, in: Geschichte und Gesellschaft (GG), 21 (1995), S. 5–31, hier S. 6ff.

19
Die wichtigsten empirischen Studien sind veröffentlicht in: Peter Lösche (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik, 4 Bde., Bonn 1990ff.; Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Bonn 1993.

20
Vgl. dazu auch Peter Lösche/Franz Walter, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG, 15 (1989), S. 511–536, sowie dies., Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu, in: D. Lehnert/K. Megerle, Teilkulturen (Anm. 14), S. 161–187.

21
Peter Lösche, Einleitung zu »Solidargemeinschaft und Milieu« (Anm. 19), Bd. 1, Bonn 1990, S. 12ff.

22
Als explizite Gegenposition zu P. Lösche/F. Walter (Anm. 20): Hartmann Wunderer, Noch einmal: Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG, 18 (1992), S. 88–93. Ähnliche Sichtweisen auch bei: Dieter Langewiesche, Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS), 22 (1982), S. 359–401; Adelheid von Saldern, Arbeiterkulturbewegung in Deutschland in der Zwischenkriegszeit, in: Friedhelm Boll (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik, Wien 1988, S. 29–71; Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin-Bonn 1988, 2. Aufl., S. 120–145.

23
Dazu ein breiter Überblick zum Stand der Forschung bei: Axel Schildt/Arno Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

24
Dazu zusammenfassend der Beitrag von Zollitsch in diesem Band.

25
Eva Brücker, Das ist die Heimat und bleibt die Heimat. Nachbarschaft im Lindenhof zwischen Mythos und Erfahrung, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.), »Das war 'ne ganz geschlossene Gesellschaft hier«. Der Lindenhof: Eine Genossenschaftssiedlung in der Großstadt, Berlin 1987, S. 35ff. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Eva Brücker auch in ihren Untersuchungen zum Mietskasernen-Viertel am Berlin-Charlottenburger Klausenerplatz: dies., Soziale Fragmentierung und kollektives Gedächtnis. Nachbarschaftbeziehungen in einem Berliner Arbeiterviertel 1920–1980, in: Wolfgang Hofmann/Gerd Kuhn (Hrsg.), Wohnungspolitik und Städtebau 1900–1930, Berlin 1993, S. 285–305. Exemplarisch für die Veränderung der Quartiersmilieus schon vor 1933: Stephan Bleek, Quartierbildung in der Urbanisierung. Das Münchener Westend 1890–1933, München 1991. Als zusammenfassender Überblick: Adelheid von Saldern, Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn 1995, S. 194ff.

26
Vgl. dazu den Beitrag über die Milieuvereine in diesem Band.

27
Exemplarische Regionalstudien für den Protestantismus: Gerhard Besier, »Selbstreinigung« unter britischer Besatzungsherrschaft. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche und ihr Landesbischof Marahrens 1945–1947, Göttingen 1986; Klaus Erich Pollmann (Hrsg.), Der schwere Weg in die Nachkriegszeit. Die Evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig 1945–1950, Göttingen 1995; als Überblick: Clemens Vollnhals, Die Evangelische Kirche zwischen Traditionswahrung und Neuorientierung, in: Martin Broszat u.a. (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 113–165.

28
Vgl. neben dem Beitrag in diesem Band auch die exemplarische Lokalstudie: Cornelia Rauh-Kühne, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991, S. 424f.

29
Robert Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945, Paderborn u.a. 1993 (engl. 1990) sowie ders., The Gestapo and the German Society. Political Denunciation in the Gestapo Case Files, in: Journal of Modern History, 60 (1988), S. 654–694.

30
Exemplarisch für das Saarland: Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich, Bonn 1991, S. 164–326. Vgl. dazu jetzt auch dies., Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995.

31
Vgl. neben dem Aufsatz in diesem Band auch: Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990.

32
Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im »Dritten Reich«. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989, S. 306ff.

33
Exemplarisch hierzu: Eberhard Heuel, Der umworbene Stand. Die ideologische Integration der Arbeiter im Nationalsozialismus 1933–1935, Frankfurt am Main-New York 1989.

34
Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980. Vgl. auch ders., Volksfront und Volksbewegungskonzept im kommunistischen Widerstand – Thesen, in: J. Schmädeke/P. Steinbach (Anm. 1), S. 875–887.

35
Vgl. dazu beispielsweise Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, München 1983 (Anm. 4), S. 1–286; Erich Matthias/Hermann Weber (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 245-347, hier besonders S. 287f. und 323; Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich, Bremen 1986, S. 245–288. Ein zusammenfassender Überblick zuletzt bei: Beatrix Herlemann, Kommunistischer Widerstand, in: Wolfgang Benz/Walter H. Pehle (Hrsg.), Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt am Main 1994, S. 28–41.

36
Vgl. dazu auch Klaus-Michael Mallmann, Kommunistischer Widerstand 1933–1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten, in: P. Steinbach/J. Tuchel (Anm. 3), S. 113–125, hier besonders S. 120f.

37
Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO): KPD I 3/26, Nr. 40, Bl. 104f. und 205ff. Bis 1935 existierte daneben auch eine illegale Organisation der KPO (vgl. dazu auch Roland Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988, S. 152–164 und 175–179). Das rasante Zusammenschmelzen des von der illegalen KPD-Organisation erfaßten Personenkreises läßt sich aus der parteiinternen Berichterstattung für zahlreiche Großstädte und Regionen nachvollziehen (SAPMO: Historisches Archiv der KPD, I 2/3 und I 3/8ff.).

38
Instrukteursbericht aus dem Bezirk Württemberg, 9.4.1936, SAPMO: KPD I 3/26, Nr. 40, Bl. 212–221.

39
Zusammenfassend dazu: B. Herlemann (Anm. 35).

40
Beispielhaft: Wilfried Löhken/Werner Vathke (Hrsg.), Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion. Berlin 1939–1945, Berlin 1993. Vgl. auch die 1992 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand gezeigte Sonderausstellung zum biographischen und milieuspezifischen Hintergrund der Mitglieder der Roten Kapelle (Regina Griebel/Marlies Coburger/Heinrich Scheel, Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle, Berlin 1992) oder die zum 50. Jahrestag des Umsturzversuches vom 20. Juli präsentierte Ausstellung »Verfolgung und Terror nach dem 20. Juli 1944«, die das Instrument der von den Nazis praktizierten »Sippenhaft« näher untersucht.

__ 41
Diese Gedanken sind ausführlicher entfaltet in: Adelheid von Saldern, Sozialmilieus und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Norddeutschland (1930–1933), in: F. Bajohr (Anm. 7), S. 20–54, hier S. 21ff.

__ 42
Diese prägnante Formulierung verdanke ich einem bislang noch nicht publizierten Vortrag von Wolfgang Zollitsch, den dieser auf einem von der Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten veranstalteten Lehrerseminar gehalten hat.

Gerhard Paul

Zwischen Traditionsbildung und Wissenschaft

Tendenzen, Erträge und Desiderata der lokal- und regionalgeschichtlichen Widerstandsforschung

Kaum ein Bereich der Zeitgeschichte hat in den letzten Jahrzehnten soviel Aufmerksamkeit erfahren, soviel Energien absorbiert und soviel unmittelbare politische Folgen gezeitigt wie die lokal- und regionalgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Widerstand, der ihm entgegengesetzt wurde. Über nahezu jede Region und Stadt liegen Untersuchungen vor, so daß man angesichts der erdrückenden Fülle der für den Laien wie für den Profi unüberschaubar gewordenen Literatur kaum länger behaupten kann, die Deutschen hätten zumindest historisch den Spuk der zwölf braunen Jahre nicht einigermaßen bewältigt. Als Außenstehender kann man gar den Eindruck gewinnen, die Deutschen seien ein Volk von Widerständlern gewesen, über die der Nationalsozialismus quasi von außen hereingebrochen sei. Ob indes die zwischen Traditionsbildung und Wissenschaftlichkeit schwankende Thematisierung von brauner Diktatur und Widerstand vor der eigenen Haustür bedeutsame Spuren im kollektiven politischen Bewußtsein der Deutschen West wie Ost hinterlassen hat, ist ungewiß. Der politische und wissenschaftliche Gesamtertrag der lokal- und regionalgeschichtlichen Forschung jedenfalls kontrastiert deutlich zu den enormen Anstrengungen von betroffenen Laien und Barfußhistorikern, von berufsmäßigen Traditionsbildnern und professionellen Historikern. Ungebremst und mit immer rasanterer Geschwindigkeit setzt sich die Entwicklung vom Allgemeinen der Nation zur Besonderheit des Ortes fort, ohne daß der umgekehrte Weg hin zu einer sozialgeschichtlich orientierten Gesamtschau des deutschen Widerstandes als Silberstreifen am Horizont erkennbar wäre.

Motive der politisch-kulturellen Traditionsbildung standen zweifellos an der Wiege der Widerstandsforschung im allgemeinen wie der lokal- und regionalgeschichtlichen Forschung im besonderen. Während in Deutschland-West der demokratischen Neuordnung »durch Berufung auf den Widerstand zusätzliche historisch-politische Legitimität« verschafft werden sollte, erblickte man in Deutschland-Ost »in der Identifizierung mit der Tradition des ›antifaschistischen Kampfes‹ eine unentbehrliche Dimension« des nationalen Selbstverständnisses[1]. Hier wie dort ging es um Identitätsstiftung und Orientierung der Bürger in einem neuen politischen System. Im Westteil des gespaltenen Deutschland war es die katholische Kirche, die als erste Großinstitution bereits 1945/46 daranging, lokale und regionale Zeugnisse über Verfolgung und Widerstand katholischer Geistlicher zu sammeln, womit sie den Grundstein legte für eine bis in die Gegenwart währende geschichtsklitternde Umdeutung des Versagens des deutschen Episkopats im Jahre 1933 in eine Erfolgsgeschichte von katholischer Opposition und Widerständigkeit[2]. Der frühe Adenauer-Staat besann sich auf den Widerstand deutscher

Militärs, um Anschluß an die politische Kultur des Westens zu finden und im Zeichen der westdeutschen Wiederaufrüstung der neugeschaffenen Bundeswehr positive historische Identifikationsangebote zu offerieren. In der publizistischen und wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Widerstand dominierte in den 50er Jahren das Bestreben, durch Dokumentation und Spurensicherung des illegalen Kampfes gegen Hitler der alliierten Kollektivschuldthese entgegenzutreten und an das »andere Deutschland« zu erinnern, an das die neue Demokratie anknüpfen sollte. Deutlich wird dies etwa in Günther Weisenborns »Bericht über die Widerstandstätigkeit des deutschen Volkes 1933–1945«, der erstmals 1953 unter dem Titel »Der lautlose Aufstand« erschien: »Nach der Kapitulation wurden die Taten der Widerstandsbewegung in allen ehemals besetzten Ländern bekannt, und ihr Ruhm wurde gepflegt. Nur die Taten der ältesten Widerstandsbewegung blieben unbekannt, die der deutschen...«. Da es dem alliierten Interesse widersprochen habe, »eine große deutsche Widerstandsbewegung anzuerkennen«, seien Unterlagen und Zeugnisse über den deutschen Widerstand in den Archiven verschwunden. Um die Freiheitsliebe und die Friedenssehnsucht der Menschen in der neuen Demokratie zu stärken, sei es notwendig, sich der Heldentaten des deutschen Widerstands zu erinnern[3]. Mit Weisenborns Buch, das ein ungewöhnliches Presseecho im In- und Ausland heraufbeschwor, war ein politisch-pädagogischer Begründungszusammenhang geliefert, der die Widerstandsforschung bis in die Gegenwart bestimmt. Belege für die Existenz einer breiten deutschen »Volksopposition« gegen das Dritte Reich zu sammeln, motivierten in der zweiten Hälfte der 50er Jahre auch die ersten Quellensammlungen zum lokal-regionalen Widerstand, wie etwa Bernhard Vollmers »Volksopposition im Polizeistaat« aus dem Jahre 1957[4].

Gleichsam als Gegenbewegung zum dominanten Bild des primär von Geistlichen und Militärs majorisierten Widerstandes und politisch eingebettet in den Versuch der westdeutschen Linken, sich aus der Umklammerung des Adenauer-Staates zu lösen und politisch-kulturellen Geländegewinn zu verzeichnen, entstanden in den 60er Jahren die ersten lokalgeschichtlichen Studien, die sich speziell dem deutschen Arbeiterwiderstand widmeten. Am lokalen Beispiel sollte der Gegenbeweis geführt werden, daß sich der Widerstand keineswegs nur auf Gruppen beschränkte, die eher der Klientel der Konservativen zuzurechnen waren, sondern sich wesentlich aus den Traditionen der organisierten Arbeiterschaft rekrutiert hatte. So zeichnete etwa Gerda Zorn in ihrem 1965 erschienenen Buch über Hannover in der für die spätere lokalgeschichtliche Widerstandsforschung gleichsam typischen Mischung aus vereinfachender Personalisierung und euphorisierender Heroisierung das Bild einer starken und breitgefächerten Arbeiteropposition und erklärte kurzerhand die Stadt an der Leine zur »Stadt im Widerstand«[5]. Daß der analytische Wert dieser Lokalstudie eher gering war und sie wissenschaftlichen Ansprüchen nicht gerecht wurde, gestand Wolfgang Abendroth in seinem Vorwort offen ein. Ihr Ziel sei es vielmehr, die »Erinnerung an den Kampf einer großen Zahl von Menschen« aufrechtzuerhalten, »deren Einsatz uns zeigt, daß auch das deutsche Volk eine demokratische Tradition besitzt«[6]. Mit der Doku-

mentation über Hannover begründete der Frankfurter Röderberg-Verlag seine zusammen mit dem Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes herausgegebene und bis Ende der 80er Jahre auf mehr als 40 Bände angewachsene »Bibliothek des Widerstandes«, die sich primär der lokalgeschichtlichen Erforschung des deutschen Arbeiterwiderstandes verschrieb und strategisch auf eine Korrektur der existierenden Geschichtsschreibung zum Widerstand in Deutschland zielte. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang etwa Detlev Peukerts Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet aus dem Jahre 1976, die allerdings noch ganz den heroisierenden Geist der kommunistischen Geschichtsschreibung atmet[7]. Ende der 60er Jahre konterte die Friedrich-Ebert-Stiftung die lokal/regionalgeschichtliche Initiative kommunistischer Kreise mit einer Reihe von Lokalstudien über Verfolgung und Widerstand in ehemaligen sozialdemokratischen Hochburgen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland. In bewußter Distanz zu den Prämissen der bisherigen Forschungen zum Arbeiterwiderstand sowie zu den Tabus des Kalten Krieges sprachen diese auf hohem handwerklichen Standard angelangten Studien dem Widerstand der KPD nicht länger den ihm historisch gebührenden Rang ab, verwiesen aber zugleich auch auf die Widerstandstätigkeit sozialistischer Gruppen[8]. Einen kräftigen Schub bekam die lokalgeschichtliche Widerstandsforschung in den 70er Jahren durch eine nach neuen historischen Identifikationen suchende Studentengeneration, insbesondere durch jenen Teil der akademischen Jugend, der das Bündnis mit der Arbeiterschaft anstrebte und sich ihren Traditionen verpflichtet sah. Initiativgruppen gründeten sich, die dem vergessenen Widerstand im eigenen geographischen Nahbereich nachforschten; Barfußhistoriker sammelten Zeugnisse und sicherten Spuren des Widerstandes vor Ort; Studenten befragten überlebende Aktivisten von lokalen Widerstandsgruppen.

Politisch und kulturell folgenreich war dies insofern, als es die lokalgeschichtliche Widerstandsforschung aus dem »Ghetto« der Verfolgtenorganisationen befreite und einer neuen Forschergeneration zukünftiger Multiplikatoren im Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbetrieb öffnete. Das Aufspüren lokaler Widerstandsaktivitäten wurde Bestandteil von Jugendverbands- und lokaler Kulturarbeit, von Volkshochschulen und Schulen, wie nicht zuletzt etliche preisgekrönte Arbeiten aus dem Schülerwettbewerb des Bundespräsidenten zeigten[9].

In lokalen Schriftenreihen und Zeitungsartikeln, in Ausstellungen wie etwa in der »Alten Synagoge« in Essen, in »antifaschistischen Stadtrundfahrten« wie in Hamburg, Saarbrücken und Kiel setzten sich nach dem immergleichen Schema die Ergebnisse der lokalgeschichtlichen Initiativen zum Widerstand vor der eigenen Haustür produktorientiert um und vermittelten sich einem breiten Publikum[10]. Auf kommunaler Ebene wiederholte sich vielfältig, aber verspätet nur das, was Weisenborn und Abendroth bereits in den 50er und 60er Jahren gefordert hatten: durch die Identifikation mit den Handelnden und Leidenden im konkreten, überschaubaren lokalen Kontext die Erinnerung an demokratische und antinationalsozialistische Traditionen wachzuhalten. Im Vordergrund der lokalgeschichtlichen Traditionsbildung stand somit primär der Nachweis des breiten Spektrums des

kommunalen Widerstandes, kaum jedoch einmal die Frage nach den Gründen seines Scheiterns und schon gar nicht nach der Dialektik von Herrschaft und widerständigem Verhalten. Der Widerstand wurde – wie etwa in der ständigen Ausstellung in der Dortmunder »Steinwache«[11] – lokal überbewertet und der Widerstandsbegriff vielfach bis zur Unkenntlichkeit ausgeweitet. Die alliierte Kollektivschuldthese von einst mutierte zur exkulpierenden These vom kollektiven Widerstand des deutschen Volkes oder, wie es in den 1980 beschlossenen »Empfehlungen zur Behandlung des Widerstandes in der NS-Zeit im Unterricht« der Kultusministerkonferenz heißt: »Sichtbar ist heute, daß es nicht nur den systematischen und programmatischen Widerstand politischer Gruppen gegeben hat..., sondern auch einen verbreiteten Widerstand im Volk, der sich in Formen der Nichtanpassung, der Verweigerung im Einzelfall, oft der passiven Resistenz geäußert hat.«[12]

Ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik bildete der Arbeiterwiderstand ein zentrales Thema innerhalb der Lokal- und Regionalgeschichtsforschung der DDR seit deren Gründung. Beträchtliche Forschungskapazitäten und Mittel wurden für den Versuch der SED zur Verfügung gestellt, die Geschichte der KPD und des kommunistischen Widerstandes retrospektiv zur eigenen Vorgeschichte umzudeuten. Diese Entwicklung verlief jedoch – anders als im Westen vielfach angenommen – keineswegs linear und widerspruchsfrei. So wies etwa Werner-Georg Schneider in seiner Lokalstudie über »Die Illegalen Suhls« 1948 kritisch auf Widersprüche, innere Krisen und Erosionsprozesse innerhalb der KPD hin[13], oder äußerte sich Werner Plesse in seinem Beitrag »Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mitteldeutschland (1933–1945)« – weitab von der späteren Mythologisierung der Arbeiterschaft als Bannerträger des Widerstandes – kritisch zur Umsetzung der Beschlüsse der »Brüsseler Konferenz« von 1935 innerhalb der illegalen Arbeit und zur Agitationstätigkeit des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in Mitteldeutschland: »Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter freilich schwieg und duckte sich aus Furcht vor dem Terror, aus Angst um die UK-Stellung, aus purem, aber falsch verstandenem Selbsterhaltungstrieb weiter unter das faschistische Joch.«[14] Spätestens seit der Veröffentlichung der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen achtbändigen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«[15] verstummten solche kritischen Töne und setzte ein Dogmatisierungsschub ein, der auch für die Regional- und Lokalgeschichtsforschung ein verbindliches Passepartout vorgab, das feste Sprachregelungen oktroyierte und Tabuzonen markierte. Die Geschichtsschreibung wurde fortan einem Ensemble von Grundannahmen über den antifaschistischen Widerstand der KPD verpflichtet, »das in retrospektiver Teleologie die gegenwärtige Verfassung der DDR als gesetzmäßige Krönung der geschichtlichen Entwicklung« deutete. Zu diesen Grundannahmen zählten etwa die »ungebrochene organisierte Kontinuität der Partei, die führende Rolle ihres Zentralkomitees, der Anspruch auf die kommunistische Hegemonie in der antifaschistischen Bewegung und das Postulat, die Strategie und Taktik der KPD sei in ihrer Grundlinie immer richtig gewesen«[16]. Angesichts der traditionsbildenden Rolle, die der Geschichtswissenschaft in der DDR zugewiesen wurde, gefährdete das Rütteln an diesen Prämissen die staatlichen Grundlagen

und war fortan verpönt. Autoren, die – wie etwa Erich Köhn in seinem Aufsatz über die Gründung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in Leipzig[17] – von den Sprachregelungen dieses Passepartouts abwichen, wurden nun öffentlich belehrt, so als etwa Gerhard Roßmann Köhn in der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« darauf verwies, daß das ZK der KPD die illegal agierenden Kader nicht bloß »angeleitet«, sondern unmittelbar geführt habe und die Leipziger Parteiorganisation als Teil der Gesamtpartei zu betrachten sei[18]. In die DDR-Geschichtsschreibung schlich sich damit das auch von der westdeutschen Forschung unkritisch übernommene, unproduktive, weil Denkverbote begründende Klischee ein, als ob die lokalen Widerstandsgruppen nur blinde Vollzugsorgane zentral gefaßter Beschlüsse gewesen seien. Dies setzte Maßstäbe für alle künftigen Lokal- und Regionalstudien, als deren Träger vor allem die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED fungierten, die so auch organisatorisch über die Einheitlichkeit der traditionsbildenden SED-Geschichtsschreibung wachten. Örtlich und regional war künftig nur mehr das nachzuvollziehen und mit Quellen zu belegen, was die zentralen meinungsbildenden Publikationen zum antifaschistischen Widerstand vorgegeben hatten[19]. Der wissenschaftliche Ertrag dieser Studien blieb daher auch denkbar gering, wie etwa Werner Bramke in seiner 1988 publizierten Forschungsstandsbeschreibung zur DDR-Widerstandsforschung öffentlich eingestand: Es sei »bedauerlich, daß von dem spezifisch Regionalen, wie es Geographie, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur sowie die Geschichte über einen langen Zeitraum beeinflußt und auch mental geprägt haben, verhältnismäßig wenig eingebracht worden ist. Es scheint fast, als scheuten sich die meisten mit diesem Zeitabschnitt befaßten Regionalhistoriker, von ihrem räumlichen kleinen Feld zu größeren Fragen vorzustoßen.«[20] Bei allem Naserümpfen westdeutscher Historiker über die Ergebnisse der lokal-regionalen Widerstandsforschung in der DDR sollte nicht verkannt werden, daß die Forschung im Westteil Deutschlands vor ähnlichen Problemen stand und die eher spekulativ orientierte Geschichtsschreibung zur KPD – wie sie etwa Horst Duhnke verkörpert[21] – gut daran täte, im Interesse einer differenzierten Darstellung der Geschichte des kommunistischen Widerstandes den großen Materialreichtum der DDR-Lokal- und Regionalgeschichtsforschung zur Kenntnis zu nehmen.

Trotz aller Verdienste der traditionsbildend motivierten lokal- und regionalgeschichtlichen Widerstandsforschung dominieren bei ihren Ansätzen und Ergebnissen aus der Perspektive der Wissenschaft jedoch eher Probleme und Fragen. Was Ernst Hanisch über die Arbeit des »Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands« schrieb, gilt gleichermaßen für die lokal- und regionalgeschichtliche Widerstandsforschung in Deutschland-West und Deutschland-Ost: »Das wissenschaftliche Niveau blieb vielfach unter dem heute erforderlichen Standard... Das Überwiegen der Quelleneditionen reduzierte die Chancen zur Quellenanalyse. Die Neigung zur Personalisierung und Heroisierung des Widerstandes löste ihn aus der sozialgeschichtlichen Verankerung und stellte ihn gleichsam in den luftleeren Raum.«[22]

Als nachteilig erweist sich zunächst, daß die Lokal- und Regionalgeschichtsforschung zum Widerstand in Deutschland primär Betroffenenforschung von einzelnen oder Auftragsforschung von politischen (Groß-) Organisationen war und ist und ihr daher vielfach die notwendige kritische Distanz zum Gegenstand ihres Interesses abgeht. Die weitaus meisten Studien zeichneten sich durch ihren vorwiegend deskriptiven Charakter aus und nahmen sich bezüglich theoretischer Verallgemeinerungsperspektiven eklektisch aus. Chronologische Sichtweisen dominierten vor ausgewiesenen theoretischen Perspektiven. Systematische Fragestellungen gewannen kaum einmal den Rang ordnender Prinzipien. Vor allem die Frage nach den Gründen des Scheiterns des Widerstandes und nach den Bedingungen für den übermächtigen Konsens mit dem NS-Regime bis weit hinein in die einst NS-resistenten Milieus stand quer zu den traditionsbildenden Motiven der meisten Lokal- und Regionalforscher und ging daher nicht konstitutiv in die zahlreichen Darstellungen ein. Statt dessen überwog oftmals ein platter Empirismus und die Vernachlässigung der Quellenkritik. Vielfach wurde – wie in den »heimatgeschichtlichen Wegweisern zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945« des Frankfurter Studienkreises[23] – das für bare Münze genommen, was die NS-Verfolgungsbehörden aus eigenen legitimatorischen Interessen an Vermutungen oder auch Ängsten und Projektionen auftischten. Fast ist man geneigt, von einer heimlichen Komplicenschaft von Widerstandsforschung und Gestapo zu sprechen. Wie schon aus den Untertiteln der meisten Studien hervorgeht, huldigten diese einer Dichotomie von Verfolgung und Widerstand, wobei die Verfolgerseite – wie erst jüngst Robert Gellately eindrucksvoll belegte[24] – unzulässigerweise überschätzt wurde, um so einerseits das Scheitern des Widerstandes verständlich zu machen und andererseits die kleinste oppositionelle Regung wie die »Heimtückerede« oder das Beharren auf den traditionellen Grußformen als Akt des Widerstandes erscheinen zu lassen. Völlig zurecht hat Michael Zimmermann darauf verwiesen, daß zudem die meisten Autoren, die sich mit der Problematik von Verfolgung und Widerstand beschäftigten, zu Gefangenen ihres eigenen Diskurses wurden und bereits die stereotype Betitelung zahlreicher Bücher und Ausstellungen suggeriert habe, daß die nationalsozialistische Verfolgungspraxis im wesentlichen eine Resultante des Widerstandes gewesen sei[25]. Das Aufspüren von lokalen/regionalen Zeugnissen und Spuren des Widerstandes schließlich isolierte diesen aus seinen politischen und sozialen Bezügen und ließ die untersuchte Stadt oder Region mitunter exkulpierend als Hort von Resistenz und Widerstand erscheinen. Vor allem dort, wo ein Ort oder eine Region lediglich dazu funktionalisiert wurden, um vorgegebene politische Prämissen zu bestätigen oder traditionsbildende Bedürfnisse zu befriedigen, blieb die Frage nach den Beziehungen zwischen Allgemeinem und Besonderem und damit nach dem Stellenwert sowie der Aussagekraft von Regional- und Lokalstudien unklar, und reduzierten sich die Ergebnisse der Forschung – wie Hartmut Mehringer auf der Tagung »Nationalsozialismus und Region« des Instituts für Zeitgeschichte beklagte – somit auf eine bloße Topographie des Widerstandes, ohne spezifische lokale bzw. regionale Profile des Widerstandes herauszuarbeiten. Lokal- bzw. Regionalge-

schichtsschreibung im eigentlichen Sinne wurde kaum einmal betrieben, d.h. die Frage blieb unbeantwortet, wie die Region als spezifische Erfahrungswelt und mentales Konstrukt Widerständigkeit förderte bzw. bremste[26].

Seit Ende der 70er Jahre befindet sich die Widerstandsforschung der Bundesrepublik – wie Detlev Peukert bereits 1980 befand[27] – in einer Umbruchsphase, die durch die Tendenz zur zunehmenden Verwissenschaftlichung und Historisierung der Widerstandsforschung gekennzeichnet ist. Das »Bayern-Projekt« des Instituts für Zeitgeschichte in München setzte hier zweifellos neue Akzente, indem es ihm erstmals gelang, ein wirklich regionales Widerstandsprofil deutlich zu machen. In großem Maßstab öffnete es die bislang primär organisationsfixierte Widerstandsforschung für Methoden der Sozial- und Alltagsgeschichtsschreibung und erweiterte mit einem keineswegs unumstrittenen Resistenzbegriff den Blick auch auf alltägliche widerständige Verhaltensweisen[28]. Von Zwängen der Traditionsbildung und Legitimationsbeschaffung sukzessive befreit, wurde die lokal- und regionalgeschichtliche Widerstandsforschung zunehmend eine Sache der wissenschaftlichen Qualifizierung und universitärer Forschungsprojekte, was ihre Etablierung als eigenständigem Arbeitsbereich der Geschichtswissenschaft begünstigte, so daß Wilfried Loth 1993 schreiben konnte: »Fortschritte in der Erfassung der Wirklichkeit des Dritten Reiches werden sich auf absehbare Zeit nur über regionale und sektorale Fallstudien erzielen lassen, die die Vorteile dichter Quellenbestände und relativer Überschaubarkeit nutzen, ohne übergreifende Fragestellungen und theoretische Verdichtungen aus den Augen zu verlieren.«[29] Die Entwicklung weg von der Betroffenenforschung und der lokalgeschichtlichen Traditionspflege hin zur universitären Forschung bedeutete zugleich eine Entheroisierung und Entmonumentalisierung des Widerstandes und machte den Blick frei auf bislang tabuisierte Themenbereiche.

In mancherlei Hinsicht markierte Detlev Peukerts 1980 erschienene Dissertation »Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1945« den qualitativen Sprung von der Traditionsbildung zur Wissenschaft, weshalb sie hier etwas ausführlicher gewürdigt werden soll: Anders als einige Jahre zuvor, als Peukert selbst noch der DKP nahe gestanden hatte, ging es ihm nun nicht mehr primär um die Sicherung der Spuren des regionalen Arbeiterwiderstandes, sondern darum, »kritisch die Gründe des Scheiterns der deutschen Arbeiterbewegung 1933 und der letztlichen Wirkungslosigkeit des opferreichen Widerstands in den Jahren danach« zu untersuchen, »verallgemeinernde Aussagen über den kommunistischen Widerstand« zu treffen und die Chancen komparativer Verfahren zu nutzen, um ein Profil des regionalen kommunistischen Widerstandes herauszuarbeiten[30]. Erstmals auch versuchte ein Regionalforscher die von Martin Broszat wiederholt geforderte, aber vom »Bayern-Projekt« selbst nicht eingelöste Dialektik von Herrschaft und Widerstand zu entfalten[31], indem er Muster widerständigen Verhaltens auf die jeweiligen Entwicklungen im NS-Herrschaftssystem bezog und dadurch den Formenwandel des Widerstandes erklärlich machte. Mit seinem Ansatz kratzte Peukert zugleich am Mythos des allmächtigen NS-Verfolgungsapparates und zeigte, daß das Scheitern des Widerstandes viel-

fach hausgemacht war. Peukerts Dissertation setzte Maßstäbe für die weitere regionale und lokale Widerstandsforschung, ohne daß aber die meisten der in der Zwischenzeit zahlreich publizierten wissenschaftlichen Abhandlungen Peukerts Anspruch gerecht geworden wären[32]. Peukerts KPD-Studie wie das »Bayern-Projekt« standen zugleich am Beginn einer stärker historisierenden Widerstandsforschung, die im Unterschied zur älteren Forschung mehr auf die Berücksichtigung der überindividuellen, gesellschaftlichen Voraussetzungen des Widerstandes und seines Scheiterns zielte, wobei Historisierung im Sinne Broszats vor allem bedeutete, den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Stufen der Politik und der Struktur des Widerstandes wiederherzustellen und die heroisierend-isolierende Betrachtung des Widerstandes zu überwinden[33].

Die Gründe für den Umbruch von der traditionsbildenden zur wissenschaftlichen lokal- und regionalgeschichtlichen Widerstandsforschung seit Ende der 70er Jahre lagen gleichermaßen im politischen, im pädagogischen wie im wissenschaftlichen Bereich. Zunächst zeigten die Erfahrungen in der politischen Bildung anschaulich, daß die Ergebnisse der bisherigen Widerstands- und NS-Forschung immer schwieriger an die nachwachsende Generation zu vermitteln waren[34] und damit ein entscheidender Anwendungsbereich der traditionsbildenden Widerstandsforschung an Bedeutung verlor. Zweitens trug die sozialgeschichtliche NS-Forschung entscheidend zur Entmythologisierung der deutschen Arbeiterschaft als Hort des Widerstandes und als Objekt historisch gerichteter Identifikationssuche bei[35]. Drittens schließlich wurde mit der Abschwächung der ursprünglichen Legitimationsbedürfnisse, der Aufarbeitung bislang vernachlässigter Bereiche des Widerstandes sowie insgesamt dem Zerfall kollektiver politischer Überzeugungen seit Ende der 70er Jahre der Weg frei, die isolierende Betrachtung des Widerstandes jedweder Couleur zu überwinden und sich neuen, bislang eher tabuisierten Fragestellungen zu widmen. Man muß kein Hellseher sein, um zu prognostizieren, daß durch den Wegfall weiterer Legitimationszwänge als Folge des Zusammenbruchs der DDR die Tendenz zur Verwissenschaftlichung der Widerstandsforschung und zur Historisierung des Themas eher zu- als abnehmen wird. Einen kräftigen Innovationsschub in Richtung Verwissenschaftlichung erlebte die lokal- und regionalgeschichtliche Widerstandsforschung nach 1982 mit der Einrichtung des Förderungsschwerpunktes »Deutscher Widerstand« durch die Volkswagen-Stiftung, die erstmals explizit auch Mittel für lokal- und regionalgeschichtliche Forschungsvorhaben zur Verfügung stellte. Das Spektrum der großzügig geförderten Forschungsprojekte reichte dabei von der Untersuchung von Widerstandshandlungen in fränkischen Dörfern, über Lokalstudien zum Widerstand in Bremen und Hannover bis hin zu großangelegten Studien zu Widerstand und Verweigerung in Südwestdeutschland, Westfalen, Niedersachsen und im Saarland[36]. Mit der vergleichend angelegten Untersuchung des Widerstandsverhaltens im Raum Magdeburg, Braunschweig und Hannover fand erstmals auch ein komparativ angelegtes Projekt finanzielle Förderung. Schließlich wurde auf diesem Wege auch die Erstellung von Gruppen-Monographien über das Widerstandsverhalten von Frauen aus dem Bereich der Gestapoleitstelle Düsseldorf

sowie jugendlicher Arbeiter aus dem Ruhrgebiet möglich und erhielt damit vor allem die zeitgeschichtliche Frauenforschung neue Impulse[37]. Insgesamt stellte die Volkswagen-Stiftung für diese Forschungsvorhaben im Zehnjahreszeitraum zwischen 1982 und 1992 Förderungsmittel in Höhe von 4,7 Millionen DM zur Verfügung[38]. Aber auch unabhängig von solch generöser Forschungsfinanzierung hat die lokal- und regionalgeschichtliche Widerstandsforschung seit den 80er Jahren einen kräftigen Aufschwung genommen. Initiiert durch Gedenkstätteninitiativen und Geschichtswerkstätten entdeckte die Widerstandsforschung mit Jörg Kammlers Kasseler Lokalstudie über Kriegsdienstverweigerer und ungehorsame Soldaten – der in der Zwischenzeit eine Reihe von Regionalstudien etwa zum Bereich Ems-Jade und zum Saarland folgte – ein von der Widerstandsforschung bisher völlig ausgeblendetes Feld von Dissens, Verweigerung und Widerstand und provozierte damit den öffentlichen Diskurs über das Problem der Desertion im Zweiten Weltkrieg[39]. Wie in etlichen anderen Handlungsfeldern auch werden erst auf der Basis solcher lokal- und regionalgeschichtlicher Einzelstudien mittelfristig systematisch angelegte und verallgemeinerungsfähige Aussagen über das Verweigerungsverhalten deutscher Wehrmachtssoldaten möglich[40]. Region und Ort sind damit heute mehr als geographische und politische Einheiten; vielmehr bezeichnen sie zunehmend einen methodischen Einstieg und ein operatives Verfahren, um – wie es Loth formuliert hatte – »übergreifende Fragestellungen und theoretische Verdichtungen« anzugehen.

Ein Blick auf die Topographie der bundesdeutschen Widerstandsforschung läßt erkennen, daß die anfängliche Konzentration auf Regionen mit eher stärkerer Widerstandstätigkeit und vor allem auf die Städte überwunden und auch das Widerstandsverhalten in der Provinz zum Forschungsgegenstand geworden ist. Gleichwohl hat auch die Widerstandsforschung das Land nicht gleichmäßig beackert, sondern bleiben Ungleichzeitigkeiten bestehen. Die noch immer größte Dichte lokaler Widerstandsstudien weist nach wie vor das Ruhrgebiet auf, in dem es fast keine Stadt gibt, zu der nicht mehr oder weniger gehaltvolle Studien vorliegen. Recht günstig sieht die Situation auch in Niedersachsen und Bremen aus. Über größere Regionalstudien verfügen derzeit einzig Bayern und das Saarland. Mit der Errichtung universitärer Forschungsstellen und Institute in Karlsruhe und in Schleswig-Holstein sowie dem Dokumentationsprojekt des Wiesbadener Hauptstaatsarchivs wird die defizitäre Forschungssituation zum Widerstand bald auch im Südwesten, in Schleswig-Holstein und in Hessen der Vergangenheit angehören. Demgegenüber ist gegenwärtig nicht absehbar, wie sich die Forschungslage in Berlin – gleichsam dem Zentrum des deutschen Widerstandes – zum Besseren entwickeln und eine empirisch gesättigte und theoretisch angelegte Gesamtdarstellung in Angriff genommen wird. Mit der Öffnung der Archive der ehemaligen DDR stehen die Chancen für ein solches Großprojekt gut, das allerdings nur von einem größeren Forschungsteam realisiert werden kann. Während – wie bereits ausgeführt – zum Widerstand der KPD auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine Vielzahl von Quelleneditionen und Studien vorliegt, ist es um die Erforschung des Widerstandes sozialistischer Gruppen, der nichtkommunistischen Jugendop-

position und von Christen auf lokal- und regionalgeschichtlicher Ebene schlecht bestellt. Erste Ansätze – allerdings vornehmlich von westdeutschen Historikern etwa zum SPD-Widerstand in den einstigen sozialdemokratischen Hochburgen Magdeburg und Leipzig[41] – deuten jedoch auch hier Änderungen an, während sich der 1993 erschienene Sammelband »Brandenburg in der NS-Zeit« eher peripher mit Fragen des Widerstandes beschäftigt[42]. Die Landkarte der lokal- und regionalgeschichtlichen Widerstandsforschung verfügt also noch über zahlreiche »weiße Flecken« und wird noch für manche Überraschung gut sein.

Besonders die seit etwa 1990 publizierten Widerstandsstudien sind Ausdruck eines neuen »sozialhistorischen Realismus«[43]. Sie markieren zugleich eine neue Stufe der Widerstandsforschung weg von der Eruierung der Widerstandstätigkeit hin zur Sozialgeschichte des NS-Regimes[44]. Neuere Sammelbände wie die über Nordrhein-Westfalen und Norddeutschland sowie die Publikationsreihe über »Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945« deuten an, daß die isolierte Beschäftigung mit dem Widerstand zugunsten einer umfassenden Sozialgeschichte des Dritten Reiches aufgegeben wird und Fragen der Widerstandsforschung künftig vielleicht erstmals in größeren Zusammenhängen und in historisierender Perspektive diskutiert werden[45].

In Alf Lüdtkes Konzept der Aneignung von Herrschaft hat der neue Realismus der lokal- und regionalgeschichtlichen Widerstandsforschung eine theoretische Basis gefunden. Nach Lüdtke produziert die je unterschiedliche Aneignung der Verhältnisse eine breite Palette sich widersprechender, aber auch ergänzender Verhaltensweisen, eine Gemengelage aus Mitmachen, Adaption, Umbiegen, Sich-nutzbar-machen, Eigensinn und Widerstehen[46]. Der damit eingeleitete Perspektiven- und Paradigmenwechsel nimmt Abschied von einer platten und unfruchtbaren Gegenüberstellung von Opfern und Tätern, von Verfolgten und Widerständlern und betont statt dessen stärker die gleichzeitigen Widerstände bei der Realisierung der »Volksgemeinschaft« sowie die loyalen Anteile innerhalb des widerständigen Verhaltens[47]. So emanzipiert sich die zeitgeschichtliche Frauenforschung zunehmend von ihrer bisherigen Fixierung auf die Opferrolle der Frauen und thematisiert auch deren gleichzeitige Rolle als Täterinnen – beispielsweise in Gestalt von Denunziantinnen – [48], während die Forschung zum politischen und konfessionellen Widerstand sich zunehmend auch Prozessen des Zerfalls, der Entsolidarisierung, des Verrats und der Anpassung in den einst widerständigen Milieus zuwendet. Exemplarisch exerzieren uns dies die Lokal- und Regionalstudie von Cornelia Rauh-Kühne über das katholische Milieu in Ettlingen sowie Karl-Ludwig Sommer in seiner Untersuchung des Verhaltens von evangelischen Bekenntnisgemeinden im Oldenburger Land vor. Während Cornelia Rauh-Kühne zu dem bedrückenden, aber keineswegs überraschenden Ergebnis kommt, daß die Abwehrhaltung des katholischen Milieus gegenüber dem Nationalsozialismus bereits in der Phase des Aufstiegs der NSDAP nicht als Ausdruck einer fundierten demokratischen Gesinnung der katholischen Wählerschaft gewertet werden kann und sich nach 1933 die Kritik der Katholiken stets nur auf die kirchenfeindliche Politik des Nationalsozialismus und seine antikonfessionelle Weltanschauung be-

schränkte, den von den Nationalsozialisten usurpierten Staat hiervon aber explizit ausnahm[49] – ein Ergebnis, das völlig quer steht zu Heinz Hürtens voluminöser Geschichte der deutschen Katholiken zwischen 1918 und 1945 und zahlreichen anderen Gemeindestudien zum katholischen Milieu[50] –, gelangt Sommer zu dem Fazit, daß die Bekennende Kirche in ihrer unpolitischen Haltung und ihrer Obrigkeitsfixierung eher ein stabilisierender Faktor im Dritten Reich als ein Hindernis gewesen sei. Wenn Pfarrer der Bekennenden Kirche mit den Nationalsozialisten aneinandergeraten seien, so sei dies eher in persönlichen Statuskonflikten als in politischen Gegensätzen begründet gewesen[51].

Beide Verfasser räumen damit mit der These von der konfessionellen Resistenz auf und gelangen so zu einer kritischen Historisierung kirchlichen Verhaltens in der NS-Zeit[52]. Dem Paradigmenwechsel in der Kirchengeschichtsschreibung durchaus ähnlich hat auch die neuere regionalgeschichtlich orientierte Jugendkulturforschung etwa zum Ruhrgebiet die Mythologisierung jugendlicher Dissidenten wie etwa der Edelweißpiraten zum Idealtypus jugendlicher Nonkonformität im Dritten Reich überhaupt[53] überwunden und stärker auf die Mischungsverhältnisse von Dissens und Konsens, von kulturellem Autonomiestreben und Anleihen beim Nationalsozialismus wie etwa dessen Führer- und Männlichkeitskult sowie sozialer Praxis verwiesen. In neueren Studien dominiert vielmehr ein methodischer Ansatz, der die von Gestapo und Justiz verfolgten »bündischen Umtriebe« nicht länger als originäres Produkt jugendspezifischer Herausforderungen des NS-Staates und damit als genuine Jugendrevolte deutet, sondern diese in die Traditionslinien subkultureller Jugendgemeinschaftsformen vom Kaiserreich bis hin zu den »Halbstarken« der Nachkriegszeit einbettet oder als Ausdrucksformen der Katastrophengesellschaft des Weltkrieges begreift[54]. Andere Lokal- und Regionalstudien wie etwa zu Darmstadt, zu Mönchengladbach, zu Bielefeld, zur Grafschaft Lippe oder zum Saarrevier widmen sich verstärkt den Prozessen des Verfalls linksproletarischer Milieus durch Denunzianten und Gestapo-V-Leute und weisen nach, daß das Scheitern von Widerstandsgruppen aus diesen Milieus vielfach hausgemacht war[55]. Deutlich skeptischer betrachtet die neuere Forschung zudem die Situation in den Betrieben, in denen eine ausgedehnte »Arbeiteropposition« – wie dies etwa die SED-Geschichtsschreibung, Timothy Mason oder Michael Voges unisono unterstellten – kaum auszumachen ist. Insgesamt jedoch bildet die lokalgeschichtliche Untersuchung der Situation in den Betrieben nach wie vor ein entscheidendes Desiderat der Widerstandsforschung[56].

Trotz aller Mängel, Verzerrungen und Forschungslücken bleibt es ein unbestreitbares Verdienst der lokal- und regionalgeschichtlichen Widerstandsforschung, auf den opferreichen Widerstand aus den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung hingewiesen zu haben. Sie hat zugleich unser Wissen über die vielfältigen Formen und Gruppen des Widerstandes gegen Hitler über den eher engen Blick der 50er Jahre hinaus erheblich erweitert und vor allem im letzten Jahrzehnt jenseits traditioneller Mythen einen neuen Realismus begründet, der zugleich das Wissen über das Scheitern des Widerstandes und die Funktionsmechanismen nationalsozialistischer Herrschaft vertieft hat. Gleichwohl gibt es noch große topo-

graphische wie thematische Lücken im Gesamtbild, die es auf erweiterter Quellenlage in den kommenden Jahren zu füllen gilt. Hierzu zählt vor allem die politische Kultur des Widerstandes, die nahezu unerforscht geblieben und doch für die doppelte Staatsgründung nach 1945 so konstitutiv war. Unter politischer Kultur des Widerstandes verstehe ich dabei die politischen Deutungsmuster von nationalsozialistischer Gegenwart und Weimarer Vergangenheit, die nachkriegspolitischen Zukunftsentwürfe, die internen und externen Interaktionsmuster der Widerstandsgruppen, ihre spezifischen oder auch lagerübergreifenden Ressentiments und Feindbilder sowie schließlich die vielfach symbolisch vermittelten Ausdrucksformen der antinationalsozialistischen Opposition. Das von Detlef Lehnert und Klaus Megerle entwickelte Forschungsdesign zur politischen Kultur der Weimarer Republik[57] wäre für die Analyse des deutschen Widerstandes fortzuschreiben und kreativ zu erweitern. Zu überwinden ist zugleich die unfruchtbare Verinselung der Widerstandsforschung auf die zwölf braunen Jahre. Nötig wäre demgegenüber die Hinwendung zu größeren und zeitlich übergreifenden Fragestellungen. Vor allem aber muß endlich der Schritt gewagt werden, wie dies Karl Marx formuliert hat, »vom Besonderen zum Allgemeinen aufzusteigen« und unser Wissen innerhalb einer Sozialgeschichte des Widerstandes als wiederum integrierten Bestandteil der Geschichte des Dritten Reiches zusammenhängend zu deuten. Peter Steinbach hat in diesem Sinne bereits vor Jahren gefordert, in Zukunft stärker die komparatistische Methode – in anderen Wissenschaftsdisziplinen längst als »Königsweg« präziser Forschung anerkannt – in die moderne zeitgeschichtliche Widerstandsforschung einzubinden und mit vereinten Kräften übergreifende Fragestellungen zu verfolgen[58].

Bei aller Notwendigkeit der Verwissenschaftlichung und Historisierung der lokal- und regionalgeschichtlichen Widerstandsforschung darf die Erkenntnis von der verbrecherischen Einzigartigkeit des Dritten Reiches und von der immer drohenden Potentialität des Rückfalls in die Barbarei nicht relativiert werden und verloren gehen. Die Erkenntnis, daß sich überall, wenn auch vergleichsweise wenige Menschen alleine oder gemeinsam mit anderen der nationalsozialistischen Barbarei widersetzten, sollte ein Grundstein unserer politischen Kultur bleiben. Die hier eingeforderte Analyse des Scheiterns des deutschen Widerstandes mag ein Baustein dafür sein, daß sich dieser Rückfall in der Zukunft nicht wiederholt. Zugleich sollte sie eine Aufforderung an uns alle sein, dem Nationalismus und Rassismus in allen seinen Varianten künftig rechtzeitig – und nicht erst wieder, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist – entgegenzutreten.

__ 1
Hans Mommsen, Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 3.

__ 2
Vgl. dazu Gerhard Paul, »... gut deutsch, aber auch gut katholisch«. Das katholische Milieu zwischen Selbstaufgabe und Selbstbehauptung, in: ders./Klaus-Michael Mallmann, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995, S. 25–152.

__ 3
Günther Weisenborn, Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945, Frankfurt am Main 1985 (erste Auflage 1953), S. 17, 19, 21.

__ 4
Bernhard Vollmer (Hrsg.), Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936, Stuttgart 1957 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Band 2).

__ 5
Gerda Zorn, Stadt im Widerstand, Frankfurt am Main 1965.

__ 6
Vorwort Wolfgang Abendroth zu Gerda Zorn (Anm. 5), S. 7.

__ 7
Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945, Frankfurt am Main 1976; vgl. auch Barbara Mausbach-Bromberger, Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933–1945, Frankfurt am Main 1976; weitere Lokalstudien, die in dieser Reihe veröffentlicht wurden, liegen etwa vor für Essen, Hamburg, Krefeld, München, Nürnberg, Stuttgart.

__ 8
Vgl. etwa Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund. Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969; Hans-Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Bonn 1974.

__ 9
Vgl. etwa für den Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung die Beispiele in Benno Hafeneger/Gerhard Paul/Bernhard Schoßig (Hrsg.), Dem Faschismus das Wasser abgraben. Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus, München 1981; sowie als Einzelbeispiel das Projekt der Volkshochschule Gelsenkirchen: Angeklagt wegen Hochverrat. Gelsenkirchen 1933–1945, Gelsenkirchen o.J., Beispiele aus dem Bereich des Schülerwettbewerbes des Bundespräsidenten in: Dieter Galinski/Ulrich Herbert/Ulla Lachauer (Hrsg.), Nazis und Nachbarn. Schüler erforschen den Alltag im Nationalsozialismus, Reinbek 1981, S. 249ff.

__ 10
Zusammenfassend und analysierend zu den »alternativen« bzw. »antifaschistischen« Stadtrundfahrten vgl. jetzt Andrea Hoops, Geschichte erfahren. Alternative Stadtrundfahrten, Garbsen 1993.

__ 11
Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945. Katalog zur ständigen Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, hrsg. von Günther Högl, Dortmund 1992.

__ 12
Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 4.12.1980, Anlage VI. Zu NS 201. KMK, 4./5.12.1980.

__ 13
Werner-Georg Schneider, Einige unter vielen. Die Illegalen Suhls 1933–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung gegen den Faschismus, Weimar 1948.

__ 14
Werner Plesse, Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mitteldeutschland (1939–1945), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 2 (1954), S. 813–843, hier S. 823.

__ 15
Hier Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin (DDR) 1966.

__ 16
Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1945, Wuppertal 1980, S. 15f; kritisch zur DDR-Widerstandsforschung auch Günter Plum, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus als Gegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung in Deutschland, in: Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Studien und Berichte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1985, S. 20–38 sowie Timothy Mason, Der antifaschistische Widerstand der Arbeiterbewegung im Spiegel der DDR-Historiographie, in: Das Argument, Heft 43 (1967), S. 144–153.

17
Erich Köhn, Der Weg zur Gründung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in Leipzig, in: ZfG, 13 (1965), S. 18–35.

18
Briefe an die Redaktion, in: ZfG, 13 (1965), S. 1038; vgl. die ZK-Dissertation von Gerhard Roßmann, Der Kampf der KPD um die Einheit aller Hitlergegner, Berlin (DDR) 1963.

19
Hier sind vor allem zu nennen: Heinz Kühnrich, Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933–1945, Berlin (DDR) 1983; sowie besonders Klaus Mammach, Widerstand 1933–1939, Berlin (DDR) 1984; ders., Widerstand 1939–1945, Berlin (DDR) 1987. An Lokal- und Regionalstudien, die diesem Passepartout folgten, vgl. etwa: Die KPD im Bezirk Halle-Merseburg 1933–1945, hrsg. von der Bezirksleitung Halle der SED, Halle 1983; Antifaschistischer Widerstandskampf in der Provinz Brandenburg. Biographisches/Bibliographisches, hrsg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Bezirkskomitee Potsdam in Zusammenarbeit mit den Bezirkskomitees Cottbus und Frankfurt/Oder, Potsdam 1982; zusammenfassend auch H. Maur, Neuere Forschungen zur Regionalgeschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung, in: Jahrbuch für Geschichte, 26 (1982), S. 367ff.; ders., Geschichtskommissionen der SED im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), (1988), S. 239–247.

20
Werner Bramke, Der antifaschistische Widerstand in der Geschichtsschreibung der DDR in den achtziger Jahren. Forschungsstand und Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 28/1988, S. 23–33, hier S. 31.

21
Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972.

22
Ernst Hanisch, Widerstand in Österreich 1934–1945, in: APuZ, B 28/1988, S. 35–45, hier S. 40f.

23
Bislang erschienen sind die Bände: Hessen (2 Bände), Niedersachsen (2 Bde.), Saarland, Baden-Württemberg I, Bremen sowie Schleswig-Holstein I (Nördlicher Landesteil).

24
Robert Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945, Paderborn u.a. 1993; ders., Gestapo und Terror. Perspektiven auf die Sozialgeschichte des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: Alf Lüdtke (Hrsg.), »Sicherheit« und »Wohlfahrt«. Polizei, Gesellschaft und Herrschaft, Frankfurt am Main 1992, S. 371–392; vgl. auch den Beitrag von R. Gellately in diesem Band.

25
Michael Zimmermann, »Widerstand und Verfolgung«. Zu den Möglichkeiten der Entwicklungen und Grenzen eines Untersuchungsansatzes für die Regionalforschung, in: Frank Bajohr (Hrsg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 106.

26
Generell zur Kritik der regionalen NS-Forschung vgl. Eike Hennig, Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für »mikroanalytische Studien« zur Erforschung der NSDAP, in: Politische Vierteljahresschrift, 21 (1980), S. 152–173.

27
D. Peukert (Anm. 16), S. 19.

28
Martin Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bde. 1–6, München 1977ff; ders., Widerstand. Der Bedeutungswandel eines Begriffs der Zeitgeschichte, in: Süddeutsche Zeitung vom 22./23. November 1986, S. 2; zum Resistenzbegriff ders./Elke Fröhlich, Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus, München 1987, S. 49ff; kritisch zum Resistenzbegriff und seiner Inflation innerhalb der Widerstandsforschung Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: ZfG, 41 (1993), S. 99–116.

29
Wilfried Loth, Rezension zu K.-M. Mallmann/G. Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich, in: Geschichte und Gesellschaft (GG), 19 (1993), S. 268.

30
D. Peukert (Anm. 16), S. 21, 28; ähnlich in der Intention Gerhard Paul, »Deutsche Mutter – heim zu Dir!« Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933–1945, Köln 1984.

31
Martin Broszat, Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstandes, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 34 (1986), S. 293–309.

32
Vgl. etwa Erich Matthias/Hermann Weber (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, oder Elke Imberger, Widerstand »von unten«. Widerstand und Dissens aus den Reihen der Arbeiterbewegung und der Zeugen Jehovas in Lübeck und Schleswig-Holstein 1933–1945, Neumünster 1991; Annette Zehnter, Widerstand und Verfolgung in Bochum und Wattenscheid 1933–1945, Essen 1992.

33
M. Broszat, Widerstand (Anm. 28).

34
Vgl. etwa Ulrich Kröll (Hrsg.), Jugend und Geschichte. Historisches Lernen, Forschen und Spielen in der außerschulischen Jugendbildung, Münster 1987; sowie Wilhelm Heitmeyer/Kurt Möller, »Nazis raus aus dieser Stadt!«? Für neue Wege im Umgang mit rechtsextremistischen Jugendlichen, in: deutsche jugend, (1989) Heft 1, S. 19–33.

35
Vgl. den zusammenfassenden Literaturbericht von Ulrich Herbert, Arbeiterschaft im »Dritten Reich«. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: GG, 15 (1989), S. 320–360; Gunther Mai, »Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?« Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches, in: GG, 12 (1986), S. 212–234.

36
Hervorzuheben sind hier vor allem folgende Studien: Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986; die im Rahmen des Niedersachsen-Projekts entstandene Arbeit von Beatrix Herlemann, Der Bauer klebt am Hergebrachten. Bürgerliche Verhaltensweisen unter dem Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen, Hannover 1993 sowie die drei Bände zum Saarland: Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler, Bonn 1989; dies., Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich, Bonn 1991; dies. (Anm. 2); zusammenfassend Gerhard Paul, Zur Sozialgeschichte von Verweigerung und Widerstand am Beispiel des Saarlandes (1935–1945), in: Brigitte Berlekamp/Werner Röhr (Hrsg.), Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, Münster 1995, S. 32–76.

37
Christl Wickert, Frauen im Hintergrund – das Beispiel von Kommunistinnen und Bibelforscherinnen, in: Helga Grebing/Christl Wickert (Hrsg.), Das »andere Deutschland« im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich, Essen 1994, S. 200–225; dies., Frauenwiderstand? Überlegungen zu einem vernachlässigten Thema am Beispiel Düsseldorfs und Essens, in: Anselm Faust (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945, Köln 1992, S. 101–112.

38
Freundliche Auskunft der Volkswagen-Stiftung an den Verfasser vom 14.1.1994.

39
Jörg Kammler, Ich habe die Metzelei satt und laufe über... Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand (1939–1945). Eine Dokumentation, Fuldabrück 1985; Günther Fahle, Verweigern – Weglaufen – Zersetzen. Deutsche Militärjustiz und ungehorsame Soldaten 1939–1945. Das Beispiel Ems-Jade, Bremen 1990; Norbert Haase, »Gefahr für die Manneszucht«. Zur Geschichte der Verfolgung von Nichtanpassung, Verweigerung und Widerstand in der Deutschen Wehrmacht im Spiegel der Spruchtätigkeit von Marinegerichten in Wilhelmshaven (1935–1945), Hannover 1996; Gerhard Paul, Ungehorsame Soldaten. Dissens, Verweigerung und Widerstand deutscher Soldaten (1939–1945), St. Ingbert 1994.

40
Dazu Norbert Haase/Gerhard Paul (Hrsg.), Die anderen Soldaten. Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1995.

41
Vgl. etwa Hans-Dieter Schmid, Leipziger Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, in: Sächsisches Heimatblatt, 38 (1992), S. 312–323; ders., Der organisierte Widerstand der Sozialdemokraten in Leipzig 1933–1935, in: ders. (Hrsg.), Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945, Leipzig 1994, S. 26–70.

42
Dietrich Eichholtz (Hrsg.), Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, Berlin 1993.

43
Vgl. Gerhard Paul, Die widerspenstige »Volksgemeinschaft«. Dissens und Verweigerung im Dritten Reich, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 323), S. 395–410.

44
M. Zimmermann (Anm. 25), S. 104f.

45
F. Bajohr (Anm. 25); A. Faust (Anm. 37).

46
Alf Lüdtke, Wo blieb die »rote Glut«? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus, in: ders. (Hrsg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt am Main-New York 1989, S. 224–282.

47
K.-M. Mallmann/G. Paul (Anm. 28), dies., Herrschaft und Alltag, (Anm. 36), S. 327ff.

48
Vgl. etwa Inge Marßolek, Die Denunziantin. Die Geschichte der Helene Schwärzel 1944–1947, Bremen 1993; vgl. die Hinweise in dem Einleitungsbeitrag von Christl Wickert, Widerstand und Dissens von Frauen – ein Überblick, in: dies. (Hrsg.), Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995 (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A, Band 2).

49
Cornelia Rauh-Kühne, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1933–1939, Sigmaringen 1991; jetzt auch Thomas Breuer, Verordneter Wandel? Der Widerstreit zwischen nationalsozialistischem Herrschaftsanspruch und traditionaler Lebenswelt im Erzbistum Bamberg, Mainz 1992; vgl. auch den Beitrag von C. Rauh-Kühne in diesem Band.

50
Heinz Hürten, Deutsche Katholiken 1918 bis 1945, Paderborn 1992; Werner K. Blessing, »Deutschland in Not, wir im Glauben...« Kirchen und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949, in: Martin Broszat u.a. (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 3–11; oder Ulrich von Hehl, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945, Mainz 1977.

51
Karl-Ludwig Sommer, Bekenntnisgemeinschaft und bekennende Gemeinden in Oldenburg in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft, Hannover 1993; ders., »Kirchenkampf« vor Ort – Nationalsozialistischer Alltag und Bekennende Gemeinden in Oldenburg 1933–1939, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 62 (1990), S. 132–152.

52
Zur neueren Historisierungsperspektive der Widerstandsforschung vgl. auch M. Zimmermann (Anm. 25), S. 103.

53
So etwa bei Detlev Peukert, Die Edelweißpiraten. Protestbewegungen jugendlicher Arbeiter im »Dritten Reich«, Köln 1988[3] und Matthias Hellfeld, Edelweißpiraten in Köln. Jugendrebellion gegen das Dritte Reich. Das Beispiel Köln-Ehrenfeld, Köln 1981.

54
So etwa die Beiträge von Alfons Kenkmann, Rainer Pohl und Bernd A. Rusinek in: Wilfried Breyvogel (Hrsg.), Piraten, Swings und Junge Garde. Jugendwiderstand im Nationalsozialismus, Bonn 1991; jetzt auch Alfons Kenkmann, Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform, Essen 1996.

55
Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verweigerung in der Provinz Starkenburg 1933–1945, Darmstadt-Marburg 1985; Heribert Schüngeler, Widerstand in Mönchengladbach und Rheydt 1933–1945, Mönchengladbach 1985; Gisela Diewald-Kerkmann, Verfolgung, Widerstand und Resistenz in Bielefeld 1933–1945, in: dies./Kerstin Kunz/Andreas Knobelsdorf (Hrsg.), Vor braunen Richtern. Die Verfolgung der Widerstandshandlungen, Resistenz und sogenannter Heimtücke in Bielefeld 1933–45, Bielefeld 1992; Gisela Diewald-Kerkmann, Politische Denunziation im NS-Regime oder Die kleine Macht der »Volksgenossen«, Bonn 1995; K.-M. Mallmann/G. Paul, Herrschaft und Alltag, (Anm. 36).

56
Branchenspezifisch auf den Ruhrbergbau vor dem Krieg bezogen bislang etwa Klaus Wisotzky, Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939, Düsseldorf 1983; zum Saarbergbau vgl. Klaus-Michael Mallmann/Horst Steffens, Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989, S. 209ff; an neueren lokalgeschichtlichen Studien zum Widerstand in den Betrieben vgl. etwa Ulrich Heß, Zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Leipziger Betrieben 1933–1939. Bedingungen, Möglichkeiten, Grenzen, in: H.-D. Schmid (Anm. 41), S. 144–153; sowie Hans Peter Riesche, Widerstand, Verweigerung und Anpassung in hannoverschen Betrieben 1933–1945, in: ebenda, S. 154–175, dessen Ansatz und Ergebnisse jedoch ebensowenig überzeugen wie das langjährige Forschungsprokjekt »Verweigerung und Widerstand der Arbeiterschaft in hannoverschen Betrieben 1933–1945« des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hannover; vgl. auch den Beitrag von Ludwig Eiber in diesem Band.

57
Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur Politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989.

58
Peter Steinbach, Aspekte der Widerstandsforschung im wissenschaftlichen und landeshistorischen Kontext, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 62 (1990), S. 15, 20.

Franz Walter/Helge Matthiesen

Milieus in der modernen deutschen Gesellschaftsgeschichte

Ergebnisse und Perspektiven der Forschung

Wenige andere Begriffe werden in sozial- und geschichtswissenschaftlichen Schriften so gern und häufig, fast inflationär gebraucht wie der des Milieus, ursprünglich ein Begriff der Soziologie. Milieugebundenheit von Wählern dient als Erklärungsansatz in der Wahlforschung[1]; die Verwurzelung von Parteien in Milieus beeinflußt die Typologisierungen der Parteienforschung[2]. Nahezu keine der Überblicksdarstellungen zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts aus den vergangenen Jahren kommt an diesem Begriff vorbei[3]. Neuerdings greift auch die politische Soziologie wieder auf das Milieu zurück, weil klassen- und schichttheoretische Ansätze als kaum mehr geeignet erscheinen, die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der Bundesrepublik hinreichend zu erfassen[4]. Der Milieubegriff macht Karriere. Das ist sicher zu begrüßen, wird damit doch die Möglichkeit eröffnet, enges und bisweilen deterministisches Denken aufzubrechen, welches Bevölkerungsgruppen oder Individuen nur nach ihrer sozialen Lage und vermeintlich objektiven materiellen Interessen verortet. Gleichzeitig werden der bereits existierenden Vielfalt von Milieubegriffen weitere hinzugefügt; Begriffsschärfe entsteht so kaum. Selbst das hier thematisierte, von M. Rainer Lepsius 1966 in die historische und politikwissenschaftliche Diskussion eingeführte Paradigma der sozialmoralischen Milieus[5] ist durch eine Fülle unterschiedlicher Forschungsansätze und Operationalisierungen mittlerweile eher schillernd geworden. Einige dieser methodischen und theoretischen Probleme sollen hier erörtert werden.

Darüber hinaus ist der Forschungsstand zu den vier Milieus so ungleich gewichtet, daß man schon fast von einer Schieflage sprechen kann: Den relativ gut erforschten katholischen und sozialistischen Milieus stehen die vorerst nur in Ansätzen bearbeiteten konservativen und liberalen Milieus gegenüber. Dieses Ungleichgewicht hat weitreichende Folgen, denn wie soll ein abgewogenes Urteil über die Bedeutung der Milieus in der deutschen Geschichte gefällt werden, wenn man von zweien seiner Ausprägungsarten so gut wie nichts weiß? Zugleich geht das Gros der historischen Interpreten davon aus, daß die beste Zeit der Milieus bereits in den 20er Jahren vorbei war. Schon M. Rainer Lepsius hatte 1966 in seinem grundlegenden Aufsatz so argumentiert, und überwiegend ist man ihm gefolgt. Besonders diese These und die dafür immer wieder ins Feld geführten Begründungen sollen hier auf ihre Stichhaltigkeit geprüft werden.

Die meisten Historiker haben keine allzu großen Sympathien für die sozialmoralischen Milieus in der deutschen Gesellschaft. Den Milieus wird Verantwortung für den tragischen oder katastrophalen Verlauf der neueren deutschen Geschichte bis 1945 zugewiesen: Sie hätten die Gesellschaft fragmentiert und polarisiert, hätten pragmatische und verantwortungsbewußte Koalitionen zwischen den politischen Parteien obstruiert, hätten intolerante Einstellungen und Verhaltensweisen begünstigt, hätten einen versöhnlichen Pluralismus unter den verschiedenen Gruppen verhindert[6].

Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht dabei in der Regel das sozialistische Arbeitermilieu. Es ist mit Abstand am besten erforscht und wird bisweilen als Idealtyp, als eine Art Maßstab für alle anderen Milieus verwendet[7]. Es bietet einen relativ einfachen forschungspraktischen Zugang, geht es doch in der Regel in Gewerkschafts- und Parteistrukturen, Wahlergebnissen, sozialistischen Kultur- und Selbsthilfevereinen oder den Arbeiterwohnquartieren auf[8]. Die Indikatorenbildung für Ausprägung und Dichte des Milieus fällt vergleichsweise leicht, die inneren Strukturen sind entlang der Organisationsentwicklung präzise zu ermitteln[9].

Wie schon Lepsius so terminiert auch Gerhard A. Ritter den historischen Höhepunkt der sozialistischen Arbeiterkultur, wohl dem zentralen Element dieses Milieus, auf die Jahrzehnte vor 1914[10]. Nachgerade herrschende Meinung ist, daß sich das Kulturmilieu der organisierten Arbeiterbewegung in den 20er Jahren in einem Zerfallsprozeß befand. Dieter Langewiesche spricht in diesem Zusammenhang von einer »inneren Auflösung«[11], Helga Grebing konstatiert einen Verlust an »Bindungskraft«[12], Detlev Peukert schrieb von »Auflösungs-« und »Nivellierungstendenzen«[13], Adelheid von Saldern benutzt die Begriffe »Dekomposition« und »Erosion«[14] und Heinrich August Winkler schließlich sieht die überkommenen Klassen- und Milieustrukturen im Laufe der Weimarer Jahre »gewissermaßen unterspült«[15]. Auch über die Ursachen dieses Zersetzungsprozesses sind sich die Autoren einig: Die modernen konsum- und freizeitorientierten Massenkulturen wie der Sport, das Kino oder der Rundfunk entzogen demnach den Gruppenkulturen und segregierten Milieus den Boden. Überdies habe das sozialdemokratische Milieu, so die These von Dieter Langewiesche, von Adelheid von Saldern und besonders pauschal von Hartmann Wunderer[16], schon allein durch den Systemwechsel 1918 an gegenkultureller Kraft verloren und den integrationistischen Marsch in die bürgerliche Gesellschaft angetreten. Die Arbeiterbibliotheken wurden infolgedessen angeblich aufgelöst, die Parteischule abgeschafft, die Zielsetzung der Arbeitervereine auf Druck der sozialdemokratischen Parteispitze entpolitisiert. Glaubt man Hartmann Wunderer, so verloren die sozialdemokratischen Arbeitervereine während der Weimarer Republik vollends ihren Charakter als Klassenorganisationen.

Kaum eines dieser Urteile beruht indes auf empirischen Arbeiten über die sozialmoralischen Milieus. Allesamt vertrauen diese Historikerinnen und Historiker den Schlüsselkategorien aus den System- und Modernisierungstheorien: Wo Massenkulturen aufkommen, da ist für Klassenkulturen kein Platz mehr; wo die Säkularisierung voranschreitet, da gehen Religion und Religiosität verloren; wo

der Systemwechsel erfolgt, da ist die bis dahin ausgegrenzte Partei als nun zeitweilige Regierungspartei unvermeidlich Teil der herrschenden Ordnung, was zwangsläufig bei ihr zur Preisgabe des dadurch anachronistisch gewordenen gegenkulturellen Profils führen muß. Allein solche Deduktionen sind es, aus denen sich die in der Literatur dominierenden Urteile über die verfestigten Milieustrukturen im Kaiserreich und deren Erosion zu Zeiten der Weimarer Republik speisen.

Bezeichnend jedenfalls ist, daß auch in dem monumental angelegten, von Gerhard A. Ritter organisierten Forschungs- und Publikationsprojekt zur Geschichte der deutschen Arbeiter und Arbeiterbewegung die Informationen über das Organisationsmilieu der Arbeiter ausgesprochen spärlich sind[17]. So wird die Verfestigung des sozialmoralischen Milieus der Arbeiterbewegung im Kaiserreich in der Literatur lediglich behauptet, belegt ist sie nicht, denn es fehlt hier eindeutig an Untersuchungen. Daher wissen wir nicht, ob die Deutungsmuster, Sprachformeln und Utopien der sozialdemokratischen Aktivisten auch die Vorstellungen der sonst wenig aktiven Anhänger der Sozialdemokratie geprägt haben. Gleiches gilt für die Frage, ob der Sozialismus den Alltag der Millionen Arbeiter, die der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben, wirklich durchdrungen hat. Auch wie fest die Klammer zwischen Partei und der Masse ihrer Wähler tatsächlich war, wissen wir nicht, denn das stetige Wachstum sozialdemokratischer Wählerstimmen in den wilhelminischen Jahren ist kein Indiz für Kohäsion und Homogenität eines Milieus. Die Partei sammelte ihre Wähler eben auch als fundamentaloppositionelle Bewegung, die sich weder durch Regierungspraxis noch durch Kompromißzwänge zu diskreditieren und ihre Beziehung zu den Wählern zu belasten brauchte. Die Probe aufs Exempel, der Härtetest für Milieustrukturen, kam erst in den Weimarer Jahren. Hier zeigte sich, daß Wählerlager nicht mit Milieus gleichzusetzen sind, ja daß einige der imposantesten Wählerhochburgen der Sozialdemokratie aus dem Kaiserreich wie Kartenhäuser zusammenbrachen, nicht weil der Orkan der Moderne im Freizeitwesen sie plötzlich hinwegfegte, sondern weil sie niemals auf den festen Fundamenten eines stabilen sozialistischen Milieus gestanden hatten.

In anderen Wählerhochburgen des Sozialismus war das anders. Hier hatte sich im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, vor allem aber im Laufe der 20er Jahre im Umfeld der sozialistischen Parteien ein weit ausgespanntes, eng verknüpftes Organisationsnetz herausgebildet. Empirisch spricht sehr viel dafür, die Blütezeit oder den Höhepunkt des sozialistischen Milieus zeitlich neu zu verorten. Nicht im Kaiserreich, sondern erst in der Weimarer Republik prägte sich das sozialistische Milieu in einigen Regionen Deutschlands in einem Umfang und in einer Intensität aus, daß es auch politisch sonst wenig interessierte Wähler mit den sozialistischen Parteien krisensicher verklammerte. Erst jetzt verfestigte es sich strukturell. Von den kommerziellen Massenkulturen wurden diese stabilen Milieus nicht dezimiert. Sie erodierten nicht – dies im krassen Unterschied zu jenen früheren Wählerhochburgen der Sozialdemokratie, die sich milieustrukturell nicht über das Kaiserreichsniveau weiterentwickelt hatten und daher in den 20er Jahren allmählich zerfielen. Doch auch das hatte mit Kino, Radio oder Boxsport herzlich wenig zu tun.

Von der Wiege bis zur Bahre erstreckten sich die Organisationsangebote des sozialistischen Milieus jedenfalls erst in der Weimarer Republik[18]. Erst jetzt konnten die fehlenden Glieder in die Sozialisationskette des Sozialismus eingefügt werden. Erst jetzt wurde es zur Regel, daß man die Toten des Proletariats unter freidenkerischem Zeremoniell einäscherte. Die Kinderfreunde wurden Anfang der 20er Jahre gegründet, kurz nachdem sich die Jungsozialisten zu eigenen Gruppen zusammenschließen durften. Und die sozialistischen Freidenker, die vor 1914 mit gerade 6.500 Anhängern zerstreute Konventikel bildeten, wuchsen nach 1918 mit schließlich 600.000 Mitgliedern zu einer einflußreichen Massenbewegung heran, die in Sachsen und Thüringen milieuimprägnierend wirkte und die sozialistische Regierungspolitik zwischen 1918 und 1923 nachhaltig beeinflußte. Auch im Rhein- und Ruhrgebiet entfaltete sie Anfang der 20er Jahre einen ungeheuren kulturkämpferischen Schwung, der das sozialistische Minderheitenmilieu dort über Jahre prägte. Es gab noch zahlreiche weitere Neugründungen sozialistischer Arbeiter- und nun auch Intellektuellenvereine, wenngleich das – folgt man der Systemtheorie – gar nicht hätte passieren dürfen. Aber die Integration in eine, sei es republikanische, sei es bürgerliche oder sei es auch kommerzialisierte Einheitskultur fand eben nicht statt; der eigenkulturelle Organisationsaufbau im sozialistischen Umfeld setzte sich fort, mit erheblich mehr Verve und weitaus größerem Umfang als noch zu Zeiten des wilhelminischen Reiches. Neu entstanden etwa die Arbeiterwohlfahrt, der Arbeiterschützenbund, der Bund der freien Schulgesellschaften, der Arbeiterradiobund, die Vereinigung sozialdemokratischer Juristen und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, um nur einige zu nennen. Die schon älteren Arbeitervereine erreichten nun in den Weimarer Jahren den Massenanhang, den sie vor 1914 noch keineswegs besaßen. Der Arbeiterturn- und Sportbund baute seine Mitgliederzahl von 120.000 vor dem Ersten Weltkrieg auf 570.000 zum Ende der 20er Jahre aus; der Arbeitersängerbund von 100.000 auf rund 230.000; die Arbeitersamariter wuchsen von 5.500 auf circa 50.000 Mitglieder, die Naturfreunde von 12.000 auf etwa 60.000. Selbst die Sozialistischen Ärzte konnten sich von 1913 bis zum Ende der Weimarer Republik von 20 auf rund 1.000 Mitglieder steigern.

In der Regel läßt sich die herrschende Literaturmeinung durch solche Zahlen nicht von der Erosionsthese abbringen. Einige Autoren argumentieren dann in der Tradition des deutschen Idealismus und tun diese Argumente als rein quantitatives Zahlenwerk ab[19], wo es ihnen doch um die Qualität des Milieus gehe, um die inneren Auflösungstendenzen, die durch formale Organisationserfolge nicht widerlegt seien. Damit aber hat man sich gegen jede rationale Argumentation abgeschottet. Denn präzise und eindeutige Maßstäbe oder nachvollziehbare Berechnungskriterien für die Qualität und innere Bindung eines Milieus jenseits der nachprüfbaren Organisationsleistungen existieren natürlich nicht. Wir bleiben dann auf den Bereich der Intuition verwiesen.

Vielleicht ist es auf dieser Basis noch am sinnvollsten, über die Qualität des Klassenbewußtseins zu diskutieren, über die Frage, ob das sozialdemokratische Milieu in der Weimarer Republik seine gegenkulturelle Orientierung im Vergleich

zur Vorkriegszeit verloren hat, wie das insbesondere Langewiesche, von Saldern und Wunderer unterstellen. Die beiden ersteren argumentieren dabei besonders aus dem Blickwinkel des Bildungswesens der Arbeiterbewegung. Langewiesche schreibt, daß die Arbeiterbibliotheken des Kaiserreichs in der Weimarer Republik nicht überlebt hätten[20]. Richtig allerdings ist, daß die Zahl dieser Einrichtungen von rund 1.150 kurz vor dem Ersten Weltkrieg auf 2.500 zum Ende der Republik, also auf mehr als das Doppelte, anwuchs[21]. Bezeichnenderweise fanden viele Bibliotheksgründungen erst Ende der 20er Jahre statt, als sich die sozialistische Eigenkultur auch sonst noch einmal schärfer denn je akzentuierte. Weiter: Der Lehrbetrieb in der alten Berliner Parteischule war zwar eingestellt worden, doch dafür war die Heimvolkshochschule im thüringischen Tinz entstanden, deren Halbjahreskurse für die Elite im sozialistischen Nachwuchs von der SPD und den freien Gewerkschaften finanziert wurden. Bildung für die pragmatische Mitarbeit in den republikanischen Institutionen stand dort nicht auf dem Lehrplan, sondern marxistische Weltanschauung, ganz wie in früheren Zeiten. In Tinz oder in Bad Dürenberg, der Bildungsstätte des Metallarbeiterverbandes, wurde man zum Linkssozialisten gedrillt mit deutlicher Distanz zum Staat[22]. Schließlich waren die herausragenden Erwachsenenbildner der Sozialdemokratie wie etwa Otto Jensen, Georg Engelbert Graf, die Geschwister Siemsen, Kurt Löwenstein oder Max Adler Vertreter des linken Flügels und ohne große Sympathien für die Republik. Sie und ihre Epigonen betrieben das sozialdemokratische Arbeiterbildungswesen, das sich keineswegs zugunsten einer klassenneutralen und ideologieindifferenten Volksbildung aufgab.

Der klassenkämpferische Jargon war aus der Rhetorik der sozialdemokratischen Bildungsveranstaltungen nicht verschwunden, eher hatte er sich ab den späten 20er Jahren noch gesteigert. Auch die Metaphorik auf sozialdemokratischen Feiern war in der zweiten Hälfte der 20er Jahre erheblich martialischer geworden. Kontrastscharf wurde auf den Bühnen sozialdemokratischer Festdarbietungen der Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft herausgestellt und die revolutionäre Erhebung propagiert[23]. Die Arbeitersänger, die über Jahre lediglich ihrem bürgerlichen Pendant nachgeeifert hatten, rückten in den letzten Jahren der Republik deutlich nach links und produzierten klassenkämpferisches Liedgut[24]. Die gegenkulturelle Qualität, wenn denn nun dieser Begriff benutzt werden soll, war am Ende der Weimarer Republik im sozialdemokratischen Arbeitermilieu weit ausgeprägter als im Kaiserreich, als die bildungsbürgerlich inspirierte Veredelung des Arbeiters im Vordergrund stand.

Gewiß, es gab im Vereinsumfeld der Sozialdemokratie auch Organisationen, die sich mit Nachdruck um die Förderung durch die staatlichen Verwaltungen bemühten und anerkannter Teil der Gesellschaft werden wollten, statt im Hader mit ihr zu leben. Der Arbeitersamariterbund war eine solche Organisation. Doch bemühten sich die Arbeitersamariter schon seit ihrer Gründung im Kaiserreich darum, nicht erst ab 1918. Indes, und das war entscheidend, erreicht haben die Arbeitersamariter die angestrebte Integration auch in den republikanischen Jahren nicht. Die Behörden bevorzugten das Rote Kreuz und verweigerten lange die

Zusammenarbeit mit den Unfallhelfern aus dem sozialistischen Umfeld. Ablehnung erfuhren sie vor allem von den Ärzten, aber auch von bürgerlich beherrschten staatlichen Stellen, denen die Samariter seit der Revolution 1918/19 als Sanitätskolonne des Klassenkampfes galten, als Hilfstruppe im Bürgerkrieg. So blieb in Deutschland das Samariterwesen politisch und sozial zerklüftet, mit aggressiven Spannungen zwischen dem Roten Kreuz und dem Arbeitersamariterbund[25].

Vergleichbares hat es bezeichnenderweise in den meisten übrigen europäischen Ländern nicht gegeben. Im nichtdeutschsprachigen Europa, mit Ausnahme vielleicht von Finnland, hatten die Sozialisten dem massiven Drängen der deutschen sozialdemokratischen Kulturfunktionäre nicht nachgegeben, eigene Abstinenzorganisationen, eigene Gesangschöre, eigene Samariterverbände, eigene Fußballklubs aufzubauen. Es lag dazu für sie auch kein Grund vor, da das Freizeitwesen außerhalb Deutschlands und Österreichs nicht durch politisch polarisierende Ideologien und auch kulturell scharf wahrgenommene Klassengegensätze gespalten war. Im Deutschen Reich hatte sich an dieser normativ aufgeblähten Segmentierung auch unter republikanischen Verfassungsbedingungen nichts geändert. Infolgedessen überlebten die Gruppenkulturen und Milieus, die Ende der Weimarer Republik durch die zunehmenden sozialen und politischen Konflikte gar noch Auftrieb erhielten.

Die These von der Entpolitisierung der sozialdemokratischen Arbeitervereine durch den Systemwechsel 1918 ist unbelegt, und sie ist empirisch auch nicht zu verifizieren. Sie entspringt zudem einer erstaunlich unpolitischen Sichtweise, da sie die konfliktgeladenen politischen Zustände und Kulturkämpfe in der deutschen Gesellschaft der 20er und frühen 30er Jahre auf atemberaubende Weise ignoriert.

Daß das sozialdemokratische Arbeitermilieu an gegenkultureller Substanz verloren hat, läßt sich also mit guten Gründen bestreiten. Auch die Expansion und den Mitgliederzuwachs des sozialistischen Organisationswesens sollte man nicht geringschätzig als quantitative Förmlichkeit abtun. Denn erst durch die Ausdifferenzierung des Organisationsnetzes und die Ausdehnung des Personalbestandes gewann das sozialistische Milieu an Dichte, Stabilität, an Bindekräften, auch an materiellen Ressourcen und nicht zuletzt an weiterer Resonanz. Erst jetzt konnten sich die sozialistischen Politiker über das Medium der Organisation fest in den Alltag auch eher unpolitischer Arbeiter vertäuen und sie durch die Vereine mit der Partei verklammern. Erst die Vereine schufen in den Arbeiterquartieren feste Milieus, wo zuvor nur lockere Wählerlager existierten. Erst das organisatorische Potential der Weimarer Jahre ermöglichte es dem sozialistischen Milieu im größeren Umfang, mit der Sozialisation der Kinder zu beginnen, die Frauen aktiv zu integrieren, Wohlfahrtsleistungen zu erbringen, fürsorgerisch tätig zu werden und sich eine eigene Infrastruktur von Sportplätzen, Vereinsheimen oder Turnhallen zu schaffen. Die Organisation und ihre Freizeitangebote wurden unentbehrlich, nicht nur für die sozialistischen Aktivisten, sondern auch für Arbeiter, die von Erfurter und Heidelberger Programmen nichts verstanden und sich für Flügelkämpfe in SPD und KPD nicht interessierten. Ihre ideologische Orientierung reichte nicht tief, aber die Bindung im Milieu war da und hielt – durch die Vereine. Und das allein zählte.

Die außerordentlich hohe Aussagekraft quantitativer Rekrutierungserfolge der sozialistischen Organisationen für die Stabilität bzw. Destabilität der sozialistischen Parteien vor allem auch bei Wahlen läßt sich am Beispiel jener Regionen illustrieren, die als die klassischen Wähler- und Milieuhochburgen des Sozialismus gelten: Sachsen und Thüringen. In der Tat waren beide Länder Pionierräume für die sozialistische Arbeiterbewegung und über ein halbes Jahrhundert, von den frühen 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bis etwa 1920, herausragende Wählerzentren für die Sozialdemokratie[26]. In Sachsen eroberte die Partei ihre ersten beiden Sitze für den Reichstag, damals noch des Norddeutschen Bundes. Den Gipfel erklomm die sächsische Partei in wilhelminischen Zeiten im Jahr 1903, als sie bei den Wahlen 58,8 % der Stimmen erzielte, 26,9 % mehr als im Durchschnitt des Reiches, und in 22 der 23 sächsischen Wählerkreise die Reichstagssitze gewann. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 übertraf die sächsische Sozialdemokratie mit 60,1 % noch einmal das Spitzenergebnis von 1903. Die thüringischen Sozialdemokraten blieben bei den Parlamentswahlen zwar hinter den Werten ihrer Parteifreunde aus dem Nachbarland zurück, doch waren auch sie ihren Genossen aus den übrigen Teilen des Deutschen Reiches ab 1874 für die nächsten fünf Jahrzehnte weit voraus. Mit 49,7 % der Stimmen schnitt die thüringische Partei bei den Reichstagswahlen 1912 um beinah 15 % besser ab als die Sozialdemokraten im Durchschnitt Deutschlands. Ihren historischen Höhepunkt erreichte die thüringische Sozialdemokratie ebenfalls bei den Wahlen für die Nationalversammlung, als sie 57,1 % der Stimmen auf sich vereinte. Die höchsten Stimmenanteile gewann die Partei im Thüringer Wald, dann im ostthüringischen Reußenland. In Sachsen leistete der Südwesten des Landes den größten Beitrag zu den herausragenden Wahlerfolgen der Sozialdemokratie, dann folgte der Raum Leipzig und schließlich der Elbtalkessel zwischen Pirna und Riesa. So blieb es bis 1920.

Auch in der Organisation des Vereinsmilieus war der mitteldeutsche Sozialismus am erfolgreichsten. Auf sächsischem und thüringischem Boden lebten Mitte der 20er Jahre 11,6 % der deutschen Bevölkerung. Der Anteil thüringischer und sächsischer Mitglieder in den sozialistischen Arbeiterverbänden aber war ungleich höher. Etwa ein Viertel der sozialistischen Arbeiterjugend, Naturfreunde, proletarischen Sänger und Freidenker wohnte seinerzeit zwischen Zittau und Eisenach. Der Arbeitersamariterbund und der Arbeiterturn- und Sportbund setzten sich sogar zu fast einem Drittel aus thüringischen und sächsischen Mitgliedern zusammen. Allein im Freistaat Sachsen lagen rund 40 % des gesamten Grund und Bodens, über den die deutschen Arbeitersportler verfügten.

Die Resonanz bei Wahlen und die Entwicklung und Verdichtung des Milieus schienen in Sachsen und Thüringen von Beginn an zu korrespondieren. Daher könnte man versucht sein, beides gleichzusetzen, wie es die historische wahlsoziologische Forschung häufig tut[27]. Doch davor muß man sich hüten. Gerade dort, wo die Sozialdemokratie im Kaiserreich besonders beeindruckende Wahlerfolge hatte feiern können, im Thüringer Wald und im Raum Zwickau-Chemnitz, blieb sie organisations- und mitgliederschwach. Es bildete sich dort weder am Ende der

wilhelminischen Epoche noch in den 20er Jahren ein beachtliches Vereinsumfeld heraus. In Ostthüringen, im nordwestlichen Sachsen und im industriellen Elbtal hingegen wurde die Sozialdemokratie Organisationspartei mit einer weit überdurchschnittlichen Mitgliederdichte und einem stabilen, weitverzweigten und fest in der industriellen Arbeiterbevölkerung verankerten Vereinsmilieu im Rücken. Im Kaiserreich fiel das unterschiedliche Organisationsvermögen bei Wahlen nicht weiter ins Gewicht. Als Protestpartei war die Sozialdemokratie hier wie dort erfolgreich. In der Weimarer Republik aber erlebten die Sozialdemokraten und das sozialistische Lager insgesamt in ihren alten Wählerhochburgen ohne Milieufundierung und Mitgliederdichte einen rasanten, ja nachgerade katastrophalen Niedergang. In dessen Folge wurden aus jahrzehntealten roten Wählerlandschaften ab 1929/30 braune Hochburgen. Dagegen bewies die Sozialdemokratie als Milieupartei in den anderen Regionen eine beeindruckende Stabilität und Krisenfestigkeit.

Gerade das Beispiel Sachsens und Thüringens belegt, daß eben nicht die Milieus erodierten, sondern allein solche Wählerlager, die organisationsstrukturell unabgestützt waren. Dadurch brachen sie in den Krisenjahren der Weimarer Republik zusammen und wurden zur Beute der Nationalsozialisten. Noch weiter zugespitzt: Die sozialistischen Wählerlager in Südwestsachsen und in Südthüringen zerfielen in der Weimarer Republik deshalb, weil sie das niedrige Organisationsniveau der Sozialdemokratie im Kaiserreich nicht anheben konnten. Das gelang dort nicht, weil sich die Wirtschaftsstruktur der beiden Regionen fundamental unterschied. Anders als in den sozialistischen Wählerhochburgen im Umkreis von Leipzig, Altenburg und Dresden, die ihre Stellung halten konnten, waren die dörflichen und kleinstädtischen Heimarbeitermilieus nur oberflächlich als Wähler an die SPD gebunden. Nur weil die Sozialdemokratie in Leipzig oder Dresden nach 1918 organisatorisch enorm weiter expandierte und immer mehr Arbeiter der meist städtischen oder kleinstädtischen Industrie in das Netzwerk von Partei, Gewerkschaft und Vereinen integrierte, konnte sie überleben. Denn diese Arbeiter waren am unversehrten Fortbestand des sozialistischen Milieus interessiert und dadurch, zumindest bei Wahlen, an die sozialistischen Parteien gebunden.

Das Milieu löste sich also nicht auf; die Arbeiterbewegung verlor allein dort, wo sie nicht Milieu genug war – und nur in solchen Industrieregionen reüssierten dann die Nationalsozialisten. Karl Rohes Hinweis, Milieus nicht primär nach Wahlergebnissen zu bestimmen, sondern sie unabhängig davon zu untersuchen, auch um die sonst immer drohenden Zirkelschlüsse in der Argumentation zu vermeiden, muß mithin noch einmal und auch in bezug auf die Sozialdemokratie unterstrichen werden[28].

Mit den kommerziellen Freizeitkulturen allerdings hatte der Niedergang nichts zu tun. In den Heimarbeiterregionen Südwestsachsens und Südthüringens gab es weder Filmpaläste, noch besaß eine nennenswerte Zahl von Arbeiterfamilien einen Radioapparat, den es zum Ende der Republik sowieso nur in einem Viertel der deutschen Haushalte gab[29]. Die massenkulturelle Perspektive mag – und auch das nicht so pauschal wie bislang üblich – für Berlin, Frankfurt, München und ähnliche Großstädte einen Sinn machen. Doch nahezu drei Viertel der Deutschen

lebten in Mittel- und Kleinstädten, die von den kommerziellen Freizeitofferten noch keineswegs durchdrungen, vielfach noch nicht einmal berührt waren. In vielen dieser Städte und Dörfer war die Milieukultur, wie zahlreiche lokale Studien belegen, oft die dominante und konkurrenzlose Kultur. Bedenkt man die möglichst alle Lebensbereiche umfassende Einbindung des einzelnen in »sein« Milieu, das immer auch soziale Kontrolle beinhaltete, dann reichten neue und noch kaum spürbare kulturelle Strömungen gewiß nicht aus, einen solchen engen Verbund aufzubrechen.

Nimmt man die Stabilität der Wählerstimmen und die Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus als Indikatoren, so haben allein die sozialdemokratische und katholische Milieupartei die historische Bewährungsprobe von 1933 bestanden. Insofern ist ein Fragezeichen hinter der weitverbreiteten These zu machen, daß die Republik von Weimar an der Fragmentierung der Kultur in eben verschiedene Sozialmilieus gescheitert sei. In den festen Milieus lag nämlich auch eine Chance für die Demokratie und die Republik. Denn letztlich haben das sozialistische und auch das katholische Milieu erheblich zur Stabilität der Republik und ihrer Institutionen beigetragen. Sie räumten ihren Parteien mehr Spielraum ein, als ihn die milieufernen Parteien besaßen, die unpopuläre Politik mangels fester Bindungen kaum riskieren konnten und chronisch vom Niedergang bedroht waren. Besonders das Schicksal der Liberalen zeigt das. Der Nationalsozialismus breitete sich schließlich mit Erfolg nur in denjenigen Landschaften aus, die nicht durch politisch eindeutig festgelegte, loyal auf republiktreue Parteien zugeschnittene Milieus besetzt waren. Dies ist kein zwangsläufiges Ergebnis einer in abgegrenzten Milieus versäulten Gesellschaft[30]. Die klassischen Milieuparteien sind insofern zu rehabilitieren. Sie waren keineswegs sozialkulturell so beschränkt, immobil, intolerant und koalitionsunfähig, wie häufig unterstellt wird. Bezeichnenderweise hat die sozialdemokratische Milieupartei in Leipzig die Tertiärisierung der Stadt weit nachvollzogen und Angestellte als Wähler und Mitglieder in ihr Spektrum eingliedern können, so daß Leipzig bis 1933 rot blieb, während die organisationsschwache Chemnitzer SPD erhebliche Einbußen im Laufe der 20er Jahre selbst an ihrer Arbeiterbasis hinnehmen mußte. In Freital, der einzigen Stadt Sachsens mit einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister und einer unter den deutschen Mittelstädten wohl einzigartigen sozialdemokratischen Milieudichte, basierte die pragmatische Kommunalpolitik auf der organisatorischen und personellen Zuarbeit aus dem sozialdemokratischen Vereinssystem. Sozialistischer Veränderungspathos und reformistischer Munizipalsozialismus fielen hier zusammen und waren wahrscheinlich auch gar nicht zu trennen. Die Freitaler SPD – Milieupartei par excellence – hatte Beamte rekrutieren können, ja selbst Gewerbetreibende. Der Parteiredakteur und der Parteisekretär waren Akademiker. Die Milieupartei war damit gewissermaßen zugleich Volkspartei, die im Rathaus ganz unideologischen Umgang mit den bürgerlichen Parteien pflegte[31]. Und es waren die sozialdemokratischen Milieuparteien in den Bezirken Dresden und Leipzig, die Anfang der 30er Jahre aus Sorge vor dem nationalsozialistischen Vormarsch in Sachsen auch Koalitionen mit dem Bürgertum erwogen, während die Repräsen-

tanten der Sozialdemokratie aus Zwickau und Chemnitz, die ohne konsolidierte Milieubasis agierten, an ihrem intransigenten und sterilen Oppositionskurs festhielten.

Richtet man den Blick auf das andere klassische sozialmoralische Milieu in Deutschland, auf das katholische, stellen sich ähnliche Beobachtungen und Schlußfolgerungen ein. Der Vorwurf der Koalitionsunwilligkeit geht beim Zentrum erst recht ins Leere. 13 Jahre lang hat die katholische Partei im Reich mit unterschiedlichen Parteien in der Regierung koaliert und Verantwortung getragen; rund 13 Jahre lang hielt in Preußen das Bündnis zwischen den politischen Agenturen des katholischen und des freidenkerisch-sozialistischen Milieus[32]. Und diese Koalitionsfähigkeit und -flexibilität des Zentrums funktionierte nur, weil es Milieupartei war. Die anhänglichen, primär über Weltanschauung, nicht über Interessen mit ihrer Partei verkoppelten Wähler ertrugen größere Zumutungen als die anderer Parteien, denen weder die Kohäsionskraft einer jenseitigen oder diesseitigen Utopie noch die Klammern eines organisatorischen Verbundsystems zur Verfügung standen. Das Zentrum hatte beides. Auch das katholische Milieu expandierte in den Weimarer Jahren weiter. Das Organisationsnetz wurde engmaschiger[33].

Gewiß, es gab Stagnationen, auch Rückentwicklungen. Die Schwungkraft der katholischen Arbeitervereine war erlahmt, der traditionsreiche Volksverein befand sich nach 1918 in einer tiefen Krise und verlor rund 500.000 seiner Mitglieder. Andere, neue Verbände aber übernahmen seine Aufgabe und führten sie zeitgemäßer aus. Die Lücken im katholischen Organisationssystem des Kaiserreichs wurden jetzt geschlossen. Die katholische Jugendbewegung, die Jungfrauen-, Frauen- und Müttervereine erlebten einen Aufschwung. Selbst die Deutsche Jugendkraft hatte Erfolg, was zu tolerieren den körperfeindlichen Katholiken nicht eben leicht fiel. Das katholische Milieu erneuerte und ergänzte sich – und rückte Anfang der 30er Jahre wieder ganz eng zusammen, ähnlich wie das sozialdemokratische. In den letzten Jahren der Weimarer Republik verhielten sich die deutschen Katholiken kirchlicher als noch zu Beginn der 20er Jahre[34]. Eine Tendenz zur Rekonfessionalisierung läßt sich unschwer diagnostizieren – trotz der Modernisierung der Gesellschaft, die doch, folgt man sozialhistorischen Deduktionen, eigentlich zu einer fortschreitenden Säkularisierung und stetigen Auflösung des Milieus hätte führen müssen. Von den politischen und kulturellen Umständen der Zeit ist indes nicht zu abstrahieren. Der Kulturkampf der 30er Jahre, die Bedrohung der Kirche durch den Nationalsozialismus remobilisierte und konsolidierte das katholische Milieu, das bekanntermaßen bei den Wahlen weitaus am wenigsten Stimmen an die Partei Hitlers abgab.

Wo es Katholizismus und Sozialismus gelungen war, sich tatsächlich zu organisatorisch unterfütterten Milieus zu verdichten, da zeichneten sie sich bis 1933 durch eine bemerkenswerte Stabilität, nicht durch innere Auflösungsprozesse aus. Kein Zweifel: Hätte es solche Milieus flächendeckend und für alle Parteien in Deutschland gegeben, der Nationalsozialismus hätte niemals die Dynamik entwickeln und die Resonanz bei den Wählern erzielen können, die ihn schließlich im Verbund mit der Unterstützung der alten Eliten an die Macht brachten.

Diese Rehabilitierung muß jedoch auf die Milieus der Katholiken und der Sozialisten beschränkt bleiben. Wie Lepsius in seinem grundlegenden Aufsatz bereits andeutete, liegt ein Schlüssel zur Erklärung des Erfolgs der NSDAP nämlich in den Entwicklungsprozessen des konservativen und des liberalen Milieus am Ende der Weimarer Republik. Tiefgreifende Umschichtungen in diesen Bevölkerungsteilen bildeten den Ausgangspunkt für die bis zum offenen Bürgerkrieg gesteigerten Konflikte der frühen 30er Jahre.

Die bisherige Forschung hat sich wenig mit diesen Teilen der Gesellschaft beschäftigt und ist sich uneinig über die Existenz solcher Milieus, ihre Struktur, Entwicklung und Bedeutung. Das ist um so erstaunlicher, weil man sich wiederum einig darin ist, daß sich in den protestantisch geprägten, mittelständischen Schichten entscheidende Entwicklungen vollzogen, die den Nationalsozialismus zu einer Massenbewegung werden ließen[35]. Schon die Ausgangslage dieser Milieus in der Mitte des 19. Jahrhunderts unterscheidet sich grundlegend von der der Sozialisten oder Katholiken. Sie entstanden nicht in einer Unterdrückungs- oder gar Verfolgungssituation, quasi im gesellschaftlichen Abseits der wilhelminischen Epoche. Hier sammelten sich die staatstragenden Kräfte. Langewiesche bezweifelt daher, daß man überhaupt von einem liberalen Milieu, vergleichbar dem der Sozialisten, sprechen könne[36].

Diese Position dürfte nicht zuletzt der eher lückenhaften Forschung geschuldet sein. Zwar ist man über konservative und liberale Verbände im Vorfeld der Parteien, über die Parteien selbst, über Interessengruppen und ihre Tätigkeit hinreichend informiert[37]. Es fehlt jedoch an Untersuchungen, die den protestantisch-bürgerlichen und -bäuerlichen Mikrokosmos von lokalen und regionalen Vereinen und Verbänden mit ihren Vermittlungsstrukturen zur Politik in den Blick nähmen. Hier wären diese Milieus zu finden, die die Basis der liberalen Parteien bildeten. Daß die Forschung dabei auf erhebliche Probleme stößt, ist evident, denn es handelt sich offenbar vorwiegend um lokal ausgerichtete Milieus, die daher auch lokal untersucht werden müssen[38]. Konservative und liberale Milieus sind nämlich »(...) weder durch Volkszählungsdaten noch über Organisationsbezüge eindeutig zu ermitteln.«[39]

Herrschende Meinung ist ferner, daß diese Milieus, kaum daß sie sich hatten etablieren können, schon wieder zerfielen[40]. Bereits Lepsius deutete den rapiden Niedergang besonders der Liberalen, aber auch der Konservativen in der Weimarer Republik als Abschluß eines Prozesses, der schon in den 1890er Jahren seinen Anfang nahm[41]. Die zunehmende Zersplitterung in Interessenparteien, antisemitische Gruppierungen oder weltanschauliche Bünde wird in der Regel mit ökonomischen Faktoren erklärt, die die Kohäsion der Milieus zerstörten. Der Ausgangspunkt dieser Entwicklung lag in der Wirtschaftskrise der 1880er und 90er Jahre. Durch Krieg und Inflation wurden die Folgen dieser ersten großen Depression des jungen Nationalstaates unumkehrbar und gewannen an Dynamik. Konservativen und Liberalen habe es dadurch an eben der verbindlich auf sie gerichteten organisatorischen Verfestigung des politischen Vorfeldes, an subkultureller Verankerung gefehlt.

Zunächst steht fest, daß sich, ähnlich den Verhältnissen bei Sozialisten und Katholiken, lokal zum Teil sehr lange und stabile Wählertraditionen und milieuhafte gesellschaftliche Verfestigungen hinter Konservativen und Liberalen ausmachen lassen[42]. Da diese Parteien während der zweiten Hälfte des Kaiserreichs bei Reichstagswahlen nahezu überall auf Kompromißkandidaten angewiesen waren, wenn sie ihre Vertreter gegen den Bewerber meist der SPD in den Reichstag entsenden wollten, sind solche Kontinuitäten nur in Detailstudien auf lokaler oder regionaler Ebene zu erkennen. Die übliche Wahlstatistik verbirgt diese Tatsachen, weil Kompromißkoalitionen in den Regionen bisweilen wie Parteiwechsel der Wählerschaft wirken. Eine verbindliche und dauerhafte Parteiorientierung oder -bindung entstand auf diese Weise jedoch nicht. Man rechnete sich einer Partei zu, schloß sich ihr jedoch in der Regel nicht als zahlendes Mitglied an.

Es wäre jedoch ein Trugschluß, deswegen anzunehmen, Bürger und Bauern seien organisationsfeindliche Individualisten gewesen, nur weil ihre Parteien nicht zu Massenverbänden anwuchsen. Das Gegenteil ist richtig[43], Organisationsbezügen kam in diesen Milieus für die Absicherung der politischen Position von Honoratioren entscheidende Bedeutung zu. Bürger und Bauern hielten sich politisch bevorzugt an diese gesellschaftlichen Leitfiguren, die ihren Anhang nicht zuletzt über lokal oder regional tätige Vereine und Verbände an sich banden: Das Spektrum reichte hier von Sängern oder Schützen über Turner und Sportler, die Krieger- und Landwehrvereine, Haus- und Grundeigentümer, Innungen, Gewerbevereine, Logen, Bauernverbände bis hin zu Kirchengemeinden. Insofern ist die Typologie als »personenzentrierte« Milieus durchaus richtig[44], sie bedarf jedoch der Modifizierung, weil die Organisationsbezüge eben nicht nur in den Parteien oder Wirtschaftsverbänden, sondern auch in vordergründig der Freizeit und Geselligkeit dienenden Vereinen zu suchen sind oder in religiösen Bindungen[45]. Anders als bei Katholiken und Sozialisten zeichnen sich daher keine überregional einheitlichen Beziehungen zwischen Milieu und Partei ab. Milieustrukturen dieser politischen Couleur gestalteten sich in ihren organisatorischen Strukturen und Bezügen lokal und regional zerklüftet; die Milieus setzten sich sozial sehr heterogen zusammen, ihre Parteibindungen waren vielschichtig und wenig verbindlich. Diese Milieus sind daher nur mit erheblichem Aufwand eindeutig abzugrenzen.

Die wenigen vorliegenden Arbeiten zu den Entwicklungen in diesen überwiegend mittelständischen Bevölkerungsteilen nach 1918 – der gemäß der Argumentation von Lepsius kritischen Periode für die Milieus – stammen meist von Historikern aus den Vereinigten Staaten[46], die sich mit sehr unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätzen und Fragen dem Thema nähern. Oft beschäftigen sie sich mit dem Aufstieg der NSDAP in lokalen und regionalen Kontexten, was sie auf die Verflechtungen und Netzwerke bürgerlicher oder bäuerlicher Gesellschaftsstrukturen stoßen läßt[47].

Diese Perspektive auf die gesellschaftliche Verankerung, auf milieuhafte Strukturen im politischen Vorfeld der Parteien vermittelt ein ganz anderes Bild als das gängige von Zwist und Zerfall. Hat die Parteien- und Verbandsforschung die Auflösung und haltlose Zerstrittenheit der bürgerlichen Parteien hervorgeho-

ben, den »Hobbesian war of all against all« um kleinliche mittelständische Interessenstandpunkte[48], enthüllt ein einfacher Perspektivenwechsel ganz andere Zusammenhänge. Von der Parteienebene darf hier nicht vorschnell auf die gesellschaftliche Basis geschlossen werden. Schon die wenigen Untersuchungen zeigen deutlich, daß es selbst in dieser Situation sehr wohl Milieustrukturen hinter den bürgerlichen Parteien gab. Sie waren nur – anders als Katholiken oder Sozialisten – eben nicht auf »die« Partei festgelegt, sondern besaßen mehrere Optionen. Einschneidende ökonomische oder politische Veränderungen konnten zur Ursache eines Repräsentanzwechsels werden: Während die Milieus relativ unverändert blieben, wechselten sie ihre Elite aus. Genau dies widerfuhr Ende der 20er Jahre den liberalen und konservativen Honoratioren, die durch die neue Elite der NSDAP verdrängt wurden, weil die etablierten Parteien die Inflation und ihre Folgen nicht überzeugend zu bewältigen vermochten und sich in den Streitereien um ökonomische Interessen verbrauchten[49].

Unterhalb der Parteienebene ist nach 1918 auch in den konservativen und liberalen Milieus eine ähnliche Massenmobilisierung in Vereinen und Verbänden zu beobachten, wie sie die Sozialisten und Katholiken erlebten. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs sahen sich Bürger und Bauern in der Situation, sich rasch politisch organisieren zu müssen, um in der Konkurrenz zu den Großverbänden besonders der SPD bestehen zu können. Vor der Revolution war das nicht unbedingt notwendig gewesen, sicherte das Kaiserreich diese Milieus doch durch rechtliche Privilegien ab. Dieser Lernprozeß gelang erstaunlich schnell, besonders auch durch die Übernahme von politischen Verhaltensweisen, Symbolen und Auseinandersetzungsformen, die bis dahin ausschließlich die Arbeiterbewegung praktiziert hatte[50]. Besonders die Kulturpolitik der sozialdemokratischen Räte und Regierungen wirkte bei dieser ersten Mobilisierung außerordentlich anheizend[51]. Nicht nur die katholischen, auch die protestantischen Milieus wollten in keinem Fall eine religionslose Schule hinnehmen.

Aus solchen Anlässen, aber auch als Folge des verlorenen Krieges, der Revolution und des nachfolgenden Bürgerkrieges bildeten sich rasch neue politische Bewegungen, zunächst als Bürgerwehren oder Freikorps, die rasch völkische oder nationalistische Ideen aufnahmen und mit durchaus gewalttätiger antisozialistischer Stoßrichtung operierten. Am Ende standen die neuen Massenorganisationen der Wehrverbände wie der Jungdeutsche Orden oder der Stahlhelm, die schon nach kurzer Zeit große Anhängerzahlen mobilisierten. Ihre Herausbildung ist von entscheidender Bedeutung, denn sie traten gleichberechtigt neben die Parteien, mit denen sie eng verwoben waren. Die Parteien verloren die Exklusivität der politischen Vertretung der Milieus an diese Bewegungen. Ihr Ausschließlichkeitsanspruch war ohnehin nie unangefochten gewesen, hatten doch Verbände bisweilen weit mehr Einfluß auf die Politik als die Parteien selbst. Liberale waren zwar in den alten Vereinen führend gewesen, ihnen gelang es jedoch nicht mehr, in den neuen Massenvereinen beherrschend Fuß zu fassen.

Daneben expandierte vor Ort in den Städten und Gemeinden das bereits existierende Vereinswesen in beispielloser Weise. Zahllose neue Veteranenverei-

ne entstanden, die alten Kriegervereine blühten auf und wuchsen rasant. Gleiches galt für Schützen oder Sportler. Sie alle zelebrierten gemeinsam mit den neuen Verbänden einen nationalen Kult, der alle Konflikte im von Interessengegensätzen und politischen Streitereien geplagten Bürgertum überbrücken half; die Utopie der Volksgemeinschaft spielte eine zentrale Rolle[52]. Nie vorher und nie nachher erreichten bürgerliche politische Veranstaltungen und Feste, wie die immer wiederkehrenden Veteranentreffen, Denkmalsweihen, Stahlhelmmärsche, Versailles-Proteste, Rhein- und Ruhrabende oder Sonnenwendfeiern derartige Menschenmassen, die sich mit dem ausdrücklichen Segen der evangelischen Kirche versammelten und einem meist rückwärtsgewandten Nationalismus huldigten. Damit demonstrierten die Milieus Einigkeit, Stärke und ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das dem Bild der Zerklüftung und des Zerfalls eindeutig widerspricht.

Der Krieg und die Inflation untergruben die wirtschaftliche Situation vieler Milieuangehörigen. Das sorgte für den Zerfall besonders der liberalen Parteien, die eben immer auch gewählt worden waren, weil sie für bestimmte wirtschaftliche Interessen dieser Milieus eintraten. Die zentrale Position der Honoratioren beruhte nicht zuletzt auf ihrer ökonomischen Stellung und Stärke. Das Verhältnis zwischen den Milieus und ihren Eliten war durch die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig gestört[53], daher mündete die Mobilisierung im politischen Vorfeld eben nicht in einer Verdichtung und Stärkung der organisatorischen Grundlage der traditionellen Parteien, sondern in der NSDAP. Sie verstand es, die Unzufriedenheit und nationalistische Mobilisierung in die eigene Partei zu lenken, indem sie als Bewegung auftrat, nicht nur als Partei, und damit genau das Angebot machte, das für die Bürger und Bauern attraktiv war. Die Milieus an sich blieben jedoch intakt, gruppierten sich neu und stärkten ihren Zusammenhalt. Der politische Ausdruck dieser Milieus war aber nicht mehr in den Parteien zu suchen, sondern bei den Vereinen und Wehrbünden und schließlich bei der NSDAP. Zwischen der Basis von Liberalen und Konservativen, zwischen Stadt und Land gab es in dieser Entwicklung erhebliche Unterschiede, die besonders mit der jeweiligen religiösen Ausrichtung, mit der Verhaftung in den traditionellen gesellschaftlichen Vorstellungen der Kaiserzeit und mit unterschiedlichen sozialen Lagen tun haben dürften. Am Ende wichen diese Milieus jedoch nur auf ihre zweite weltanschauliche Option aus, die neben Liberalismus und Konservatismus immer virulent und trotz der Interessenauseinandersetzungen der Parteien und Verbände unzerstört war: den Nationalismus. Hier war nach 1930 nur noch die NSDAP eine Alternative, nachdem alle anderen Parteien diskreditiert, zerstritten oder zusammengebrochen waren[54]. Die NSDAP sammelte mithin die herrenlosen, politisch verwaisten Milieus ein.

Lepsius' ursprüngliche These vom Milieuzerfall aus ökonomischen Gründen verdeckt die weit vielschichtigeren Prozesse bei den protestantischen Bürgern und Bauern ganz offensichtlich. Ihr politisches Verhalten ist mit einer Argumentation, die sich wenig um Hinweise auf Veränderungen in der Weltanschauung oder in der kulturellen Sphäre der Gesellschaft kümmert, kaum zu erfassen. Überdies muß der Nationalismus als integrierende, gleichsam religiöse, weltanschauliche Grundlage stärker beachtet werden.

Bollwerke der Republik gegen den Nationalsozialismus waren die ehedem konservativen und liberalen Milieus mithin eindeutig nicht, im Gegenteil. Der Erfolg der NSDAP gründete sich eben nicht zuletzt auf der erfolgreichen Okkupation und geschickten Einbeziehung der verwaisten Milieus und vorpolitischen Strukturen in die neue Partei. Nur so erklären sich die erdrutschartigen Wahlsiege der NSDAP seit 1929. Die nationalistisch mobilisierten Milieus bildeten das Einfallstor für die NSDAP[55], der es gelang, immer mehr bürgerliche und bäuerliche Milieus und Lebenswelten zu dominieren.

Die Bedeutung der Milieus für die politische Geschichte besonders der 20er Jahre ist also zu differenzieren. Eine umstandslose Gleichsetzung aller vier Milieus ist nicht sinnvoll. Ermöglichten das katholische und das sozialistische Milieu ihren politischen Repräsentanten Freiräume, welche die Republik stärkten, so waren konservative und liberale Milieus zunehmend nicht mehr bereit, ihren angestammten Parteien zu folgen, was das Ende der Demokratie mitverursachte. Sind also die beiden erstgenannten Milieus zu rehabilitieren, ist bei den anderen auf die milieuspezifischen Einbruchstellen für den Nationalsozialismus hinzuweisen. Vorläufig ist festzuhalten, daß es sich offenbar um zwei verschiedene Typen von Milieu handelt: Katholisches und sozialistisches Milieu kann man als idealtypisch einheitlich weltanschaulich integriert und politisch repräsentiert bezeichnen; die bäuerlichen und bürgerlichen liberalen und konservativen Milieus hingegen sind weltanschaulich homogen, sie bleiben aber primär lebensweltlich und vorpolitisch integriert. Die Verbindung der Milieus zu den Parteien ist nicht zwingend. Das weite Feld traditionell konservativ oder liberal besetzter sozialer Lebens-, Gemeinschafts- und Gesellschaftsformen verdient in Zukunft offenbar mehr Aufmerksamkeit als bisher[56].

Was aber wurde nach der Herrschaft Hitlers und seiner Partei aus den alten Milieus? Wodurch verloren sie ihre frühere Binde- und Prägekraft? Versetzte ihnen der Nationalsozialismus den entscheidenen Schlag? Lösten sie sich im Zuge der gesellschaftlichen Wanderungs- und Durchmischungsbewegung zwischen »Stalingrad« und Währungsreform auf, oder waren es doch die großen Modernisierungs- und Säkularisierungstrends, welche die Milieus unterhöhlten und schließlich auflösten?

Der Nationalsozialismus hatte die Reproduktionsfähigkeit des sozialistischen Arbeitermilieus zweifelsohne beschädigt. Die sozialistischen Vereine wurden im Frühjahr 1933 zerschlagen. Die ehemaligen Verbandsfunktionäre wurden, soweit man sie nicht inhaftierte oder ermordete, an den gesellschaftlichen Rand gedrängt. Ein großer Teil der früheren Vereinsbasis schloß sich hingegen einem der sogenannten bürgerlichen Freizeitvereine an. Dadurch vergrößerte sich die normative und mentale Kluft, die schon in Weimar zwischen der politisch prinzipienfesten solidargemeinschaftlichen Elite und der ideologisch eher nachlässigen Mitgliedermehrheit bestand. Viele sporttreibenden Arbeiter gewöhnten sich an die Einheitsorganisation; die Erinnerungen an die früheren Gegensätze verblaßten, wenngleich sie nach wie vor existierten und auch die zwölf Jahre nationalsoziali-

stischer Diktatur überdauerten. Dennoch: Eine ganze Generation wurde nach 1933 nicht mehr durch das sozialistische Organisationsmilieu sozialisiert, nicht durch die Gewerkschaft im Betrieb, nicht durch die Straße im Arbeiterviertel, nicht durch die proletarische Kneipe, sondern durch die klassenübergreifende Kameraderie der Soldatengemeinschaft in der Kaserne, dem Schützengraben, dem Gefangenenlager. Die Reproduktionskette des Sozialismus bekam dadurch eine Lücke. Der Sozialdemokratie fehlte nach 1945 diese Generation, was die Mitgliederverluste von 300.000 zwischen 1948 und 1954 sowie die alarmierende Vergreisung der Partei in den frühen 50er Jahre miterklären mag[57].

Und doch haben weder der Nationalsozialismus noch die Flüchtlings- und Vertriebenenströme nach 1944 die Gesellschaft durcheinandergewirbelt, sozial durchpflügt und in der Folge neu angeordnet. Denn die Grenzen zwischen den alten Milieus waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht aufgehoben, nicht einmal bedeutend verschoben. Bei den Landtagswahlen im Herbst 1946 knüpfte die SED etwa in Sachsen und Thüringen da an, wo SPD und KPD 1932 aufgehört hatten. An der sozialräumlichen Segregation zwischen national-bürgerlichen und proletarisch-sozialistischen Wählerlagern hatte sich trotz aller Verschiebungen innerhalb des Elektorats substantiell nichts geändert[58]. Auch im Westen Deutschlands hatten bei den Bundestagswahlen 1949, wie Falter zeigen konnte, die schon vor 1933 vorherrschenden sozialkulturellen und konfessionellen Wählermuster fortgewirkt[59]. Weder der Nationalsozialismus noch der Krieg haben so egalisierend gewirkt, wie dies häufig angenommen wird. Die große Flurbereinigung der Gesellschaft fand in den 40er Jahren noch nicht statt.

Dennoch herrscht in der Literatur Konsens darüber, daß das alte sozialdemokratische Arbeitermilieu nicht wiederentstanden sei. In der Regel wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß der Arbeitersport organisatorisch nicht revitalisiert wurde. Im ganzen aber wissen wir sehr wenig darüber, wie sich die Dinge vor Ort weiter- oder neuentwickelt haben. Überdies ist die Perspektive bisher rein westzonal ausgerichtet, obwohl auf diesem Territorium der Arbeitersport vor 1933 vergleichsweise wenig Wurzeln geschlagen hatte. Der Schwerpunkt der proletarischen Sportbewegung lag in der Weimarer Republik in Mitteldeutschland. Einiges spricht dafür, daß die Sozialdemokratie dort, wären ihnen die Kommunisten und die sowjetischen Besatzer nicht in die Quere gekommen, das traditionelle Kultur- und Freizeitwesen binnen weniger Monate wiederaufgebaut hätten[60]. Doch ist dies mittels Lokal- und Regionalstudien noch gründlicher zu erforschen. Im übrigen war der Verzicht darauf, in den Westzonen den Arbeiterturn- und Sportbund wiederzugründen, vorwiegend ein politischer Schritt. Schließlich hatte die Schumacher-SPD 1945/46 nicht den geringsten Zweifel daran, ihr werde künftig die Führungsrolle in Politik und Gesellschaft gehören, so eben auch im Sport, wodurch eine autonome Organisation überflüssig wurde. Das war gewiß überwiegend, wenn auch nicht völlig, ein Trugschluß. Die im Vergleich zur parlamentarischen Ohnmacht in Bonn beachtlichen kommunalpolitischen Leistungen und Erfolge der SPD in den 50er und 60er Jahren gründeten ganz erheblich auf der Vorfeld- und Vertrauensarbeit sozialdemokratischer Funktionäre in den Verei-

nen, die oft noch lange Traditionsgut und einen spezifischen Habitus mitschleppten. In München etwa war die kommunale Vormacht der SPD solange unumstritten, wie ihre Funktionäre in den über 400 Sportvereinen fest verwurzelt waren und die Vorsitzenden von 1860 und Bayern nachgerade selbstverständlich vor Wahlen für die Sozialdemokraten aufriefen. Erst mit der Akademisierung der Mitgliederschaft in der Münchener SPD ab Ende der 60er Jahre schwand diese Bodenhaftung und Nachwirkung des alten Milieus. Die CSU eroberte nun die Vereine und 1978 dann das Rathaus[61].

So weit war es in den 50er Jahren noch nicht. Immerhin gab es die Naturfreunde wieder, die Falken, die Arbeiterwohlfahrt, die Arbeitersamariter, die Arbeiterradfahrer und viele Arbeiterchöre[62]. Natürlich änderten sich ihre Positionen und Funktionen in der bundesdeutschen Gesellschaft gegenüber den Verhältnissen der Weimarer Republik. Vor allem bei der Arbeiterwohlfahrt und dem Arbeitersamariterbund war dies der Fall. Doch das entwickelte sich erst allmählich. Anfangs existierte in all diesen Organisationen noch viel traditionsgesättigter Ballast mit Ritualen und Symbolen des alten sozialistischen Milieus. Zu Beginn der 50er Jahre, selbst noch nach der bitteren Wahlniederlage von 1953, war die Mehrheit der Sozialdemokraten nicht bereit, sich von diesen überkommenen Ausdrucksformen, wie der Anrede »Genosse«, den roten Fahnen oder den alten Arbeiterliedern, zu trennen, was die Reformer Carlo Schmid und Heinrich Albertz verlangt hatten. Ein Sturm der Entrüstung war die Antwort auf die Kritiker des Milieus, die dann vier Jahre schweigen mußten[63]. Bis 1957/58 war die SPD durchaus noch eine Milieupartei, die ihre Sinnstiftung, Sprachformeln und Manifestationen aus der Vergangenheit bezog, allerdings nun ohne die stabilen Organisationsressourcen im Vereinsumfeld von einst und sicher schon durchwirkt von neuen, modernen Elementen. Der weitgehende – allerdings bis heute nicht ganz endgültige – Abschied vom Milieu, der Durchbruch zur modernen, normativ und sozial stärker gestreuten Partei erfolgte in den 60er Jahren, vor allem in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts.

In diesem Jahrzehnt setzten sich die Trends durch, die die Sozialhistoriker für die 20er Jahre viel zu früh ansetzten. Die Tertiärisierung und die Bildungsrevolution veränderten die Sozialstruktur der Gesellschaft, den inneren Aufbau der Arbeitnehmerschaft und schließlich – bei örtlich fast kulturrevolutionären Konflikten – die soziale Zusammensetzung sozialdemokratischer Ortsvereine. Nun wurde der Konsum kommerzieller Freizeitangebote tatsächlich zum Allgemeingut. Die Massenmedien ersetzten das Parteiblatt, ablesbar an der Krise des sozialdemokratischen Pressewesens. Ein Stück Urbanität drang selbst in die Dörfer, Klein- und Mittelstädte. Die scharfen Unterschiede in den Lebensformen, normativen Überzeugungen und kulturellen Ausprägungen ebneten sich ein[64], Massenkulturen lösten in den 60er Jahren Milieukulturen sukzessive, wenngleich immer noch nicht vollends auf. Die Bonner Republik hatte, anders als die Weimarer, nicht die Bürde der ungebrochenen politischen Macht und des kulturellen Dünkels der vorindustriellen Eliten bis hinein in die Beamtenschaft zu tragen; der Nationalismus, der gerade nach innen trennend, ja polarisierend gewirkt hatte, war weitgehend dis-

kreditiert und wurde von den neuen, oft katholischen Eliten nicht gebraucht. Er konnte der deutschen Gesellschaft kaum mehr als beherrschender Bezugspunkt dienen, der er einmal gewesen war. Auch der Protestantismus hatte sich geändert und politisch geläutert; selbst die Bildungsschichten hatten ihre deutschnationalen Borniertheiten abgelegt, und es bestanden jetzt ökonomische Spielräume für Kompromisse bei den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit. Hätte die Bonner Republik die Lasten der Weimarer Gesellschaft weiterhin tragen müssen, dann hätten wohl trotz moderner Medien und einer kommerzialisierten Freizeit bis in unsere Tage segmentierte politische Milieus fortexistiert. Denn schließlich sind sie auch so nicht ganz verschwunden. Nach wie vor stützt sich die SPD bei den Wahlen in erster Linie auf die gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter der Großindustrie, vornehmlich in den Ballungsräumen protestantischer Regionen. Nach wie vor schneidet sie auf dem Land, im selbständigen Mittelstand und bei den Bauern besonders schlecht ab. Und nach wie vor stehen die Sozialdemokraten bei den Katholiken nicht besser da als zu Beginn der 50er Jahre, allen Säkularisierungstendenzen zum Trotz[65].

Tatsächlich läßt sich auch der weitere Weg des katholischen Milieus nach 1933 nicht modernisierungstheoretisch verkürzen und apodiktisch als ein Prozeß stetiger Auszehrung beschreiben. Im Gegenteil. Bis auf die Caritas hatte zwar kein Verband die nationalsozialistische Zeit als Organisation überstanden, doch war das katholische Milieu dadurch nicht zerstört worden. Es war, wie immer, wenn es in die Defensive gedrängt wurde, eher noch enger zusammengerückt, hatte sich lediglich aus der Verbandsöffentlichkeit in die Pfarrheime und Sakristeien zurückgezogen[66]. Den Bischöfen war diese Entwicklung nur recht, da sie sich schon lange vor 1933 an der Autonomie der Verbände, vor allem den Machtpositionen der sogenannten »Verbandskardinäle« gestört hatten. Das katholische Milieu war in den zwölf Jahren Nationalsozialismus nicht verschwunden, es war nur amtskirchlicher geworden, stärker als in den Jahrzehnten zuvor der Hierarchie untergeordnet.[67] Doch restaurierten sich auch die Verbände in den späten 40er und den frühen 50er Jahren nahezu vollständig wieder. Die Katholikentage blieben Heerschau des katholischen Volkes, größer, üppiger und prächtiger denn je. 800.000 Gläubige waren es etwa, die 1958 an der Abschlußkundgebung des Kölner Katholikentages teilnahmen. Die Kirchenbindungen der Katholiken reduzierten sich in den 50er Jahren nicht, sie vergrößerten sich noch. Zwischen 1949 und 1963 war der Anteil der regelmäßigen Gottesdienstbesucher unter den Katholiken von 51 % auf 55 % angestiegen. Von einer Rechristianisierung war in diesen nachgerade goldenen Jahren der deutschen Katholiken viel die Rede. Nie zuvor oder danach übten die Katholiken in Deutschland politisch mehr Einfluß auf die Regierung aus[68]. Sie hatten das Zentrum zwar aufgegeben, doch entstand die CDU zunächst als eine Milieupartei der Katholiken, die organisatorisch, personell und überwiegend auch ideologisch durchaus an die Tradition des Zentrums anknüpfte[69].

Erst in den späten 50er Jahren gelang es der CDU, über ihren katholischen Kernbestand hinaus im größeren Maße bäuerlich- und bürgerlich-protestantische Wähler zu sammeln und zu integrieren. Das war ihr bis dahin nur regional wie zum

Beispiel in Schleswig-Holstein gelungen, wo jedoch kein nennenswerter katholischer Bevölkerungsteil existierte und die Konfrontation zwischen Einheimischen und den großen Flüchtlingsmassen, die das Land aufnehmen mußte, die vergleichsweise frühe Bindung der protestantischen Wähler an die CDU begünstigten[70]. Die CDU war in den 50er Jahren eine Milieupartei, man hat sie treffend als »Dachverband« sehr unterschiedlicher Milieus gekennzeichnet[71].

Die Katholiken jedoch ebneten der CDU Ende der 40er Jahre den Weg zur Macht; auf ihrem Stimmenpotential basierte die absolute Mehrheit der Union bei den Bundestagswahlen 1957: 61 % aller Katholiken, gleichgültig ob aktive Kirchgänger oder nicht, haben bei dieser Wahl ihre Stimme der CDU oder der CSU gegeben[72]. Nie zuvor in der Moderne hatten die Katholiken sich in Deutschland so heimisch gefühlt, so sehr mit Staat und Regierung identifiziert wie in diesen 50er Jahren, als in Bonn Minister und Staatssekretäre regierten, die in der katholischen Jugendbewegung groß geworden waren, während des Studiums einer katholischen Studentenverbindung angehört hatten, zu Hause das Bistumsblatt bezogen, sonntags zum Frühschoppen im Kolpinghaus einkehrten und am Fronleichnamstag bei der Prozession mitgingen[73].

Doch gerade der Erfolg unterminierte langsam die Fundamente des Katholizismus, eben das Milieu. Die Zeit des Ghettos war vorüber[74]. Die Katholiken konnten die Defensive verlassen, die über hundert Jahre ihr Milieu geformt und stabilisiert hatte. In dem Maße, in dem der Außendruck fortfiel, in dem Maße lockerte sich auch der Zusammenhalt der Katholiken untereinander.

Seit den späten 50er Jahren machten sich dann auch die Folgen der Wanderungsbewegungen der 40er Jahre bemerkbar[75]. Tatsächlich gab es nach der Neuansiedlung von über 10 Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen konfessionell kaum noch homogene Orte. Doch durchmischten sich die Konfessionen nicht sofort. Die 50er Jahre waren für die Milieus eine Art Inkubationszeit der kommenden Auflösungstendenzen. Zwar waren sie schon von der Moderne infiziert, die Resistenzkräfte ließen aber erst in den 60er Jahren nach, und die Milieus litten nun erheblich an Auszehrung[76]. Der Anteil der Mischehen stieg. Die Konfessionsschule galt jetzt auch der Mehrheit der Katholiken nicht mehr als unbedingt zu verteidigende Sozialisationsstätte christlichen Glaubens. Die Ausweitung der Bildungsmöglichkeiten reduzierte die Defizite der Katholiken in diesem Bereich und machte sie dadurch aufgeschlossener für die säkulare Welt. Die elektronischen Medien erreichten in den 60er Jahren die Dörfer, in denen die Mehrheit der deutschen Katholiken lebte. Es wurde dadurch schwieriger, katholische Eigenarten zu bewahren und zu tradieren. Immer mehr Katholiken verzichteten sukzessive darauf, die überlieferten Rituale katholischer Eigenkultur wie die Feier des Namenstages, das Tischgebet, das Fastengebot, die Ohrenbeichte, den Marienkult weiter aktiv zu pflegen. Mit dem zweiten vatikanischen Konzil öffnete auch die Kurie die Tür zur modernen Welt.

Ab 1967 geriet der Katholizismus in Deutschland in eine tiefe Krise. Die Loyalität der Katholiken zu ihrer Kirche ging rapide zurück. Zwischen 1967 und 1973 sank der Anteil der regelmäßigen Kirchgänger von 55 % auf 35 %, ein Trend,

der nach vorübergehender Milderung sich in den 80er Jahren wieder forcierte. Ein rundum intaktes katholisches Milieu scheint in der ersten Hälfte der 90er Jahre bezeichnenderweise nur noch dort zu existieren, wo die Bedrängnis der Katholiken in einer Diasporasituation nach 1945 nicht aufhörte, sondern durch das atheistische SED-Regime anhielt: im thüringischen Eichsfeld.

Für die bürgerlich- und bäuerlich-protestantischen Milieus der Konservativen und Liberalen läßt sich ein ähnliches Bild zeichnen. Auch sie zerfielen nicht schon in den 20er Jahren, sondern sie zeigten erstaunliche Fähigkeiten nach dem Ende des Dritten Reiches, die Verbindungen zu ihren traditionellen Parteien wiederherzustellen. Die Dynamik dieser Milieus gelangte ebenfalls erst in den 60er Jahren an ein Ende. Allerdings stützen sich diese Aussagen nur auf sehr wenige Studien, deren Ergebnisse aber um so aufschlußreicher sind.

Die Phase des Nationalsozialismus und der verlorene Krieg führten zu einer ganzen Reihe tiefgreifender Veränderungen in den protestantisch geprägten Bevölkerungsteilen. Vordergründig zeichnet sich bis zur Machtübernahme der NSDAP ein sehr gleichförmiges Bild ab: Danach waren diese Milieus ab 1929 schrittweise, seit 1931 dann rapide zu den Nationalsozialisten übergegangen. Die alten Eliten hatten nahezu überall im Reich in allen gesellschaftlichen Bereichen mit den neuen Machthabern kooperiert. Die spezifische ideologische Nähe im Nationalismus und das für die Nationalsozialisten unverzichtbare bürgerliche Expertenwissen ließen die alten Eliten in weiten Teilen intakt, wenn sie auch in ihrem politischen Aktionsradius beschränkt wurden. Unter dieser Oberfläche läßt sich indes – wenngleich schemenhaft – ein differenzierteres Bild erkennen. Liberale und konservative Politiker, Vereins- und Verbandsvorsitzende oder Syndici konnten sich meist problemlos auf ihre bürgerliche Existenz zurückziehen und blieben dabei – soweit sie nicht offen gegen das neue Regime opponierten – in der Regel unbehelligt. Die ansonsten als Schwäche gegenüber der NSDAP und den anderen Milieus anzusehende Honoratiorenstruktur dieser Parteien bot hier Vorteile, die nach 1945 bedeutsam werden sollten. Zahlreiche bürgerliche und bäuerliche Vereine oder Verbände der Milieus konnten weiterexistieren, zum Teil in der Hülle nationalsozialistischer Gründungen, durch Kooptation von Nationalsozialisten in die Vorstände oder durch Parteieintritt der amtierenden Vorsitzenden. Das gewohnte soziale Leben dieser Milieus in den Gemeinden und Städten kam nicht zum Erliegen, sondern existierte auf neuer Grundlage mit zum Teil identischen Inhalten weiter[77]. Diese Kontinuitäten sind bisher noch viel zu wenig beachtet worden, obwohl sie vermutlich genauso bedeutsam sind wie der gesellschaftliche Bruch des Jahres 1933, der aber primär die sozialistischen Strukturen und Politiker betraf. Die Machtübernahme der NSDAP und die nachfolgende Gleichschaltung führten besonders im Bürgertum keinesfalls zur völligen Einebnung der Gesellschaft und ihrer Milieus.

Das Spektrum bürgerlichen und bäuerlichen Verhaltens gegenüber den neuen Machthabern war breit gestreut und reichte von aktiver Unterstützung, opportunistischer Anpassung bis hin zum Widerstand. Besonders die protestanti-

schen Kirchen bildeten mit dem Aufflammen des Kirchenkampfes in vielen Regionen des Reiches sehr rasch einen Rückzugsraum für die Kernsegmente vornehmlich des konservativen Milieus. Manche Historiker gehen soweit, solche Widerstandspotentiale nicht nur in der Bekennenden Kirche zu verorten, sondern sie auch in einem volkskirchlichen Protestantismus zu suchen, der besonders in pietistisch geprägten Regionen deutliche Ähnlichkeit mit den Entwicklungen im Katholizismus hatte[78]. Die Erfahrung von Konflikt und Verfolgung stärkte dieses protestantisch-kirchliche Milieu und sorgte für partielle Öffnung und politische Umorientierung, die nach 1945 eine Demokratisierung ermöglichten, zerbrach doch die traditionell gouvernementale Einstellung nicht nur der evangelischen Kirche, sondern weiter Teile der protestantischen Bevölkerung.

Ebenso wie Katholiken und Sozialisten bauten Konservative und Liberale nach dem Kriegsende ganz selbstverständlich ihre Milieuparteien wieder auf, ungeachtet der massiven Veränderungen und gesellschaftlichen Verschiebungen, die Krieg und Nachkriegszeit mit sich gebracht hatten. Die Zersplitterung der Gesellschaft, die Auflösung überregionaler Kommunikationsmöglichkeiten bevorteilte bei der Parteigründung jene Kräfte, die »fest in einem lokalen und regionalen Milieu verwurzelt waren«[79]. Das begünstigte die FDP, die vorwiegend durch die Initiative kommunaler und regionaler Repräsentanten linksliberaler Restmilieus und gegen den Rat der früheren Reichsspitze der DDP konstituiert wurde. Das nützte auch der konservativen Regionalpartei DP (Deutsche Partei) in Niedersachsen, die an die Traditionen der Welfenpartei anknüpfen konnte; das konnte auch der »neuen« CDU Erfolg bringen wie in Schleswig-Holstein[80]. Die abgetauchten oder angepaßten alten Honoratioren standen in Teilen politisch unbelastet wiederum zur Verfügung. Manche hatten sich durch Standhaftigkeit gegen die NS-Machthaber besonders qualifiziert. Das Umfeld der evangelischen Kirchen spielte in dieser Phase eine wichtige Rolle[81]. Die neuen Repräsentanten waren daher vielfach die alten der Zeit vor 1933; die wenigen neuen Vertreter der Milieuparteien stammten oft aus »milieubekannten« Elternhäusern. Lückenlos weiterexistierende Berufsverbände, wie der Reichsnährstand, die in der Zusammenbruchsgesellschaft an Bedeutung enorm gewinnenden Kirchen und zahlreiche städtische und ländliche Vereine stabilisierten das Milieu zusätzlich. Soziale Kontakte waren in diesen von Versorgungsmängeln geprägten Jahren partieller Anarchie ein unschätzbares Kapital. Die Milieus der Einheimischen rückten daher zwangsläufig enger zusammen, auch in Abgrenzung gegen die Vertriebenen und Flüchtlinge.

Lutz Niethammer unterschätzt eindeutig die Vitalität und Dynamik dieser bürgerlichen und bäuerlichen Milieus und ihre politische Durchsetzungsfähigkeit, wenn er die Ansicht vertritt, die bürgerliche Gesellschaft, das Bürgertum sei in der unmittelbaren Nachkriegszeit wesentlich durch die Politik der Alliierten gerettet worden, nachdem konservative und liberale Eliten durch die Kollaboration mit dem Faschismus restlos diskreditiert gewesen seien. Erst die Politik der Amerikaner als »übermächtige Stellvertreter« habe ein geschwächtes und politisch kraftloses »autonomes Bürgertum« und eine »bürgerliche Gesellschaft« reetabliert[82].

So einfach, wie Niethammer es sich hier macht, geht die Geschichte der konservativen und liberalen Milieus nicht auf. Auch sie vermochten – wenn auch auf ganz andere Weise als Sozialisten und Katholiken – Potentiale für eine Demokratisierung über die Phase der NS-Herrschaft hinweg zu erhalten. Schleppten sie dadurch auch eine Menge Ballast aus der Weimarer Republik mit sich, wie einen untergründig immer virulenten Nationalismus, die latente Feindschaft zur organisierten Arbeiterbewegung oder die Bereitschaft zu abrupten Parteiwechseln, so öffneten sich diese Milieus doch nach der Diktatur grundsätzlich den neuen Strömungen. Sie folgten nunmehr – wenn auch zum Teil widerstrebend, wie die Krise der Lizenzparteien zwischen 1948 und 1953 zeigt – ihren Eliten in eine parlamentarische Demokratie und eine pluralistische Gesellschaft[83].

Wirklich neu im deutschen Parteiensystem nach 1945 war die CDU, die dezidiert als gemischt-konfessionell auftrat. Diesen Anspruch konnte sie anfangs indes keineswegs einlösen, war sie doch vielfach »katholisch« und Nachfolgepartei des Zentrums. Der anvisierte Brückenschlag zwischen den Milieus benötigte geraume Zeit, bis er von der Basis nachvollzogen wurde. Erst im Verlauf der fünfziger Jahre, besonders aber seit den sechziger Jahren gelang es der CDU, tatsächlich in die protestantischen Milieus auszugreifen und sie in die eigenen Reihen einzugliedern, freilich ohne damit diese Milieus aufzulösen. Zunächst besaßen die Christdemokraten dort nur »Brückenköpfe«[84], die sie sukzessive auszubauen verstanden. Das gelang der Partei in dem Maße, wie alte und neue Gegensätze zum Beispiel der zwischen Protestanten und Katholiken oder der zwischen Stadt und Land, zwischen zugewanderten Vertriebenen und Einheimischen an Gewicht verloren, weil die bundesdeutsche Gesellschaft durch ihren ökonomischen Erfolg in einen schnellen Wandel geriet. Ein ganzes Bündel von Faktoren weichte die Trennlinien der Milieus auf und ließ die Abgrenzungen immer durchlässiger werden: Die konfessionelle Durchmischung der Bevölkerung, zunehmende Mobilität, wachsender Wohlstand, die größere Bedeutung der Medien, das Fernsehen, individuelle Auf- und Abstiegserfahrungen, die höhere Bedeutung von Bildung und Ausbildung gegenüber Besitz, der Funktionswandel von Vereinen, um nur einige Punkte zu nennen. Hatten ursprünglich weltanschauliche und ethische Fragen die Struktur der politischen Landschaft bestimmt, trat jetzt eine Versachlichung ein. Sozioökonomische Veränderungen wie der Niedergang der Landwirtschaft oder das beständige Schwinden mittelständischen Handels und Handwerks waren noch nicht einmal die zwingende Ursache für Verschiebungen in der sozialen Verankerung der Parteien[85].

Neben diesen relativ allgemeinen Punkten lassen sich auch milieuspezifische Bruchstellen ausmachen, die die Verbindung zwischen Partei und noch bestehendem Milieu lockerten und schließlich auflösten. Den auf Honoratiorenstrukturen gegründeten Parteien wie DP oder auch FDP gelang es regional immer weniger, den notwendigen politischen Nachwuchs heranzubilden[86]. Die CDU war in dieser Hinsicht erfolgreicher, weil ihr ein Generationenwechsel zwischen der die 50er Jahre dominierenden Generation des Kaiserreichs und einer neuen, Mitte der

20er Jahre geborenen Generation zu Beginn der 60er Jahre besser gelang als den traditionellen Milieuparteien. Die CDU faßte so in den Milieuorganisationen Fuß und verdrängte die Milieuparteien, die somit langsam aus ihrer sozialstrukturellen Verankerung gelöst wurden. Der Konzentrationsprozeß auf der politischen Rechten hat also zwei Ursachen: erstens den Niedergang der alten Milieus und zweitens die Übernahme der verbleibenden Milieustrukturen durch die CDU.

Auch politische Richtungsentscheidungen der jeweiligen Parteiführungen konnten Brüche zwischen Partei und Milieu bewirken. Die Folgen zeigten sich in plötzlichen und umfassenden Wählerwanderungen. Die DP war als Nachfolgerin der Welfenbewegung die Partei der einheimischen Niedersachsen. Als die Parteiführung 1961 aus wahltaktischen Gründen eine Koalition mit der Vertriebenenpartei BHE einging, verweigerten die Wähler und mittleren Eliten der DP den Gehorsam. Sie wechselten in der folgenden Zeit über diverse Zwischenstationen zur CDU. Bei den Liberalen kam dem von der Parteispitze induzierten Wandel von der protestantisch-nationalen FDP zur sozialliberalen F.D.P. entscheidende Bedeutung zu. Die Koalition mit der SPD und der Beginn der neuen Ostpolitik wurden von den traditionellen Milieus nicht nachvollzogen. Damit warf die Partei in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ihren alten mittelständischen Charakter ab und verlor in der Folge ihre letzte Milieubasis. In ihren verbliebenen Hochburgen in Oldenburg, in Württemberg sowie in Nordhessen und Coburg ging die Unterstützung bei Wahlen dramatisch zurück. Weil die Gemeinsamkeiten in der konservativen und nationalen Grundhaltung nunmehr stärker waren als der trennende konfessionelle Gegensatz, wechselten zum Beispiel die protestantischen Milieus in Franken zur ursprünglich katholischen Partei CSU. Erst nach 1969 verlor dort damit der alte milieukonstituierende Konflikt zwischen katholischen Altbayern und protestantischen Franken an Bedeutung[87].

Wenn man nach dem Ende der Milieus fragt, dann ist eine Antwort erst in den 60er Jahren zu finden, nicht schon in den 20ern. In diesem Jahrzehnt vollzog sich eindeutig und konsequenzenreich die Erosion in allen überkommenen Milieus. Dieser Zeitraum verdient als Phase grundlegenden Wandels weit mehr Aufmerksamkeit in der Milieuforschung als bisher[88]. Trotz der allgemein diagnostizierten Auflösungserscheinungen dieser Zeit bleibt auch über diesen Zeitraum hinaus die Frage nach den Milieus berechtigt, ist doch kaum damit zu rechnen, daß derart tief verankerte Prägungen sofort verschwinden. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß Restbestände solcher Milieus in ländlichen Gegenden mit geringer Mobilität und starker kultureller Autonomie, daß Elemente einer überkommenen Sozialmoral bis heute politisches Verhalten mitbestimmen. Das sind offene Fragen, die einer Untersuchung bedürfen. Denn auch in der Moderne der 90er Jahre sind die kirchlich gebundenen Katholiken die treuesten Stammwähler der CDU, können die Christdemokraten auf die Schützenhilfe von Bauernverbänden oder Mittelstandsgruppen nicht verzichten. Die FDP hat ihre sichersten Anhänger unter den gebildeten und gutverdienenden Angehörigen der Mittelschichten. Und die Hochburgen der SPD liegen nach wie vor in den großindustriellen Regionen der

Republik mit einem überproportional hohen Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Insofern ist die Kontinuität im Wandel der Gesellschaft der letzten hundert Jahre eigentlich bemerkenswerter als die gleichermaßen erkennbaren Traditionserosionen[89].

Für eine umfassendere Bewertung der Rolle dieser Milieus in der deutschen Geschichte ist es zweifellos noch zu früh. Zudem sind Konservative und Liberale noch so wenig erforscht, daß bereits Zwischenergebnisse ihre Tücken haben. Ob man insgesamt das Ende der Milieus uneingeschränkt positiv als Morgengabe an die Demokratie begrüßen sollte[90], ist in historischer Perspektive zumindest fragwürdig. Das katholische und das sozialdemokratische Milieu waren stabilisierende Elemente für ihre Parteien und für die Institution der Weimarer und Bonner Republik. Es kann sein, daß man solchen stabilisierenden Kräften noch nachtrauern wird.

__ 1
Als Beispiele seien hier genannt:
Horst Glück, Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion. Die Stadt Esslingen und der Mittlere Neckarraum, Esslingen 1991;
Jürgen W. Falter/Hartmut Bömermann, Die Entwicklung der Weimarer Parteien in ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP, in: Heinrich Best (Hrsg.), Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 92–118.

__ 2
Grundsätzlich zu dieser Thematik:
Alf Mintzel, Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen 1984, S. 238–251;
als Beispiele:
Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985; ferner mit quasi programmatischem Titel, Herbert Kühr (Hrsg.), Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Meisenheim 1979.

__ 3
Vgl. z.B. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 504–514;
Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 285–305.
Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988, S. 114f.

__ 4
Dabei operiert man mit Lebensstil-Milieus, die der Marktforschung entlehnt sind, wobei man jedoch bemüht ist, Kontinuitäten alter Milieuprägungen zu berücksichtigen. Allerdings gelingt es fast nie, diesen Anspruch auch einzulösen, denn dann müßte man tatsächlich zur Kenntnis nehmen, wie denn diese alten Milieus ausgesehen haben.
Solche theoretischen und methodischen Überlegungen bei Michael Vester u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993, S. 69–134.

__ 5
M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel u.a. (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393; wiederabgedruckt in:
Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1978.

__ 6
Vgl. besonders Detlef Lehnert/Klaus Megerle, Identitäts- und Konsensprobleme in einer fragmentierten Gesellschaft. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, in:
Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven, Opladen 1987, S. 80–95; dies. (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989; dies. (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung, Opladen 1990.

__ 7
Besonders deutlich wird dies bei Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988, S. 164. Er meint, subkulturelle Verfestigungen könnten nur Gruppen bilden, die »sich gefährdet, gesellschaftlich nicht akzeptiert fühlen«.

__ 8
Karl-Heinz Naßmacher typisiert dieses Milieu daher mit Recht als »organisationszentriert«, vgl. ders., Zerfall einer liberalen Subkultur. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg, in:
H. Kühr (Anm. 2), S. 29–134, hier S. 106.

__ 9
Besonders deutlich in: Franz Walter, Sachsen – ein Stammland der Sozialdemokratie?, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 22 (1991), S. 207–231, ferner, ders., Thüringen, einst Hochburg der Sozialdemokratie?, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 28 (1992), S. 21–39.

__ 10
Gerhard A. Ritter, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Arbeiterkultur, Königstein 1979, S. 7.

__ 11
Vgl. Dieter Langewiesche, Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS), 22 (1982), S. 359–402; für das liberale Milieu vgl. ders. (Anm. 7), S. 243.

__ 12
Helga Grebing, Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus, Mannheim u.a. 1993, S. 44.
Interpretatorisch anders und historisch begründeter dagegen noch dies., Die Parteien, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Politik, Frankfurt am Main 1993, S. 71–150, hier S. 71 u. 103f.

13
Vgl. Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987, S. 150–152.

14
Adelheid von Saldern, Arbeiterkulturbewegung in Deutschland in der Zwischenkriegszeit, in: Friedhelm Boll (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Wien u.a. 1986, S. 29–70, hier S. 40 u. 69.

15
Vgl. H. A. Winkler (Anm. 3), S. 296.

16
Vgl. Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur und Massenorganisation in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt am Main u.a. 1980.

17
Vgl. Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich. 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 818f.; Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930, Bonn 1985, S. 120–145.

18
Vgl. hierzu und im folgenden: Peter Lösche/Franz Walter, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt? in: Geschichte und Gesellschaft (GG), 15 (1989), S. 511–536; Peter Lösche (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik, Bd. 1: Franz Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1990; Bd. 2: Franz Walter u.a., Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände, Bonn 1991; Bd. 3: Dietmar Klenke u.a., Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik; Bd. 4: Siegfried Heimann/Franz Walter, Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik, Bonn 1993.

19
Vgl. G. A. Ritter/K. Tenfelde (Anm. 17), S. 802; Hartmann Wunderer, Noch einmal: Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG, 18 (1992), S. 88–93.

20
Dieter Langewiesche, Von der Wiege bis zur Bahre, in: DIE ZEIT, 8. 4. 1994, S. 20.

21
Vgl. Ilse Schumann/Gabriele Reinhardt, Über ehemalige Arbeiterbibliotheken 1899–1933 im heutigen Bezirk Potsdam, Potsdam 1984, S. 7.

22
Vgl. Franz Walter, Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweise im frühen Weimarer Jungsozialismus, Berlin 1986, S. 71–75.

23
Vgl. Franz Walter, Konfliktreiche Integration: Arbeiterkultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Eine Zwischenbilanz, in: IWK, 24 (1988), S. 54–88.

24
Vgl. D. Klenke u.a. (Anm. 18), S. 63–77.

25
Vgl. F. Walter u.a. (Anm. 18), S. 293–414.

26
Vgl. hierzu und im folgenden F. Walter (Anm. 9); ferner: ders./Tobias Dürr/Klaus Schmidtke, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993.

27
Vgl. dazu die Bemerkungen von Jürgen W. Falter in der Diskussion: 20 Jahre nach ›Party Systems and Voter Alignments‹. Begriffe, Konzepte und Perspektiven der historisch-sozialwissenschaftlichen Wahl- und Elitenforschung, in: H. Best (Anm. 1), S. 338–351, hier S. 343. Er hält eine enge und graduell dauerhaftere Verbindung von Milieu und Partei für ein entscheidendes Kriterium, um von Milieu sprechen zu können. Sein Untersuchungsinteresse richtet sich daher in der Regel auf Wählerhochburgen als »Verbindung von lokalen Verdichtungsformen bestimmter soziokultureller Merkmale und politischer Repräsentanz«, J. W. Falter/H. Bömermann (Anm. 1), S. 96. Diese Definition begründe die Vermutung einer Milieuverankerung von Wählern und somit Parteien. Daß hier zwei gelegentlich übereinstimmende, in der Regel jedoch unterschiedliche Dinge gleichgesetzt werden, zeigt auch Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975, S. 420. Ohne dezidierten Rückgriff auf Lepsius macht er deutlich, daß die CSU nach 1945 in ihren Problemgebieten in Franken erkennbar die Partei der katholischen Minderheit war, also ganz offenbar eine Milieupartei.

28
Vgl. Karl Rohe, Wahlanalyse im historischen Kontext. Zu Kontinuitäten und Wandel von Wahlverhalten, in: Historische Zeitschrift, 234 (1982), S. 337–357, hier S. 350.

29
Vgl. Christiane Eisenberg, Massensport in der Weimarer Republik, in: AfS, 33 (1993), S. 137–178, hier S. 193.

30
Vgl. Helge Matthiesen, Zwei Radikalisierungen – Bürgertum und Arbeiterschaft in Gotha 1918–1923, in: GG, 21 (1995), S. 32–62.

31
Vgl. F. Walter u.a. (Anm. 26), S. 39–92.

__ 32
Vgl. Herbert Hömig, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979; Karsten Ruppert, Die Deutsche Zentrumspartei in der Mitverantwortung für die Weimarer Republik, in: Winfried Becker (Hrsg.), Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches. 1871–1933, Paderborn 1986, S. 71–88; ders., Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Republik 1923–1930, Düsseldorf 1992.

__ 33
Vgl. Heinz Hürten, Deutsche Katholiken 1918–1945, Paderborn 1992, S. 119–143.

__ 34
Vgl. Siegfried Weichlein, Politische Kultur und Sozialmilieus im Regierungsbezirk Kassel 1920–1960, in: Theo Schiller/Thomas von Winter (Hrsg.), Politische Kultur im nördlichen Hessen, Marburg 1993, S. 84–124. Weichlein bezieht sich bei seinen Angaben nicht nur auf die Region Kassel, sondern auch auf die Entwicklung im gesamten Deutschen Reich.

__ 35
Bernd Weisbrod, Das Neue und das Alte. Eine Einführung, in: Lutz Niethammer u.a., Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, Frankfurt am Main 1990, S. 323–331, hier S. 328.

__ 36
Vgl. D. Langewiesche (Anm. 7), S. 134f., S. 162ff. Weichlein übernimmt diese Aussagen. Er meint, die Tatsache des frühzeitigen Niedergangs sei vorauszusetzen, vgl. Siegfried Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur: hessische Kreise im Vergleich, Diss. (maschs.), Freiburg 1992, S. 181ff.

__ 37
Vgl. z.B. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972. Zusammenfassend: Rembert Unterstell, Mittelstand in der Weimarer Republik. Die soziale Entwicklung und politische Orientierung von Handwerk, Kleinhandel und Hausbesitz 1919–1933, Frankfurt am Main 1989. Zu den Parteien siehe den kurzen Literaturüberblick bei Peter Lösche, Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart u.a. 1993, S. 217ff.

__ 38
Dieser Hinweis besonders bei Hans-Joachim Bieber, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920, Hamburg 1992, S. 10. Auch bei Helge Matthiesen, Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen. Das bürgerliche Gotha von 1918–1930, Jena 1994.

__ 39
K.-H. Naßmacher (Anm. 8), S. 69. Das wird auch bei Hans-Jürgen Smula sehr deutlich, gelingt es ihm doch trotz aufwendiger Recherche nicht, die notwendigen Daten für diese Milieus zusammenzutragen; vgl. ders., Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus, Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinghausen 1919–1933, Münster 1987.

__ 40
Wenn auch mit etwas anderer Zielrichtung, so doch ein gutes Beispiel: Hans Mommsen, Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert, in: Bernd Weisbrod/Lutz Niethammer (Hrsg.), Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze zum 60. Geburtstag von Hans Mommsen, Reinbek 1991, S. 11–38; D. Langewiesche (Anm. 7), S. 243.

__ 41
Vgl. M. R. Lepsius, (Anm. 5), S. 381 u. 385f.

__ 42
Vgl. Karl Friedrich Watermann, Politischer Konservatismus und Antisemitismus in Minden-Ravensberg 1879–1914, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, 52 (1980), S. 11–64. Immer noch beispielhaft ist die Schleswig-Holstein Studie aus dem Jahr 1934 von Rudolph Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932, Stuttgart 1963.

__ 43
Vgl. Rudy Koshar, Social Life, Local Politics and Nazism. Marburg 1880–1935, Chapell Hill 1986, S. 91–150.

__ 44
Vgl. K.-H. Naßmacher (Anm. 8), S. 106.

__ 45
Vgl. Dietmar Klenke, Zwischen nationalkriegerischem Gemeinschaftsideal und bürgerlich-ziviler Modernität. Zum Vereinsnationalismus der Sänger, Schützen und Turner im Deutschen Kaiserreich, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 45 (1994), S. 207–223.

__ 46
Warum sich die deutsche Zunft hier so ziert, bleibe dahingestellt.

47
Vgl. um nur einige Titel zu nennen:
Oded Heilbronner, Der verlassene Stammtisch. Vom Verfall der bürgerlichen Infrastruktur und dem Aufstieg der NSDAP am Beispiel der Region Schwarzwald, in: GG, 19 (1993), S. 178–201;
Peter Fritzsche, Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany, New York u.a. 1990;
Walter Struve, Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918–1945, Essen 1992; R. Koshar (Anm. 43).
Dezidierte Milieustudien: Cornelia Rauh-Kühne, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991 (vgl. auch den Beitrag von C. Rauh-Kühne in diesem Band); S. Weichlein (Anm. 36); auch hier wird die Quellenproblematik in der ungleichen Gewichtung der verschiedenen Milieus deutlich.

48
P. Fritzsche (Anm. 47), S. 10, mit Bezug auf Larry E. Jones, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System. 1918–1933, Chapel Hill 1988.

49
Zusammenfassend jetzt bei Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992, S. 140–163.

50
Vgl. H. J. Bieber (Anm. 38), S. 175–192; H. Matthiesen (Anm. 38), S. 81–89; P. Fritzsche (Anm. 47), S. 21–38.

51
Besonders deutlich wird dieser weltanschauliche Streit in Thüringen, vgl. Georg Witzmann, Thüringen von 1918–1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim 1958, passim; sowie S. Weichlein (Anm. 36), S. 215.

52
Vgl. P. Fritzsche (Anm. 47), S. 235; ferner H. Matthiesen (Anm. 38), S. 213ff.

53
Vgl. L. E. Jones (Anm. 48); P. Fritzsche (Anm. 47); aber auch H. A. Winkler (Anm. 37).

54
Bis hin zum Übertritt von DVP-Politikern zur NSDAP, vgl. W. Struve (Anm. 47), S. 118. Zum personellen Aspekt auch H. Matthiesen (Anm. 38), S. 210f.

55
O. Heilbronner (Anm. 47), S. 198, betont dagegen die Zerfallserscheinungen des bürgerlichen lokalen Kultur- und Gesellschaftslebens als Ursache für den Aufstieg der NSDAP. Koshar, Matthiesen und Fritzsche verweisen stärker auf die Kontinuitäten und die starke politische Mobilisierung, die sich in immer neuen Vereinen und Verbänden zeigte.

56
Das ist das Ziel eines gerade anlaufenden Forschungsprojekts am Seminar für Politikwissenschaft der Universität Göttingen. Es wird sich mit Struktur und Entwicklung konservativer, liberaler und katholischer Milieus zwischen der ausgehenden Weimarer Republik und der Bundesrepublik nach 1990 in Ost- und Westdeutschland beschäftigen.

57
Vgl. Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992, S. 140–141.

58
Vgl. F. Walter u.a. (Anm. 26), S. 137–141, 270–271, 420–423.

59
Jürgen W. Falter, Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: PVS, 22 (1981), S. 236–265, hier S. 241. Generell zur Kontinuität vgl. Ulrich von Alemann, Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990, S. 84–128, hier S. 94–95.

60
Vgl. F. Walter u.a. (Anm. 26), S. 120–136, 395–408.

61
P. Lösche/F. Walter (Anm. 57), S. 339–364.

62
Vgl. Stefan Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990, S. 460; Dietmar von Reeken, Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn. Eine Fallstudie zum Problem der historischen Kontinuität am Beispiel der Städte Aurich und Emden, Hildesheim 1991, S. 238; Renate Meyer-Braun, Die Bremer SPD 1949–1959. Eine lokal- und parteigeschichtliche Studie, Frankfurt am Main u.a. 1982, S. 100–141.

63
Vgl. P. Lösche/F. Walter (Anm. 57), S. 113.

64
Vgl. Wolfang Zapf, Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, München 1989, S. 99–124; Karl Martin Bolte, Gesellschaft im Umbruch!?, in: Wilhelm Bleek/Hanns Maull, Ein ganz normaler Staat? München 1989, S. 163–183; Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt am Main 1984.

65
Vgl. P. Lösche/F. Walter (Anm. 57), S. 100–107, 331–332.

66
Vgl. Dieter Albrecht (Hrsg.), Katholische Kirche im Dritten Reich, Mainz 1976; Klaus Gotto/ Konrad Repgen (Hrsg.), Die Katholiken und das Dritte Reich, Mainz 1983.

67
Vgl. Thomas Grossmann, Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970, Mainz 1992, S. 20–24.

68
Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Kirche und Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland der fünziger Jahre, in: Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft, 101/102 (1982), S. 113–134.

69
Vgl. Ute Schmidt, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987. Herbert Kühr, Katholische und evangelische Milieus: Vermittlungsinstanzen und Wirkungsmuster, in: Dieter Oberndörfer/Hans Rattinger/Karl Schmitt, Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1985, S. 245–261.

70
Vgl. H. Grebing, Die Parteien, (Anm. 12) S. 82; ferner Hans Otto Kleinmann, Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart 1993, S. 70f.

71
Vgl. K.-H. Naßmacher (Anm. 8), S. 97.

72
Vgl. Klaus Gotto, Die deutschen Katholiken und die Wahlen in der Adenauer-Ära, in: Albrecht Langner (Hrsg.), Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. 1949–1963, Paderborn 1978, S. 7–32; Karl Gabriel, Die Katholiken in den 50er Jahren: Restauration, Modernisierung und beginnende Auflösung eines konfessionellen Milieus, in: Axel Schildt/Arno Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 418–432.

73
Vgl. ferner Rudolf Morsey, Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer, in: A. Langner (Anm. 72), S. 33–59.

74
Vgl. Karl Gabriel, Die Erosion der Milieus, in: Heiner Ludwig/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Linkskatholizismus. Erinnerung, Orientierung und Befreiung, Frankfurt am Main 1990, S. 241–260.

75
Vgl. Hans Braun, Demographische Umschichtung im Deutschen Katholizismus nach 1945, in: Anton Rauscher (Hrsg.), Kirche und Katholizismus 1945–1949, Paderborn 1977, S. 9–25.

76
Vgl. hierzu und im folgenden Renate Köcher, Wandel des religiösen Bewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gegenwartskunde, 37 (1988), Sonderheft 5, S. 145–160; Karl Gabriel, Von der »vordergründigen« zur »hintergründigen« Religiosität: Zur Entwicklung von Religion und Kirche in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Robert Hettlage (Hrsg.), Die Bundesrepublik. Eine historische Bilanz, München 1990, S. 255–279.

77
Vgl. W. Struve (Anm. 47), S. 298–301; auch R. Koshar (Anm. 43), S. 245–263.

78
Zusammenfassung dieser These von Kurt Nowak bei Christoph Kleßmann, Kontinuitäten und Veränderungen im protestantischen Milieu, in: A. Schildt/A. Sywottek (Anm. 72), S. 403–417, hier S. 410.

79
D. Hein (Anm. 2), S. 206.

80
Vgl. Karl-Heinz Naßmacher, Parteien im Abstieg. Wiederbegründung und Niedergang der Bauern- und Bürgerparteien in Niedersachsen, Opladen 1989, S. 53ff., sowie kurz zusammengefaßt ders., Hie Welf, hie Freisinn. Regionale Traditionen im nordwestlichen Niedersachsen, in: Hans-Georg Wehling (Bearb.), Regionale politische Kultur, Stuttgart 1985, S. 36–57.

81
Vgl. K.-H. Naßmacher, Parteien im Abstieg (Anm. 80), S. 88f. u. S. 133f.
Nur aus diesem Blickwinkel ist auch die starke bürgerliche Elitenkontinuität zu verstehen; vgl. Ch. Kleßmann (Anm. 3), S. 36.

82
Lutz Niethammer, War die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1945 am Ende oder am Anfang?, in: ders. u.a. (Anm. 35), S. 515–532, hier S. 522. Seine Aussage hat – jenseits der etwas angegrauten Restaurationsthese, die er hier entstaubt – nur eingeschränkte Aussagekraft, weil es zu wenig Forschung im Bereich der bürgerlichen und bäuerlichen Gesellschaftsteile gibt.

83
Vgl. D. Hein (Anm. 2), S. 213ff.

84
K.-H. Naßmacher (Anm. 8), S. 119.

85
Vgl. K.-H. Naßmacher (Anm. 80), S. 241ff.

86
Wie Naßmacher für Nordwestniedersachsen nachweist, vgl. ders. (Anm. 80), S. 184ff. und 213f.

87
Vgl. A. Mintzel (Anm. 27), S. 509ff. Dieser Konflikt war sehr alt. Vgl. Michaela W. Richter, Resource Mobilisation and legal Revolution: National Socialist Tactics in Franconia, in: Thomas Childers (Ed.), The Formation of the Nazi Constituency 1919–1933, London u.a. 1986, S. 104–130, hier S. 120f.

88
Hinweis schon bei K.-H. Naßmacher (Anm. 80), S. 267.

89
Die Frage nach der gesellschaftlichen Kontinuität wird neuerdings von der Bürgertum-Forschung mit Nachdruck aufgeworfen. Sie arbeitet mit ähnlichen und teilweise übereinstimmenden Methoden und theoretischen Grundlagen wie die Milieuforschung. Ob es sinnvoll ist, diese Kategorie in ihrer ganzen Umfänglichkeit in die 50er und 60er Jahre zu verlängern, bleibe dahingestellt, dürfte aber zu bezweifeln sein: Klaus Tenfelde, Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert, in: Klaus Tenfelde/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Wege zur Geschichte des Bürgertums, Göttingen 1994, S. 317–353. Mit ähnlicher Stoßrichtung: Hannes Siegrist, Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorie ›Bürgertum‹ und ›Bürgerlichkeit‹ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode, in: GG, 20 (1994), S. 549–583.

90
So der Tenor bei Klaus Tenfelde, Vom Ende der Arbeiterkultur, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.), Gesellschaftlicher Wandel – Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD, Köln 1988, S. 155–172; Dieter Langewiesche, Arbeiterfreizeitkultur in der Bundesrepublik. Traditionsbrüche und Kontinuitäten, in: Wolfgang Kaschuba/Gottfried Korff/Bernd Jürgen Warnecken (Hrsg.), Arbeiterkultur seit 1945 – Ende oder Veränderung? Tübingen 1991, S. 69.

Öffentliche Rundfunkübertragung in Berlin am 9. 4. 1933

Erholungsurlaub mit der NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude«, 1938

Die Deutsche Arbeitsfront
NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude"
Gau Berlin / Abt. Reisen, Wandern und Urlaub

Reisegutscheinheft (nicht übertragbar)

für die **UF. 117/XVIb** vom **11. Juni** bis **25. Juni 1938**
in die Sächs. Schweiz Gau: Sachsen

Abfahrt: Sonnabend, den 11. Juni, morgens 7 Uhr, vom Anhalter Bhf.
Rückfahrt: Sonnabend, den 25. Juni
Bitte den Fahrplan auf der letzten Seite zu beachten.

Reiseleiter:

Fahrkarte unaufgefordert offen an der Sperre vorzeigen!

Ihre Sitzplatznummer ist: № 00361

Das eigenmächtige Belegen eines Platzes in einem anderen Abteil ist nicht statthaft. Das Betreten der Wagen sowie das Belegen der Plätze durch nicht mitreisende Personen ist verboten.

Die Gutscheine gelten nur in Verbindung mit dem Reisegutscheinheft.
Für verlorengegangene Unterlagen wird kein Ersatz geleistet.

Inge Marßolek

Milieukultur und modernes Freizeitverhalten 1920 bis 1950

»Diese Jugend steht in der Fabrik, in der Werkstatt und im Büro neben so vielen anderen, und einer unterscheidet sich kaum vom anderen. Ihr Element ist der Tanzsaal, das Kino, der Sport und der Rummelplatz. Ihre Hauptsorge ist ein großer internationaler Boxkampf und sein Ausgang, der Text des neuesten Schlagers oder große Radrennen und was die sogenannte heutige Kultur uns sonst noch an Genüssen verspricht...«[1].

Diese Klage eines jungen Arbeiters im »Kulturwillen« ist symptomatisch für den zeitgenössischen Diskurs über das Freizeitverhalten: In ihr artikuliert sich die Bedrohung, die für die traditionelle Milieukultur der Arbeiterbewegung von der modernen Massenkultur ausging. Obwohl es mittlerweile eine breite Forschung zur Arbeiterbewegungskultur gibt, sind die Einwirkungen der Angebote des Freizeitkommerzes auf die »alten Milieus« bisher kaum untersucht. Sicher ist lediglich, daß – auch wenn die »Wächter« dieser Milieus dafür plädierten bzw. es glauben machen wollten – die Abschottung nicht gelang: Jugendliche und Frauen scheinen von den Angeboten der traditionellen Milieukultur nur noch partiell erreicht worden zu sein und waren daher besonders ansprechbar für die neuen »Vergnügungen«. Zugleich gab es Überlappungen, Berührungen, Versuche von Adaptionen, etwa bei der Rezeption der Chaplin-Filme durch die Arbeiterbewegung oder der Aneignung eines neuen Mediums wie bei den Radio-Bastler-Gruppen.

Diese konfliktreiche Gemengelage aufzuhellen, kann nur durch Annäherung geschehen, da Massenkultur und Freizeitverhalten bisher kaum in den Blick der Historiker und Historikerinnen geraten sind[2]. Eine weitere Schwierigkeit liegt im Charakter der Massenkultur selber, weil weder deren Wirkungen noch die Aneignungslogiken ihrer Konsumenten mit den Dechiffriermethoden der Sozialhistoriker zu erforschen sind. Neben der Quellenproblematik entziehen sich die verschlungenen Pfade ihrer Wirkungsweisen der Überprüfung: Abzulehnen ist jede Linearität im Sinne der Manipulationsthese, wie sie bis in die 70er Jahre im Gefolge der Frankfurter Schule die Diskussion beherrschte. Das Wildern in den Gärten der Nachbardisziplinen und Methodiken, z.B. der Semiotik, der Diskursanalyse oder der Kultursoziologie etc., erweist sich als durchaus fruchtbar[3]. Im folgenden soll zunächst den Veränderungen in den Sozialmilieus der Weimarer Republik nachgespürt und diese in die Kontexte von Freizeit, Massenkultur und Amerikanisierung gestellt werden. In einem zweiten Schritt wird die besondere

Dramatik des Durchbruchs der Moderne in der Weimarer Republik nachgezeichnet, um dann einige der Wirkungen der Massenkultur auf die Gesellschaft zu skizzieren.

Sozialmilieus, Massenkultur, Freizeit und Amerikanisierung

Der Begriff des **sozialmoralischen Milieus** ist von M. Rainer Lepsius 1973 zur Kennzeichnung der Gesellschaft im wilhelminischen Deutschland entwickelt worden[4]. Die Kategorie des Sozialmilieus erwies sich als fruchtbar sowohl für die Soziologie als auch für die Historiographie, da sie ermöglicht, jenseits der Klassenlagen Verhaltensweisen und Bewußtseinsformen in ihrer Interaktion zu beschreiben. In der notwendigen Flexibilität des Konzeptes liegen auch seine Grenzen. Je höher der Aggregatzustand, desto präziser wird die Beschreibung von Sozialmilieus. Je tiefer man sich jedoch in historische Niederungen begibt, desto mehr verliert er an Schärfe. Vergleicht man etwa die katholischen Milieus im Rheinland mit denen in der protestantischen Diaspora im Oldenburgischen, so scheinen die Unterschiede zu überwiegen. Und während für das Kaiserreich die Unterscheidung in vier Milieus, nämlich das ostelbisch-konservative, das katholische, das liberal-bürgerliche und das sozialistische noch plausibel ist, ist dies nach 1918 in Frage zu stellen, hatte doch der Durchbruch der Moderne in der Weimarer Republik eine weitere soziale Fragmentierung der Gesellschaft bewirkt. Zu nennen sind die Formierung eines neuen Mittelstandes, die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Differenzierungen in der Arbeiterklasse, vor allem zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen sowie eine perspektivisch sich andeutende Veränderung in der traditionellen Geschlechterpositionierung – nicht zuletzt bedingt durch das Entstehen von weiblichen Berufsfeldern.

Dieser Prozeß vollzog sich nicht nur auf der sozialen Ebene, sondern wirkte in geradezu dramatischer Weise auf die Deutungs- und Wahrnehmungsmuster ein. Der Zusammenbruch des Kaiserreichs und die Inflation hatten bereits die normative Legitimität der vormals »führenden Milieus« ausgehöhlt. In der Weimarer Republik bildeten sich offenbar überparteiliche Milieus, die zum Teil schichtübergreifend waren und deren verbindender Kern ein nationalistisches, antidemokratisches und antisozialistisches Denken war[5]. Ähnliches gilt für die Herausbildung der neuen Schicht der weiblichen Angestellten als besonders aktive Konsumenten der Massenkultur. Diese Mädchen und jungen Frauen stammten meist aus proletarischen Milieus, sie wohnten weiterhin bei ihren Eltern und blieben durch Heirat diesem Milieu verbunden. Es ist zu vermuten, daß sie als »Türöffner« zur schichtenübergreifenden Massenkultur fungierten. Fragt man nun nach den möglichen Veränderungen der Sozialmilieus durch die Massenkultur, so rücken vor allem die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster sowie die Lebensformen und Alltagserfahrungen in den Blick, wobei geschlechts- oder generationsspezifische Ausprägungen besonders deutlich werden.

Der Begriff **Massenkultur** ist umstritten, nicht zuletzt, weil er eine negative Konnotation hat. Im angloamerikanischen Sprachraum hat sich der Begriff »popu-

lar culture« eingebürgert, der jedoch noch ungewohnt klingt. Unter »Massenkultur« sollen – zur Abgrenzung des älteren Begriffes der Volkskultur – jene »kulturellen Formen verstanden werden, die industriell-technisch produziert wurden und als Kulturware eine große Breitenwirkung erhielten«[6]. Massenkultur ist nicht **einem** politisch-sozialen Umfeld zuzuordnen, sondern ist polyvalent, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Produzenten wie ihrer Adressaten. Sie läßt sich daher in unterschiedliche Herrschaftssysteme einpassen. Da aber auch die Aneignungslogiken polyvalent sind, ist, wie neuere Untersuchungen zeigen, die Wirkung des politischen Zugriffs auf die Massenkultur nie linear und eindeutig. Offenbar verlieren die Menschen in der Aneignung der Massenkultur nicht ihren Subjektcharakter. Ihre Assoziationen und Konnotationen hängen von individuellen Dispositionen und Mentalitäten, von situativen Kontexten etc. ab[7]. Die Arena, in der sich die Massenkultur entfaltet, ist immer auch Schauplatz von Kämpfen um Einfluß und Zugriff durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Parteien. Dabei sind die Chancen von vornherein asymmetrisch strukturiert: Auf die Kulturindustrie hatten Teile des Bürgertums weitaus größeren Zugriff als die Arbeiterbewegung.

Aber noch in anderem Sinn kann die Massenkultur als Arena gelten: Anknüpfend an das Hegemoniekonzept Gramscis und an die Überlegungen Bourdieus über die Distinktion von Lebensstilen und den drei Kapitalsorten (ökonomisch, kulturell und symbolisch), bedeutet der Durchbruch der Massenkultur auch das Aufweichen der Hegemonie einer Kultur, die an eine bürgerliche Schicht gebunden war, zugunsten einer permanenten Konkurrenz zwischen Lebensstilen und damit einer Aufwertung der Popular-Kultur[8].

Freie Zeit ist unauflöslich mit der Industrialisierung, der Dominanz von linearer und abstrakter Zeit in den gesellschaftlichen und individuellen Tagesabläufen verknüpft[9]. Freie Zeit, das war Zeit, die den Unternehmern, den Herrschenden abgetrotzt werden mußte. Nicht umsonst steht an der Wiege der internationalen Arbeiterbewegung die Forderung: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf. Freie Zeit oder Freizeit war immer auch eine Arena von Auseinandersetzungen: Mit dem Vorhandensein von freier Zeit, also Zeit, die nicht in der Fabrik und nicht notwendigerweise zu Hause verbracht werden mußte, entstanden die Zugriffe auf die Nutzung der Zeit. Für das Bürgertum galt es, eine unkontrollierte und autonome Freizeitgestaltung zu verhindern. In diesem Kontext sind nicht nur die zahlreichen bürgerlichen Bildungsvereine zu sehen, sondern auch die patriarchalischen Unternehmer, die z.B. für »ihre Arbeiter« eine Werksbücherei mit Erbauungsliteratur einrichteten. Hierzu entwickelte die Arbeiterbewegung ein alternatives gesellschaftskritisches und emanzipatorisches Bildungskonzept: Klassenbewußte Arbeiter sollten ihre freie Zeit zur Bildung nutzen. Diese »Veredelung« der Arbeiter hatte zum Ziel, den »Neuen Menschen« hervorzubringen, der reif für die sozialistische Gesellschaft war.

Das NS-Regime verfolgte von Anfang an sowohl das Ziel, durch Freizeitangebote die Arbeiter zu kontrollieren und für die NS-Volksgemeinschaft zu gewinnen, wie die Volksgenossen durch Erziehung und Stärkung für die »Anforderungen

einer kriegerischen Zukunft tauglich zu machen«[10]. Um die Arbeiter für den NS-Staat zu gewinnen, müsse ihm ohne Ansehen von Besitz und Wissen der bisher nur dem Bürgertum vorbehaltene Zugang zu den kulturellen Werten ermöglicht werden. Ein wichtiges bürgerliches Privileg war bisher der Urlaub. Auch wenn der Massentourismus, wie Christine Keitz gezeigt hat, schon in der Weimarer Republik begann[11], waren es erst die Nationalsozialisten, die den Urlaub als Massentourismus in der deutschen Gesellschaft verankert haben.

Allen Zugriffen auf die Freizeit zum Trotz entwickelten die Menschen einen beträchtlichen Eigensinn, wenn es darum ging, wie sie ihre freie Zeit verbringen sollten. Einfache Vergnügungen, etwa geselliges Biertrinken, Feiern, der Jahrmarktbesuch oder auch die Lektüre von Unterhaltungsliteratur, also Formen, die immer auch ein Stück weit die Sehnsucht nach der Flucht aus dem Alltag, nach den kleinen Utopien ausdrücken, wurden immer wieder von den »Volksbildnern« von rechts und links heftig kritisiert. Doch vollzogen sich diese Fluchten eher privat und allenfalls teilöffentlich. Erst in den 20er Jahren wurde die freie Zeit zur modernen Freizeit. In den Städten entstand die Wochenendkultur: »Wochenend und Sonnenschein« sangen die Comedian Harmonists. Die Angebote der Massenkultur erhöhten nicht nur im Bewußtsein der Menschen den Wert der arbeitsfreien Zeit, sondern stellten expressis verbis eine Kompensation für die Arbeit dar. Die neuen Zeiträume bedeuteten die Gestaltung neuer Lebensräume; Zeit wurde für den einzelnen disponibel und individuell nutzbar. Zerstreuung, Vergnügen wurden zum gesellschaftlich tolerierten Zweck der Freizeitgestaltung.

Freizeitgestaltung und Ausmaß der freien Zeit sind nicht nur schichtenspezifisch zu sehen. Das Geschlecht ist ein entscheidender Faktor dafür, wieviel freie Zeit tatsächlich zur Verfügung steht. Für die meisten erwerbstätigen Frauen galt, daß ein Teil der freien Zeit für Hausarbeit etc. verloren ging. Für Heimarbeiterinnen war meist eine Trennung zwischen Arbeits- und Freizeit unmöglich. Auch für Jugendliche ist die Freizeit geschlechtspezifisch strukturiert. In der Regel waren männliche Jugendliche, sobald sie einem Beruf nachgingen, von häuslicher Arbeit befreit. Ihr Freizeitkontingent war größer als das der Mädchen. Zugleich waren Jugendliche beiderlei Geschlechts in besonderem Maße empfänglich für die Angebote des Freizeitkommerzes.

Der Begriff **Amerikanisierung**[12], entstanden um die Jahrhundertwende, weist bereits auf die Ambivalenzen hin, mit denen die Zeitgenossen auf den Durchbruch der Moderne reagierten. Zum einen beschreibt er einen einseitigen Prozeß, nämlich eine Art Kulturimperialismus der hochindustrialisierten USA gegenüber dem besonders rückständigen Deutschland. Zum anderen aber war Amerika schon im 18. und 19. Jahrhundert die Chiffre für das private Utopia gewesen, für das Schlaraffenland, wie dies unter anderem in den Briefen deutscher Auswanderer dokumentiert ist. Der »American dream« wurde zum schichtenübergreifenden Leitbild. In der Weimarer Republik hatte die Auseinandersetzung um Amerikanisierung Stellvertreterfunktion: Die Bedrohung durch die Moderne wurde exterritorial verlagert, verhandelt wurden aber eigentlich Probleme und Entwicklungsoptionen einer Moderne in Deutschland[13].

Die Nationalsozialisten führten diesen Diskurs weiter. Das Amerikabild wurde in »gut« und »böse« aufgeteilt: Beschleunigung und Fordismus, aber auch soziale Mobilität waren Vorbilder, Produktionen der Massenkultur, insbesondere der Film wurden als technisch perfekt bewundert. In der Negativbestimmung tauchten alle Topoi der Kulturkonservativen wieder auf, nunmehr mit rassistischen Konnotationen.

Die Dramatik der 20er Jahre

Der Durchbruch der Massenkultur in der Weimarer Republik, der auf politischer Ebene die Einführung formal-demokratischer Strukturen bedeutete, war gekennzeichnet von der Einführung neuer Technologien, von einer Urbanisierung der gesamten Gesellschaft und von einem fundamentalen Strukturwandel der Öffentlichkeit. In den 20er Jahren erschienen illustrierte Zeitschriften in einer Gesamtauflage von einigen Millionen pro Woche. Einen großen Marktanteil hatten Frauenzeitschriften, die in Auflagen zwischen 40 – 400.000 verbreitet wurden. Dreigroschenromane, etwa die immer beliebter werdenden Detektivromane wie »Tom Shark« oder »John-Kling«, überschwemmten in 100.000facher Auflage pro Heft den Markt. Ein völlig neues Medium mit großen Wirkungen auf den Wandel von Öffentlichkeit war der Rundfunk. Zählte man am 1. Januar 1924 nur 1.580 zahlende(!) Rundfunkteilnehmer, so waren es bis zum Ende des Jahres bereits über eine halbe Million (548.749), (1926 waren es über eine Million, Anfang 1928 zwei Millionen, Ende 1929 drei) und 1932 gab es mehr als 4 Millionen Rundfunkteilnehmer oder ein Rundfunkgerät in jedem vierten Haushalt[14]. Ähnliches gilt für das Kino. 1920 gab es 3.731 Kinos mit 1,3 Millionen Sitzplätzen, und 1928 waren es bereits 5.267 Kinos mit 1,88 Millionen Plätzen. Die sog.«Puschenkinos« in den Stadtteilen bestanden neben den Filmpalästen in den Stadtzentren, die eher den bürgerlichen Schichten vorbehalten waren (und die gewissermaßen die Ikonen des 18./19. Jahrhunderts, die Opernhäuser, abgelöst hatten).

Den modernen Zeiten konnte sich – zumindest in den Städten – kaum jemand entziehen[15]. Hektik, Geschwindigkeit und Lärm bestimmten für die Zeitgenossen das Leben in den Großstädten, die Straßen wurden durch die Werbung abends hell erleuchtet, kurz: die Sinnesorgane der Zeitgenossen wurden herausgefordert. Der Chronometer aus der Fabrik hatte die Städte erobert. Tempo wurde zum dominierenden Zeitgefühl: Der »Volkswille«, das Organ der SPD in Hannover, sprach von einer Zeit, »wo in den rußgeschwärzten Fabriken die Maschine herrscht und die Menschen in ihr selbst zur Maschine geworden sind«, als einer Zeit, »wo täglich tausende von Kraftfahrzeugen im Zeichen der Hast und der Jagd die Großstadtstraßen durcheilen«[16]. Die technischen Erfindungen ermöglichten den Ausbau einer hochkommerzialisierten Massenkultur, die nahezu jeden erreichte.

Kaum berücksichtigt wurde bisher, daß die »Revolution der Sinne« neue Seh- und Wahrnehmungsweisen hervorbrachte, die ihrerseits Folgen für Kommunikations- und Identifikationsstrukturen zeitigten, wobei das Neue nicht nur in der Tendenz lag, ein immer größeres Publikum schichtenübergeifend anzusprechen, sondern Bilder und Hörbilder die Reproduktion des Sichtbaren und Hörbaren vor-

täuschten. Damit aber schufen sie eine neue, eine zweite Realität: Die Doppelbödigkeit der Wahrnehmungen dieser Bilder machten sie zur Projektionsfläche der Sehnsüchte, Träume und Phantasien, die sie so abbildeten, als wären sie Wirklichkeit.

Um die besondere Dramatik zu begreifen, die dieses Laboratorium der Moderne kennzeichnet, ist zum Ausgangspunkt dieses Prozesses zurückzukehren: dem verlorenen Krieg. Das traumatische Erleben der Materialschlachten des Ersten Weltkriegs und der Schützengräben prägte eine ganze Generation von Männern, die zurückkehrten in eine veränderte Welt:

> *»Im Dynamismus, im Vitalismus und im Bewegungsrausch der Weimarer Kultur wirkt, unsichtbar und allgegenwärtig, jenes Trauma von 1915/16 nach: Steckenbleiben im Schlamm; Versinken des Angriffs in den Gräben; Schock der Immobilisierung; fatalistisches Ausgeliefertsein an die von irgendwoher kommenden Granaten; Auflösung der Körper im Grabenkrieg«*[17].

Sloterdijk sieht im Kult der Schnelligkeit die Antwort der Frontkämpfer auf diese Erfahrungen und zieht den Bogen zum Volkswagen: »Die motorisierte Nation war in Deutschland zuerst ein Faschistentraum«[18]. Vertreter der »konservativen Revolution«, wie v.a. Ernst Jünger, verklammerten Symbole der Neuen Sachlichkeit und der Technik mit Destruktion, Krieg und Zerstörung. Die USA, der eigentliche Sieger im Krieg, wurden so umstrittenes Leitbild für die Moderne in Deutschland. Insgesamt münden viele Linien in den Nationalsozialismus, der die Kritik an der Moderne in einen übersteigerten Nationalismus bündelte und die Ikonen des Fortschritts mit seiner Ideologie versöhnte.

Gerade die Mehrdeutigkeiten der Massenkultur scheinen für die Stabilisierung des NS-Regimes bedeutsam gewesen zu sein, konnte sie doch stromlinienförmig dem nationalistisch-völkischen main-stream eingepaßt werden und gab sie zugleich dem Regime die Möglichkeit, sich als Verkörperung einer Synthese von Modernität, Deutschtum und nationalen Interessen darzustellen[19]. Während auf der ideologischen Ebene die Moderne partiell bekämpft wurde, wurde sie in den Produkten der Massenkultur »eingedeutscht«. Außerdem verstanden die Nationalsozialisten es meisterhaft, etwa die verschwommenen Bilder der Dreigroschenromane braun zu konturieren, ihre Leerstellen zu füllen. Zugleich aber malten die Konsumenten die Bilder neu aus und konnotierten sie nunmehr mit nationalsozialistischem und rassistischem Gedankengut. Die nationalsozialistische Umdeutung der Systematik konnte auch gelingen, weil vieles in der Weimarer Gesellschaft vorfindlich war und so die Bruchstellen erst allmählich im Alltag der Mehrheit der Deutschen sichtbar wurden. Die Nationalsozialisten, insbesondere Goebbels, erkannten die Möglichkeit, die Massenkultur als Instrument im Kampf um die Akzeptanz der »nationalsozialistischen Revolution« zu nutzen.

Einwirkungen der Massenkultur
auf die Gesellschaft

Sucht man nach Spuren der Veränderung in der Gesellschaft durch die Massenkultur, so richtet sich zunächst das Augenmerk auf die beiden Gruppen, die für die Angebote des Freizeitkommerzes besonders empfänglich waren, nämlich die Jugendlichen und die Frauen. Darüber hinaus wurden in den Produktionen der Massenkultur und in den Formen ihres Konsums gesellschaftliche Räume und Positionierungen wenn nicht verändert, so doch in Frage gestellt und Wertvorstellungen neu buchstabiert.

Geschlechterverhältnis

Modernität wurde von Männern und Frauen unterschiedlich erfahren[20]. Einer der Gründe dafür, warum Frauen in der neuen Sprache der Bilder geübter waren oder warum Frauen die Bilder des Kinos mit »absorbierter Aufmerksamkeit« begegneten, ist darin zu suchen, daß Frauen nicht die Angst der Männer vor den Veränderungen ihrer Rolle in der Gesellschaft (Wahlrecht, Arbeitsmarkt etc.) und vor dem weiblichen Körper teilten. Oder in anderen Worten: Wenn die Bedrohung durch die Massenkultur so massiv war, daß der männliche Betrachter drohte, sich selbst in ihr zu verlieren, mußte die weibliche Art des gebannten Zuschauens als regressiv diskriminiert und die Produkte der Massenkultur als »weiblich« disqualifiziert werden[21].

Ein Beispiel hierfür aus der Zeitschrift »Kulturwillen« mag zur Illustration genügen: Für Walter Pahl war der Film Ausdruck des »Kulturfeminismus«: »Das Seelenleben der Frau ist eben an die vegetativen Gesetze des Triebhaften enger gebunden wie dasjenige des Mannes, für den Geist und Wille in weit stärkerem Maße bestimmend sind«[22]. Sentimentalität, Kitsch, Träume, das gehörte nicht zum wahren Leben. Dieser »Zinnober« wurde allenfalls den Frauen zugestanden.

Die neue Massenkultur bedeutete für Frauen aus dem Bürgertum auch ein Stück Rückeroberung von Öffentlichkeit. Modezeitschriften, Illustrierte etc. zelebrierten die »Neue Frau«. Für Frauen aus dem Arbeitermilieu bedeutete sie Eroberung von Freizeit, die früher weitgehend männliches Privileg war. Die Puschenkinos waren gefüllt von Frauen, die der Hausarbeit für kurze Zeit entwichen (und auch den Zumutungen der Familie)[23]. Auch wenn die Realität in vielen Bereichen eine andere war – tatsächlich wurde die Familienstruktur kaum tangiert –, wurde doch die Welt der Bilder zu einer medialen Realität, sie beeinflußte die Phantasie und Lebensentwürfe der Frauen. (Dies galt natürlich auch für Männer etwa bei Autos oder Motorrädern).

In der Öffentlichkeit konkurrierten zwei Frauenbilder

- das moderne Frauenbild der konsumorientierten, unpolitischen jungen Angestellten, von der Medienwelt mit Bubikopf, geschminktem Gesicht und Zigarette präsentiert, die zum Traumbild unzähliger weiblicher Angestellten wurde,
- das Fluchtbild: die Rückkehr der Frau in den Status der Mutter.

Die traditionelle Geschlechterhierarchisierung war in den vielfältigen Modernisierungsprozessen in der Weimarer Republik in Frage gestellt. Die Massenkultur mit ihren ambivalenten Wirkungsweisen und mehrdeutigen Bildern favorisierte zwar eine Festschreibung dieser Geschlechterrollen, barg jedoch auch immer Tendenzen zu Aufweichung und Veränderung[24]. Nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch Teile der bürgerlichen Frauenbewegung sahen in dem Leitmotiv der »Neuen Frau« eine »Entartung« alles Weiblich-Mütterlichen und eine provokante Übertretung der geschlechterspezifischen Trennungslinien kultureller Sphären und Verhaltensweisen. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, die die Familienstrukturen bedrohte und nicht selten Frauen im besonderen Maße belastete – oft wurden sie zu den Haupternährern der Familie –, schien vielen Frauen, besonders aus den unteren Mittelschichten, die von den Nationalsozialisten propagierte Trennung von weiblichen und männlichen Räumen durchaus attraktiv, zumal dies einherging mit einer Aufwertung der weiblichen Sphäre[25]. Dabei bestanden unterschiedliche Frauenbilder nebeneinander: Zum einen war da natürlich die Mutter, deren Rolle auch durch gezielte sozialpolitische Angebote bis hin zur Einführung des Muttertages und Ferien für Kinder etc. aufgewertet wurde. Zum anderen aber galt die Frau als durchaus gleichberechtigte Kameradin des Mannes, in der NS-Trivialliteratur versehen mit den mystischen Kräften, lebensspendend und todbringend, die lediglich den Samen, nicht den Lebensgefährten brauchte[26]. Zugleich gab es weiterhin die berufstätige Frau – hier soll daran erinnert werden, daß im Dritten Reich erstmals die Erwerbstätigkeit der Frau als Teil einer »normalen« weiblichen Biographie ausgeprägt wurde – und diese propagandistisch durchaus aufgewertet wurde, wie z.B. in einem der beliebtesten Schlager der damaligen Zeit »Liebe kleine Schaffnerin«. Der gemeinsame Bezug dieser Frauenbilder war der national-völkische.

Der vom Regime geförderte und propagierte Rückzug ins Private bedeutete für Frauen auch, daß sie generell weniger den Zugriffen des Regimes ausgesetzt waren. So sie in den sozial-caritativen Organisationen in ihrer Freizeit tätig waren, eroberten sie neue Kommunikationszusammenhänge und auch ein Stück Öffentlichkeit. Das Regime wiederum respektierte gerade bei Frauen den Rückzug in die Privatheit.

Jugend

Selbstverständlich waren die Angebote der Massenkultur vor allem für die Jugendlichen besonders attraktiv. Jugendlichkeit und Freizeit wurden nahezu gleichgesetzt. In den Worten Detlev Peukerts: »Jugendfreizeit fand in der Freundesclique statt, bediente sich der Angebote des Freizeitkommerzes wie Radio, Grammophon und Kino, Gaststättenwesen, Rummel und Tanzlokal, und führte über Wanderfahrten und Jugendherbergswesen in die zukünftige Welt des Urlaubstourismus ein. Daneben standen die Angebote der Jugendpflege, der Volksbildung, des Vereinswesens, vor allem im Sport, und auch der sonstigen Jugendorganisationen. Als Kontrastbild zur kommerzialisierten und organisierten Freizeit stilisierten sich die sog. wilden Cliquen: augenfällige Randgruppen vor allem pro-

letarischer Jugendlicher, deren Regelverletzungen die Ordnungshüter und die bürgerliche Öffentlichkeit schreckten.«[27]

Kein Wunder, daß sich die Kulturkritiker von links bis rechts einig waren, daß die Jugend vor dem Schmutz und Schund zu schützen sei. Gesetzlich wurde dies 1926 beschlossen, allerdings gegen die Stimmen von SPD und KPD, die zu Recht befürchteten, daß diese Zensur sich gegen die Produktionen der Arbeiterbewegung richten könnte. Trotz dieser Abstinenz im Parlament unterschieden sich die sozialdemokratischen Auffassungen kaum von denen der bürgerlichen Parteien.

Es ist bereits viel darüber geschrieben worden, daß die nationalsozialistische Bewegung vor 1933 eine Bewegung der Jugend, d.h. der jungen Männer war. Eine der Stoßrichtungen der nationalsozialistischen Propaganda ging dann auch gegen das Alte, wie die Schlagwörter »Ein junges Volk steht auf«, »Wir sind eine junge Generation« zeigen. Die HJ bot den Jugendlichen nicht nur vielfältige Freizeitangebote, die nicht zuletzt deswegen attraktiv waren, weil sie an die bündischen Traditionen und die der Arbeiterbewegung anknüpften. Zugleich boten sie den Jugendlichen die Möglichkeit, sich gegen die »alte Generation« aufzulehnen, da sie die Autorität der HJ gegenüber Eltern und Lehrern ausspielen konnten. Die Technikbegeisterung, von den Nationalsozialisten propagiert und in das Nationale eingepaßt, war ein weiteres Element für die Zustimmung zum Regime. Ein Diktum wie das von Hitler (1938), die deutsche Jugend müsse »zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl werden«, konnte nicht zuletzt deshalb so populär werden, weil die Symbole des Fortschritts mit der nationalsozialistischen Ideologie verknüpft wurden. In der propagandistischen Beeinflussung der Jugend setzte das Regime auf die neuen Medien, insbesondere Rundfunk und Film. Bis zum Kriegsausbruch enthielten die Jugendfilmstunden, 1935 reichsweit eingeführt, allenfalls im Beiprogramm »Weltanschauliches«. Meist herrschte die Sparte des Kriminal- und Abenteuerfilmes vor. Erst im Krieg überwogen Propagandafilme[28].

Massenkultur, Öffentlichkeit und die
»feinen Unterschiede«

Die kommerzialisierten Freizeitangebote konkurrierten mit den traditionellen der Arbeitervereine, aber auch denen des Bürgertums. Für die Zeitgenossen stellten sie zunächst mal eine Erweiterung der Freizeitkultur dar. Berücksichtigt man, daß im Kaiserreich bürgerliche Kultur und Arbeiterbewegungskultur sich als »Gegenwelten« präsentierten und dafür meist getrennte Räume zur Verfügung standen bzw. daß die Arbeiterbewegung sich ihre Räume erst erobern mußte, so war sicherlich ein Grund für die Ausbreitung der Massenkultur, daß sie in Räumen stattfand, die prinzipiell allen zugänglich waren. Sicherlich, Arbeiterfamilien waren aufgrund ihres Zeit- und Haushaltsbudgets benachteiligt, trotzdem besuchten auch Arbeiterfamilien die Kinos, die Vorstadtvarietés oder eine Sportveranstaltung[29]. Das Kino als Ort neuer Kommunikation vor allem in Zeiten der Arbeitslosigkeit, wie es Kracauer (z.B. »Kino in der Münzstraße«, 1932) beschrieben hat, war auch Ort der »kleinen Fluchten«: »Und ob sie (die Kinos, I.M.) auch recht dürftig

und schmucklos sind, hier drängt sich das Volk, hier schwingt seine Seele Abend für Abend in Abenteuerlust, in Sehnsucht, in Mitleid, in Haß, in Liebe, in Verachtung. Hier lacht es ungeniert und ungehemmt sein breites, befreiendes Lachen.«[30] Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen und kommunistischen Kulturpolitiker verstand es nicht, Alltagserfahrungen und Politik miteinander zu verbinden[31]: Die kollektive Utopie blieb gegenüber dem »American dream«, dem Traum vom Aufstieg farblos. Die Freiheitsstatue, im Gewand des glamour girl, verdrängte die Maiengöttin der Arbeiterbewegung.

Waren vor dem Ersten Weltkrieg kulturelle Präferenzen relativ eindeutig schichtspezifisch, kommt es in den 20er Jahren zu einer Ausdifferenzierung von Lebensstilen und kulturellen Praktiken, und zwar zwischen den Klassen wie innerhalb derselben. Die Öffnung neuer Räume von sozialen Begegnungen veränderte zwar nicht die Klassen- und Herrschaftsverhältnisse, schuf aber eine Gemengelage von Demokratisierungs- und Egalisierungstendenzen, über der die Ikonen des Fortschritts thronten:

> *»Wenn ich es noch nicht gewußt hätte, so wäre ich jetzt, nach dem Besuch der Internationalen Auto-Schau am Kaiserdamm, endgültig davon überzeugt, daß das Auto einer der wenigen Gegenstände ist, die heute allgemeine Verehrung genießen. (...) Taxichauffeure und Herrenfahrer, junge Burschen proletarischen Aussehens und Schupomannschaften, elegante Schnösels und Motorradanwärter: sie alle, die sich sonst gar nicht miteinander vertragen, pilgern gemeinschaftlich durch die Hallen und verrichten ihre Andacht vor Kühlern, Zündungen und Carosserien«*[32].

Damit wuchs die Bedeutung der »feinen Unterschiede«, wie sich etwa in der Flut der Modeberatung für die Dame (durchaus schichtspezifisch) zeigen läßt. Eine weitere Möglichkeit waren die »besseren Plätze« und die Auswahl der Räume. Pferde- und Autorennen blieben den bürgerlichen Mittel- und Oberschichten vorbehalten, Motorradrennen und Fußballspiele den Arbeitern. Sportreportagen u.ä. zeigen, wie die Geschlechterrollen festgeschrieben wurden: Die Frauen, schön herausgeputzt, dienten dem Mann als Staffage beim Zuschauen[33].

Massenkultur und die Formierung der Volksgemeinschaft

Freizeit im Dritten Reich ist auf drei Ebenen in den Blick zu nehmen:

1. Die Propaganda und der Zugriff des Regimes:

Der Zugriff des Regimes auf einen, wenn auch relativ geringen Teil der Freizeit war eindeutig: Die NS-Massenorganisationen versuchten, die »Volksgenossen« in ihrer Freizeit in den Dienst am »Deutschen Volk« und für die Partei einzubinden. Hier gab es ein ausdifferenziertes Angebot von BDM und HJ über NS-Frauenschaft oder Winterhilfswerk zu berufsständischen Organisationen und der Partei mit ihren Kampforganisationen.

Daneben waren sich die Nationalsozialisten aber auch des propagandisti-

schen Wertes einer Freizeitpolitik im Sinne der Etablierung der Volksgemeinschaft bewußt, konnten doch gerade auf dem Gebiet von Urlaub und Freizeitangeboten durch sozialintegrative Strategien materielle und immaterielle Bedürfnisse insbesondere der Arbeiterschaft befriedigt werden.

2. Massenkulturelle Nischen und der »schöne Schein«:

Die Nationalsozialisten instrumentalisierten die egalisierenden Wirkungen der Massenkultur für ihre Volksgemeinschaftsideologie, zumal der »schöne Schein« oftmals die Realität überwölbte bzw. sie undurchschaubar machte[34].

Dabei zielte der Nationalsozialismus auf ein Zukunftsprojekt, in dem ein Ausgleich von Interessengegensätzen und die Überwindung von Not gelingen sollte, weil die kollektiven Erlebnis- und Bewußtseinsformen, die das NS-System bereitstellte, die natürliche Gemeinschaft des Volkes wiederherstellen würden. Die Inszenierungen dieser Erlebnisformen und Handlungsmodi mit sprachlichen und kulturellen Adaptionen aus der sozialistischen Arbeiterbewegung bis hin zur Französischen Revolution, mit Mitteln der Massenpropaganda und der Massenmedien vorgenommen, waren umso erfolgreicher, da mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und dem Terror die alten Arbeiterbewegungsmilieus ihres wesentlichen Charakteristikums, nämlich der politischen Kommunikationsfunktion, beraubt, und damit insgesamt bedroht waren. Die mediale Dramaturgie, der Einsatz des Rundfunks bis hin zur Fliegerschau am 1. Mai erhöhten die Schwierigkeiten für die »Volksgenossen«, zwischen Inszenierungselementen, Versatzstücken, die aus der sozialistischen Arbeiterbewegung stammten, und spezifisch nationalsozialistisch-korporatistischen Elementen der Ideologie und Sozialpolitik zu unterscheiden.

Der Rückzug in das Private, in die vom Regime zur Verfügung gestellten Nischen mit den Angeboten des Freizeitkommerzes diente der Herrschaftssicherung, was insbesondere Goebbels klar erkannte. So wurden weiter eher unpolitische Unterhaltungsfilme produziert, und bereits im Herbst 1933 ersetzte man propagandistische Sendungen im Rundfunk durch Unterhaltung.

3. Betriebliche Sozialpolitik und »Kraft durch Freude« (KdF):

Selbstverständlich stand die NS-Freizeitpolitik, so wie sie von den NS-Organisationen umgesetzt wurde (KdF, Amt Feierabend, »Schönheit der Arbeit« etc.), im Dienste der nationalsozialistischen Erziehung und Kontrolle. Trotzdem ist festzuhalten, daß aus der Sicht der Arbeiter im Dritten Reich die sozialpolitischen und kulturellen Errungenschaften, bis hin zum Angebot von Tennis auch für Arbeiter und den viel zitierten Seereiseangeboten der KdF, nicht nur »vorgeblendete Fassaden« waren[35], sondern durch egalisierende und modernisierende Wirkungen den Alltag veränderten. Für die Unternehmer wiederum standen diese betrieblichen Freizeitangebote, wie z.B. bei Siemens, in der Tradition der alten Unternehmenspolitik, Arbeiter an ihr Werk zu binden. Dabei waren diese Angebote nicht selten ein Feld, in dem der »braune Einfluß« im Betrieb gering gehalten werden konnte[36].

Individuum und Masse

Die neue Freizeitkultur zelebrierte beides: das Individuum, als Star und Idol, und die Masse, als Konsument und Akteur. Gewissermaßen versöhnte sie die Zeitgenossen mit der Entheroisierung der patriarchalen Gesellschaft, die mit dem Kaiserreich im Stellungskrieg zugrundegegangen war. Max Schmeling war der Held aller Schichten, und er repräsentierte die Verschmelzung von Körper und Moderne[37]. Die Masse, von Ernst Jünger abstrahiert und verherrlicht zur Kriegsmaschine, wird von der Arbeiterbewegungskultur in Weihespielen uniformiert und inszeniert, in den Massenveranstaltungen des Freizeitkommerzes wurde Zuschauen zur kollektiven Ekstase. Die Versöhnung von Disziplin und Masse vollzieht sich im feminisierten Gewande: Die Massenkultur präsentierte die Tillergirls, diszipliniert, mit Glamour den Fordismus auf der Bühne zelebrierend:

> *»Wippen hundert auf einmal, so heißen sie Tillergirls. Sie werden von Ford gezeugt, täglich entstehen tausend in seinen Fabriken. Trotz des Achtstundentags. Konstruktionsfehler sind ausgeschlossen. Die Bewegungen erfolgen im Takt. Auch auf dem Kasernenhof oder in der Werkstatt herrscht Gleichheit, Gemeinsamkeit stärkt unsere Kräfte«*[38].

Unnötig zu sagen, daß die Masseninszenierungen der Nationalsozialisten an die Masseninszenierungen der Weimarer Zeit anknüpften. Deutlich wird dabei die auf die Spitze getriebene Militarisierung und die weitgehende Ausgrenzung des Weiblichen. Die Aufmärsche der NS-Formationen beim Parteitag von Nürnberg waren die Militärparaden der Soldaten der Bewegung. Weiterhin aber blieb Masse weiblich besetzt: Hitler hat einen gängigen Topos auf die Spitze getrieben, als er meinte, die Masse sei eine Frau, die es nicht zu überzeugen, sondern zu verführen gelte. Der Nationalsozialismus führte Rausch und Disziplin zusammen, indem er Macht und Zerstörungsrausch zusammendachte[39].

Ikonen des Fortschritts

Illustrierte, Zeitschriften, politische Agitationsschriften, aber auch Jahrbücher für männliche Jugendliche präsentierten die Ikonen des Fortschritts: Zeppelin auf Deutschland- oder Atlantikfahrt, Flugzeuge mit vermummten Piloten auf dem Weg nach Afrika, Schnelldampfer starteten in See, der Flug der deutschnationalen Offiziere von Bremen nach New York wurde gefeiert. Die Menschen wurden nicht ausgeblendet: Piloten, Kapitäne, Rennfahrer waren die Helden des Fortschritts. Sie waren zunächst nicht national besetzt. Lindbergh wurde ebenso gefeiert wie v. Hünefeldt. Die Ikonen des Fortschritts waren zugleich Ikonen der Destruktion. Lebensgefährliche Risiken der Benutzer, aber gleichzeitig auch die Benutzung der Geräte und Maschinen zur Vernichtung waren die andere Seite der Medaille[40].

Die Nationalsozialisten instrumentalisierten die Ikonen des Fortschritts für die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitung. Die Nationalisierung der Helden der Technik vollzog sich nach 1933, wenn auch zögerlich, so doch unverkennbar. Verknüpft wurde dies weiterhin mit dem Stolz auf die »deutsche Qualitätsarbeit«: So finden sich in der Werkszeitschrift von Focke Wulf in Bremen Berichte mit Groß-

aufnahmen der Jungfernflüge der Flugzeuge, mit Heinz Rühmann als Pilot. Zunehmend traten an die Seite der Einzelgeräte die Formationen und der militärische Kontext: Flugzeuge in Formation fliegend, Wehrmacht mit Panzern etc. Nicht selten wurden diese mit Konsumangeboten verknüpft: Der Volkswagen, obgleich nur in Prototypen vom Band gerollt, war Symbol des technischen Fortschrittes, war Transporteur des Fordismus, wie er in den 20er Jahren von der Arbeiterbewegung auch propagiert wurde, und war Symbol der nationalsozialistischen Volks- und Leistungsgemeinschaft – 336.000 Volksgenossen zahlten wöchentliche Raten-Vorschußzahlungen an die »Deutsche Arbeitsfront« (DAF), damit die Produktionsstätten aus dem Boden gestampft werden konnten. Er wurde zum Symbol einer nationalen deutschen Moderne. Im Nachkriegsdeutschland stand der »entnazifizierte« Volkswagen für das Wirtschaftswunder und die neue Freizeitkultur.

Resumé und Ausblick

Die Unübersichtlichkeit und Mehrdeutigkeit der Massenkultur war ihre Faszination. Dem Sog der Moderne konnten die traditionellen Milieus kaum standhalten, zumal die »Wortführer« dieser Milieus, etwa die Funktionäre der Arbeiterbewegung, die Alltagskultur der Arbeiterfamilien allenfalls eindimensional, unter hierarchischen Strukturen rezipierten. Wichtiger allerdings waren die tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft: Soziale Fragmentierungen und Differenzierungen auf der einen, Vermehrung von politischen Partizipationsprozessen auf der anderen Seite trafen zusammen mit massenkulturellen Angeboten, die ihre Faszination in einer neuen Sprache, in schichtenübergreifendem Konsum und der Mehrdeutigkeit ihrer Rezeption hatten. Die alten Milieus, und zwar nicht nur das Arbeiterbewegungsmilieu, reagierten mit Abschottung. Das Verbunkern in der Lagermentalität konnte jedoch der Massenkultur nicht Einhalt gebieten. Das alte Arbeiterbewegungsmilieu verlor seine Ausstrahlungskraft in die nicht-organisierte Arbeiterschaft. Zugleich aber differenzierten die Parteien ihre kulturellen Angebote und bauten sie aus. Die Massenkultur allerdings, eben weil von ihr vielfältige Wirkungen auf Lebensentwürfe und Lebensstile ausgingen, entfaltete eine Sogwirkung, der sich die alten Milieus nicht entziehen konnten, zumal sich in den Alltagserfahrungen Massenkultur und Milieukultur nicht als sich ausschließende kulturelle Praxisformen gegenüberstanden – auch wenn die Kulturfunktionäre und konservative Sittenwächter es gerne so gesehen hätten. Die neuen Angebote der »kleinen Fluchten«, wie sie etwa die Trivialliteratur, die Unterhaltungsfilme etc. boten, verbunden mit individuellen Aufstiegsentwürfen und dem Kult der Moderne, produzierten Deutungsmuster, die die alten subjektiven Determinanten der Sozialmilieus massiv in Frage stellten und zu Erosionsprozessen an den Rändern führten. Das Dritte Reich war offenbar Katalysator dieser Dekompositionsprozesse[41]: Voraussetzung und Verstärker zugleich waren der Terror des Regimes und der Krieg. Die Nationalsozialisten nahmen Formen und Rituale der Arbeiterbewegungskultur auf, adaptierten sie und beraubten sie ihres sozialistischen Gehalts, um sie mit nationalistisch-völkischen Inhalten zu füllen. Gelingen konnte dies, da

sich die Bilder vor 1933 glichen: Uniformierung, Inszenierung von Massen, Männlichkeitskult bis hin zur Verherrlichung des Führers. Der Zettelkasten der Bilder der Massenkultur war so unpolitisch nicht, wie seine Stichworte zeigen. Sie waren bereits in Weimar nicht nur Transmissionsriemen des »American dream«, sondern wurden mit spezifisch deutschen Bildern konnotiert und konkurrierten mit durchaus nationalistisch geprägten Filmen (Historienschinken wie Fridericus Rex, Nibelungen etc.) oder Trivialliteratur (Biene Maja, Anilin). Auch die Körperkultur der Weimarer Republik, die den männlichen Körper zelebrierte, war ambivalent, denn sie grenzte den »weibischen« oder »jüdischen« Körper aus[42]. Durch die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und den Terror gegen jede potentielle oder reale Opposition beraubte er insbesondere die Arbeiterbewegungsmilieus ihres Politikzusammenhangs und zerbrach damit eine ihrer Koordinaten. Der Rückzug ins Private, von Sozialdemokraten als Überwintern in den Milieus noch politisch verstanden, konnte tiefe Erosionsprozesse nicht verhindern. Außerdem wurden hierdurch Verhaltensweisen eingeübt, die die Nachkriegszeit prägten und direkt in den Erfolgsslogan der Gewerkschaften: »Samstags gehört Vati mir«, der Arbeitszeitverkürzung mit Familie unauflöslich zu verknüpfen scheint, mündete. Gerade der Generation derjenigen, die in den NS-Organisationen sozialisiert wurden, fehlten die Alltagserfahrungen in den Solidargemeinschaften. Ein weiteres Festhalten an der Arbeiterbewegungskultur erwies sich angesichts der Bedingungen im Nachkriegsdeutschland als illusorisch: Klaus Tenfelde spricht von der Morgengabe der Arbeiterbewegung an die Demokratie, die darin bestehe, daß sie nicht mehr an ihre traditionelle Lagerkultur angeknüpft habe[43]. Aber auch die bürgerlichen Milieus, im Dritten Reich wesentlich weniger dem Zugriff des Regimes ausgesetzt, waren nach 1945 durch ihre größere Involviertheit mit dem Regime angeknackst. Die Situation war vergleichbar der nach der Inflation. Für die Gesellschaft nach 1945, insbesondere für die Jungen waren die letzten Reste an »bürgerlicher Wohlanständigkeit« in Frage gestellt. Die »skeptische Generation«, wie Schelsky sie diagnostizierte, konnte eher die vormals angeprangerte Nüchternheit und den Pragmatismus westlicher, vor allem angelsächsischer Prägung akzeptieren und internalisieren als die Vertreter der alten Eliten, die weiterhin die Besonderheiten des »deutschen Geistes« bzw. des »christlichen Abendlandes« verteidigten, oder aber an den sozialistischen Ritualen von vor 1933 anknüpften, deren Ohnmacht sich so schmerzlich gezeigt hatte. Darüber hinaus waren es die »Schicksalsgemeinschaften« (Flüchtlinge, Trümmerfrauen etc.), die die Nachkriegsgesellschaft in spezifischer Weise geprägt haben, deren kollektive Zugehörigkeiten und Mentalitäten quer zu den sozialen Typisierungen lagen und die als Öffner zu den traditionellen Milieus wirkten[44]. Die Modernisierungsschübe, die sich unter dem Nationalsozialismus vollzogen hatten, zum Teil vom Regime initiiert, zum Teil bereits aus der Weimarer Republik stammend, wurden nach 1945 verbunden mit dem umstrittenen, aber doch vielfach positiv besetzten Leitbild Amerika. Erstmals war die Begegnung mit Amerika ein Alltagsphänomen: »Der Befreier-Status wird mit Schokolade statt mit Gewalt beglaubigt«[45].

Ein weiterer Schlüsselbegriff für die 50er Jahre ist der der »Normalisierung«. Gerade für die Arbeiterfamilien waren die ersten »normalen« Jahre, also eine Phase des relativen Wohlstandes, verknüpft mit einer gesicherten familiaren Perspektive, die Jahre 1934–1939. Diese Jahre waren sozusagen die Orientierungsmuster, auch die kulturellen, für die Wiederaufbaugesellschaft, mit dem großen Unterschied, daß das, was zumindest für klassenbewußte Arbeiter im Dritten Reich nur um den Preis des Rückzuges aus der Gesellschaft lebbar war, nun im Einklang mit der Gesellschaft gelebt werden konnte. Ob sich mit der Adaption des »American way of life« auch ein popularer Modernisierungsschub vollzogen hat[46], der für die Zivilisierung und Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft entscheidend war, wird noch zu diskutieren sein.

__ 1
Kulturwille, 9 (1930): »30 junge Arbeiter berichten«.

__ 2
Einen ersten Überblick hat gerade Arnold Sywottek vorgelegt: Freizeit- und Freizeitgestaltung – ein Problem der Gesellschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS), 33 (1993), S. 1–20. Dieser dem Thema Freizeit gewidmete Band des AfS zeigt deutlich die großen Forschungsdefizite. Insgesamt scheint auch hier eine regionalhistorische Aufarbeitung vielversprechend.

__ 3
Vgl. dazu ausführlich: Werkstatt Geschichte, Heft 7 (1994), »Diskurs – Experimente«, besonders Inge Marßolek und Adelheid von Saldern, Historiographische Experimente. Eine Einleitung, S. 3–8.

__ 4
M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80.

__ 5
Adelheid v. Saldern, Sozialmilieus und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Norddeutschland (1930–1933), in: Frank Bajohr (Hrsg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 20–52, hier S. 44.

__ 6
Adelheid v. Saldern, Massenfreizeitkultur im Visier. Ein Beitrag zu den Deutungs- und Einwirkungsversuchen während der Weimarer Republik, in: AfS, 33 (1993), S. 22.

__ 7
Vgl. hierzu John Fiske, Understanding Popular Culture, Boston 1939; Stewart Hall, Cultural Studies: Two Paradigmas, in: Media, Culture and Society 1980, Nr 2; ders., Notes on »Deconstructing« of the »Popular«, in: Raphael Samuel (Ed.), People's History and Socialist Theory, London 1981; Frederic Jameson, Reification and Utopia in Mass Culture, in: Social Text 1979, Nr. 1; Michael Denning, The End of Mass Culture, in: International Labour and Working-Class History, Nr. 37, 1990; vgl. auch Response von Adelheid v. Saldern, in: ebenda; dazu auch Umberto Eco, Apokalyptiker und Integrierte. Zur kritischen Kritik der Massenkultur, Frankfurt am Main 1986.

__ 8
Hierzu Kaspar Maase, Amerikanisierung von unten. Demonstrative Vulgarität und kulturelle Hegemonie in der Bundesrepublik der 50er Jahre, in: Alf Lüdtke/Inge Marßolek/Adelheid von Saldern (Hrsg.), Amerikanisierung: Traum und Alptraum im Deutschland der zwanziger Jahre (erscheint 1996 in der Schriftenreihe des German Historical Institute, Washington).

__ 9
Vgl. A. Sywottek (Anm. 2); aus soziologischer Sicht Jürgen P. Rinderspacher, Wege der Verzeitlichung, in: Dietrich Henckel (Hrsg.), Arbeitszeit, Betriebszeit, Freizeit. Auswirkungen auf die Raumentwicklung, Stuttgart 1988, S. 23–66.

__ 10
Zit. nach Hermann Weiß, Ideologie der Freizeit im Dritten Reich, in: AfS, 33 (1993), S. 293.

__ 11
Christine Keitz, Die Anfänge des modernen Massentourismus in der Weimarer Republik, in: AfS, 33 (1993), S. 179–210.

__ 12
Vgl. hierzu demnächst A. Lüdtke/I. Marßolek/A. v. Saldern (Anm. 8), ebenfalls Berichtsheft 39. Versammlung deutscher Historiker in Hannover, S. 190–198.

__ 13
A. v. Saldern (Anm. 6).

__ 14
In den Großstädten hatte im Durchschnitt fast jeder zweite Haushalt ein Radio, in den Kleinstgemeinden dagegen bloß jeder zehnte, vgl. dazu: Heide Riedel, 60 Jahre Radio. Von der Rarität zum Massenmedium, Berlin 1987.

__ 15
Allerdings drangen die massenkulturellen Angebote von den urbanen Zentren auch auf das Land vor, bestes Beispiel ist das Radio.

__ 16
Volkswille, 1. 10. 1930, zit. nach Adelheid von Saldern, Die Zeit fährt Auto. Zeit- und Raumveränderungen im Zeichen der Moderne, in: Wochenend und schöner Schein. Freizeit und modernes Leben in den 20er Jahren, Berlin 1991, S. 7.

__ 17
Peter Sloterdijk, Kritik der zynischen Vernunft, Frankfurt am Main 1983, S. 756.

__ 18
Ebenda.

__ 19
Anson Rabinbach, The Reader, the Popular Novel, and the Imperative to Participate: Reflections on Public and Private Experience in the Third Reich. MS o.J.

__ 20
Eve Rosenhaft, Lesewut, Kinosucht, Radiotismus: Zur (geschlechter-)politischen Relevanz neuer Massenmedien, in: A. Lüdtke/I. Marßolek/A. v. Saldern (Anm. 8) sowie Patrice Petro, Modernity and Mass Culture in Weimar. Contours of a Discourse on Sexuality in Early Theories of Perception and Representation, in: New German Critique, 40–42 (1987), S. 115–146.

__ 21
P. Petro (Anm. 20), S. 142.
__ 22
Kulturwille, 11 (1925), S. 217.
__ 23
Miriam Hansen hat dies für das Kaiserreich herausgearbeitet. Ihre Thesen gelten aber auch für die Weimarer Republik: Miriam Hansen, Early Silent Cinema. Whose Public Sphere?, in: New German Critique, 29 (1983), S. 145–184.
__ 24
Vgl. hierzu Adelheid v. Saldern, Der Wochenendmensch, in: Mitteilungen für Kulturgeschichte (MfK), 30 (1992), S. 5–35.
__ 25
Claudia Koonz, Mothers in Fatherland. Women, the Family and Nazi Politics, New York 1986.
__ 26
Gödele von zur Decken, Emanzipation auf Abwegen. Frauenkultur und Frauenliteratur im Umkreis des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1988; vgl. auch Anson Rabinbach (Anm. 19).
__ 27
Detlev Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987, S. 98.
__ 28
Michael Maaß, Aspekte von Kultur und Freizeit. Nürnberg während des Nationalsozialismus, in: AfS, 33 (1993), S. 329–356.
__ 29
Dietrich Mühlberg, Modernisierungstendenzen in der proletarischen Lebensweise. Neuartige Ansprüche veränderter Menschen, in: MfK, 30 (1992), S. 34–64.
__ 30
Margarete Bauer, Was ist das Kino dem Volk?, in: Der Kulturwille, Nr. 11 (1925), S. 226–227; Siegfried Kracauer, Das Kino in der Münzstraße, 1932, in: Schriften, 5.3. Frankfurt am Main 1990, S. 44–46.
__ 31
Dies wurde besonders für die Geschichte des 1. Mai herausgearbeitet, vgl. dazu Inge Marßolek (Hrsg.), Hundert Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Frankfurt am Main 1990.
__ 32
Siegfried Kracauer, in: Frankfurter Zeitung vom 24.2.1931, zit. nach A. v. Saldern (Anm. 24).
__ 33
Deutlich macht dies Richard Birkelfeld, Spektakel im Stadtwald. Die Motorradrennen in der Eilenriede, in: A. v. Saldern (Anm. 16), S. 15–23.
__ 34
Peter Reichel, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus, München 1991.
__ 35
H. Weiß (Anm. 10), S. 302.
__ 36
Carola Sachse, Freizeit zwischen Betrieb und Volksgemeinschaft. Betriebliche Freizeitpolitik im Nationalsozialismus, in: AfS, 33 (1993), S. 305–328.
__ 37
David Bathrick, Max Schmeling on the canvas: Boxing as an Icon of Weimar Culture, in: New German Critique, 51 (1990), S. 113–136.
__ 38
Siegfried Kracauer, Die Revuen, 1925, in: Schriften, 5.1. Aufsätze (1915–1926), Frankfurt am Main 1990, S. 338–342.
__ 39
P. Sloterdijk (Anm. 17), S. 826.
__ 40
Auf die Bedeutung dieser Bilder hat Alf Lüdtke auf dem Historikertag 1993 aufmerksam gemacht.
__ 41
Adelheid v. Saldern, Arbeiterkulturbewegung in Deutschland in der Zwischenkriegszeit, in: Friedhelm Boll (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Wien 1986, S. 29–70, hier S. 69f.
__ 42
P. Petro (Anm. 20).
__ 43
Klaus Tenfelde, Überholt von der demokratischen Massengesellschaft. Vom Ende der Arbeiterkultur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.3.1988.
__ 44
Friedrich H. Tenbruck, Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 289ff.
__ 45
Lutz Niethammer u.a. (Hrsg.), Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Bd. 2, Berlin 1983, S. 22.
__ 46
Kaspar Maase, Bravo Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992.

»Schönheit der Arbeit« –
ein Propagandainstrument der KdF

Wolfgang Zollitsch

Modernisierung im Betrieb

Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus

Warum arrangierte sich das Gros der zuvor mit der politischen Linken sympathisierenden Arbeiterschaft mit dem NS-Regime? Warum vermochte sich das Regime ohne nennenswerte Proteste von Seiten der Arbeiterschaft zu stabilisieren, ohne sie für seine Politik innerlich ganz zu gewinnen, oder anders gewendet: Welche Verbindung bestand zwischen dem Funktionieren des industriellen Systems im Nationalsozialismus und der inneren Einstellung der Arbeiter zur politischen Führung? Lag nicht eher eine Entkopplung von politischer Wahrnehmung und industrieller Erfahrungswelt vor, eben anders als es in der historischen Forschung lange angenommen worden war? Mit diesen Fragen haben in den letzten Jahren zahlreiche Arbeiten das Verhältnis von Nationalsozialismus und Arbeiterschaft zu analysieren versucht, wobei besonders das Feld der industriellen Beziehungen in den Vordergrund trat[1].

Dabei wurde grundsätzlich konstatiert: Struktur, Selbstbewußtsein und Perspektive der deutschen Arbeiterschaft hatten sich in den zwölf Jahren der NS-Diktatur tiefgreifend verändert. Längerfristige Trends von Differenzierung, Individualisierung und sozialer Mobilität mischten sich mit den spezifischen politischen und sozialen Erfahrungen des »Dritten Reiches«[2]. Allein unter dem schillernden Begriff der »Modernisierung« läßt sich dieser komplexe Veränderungsprozeß nicht schlüssig fassen.

Mindestens vier verschiedene Ebenen überlagerten sich dabei und ergänzten sich trotz mancher Widersprüchlichkeit:

Erstens die tiefgreifenden destabilisierenden und desillusionierenden Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, **zweitens** die NS-spezifischen Faktoren in der Bandbreite von ideologischer Vereinnahmung bis zu terroristischer Unterdrückung, **drittens** die davon nochmals zu trennende besondere Phase des Krieges und **viertens** die langfristige industriegesellschaftliche und produktionstechnische Modernisierung.

Im folgenden sollen einige Überlegungen und Thesen formuliert werden, die das Zusammenspiel dieser vier Ebenen im Hinblick auf die eingangs vorgestellten Fragen zum Gegenstand haben. Es kommt dabei vor allem auf diejenigen Prozesse an, die zur Einbindung der Arbeiterschaft in ein sich wandelndes industrielles System wie in das »Dritte Reich« gleichermaßen beitrugen. Es können hier nur allgemeine Trends erfaßt werden, wie sie bei der Produktionsgüter- und vor allem der Rüstungsindustrie anzutreffen waren. Zunächst werden zwei Beispiele herausgegriffen, die berufliche Qualifizierung und die Neuansätze zur Personal- und Sozialpolitik in den Betrieben, sodann wird der Bereich Kooperation

und Konflikt angeschnitten. Es geht dabei nicht um die Frage nach der Modernisierungsleistung des Nationalsozialismus, sondern vielmehr um eine Differenzierung im Hinblick auf die Bedingungsfaktoren von »Modernisierung«[3]. Soziale Veränderungen, die in die langfristigen Entwicklungsprozesse der Industriegesellschaft eingebettet sind, können nicht nur auf die relativ kurze Spanne des »Tausendjährigen Reiches« bezogen werden, zumal wenn man bedenkt, daß die Zeit bis 1939 und die Phase des Krieges unterschiedliche Rahmenbedingungen schufen.

Die komplexe Erfahrungswelt von Arbeitern kann mit einer Konzentration auf die Industriearbeit und den Betrieb sicher nicht gänzlich ausgelotet werden – Ulrich Herbert hat dies auch einmal als allzu herkömmliche Fragestellung der Arbeitergeschichtsschreibung kritisiert[4]. Doch der Betrieb ist der Ort, an dem sich Produktions- und Herrschaftsstrukturen überschnitten, wo arbeitsbezogene Probleme, soziale Wahrnehmung und konkrete Lebenschancen miteinander verbunden waren, wo Kooperation und Konflikt als gleich prägende Elemente der sozialen Beziehungen erfahren wurden, und schließlich ist der Betrieb in der Ausformung als nationalsozialistische »Betriebsgemeinschaft« ein bezeichnendes Paradigma für Anspruch und Realität der ansonsten recht diffusen »Volksgemeinschaft«.

Grundlegende Trends

Die langfristigen Trends der Modernisierung der Industriearbeit in der Zwischenkriegszeit hat kürzlich erst Rüdiger Hachtmann in einem systematischen Überblick dargestellt[5]. Deshalb können hier einige Stichworte genügen.

Zu den langfristigen Trends, der Rationalisierung der Industriearbeit, der Investition in den sog. »menschlichen Faktor«, gehörten Veränderungen der Fertigungstechnik und Arbeitsorganisation wie Fließarbeit, technische Produktionssteuerung, Arbeitszeitstudien, Normung, neue Akkord- und Leistungslohnsysteme. Dazu kam eine umfassende betriebliche Personal- und Sozialpolitik, die mit den betriebswirtschaftlichen und arbeitsorganisatorischen Fragen verzahnt war und die zugleich auch Lösungsmöglichkeiten für die Konfliktfelder, die aus den betrieblichen Herrschaftsverhältnissen erwuchsen, suchte. Aus diesem Bündel an Maßnahmen resultierten Folgen für die Qualifikationsstruktur der Industriearbeiterschaft wie für deren Einstellung zu Betrieb und Industriearbeit insgesamt. Die Binnendifferenzierung zwischen Facharbeitern, Angelernten und Hilfsarbeitern verschob sich; die Bedeutung der industriellen Frauenarbeit veränderte sich im Hinblick auf eine Verstetigung und Professionalisierung. Es entstanden neue Berufe und Berufsfelder, eine systematische Berufsausbildung durch Staat und Industrie setzte sich durch.

Diese Veränderungen waren Teil eines langfristigen industriellen Modernisierungsschubes, der alle fortgeschrittenen Industrieländer in unterschiedlicher Intensität erfaßte. Überlagert wurden diese Prozesse durch den auch ideologisch aufgeladenen Rationalisierungsdiskurs. Mit dem gewiß schillernden Begriff der Rationalisierung ließ sich vieles verbinden: das Bemühen um technische und ar-

beitsorganisatorische Effizienz; die Ausrichtung an den Prinzipien der wissenschaftlichen Betriebsführung, die sich erst allmählich institutionell entwickelte; technokratisch ausgerichtete Fortschrittsstrategien, die von der Planung und Steuerung industrieller, sozialer und gesellschaftlicher Prozesse ausgingen und mit durchaus unterschiedlichen politischen und ideologischen Prämissen zu tun hatten. Die Vieldeutigkeit der Rationalisierungsdiskussion sollte jedoch nicht den Blick für die Realität in den Betrieben verstellen, die sich nicht nur an abgehobenen technokratischen Wunschvorstellungen und sozialen Planungsstrategien ausrichten ließ, wie sie zum Beispiel nach dem amerikanischen Vorbild formuliert oder im Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront entwickelt wurden[6]. Industrielle Transformationsprozesse, unternehmerische Zielvorstellungen, ideologische Absichten und politische Einflußnahmen lassen sich nicht auf einen stringenten »Generalplan« technisch-sozialer Modernisierung verengen[7].

Berufliche Qualifikation

Die Faktoren der Modernisierung im Betrieb und ihre Wirkung auf die Beschäftigten können am Beispiel der Qualifikationsentwicklung und Berufsausbildung konkreter erfaßt werden. Zudem sind Status und Stellung der Betroffenen im Betrieb damit unmittelbar angesprochen.

Der tiefgreifende Wandel in Produktionsstruktur und Personalmanagement während der Zwischenkriegszeit veränderte die Arbeitsanforderungen und erzwang eine Anpassung im Qualifikationsprofil der Beschäftigten und in der Ausformung der Berufsinhalte. Vorherrschend waren dabei Tendenzen, die auf ein Mehr an Qualifikation hinausliefen. Beispielsweise konnten die überwiegend Ungelernten in der Chemieindustrie ihren beruflichen Status so verbessern, daß in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre die chemischen Arbeitsplätze in der Beliebtheitsskala ganz oben rangierten[8]. Auf Kosten der Ungelernten wuchs die Schicht der Angelernten beträchtlich an, für die es wiederum fließende Übergänge zum Gelernten gab. Der Begriff des Angelernten bezeichnete nicht notwendigerweise eine geringere Qualifikationsstufe als die des Gelernten, er markierte vielmehr nur ein anderes – eben industrietypisches – Qualifikationsmerkmal, das immer stärker um sich griff, da die alten Facharbeiterberufe vielfach mit den neuen technischen Anforderungen nicht Schritt halten konnten.

Mit dem vermehrten Einsatz von Frauenarbeit vor allem in der Elektroindustrie entstand keine beliebige konjunkturelle Verfügungsmasse. Vielmehr konnte diese Branche ihr Expansionspotential nur ausnutzen, indem sie auf den weiblichen Arbeitsmarkt zurückgriff und zugleich Arbeitsbedingungen – in der fließenden Fertigung und am Band – schuf, die Frauenarbeit ermöglichten. Dies führte zu einer Verstetigung der industriellen Frauenarbeit, die fast ausschließlich in ungelernten oder kurzfristig angelernten Funktionen anzutreffen war und damit nicht in Konkurrenz zur Beschäftigung männlicher Arbeitskräfte trat[9].

Was Arbeitsanforderungen und Qualifikationsinhalte betraf, so waren nun vermehrt neben manuellen Fertigkeiten auch allgemeine technische Fähigkeiten und Kenntnisse und gewisse »extrafunktionale Fertigkeiten«[10] wie Verantwortlich-

keit, Anpassungsfähigkeit und Übersicht gefragt, die für den reibungslosen Ablauf einer hochorganisierten Produktion unerläßlich waren. Die körperlich besonders schwere Arbeit verringerte sich dank vermehrten Maschineneinsatzes. Natürlich ergaben sich Aufstiegsmöglichkeiten nur bei einem Teil von Arbeitern, auch blieben die Anforderungen der Industriearbeit in physischer und psychischer Hinsicht immens. Doch geht es darum, einen für die Kerntruppe der qualifizierten Arbeiter der Großbetriebe in der Produktionsgüterindustrie vorherrschenden Trend nachzuzeichnen.

Ein betriebliches Ausbildungswesen hatte es vor dem Ersten Weltkrieg nur in bescheidenen Anfängen gegeben, erst in den zwanziger und dreißiger Jahren wurde die industrielle Ausbildungspraxis reorganisiert, vereinheitlicht und intensiviert[11]. Der fortschreitende technische Wandel verlangte ein verbessertes Ausbildungsniveau der Beschäftigten. Alte Facharbeiterqualifikationen genügten den Anforderungen oft nicht mehr, angelernte Tätigkeiten mußten notwendigerweise an ihre Stelle treten, die ihrerseits in neue Facharbeiterberufe einmündeten. So wurden zum Beispiel die Metallgrundberufe Schlosser und Dreher in eine Vielzahl von Sonderberufen ausdifferenziert, für die eine Ausbildung nur noch im Industriebetrieb absolviert werden konnte und die ihrerseits erst gegen Ende der dreißiger Jahre in formale Ausbildungsgänge als Facharbeiter einmündeten. Deshalb bedeutete nicht jede angelernte Position automatisch eine Minderqualifikation gegenüber dem herkömmlichen Facharbeiter[12].

Mit dem durch arbeitsorganisatorische und technische Veränderungen bewirkten Wandel in den Betrieben konnte die amtliche Statistik der Berufszählungen nicht annähernd Schritt halten[13]. Zudem machte sich in den durch die Rüstungskonjunktur begünstigten Industrien in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ein eklatanter Facharbeitermangel immer stärker bemerkbar. Die Früchte der verstärkten Lehrlingsausbildung ließen sich auch erst mit einer Phasenverschiebung von bis zu fünf Jahren ernten. Die erhöhte Nachfrage nach Fachkräften, nach differenzierten Qualifikationsprofilen und mehr praxisorientierter Ausbildung war Konsequenz sowohl des singulären nationalsozialistischen Rüstungsbooms als auch der aus langfristigen Wandlungsprozessen resultierenden industriespezifischen Erfordernisse.

In dem Maße, wie die Produktionsgüter- und Rüstungsindustrie nach Überwindung der Wirtschaftskrise rasch expandierte, ergaben sich innerbetriebliche soziale Aufstiegsmöglichkeiten, boten sich neue berufliche Perspektiven, die dem traditionellen Berufsethos, das vor allem für Angehörige der Arbeiterbewegung bezeichnend war, entgegenkamen. Damit gestaltete sich auch die eigene Lebensperspektive berechenbarer als in den durch Arbeitslosigkeit und existentielle Unsicherheit geprägten Phasen zuvor. Die Entwicklung der eigenen beruflichen Karriere blieb für viele Arbeiter die prägende Erfahrung, die auch die politische Unterdrückung und Rechtlosigkeit im »Dritten Reich« überlagerte. Dies zeigen jedenfalls »oral history«-Untersuchungen. Die individuelle Qualifikation konnte sogar einen Schutzwall zur »Bewahrung der eigenen Würde«[14] selbst unter den Bedingungen des Nationalsozialismus darstellen. Die Qualifikationsperspektive

band zugleich an den Betrieb und bot Kompensation für verschärften Leistungsdruck. Der beschleunigte Trend zu Spezialisierung und Höherqualifizierung und zur Ausdehnung und Formalisierung der Berufsausbildung war Teil des längerfristigen Integrationsprozesses der Arbeiterschaft in ein sich wandelndes industrielles System und trug gleichzeitig zur zumindest partiellen Integration der Industriearbeiterschaft in das NS-System bei.

Personal- und Sozialpolitik

Eine ähnliche Überlagerung von langfristigem Trend und kurzfristiger Instrumentalisierung durch den Nationalsozialismus fand auch auf dem Gebiet der betrieblichen Personal- und Sozialpolitik statt, wobei die Weltwirtschaftskrise eine zusätzliche »Begleitmusik« abgab. Ausdrucksformen und Funktionsweisen der betrieblichen Herrschaft wurden dadurch einem Wandel unterzogen.

Die betriebliche Sozialpolitik wurde Teil der zentralen unternehmerischen Lenkungsebene und orientierte sich vor allem in den expandierenden Unternehmen an den Kriterien Leistungssteigerung, Belohnung und Betriebsbindung unter Produktivitätsgesichtspunkten. Dahinter stand die »Vision eines neuen technokratischen Kapitalismus«[15], der technische Effizienz und erhöhte Arbeitsproduktivität auch in einer intensiveren Pflege und Beeinflussung des Humankapitals, des »menschlichen Faktors« zu erreichen trachtete. Der erhöhte Einsatz an Kapital, Maschinen und Ausbildung amortisierte sich nur, wenn man die Reibungsverluste, die auf seiten der Beschäftigten entstanden, beseitigte, wie z.B. Fluktuation, mangelnde Motivation und die zahlreichen sozialen und politischen Konfliktfelder im betrieblichen und überbetrieblichen Rahmen.

Zu dieser Sozial- und Personalpolitik gehörten: die Ausbildungsprogramme und Qualifikationsanreize, die spezifischen Leistungslöhne, die mit sozialen Zulagen und besonderen Zuwendungen (wie Weihnachtsgeld, Erfolgsprämien) gekoppelt waren, die bis in den Freizeitbereich hineinreichenden umfangreichen Sozialleistungen sowie die Versachlichung der industriellen Arbeitsbeziehungen und der Abbau willkürlicher betrieblicher Herrschaft. Technische Abläufe und nachvollziehbare funktionale Betriebszwänge schufen auch Ansätze einer »sozialen Betriebsführung« und damit eine stärker sachbezogene Form der Zusammenarbeit und Personalführung. In ihrer Wirkung liefen diese Maßnahmen auf eine faktische Betriebsbindung, auf eine reibungslosere Integration in die Normen und Zwänge des Betriebes hinaus[16].

Bei der Verstärkung der Betriebsbindung half die Wirtschaftskrise mit. Die entsolidarisierenden Wirkungen der Krise, die Angst um den Arbeitsplatz verstärkten die Betriebsorientierung und die Bereitschaft sowohl für neue Arbeitsbedingungen und -anforderungen als auch für harmoniebetonte Gemeinschaftskonzepte.

Die Betroffenen befanden sich nicht zuletzt deshalb in einer isolierten Position, da die betriebsfern strukturierte Gewerkschaftsbewegung zum einen die Brisanz dieser sozialen Betriebspolitik und zum anderen die Gefahren unterschätzte, die von der Kluft zwischen betrieblicher Erfahrungsebene und gesamtgesell-

schaftlicher, klassengeprägter Perspektive ausgehen konnten. Durch die personal- und sozialpolitischen Veränderungen konnte sich innerhalb der Stammbelegschaft eine neue Wahrnehmung der Industriearbeit ausprägen, die eine engere Bindung an das Unternehmen förderte und traditionelle Loyalitäten aufbrechen ließ[17].

Dazu mußte allerdings auch, über die konjunkturellen Rahmenbedingungen hinaus, die Einkommensperspektive stimmen. Mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit hatten die Verdienstaussichten des einzelnen Arbeiters grundsätzlich wieder an Sicherheit gewonnen. Gemessen am Bezugspunkt der »großen Krise« war die eigene Lebensperspektive berechenbarer geworden[18]. Angesichts stagnierender Tariflöhne gewannen über- und außertarifliche Zulagen große Bedeutung, die an den sozialen Status, die Dauer der Betriebszugehörigkeit, die individuelle Leistung oder den wirtschaftlichen Ertrag des Unternehmens gekoppelt waren. Damit wurde auch dem allgemeinen Trend sowohl der Betriebszentrierung wie auch der Individualisierung entsprochen, die Maßnahmen der sozial- und personalpolitischen Umstrukturierung in den Betrieben konnten entsprechend abgesichert und unterstützt werden.

Neben den sozialen Zulagen und Jahresprämien, wie z.B. bei Siemens[19], konnten auch die neuen Leistungslohnsysteme, die im Zuge der betriebsorganisatorischen Umstellungen verstärkt Ausbreitung fanden, eine veränderte Arbeitseinstellung fördern. In der historischen Forschung wird dagegen der Akzent in diesem Zusammenhang eher auf andere Ergebnisse der lohnpolitischen »Modernisierung« gelegt: die nunmehr lückenlose individuelle Leistungskontrolle, die verschärfte Arbeitsintensität und die auf »lohnpolitische Segmentierung« innerhalb der Arbeiterschaft hinzielende Strategie als bewußtes unternehmerisches und nationalsozialistisches Kalkül[20]. Doch an die Stelle der willkürlichen Akkordfestsetzung durch unmittelbare betriebliche Vorgesetzte traten immer mehr durch Planungsbüros entwickelte Vorgaben, die sich an gleichsam faktischen Zwängen wie z.B. dem Arbeits- und Maschinenrhythmus orientierten. Ein durch Arbeitsorganisation und technische Veränderungen verbesserter Produktionsfluß machte eine konstantere Erzielung des Leistungslohns möglich. Wenn dieser Zusammenhang der Belegschaft zu vermitteln war, konnte sie demzufolge ein starkes Interesse an innerbetrieblicher Rationalisierung entwickeln, sofern die Leistungsnormen nicht ständig, ohne produktionsinterne Verbesserungen, erhöht wurden[21].

Die soziale Betriebspolitik arbeitete nicht nur mit der Überzeugungskraft ökonomisch-technischer Effizienz und materiellen und sozialen Verlockungen, sie wurde von der Ideologie der Betriebsgemeinschaft überformt. Diese Betriebsgemeinschaft gestaltete sich bei den modernen Wachstumsindustrien flexibler, was begrenzte Kooperationsformen mit der Arbeiterschaft anging, die Schwerindustrie beharrte auf dem traditionellen »Herr-im-Haus«-Standpunkt[22]. An dieser Disposition konnte die NS-Betriebsgemeinschaft ansetzen. In ihren grundsätzlichen Motiven unterschied sie sich von den unternehmerischen Zielsetzungen, die die Betriebsautonomie und Rentabilitätsgesichtspunkte in den Vordergrund stellten[23]. Bei dieser Unterscheidung ist natürlich zu berücksichtigen, daß die Vor-

stellungen der Industrie keineswegs nur ökonomischen Motiven entsprangen und auch nicht als »unpolitisch« apostrophiert werden können.

In manchen Erscheinungsformen mochte die NS-Betriebsgemeinschaft nur wie eine Kopie des unternehmerischen Instrumentariums zur Erfassung und Lenkung der menschlichen Arbeitskraft erscheinen (z.B. im Hinblick auf »Kraft durch Freude« und »Schönheit der Arbeit« wie bei der Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten[24]). Dies war allerdings nur die eine Seite der Medaille, die andere war im »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« festgeschrieben. Moderne Managementstrategien und gesetzlich sanktionierte Disziplinargewalt der Betriebsleitung – durch staatliche Repressionsandrohungen noch verstärkt – gingen eine widersprüchliche Verbindung ein. Die Betriebsgemeinschaft war im Endeffekt eine Zwangsgemeinschaft. Neben den diversen Anreizen und Verlockungen standen Individualisierung und Entsolidarisierung, neben den technischen und wirtschaftlichen Sachzwängen Sanktionsdrohungen und offener staatlicher Terror.

Festzuhalten ist jedoch, daß das Erscheinungsbild der Betriebsgemeinschaft in der Schwebe blieb und die sozialintegrativen und produktionsorientierten Prämissen von den politisch-ideologischen nicht vollständig überlagert wurden. Das NS-Regime erwies sich letztendlich als Profiteur einer bereits in Gang befindlichen industriellen Modernisierung, die im Kern mit der von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) propagierten Klassenharmonie wenig zu tun hatte, sondern von der »Vision eines neuen technokratischen Kapitalismus« getragen wurde. Um die Effizienz der Produktion zu steigern, bewog sie die Unternehmungen dazu, die Beziehungen zur Arbeiterschaft zu versachlichen, sich um deren Qualifizierung zu kümmern und das Verantwortungsbewußtsein der Arbeitnehmer durch innerbetriebliche Sozialleistungen zu steigern.

Kooperation und Konflikt

Im Zuge der personal- und sozialpolitischen Modernisierung, die auf eine ausgeprägte Betriebsbindung hinzielte, wurde auch die Ausgestaltung der betrieblichen Machtverhältnisse im Spannungsfeld von Kooperation **und** Konflikt einem Wandlungsprozeß unterzogen.

Die dominierende Tendenz einer Bindung an den Betrieb entsprang zu einem beträchtlichen Teil produktionstechnischen Bedürfnissen und den angesprochenen sozialintegrativen Maßnahmen. Sie wurde aber psychologisch nachdrücklich durch die Erfahrung der Krise verstärkt, auf deren Hintergrund die Arbeiterschaft der Arbeitsplatzsicherung und damit der festen Zugehörigkeit zum Betrieb eindeutig Priorität einräumte. Dieser Tendenz wurde später beispielsweise dadurch entsprochen, daß die Unternehmer den offiziellen Lohnstop durch die Gewährung freiwilliger betrieblicher (Treue-) Zulagen zu umgehen wußten. Unter Kriegsbedingungen stellte die betriebliche Bindung zugleich eine Chance dar, der totalen politisch-sozialen Desorientierung – aber auch dem Fronteinsatz – zu entgehen. Trotz der verschärften alliierten Bombenangriffe vollzog die Arbeiterschaft schließlich geradezu eine Flucht in den Betrieb und widersetzte sich vielfach unter Lebensgefahr dem Hitlerschen Befehl zur Zerstörung der Industrieanlagen[25].

Die stärkere Betriebsorientierung und die nunmehr auch Kooperationselemente einbeziehende Ausformung der betrieblichen Herrschaft ließen einen grundsätzlichen Wandel in der Struktur industrieller Konflikte aufscheinen. Mit der funktionalen Integration in die Normen und Zwänge des industriellen Systems verband sich auf lange Sicht eine strukturelle Differenzierung des Klassenantagonismus, die auf eine Aufspaltung des Klassenkonflikts in einen industriellen und einen politischen Bereich hinauslief[26]. Industrielle Konflikte konnten unterhalb der Schwelle politischer Zuordnungen erfahren werden. In den Vordergrund traten betriebspolitische Anliegen. Diese Tendenz hatte sich bereits vor 1933 angedeutet – in einem durchaus differenzierten Stimmverhalten bei den Betriebsratswahlen sowie bei Konflikten zwischen Betriebsräten und »betriebsfernen« Gewerkschaften[27].

Natürlich bildeten Individualisierung, Unterdrückung und nackter Terror unverzichtbare Mittel, um die nationalsozialistische Arbeitsverfassung durchzusetzen und für »sozialen Frieden« zu sorgen. Ebenso sicher stellten industrielle Konflikte aus dem Blickwinkel der Funktionsträger des »Dritten Reiches« eine eminente politische Gefährdung dar. Nur sollte man die Tatsache, daß den Nationalsozialisten die Kanalisierung industrieller Interessenkonflikte weitgehend gelang, nicht nur dem Konto ihrer eigenen Maßnahmen zuschreiben, sondern auch den langfristigen strukturellen Wandel industrieller Konflikte unter dem Vorzeichen der neuen Managementstrategien im Auge behalten. Denn die Beschwörung der Betriebsgemeinschaft, die Gewährung von Sozialleistungen und die restriktiven und repressiven Bedingungen des »Dritten Reiches« konnten die Konflikthaftigkeit industrieller Beziehungen nicht harmonisieren. Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO), die DAF und das Vertrauensmännersystem gerieten unter erheblichen Druck der Basis und artikulierten zumindest rudimentär Belegschaftsinteressen in zugegebenermaßen recht engen Grenzen. In der Phase der konjunkturellen Erholung nahmen innerbetriebliche Konflikte – zumeist auf individueller Ebene – noch zu[28].

Daß sich diese Konflikte kanalisieren ließen, lag nicht nur an Repression und Terror, denn im Zusammenhang mit der »Arbeiteropposition« läßt sich häufiger (aber natürlich nicht nur) auf Hilfsarbeiter und Dienstverpflichtete hinweisen, einen eher »frühindustriellen« Typus des Arbeiters, der noch weniger durch die betriebliche Disziplin geprägt war[29]. Ähnliche Beobachtungen waren während des Krieges zu machen, wo neben ausländischen (Zwangs-) Arbeitern vor allem Jugendliche und Arbeiterinnen wegen »Bummelei« oder »Arbeitsverweigerung« auffielen und die Stammarbeiterschaft, trotz nunmehr erhöhter Leistungsnormen, für ihre Arbeitseinstellung weitgehend gelobt wurde[30].

Die Betriebsorientierung erlaubte es, industrielle Konflikte zu kanalisieren, während die Frage nach der politischen Akzeptanz des Regimes mit der Zerschlagung überbetrieblicher Interessenorganisationen der Arbeiterschaft auf die individuelle Ebene gehoben worden war. Der aus Sicht der Unternehmen störende Einfluß der DAF hatte auch damit zu tun, daß diese Organisation auf eine Politisie-

rung der Betriebssphäre im nationalsozialistischen Sinne hinzielte und die politische Einstellung der Beschäftigten wieder zum Tagesordnungspunkt erhob.

Zur Disziplinierung und Individualisierung trugen auch die Maßnahmen der produktionstechnischen und arbeitsorganisatorischen Modernisierung bei. Arbeitsabläufe und Entlohnungssysteme konnten besser überwacht und individuell zugeschnitten werden. Traditionelle Gruppenloyalitäten konnten aufgebrochen werden. Entsolidarisierung blieb so auch über die Wirtschaftskrise hinaus ausschlaggebend. Nicht nur auf überbetrieblicher Ebene lösten sich Solidar- und Gruppenstrukturen auf. Die Dynamik des Rüstungsbooms erzeugte daneben Mobilität und Veränderung und unterhöhlte Zusammengehörigkeitsgefühl, Homogenität und Solidarität wie z.B. in den von den Nationalsozialisten neu aufgebauten Industrieanlagen[31].

Widerstand und Immunität gegenüber dem Nationalsozialismus entsprangen dagegen oft einem eher antimodernen Reflex, dem Wunsch, die alten Verhaltensgewohnheiten, die traditionellen Werte zu bewahren, die durch einen doppelten Wandlungsprozeß säkularer und NS-spezifischer Art gefährdet waren[32]. Fast nur in vom Rüstungsboom vernachlässigten Randbereichen konnte die Kraft zum Widerstand – über die individuelle Entscheidung hinaus – aus den alten Solidarstrukturen des Betriebes erwachsen[33].

Die Flucht in die private Sphäre konnte verschiedenste Einstellungen zum politischen System überdecken. Innerbetriebliche Konflikte und die politische Stabilität des Regimes schienen gar nicht in direktem Zusammenhang zu stehen. Die funktionale Integration der Industriearbeiterschaft in das industrielle System trug unter den Bedingungen der Rüstungskonjunktur zur Stabilisierung des Regimes bei. Unabhängig von der politischen Einstellung der Betroffenen gelang es dem Regime, unter den Industriearbeitern die Leistungsbereitschaft zu sichern, die für das Funktionieren eines hochentwickelten industriellen Systems erforderlich war und die sich allein auf der Basis von Repression nicht durchhalten ließ.

Der nationalsozialistische Beitrag

Die zumindest partielle Integration der Kerntruppe der Industriearbeiterschaft in das NS-System hat in dieser Sichtweise sehr viel mit der längerfristigen Integration der Arbeiterschaft in ein sich wandelndes industrielles System zu tun. Allerdings muß einschränkend angeführt werden: Der genuin nationalsozialistische Beitrag hierzu trug trotz propagandistischer Hinwendung zur Arbeiterschaft eher repressive Züge; der Integrationsprozeß wurde völkisch-rassistisch verengt; die NS-Betriebs(führer)gemeinschaft bedeutete im Kern einen Rückschritt, die soziale Betriebsführung war nicht mehr basisnah orientiert und am Betriebszweck, sondern bekam übergeordnete nationale und staatspolitische Ziele übergestülpt.

Trotzdem verhalfen die Nationalsozialisten den langfristig neuen Tendenzen zum Durchbruch, indem sie den Unternehmungen einen Handlungsspielraum verschafften, den sie unter anderen politischen Vorzeichen nie gehabt hätten. Widerstandspotentiale von seiten der Arbeiterschaft konnten neutralisiert werden. Zu-

sätzlich halfen sie, ihre repressiven Maßnahmen ein Stück weit zu kompensieren – sozial wie sozialpsychologisch. Andererseits schien die Arbeiterschaft bereit, dem nationalsozialistischen Lösungskonzept zunächst Kredit einzuräumen, da sie durch die Krisenerfahrungen geschwächt war und das Scheitern der Arbeiterbewegung wie die Ohnmacht der Gewerkschaften vor Augen hatte.

Wo der Nationalsozialismus seine eigenen Gestaltungsspielräume jedoch nicht mehr begrenzte, geriet die Eigendynamik des säkularen Modernisierungsprozesses ins Stocken. Dann wurden unternehmerische Autonomie, der Primat der Wirtschaft und die Prinzipien einer motivierenden Personalführung immer mehr unterhöhlt. NS-Organisationen, wie z.B. die DAF, bemächtigten sich des Instrumentariums der sozialen Betriebsführung und des Rationalisierungswesens, formten es um und verloren sich in einer Vielzahl von Planungen, Erhebungen und schließlich Erfolgsmeldungen, die mit der betrieblichen Basis und den produktionstechnischen Notwendigkeiten nur noch sehr wenig zu tun hatten. Dies galt vor allem für die im Zusammenhang mit dem »Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront« angestellten »Sozialplanungen« oder für den ein Eigenleben entwickelnden Apparat des »Reichsausschusses für Arbeitszeitstudien« (Refa)[34]. Es war nicht die voreilige Nachkriegsplanung, sondern der Krieg, der den Kern nationalsozialistischer Betriebspolitik und Arbeitsverfassung enthüllte: willkürliche Erhöhung von Leistungsnormen, bürokratische Inkompetenz, verschärfte Repression, die allgegenwärtige Drohung mit dem KZ oder mit der Einberufung an die Ostfront und schließlich die menschenverachtende, rassistisch begründete und abgestufte Ausbeutung von Zwangsarbeitern.

Deshalb sollte man sich vor einer Überzeichnung des industriellen Modernisierungsschubs im sogenannten nationalsozialistischen »Wirtschaftswunder« hüten. Die Unterdrückung kollektiver Interessenvertretung wie die forcierte Rüstungsproduktion hatten dazu beigetragen, daß der Modernisierungsschub nicht nur im Produktionsbereich durch Rationalisierung, Fließbandarbeit und technische Fertigungssteuerung, sondern auch im Bereich des Personalmanagements und der internen Qualifizierungsprozesse rascher als in den zwanziger Jahren sich durchsetzen konnte. Gegen Ende der dreißiger Jahre gab es aber gravierende retardierende Elemente, die den Modernisierungsschub vielfach ins Leere laufen ließen. Die Widersprüche der NS-Wirtschaftspolitik wurden durch die Arbeitsmarktlage, die Rohstoffversorgung, die Produktionsengpässe und fehlgeleitete Investitionen potenziert. Zur Selbststeuerung war dieses Wirtschaftssystem unfähig. Aus dem Konkurrenzkampf des Weltmarktes war die deutsche Rüstungsindustrie ausgeschlossen, ein wichtiges Korrektiv entfiel. Eingriffe von NS-Instanzen und Rüstungsbürokratie verschärften die Schieflage noch.

Die Widersprüche der NS-Rüstungswirtschaft wirkten den Rationalisierungserfolgen und Effizienzsteigerungen, die Investitionsgüter- und Rüstungsindustrie in den ersten Jahren des »Dritten Reiches« erzielen konnten, immer mehr entgegen. Spätestens auf dem Höhepunkt des Krieges, als die Lage in den Betrieben durch massenhafte Zwangsarbeit und alltägliche Repression bestimmt war, die nicht nur die ausländischen Zwangsarbeiter, sondern auch die deutschen

Arbeitskräfte betraf, hatten sich die »Bedingungsfaktoren« industriegesellschaftlicher Modernisierung fundamental geändert. Bei der Massenproduktion normierter, standardisierter Rüstungsgüter wurde eine spezifische fertigungstechnische Rationalisierung forciert, die mit dem Einsatz weniger qualifizierter, industrieungewohnter Arbeitskräfte auskam und die oft bei unmenschlichsten Arbeitsbedingungen nur auf den Mechanismen von Sklavenarbeit beruhte. Die voll auf die Bedürfnisse und Zwänge des Krieges ausgerichtete Produktion wurde mit dem Herrschaftsmittel rassistischer Diskriminierungen abgestützt, die den deutschen Fachkräften einen herausgehobenen Status verschafften[35]. Anstelle des am ökonomischen Kalkül orientierten »menschlichen Faktors« stand nunmehr die nackte Ausbeutung, die rassistische »Menschenökonomie« des Regimes.

Die Arbeiterschaft erlebte im »Dritten Reich« durch die Auflösung traditioneller Sozialmilieus und gruppenspezifischer Loyalitäten sowie die vollständige Isolation und Individualisierung im Betrieb eine tiefgreifende Desorientierung, die Protest – wenn überhaupt – nur noch im engen Bereich zuließ, als Basis für eine politische Opposition aber untauglich war. Unerläßliche Vorbedingungen für das funktionierende Zusammenspiel von langfristiger industriegesellschaftlicher Veränderung, von Krisenerfahrungen und spezifischen nationalsozialistischen Faktoren waren die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die politische Unterdrückung. Die Folge dieses Zusammenspiels schließlich war das, was Tim Mason von einem dissoziierten Bewußtsein sprechen ließ, im Spannungsverhältnis zwischen partieller Integration und Entfremdung[36]. Eine Verknüpfung von individueller Erfahrung und politischer Orientierung war den Arbeitern, die nicht zum harten Kern der Arbeiterbewegung gehörten, unter den Bedingungen des »Dritten Reiches« erschwert. Politische Wahrnehmung und industrielle Erfahrungswelt schienen weitgehend entkoppelt zu sein. Der Blick auf die Bedingungsfaktoren der Modernisierung im industriellen Sektor zeigt, warum das Regime sich ohne nennenswerte Unmutsbekundungen von seiten der Arbeiterschaft stabilisieren konnte und zugleich die für das Funktionieren der Rüstungsziele erforderliche äußere Loyalität erreichte, wobei die Arbeiterschaft allerdings nie dauerhaft für die politischen Ziele des Nationalsozialismus zu gewinnen war.

— 1
Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im »Dritten Reich«. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989; Martin Rüther, Arbeiterschaft in Köln 1928–1945, Köln 1990; Matthias Frese, Betriebspolitik im »Dritten Reich«. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939, Paderborn 1991; Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990.
Zur umfangreichen weiteren Literatur: Matthias Frese, Sozial- und Arbeitspolitik im »Dritten Reich«. Ein Literaturbericht, in: Neue Politische Literatur, 38 (1993), S. 403–446.

— 2
So in einem zusammenfassenden Überblick Ulrich Herbert, Arbeiterschaft im »Dritten Reich«. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: Geschichte und Gesellschaft (GG), 15 (1989), S. 320–360, hier S. 359.

— 3
So formuliert die Aufgabenstellung Norbert Frei, Wie modern war der Nationalsozialismus?, in: GG, 19 (1993), S. 367–387, hier S. 377.

— 4
U. Herbert (Anm. 2), S. 360.

5
Rüdiger Hachtmann, Thesen zur »Modernisierung« der Industriearbeit in Deutschland 1924 bis 1944, in: Frank Bajohr (Hrsg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 414–451.

6
Als Beispiel für die Kluft zwischen dem illusionären Anspruch nach dem »gläsernen« Arbeiter und der noch enttäuschenden Betriebsrealität in den zwanziger Jahren bei einem der Protagonisten der Rationalisierung, bei Siemens: Heidrun Homburg, Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt – Management – Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900–1939, Berlin 1991, S. 342f. Zum Rationalisierungsbegriff insgesamt: Thomas von Freyberg, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt am Main-New York 1989, S. 305ff.; Tilla Siegel/Thomas von Freyberg, Industrielle Rationalisierung unter dem Nationalsozialismus, Frankfurt am Main-New York 1991, S. 17ff.

7
Diese Gefahr der »Überrationalisierung« lassen die an Siemens ausgerichteten ideologiekritischen Arbeiten erkennen: Carola Sachse, Siemens, der Nationalsozialismus und die moderne Familie. Eine Untersuchung zur sozialen Rationalisierung in Deutschland im 20. Jahrhundert, Hamburg 1990; Tilla Siegel, Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen »Ordnung der Arbeit«, Opladen 1989 sowie dies., Rationalisierung statt Klassenkampf. Zur Rolle der deutschen Arbeitsfront in der nationalsozialistischen Ordnung der Arbeit, in: Hans Mommsen/Susanne Willems (Hrsg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 97–149.

8
Reinhardt Hanf, Möglichkeiten und Grenzen betrieblicher Lohn- und Gehaltspolitik 1933–1939, (rechts- und wirtschaftswiss. Diss.) Regensburg 1975, S. 101f. sowie W. Zollitsch (Anm. 1), S. 42ff.

9
R. Hachtmann (Anm. 5), S. 432f.; ders., Industriearbeiterinnen in der deutschen Kriegswirtschaft 1936 bis 1944/45, in: GG, 19 (1993), S. 332–366; H. Homburg (Anm. 6), S. 555.

10
Ralf Dahrendorf, Soziale Klassen und Klassenkonflikte in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957, S. 47 sowie Helmut Kubitschek, Zur kapitalistischen Rationalisierung und ihrer Auswirkung auf die Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse in Deutschland (vom Übergang zum Imperialismus bis in die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts), wirtschaftswiss. Habil. (MS), Berlin (Ost) 1965, S. 169.

11
Albin Gladen, Berufliche Bildung in der deutschen Wirtschaft 1918–1945, in: Hans Pohl (Hrsg.), Berufliche Aus- und Weiterbildung in der deutschen Wirtschaft seit dem 19. Jahrhundert, Stuttgart 1979, S. 9–52; Wolfgang Muth, Berufsausbildung in der Weimarer Republik, Stuttgart 1985; Theo Wolsing, Untersuchungen zur Berufsausbildung im Dritten Reich, Kastellaun 1977.

12
Zur Ausdifferenzierung von Spezialberufen: R. Hachtmann (Anm. 1), S. 54ff.; H. Homburg (Anm. 6), S. 96ff., H. Kubitschek (Anm. 10), S. 161ff.

13
Zur Statistik der Berufszählungen vor allem R. Hachtmann (Anm. 1), S. 56ff.; H. Kubitschek (Anm. 10), S. 125ff.; Karl Martin Bolte, Die Berufsstruktur im industrialisierten Deutschland – Entwicklungen und Probleme, in: ders. u.a., Beruf und Gesellschaft, Opladen 1970, S. 32–149, 87 sowie W. Zollitsch (Anm. 1), S. 67.

14
Ulrich Herbert, »Die guten und die schlechten Zeiten«. Überlegungen zur diachronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews, in: Lutz Niethammer (Hrsg.), »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin 1983, S. 67–96, 90.

15
Timothy W. Mason, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis »archaischer« und »moderner« Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in: Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 322–351, hier S. 339.

16
Dazu z.B. R. Hachtmann (Anm. 1); H. Homburg (Anm. 6); Martin Rüther, Zur Sozialpolitik bei Klöckner-Humboldt-Deutz während des Nationalsozialismus. »Die Masse der Arbeiterschaft muß aufgespalten werden«, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 33 (1988), S. 81–117.

17
Das Manko gewerkschaftlicher Politik am Beispiel des Deutschen Metallarbeiterverbandes beleuchtet H. Homburg (Anm. 6), S. 585f. Betriebs- und basisbezogenen Varianten außerhalb der traditionellen Gewerkschaften waren damit Spielräume gelassen.

__ 18
Alexander v. Plato, »Der Verlierer geht nicht leer aus«. Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin 1984, S. 47ff.; Ulrich Herbert, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: Lutz Niethammer/Alexander v. Plato (Hrsg.), »Wir kriegen jetzt andere Zeiten«. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin 1985, S. 19–52, hier S. 20.

__ 19
H. Homburg (Anm. 6), S. 586ff.

__ 20
Vor allem bei Tilla Siegel (Anm. 7).

__ 21
Martin Rüther (Anm. 1, S. 364f.) führt Beispiele aus Köln an, in denen die Belegschaft 1940/41 den Ersatz der Handarbeit durch Maschinen fordert, um durch vermehrte Leistung höhere Löhne erzielen zu können.

__ 22
Zu Siemens H. Homburg (Anm. 6), S. 673; zur Schwerindustrie Hans Mommsen, Sozialpolitik im Ruhrbergbau, in: ders./D. Petzina/B. Weisbrod (Anm. 15), S. 303–321, 307.

__ 23
H. Homburg (Anm. 6), S. 659ff. Vgl. dazu auch den Literaturüberblick von M. Frese (Anm. 1), S. 409ff. Eine stärkere Übereinstimmung war dagegen im Ruhrbergbau zu beobachten.

__ 24
Zur Einebnung des Angestellten-Arbeiter-Unterschieds mit gelegentlich zu optimistischer Einschätzung Michael Prinz, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, München 1986, S. 190ff.

__ 25
Wolfgang Franz Werner, »Bleib übrig!« Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1983, S. 356f.

__ 26
Dazu grundsätzlich Anthony Giddens, Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, Frankfurt am Main 1979, S. 249ff.

__ 27
W. Zollitsch (Anm. 1), S. 163f., 208.

__ 28
Zu Streiks Günter Morsch, Streik im »Dritten Reich«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 36 (1988), S. 649–689; ders., Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt am Main 1993, S. 411ff. Zur Wirkung von NSBO, DAF und Vertrauensräten mit weitreichenden Schlußfolgerungen Gunther Mai, »Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?« Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches, in: GG, 12 (1986), S. 212–234.

__ 29
Martin Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 1: Einführung M. Broszat zu Teil II: Lage der Arbeiterschaft, Arbeiteropposition, Aktivität und Verfolgung der illegalen Arbeiterbewegung 1933–1944, S. 199f.; ders., Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstandes, in: VfZ, 34 (1986), S. 293–309, 302.

__ 30
W. F. Werner (Anm. 25), S. 319; U. Herbert (Anm. 2), S. 346; M. Rüther (Anm. 1), S. 413f.

__ 31
In einzelnen Betriebsabteilungen, die erst im Zuge des Rüstungsbooms zusammengestellt worden waren, konnten die NS-Listen bei den Vertrauensratswahlen durchschlagendere Erfolge erzielen als in Abteilungen, die noch weitgehend mit der alten Belegschaft arbeiteten: Wolfgang Zollitsch, Die Vertrauensratswahlen von 1934 und 1935. Zum Stellenwert von Abstimmungen im »Dritten Reich« am Beispiel Krupp, in: GG, 15 (1989), S. 361–381, 372.

__ 32
Dazu M. Broszat u.a. (Anm. 29), S. 665ff.; U. Herbert (Anm. 2), S. 357.

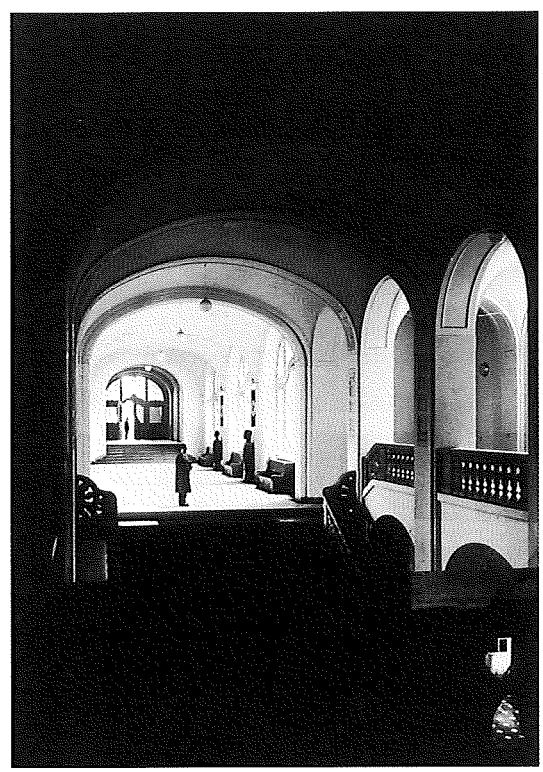
__ 33
R. Hachtmann (Anm. 5), S. 435 u. S. 445, Anm. 57. Vgl. auch den Beitrag von Ludwig Eiber in diesem Band über Hamburger Werft- und Hafenarbeiter, deren Verhalten ebenfalls zum Teil Ausdruck des ökonomischen Rückstandes war.

__ 34
Diese Planungen und Maßnahmen erreichten eine große propagandistische Breitenwirkung, gingen aber im Kern an den konkreten Erfordernissen in den Unternehmungen vorbei wie z.B. der »Lohngruppenkatalog für die Eisen- und Metallindustrie« von 1942, der auch in der historischen Forschung als wegweisende Neuerung herausgestellt wird, jedoch entweder bereits seit langem verwirklicht war oder sich als vollkommen untauglich erwies. Dazu R. Hachtmann (Anm. 5), S. 426 und Tilla Siegel, Lohnpolitik im nationalsozialistischen Deutschland, in: Carola Sachse/Tilla Siegel/Hasso Spode/Wolfgang Spohn, Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 54–139, 96.

__ 35
U. Herbert (Anm. 2), S. 352f.

__ 36
Timothy W. Mason, Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland. Eine Einleitung, in: C. Sachse/T. Siegel/H. Spode/W. Spohn (Anm. 34), S. 11–53, 47.

Haupthalle des
Gestapa Berlin 1934



Flur und Treppe des
Gestapa Berlin 1934

Robert Gellately

Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft

Zur Entstehungsgeschichte einer selbstüberwachenden Gesellschaft

Bis vor wenigen Jahren wurde das Thema »die Gestapo und die deutsche Gesellschaft« von der Zeitgeschichtsforschung keiner systematischen Untersuchung unterzogen. Dabei lassen sich aus lokalen und regionalen Gestapo-Akten sehr interessante Thesen über die Geschichte von Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus gewinnen. In diesem Beitrag möchte ich einige dieser Thesen vorstellen, die ich im Laufe meiner jüngsten Forschungen über die Gestapo entwickelt habe[1]. Dabei soll zunächst die Institution Gestapo in Grundzügen dargestellt werden. Anschließend möchte ich den Zusammenhang von Gestapo und Denunziation beleuchten. Auch hier findet sich ein Mißverhältnis von Forschung und der Überlieferung der Quellen: Obwohl Aussagen von Zeitzeugen öfters Denunziationen erwähnen, werden sie in der wissenschaftlichen Forschung kaum untersucht. In den Gestapo-Akten selbst lassen sich zahlreiche Fälle von Denunziationen aus der Bevölkerung belegen. Diese Art von Mitteilsamkeit war in der Bevölkerung so weit verbreitet, daß man Nazi-Deutschland auch als eine sich »selbstüberwachende« Gesellschaft bezeichnen könnte.

Forschungsfragen

Die Vernachlässigung des Themas »die Gestapo und die deutsche Gesellschaft« durch die Geschichtswissenschaft hat viele Gründe, von denen ich hier nur einige andeuten kann. Ein Hauptgrund dürfte sicher darin liegen, daß Gestapo- und Polizeigeschichte sozusagen zwischen alle wissenschaftliche Stühle gefallen ist. So schenken beispielsweise Sozialhistoriker der Gestapo wie auch der »normalen« Polizei oder gar dem von diesen Institutionen ausgehenden Terror kaum Aufmerksamkeit. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt bei den sogenannten »kleinen Leuten« und den Opfern, den Verfolgten und Außenstehenden. Die Perspektive der Sozialgeschichte ist vor allem die »Geschichte von unten«. Für die Sozialhistoriker ist die Gestapo nur als Teil der allgemeinen Rahmenbedingungen und Strukturen der sozialgeschichtlichen Entwicklung interessant; die Geschichte der Polizei insgesamt ist für sie kein Thema.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges werden verschiedene Aspekte des nationalsozialistischen Terror- und Herrschaftssystems besonders in institutionsgeschichtlichen Arbeiten untersucht, d.h. in Arbeiten, die als »Geschichte von oben« »Herrschaftsinstrumente«, Bürokratie und Verwaltung zum Schwerpunkt machen. In diesen Arbeiten wird die nationalsozialistische Herrschaft oft als »SS- und Poli-

zeistaat« oder als »NS-Gewaltherrschaft« bezeichnet. Allerdings wird die Sichtweise der »Geschichte von oben« zunehmend kritisiert: Sie betone zu sehr den Staat gegenüber der Gesellschaft, die Führer gegenüber den Geführten, die Institutionen und Organisationen gegenüber der Masse der Bevölkerung oder den »Normalbürgern«.

Bis heute ist die frühe Untersuchung von Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick über die Geschichte der nationalsozialistischen Terrorinstitutionen, ursprünglich als Gutachten für den Frankfurter Auschwitz-Prozeß erarbeitet, einschlägig[2]. Jedoch wird man in der »Anatomie des SS-Staates« Begriffe wie Gesellschaft, Öffentlichkeit, Massenloyalität oder einfache Denunziationen vergeblich suchen. Diese Aspekte waren für Buchheim und die anderen Autoren in ihrer Fragestellung nicht entscheidend. Auch wenn Untersuchungen über die Geschichte nationalsozialistischer Institutionen bis heute wichtig sind, müssen jedoch auch neue Fragestellungen entwickelt werden, die vor allem die Funktionsweise des Terrorsystems im Alltag zum Gegenstand machen[3]. So ist zum Beispiel die Durchsetzung der nationalsozialistischen Judenpolitik durch die Gestapo bis heute sehr wenig untersucht worden. Aber auch andere Fragen blieben offen: Wie hat die Gestapo die verschiedenen »Delikte« entdeckt? Stand im NS-«Polizeistaat« an jeder Ecke ein Polizist, der unter Umständen auch mit einem Heer von Spitzeln arbeitete? Wie sah das Terrorsystem »unten« in der Großstadt, in der Provinz, auf dem Lande wirklich aus? Welche Menschen arbeiteten als Angestellte und Beamte in der Gestapo? Wie haben sie ihre Aufgaben erfüllt? Welchen Einfluß hatten die verschiedenen regionalen politischen Kulturen bei der Durchsetzung der Rassenpolitik? Gab es regionale und lokale Ähnlichkeiten und Unterschiede im alltäglichen Terror?

Das Studium zahlreicher Gestapo-Akten führt mich zu dem Schluß, daß die Mitteilsamkeit der Bevölkerung für das Gestapo-System wichtiger war, als dies bisher in der wissenschaftlichen Forschung wahrgenommen wurde. Man kann sogar sagen, daß für bestimmte Felder der NS-Rassenpolitik und ihrer Durchsetzung diese Mitteilsamkeit der Bevölkerung entscheidend war. Hier, wie bei vielen anderen Fragen besteht aber grundsätzlicher Forschungsbedarf, der letztlich nur durch das sorgfältige Recherchieren in lokalen Archiven befriedigt werden kann. So ist zum Beispiel nach den Veränderungen im Terrorsystem im Laufe der Zeit zu fragen, vor allem nach Kriegsbeginn 1939. Und schließlich muß untersucht werden, ob die Verfolgungen in Deutschland »nicht reichseinheitlich von oben dirigiert und in ihrer Logistik ›vorgedacht‹« wurden, sondern im »Kompetenzbereich jeder einzelnen Dienststelle [der Gestapo, R.G.] und ihrer Sachbearbeiter« lagen, wie dies Burkhard Jellonek für die Verfolgung der Homosexuellen feststellt[4].

Auch wenn diese Fragen letztlich nur mit Hilfe der Regionalforschung zu beantworten sind, muß betont werden, daß auch die Regionalforschung, die meist als »Alltagsgeschichte« angelegt ist, zunächst wenig Interesse an Formen der Anpassung, der Zustimmung oder der Mitteilsamkeit der Bevölkerung, also der Denunziation, zeigte. Ihr Schwerpunkt liegt vor allem in Verhaltensweisen, die sich als Abweichung, Widerspruch, Resistenz oder Widerstand deuten lassen. Das

Terrorsystem selbst bleibt meist unterbelichtet. Letztlich erscheint auch dieser »alternativen« Geschichtsschreibung, der sicher viele neue Fragen und Anregungen zu verdanken sind, der Naziterror unheimlich, mysteriös und ungreifbar.

Dies zeigen auch viele Arbeiten über Verfolgung und Widerstand der letzten Jahrzehnte. Für die Historiker des Widerstands ist vor allem abweichendes und nicht-zustimmendes Verhalten interessant. Nur selten wird in diesem Zusammenhang die Geschichte der Polizei oder gar der Gestapo miteinbezogen. Diese Abwesenheit des Themas Gestapo gerade in Studien über den Widerstand muß überraschen. Denn schließlich war die Gestapo für alle Verschwörungen gegen Hitler das größte formell-institutionelle Hindernis, und schließlich war die Gestapo sehr daran interessiert, auch nur das kleinste Anzeichen von Nicht-Zustimmung zum System aus der Bevölkerung zu unterdrücken[5]. Erst die Studie von Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul über Herrschaft und Alltag im Saarland thematisiert Zusammenhänge von Herrschaft, Alltag und Widerstand[6].

Die Sachgebiete »deutsche Gesellschaft« und »Gestapo« waren also bis in die jüngere Zeit für die meisten Historiker voneinander getrennt. Erst seit etwa fünf Jahren lassen sich Anzeichen für eine allmähliche Wende in der Geschichtswissenschaft beobachten. So werden bisher verbreitete Stereotype in Frage gestellt wie die angeblich allgegenwärtige Gestapo-Präsenz am Arbeitsplatz oder in der Freizeit. Die entscheidende Frage ist jedoch, wie diese »Präsenz« im Alltag realisiert und schließlich wirksam wurde[7].

Die Gestapo

Bis heute liegt keine zufriedenstellende Arbeit über die Geschichte der Gestapo vor. Dies mag vor allem angesichts der Tatsache verwundern, daß in dem straff zentralisierten Polizeiapparat des nationalsozialistischen Staates die Gestapo als das wichtigste Glied anzusehen ist. Im folgenden möchte ich einige Punkte zur Wirkungsgeschichte der Gestapo andeuten.

Die Machtbefugnisse der Gestapo leiteten sich hauptsächlich aus der »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933 ab, die am Tage nach dem Reichstagsbrand als Notverordnung erlassen worden war[8]. Danach war es der Polizei gestattet, Verdächtige ohne ordnungsgemäßes Verfahren auf nahezu unbegrenzte Zeit in »Schutzhaft« zu nehmen; gleichzeitig setzte die Verordnung wesentliche Grundrechte der Verfassung außer Kraft. Auch wenn die Polizei – trotz dieser Befugnisse – gar nicht über hinreichend eigene Mittel verfügte, um die Bevölkerung flächendeckend zu kontrollieren und zu überwachen, verschärfte sich in Folge der Reichstagsbrandverordnung die Angst, mit der Polizei in Berührung zu kommen.

Die beschränkten (personellen) Mittel der Gestapo lassen sich an folgenden Zahlen verdeutlichen: Ende 1944 standen im ganzen Reichsgebiet ca. 32.000 Personen im Dienst der Gestapo, von denen nur ungefähr die Hälfte aktive Polizeifunktionen wahrnahm. Die im Außendienst tätigen Gestapobeamten waren so zwangsläufig dünn verteilt. Die Gestapoleitstelle Düsseldorf verfügte beispielsweise nach einer 1937 erstellten Übersicht nur über 126 Beamte, zuzüglich 43 in

Essen und Wuppertal, 28 in Duisburg, 14 in Oberhausen und 11 in Mönchengladbach. In den meisten kleineren Städten und praktisch in sämtlichen Dörfern fehlten reguläre Gestapobeamte völlig. So gab es in einem ländlichen Gebiet wie Unterfranken lediglich 22 Beamte in Würzburg (davon die Hälfte im Außendienst) und 6 weitere in Aschaffenburg[9]. Zusammen waren diese Beamten für die Überwachung der gesamten Bevölkerung von Unterfranken (840.633 Einwohner) zuständig. Dieser beschränkte Personalbestand der Gestapo war für das ganze Reich typisch, so daß es nicht verwundern kann, daß die sich ständig ausweitenden Aufgaben der Gestapo kaum ohne strukturelle Hilfe »von außen« bewältigt werden konnten[10]. Die meiste Unterstützung erhielt die Gestapo dabei von offiziellen oder halboffiziellen Stellen wie der Kriminalpolizei, der SS und dem SD, der Partei oder dem HJ-Streifendienst. Allerdings war diese Unterstützung begrenzter, als in der Literatur oft vermutet wird. Sowohl in der Provinz wie auch in Berlin mußten die Leiter der Gestapostellen der Öffentlichkeit klar machen, daß die Gestapo gar keine große Organisation war, daß sie »ohne Agenten und Spitzel« funktionierte und »keinesfalls die Beschwerdestelle persönlicher Gehässigkeiten oder gar niedrigen Denunziantentums sein« durfte[11]. Abgesehen davon war die Gestapo durch ständige Ausweitungen ihrer Zuständigkeit ohnehin arbeitsmäßig stark belastet. So wurde der Begriff »politische Opposition« in bisher ungeahntem Ausmaß weit definiert, die meisten Formen von Dissens wurden kriminalisiert, und schließlich kamen zahlreiche neue Gesetze vor allem zu Rasse- und Sexualfragen hinzu. Um dieses durchzusetzen, mußte die Gestapo auf die eine oder andere Weise das Familien- und Sexualleben der Bürger ausschnüffeln. Mit Beginn des Krieges wurden schließlich unzählige Kontrollvorschriften, wie aber auch ein ganzer Katalog kriegsbedingter Disziplinierungsmaßnahmen eingeführt. Trotzdem scheint es, daß die Zahl der Gestapomitarbeiter im Laufe des Krieges ständig zurückging, was sich zu einer regelrechten Personalknappheit verschärfte[12].

Mit Beginn des Krieges wurde die Polizei, insbesondere die Gestapo, auch für die Überwachung von Millionen nach Deutschland verbrachter Fremdarbeiter zuständig. Spätestens hier wird klar, daß die Gestapo selbst unter Mitwirkung eines reibungslos funktionierenden Polizeiapparates nicht zur Durchsetzung aller Vorschriften, geschweige denn zur Überwachung der Bevölkerung imstande gewesen wäre. Bereits 1938 erkannte der »Chef der Sicherheitspolizei und des SD«, Reinhard Heydrich, daß die neue Polizei »ohne das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung« die ständig wachsenden Aufgaben nicht erfüllen konnte[13]. In diesem Sinne legte Heydrich am 18. September 1939 dem Ministerrat einen Entwurf einer Verordnung über den Volksmeldedienst vor. Mit diesem Volksmeldedienst sollte die Aufmerksamkeit der Bevölkerung geweckt (»totale Mobilmachung der politischen Aufmerksamkeit des Volkes«) und auch teilweise gesteuert werden. Heydrich wollte hiermit »eine Anzeigepflicht nicht nur für tatsächliche, sondern auch für nur vermutete Vergehen ›gegen die Widerstandskraft des deutschen Volkes‹ einführen«. Der Entwurf wurde aber im Ministerrat selbst als eine unerwünschte Förderung des Denunziantentums betrachtet und abgelehnt, obwohl Heydrich den Volksmeldedienst auch als Abwehr der »leichtfertigen oder selbst-

süchtigen Denunziation« verstand[14]. Im Gegensatz zum organisierten System der sogenannten Inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR kam Vergleichbares im nationalsozialistischen Deutschland nicht zustande. Die Mitteilsamkeit der Bevölkerung wurde in der alltäglichen Arbeit der Gestapo nicht systematisiert, und der Gestapo war es kaum möglich, die »informellen« Informanten, selbst bei bekannter Unzuverlässigkeit, zu kontrollieren. Sogar bei als nachweislich falsch erwiesener Denunziation wurden die Informanten nicht zu hart bestraft – wahrscheinlich aus Furcht, daß solch ein Beispiel die öffentliche Beteiligung am Überwachungssystem beeinträchtigen könnte[15]. Die Führung des Reiches konnte sich im übrigen nicht zu einer klaren Entscheidung durchringen, wie die Flut der (auch anonymen) Anzeigen zu behandeln sei, von denen sich viele als unbedacht oder falsch erwiesen[16]. Auch wenn bei gelegentlichen »Wellen« allzu leichtfertiger oder gar völlig unbegründeter Anzeigen im Polizeiapparat Zweifel an der Nützlichkeit dieser Mitteilsamkeit der Bevölkerung aufkamen, galt der Grundsatz, daß zuviel Information und Kooperation besser sei als zu wenig[17].

Denunziationen in der NS-Zeit

Denunziationen werden häufig in Berichten und Aussagen von Zeitzeugen erwähnt, wobei allerdings die Rolle des Denunziantentums in manchen dieser Berichte weit überschätzt wird[18]. Dagegen übersieht die bis 1990 veröffentlichte wissenschaftliche Literatur mit wenigen Ausnahmen diese Mitteilsamkeit der Bevölkerung fast völlig. Lediglich drei Beiträge – von Reinhard Mann, Martin Broszat und vom Verfasser selbst – zu diesem Thema lassen sich finden[19]. Am Beispiel des Aufsatzes von Broszat läßt sich die Sperrigkeit des Themas illustrieren: so veröffentlichte Broszat seine Erfahrungen weder in den von ihm mitherausgegebenen »Vierteljahrshefte(n) für Zeitgeschichte« noch in einer Sammlung seiner Aufsätze[20], sondern in der – für solche Fragestellungen – eher abgelegenen »Archivalische(n) Zeitschrift«. Es scheint, als ob Denunziationen nicht zum wissenschaftlichen Bild des Dritten Reiches paßten.

Das in der Öffentlichkeit verbreitete Bild des NS-Terrorsystems wurde vor allem durch Verwaltungs- und Rechtshistoriker, aber auch zum Teil durch die Gerichte (Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen) geprägt. In diesem Bild wurden Denunziationen lediglich als Randerscheinungen und Kuriositäten betrachtet, nicht aber als Bestandteile des »großen« Terrors selbst. Liest man dagegen Gestapo-Personalakten, so wird ein Bild von Terror erkennbar, in dem Denunziationen aus der Bevölkerung unübersehbar sind. Eine Analyse dieser Akten liefert den Grundstock zu einer kritischen Überprüfung der Rolle von Denunziationen für die alltägliche Arbeit der Gestapo.

Die Gestapo legte eine Akte dann an, wenn eine Person aus irgendeinem »politischen« Grund gemeldet wurde. Der allergrößte Teil dieser Akten wurde bei Kriegsende vernichtet, allerdings mit drei Ausnahmen: 70.000 Akten der Gestapoleitstelle Düsseldorf (jetzt im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf), 19.000 Akten der Gestapo Würzburg (jetzt Staatsarchiv Würzburg) und ca. 12.000 Akten der Gestapostelle Neustadt an der Weinstraße (jetzt im Landesarchiv Speyer). Dieses ergiebige

und in seiner Art einmalige Material wurde von der Forschung erst in den letzten Jahren ausgewertet. Fast könnte man meinen, daß diese Gestapo-Akten über die »Geschichte von unten« nicht in das bis dahin gängige Bild über Nazi-Deutschland paßten.

Auch für die Gestapo-Akten gilt eine quellenkritische Herangehensweise, nicht zuletzt, weil bestimmte Informationen generell nicht eingetragen wurden[21]. So finden sich in den Akten keinerlei Hinweise auf Folter oder Erpressung, obwohl diese Praktiken nicht ungewöhnlich waren. Über diese Lücken hinaus muß zudem bedacht werden, daß die Verdächtigen selbstverständlich belastendes Material zu vertuschen versuchten.

Besonders auffallend in den Akten ist die Wiederkehr verschiedener Floskeln. So beginnen manche Vorgänge mit Bemerkungen wie »Es wurde gemeldet, daß...«, oder »Ein unbekannter Anrufer sagte...« oder »Der SD ... wünscht, daß Ermittlungen eingeleitet werden« usw. Auch aus solchen Floskeln wird ersichtlich, daß viele Fälle der Gestapo erst durch Denunziationen ins Rollen gebracht wurden, wobei aber zu beachten ist, daß auch andere Quellen Informationen liefern konnten, die zur Anlage einer Akte führten. Aufgrund meiner Forschungserfahrungen möchte ich dieser Mitteilsamkeit der Bürger »unten« eine Schlüsselrolle im alltäglichen Terrorsystem zusprechen. Dieser informellen, gelegentlichen Beteiligung ist von den meisten Historikern bisher zu wenig Bedeutung zugemessen worden.

Um die Rolle der Denunziationen besser beschreiben zu können, ist eine systematische Analyse dieses Materials erforderlich. Einen brauchbaren Ansatz dafür hat bereits Reinhard Mann mit seiner quantitativen Analyse der Düsseldorfer Gestapo-Akten geliefert. Es ist anzunehmen, daß bei der fast völligen Zentralisierung der Polizei nach 1933 Manns Ergebnisse auch auf weitere Teile Deutschlands, vor allem die Großstädte, zu übertragen sind. Trotz einiger methodischer Probleme, insbesondere bei seiner Einschätzung der Rolle des Denunziantentums, möchte ich Manns Hauptergebnisse im folgenden darstellen.

Unter den 70.000 Düsseldorfer Akten wählte Mann 5000 Personen aus, die zwischen 1933 und 1945 mit der Gestapo in Berührung kamen und vom Archiv in die »Ortskartei Düsseldorf« aufgenommen wurden. Aus 825 Personen bildete er eine Stichprobe für eine nähere Analyse. Dabei unterteilte Mann seine Rubrik »Ursachen der Initiierung« in acht Punkte, von denen *nachweisbare* Denunziationen mit 26 % (= 213 Akten) an erster Stelle stehen. Dabei geht Mann noch davon aus, daß diese Zahl noch nicht das ganze Maß der Denunziation erfaßt. Bei 13 % der Fälle (= 103 Akten) geht gar nicht hervor, warum überhaupt ein Vorgang eingeleitet wurde; 3 % (= 24 Akten) der Fälle gehen auf Informationen aus Firmen zurück. Wenn wir diese drei Punkte zusammenfassen, so zeigt sich, daß fast die Hälfte (42 %) der Denunziationsfälle von »Verdächtigen« durch Personen geliefert wurden, die weder Beamte noch Parteigenossen waren. Wollten viele Privatpersonen bei der Weitergabe von Informationen anonym bleiben, so bestand für Beamte und Parteigenossen, die damit ja nur ihre Pflicht erfüllten, wohl kaum Anlaß zu solch einer Zurückhaltung.

Auch wenn die Gestapo durch andere Kontrollorganisationen eine gewisse Unterstützung erfuhr, leiteten deren Informationen nur 17 % aller Fälle (= 139 Akten) ein. Andere staatliche bzw. kommunale Behörden lieferten Informationen bei 7 % der Fälle (= 57 Akten), NS-Organisationen bei nur 6 % (= 52 Akten). Das überraschendste Ergebnis ist jedoch, daß nur eine relativ kleine Zahl an Fällen – 15 % (= 127 Akten) – durch eigene Beobachtungen der Gestapoleitstelle Düsseldorf oder ihrer V-Leute zustande kam. Eine weitere »Informationsquelle« der Gestapo waren Aussagen von in Haft genommenen Personen, 13 % der Fälle (= 110 Akten) lassen sich auf Vernehmungen zurückführen. Zusammenfassend zeigt diese Aufstellung zweierlei: zum ersten wird die Bedeutung der Denunziation für die Arbeit der Gestapo deutlich, aber auch deren Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, z.T. auch außerhalb des Polizeiapparates. Zum zweiten zeigt sich der passive, oder besser der reaktive Charakter der Gestapo, insofern sie erst auf Anstoß von »außen« hin tätig wurde.

In meiner Studie über »Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft« erläutere ich die Methoden und Strukturen, die zur Durchsetzung der Rassenpolitik nötig waren[22]: Neben der Frage nach der Durchsetzung der sozialen Trennung der Juden von der übrigen deutschen Bevölkerung habe ich vor allem die Dossiers untersucht, in denen Menschen der »Rassenschande« oder der »Freundschaft« mit Juden (ein Begriff, der nie genau definiert wurde) bezichtigt werden. Als Grundlage meiner Analysen dienen die Akten der Gestapo Würzburg. Um einen Vergleich mit den Ergebnissen der Untersuchungen von Reinhard Mann aus den Düsseldorfer Gestapo-Akten möglich zum machen, habe ich mich an die von Mann aufgestellten acht Kategorien gehalten.

Zur Durchsetzung der rassenpolitischen Maßnahmen war zwar auch die Verstärkung des offiziellen Drucks wichtig, dies allein war aber nicht ausreichend. Auch die Zahlen von Mann machen das ganze Ausmaß der – für die Gestapo – nötigen Mitarbeit der Bevölkerung durch Informationslieferung nicht umfassend deutlich: Von insgesamt 175 Fällen der Würzburger Gestapo, die sexuelle oder gesellschaftliche Beziehungen von Juden und Nichtjuden betreffen, sind 57 % durch eine nachgewiesene Denunziation eingeleitet worden. Lediglich ein Fall wurde aufgrund eigener Beobachtungen der Gestapo und ihrer V-Leute entdeckt. Auch andere NS-Organisationen trugen weniger zur Durchsetzung der Rassenpolitik bei, als man dies mit Manns Statistik annehmen könnte.

In einer ersten Vermutung könnte man die Unterschiede zwischen meinen und Manns Ergebnissen auf die Auswahl der Stichproben zurückführen. So hat Mann die Dossiers über Juden (wie auch die sog. »Fremdvölkischen«) in seine Stichprobe ausdrücklich nicht einbezogen[23]. Damit sind gerade die »Außenseiter« – vor allem Juden und Fremdarbeiter – ausgeklammert, welche als sozial verletzlichste Gruppe am stärksten von Denunziationen bedroht waren. Im folgenden soll daher untersucht werden, ob eine Einbeziehung dieser Kategorien in die Stichprobe von Mann bestätigt, daß gerade hier die Gestapo besonders auf Denunziationen angewiesen war. Als Grundlage meiner Stichprobe sollen hier Akten über polnische Fremdarbeiter der Gestapoleitstelle Düsseldorf dienen, die »verbotenen

Umgang« mit Deutschen hatten[24]. Es gilt zu untersuchen, wie die Gestapo Maßnahmen durchsetzte, die die Isolierung der Polen von der deutschen Bevölkerung zum Ziel hatten. Reinhard Mann hat diese Fälle ausdrücklich aus seiner Untersuchung ausgeschlossen, mit der Begründung, daß für Fremdarbeiter wie für Juden »differierende Rechtsnormen« galten[25]. Bei einer sorgfältigen Analyse meiner Stichprobe von 86 Fällen bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß 44 % dieser Fälle (= 38 Akten) durch eine **nachweisbare** Denunziation eingeleitet wurden. Bei 15 % der Fälle (= 13 Akten) ist nicht zu erkennen, aus welchem Grund die Akte angelegt wurde. NS-Organisationen traten nur in wenigen Fällen als »Lieferant« von Informationen auf, wobei bei diesen Informationen die Informanten zumeist Partei- oder HJ-Mitglieder waren. Aufgrund dieser Ergebnisse ist – mit aller Vorsicht – festzuhalten, daß die Gestapo bei der Durchsetzung der Rassenpolitik sowohl in Düsseldorf wie auch in Würzburg in starkem Maße auf die Mitwirkung der Bevölkerung angewiesen war.

Auch wenn man den freiwilligen Denunziationen eine Schlüsselrolle im Gestaposystem zuspricht, darf nicht übersehen werden, daß auch andere Menschen Teil dieses Systems wurden. So lassen sich Hinweise finden, daß gezielt plazierte Agenten, besonders bei »Gegnern« wie Kommunisten oder Katholiken, durchaus eine wichtige Rolle spielten[26]. Einige spektakuläre Erfolge dieser Agenten führten wohl dazu, daß man in Oppositionskreisen und vor allem im Untergrund von der Allgegenwart der Gestapo-Spitzel überzeugt war. Es ist auch anzunehmen, daß insbesondere nach Kriegsbeginn der riesige Apparat der NSDAP mit seinem Netz von Block- und Zellenleitern gewisse polizeiliche Aufgaben, vor allem auf dem Lande, übernahm[27]. Auf der Ebene der Nachbarschaft, gerade in dörflichen Strukturen, war die Partei zweifellos ein Teil des Überwachungssystems. Diese Ergebnisse bilden im übrigen keinen Widerspruch zu meiner These der sich »selbstüberwachenden Gesellschaft«, sie stellen vielmehr andere Aspekte der sozialen Selbstüberwachung dar.

Nur in Ansätzen können dagegen Aussagen darüber getroffen werden, wie die Gestapo ihre Maßnahmen gegen »normale Deutsche« durchsetzte. Auch hier steht zu vermuten, daß das Phänomen der Denunziation bei weitem unterschätzt wurde. So zeigen einige neuere Arbeiten, wie sehr die Gestapo bei Delikten, die nichts mit Rassenfragen zu tun hatten, auf die Mitteilsamkeit der Bevölkerung angewiesen war[28].

Von Zeitgenossen, wie zum Beispiel Sozialisten im Exil, wurden die aus eigenem Antrieb erfolgten Anzeigen als Gradmesser für die Konsensbereitschaft der Bevölkerung angesehen, so wie auch jüngste Arbeiten dies als Zustimmung zum System des Nationalsozialismus verstehen[29]. Aufgrund eigener Forschungen würde ich dies aber als vereinfachend ablehnen. Das Studium der Gestapo-Akten macht ziemlich klar, daß eine erfolgreiche Durchsetzung zumindest der Rassenpolitik nicht von der Akzeptanz der Bevölkerung abhing. Die Aktionen Hitlers und seiner Gefolgsleute mußten nicht populär sein, die Gestapo konnte sich sogar mit der Gleichgültigkeit der Bevölkerung abfinden. Entscheidend war, daß nach der offiziellen Festlegung der Judenpolitik durch das Regime sich genügend eifrige

Staatsbeamte fanden, die sich für diese Politik einsetzten. Zur praktischen Verwirklichung der Maßnahmen war letztlich nur eines notwendig: Eine ausreichende Zahl von Menschen mußte bereit sein – aus welchen Motiven auch immer – , bei der Beobachtung irgendwelcher Verstöße Anzeige zu erstatten. Ohne diese Voraussetzung hätte das Regime seine antisemitische Politik wohl nicht durchsetzen können.

Die Frage nach den Motiven der Kooperationsbereitschaft bleibt kompliziert. Der Gestapo war es – wie ich bei meinen Forschungen feststellte – offenbar gleichgültig, aus welcher Quelle eine Anzeige stammte und aus welchen Motiven heraus sie erstattet wurde. Mit aller Vorsicht möchte ich behaupten, daß die Gestapo sich nur dann für die Motive der Informanten interessierte, wenn sich die Angaben als unzureichend, falsch oder widersprüchlich erwiesen. Für den Dienst der Gestapo war die Einstellung des Informanten zum Nationalsozialismus eine zweitrangige Frage. Wichtiger war, daß man überhaupt Informationen bekam. Vielleicht liegt in diesem Umgang mit Informanten ein Grund für die vielen falschen, leichtfertigen und anonymen Anschuldigungen, die sich oft in Gestapo-Akten finden lassen[30]. Wenn sich überhaupt Motive der Denunziation in den Akten finden lassen, so reicht das Spektrum von niedrigen, egoistischen und persönlichen bis hin zu erhabenen und »idealistischen« Motiven. Auch die 213 Denunziationsfälle, die Reinhard Mann untersucht hat, zeigen, wie wenig sich die Gestapo um die Motive der Informanten gekümmert hat. So konnte Mann bei 39 % der Fälle in den Akten keine Angaben über die Motivation finden. Bei weiteren 37 % diente die Information der »Bereinigung privater Konflikte«[31]. Insgesamt 76 % der von Mann untersuchten Denunziationen hatten für die Gestapo ein so unwichtiges Motiv, daß sie es – sofern es ihr bekannt war – noch nicht einmal notierte, oder das Motiv selbst entsprang keiner »sauberen« nationalsozialistischen Einstellung. Für Mann blieben demnach nur 24 % der Anzeigen übrig, die einer »systemloyalen« Einstellung entsprangen[32].

Letztlich wirkten alle Anzeigen systemerhaltend, gleich wer und aus welchem Motiv heraus sie erstattet hatte; ohne diese Mitteilsamkeit der Bevölkerung wäre die Gestapo bei ihrem routinemäßigen Vorgehen stehengeblieben. Die Räder des Polizeiapparates setzten sich zumeist erst dann in Bewegung, wenn Meldungen über verdächtiges Verhalten eingingen, insbesondere wenn diese wichtige »Gegner« wie Juden, Kommunisten oder Sozialdemokraten betrafen. Wenn die Gestapo-Akten aus Düsseldorf, Würzburg und Neustadt an der Weinstraße einigermaßen repräsentativ sind, dann hatte die Gestapo kaum Schwierigkeiten, solche Informationen zu bekommen.

Nach den Quellen spricht vieles dafür, daß die Denunzianten größtenteils aus den unteren sozialen Schichten kamen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß für die Oberschicht und den Adel das Mittel der Denunziation gar nicht nötig war, um soziale Macht auszuüben. Hier verfügte man über andere, wirksamere Mittel, um – ohne Polizei – soziale Probleme zu lösen. Im übrigen wurden Menschen aus den unteren sozialen Schichten von der Gestapo weitaus schneller verfolgt als Angehörige des Großbürgertums oder des Adels, was vielleicht auch an der klein-

bürgerlichen Herkunft vieler Gestapo-Angehöriger selbst lag. Insgesamt läßt sich das Phänomen der Denunziation aber in allen gesellschaftlichen Schichten finden, wobei Männer aktiver denunzierten als Frauen. So zeigt eine neue Untersuchung über Denunziation im Raum Köln, daß dort ungefähr 75 % der Denunzianten Männer waren[33].

Insgesamt gilt, daß zur Durchsetzung unterschiedlicher Maßnahmen offensichtlich verschiedene Grade der Kooperation erforderlich waren: Da beispielsweise die Privat- und Intimsphäre dem wachsamen Auge der Polizei weitgehend entzogen war, wären »Straftaten« in diesem Bereich ohne Denunziationen aus der Bevölkerung wohl unentdeckt geblieben. Es ist auch zu vermuten, daß die Abhängigkeit der Gestapo von solchen Informationen freiwilliger Helfer im ganzen Reich mehr oder weniger ähnlich war. Großstädte wie zum Beispiel Berlin boten wohl mehr Anonymität und einen gewissen Schutz vor neugierigen Blicken der Nachbarn. Nicht umsonst zogen verfolgte Menschen in immer größerem Maße in die Großstädte.

Fazit

1. In der modernen westlichen Geschichte konnte keine Polizei ohne die Mitwirkung oder Mitteilsamkeit der Bevölkerung funktionieren. Für die Gestapo galt dies in besonderem Maße, da sie größere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu überwachen hatte und zudem die Liste neuer, zu verfolgender »Verbrechen« ständig wuchs. Dieses System der Beteiligung der Bevölkerung möchte ich als »Selbstüberwachung« definieren. Mit dieser Definition der »selbstüberwachenden Gesellschaft« im nationalsozialistischen Deutschland sind natürlich auch neue Fragen verbunden. So ist zu beachten, daß die »Selbstüberwachung« der Gesellschaft nicht nur auf Nazi-Deutschland zu beschränken ist, sie nimmt dort – wie im übrigen auch in »Stasi-Deutschland« – aber besondere Gestalt an. Allerdings vertraute die Stasi im Gegensatz zur Gestapo freiwilligen Denunziationen oder »zufälligen Quellen« wenig und zeigte auch wenig Interesse an »Personen, die sich zur Mitarbeit anbieten«. Insofern werden auch die Unterschiede zwischen Stasi- und Gestapo-System deutlich[34].

2. Die Implikationen der »selbstüberwachenden Gesellschaft« im Dritten Reich können für die Thematik des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus kaum überschätzt werden. So wäre es hilfreich, wenn in künftigen Studien über Widerstand im Alltag auch die Mitteilsamkeit der Bevölkerung in den Rahmen des Terrorsystems einbezogen wird. Damit würde nicht nur deutlich, wie die Gestapo – mit Hilfe mancher Bürger – die Politik des Regimes durchsetzte, es wäre auch ersichtlich, wie durch diesen Prozeß die mehr oder weniger geschützten Nischen beseitigt wurden, die für widerständige Menschen wichtig waren, um sich zu sammeln, sich zu organisieren und Ungehorsam zu demonstrieren. Die verbreitete Vorstellung, überall in der Nähe von potentiellen Informanten oder Gestapo-Spitzeln zu sein – was übrigens zu einer Überschätzung der Gestapo führte –, hat sicher viele entmutigt, irgendeine Form abweichender Meinung, Opposition oder gar Wi-

derstand zu zeigen. Darüber darf der natürlich vorhandene reale Gestapo-Terror nicht vergessen werden, aber gleichzeitig ist es wichtig, auch den »Mythos« Gestapo im Auge zu behalten. Gerade dieser Gestapo-Mythos, der später als Stasi-Mythos wiederauftaucht, trug entscheidend dazu bei, ein Klima der Angst und ein Gefühl der Allgegenwart der Repressionsorgane zu schaffen. Diese allgemeine Angst, die durch das Terrorsystem in Deutschland nach 1933 verbreitet wurde, war aber nicht der einzige Grund für den spärlichen Widerspruch und das geringe Maß von Opposition oder gar Widerstand. Mindestens ebenso wichtig ist es, die Quellen der Legitimität zu beachten, auf die sich das Regime stützen konnte. Eine nur auf Terror gegründete Diktatur Hitlers hätte sich kaum so lange halten können. Viele »Volksgenossen« mußten gar nicht erst bedroht und dem Terror ausgesetzt werden, allenfalls kam es darauf an, sie zu verleiten, dem Regime ihre Unterstützung anzubieten. Und dennoch gab es Menschen, die nicht die NS-Rassenideologie übernahmen, sondern ihre Beziehungen zu Juden oder Fremdarbeitern aufrecht erhielten und sogar auch unter eigener Lebensgefahr zur Hilfe bereit waren.

3. Für die alltägliche Arbeit der Gestapo waren die Denunziationen aus der Bevölkerung die entscheidenden Informationen. Ungeachtet dessen, was die Instanzen des NS-Staates über Denunziationen und ihren paradoxen Einfluß auf die angestrebte konfliktfreie »Volksgemeinschaft« dachten, wurden Hinweise aus der Bevölkerung weiterhin zugelassen. Nur unter relativ begrenzten Voraussetzungen wurde »von oben« Kooperation mit der Polizei angeregt, so beispielsweise bei Verbrechen wie Hochverrat. Eine Pflicht zur Denunziation von Verbrechen, unabhängig von den jeweiligen Umständen, hat es in Gesetzesform jedoch nie gegeben. Entweder dauerte die Herrschaft der Nazis nicht lange genug, um die Nachrichtenbeschaffung zu modernisieren, oder solch eine Absicht genoß keine Priorität. Im übrigen erscheinen in diesem Sinne gemachte Vorschläge einiger Polizeiführer von heutigem Standpunkt aus sehr altmodisch. Der Gestapo ist es jedenfalls nie gelungen, ein flächendeckendes System der Informationsbeschaffung zu organisieren. Denunziationen blieben eine informelle Sache, was viele soziale und polizeiliche Nachteile hervorrief.

4. Der alltägliche Terror außerhalb der Gefängnisse und Konzentrationslager stellte in erste Linie ein offenes und nicht ein geschlossenes System von hoher Dynamik dar, wobei auch Unordnung und dysfunktionale Momente zu diesem System gehören. So findet man nicht nur zahlreiche falsche Anschuldigungen, sondern auch – nur als ein Beispiel – viele Menschen, die sich unberechtigterweise als Gestapo-Beamte ausgaben[35]. Viele neue »Gesetze« und Verordnungen dienten unter anderem dazu, immer weitere Bereiche des sozialen Lebens polizeilichen Eingriffen zugänglich zu machen[36]. Das Ziel dieser Gesetze bestand darin, die Bevölkerung insgesamt zu kontrollieren und die Opposition zu unterdrücken. Aber gerade diese Entwicklung bot freiwilligen Informanten aus der Bevölkerung neue Möglichkeiten und Gelegenheiten, ihre »Macht von unten« auszuüben, und insofern wurden Teile der Bevölkerung in das System verwickelt. Das

Ergebnis war schließlich die selbstüberwachende Gesellschaft. Angesichts der großen Zahl von Menschen, die mit dem Terror in Berührung kamen, kann es nicht verwundern, daß die Mitteilsamkeit »der vielen« nicht immer den Markierungen folgte, die in den Anweisungen der Vorgesetzten in Berlin oder in der Provinz gesetzt wurden.

— 1
Dieser Beitrag stützt sich im wesentlichen auf die zentralen Thesen meines Buches: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945, Paderborn u.a. 1993 (engl. Original: The Gestapo and the German Society: Enforcing Racial Policy 1933–1945, Oxford 1990).

— 2
Hans Buchheim/Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates, 2 Bände, München 1994[6] (zuerst 1967).

— 3
Zur neueren Literatur vgl. Robert Gellately, Situating the »SS-State« in a Social-Historical Context: Recent Histories of the SS, the Police and the Courts in the Third Reich, in: Journal of Modern History, 64 (1992), S. 338–365.

— 4
Burkhard Jellonek, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz, Paderborn 1990, S. 283.

— 5
Vgl. dazu Robert Gellately, Surveillance and Disobedience: Aspects of the Political Policing of Nazi Germany, in: Francis R. Nicosia/Lawrence D. Stokes (Hrsg.), Germans against Nazism, Oxford 1990, S. 15–36.

— 6
Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich, Bonn 1991.

— 7
Vgl. dazu Gunther Mai, Arbeiterschaft zwischen Sozialismus, Nationalismus und Nationalsozialismus: wider gängige Stereotypen, in: Uwe Backes/Eckard Jesse/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1990, S. 195–217.

— 8
RGBl 1933, Teil I, Nr. 17, S. 83.

— 9
Bundesarchiv Koblenz (BAK): R 58/610, Bl. 91, Personalstatistik der Staatspolizei, 31. 3. 1937.

— 10
Ebenso K.-M. Mallmann/G. Paul (Anm. 6), S. 198ff.

— 11
So zum Beispiel der Leiter der Gestapo Karlsruhe in der »Neuen Mannheimer Zeitung« vom 20. Juni 1934, zit. nach R. Gellately (Anm. 1), S. 166; in diesem Sinne auch Werner Best in der »Pommersche(n) Zeitung« vom 8. Januar 1937, Auszüge in Bundesarchiv Potsdam (BAP): 62 DAF 3/1004, Bl. 164.

— 12
K.-M. Mallmann/G. Paul (Anm. 6), S. 200.

— 13
Nürnberger Beweisdokument PS–1816, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1948, Bd. XXIIX, S. 534.

— 14
Reinhard Heydrich, Der Volksmeldedienst. Die Mobilmachung gegen Verrat und Denunziation, in: Der Schulungsbrief, VI. Jahrgang, 9. Folge (Berlin 1939), S. 338f.; vgl. auch Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945, Stuttgart 1989, S. 126.

— 15
Über »Hochverrats-Denunziation« wurde gelegentlich in der Presse berichtet, so zum Beispiel ein Fall aus Arnsberg im »Berliner Tageblatt« vom 29. Juli 1936, BAP: PSt 3/277, Bl. 251.

— 16
So zum Beispiel die Klagen vom 19. Oktober 1938 über die »häufig falsch[e] Beschuldigung seitens« der Schüler gegen Lehrer, BAK: R 22/1146, Bl. 2ff., andere und spätere Beispiele vom 25. September 1943 aus Düsseldorf in BAK: R 22/3363, Bl. 309ff. Auch wenn Himmler »nach dem Kriege ganz scharf gegen anonyme Briefschreiber« vorgehen wollte (BAK: NS 19/430, Aktenvermerk Brandt vom 20. August 1943), ließ er eben solche an ihn geschickten Briefe weiterhin gründlich untersuchen (BAK: NS 19/1240, Schreiben vom 20. Januar 1940).

17
Vgl. R. Gellately (Anm. 1), S. 161 ff.

18
Beispiele dafür in R. Gellately, »In den Klauen der Gestapo«: Die Bedeutung von Denunziationen für das nationalsozialistische Terrorsystem, in: Anselm Faust (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945, Köln 1992, S. 40–49.

19
Reinhard Mann, Protest und Kontrolle im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1987, S. 111–143 (postum);
Martin Broszat, Politische Denunziationen in der NS-Zeit. Aus Forschungserfahrungen im Staatsarchiv München, in: Archivalische Zeitschrift, 73 (1977), S. 221–238.

20
Martin Broszat, Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1986.

21
Zur Quellenhermeneutik vgl. auch Bernd A. Rusinek, Gesellschaft in der Katastrophe. Terror, Illegalität und Widerstand in Köln 1944/45, Essen 1989, S. 50–74.

22
R. Gellately (Anm. 1).

23
Mann schloß insgesamt 11 Kategorien von Fällen, darunter Juden, »fremdvölkische Minderheiten«, Ausländer, Fremdarbeiter, Spionage, Wirtschaftsspionage, Separatismus und Fremdenlegionäre, nicht in seine Stichprobe ein; insgesamt bearbeitete Mann 41 der Schlagworte aus der Düsseldorfer Gestapo-Kartei, die »in Anlehnung an den Geschäftsverteilungsplan des Gestapas in Berlin vom 1. 7. 1939« in 52 Hauptschlagworte unterteilt ist.

24
Diese Stichprobe ist lediglich eine Auswahl meiner jüngsten Forschungsergebnisse, die ich aus den Gestapo-Akten in Düsseldorf, Würzburg und Speyer gewonnen habe.

25
R. Mann (Anm. 19), S. 105, Anm. 27.

26
R. Gellately (Anm. 1), S. 79 ff.

27
So stellt es jedenfalls Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande, München 1979, S. 300 f., für Bayern fest; auch besteht über Zofkas Studie hinaus noch grundsätzlicher Forschungsbedarf.

28
Vor allem K.-M. Mallmann/G. Paul (Anm. 6), S. 229 ff.; B. Jellonek (Anm. 4), S. 283;
Inge Marßolek, Die Denunziantin, Bremen 1992; vom Verfasser wird demnächst eine eigene Studie zu diesem Problem erscheinen.

29
Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich, Düsseldorf 1993, S. 327 ff.

30
Bernward Dörner, Nationalsozialistische Herrschaft und »Heimtücke«: Untersuchungen zu den Auswirkungen des »Heimtücke-Gesetzes« vom 20. 12. 1934 am Beispiel der Stadt Krefeld, Hausarbeit an der Technischen Universität Berlin 1987, S. 86 ff., zeigt, daß von einer Gesamtzahl von 261 Akten in seiner Stichprobe 105 (= 40,2 %) auf »unbekannt-anonym Anzeigende« zurückzuführen sind.

31
Ähnliche Ergebnisse auch bei B. Dörner (Anm. 30), S. 91.

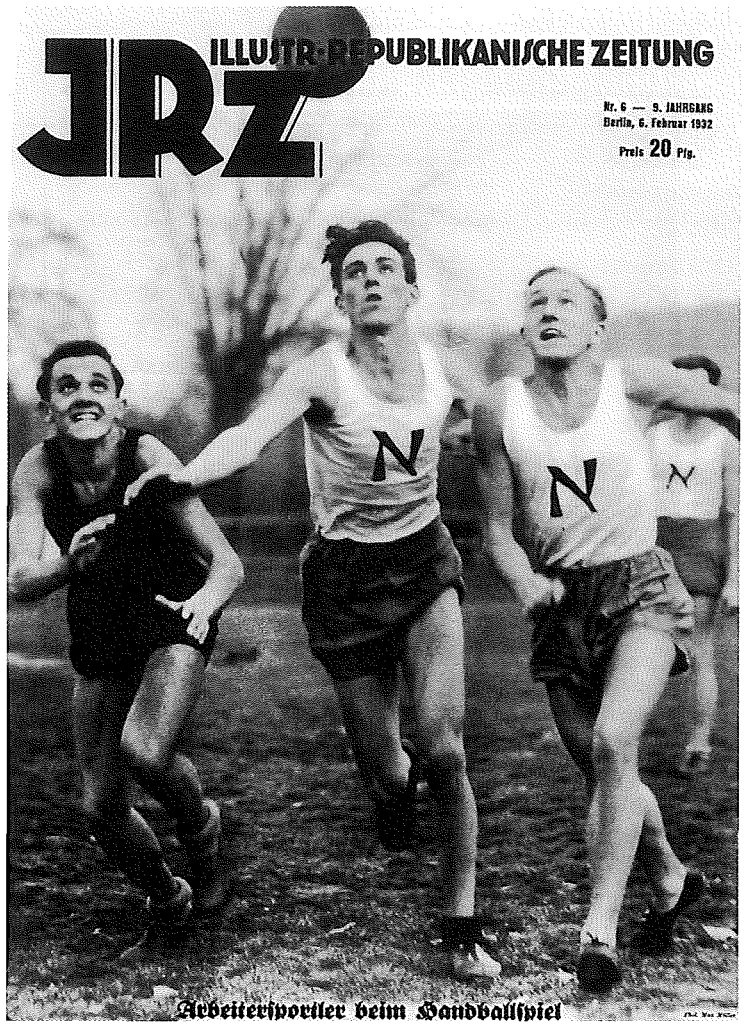
32
R. Mann (Anm. 19), S. 295.

33
Eric A. Johnson, German Women and Nazi terror: Their Role in the Process from Denunciation to Death, Manuskript zur Tagung der IAHCCJ in Paris 1993, S. 30; aufgrund des Studiums der Akten des Sondergerichts Köln kalkulierte Johnson, daß die Beteiligung der Frauen am Terrorsystem als Denunziantinnen weniger als 25 % aller Fälle ausmachte; B. Dörner (Anm. 30), S. 90 beweist, daß 87,3 % von 156 Düsseldorfer Gestapo-Akten über Ermittlungen nach dem sog. »Heimtücke-Gesetz« sich auf männliche Denunzianten zurückführen lassen.

34
Zur ablehnenden Haltung gegenüber der Denunziation vgl. die Richtlinie Nr. 21 (20. November 1952) des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hrsg.), Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven, 2 Bände, Berlin 1992, Bd. 1, S. 27;
zu einer systematischen Analyse und zum Vergleich zwischen Stasi und Gestapo vgl. R. Gellately, Self-Policing in eastern Germany, in: Michael Geyer (Hrsg.), Cultural Authority in Contemporary Germany, Chicago (im Druck).

35
Bei meinen Quellenstudien der Akten aus Düsseldorf, Würzburg und Neustadt an der Weinstraße habe ich bisher rund 150 Fälle dieser sogenannten Amtsanmaßung entdeckt.

36
Vgl. dazu die Beispiele in Ingo von Münch (Hrsg.), Gesetze des NS-Staates, Paderborn 1994³ oder Martin Hirsch u.a. (Hrsg.), Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus, Köln 1984.



Arbeitersportler beim Handball, 1932 .

Bewahrung informeller Kontaktkreise: Ehemalige »Freie Turner« aus Hannover-Ricklingen bei einer Maskerade des Mandolinenvereins »Lyra«, vermutlich 1934

Detlef Schmiechen-Ackermann

Sozialistische Milieuvereine nach 1933

Strategien der Anpassung und der Verweigerung am Beispiel der Arbeitersportler und Arbeitersänger

Nachdem in der Widerstandsforschung der frühen Bundesrepublik die Arbeiteropposition gegen den Nationalsozialismus weitgehend ausgeblendet worden war, rückte seit Ende der sechziger Jahre die Industriearbeiterschaft als soziale Trägergruppe des Widerstandes gegen Hitler zunehmend ins Blickfeld. Durch die mittlerweile große Zahl von einschlägigen Lokal- und Regionalstudien wurden vielfältige Formen von organisiertem Arbeiterwiderstand belegt, die in der Regel quantitativ den Widerstand aus bürgerlichen Schichten bei weitem übertrafen. Schließlich wurde die zunächst noch vorsichtige Einschätzung, daß »das Arbeitermilieu in besonderem Maße gegen den Nationalsozialismus resistent« gewesen sei[1], zu der zu stark verallgemeinernden These erweitert, »**das** Arbeitermilieu« habe, zumindest bis 1935, »dem neuen Regime ablehnend und feindlich gegenüber« gestanden[2]. In stringenter Fortführung dieser Argumentationslinie erschien es demnach auch plausibel, davon auszugehen, daß die Nationalsozialisten in Hochburgen der Arbeiterbewegung überhaupt nicht durchsetzungsfähig gewesen wären. So ist beispielsweise für Mannheim die hypothetische These vertreten worden, daß das in dieser »Industrie- und Arbeiterstadt« bewahrte Resistenzpotential gegenüber der NSDAP ausgereicht hätte, um auf isolierter lokaler Ebene eine nationalsozialistische Machtübernahme verhindern zu können[3].

Zweifelsfrei steht fest, daß die Nationalsozialisten bis zur Machtübertragung an Hitler sich auf lokaler Ebene in sehr unterschiedlicher Weise und Intensität etabliert hatten. In industriellen Zentren, wo von Großbetrieben geprägte und in hohem Maße gewerkschaftlich organisierte proletarische Milieus existierten, hatten sie oft einen schweren Stand. In manchen »roten« Arbeitervierteln mit einer dichten arbeiterkulturellen Organisationsstruktur konnten sie erst nach dem 30. Januar 1933 überhaupt Fuß fassen und das von ihnen als feindliches Terrain angesehene Quartier nur durch Terror und Einschüchterung »erobern«[4]. Allerdings wird man aus der Stabilität solcher Milieukerne nicht schließen dürfen, daß die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit dem nationalsozialistischen Werben ablehnend gegenüber gestanden hätte. Neuere Forschungen legen in dieser Hinsicht eine skeptischere Beurteilung des in den Reihen der Arbeiterschaft vorhandenen Resistenzpotentiales gegenüber dem Nationalsozialismus nahe. Auf dem Gebiet der Wahlforschung hat Jürgen Falter nachgewiesen, daß bereits vor 1933 Teile der Arbeiterschaft stärker für die nationalsozialistische Propaganda anfällig waren, als dies bislang angenommen worden war. Er kommt zu dem Schluß, daß bei

den Reichstagswahlen 1932 etwa jeder vierte, im März 1933 bereits jeder dritte Arbeiter die NSDAP wählte[5]. Wolfgang Zollitsch hat mit Blick auf die betriebliche Situation herausgestellt, daß es eine in oppositioneller Ablehnung gegen den Nationalsozialismus vereinte Arbeiterschaft im »Dritten Reich« nicht gegeben hat. Vielmehr seien informelle Verweigerungsformen und organisierter Arbeiterwiderstand eher Randerscheinungen gewesen, die nur von einem kleinen, aber harten Kern der politisch organisierten Arbeiterbewegung ausgegangen seien[6]. Eberhard Heuel konstatiert, daß die Nationalsozialisten sich in besonderem Maße bemüht hätten, die ihnen distanziert bis ablehnend gegenüberstehende Industriearbeiterschaft ideologisch zu integrieren[7], und er geht weiter davon aus, daß es ihnen auch tatsächlich gelungen sei, »authentische proletarische Erfahrungen zu besetzen und in neuer Weise zu organisieren.« Traditionelle Loyalitäten seien unterhöhlt und die »Bereitschaft zur Hinnahme der nationalsozialistisch hegemonisierten Verhältnisse, am Ende auch zur aktiven Unterstützung nationalsozialistischer Politik gefördert« worden[8]. In seinem bilanzierenden Forschungsüberblick zur Arbeiterschaft im »Dritten Reich« betont schließlich Ulrich Herbert zurecht, daß bereits die meisten zeitgenössischen Beobachter die Kampfbereitschaft und die Dissenspotentiale der Arbeiterschaft überschätzt und die Integrationskraft des Nationalsozialismus unterschätzt hätten[9]. Als Zwischenbilanz der bisherigen Forschung kann somit festgehalten werden: An Opposition und Widerstand gegen den Nationalsozialismus, die generell nur die Sache einer kleiner Minderheit blieben, war die organisierte Industriearbeiterschaft in überdurchschnittlichem Maße beteiligt. Der Arbeiterschaft als sozialer Gruppe kann aber nicht insgesamt eine distanzierte oder gar resistente Haltung zum Nationalsozialismus zugeschrieben werden. Voraussetzungen und Rahmenbedingungen von Anpassung wie von Verweigerung sind demnach näher zu untersuchen.

Im folgenden wird daher die bislang vorherrschende Perspektive, durch die gerade im Hinblick auf die sogenannten Vorfeldorganisationen der Arbeiterbewegung fast ausschließlich die Verbotspraxis und die Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten in den Blick kam, umgekehrt werden. Am Beispiel der Arbeitersportler und der Arbeitersänger wird nach unterschiedlichen Verhaltensmustern, nach Tendenzen der Anpassung ebenso wie nach konkretem Verweigerungsverhalten innerhalb des sozialistischen Milieus gefragt werden. Aus forschungspraktischen Gründen mußte das exemplarische Untersuchungsfeld dabei auf die bevölkerungsreichsten deutschen Großstädte eingegrenzt werden. Zudem stehen die Vorkriegsjahre im Mittelpunkt der Betrachtung. Theoretisch wird an das von Rainer Lepsius entwickelte Konzept der »sozial-moralischen Milieus«[10] angeknüpft, dessen Anwendung in modifizierter Form auch noch für die Jahre der Weimarer Republik als sinnvoll erachtet wird. Wenn im folgenden vom »sozialistischen Milieu« gesprochen wird, so meint dies den durch gemeinsame Traditionen und kulturelle Orientierungen sowie durch alltägliche Erfahrungen im Betrieb, im Wohnviertel, in den Milieuvereinen vermittelten Lebenszusammenhang derjenigen Menschen, die sich vor 1933 dem sozialistischen Wählerlager[11] zuordneten. Damit wird explizit nicht nur auf aktive Sozialdemokraten und Kommunisten, son-

dern ebenso auf parteipolitisch unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen Bezug genommen, sofern diese in die Kommunikations- und Organisationsstruktur der sozialistischen Arbeiterbewegung eingebunden waren. Es wird im folgenden also davon ausgegangen, daß es in den Jahren der Republik trotz der tiefgreifenden politischen Spaltung der Arbeiterbewegung grundsätzlich noch immer einen in Nachbarschaftszusammenhängen, Betrieben und Arbeiterkulturvereinen spürbaren, wenn auch zunehmend erodierenden parteiübergreifenden Milieuzusammenhang gegeben hat.

Die Arbeitersport- und die Arbeitersänger-Bewegung am Ende der Weimarer Republik und im Frühjahr 1933

Die Arbeiterkulturbewegung hatte zwar erst nach dem Ersten Weltkrieg zahlenmäßig ihren Höhepunkt erreicht, sah sich andererseits aber in den Weimarer Jahren zunehmend einer inneren Krise gegenüber, die mit den Stichworten politische Spaltung, individuelle Aufstiegsorientierung auch in Arbeiterkreisen und Aufkommen einer neuen Freizeit- und Massenkultur umrissen werden kann[12]. Das im Kaiserreich entstandene sozialistische Milieu wurde insgesamt in den Jahren der Republik mit Nivellierungstendenzen und neuen gesellschaftlichen Trennungslinien konfrontiert, die die Bindekraft der sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft quasi von innen heraus lockerten[13].

Dietmar Klenke und Franz Walter entwerfen in ihrer Studie zum Deutschen Arbeiter-Sängerbund (DAS)[14] das Bild einer sich in den Jahren der Republik weiterhin strikt an den um die Jahrhundertwende ausgebildeten Traditionen orientierenden Milieuorganisation. Der DAS erreichte nach einer für alle Arbeiterkulturvereine typischen Expansionsphase Anfang der zwanziger Jahre mit über 263.000 Mitgliedern seine größte Entfaltung. Seit 1923 setzte aber eine rasante Austrittswelle ein, die – und hier ist ein deutlicher Kontrast zur allgemeinen Entwicklung festzustellen – nicht mehr gestoppt werden konnte, sondern sich kontinuierlich fortsetzte, bis sich die Mitgliederzahl am Ende der Republik nahezu halbiert hatte[15]. Verursacht war dieser Schrumpfungsprozeß keineswegs durch die auch hier feststellbaren kommunistischen Spaltungsversuche, die in dem sich zunehmend linkssozialistisch orientierenden Dachverband der Arbeiterchöre nur eine sehr geringe Resonanz fanden[16]. Vielmehr präsentierte sich der Deutsche Arbeiter-Sängerbund durch das Beharren auf den in der wilhelminischen Zeit entwickelten künstlerischen Vorstellungen und die schroffe Ablehnung der modernen Massenkultur als ein Traditionsverein alten Typs, der die Arbeiterjugendlichen in der Zwischenkriegszeit immer weniger erreichen konnte und daher vor allem an Nachwuchssorgen krankte.

Im Bereich des Sportes lagen die Verhältnisse anders. Zwar organisierten die stärker wettkampforientierten, sogenannten bürgerlichen Sportvereine insgesamt rund 80% der Sporttreibenden und damit auch die Mehrheit der sportlich aktiven Arbeiterinnen und Arbeiter[17]. Mit rund 1,5 Millionen Mitgliedern stellten die

Arbeitersportvereine in der Weimarer Zeit aber ein umfangreiches und bedeutendes Element des sozialistischen Milieus dar, das quantitativ nur durch die Freien Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften übertroffen wurde. Vor allem in den Großstädten gehörte es für zahlreiche Bewohner proletarischer Wohnviertel ganz selbstverständlich zum alltäglichen Lebenszusammenhang, in einem sozialistisch geprägten Verein Sport zu treiben und dort auch gesellige Kontakte zu pflegen. Von besonderer Bedeutung war die Attraktivität, die der Sport auf Jugendliche ausübte[18]. Sie half, die in den Inflationsjahren aufgetretenen Mitgliedereinbußen wieder auszugleichen. Allerdings war es der kommunistischen Parteiführung seit Beginn der dreißiger Jahre zumindest in einigen Regionen – vor allem in Berlin, dem Rheinland und im mitteldeutschen Industriegebiet – und in einigen Sparten des Arbeitersportes gelungen, wirksame Konkurrenzorganisationen zu etablieren und damit die aus politischem Kalkül intendierte Aufspaltung des traditionellen sozialistischen Milieus voranzutreiben. Dies galt allerdings nicht für ländlich-kleinstädtische Regionen und wohl auch noch nicht für die Mehrzahl der Großstädte. Der sozialdemokratisch ausgerichteten Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege (mit 1,2 Millionen Mitgliedern) stand in der Endphase der Republik die kommunistische »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« gegenüber, die nach eigenen Angaben Ende 1932 150.000 regelmäßig beitragszahlende Mitglieder in kommunistisch dominierten Vereinen hatte und Einfluß auf weitere 200.000 Arbeitersportler in »reformistischen«, also sozialdemokratisch ausgerichteten, Vereinen ausgeübt haben will[19]. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß diese Angaben möglicherweise zu hoch gegriffen sind, so bleibt doch festzuhalten, daß es den Kommunisten vielerorts im Arbeitersport in stärkerem Maße gelungen war, die Aufspaltung der traditionellen Milieuorganisationen voranzutreiben als in anderen Bereichen der Arbeiterkulturbewegung.

Welche unmittelbaren Konsequenzen hatte die nationalsozialistische Machtübernahme für die hier betrachteten Milieuvereine? Zunächst einmal betrafen die Verfolgungsmaßnahmen des Frühjahres 1933 neben den Parteien und Gewerkschaften vor allem diejenigen Vorfeldorganisationen der Arbeiterbewegung, die sich im Kampf gegen die Nationalsozialisten politisch exponiert hatten. Andere blieben dagegen zunächst, manche auch dauerhaft bestehen. Es ist also zu undifferenziert, wenn bisweilen unterstellt wird, die Nazis hätten bereits im Zuge der Machtübernahme alle sozialistischen Milieuorganisationen zerschlagen[20].

Konsequent ausgeschaltet wurden im Bereich des Arbeitersports allerdings die Dachverbände. Nach dem Reichstagsbrand wurde in Berlin das Büro der »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« besetzt, von dem aus in ganz Deutschland die kommunistische Sportarbeit koordiniert worden war. Führende Funktionäre des Rotsports wurden landauf landab verhaftet. Im Mai 1933 wurde der mit rund 750.000 Mitgliedern bei weitem größte und wichtigste Verband des sozialdemokratischen Sportkartells, der Arbeiter-Turn-und Sportbund (ATSB), einem Treuhänder unterstellt und schließlich im Juli 1933 auf Anordnung der Staatspolizei aufgelöst. Als zweitgrößte Sparte fristete der Arbeiter-Rad-und-Kraftfahrerbund »Solidarität« noch bis zum Mai 1934 als reichsweite Organisation ein Schat-

tendasein. Allerdings sagen diese Vorgänge im Rahmen der behördlichen Abwicklung der Dachverbände wenig über die konkrete Lage der Arbeitersportler vor Ort aus.

Vielerorts lösten sich einzelne Vereine und lokale Sportkartelle selbst auf, um auf privater Ebene einen Teil ihres Besitzes zu retten oder um zu verhindern, daß eingesetzte Treuhänder Einblicke in das Vereinsleben gewinnen konnten. In zahlreichen Fällen sahen sich Arbeitersportler neben den Auflösungsverfügungen der Behörden auch dem willkürlichen Vorgehen von lokalen Parteigliederungen oder SA-Stürmen ausgesetzt. Bekannte Arbeitersportler wurden mißhandelt, Sportanlagen und Klubheime besetzt, Sportgeräte von der SA gewaltsam in ihren Besitz gebracht. Faktisch wurde also dem organisierten Arbeitersport im Frühjahr 1933 seine Existenzgrundlage weitgehend entzogen, juristisch freilich bestanden etliche Vereine weiter, und einige bemühten sich sogar erfolgreich, ihre sportlichen Aktivitäten aufrecht zu erhalten. Die Staatspolizei charakterisierte diesen Schwebezustand als eine »Zeit der stillschweigenden Duldung des roten Sportes«[21]. Besonders gute Chancen für eine Weiterexistenz hatten die Wassersportvereine, während sich die Leichtathletik- und Ballspiel-Vereine bereits in stärkerem Maße einer kritischen Prüfung unterziehen mußten[22]. Die Schwerathletik- und Radfahrer-Vereine, deren Mitglieder in der Endphase der Republik vielfach im Kampf gegen die Nationalsozialisten hervorgetreten waren, mußten dagegen in der Regel ihren Sportbetrieb einstellen.

Die Unkoordiniertheit vieler im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme getroffenen Maßnahmen ist anhand des Vorgehens gegen den Arbeiter-Sängerbund noch weitaus deutlicher zu belegen. In Württemberg wurde der Gauverband zunächst aufgelöst, aber die einzelnen Vereine bereits im April 1933 wieder zugelassen. Dagegen erfolgte in Dortmund noch im Juli 1933 ohne erkennbaren Anlaß mit einem Schlage die Auflösung von rund 30 Arbeiterchören. Aufschlußreich ist in diesem Falle auch die interne Begründung für das vergleichsweise späte Eingreifen der Politischen Polizei. Aufgrund einer starken Überlastung mit wichtigeren Aufgaben, so teilte die örtliche Staatspolizeistelle dem Gestapohauptamt in Berlin mit, habe man sich zuvor noch nicht um die Arbeitersänger kümmern können[23]. Dieser Vorgang belegt, daß im Hinblick auf Maßnahmen gegen sozialistische Milieuorganisationen auf lokaler Ebene erhebliche Handlungsspielräume bestanden. Übrigens verhandelte zur gleichen Zeit die Verbandsspitze des DAS, und zwar erfolgreich (!), über den Einbau der Arbeiter-Sänger-Bewegung in den nationalsozialistischen Staat[24].

Strategien der Anpassung und der Selbstbehauptung in den sozialistischen Milieuvereinen

Im März 1933 beklagte der Vorstand des DAS in einer Eingabe an das Preußische Innenministerium, daß die »gemeinnützige und volkserzieherische Tätigkeit« der Arbeitersängerbewegung durch angeordnete Vereinsauflösungen, durch die Beschlagnahme von Vereinsvermögen und den Entzug von Übungsräu-

men behindert und mancherorts sogar unmöglich gemacht worden sei[25]. Das Ergebnis der in den folgenden Wochen zwischen NSDAP und DAS geführten Gleichschaltungsverhandlungen war, daß den Arbeiterchören eine angepaßte Mitarbeit im nationalsozialistischen Staat ermöglicht wurde. Im Juni 1933 erklärte Reichsinnenminister Frick, daß »vom künstlerisch-kulturellen Standpunkt aus« das Fortbestehen der Arbeitergesangvereine als »wünschenswert« angesehen werde und daher von weiteren Auflösungsverfügungen gegen die Mitgliedsvereine des DAS abzusehen sei[26]. Nach Auflösung des alten Dachverbandes wurden die Einzelvereine geschlossen in den »bürgerlichen« Deutschen Sängerbund aufgenommen[27].

Die vom Verbandsvorstand vertretene Linie der bewußten Anpassung wurde offensichtlich von einem erheblichen Teil der Arbeitersänger geteilt. So erklärten beispielsweise die Mitglieder des Männer- und Gemischten Chores Berlin-Adlershof ausdrücklich, daß ihr Verein eine politische Richtung nie verfolgt habe und politische Debatten während der Übungsstunden sogar regelrecht verboten gewesen seien, da sich die Mitgliedschaft aus verschiedenen politischen Lagern zusammensetze. Zwar räume man durchaus ein, daß früher auch Lieder gesungen worden seien, »die aus der damaligen Zeit geboren und von der Arbeiterschaft verlangt worden« seien. Dies sei nun aber endgültig vorbei. Man wolle einen Schlußstrich unter die Vergangenheit setzen und sich »in die deutsche Arbeitsfront einreihen«. In den Reihen des Vereins habe sich »eine völlige Wandlung im Sinne der nationalen Regierung vollzogen«, die auch darin ihren Ausdruck finde, daß ein langjähriges Mitglied der NSDAP mit der Vereinsführung betraut worden sei[28].

Neben solchen Tendenzen einer erfolgreich angestrebten Integration in den neuen Staat sind aber gleichzeitig auch eindeutige Verweigerungshaltungen nachweisbar. Das bekannteste Beispiel hierfür sind die »Berliner Liederfreunde«[29], die nicht nur ihre ambitionierte musikalische Arbeit fortsetzten, sondern auch bei und nach den Übungsabenden im Kreis der Gleichgesinnten gesellige Kontakte pflegten. Die unter Mitwirkung des ehemaligen Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Künstler organisierten öffentlichen Konzerte der »Liederfreunde« gewannen geradezu den Charakter einer Gegenöffentlichkeit. Um die Zusammensetzung des Publikums steuern zu können, wurde der Kartenverkauf von gewerbetreibenden Sozialdemokraten übernommen, die nur solchen Kunden Eintrittskarten anboten, die ihnen als zuverlässige Genossen bekannt waren. So hatte selbst die Gestapo Mühe, sich unauffällig Zutritt zu den Konzerten zu verschaffen. In den polizeilichen Überwachungsberichten wird das bei diesen Konzerten sich entfaltende resistente Mikromilieu anschaulich geschildert: Hakenkreuzfahnen sind nur dort angebracht, wo sie keine Beachtung finden. Der Hitlergruß wird grundsätzlich nicht benutzt. Für das Winterhilfswerk lassen sich unter den Konzertgästen keine Lose absetzen usw. Die sozialdemokratischen Gesinnungsgenossen hätten sich, so ein V-Mann über einen von 6000 (!) Personen besuchten Konzertabend in der Neuköllner »Neuen Welt«, offensichtlich sehr ungezwungen gefühlt. Ganz offen sei von einem »Parteivergnügen« gesprochen worden[30]. Die Ermittlungen ergaben, daß

von den 120 eingeschriebenen Vereinsmitgliedern der »Liederfreunde« 21 beim Gestapa als »Marxisten«[31] oder Kommunisten registriert waren, bei sechs Personen konkrete Verdachtsmomente für eine staatsfeindliche Tätigkeit vorlagen und zwei sich bereits in Schutzhaft befunden hatten[32]. Bis zu der im Mai 1938 verfügten Auflösung der Berliner Liederfreunde boten die Vereinsaktivitäten traditionsbewußten Sozialdemokraten die Möglichkeit, in aller Öffentlichkeit, aber dennoch im vertrauten Milieu miteinander zu verkehren. Jenseits aller Dispute über die politischen Fehler der Vergangenheit trafen sich in diesem Kristallisationspunkt einer punktuellen Gegenöffentlichkeit »Alte und Junge, Prominente und Unbekannte, die Illegalen und die Diskreditierten in einer tröstlichen – und vermutlich auch versöhnlichen – Gemeinschaft«[33]. Wenn auch dieses Fallbeispiel, was Umfang und Intensität der Selbstbehauptung angeht, herausragend zu sein scheint, so lassen sich doch qualitativ ähnliche, allerdings in der Regel nicht so umfangreiche Formen des Verweigerungsverhaltens auch für Arbeitergesangvereine in Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Leipzig und Wuppertal nachweisen[34]. Festzuhalten ist, daß sich neben Sozialdemokraten auch kommunistisch eingestellte und parteilose Arbeiter an dieser Form einer überwiegend männlich geprägten informellen Gesinnungsgemeinschaft beteiligten. So z.B. im kommunistisch dominierten früheren »Volkschor-Ost« in Düsseldorf-Gerresheim, der getarnt als »Liederkranz« im Rahmen der »Kraft-durch-Freude«-Organisation seine Aktivitäten fortsetzte[35].

Eine andere Ausgangslage war im Arbeitersport gegeben, da es hier in wesentlich stärkerem Maße zur Auflösung von Vereinen und damit zu einer grundlegenden Veränderung der Organisationsstrukturen gekommen war. Als sich im April 1934 ein kommunistischer Sportfunktionär mit der Frage auseinandersetzte, was eigentlich aus den Mitgliedern des liquidierten sozialdemokratischen Sportkartells in Berlin geworden sei, stellte er drei Tendenzen heraus: Zahlreiche Arbeitersportler hätten sich »wahllos« den »bürgerlich-faschistischen Vereinen«[36] angeschlossen, andere hätten dagegen den regelmäßigen Sportbetrieb verlassen, hielten sich von den zugelassenen Vereinen abseits und kämen statt dessen in kleineren vertrauten Gruppen zusammen. Nur ein kleiner Teil der sozialdemokratisch orientierten Arbeitersportler habe die Aufnahme in die »Turn- und Sportvereinigung Groß-Berlins« beantragt[37], einen mit Billigung der Gestapo und Unterstützung durch den Reichssportführer neu gebildeten, im nationalsozialistischen Sinne gleichgeschalteten und streng kontrollierten Großverein, der explizit die Funktion eines Auffangbeckens für politisch nicht hervorgetretene Sportler aus aufgelösten Arbeitersportvereinen haben sollte[38]. Von den Arbeiterradfahrern scheinen etwa ein Viertel, von den Mitgliedern der aufgelösten Freien Turnerschaft sogar weniger als 10% diesem Verein beigetreten zu sein[39].

Insgesamt lassen sich in den Verfolgerakten, aber auch in zeitgenössischen Berichten und späteren Erinnerungen ganz unterschiedliche Verhaltensweisen belegen. Sechs idealtypische Verhaltensmuster sind feststellbar:

1. Rückzug in die Passivität,
2. tatsächliche Gleichschaltung in den alten Vereinsstrukturen,

3. Tarnung fortbestehender Arbeitersportvereine durch vorgetäuschte Gleichschaltung,
4. individuelle Anpassung in einem »bürgerlichen« Verein,
5. Wahrung des Milieuzusammenhangs durch kollektives Unterschlüpfen in anerkannten Vereinen oder Abtauchen in informelle Kreise und
6. konspirative Untergrundarbeit als Teil des politischen Widerstandes.

Vieles spricht dafür, daß eine große Mehrheit der Arbeitersportler nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ihre sportliche Betätigung aufgab und sich durch einen **Rückzug in die Passivität** auf die neuen Verhältnisse einstellte. Allerdings gab es regionale wie auch spartenspezifische Unterschiede. Beispielsweise beklagte der ehemalige Schwimmlehrer der Bundesschule des ATSB in Leipzig, Josef Schopp, der sich mindestens bis 1934 erfolgreich bemühte, überregionale Kontakte unter den Wassersportlern des ehemaligen ATSB aufrecht zu erhalten, einem Sportsfreund gegenüber, daß im Bezirk Berlin-Brandenburg »rund 90% der ehemaligen Bundesmitglieder [...] keinem Sportverband mehr« angehörten[40]. Ein düsteres Gesamtbild zeichnete auch ein Spitzenfunktionär der kommunistischen Rotsport-Bewegung, der im August 1935 nach Moskau berichtete, daß im ganzen Reich »der weitaus größte Teil der ehemals reformistischen Vereine [...] zerfallen und ihre Mitglieder [...] völlig passiv« seien[41]. Wenn auch in einigen Fällen trotz des Verzichts auf sportliche Aktivitäten offensichtlich der Versuch gemacht wurde, auf privater Ebene den Kontakt zu den alten Arbeitersportkameraden aufrecht zu erhalten, so wird man angesichts der in den Vorkriegsjahren ansteigenden Massenloyalität und des sich daraus ergebenden Anpassungsdruckes davon auszugehen haben, daß solche Formen distanzierten Verhaltens in der Regel die völlige Einordnung in die von den Nationalsozialisten propagierte »Volksgemeinschaft« nur verzögert, nicht aber verhindert haben. Übrigens geht aus der parteiinternen Berichterstattung der KPD auch hervor, daß der Rückzug in die Passivität von kommunistisch eingestellten Arbeitersportlern ebenso vollzogen wurde wie von ihren sozialdemokratischen Kollegen: Nach mehreren übereinstimmenden Berichten soll die »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« im Bezirk Berlin-Brandenburg im Jahre 1930 rund 35.000 erwachsene beitragszahlende Mitglieder und Sympathisierende gezählt haben[42]. Im März 1934 konnten dagegen nur noch 2100 Rotsportler kassentechnisch erfaßt werden[43].

Neben dem Rückzug ins Private stellte die Eingliederung in die anerkannten neuen Strukturen eine alternative Form des systemkonformen Verhaltens dar. Es ist nachweisbar, daß eine ganze Reihe von Arbeitersportvereinen erhalten blieb und nach Vollzug der Gleichschaltung von den nationalsozialistischen Behörden anerkannt wurde. Zu unterscheiden sind hierbei Fälle von tatsächlich vollzogener und nur vorgetäuschter Gleichschaltung.

Bemerkenswert häufig sind Beispiele für eine **»erfolgreich« betriebene Anpassung** unter den Segel- und Rudervereinen des ehemaligen sozialdemokratischen Sportkartells in Berlin. In vielen Fällen ging die Neuformierung des Verbandsvorstandes mit dem Ausschluß politisch exponierter Arbeitersportler und

dem Beitritt der verbleibenden Vereinsmitglieder zu »nationalen Verbänden« einher. So hatte beispielsweise der in Berlin-Stralau ansässige »Wassersportverein Welle 1928« bis zur Machtergreifung dem »Freien Seglerverband« und damit dem sozialdemokratischen »Kartell für Arbeitersport und Körperpflege« angehört. Im November 1933 wurde die geforderte Gleichschaltung vollzogen und gleichzeitig »diejenigen Mitglieder, die früher im marxistischen Lager standen, zum Austritt bewogen«[44]. Die nähere Überprüfung ergab, daß sich alle 25 verbliebenen Vereinsmitglieder inzwischen »nationalen Verbänden angeschlossen« hatten und gute Leumundszeugnisse erhielten. Ausgrenzung von politisch exponierten und somit in den Augen der Nazis belasteten Arbeitersportlern und gleichzeitig glaubhafte Indizien für eine tatsächlich vorhandene Anpassungsbereitschaft eröffneten offensichtlich in einigen Fällen Vereinen aus dem sozialdemokratisch orientierten Arbeitersport die Möglichkeit, unter Beibehaltung ihrer alten Vereinsstrukturen ihre Aktivitäten in einem bürgerlichen Dachverband fortzusetzen. Ähnliche Anpassungsprozesse können allein in Berlin für zwei Ruder-, vier weitere Segel- und zwei Turn- und Sportvereine nachgewiesen werden. Solche ernsthaft vollzogenen Gleichschaltungen führten offensichtlich zu einer raschen Integration von bislang dem Nationalsozialismus eher distanziert gegenüberstehenden Arbeitern. Symptomatisch erscheint in diesem Zusammenhang der Bericht eines im Bezirk Niederrhein eingesetzten KPD-Instrukteurs, der beklagte, selbst die im gleichgeschalteten Vorstand eines bislang kommunistisch dominierten Schwimmvereines plazierten erfahrenen Genossen »kapitulierten vor den Faschisten« und müßten daher entfernt werden[45].

Demgegenüber sind aber auch zahlreiche Fälle von nur **vorgetäuschter Gleichschaltung** nachweisbar. So feierte 1935 der bremische ASV Gröpelingen im vertrauten Kreise und im alten Geist sein 40jähriges Bestehen.[46] Andernorts versuchten Arbeitersportvereine sich durch Umbenennung oder Fusion mit kleineren, aber unverdächtigen »bürgerlichen« Vereinen Freiräume zu verschaffen. Solche und ähnliche Fälle wird auch der oben bereits zitierte kommunistische Sportfunktionär vor Augen gehabt haben, der im August 1935 nach Moskau berichtete, daß sowohl in Berlin wie im übrigen Reichsgebiet »eine Reihe sozialdemokratischer Vereine als geschlossene Einheiten getarnt im faschistischen Sport neu aufgetaucht« seien[47]. In der Regel wurde einer derartigen Selbstbehauptungsstrategie allerdings durch polizeilich angeordnete Vereinsauflösungen früher oder später ein Riegel vorgeschoben[48].

Etliche Arbeitersportler, denen die sportliche Betätigung wesentlich wichtiger war als das politische Bekenntnis, beschritten den Weg einer **ganz individuellen Anpassung**, indem sie in einen sogenannten bürgerlichen Verein eintraten. Durch den von Hitler ernannten Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten war festgelegt worden, daß nach einer am 1. Oktober 1933 endenden Sperrfrist ehemalige Mitglieder von aufgelösten Arbeitersportvereinen in die zugelassenen Sportklubs übernommen werden durften, sofern sie erklärten, sich den neuen Gegebenheiten anpassen zu wollen, und zwei nachweislich national eingestellte Mitglieder des aufnehmenden Vereins als Bürgen beibringen konnten. Insbe-

sondere leistungsstarke Arbeitersportler wurden von diesen Vereinen nicht nur gern aufgenommen, sondern zum Teil geradezu umworben. Damit bot sich vielen Arbeitersportlern eine Chance, sich freiwillig und unauffällig in das neue Gesellschaftssystem zu integrieren.

Das Beispiel des »Reinickendorfer Sport- und Ballspielklubs« belegt, daß nicht nur Sozialdemokraten und parteipolitisch nicht gebundene Arbeiter, sondern ebenso auch Kommunisten diese Chance zur individuellen Anpassung ergriffen. In diesem gleichgeschalteten, von Nationalsozialisten geführten Verein mit rund 200 Mitgliedern fanden 18 kommunistische Arbeitersportler aus dem ASV Fichte-Gesundbrunnen Aufnahme. Eine eingehende Überprüfung der Staatspolizei ergab, daß diese Personen sich nunmehr politisch umgestellt hätten und in keiner Weise Anlaß zu Klagen gegeben hatten[49]. In diesem Fall könnte sogar gelten, was ein Kriminalkommissar der Politischen Polizei im März 1933 sehr überspitzt so formulierte: »Wohl den meisten roten Sportlern« seien Verbot und Auflösung der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit »sehr gelegen« gekommen, »da sie der Bevormundung durch die KPD überdrüssig waren«[50] und ihre sportlichen Interessen nicht länger für politische Ziele instrumentalisieren lassen wollten.

In diesem Zusammenhang soll nur ganz knapp auf die hauptsächlich von Kommunisten getragene **Beteiligung von Arbeitersportlern am politischen Widerstand** eingegangen werden. Zunächst strebte die KPD bewußt eine Konzentration der von der illegalen »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« erfaßten Mitglieder in den »bürgerlichen« Vereinen an, um die punktuell auch dort auftretende Unzufriedenheit mit der nationalsozialistischen Sportpolitik auszunutzen und gezielte Propaganda zu treiben. Im Frühjahr 1934 sollen sich nach dem Bericht eines kommunistischen Sportfunktionärs aus Berlin 95% der kassentechnisch erfaßten Rotsportler in solchen bürgerlichen Vereinen befunden haben[51]. Die Erfolglosigkeit dieser Taktik erwies sich bald auf zwei Ebenen: Ohnehin standen die Kommunisten in der Regel in den bürgerlichen Sportvereinen oder Betriebsmannschaften auf verlorenem Posten. Entfalteten sie spürbare Aktivitäten, wurden sie schnell enttarnt. Gingen sie nur ganz zurückhaltend vor, konnten sie dagegen ihren Parteiauftrag nicht erfüllen. Vor allem aber wurde dieser Form der Untergrundarbeit durch die im Januar 1935 erfolgte Zerschlagung des illegalen Rotsport-Apparates die organisatorische Grundlage entzogen.

Schließlich gab es – als letztes feststellbares Verhaltensmuster – auch **Formen der kollektiven Selbstbehauptung**. Diese konnte zum Beispiel durch Wahrung des Zusammenhalts in einem gleichgeschalteten Verein erreicht werden. Obwohl von Tschammer und Osten die geschlossene Übernahme von ganzen Mannschaften aus Arbeitersportvereinen in die »bürgerlichen« Klubs strikt untersagt hatte, war es etlichen Arbeitersportlern dennoch gelungen, kollektiv in anerkannten Vereinen Aufnahme zu finden[52]. Dabei gab es zwei Varianten. Bisweilen hatten bürgerliche Sportklubs entgegen den für die Gleichschaltung vorgegebenen Regeln einfach ganze Abteilungen aus ehemaligen Arbeitersportvereinen als zweite Mannschaften in ihre Reihen aufgenommen. In anderen Fällen waren die ehemaligen Arbeitersportler nach und nach durch individuelle Aufnahme einge-

sickert, bis sie den Alltag des Vereinslebens weitgehend nach ihren Wünschen gestalten konnten. In Hannover nahmen beispielsweise die populären Rugby-Vereine, die sich fast durchgängig aus der Arbeiterschaft rekrutierten, ohne jedoch dem organisierten Arbeitersport angeschlossen gewesen zu sein, zahlreiche ehemalige Arbeitersportler auf. Dort sei man dann auf dem B-Platz wieder unter sich gewesen, erinnert sich ein Zeitzeuge: »eigentlich (war das) immer noch der alte Verein«. Politische Diskussionen seien zwar nicht mehr öffentlich geführt worden, aber der solidarische Zusammenhalt sei eben erhalten geblieben[53]. Andere Arbeitersportler tauchten in unorganisierte »wilde« Vereine oder in informelle Kontaktkreise ab. Sie mußten zwar auf organisierten Spiel- und Sportbetrieb verzichten, konnten sich aber ihre geselligen Kontakte erhalten.

Betrachtet man die hier in sechs Idealtypen vorgestellten Verhaltensmöglichkeiten zusammenfassend, so ist aufgrund von quellenkritischen Überlegungen zunächst festzuhalten, daß sich eine exakte Quantifizierung selbstverständlich verbietet, da man in der Regel auf Aufzeichnungen der Verfolgerseite[54] über zu Tage getretene Konfliktfälle und auf Erinnerungen von Zeitzeugen angewiesen ist. Somit stellt die herangezogene Quellenbasis zwar eine umfangreiche Sammlung von vielfältigen und aussagekräftigen Fallbeispielen dar, ist streng genommen aber letztendlich eine nicht kontrollierbare Zufallsauswahl. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß die hier exemplarisch für zwei ausgewählte Bereiche des sozialistischen Milieus herausgestellten Tendenzen in qualitativer Hinsicht durchaus repräsentativ sind, da ähnliche Strukturen und vergleichbare Verhaltensweisen auch in den Konsum- und Baugenossenschaften, in Kleingartenvereinen und sozialistischen Kulturorganisationen nachgewiesen werden können[55].

Integration oder Ausgrenzung? Interessenkollisionen innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftssystems

Die Frage, ob die sozialistischen Milieuvereine durch Duldung und Beeinflussung ihrer Mitglieder im nationalsozialistischen Sinne langfristig integriert oder möglichst schnell und nachhaltig zerschlagen werden sollten, wurde zwischen 1933 und 1936 von den beteiligten Agenturen des Herrschaftsapparates nicht selten ganz unterschiedlich beantwortet. In der Regel forderten die lokalen Dienststellen von Partei und SA ein scharfes Vorgehen gegen alle sozialdemokratisch und kommunistisch beeinflußten Vereine. Hinzu kamen zahlreiche, oft weit übertriebene oder bewußt falsche Denunziationen durch Privatpersonen, wobei sich nicht nur Parteimitglieder der NSDAP hervortaten, sondern auch viele unauffällige Bürger die politische Verfolgung nutzten, um private Rechnungen zu begleichen.

Die Politische Polizei betrachtete diese Frage dagegen unter ganz anderen Gesichtspunkten. Dies wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die neugebildeten Staatspolizeistellen zunächst unter Desorganisation und Überlastung litten, gleichzeitig aber die Verfolgung der wichtigsten politischen Gegner effektiv organisieren sollten. So wird verständlich, daß der für die kommunistischen Sport-

vereine zuständige Sachbearbeiter in der Zentrale der Berliner Politischen Polizei im April 1933 vorschlug, die Fortführung der sportlichen Aktivitäten in den alten Vereinsstrukturen unter gewissen Auflagen zu gestatten, da das sonst zu befürchtende Untertauchen der Arbeitersportler in anderen Vereinen die Überwachung erschweren würde[56]. Noch deutlicher formuliert wurde diese pragmatische Position, die das Gestapa in den ersten Jahren der NS-Herrschaft einnahm, in der Antwort auf eine Anfrage der Stuttgarter Polizei, ob bereits aufgelöste Arbeitervereine gegebenenfalls wieder zuzulassen seien:

»Die Neugründung derartiger Vereine wird für wünschenswert gehalten, da hierdurch die Überwachung der politischen Betätigung der ehemaligen Vereinsangehörigen erleichtert wird. Außerdem besteht auch eher die Möglichkeit, die der nationalsozialistischen Idee zur Zeit noch abwartend gegenüberstehenden Personen durch Beispiel und Belehrung der den Vereinen angehörenden Nationalsozialisten zu politischer Mitarbeit für den nationalsozialistischen Staat zu gewinnen.«[57]

Der nationalsozialistische Arbeiterdiskurs – um diese These von Eberhard Heuel aufzugreifen – wurde vom Gestapa also durchaus mitgetragen. Anders formuliert: den Milieuvereinen wurde nicht von vornherein unterstellt, sie würden sich der Mitarbeit im neuen Staat verweigern, sondern nur dann, wenn konkrete Anhaltspunkte hierfür vorlagen. Unterstützung für diesen Kurs erhielt die Staatspolizei durch etliche andere Behörden. So stärkte die Landesleitung Westfalen-Niederrhein der Reichsmusikkammer dem Volkschor Duisburg in einer Auseinandersetzung mit der örtlichen Kreisleitung der NSDAP den Rücken[58], das Reichswirtschaftsministerium und die Deutsche Arbeitsfront verteidigten von lokalen Parteigliederungen angefeindete Konsumvereine[59], und die Beauftragten des Reichssportführers machten sich für in Verdacht geratene Sportvereine in Hamburg und Berlin stark[60]. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß aufgrund der polykratischen Herrschaftsstruktur[61] Konflikte um Kompetenzbereiche im NS-Staat prinzipiell angelegt waren, so spielte in den genannten Fällen offensichtlich die sehr unterschiedlich ausgeprägte Bereitschaft, Arbeiter auch über ideologische Angebote in das Herrschaftssystem zu integrieren, eine wichtige Rolle.

Ein deutlicher Rückgang dieser auf unterschiedlichen Einschätzungen und Strategien beruhenden Meinungsverschiedenheiten ist seit dem Frühjahr 1937 festzustellen. Nun erfolgte ein von allen beteiligten Stellen getragener verschärfter Angriff auch auf die vermeintlich »unpolitischen« Bindungen des sozialistischen Milieus. Noch nicht aufgelöste Organisationen, vom Volkschor bis zum Arbeitersportverein, von den Freidenkern bis zur Konsumgenossenschaft, wurden häufig erneut durchleuchtet und zunehmend kritischer überprüft, ob sie tatsächlich eine Gleichschaltung im nationalsozialistischen Sinne vollzogen hatten oder unter dem Deckmantel oberflächlicher Anpassung die alte Gesinnungsgemeinschaft aufrechterhielten. Mit welcher Ernsthaftigkeit nun den kleinsten Äußerungen von Widerständigkeit im oppositionellen Milieu zu Leibe gerückt werden sollte, verdeutlicht die Tatsache, daß der Sicherheitsdienst der SS den Auftrag erhielt, in allen Arbeitergesangvereinen ständige V-Leute einzubauen, um eine de-

taillierte Überwachung zu gewährleisten[62]. Etwa zur gleichen Zeit, also nach der fast vollständigen Zerschlagung des organisierten Arbeiterwiderstandes, gerieten auch die abseits aller Vereinsstrukturen bestehenden informellen Kontaktkreise von ehemaligen Parteimitgliedern der SPD und der KPD sowie von Gewerkschaftern zunehmend in das Blickfeld der Verfolgungsbehörden. Zudem entzogen die steigenden Arbeitszeitanforderungen und die wachsende Massenloyalität in der durch Vollbeschäftigung gekennzeichneten Konsolidierungsphase des Regimes der zuvor vor allem durch Zusammenkünfte von erwerbslosen Männern innerhalb ihres heimischen Wohnviertels getragenen informellen, aber dennoch kollektiven Verweigerungshaltung auf anderer Ebene nach und nach die Grundlage. In den folgenden Jahren zersetzten die Auswirkungen des Krieges, zunächst die Einberufung der wehrfähigen Männer, später auch die Zerstörung der gewachsenen sozialräumlichen Strukturen in den großstädtischen Quartieren, den Zusammenhalt der traditionellen Milieus[63]. Angesichts der durch eine extreme Verschärfung in der Verfolgung auch kleinster oppositioneller Regungen gekennzeichneten Kriegssituation ist generell zu fragen, inwieweit ein über kleine, ganz private Kontaktkreise hinausgehender Milieuzusammenhang überhaupt aufrechtzuerhalten war, wenn ihm nahezu jeder Raum für eine öffentliche Entfaltung entzogen wurde. Der nach 1945 festzustellende Abbruch vieler traditioneller Milieubindungen, der bewußte Verzicht auf die Restitution zahlreicher Milieuvereine ist ohne die tiefe Zäsur, die der Weltkrieg darstellte, nicht zu erklären.

Regionalspezifische Unterschiede

Die vom sozialistischen Milieu ausgehenden informellen Formen der Verweigerung konzentrierten sich ganz eindeutig in den Großstädten und Industriegebieten[64]. Der kleinstädtische und ländliche Bereich spielte nur eine marginale Rolle. Allerdings wird man in Rechnung stellen müssen, daß die in einigen Städten offensichtlich noch relativ hohe Bindekraft der traditionellen sozialistischen Milieustrukturen auch zu einer verstärkten Aufmerksamkeit der Verfolgungsbehörden führte. Insofern ist zu bedenken, daß die hier vorgelegte Untersuchung sich bewußt auf ein Terrain bezieht, in dem sozialistische Milieuzusammenhänge nach 1933 noch in überdurchschnittlichem Maße wirksam waren. Aber auch zwischen den einzelnen Großstädten gab es wiederum deutliche Unterschiede. Als besondere Schwerpunkte sind Berlin und Bremen[65] herauszustellen. Relativ umfangreiche und intensive Formen milieugebundener Verweigerung sind weiterhin für Hamburg, Leipzig, Hannover, Stuttgart und die rheinisch-westfälischen Großstädte[66] nachweisbar. Für München und Nürnberg sind in den Akten des Reichssicherheitshauptamtes nur wenige Einzelbeispiele überliefert, durch Mehringers Untersuchung über den sozialdemokratischen Widerstand in Bayern[67] ist aber bekannt, daß es auch hier etliche Tarnvereine und informelle Gesinnungsgemeinschaften gab, wenn auch wohl nicht in vergleichbarem Maße wie in den zuvor genannten Städten. Schließlich liegen für Dresden, Breslau und Frankfurt[68] konkrete Hinweise auf ein vergleichbares Phänomen überhaupt nicht vor. Allerdings ist damit kein negativer Beweis erbracht, denn möglicherweise unerkannt gebliebene

Zirkel hinterließen logischerweise keine Spuren in den Verfolgerakten[69] und eine lokal unterschiedliche Intensität in der Verfolgung der Arbeiterbewegung könnte das Gesamtbild verzerren. Man wird also festhalten können, daß es zwar vermutlich in allen Großstädten in irgendeiner Form, aber offensichtlich eben in deutlich unterschiedlicher Intensität informelle Gesinnungsgemeinschaften gegeben hat. Dabei erstaunt es nicht, daß sich ein umfangreicheres Verweigerungsverhalten der lokalen sozialistischen Mikromilieus vor allem in den traditionellen Hochburgen der Arbeiterbewegung und in der Regel stärker in protestantisch als in katholisch geprägten Großstädten entfaltet hat[70]. Insgesamt ist davon auszugehen, daß ein vor 1933 noch weitgehend stabiles und dichtes Netz von Milieuvereinen und Traditionsbindungen eine wichtige Voraussetzung für informelle Verweigerungshaltungen und – nebenbei bemerkt – auch für den organisierten Widerstand war.

Fazit

Sowohl für die Arbeitersänger als auch für die Arbeitersportler kann ein breites Spektrum an Verhaltensformen gegenüber dem Nationalsozialismus nachgewiesen werden. Die große Mehrheit der Vereinsmitglieder paßte sich den neuen Gegebenheiten an, andere bemühten sich unter dem Deckmantel einer nur oberflächlichen Gleichschaltung darum, ihre Identität zu wahren und die traditionellen Milieuzusammenhänge aufrechtzuerhalten. Diese Formen oppositionellen Verhaltens, die sich auf einer informellen Ebene unterhalb des organisierten politischen Widerstandes konstituierten, erreichten in Relation zu der von den Nazis intendierten totalen gesellschaftlichen Gleichschaltung ein bemerkenswertes Ausmaß und wurden von den Verfolgungsbehörden dementsprechend auch als eine ernst zu nehmende Herausforderung begriffen.

Gleichzeitig ist festzustellen, daß den Nationalsozialisten bereits in der Formierungsphase ihres Regimes ein quantitativ bedeutender Einbruch in das sozialistische Milieu gelungen ist. Freilich relativiert dieser Befund in keiner Weise die Tatsache, daß in der kleinen Minderheit, die nach 1933 bereit war, dem Naziregime aktiven Widerstand oder zumindest eine partielle Verweigerungshaltung entgegenzusetzen, klassenbewußte Arbeiter überproportional vertreten waren.
Die herangezogenen Beispiele bestätigen nicht die These[71], daß sich die hier betrachteten informellen Formen der Verweigerung als eine »Solidargemeinschaft« der Parteifunktionäre der SPD und ihrer Vorfeldorganisationen fassen ließe, denn in vielen Milieuvereinen mit einem nachweisbaren Dissenspotential waren in großer Zahl auch parteipolitisch überhaupt nicht gebundene Arbeiter und ebenso auch kommunistische Parteigänger vertreten.

Während des »Dritten Reiches« kam es zu einer zunehmenden Zerstörung der zunächst noch aufrechterhaltenen Milieuzusammenhänge. Abweichend von den für die Zerschlagung des organisierten Widerstandes relevanten Zäsuren, erfolgte der Angriff auf das Milieu in drei deutlich unterscheidbaren Etappen: zunächst im Rahmen der unmittelbaren Machtübernahme im Frühjahr und Sommer 1933, dann im Zuge einer verschärften Verfolgungspraxis seit 1937 und schließlich durch die Radikalisierung der NS-Herrschaft während des Krieges. Für

die Zeitspanne vom Herbst 1933 bis ins Jahr 1936 ist eine Phase der relativen Ruhe zu konstatieren, in der sich in den Nischen des Systems existierende oppositionelle Kreise noch gewisse Freiräume erhalten konnten.

Informelle milieugebundene Formen der Selbstbehauptung und Verweigerung konzentrierten sich in hohem Maße auf die Großstädte und einige wenige Industrieregionen, während weite Teile der ländlich und kleinstädtisch geprägten Provinz von diesem Phänomen weitgehend unberührt blieben. Ein dichtes Netz von Milieuvereinen und gewachsenen Traditionsbindungen stellte eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung von Verweigerungshaltungen und organisiertem Widerstand in der Arbeiterschaft dar.

__ 1
Detlev Peukert in seiner 1982 erschienenen, als »Alltagsgeschichte« der NS-Zeit konzipierten Studie »Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde« (Köln 1982) auf S. 120.

__ 2
So das Fazit von Hans-Josef Steinberg, das er unter Bezugnahme auf Regionalstudien zu Essen und Bremen vertrat. (Die Haltung der Arbeiterschaft zum NS-Regime, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München-Zürich 1985, S. 867–874, hier S. 870). Allerdings räumte auch Steinberg ein, daß den Nationalsozialisten – forciert durch die Vollbeschäftigung aufgrund der Rüstungskonjunktur – seit 1936 verstärkt Einbrüche in das Arbeiterbewußtsein gelungen seien.

__ 3
Erich Matthias/Hermann Weber (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984. Die entsprechende Formulierung findet sich in der von Günter Braun, Wolfgang Horn und Erich Matthias verfaßten Einleitung (S. 69). Kritisch zu derartigen hypothetischen Überlegungen: Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung, Bremen 1986, S. 78ff.

__ 4
Vgl. Detlef Schmiechen-Ackermann, Großstädte und Nationalsozialismus 1930–1945, in: Horst Möller u.a. (Hrsg.), Nationalsozialismus in der Region, München 1996, S. 253–270.

__ 5
Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 224. Unbestritten ist in diesem Zusammenhang allerdings, daß Landarbeiter, »unformierte Arbeiter« und Nicht-Organisierte in weitaus stärkerem Maße die NSDAP unterstützten als die klassischen Industriearbeiter.

__ 6
Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990, S. 242. Vgl. auch Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im »Dritten Reich«. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989, sowie den Beitrag von W. Zollitsch in diesem Band.

__ 7
Eberhard Heuel, Der umworbene Stand. Die ideologische Integration der Arbeiter im Nationalsozialismus 1933–1935, Frankfurt am Main-New York 1989. Zu gegenteiligen Ergebnissen kommt: Michael Voges, Klassenkampf in der »Betriebsgemeinschaft«. Die »Deutschland-Berichte« der Sopade (1934–1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS), 21 (1981), S. 329–383. Zum nationalsozialistischen Arbeiterdiskurs vgl. zudem: Max H. Kele, Nazis and Workers. National Socialist Appeals to German Labor 1919–1933, Chapel Hill 1972;
Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975;
Gunther Mai, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 31 (1983), S. 573–613;
ders., »Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?« Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches, in: Geschichte und Gesellschaft (GG), 12 (1986), S. 212–234;
Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934, Frankfurt am Main-Bern-New York 1987;
Joachim Bons, Der Kampf um die Seele des Arbeiters. Zur Arbeiterpolitik der NSDAP 1920–1933, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 25 (1989), S. 11–41.

__ 8
E. Heuel (Anm. 7), S. 574f.

__ 9
Ulrich Herbert, Arbeiterschaft im »Dritten Reich«. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: GG, 15 (1989), S. 320–360, hier S. 320–322.

__ 10
Lepsius definierte die »sozial-moralischen Milieus« als »soziale Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen gebildet werden.« (M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80, hier S. 68 (neu in: M. Rainer Lepsius, Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50); vgl. zum Konzept der sozialmoralischen Milieus und speziell zum »sozialistischen Milieu« auch: ders., Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: ders., Demokratie in Deutschland, S. 51–79 (hier speziell S. 69ff.).

— 11
Ich beziehe mich hier auf die Drei-Lager-Theorie, die von einer aus dem Kaiserreich stammenden, in der Weimarer Zeit noch vorhandenen, aber sich bereits auflösenden Segmentierung der Wählerschaft in drei große Lager (das sozialistische, das katholische und das nationale) ausgeht. Eine komprimierte Zusammenfassung dieses Ansatzes bei:
Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992.

— 12
Vgl. dazu auch die kontrovers argumentierenden Beiträge von I. Marßolek und F. Walter/H. Matthiesen in diesem Band. Während zum Schicksal der Arbeiterkulturbewegung in der NS-Zeit nur kleinere Abhandlungen existieren, die einzelne Bereiche ausschnitthaft und häufig ausschließlich unter dem Aspekt der organisatorischen Aus- oder Gleichschaltung behandeln, liegen für die Weimarer Jahre inzwischen zahlreiche Darstellungen vor. Einen guten Überblick vermitteln: Dieter Langewiesche, Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: AfS, 22 (1982), S. 359–402;
Adelheid von Saldern, Arbeiterkulturbewegung in der Zwischenkriegszeit, in: Friedhelm Boll (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik, Wien-München-Zürich 1986, S. 29–71;
Peter Lösche/Franz Walter, Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 161–187;
Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Arbeiterkultur, Königstein/Taunus 1979;
Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt am Main-New York 1980;
Wilfried van der Wil/Rob Burns, Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt am Main-Berlin-Wien 1982;
Albrecht Lehmann (Hrsg.), Studien zur Arbeiterkultur, Münster 1984;
Gerd Storm, Michael Scholing und Armin Frohmann, Arbeiterkultur zwischen Gegenkultur und Integration. Ein Literaturbericht, in: IWK, 22 (1986), S. 318–357; Franz Walter, Konfliktreiche Integration: Arbeiterkultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Eine Zwischenbilanz, in: IWK, 24 (1988), S. 54–88;
W(ilhelm) L(eo) Guttsman, Worker's Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment, New York-Oxford-München 1990;
Peter Lösche (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik, 4 Bde., Bonn 1990ff.; Adelheid von Saldern, Massenfreizeitkultur im Visier. Ein Beitrag zu den Deutungs- und Einwirkungsversuchen während der Weimarer Republik, in: AfS, 33 (1993), S. 21–58.

— 13
Detlev Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987, S. 150–157. Vgl. auch Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin-Bonn 1988², S. 120–145.

— 14
Dietmar Klenke/Franz Walter, Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, in: Dietmar Klenke/Peter Lilje/Franz Walter, Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992 (= Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik, Bd. 3), S. 15–248.

— 15
D. Klenke/F. Walter (Anm. 14), S. 152–157. 1933 gehörten den im DAS organisierten Chören noch 147.000 Mitglieder an.

— 16
D. Klenke/F. Walter (Anm. 14), S. 197–208. Der zunächst innerhalb, dann außerhalb des Dachverbandes ins Leben gerufenen kommunistischen Oppositionsgruppe (zunächst »Kampfgemeinschaft der Arbeitersänger«, später »Arbeiter-Sängerbund« mit Sitz in Hamburg) schlossen sich nach den Angaben der KPD-internen Berichterstattung nur 4000 Personen an, was um 1930 etwa 2% der Arbeiter-Sänger-Bewegung entsprach.

— 17
Zu Arbeitern in »bürgerlichen« Sportvereinen und der Arbeitersportbewegung zusammenfassend: H. A. Winkler (Anm. 13), S. 122–127. Gegen die Sichtweise, daß der Sport in den Weimarer Jahren ein die Gesellschaft veränderndes Massenphänomen geworden sei, wendet sich: Christiane Eisenberg, Massensport in der Weimarer Republik. Ein statistischer Überblick, in: AfS, 33 (1993), S. 137–178.
Als exemplarische Studie instruktiv:
Martin L. Müller, Turnen und Sport im sozialen Wandel. Körperkultur in Frankfurt am Main während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, in: AfS, 33 (1993), S. 107–136.

— 18
Die Zahl der jugendlichen Mitglieder (unter 14 Jahren) stieg im Arbeiter-Turn-und-Sportbund nach Überwindung der Einbußen durch die Inflationsjahre sogar kontinuierlich an. Vgl. dazu Herbert Dierker, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre, Essen 1990, S. 261.
Überblicke über den Arbeitersport in der Weimarer Zeit geben: Horst Ueberhorst, Frisch, frei, stark und treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893–1933, Düsseldorf 1973;
Robert F. Wheeler, Organisierter Sport und organisierte Arbeit. Die Arbeitersportbewegung, in: Gerhard A. Ritter (Anm. 12), S. 58–73;
Diethelm Blecking (Hrsg.), Arbeitersport in Deutschland 1893–1933. Dokumentation und Analysen, Köln 1983;

Hans Joachim Teichler/Gerhard Hauk (Hrsg.), Illustrierte Geschichte des Arbeitersports, Berlin – Bonn 1987. Als exemplarische Studie instruktiv: Herbert Dierker/Gertrud Pfister (Hrsg.), Frisch heran – Brüder hört das Klingen! Zur Alltagsgeschichte des Berliner Arbeitersportvereins Fichte. Erinnerungen des ehemaligen Fichtesportlers Walter Giese, Duderstadt 1990.

19
Vgl. auch die Zahlenangaben bei H. Dierker (Anm. 18), S. 256ff. sowie die zahlreichen internen Berichte im Historischen Archiv der KPD, die in der Stiftung Archiv der Massenorganisationen und Parteien der DDR (im folgenden kurz: SAPMO), die heute eine Abteilung des Bundesarchives ist, verwahrt werden.

20
So in einigen Lokal- und Regionalstudien. Als Beispiel sei hier genannt: Günther Högl (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945, Dortmund 1992, S. 129ff. Über sozialistische Milieuorganisationen in der NS-Zeit liegen einige exemplarische Studien vor: Kuno Bludau, Nationalsozialismus und Genossenschaften, Hannover 1968; Peter Lösche/Michael Scholing, Solidargemeinschaft im Widerstand: Eine Fallstudie über »Blick in die Zeit«, in: IWK, 19 (1983), S. 517–561; Karl Ditt, Konsumgenossenschaften im Dritten Reich, in: IWK, 23 (1987), S. 82–111; Albert Schepers, Genossenschaften im »Dritten Reich«, in: Klaus Novy (Hrsg.), Anders leben, Berlin-Bonn 1985, S. 102–111; Hans Joachim Teichler, Arbeitersport und Arbeitersportler im »Dritten Reich«, in: ders./G. Hauk (Hrsg.), Illustrierte Geschichte des Arbeitersports, Berlin-Bonn 1987, S. 231–241.
Am instruktivsten sind bislang zwei Regionalstudien, die exemplarisch auch den Milieuzusammenhang beleuchten: I. Marßolek/R. Ott (Anm. 3), S. 223–225, und Hartmut Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Band V, München-Wien 1983, S. 287–432, speziell S. 418–432. Ansätze zu einer theoretischen Systematisierung bietet zudem: William Sheridan Allen, Die sozialdemokratische Untergrundbewegung: Zur Kontinuität der subkulturellen Werte, in: J. Schmädeke/P. Steinbach (Anm. 2), S. 849–866.

21
Bundesarchiv Koblenz (im folgenden: BAK): R 58/333, Bl. 64, sowie R 58/521, Bl. 25.

22
Im März 1933 entschied das Gestapa, daß selbst in dem bekannten, kommunistisch orientierten Berliner Arbeitersportverein »Fichte« die Ballspieler, Schwimmer, Leichtathleten, Tennis- und Schachspieler unter festgelegten Bedingungen ihre sportlichen Aktivitäten bis auf weiteres fortsetzen durften (BAK: R 58/521, Bl. 24).

23
Stapo Dortmund an das Gestapa, 24. 7. 1933, Bundesarchiv Potsdam (im folgenden: BAP): St 3/744, Bl. 1.

24
BAP: PSt 3/310.

25
Eingabe des Vorstandes des DAS an das Preußische Innenministerium, 24. 3. 1933, BAP: PSt 3/310, Bl. 56/57.

26
Der Reichsminister des Innern, Frick, an die Landesregierungen, 20. 6. 1933, BAP: PSt 3/310, Bl. 64. Vgl. dazu auch die Denkschrift der Reichsmusikkammer »Zur Wiedereinrichtung der ehemaligen Arbeitergesangvereine«, die den Erhalt der Arbeiterchöre im nationalsozialistischen Staat nachhaltig unterstützte, Hauptstaatsarchiv (im folgenden: HStA) Düsseldorf: BR 1021/442, Bl. 85/86.

27
BAP: PSt 3/310.

28
Eingabe des Männer- und Gemischten Chores [Berlin-]Adlershof an den Reichsinnenminister Frick, 24. 7. 1933, BAP: PSt 3/310, Bl. 88.

29
Dazu u.a. Harold Hurwitz/Klaus Sühl, Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, Köln 1984, S. 184ff.;
Frank Moraw, Die Parole der »Einheit« und die Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973.

30
Diverse Überwachungsberichte in BAP: PSt 3/310 und St 3/327.

31
In der nationalsozialistischen Sprachregelung sind damit Sozialdemokraten und Linkssozialisten gemeint.

32
Zusammenfassender Bericht des Gestapa über die Berliner Liederfreunde, 28. 4. 1938, BAP: PSt 3/310, Bl. 260/261.

33
H. Hurwitz/K. Sühl (Anm. 29), S. 184.

34
BAP: PSt 3/310; BAP: St 3/744; BAK: R 58/629; SAPMO: I 3/18–19, Nr. 68.

35
BAK: R 58/330, Bl. 109ff.

36
So die übliche Bezeichnung der Kommunisten für alle Sportvereine, die nicht den Dachverbänden des Arbeitersportes angehörten.

— 37
Bericht des kommunistischen Sportfunktionärs »Bruno« für die Sitzung der deutschen Kommission im Mitteleuropäischen Ländersekretariat der Kommunistischen Internationale in Moskau am 6. 4. 1934, SAPMO: KPD I 2/710, Nr. 2, Bl. 20–43, hier Bl. 22.

— 38
Bericht der Stapo Berlin an das Gestapa, 23. 6. 1934, BAK: R 58/630, Bl. 36–39 sowie Schreiben des Beauftragten des Reichssportführers an das Gestapa, 6. 2. 1934, BAK: R 58/314, Bl. 120.

— 39
BAK: R 58/630, Bl. 36–39 sowie SAPMO: KPD I 2/710, Nr. 2, Bl. 78–94, hier Bl. 85.

— 40
BAK: R 58/314, Bl. 69/70.

— 41
Bericht [über die Sportbewegung in Deutschland], 23. 8. 1935, SAPMO: KPD I 2/710, Nr. 2, Bl. 78–94, hier Bl. 85.

— 42
SAPMO: KPD I 2/710, Nr. 1, Bl. 76 sowie KPD I 4/10, Nr. 1, Bl. 97.

— 43
Bericht eines kommunistischen Sportfunktionärs aus Berlin, 7. 4. 1934, SAPMO: KPD I 2/710, Nr. 2, Bl. 32.

— 44
Vermerk der Stapo Berlin, 9. 4. 1935, BAK: R 58/334, Bl. 42.

— 45
Bericht des Instrukteurs für den Bezirk Niederrhein an die Kommunistische Internationale, November [1933], SAPMO: KPD I 3/20, Nr. 44, Bl. 113. Der Bericht bezieht sich vor allem auf die ehemaligen Hochburgen des kommunistischen Arbeitersports in Düsseldorf und Solingen, der konkret angesprochene Fall ausnahmsweise nicht auf eine der von mir untersuchten Großstädte, sondern auf den Arbeiterschwimmverein in Solingen.

— 46
Bericht des SS-Oberabschnittes Elbe an das SD-Hauptamt, 20. 9. 1936, BAK: R 58/314, Bl. 94–101. Vgl. zu den Rückzugsmöglichkeiten im bremischen Arbeitermilieu auch: I. Marßolek/R. Ott (Anm. 3), S. 223–225.

— 47
SAPMO: KPD I 2/710, Nr. 2, Bl. 85.

— 48
Beispiele hierfür sind: der Radfahrverein Duisburg-Meiderich 1931, vorher »Fichte« Duisburg (BAP: St 3/760, Bl. 144/145); der von den »Fichte«-Wasserfahrern in Berlin gegründete Tarnverein »Wasserfreunde Köpenick« (BAK: R 58/695, Bl. 100–102); eine von kommunistischen Jugendlichen in Stuttgart ins Leben gerufene »Wandergruppe ASV« (BAP: PSt 3/90, Bl. 21–24); die von den »Freien Schwimmern Düsseldorf« gegründeten Nachfolgevereine (BAK: R 58/334, Bl. 51–89 sowie HStA Düsseldorf: BR 1021/440); mehrere Hamburger Wassersportvereine (BAK: R 58/334, Bl. 107).

— 49
Bericht des Gestapa, 6. 11. 1933, BAK: R 58/521, Bl. 36.

— 50
Bericht des Gestapa, 28. 3. 1933, BAK: R 58/521, Bl. 23/24.

— 51
Bericht von »Bruno«, 6. 4. 1934, SAPMO: KPD I 2/710 Nr. 2, Bl. 20–43, hier Bl. 39.

— 52
Solche Fälle sind durch Berichte der örtlichen Staatspolizeistellen für Stuttgart (BAP: PSt 3/88, Bl. 117), Berlin (BAK: R 58/521, Bl. 132–140 und BAP: St 3–327, Bl. 61 sowie SAPMO: KPD I 2/710, Nr. 2, Bl. 135–161), Bremen (BAP: St 3/309, Bl. 26 und BAP: St 3/718, Bl. 71–73) und Leipzig (BAK: R 58/314, Bl. 94–101) belegt sowie für München bei Mehringer (Anm. 20), S. 419, und für Hannover durch Interviews mit Zeitzeugen und einen Bericht in SAPMO: I 3/14–40, Bl. 37–41.

— 53
Interview mit Hermann Reuper (Hannover), 21. 10. 1986, geführt von Michael Bayartz und Detlef Schmiechen-Ackermann, Forschungsprojekt »Widerstand in Hannover«, Universität Hannover.

— 54
Hierbei hat eine Gegenkontrolle zudem ergeben, daß nicht alle von den lokalen Staatspolizeistellen durchgeführten Überwachungsmaßnahmen sich auch in den Akten des Reichssicherheitshauptamtes, die hier vor allem zugrunde gelegt wurden, niedergeschlagen haben.

— 55
Dies wird im Rahmen einer umfassenden Untersuchung, an der der Verfasser derzeit arbeitet, geschehen.

— 56
Bericht des Sachbearbeiters der Politischen Polizei Berlin (ab 26. 4. 1933: Gestapa), 19. 4. 1933, BAK: R 58/521, Bl. 25/26.

— 57
Antwort des Gestapa an das Polizeipräsidium Stuttgart, 8. 8. 1933, BAP: St 3/289, Bl. 63. Auffallend ist, daß in dem Brief zahlreiche Korrekturen vorgenommen wurden. Es handelte sich also offensichtlich um eine sensible Angelegenheit, der der erste Briefentwurf nicht voll gerecht wurde!

— 58
HStA Düsseldorf: BR 1021/442.

— 59
Runderlaß des Reichswirtschaftsministers, betreffend die Konsumgenossenschaften, 17. 7. 1933, HStA Düsseldorf: RW 36/29; Deutsche Arbeitsfront an Gestapa, 20. 3. 1935, BAK: R 58/632, Bl. 55.

— 60
BAK: R 58/314, Bl. 120 sowie BAP: St 3/309, Bl. 32 ff.

61
Zur Polykratie-These: Peter Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, in: GG, 2 (1976), S. 417–442; Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1989[15], S. 326–402; Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988, S. 125–164.

62
RFSS und Chef des Sicherheitshauptamtes an die SD-Führer aller SS-Oberabschnitte, 18. 6. 1937, BAP: PSt 3/310, Bl. 108.

63
Die hierzu von H. Mehringer (Anm. 20), S. 429, am Beispiel Bayerns entwickelten Thesen lassen sich auf alle deutschen Großstädte übertragen.

64
Während 1933 nur knapp ein Drittel der deutschen Bevölkerung in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern lebte, bezieht sich die große Mehrzahl der in den RSHA-Akten dokumentierten Fälle auf großstädtische Verhältnisse. Überrepräsentiert ist vor allem die von mir untersuchte Gruppe der Städte mit über 400.000 Einwohnern und darin wiederum in ganz besonderem Maße Berlin. Neben den erwähnten Großstädten spielten das rheinisch-westfälische, das mitteldeutsche und das saarländische Industriegebiet noch eine Rolle. Eine Entsprechung findet dieser Befund einer starken Konzentration auf die Großstädte übrigens auch in einer vergleichenden Auswertung der parteiinternen Berichterstattung der KPD sowohl über den organisierten Widerstand als auch über die kommunistische Einflußnahme auf informelle Kontaktkreise und Milieuvereine der Arbeiterschaft.

65
Im Rahmen einer mit aller gebotenen Vorsicht vorgenommenen quantitativen Abwägung muß Berlin eindeutig eine Spitzenstellung bei Breite und Umfang der hier untersuchten Verweigerungsformen zugewiesen werden. Darüber hinaus bestätigt sich aber auch die Feststellung von I. Marßolek/R. Ott, daß das sozialistische Arbeitermilieu in Bremen sehr stark und geschlossen und gleichzeitig die Nationalsozialisten so schwach verankert waren, daß ein großer Spielraum für »kollektive Rückzugsmöglichkeiten« bestehen blieb (I. Marßolek/R. Ott, Anm. 3, S. 223). Neben Berlin ist Bremen die einzige Großstadt, für die in den RSHA-Akten Formen von Verweigerung und Selbstbehauptung in zahlreichen Bereichen des sozialistischen Milieus (Arbeitersport, Arbeitersänger, Genossenschaften, Kulturvereine, Jugendorganisationen usw.) nachgewiesen werden können.

66
In den von mir ausgewerteten Akten sind Düsseldorf und Dortmund am häufigsten vertreten. Für Essen sind in den RSHA-Akten keine Hinweise enthalten, wohl aber Einzelfälle in den Akten der Staatspolizeistelle Düsseldorf nachweisbar. Bei Hans-Josef Steinberg (Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Hannover 1969) finden sich keine Hinweise, da er sich bewußt auf den Widerstand im engeren Sinne bezieht (S. 16). Duisburg wird nur am Rande erwähnt, auch bei Kuno Bludau (Gestapo geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945, Bonn-Bad Godesberg 1973) finden sich keine einschlägigen Hinweise. Erwartungsgemäß nimmt auch Köln in den Verfolgerakten keine herausragende Stellung ein. Bei Gerhard Brunn (Verfolgung und Widerstand in Köln, in: Leo Haupts/Georg Mölich (Hrsg.), Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft in Köln und im Rheinland, Köln 1983, S. 9–37) wird lediglich ein »resignativer« Rückzug in kleine private Zirkel erwähnt (S. 22), sowohl die Darstellung von Adolf Klein (Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933–1945, Köln 1983) als auch der Begleitband zur Ausstellung »Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1945« (Historisches Archiv der Stadt Köln, 1974) enthalten keine konkreten Hinweise.

67
H. Mehringer (Anm. 20), S. 418–432.

68
Im Falle von Dresden und Breslau könnten Forschungsdefizite eine Rolle spielen. Konkrete Hinweise auf milieugebundene Verweigerungsformen finden sich in der vorliegenden Literatur nicht. In den Akten des Reichssicherheitshauptamtes sind für Dresden lediglich zwei Einzelfälle erwähnt, für Breslau keiner. Ähnlich ist der Stand für Frankfurt. Bei Dieter Rebentisch (Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im Dritten Reich 1918–1945, in: Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt, Sigmaringen 1991, S. 423–520) findet sich nur ein ganz allgemeiner Hinweis, daß sich sozialdemokratische Kreise in Sportvereinen oder zum Kartenspielen in Gastwirtschaften getroffen hätten (S. 504). Die umfangreicheren Untersuchungen (Barbara Mausbach-Bromberger, Der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus in Frankfurt am Main 1933–1945, Frankfurt am Main 1976 und Susanna Keval, Widerstand und Selbstbehauptung in Frankfurt am Main 1933–1945, Frankfurt am Main-New York 1988) enthalten – ebenso wie die Akten des RSHA – keine konkreten Hinweise.

69
Dazu auch H. Mehringer (Anm. 20), S. 418.

70
Als aussagekräftige Beispiele für ein vergleichsweise schwächeres Verweigerungsverhalten des lokalen sozialistischen Milieus können Köln, München, Essen und Frankfurt gelten.

71
Peter Lösche/Michael Scholing, Solidargemeinschaft im Widerstand: Eine Fallstudie über »Blick in die Zeit«, in: IWK, 19 (1983), S. 517–561, hier vor allem S. 561. Vgl. zur Diskussion um die sozialdemokratische Solidargemeinschaft in der Weimarer Republik auch: Peter Lösche/Franz Walter, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: GG, 15 (1989), S. 511–536. Als Replik: Hartmann Wunderer, Noch einmal: Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG, 18 (1992), S. 88–93

Katholische Würdenträger mit »Hitler-Gruß« in Berlin-Neukölln am 20. 8. 1933, ganz links Erich Klausener

Von Jungkatholiken errichtete Gedenkkreuze am Schießstand in Sulzbach 1934

Cornelia Rauh-Kühne

Anpassung und Widerstand?

Kritische Bemerkungen zur Erforschung des katholischen Milieus

»Die Leute schweigen zu allem, was ihnen im Namen der NSDAP zugemutet wird«, berichtete im Juni 1934 der Pfarrer des am Rande des Nordschwarzwalds gelegenen katholischen Dorfes Spessart an das Erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg. *»Die Leute erfüllen treu und gewissenhaft ihre Pflichten gegen das neu erwachte Deutschland und werden trotzdem als scheinheilige schwarze Gauner hingestellt. Sie machen pünktlich ihren Dienst in der SA und SA-Reserve, aber man nennt sie verkappte Zentrumsbrüder, und sie schweigen. Sie kaufen jeden Sonntag die für den Tag bestimmte Plakette, sie bringen genau dieselben Opfer wie die anderen, aber man stellt sie als Vaterlandsverräter hin, und sie schweigen. Sie besuchen die NS-Versammlungen, hören dort die fortgesetzten Angriffe gegen unsere Hl. Religion und die bösen Zentrumspfaffen, und sie schweigen, nur daß sie zum Schlusse das Deutschlandlied singen und Heil Hitler rufen, wie die andern.«*[1]

Dieser Insider-Bericht eines Geistlichen zum politisch angepaßten Verhalten seiner Gemeindemitglieder schildert Eindrücke, die mit der angeblich beharrlichen »Resistenz«[2] des sogenannten Politischen Katholizismus[3], wie sie in unzähligen Stimmungs- und Lageberichten der Partei- und Staatsorgane begegnet, nur schwer in Einklang zu bringen sind. Es dürfte sich gleichwohl im badischen Spessart nicht um untypische Verhaltensweisen gehandelt haben – jedenfalls gilt das für die frühen Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft. Auch im bayerischen Eichstätt notierte ein Führer des katholischen Jungmännervereins im April 1933 in sein Tagebuch: »... Wir jungen, nicht hitlerischen Menschen stehen z.Zt. ganz frei und verlassen da. Die Alten, vor allem Lehrer, Beamten usw. laufen alle zu den Nazis über (des Gehalts wegen) und wir ???...«[4] Dabei war Eichstätt, »kaum industrialisiert, kleinstädtisch, fast rein katholisch und zudem Bischofsstadt [...], ein Musterbeispiel für das, was Carl Amery [und in Anlehnung an Amery, von der Forschung stark beachtet, der Soziologe M. Rainer Lepsius] als ›katholisches Milieu‹ bezeichnet hat, ein Beispiel« – so Evi Kleinöder – »auch für dessen relativ große Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus«[5]. Ähnlich konsterniert, ja frustriert äußerten sich aber auch Pfarrer noch in der Kriegszeit. In Ettlingen, das bis 1933 ebenfalls über ein traditionsreiches, gut durchorganisiertes und scharf gegen weltanschauliche Gegner abgegrenztes katholisches Milieu verfügt hatte, beklagte ein Geistlicher 1943 eine selbst unter gläubigen Katholiken verbreitete ideologische Desorientierung, die er mit unbedingter Gefolgsbereitschaft

gegenüber dem Regime und seinem »Führer« gepaart sah[6]. Allerdings sind Quellen, die Einstellung und Verhalten der Katholiken gegenüber dem Nationalsozialismus am ehesten authentisch wiedergeben könnten, sei es in Gestalt subjektiver Eindrücke des niederen Klerus, sei es in Form von zeitgenössischen Äußerungen einzelner Gemeindemitglieder in Tagebüchern oder Briefen, bislang nicht systematisch erhoben worden. Pfarrarchive, Privatnachlässe und insbesondere die Vielzahl der Pfarrchroniken wurden von der zeitgeschichtlichen Forschung bislang nur in Einzelfällen benutzt.

Das hängt damit zusammen, daß die Erforschung des deutschen Katholizismus aus der Perspektive »von unten« bisher noch kaum ernsthaft in Angriff genommen wurde. »Das katholische Milieu in seiner sozial- und alltagsgeschichtlichen Verankerung wie Wirksamkeit« ist – wie kürzlich zutreffend beklagt wurde – »terra incognita«, und das gilt nicht etwa nur für den hier behandelten Zeitraum des Nationalsozialismus, sondern auch für das Kaiserreich und insbesondere für die Weimarer Republik[7].

Die Frage nach Kontinuität oder Wandlung von politischen Einstellungen an der Basis des katholischen Milieus im Gefolge der nationalsozialistischen Machtübernahme läßt sich daher beim gegenwärtigen Forschungsstand kaum allgemeingültig beantworten. Denn herauszufinden, »wie die Menschen damals ihr eigenes Handeln verstanden« (Hürten), welche kollektiven Einstellungen und politisch-sozialen Leitbilder ihrem Verhalten zugrunde lagen und wie diese zustande kamen und konserviert wurden, ist nicht einfach. Besonders schwierig aber wird es da, wo man versucht, diesen Fragen im Rahmen der Erforschung eines totalitären Systems nachzugehen, durch das mißliebige Meinungen unterdrückt und abweichendes Verhalten sanktioniert wurden[8].

Da Einstellungen und gesellschaftliche Leitbilder sich im allgemeinen nur langfristig verändern, nicht aber ad hoc durch politische Umbrüche, liegt es nahe, zur Erforschung des Verhältnisses der Katholiken zum Nationalsozialismus den Untersuchungszeitraum auf die zwanziger Jahre auszudehnen. Dieser Weg wurde daher des öfteren gewählt, wobei man insbesondere bei der historischen Wahlforschung Anleihen machte. Die Forschung hat sich aber lange Zeit mit quantifizierenden Wahlanalysen begnügt[9], während die Politische Kultur des katholischen Milieus, die subjektive Dimension von Politik, die hinter den manifesten Wahlentscheidungen stand und in der milieuspezifische, z.T. religiöse Deutungsmuster zum Tragen kamen, bislang nur wenig Beachtung fand[10]. Die Ergebnisse der wahlgeschichtlichen Forschung sind allgemein bekannt und wurden – soweit sie unser Thema betreffen – jüngst von Jürgen Falter noch einmal mit differenzierten Untersuchungsmethoden bestätigt: nämlich »daß es die NSDAP bei der katholischen Bevölkerung bis zum November 1932 bei Wahlen sehr schwer hatte – sehr viel schwerer zumindest als bei der nicht-katholischen Stadt- und Landbevölkerung«[11]. Als »resistent« gegenüber der NSDAP hätten sich demnach nicht nur jene Katholiken erwiesen, die Zentrum oder BVP wählten und somit der

»katholischen Wahlnorm« genügten, sondern auch nur nominelle Katholiken, die keine Kirchenbindung mehr aufwiesen. Falter resümiert denn auch: »Hätte es [im Deutschen Reich] [...] nur Katholiken gegeben, wäre es wohl nie zu einer nationalsozialistischen Machtübernahme gekommen [...]«[12].

Ist dies ein eindeutiger Befund, so läßt er doch manche Frage zur Politischen Kultur des katholischen Milieus und erst recht der Katholiken in der Weimarer Republik offen. Welche politischen Einstellungen die Masse der Katholiken zur Demokratie von Weimar hegten, ist damit nämlich ebenso wenig geklärt wie ihr Verhältnis zur nationalsozialistischen Bewegung im Vorfeld von Hitlers Machtübernahme.

Noch die geringsten Probleme bereitet es zu ermitteln, für welche Parteien Katholiken sich entschieden, wenn sie ihre Stimme nicht Zentrum oder BVP gaben: Übereinstimmend haben mehrere Regional- und Lokalstudien gezeigt, daß auch die katholische Arbeiterschaft nach links tendierte, soweit sie nicht mehr in das katholische Sozialmilieu integriert war: in traditionsreichen Industriestädten wie Augsburg oder Ettlingen vornehmlich zur Sozialdemokratie; dagegen zur KPD, wo plötzliche Industrieansiedlung oder Wanderungsbewegungen soziale Entwurzelung zur Folge hatten, etwa im Saargebiet, in einigen Landkreisen des Regierungsbezirks Aachen oder in Teilen der Münchner Arbeiterschaft[13]. Der katholische Mittelstand hingegen scheint – soweit er sich von der Kirche distanzierte und außerhalb des katholischen Milieus begab – zunächst bei interessenpolitischen Splitterparteien sein Heil gesucht zu haben, um dann jedoch meist bald zur NSDAP abzudriften[14].

Schwieriger als die Ermittlung dieser mit quantifizierenden Methoden nachweisbaren Sachverhalte ist es, das Wahlverhalten der Zentrum oder BVP wählenden Katholiken angemessen zu beurteilen. Denn die Befolgung der »katholischen Wahlnorm« (Falter) konnte auf vielerlei Ursachen zurückzuführen sein.

Die von den Wählern geübte Treue gegenüber einer katholischen Partei kann als rationale Entscheidung interpretiert werden, die ebenso weltanschaulich wie interessenpolitisch begründet sein konnte, aber auch als bloße Befolgung der autoritativ von den Bischöfen wie den Ortsgeistlichen in Kirchenblättern und von den Kanzeln erteilten »Wahlempfehlungen«. Sie konnte auch – wie Günter Plum schon Anfang der siebziger Jahre in einer Regionalstudie zum Regierungsbezirk Aachen nachzuweisen versucht hat – Ausfluß von Ressentiments gegen eine pluralistisch organisierte Gesellschaft sein und sich in kulturkämpferischen Traditionen bewegen[15]. Denn die aggressive Abgrenzung gegen konfessionelle oder kulturpolitische Gegner des Katholizismus gehörte bis Ende der Weimarer Republik zum Standardrepertoire des Wahlkampfs der katholischen Parteien, charakterisierte die Inhalte von katholischer Tagespresse und Kirchenblättern und fand z.T. auch von der Kirchenkanzel, vereinzelt sogar im Beichtstuhl Verbreitung. Die Sozialdemokraten, mit denen das Zentrum immerhin im Reich ebenso wie in mehreren Landtagen lange Zeit die Regierung bildete, wurden von katholischen Presseorganen, mitunter aber auch von Geistlichen als »Todfeinde der Religion und der

guten Sitte« oder als »Neuheiden« abklassifiziert. Ein solcher Umgangsstil mit den ideologischen Gegnern prägte in vielen katholischen Regionen die Politische Kultur, auch in Ländern, in denen die SPD traditionell reformistisch und keineswegs antikirchlich aufgetreten war, in denen daher – wie z.B. in Baden – die Angst der Katholiken vor den »Religionsgegnern« nicht auf realhistorischen Erfahrungen beruhte. Von daher sollten ähnliche, gegen die aufstrebende NSDAP gerichtete Anwürfe von katholischer Seite nicht von vornherein als Ausweis demokratischer Überzeugungstreue der Katholiken und Treue zur Republik bewertet werden. Die häufig ebenfalls im Vorwurf des Neuheidentums gipfelnden Angriffe gegen die nationalsozialistische Bewegung markierten oft keine prinzipielle Reserviertheit gegenüber einer antidemokratischen Partei, sondern dienten in erster Linie der Abgrenzung gegenüber dem kulturpolitischen Gegner[16].

Das Votum der Katholiken für Zentrum oder BVP wird man schließlich auch als Ausdruck der Bindekraft des katholischen Sozialmilieus interpretieren müssen. Diese war dort besonders ausgeprägt, wo Katholiken – wie in Eichstätt und in weiten Teilen Bayerns – noch in traditional-ländlichen Verhältnissen lebten, wo Urbanisierung und Säkularisierung noch wenig fortgeschritten waren, der Ortspfarrer die unumstrittene Autorität verkörperte und wo es daher noch nicht einmal der organisatorischen Abstützung des Milieus durch katholische Vereine bedurfte[17]. Nicht minder stark, wenngleich von geringerer Reichweite in Bezug auf die katholische Gesamtbevölkerung war die politische Verhaltenswirksamkeit des katholischen Milieus dort, wo – wie etwa auf lokaler Ebene in Ettlingen oder regional verdichtet im Saargebiet – im Laufe der Industrialisierung eine konfessionelle Durchmischung stattgefunden hatte, die zur Überlagerung sozialer und konfessioneller Unterschiede und zum raschen organisatorischen Ausbau konkurrierender Sozialmilieus geführt hatte. Die Abschottung gegenüber den weltanschaulichen Gegnern spielte hier auch für die Integration der Katholiken ins eigene Milieu eine wichtige Rolle.

Hier wie da, im ländlichen ebenso wie im städtischen Kontext zeichnete sich das katholische Milieu durch eine das Alltagsleben ritualisierende Kultur aus, die individuelle Lebensführung und katholisches Wert- und Normensystem ständig miteinander vermittelte und das Individuum auf einer vorbewußten Ebene in das katholische Normen- und Glaubenssystem integrierte[18]. Das politische Verhalten war Bestandteil dieses Normensystems, und die erfolgreiche Abschottung des katholischen Milieus hatte somit die paradoxe Wirkung, daß die subkulturelle Einbindung der Politik, die auf Makroebene die Ausbildung eines allgemeinen Staatsbürgertums und eine frühzeitige Parlamentarisierung Deutschlands behindert hatte, an der Basis doch zugleich eine Schwelle gegen die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie durch den Nationalsozialismus bildete[19].

»Resistenz« gegenüber den Verheißungen der NSDAP in der Zeit bis zur Märzwahl 1933 sollte jedoch – das dürften die bisherigen Ausführungen verdeutlicht haben – nicht mit »Dissens« verwechselt werden[20]. Denn eine solche Haltung hätte eine bewußte Auseinandersetzung mit den weltanschaulichen, politischen oder ökonomischen Programmen des Nationalsozialismus vorausgesetzt oder

hätte sich doch zumindest auf die Ablehnung des nationalsozialistischen Führungspersonals, den Politikstil der NSDAP oder ihrer lokalen Repräsentanten stützen müssen. Das aber traf gewiß nur auf eine Minderheit der Zentrums- oder BVP-Wählerinnen und Wähler zu. Vor allem sollte aus der Präferenz für eine katholische Partei nicht vorschnell eine Disposition zu Resistenz oder gar Widerstand in der Zeit nach 1933 abgeleitet werden. Dissens und Resistenz gilt es vielmehr jeweils erst nachzuweisen und auf ihre Ursachen und Ausdrucksformen zu befragen.

Das vor einem Jahrzehnt mit sechs voluminösen Bänden zum Abschluß gebrachte Bayernprojekt[21] hat bei der Erforschung des Verhaltens der Katholiken während der NS-Zeit wichtige Pionierarbeit geleistet und damit »den wissenschaftlichen Diskurs auf eine neue Ebene gebracht und zugleich neue Perspektiven für den moralischen Diskurs über die damals Handelnden eröffnet«[22].

Der Versuch, das Verhalten und die Einstellungen von Katholiken und Katholikinnen in der NS-Zeit auch außerhalb unmittelbar kirchlich-religiöser Bezüge – möglichst vergleichend mit anderen weltanschaulichen Gruppen der deutschen Gesellschaft – zu erfassen und auf ihre konfessions- oder milieuspezifischen Voraussetzungen hin zu befragen, wurde allerdings auch in den Bayernstudien nur ansatzweise unternommen und nicht theoretisch reflektiert[23]. Nur ein solcher Ansatz aber wäre geeignet zu prüfen, wieweit die Resistenz bzw. weltanschaulicher Dissens oder Opposition der Katholiken – im Vergleich zu der etwa von Sozialdemokraten, Kommunisten oder kirchlich gebundenen Protestanten – gegenüber den totalitären Verhaltensanforderungen des Nationalsozialismus reichte, welche lokalen oder regionalen Faktoren dabei eine Rolle spielten, welche Bedeutung der katholischen Weltanschauung und welche Funktion der Stabilität des Milieus zukam[24]. Nach zwei Jahrzehnten intensiver Diskussion um die Alltagsgeschichte[25] und in Anbetracht der vielen Titel zum Katholizismus in der NS-Zeit ist dies ein ernüchternder Befund. Neben forschungspragmatischen und methodischen hat er auch weltanschaulich-politische und wissenschaftsorganisatorische Ursachen, deren Einfluß auf den Gang der Forschung im folgenden kurz skizziert werden soll.

Daß die Aufmerksamkeit der Wissenschaft bis heute vor allem der Politik des deutschen Episkopats und in viel geringerem Maße den Erfahrungs- und Lebenszusammenhängen des niederen Klerus[26], des Kirchenvolks oder der (nur nominellen) Katholiken gegolten hat, ist zunächst einmal keine Besonderheit der Forschung zur NS-Zeit. Generell war in Deutschland die Beschäftigung mit Themen der Religions-, Konfessions- und Kirchengeschichte lange Zeit fast ausschließlich das Terrain von Kirchenhistorikern und etatistisch orientierten Profanhistorikern gewesen[27], während – jedenfalls für die späte Neuzeit, ganz besonders aber für die Zeitgeschichte – die perspektivenreichere und methodisch innovativere Sozialgeschichte ein eigentümliches Desinteresse an den Phänomenen Religion, Konfession und auch Kirche gezeigt hat. Nur wo das in Deutschland besonders spannungsvolle Verhältnis zwischen Staat und Kirche zur Debatte stand,

sahen sich auch Profanhistoriker auf den Plan gerufen. Und primär in diesem Kontext wurden lange Zeit die Auseinandersetzungen zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus von der zeitgeschichtlichen Forschung betrachtet. Die Fixierung auf das totalitarismustheoretische Paradigma sorgte zugleich jedoch für eine isolierte Betrachtung der NS-Zeit, so daß historische Kontinuitäten, die zum Verständnis des Kirchenkampfes und seiner (erfahrungsgeschichtlichen) Bedeutung für den Katholizismus hätten beitragen können, unbeachtet blieben. Die allgemeine zeitgeschichtliche Forschung bot damit vom Ansatz her kaum einen Kontrast zur Sichtweise der – traditionell stark auf die Kirche als Institution ausgerichteten – Kirchenhistoriker.

Das hängt auch damit zusammen, daß die meisten Profanhistoriker, die sich des Themas annahmen, ebenfalls eine institutionelle Nähe zur katholischen Kirche aufwiesen. Diese war seit dem Zusammenbruch des NS-Regimes – wenn auch im Laufe der Jahre mit geringer werdender Insistenz und wissenschaftlich adäquateren Methoden – bemüht gewesen darzutun, wie sie ihre Rolle und Haltung während des Dritten Reiches beurteilt sehen wollte[28]. Diesem Zwecke diente zunächst eine Reihe wissenschaftlich fragwürdiger Veröffentlichungen, nachdem im Rahmen der den Deutschen durch die Siegermächte verordneten Entnazifizierung auch die katholische Geistlichkeit ins Gerede gekommen war und man vereinzelt den Klerus sogar mitverantwortlich gemacht hatte »für die mißlichen Folgen, welche jetzt katholischen Laien ob ihrer Parteimitgliedschaft u.ä. zu tragen haben«[29]. Den Auftakt dieses apologetischen Schrifttums bildete das 1946 im Verlag der Katholischen Kirche Bayerns erschienene, vielbeachtete Buch »Kreuz und Hakenkreuz« des Münchner Weihbischofs Johann Neuhäusler[30]. Der Autor postulierte einen katholischen Widerstand gegen das Dritte Reich als »*allgemeine*, alle Schichten erfassende und die ganzen zwölf Jahre der Hitler-Diktatur hindurch wirksame Erscheinung«[31]. Bernhard Vollmers wissenschaftlich zwar seriöser einzustufende Quellenedition, »Volksopposition im Polizeistaat«[32], transportierte diesen Anspruch gut zehn Jahre später dann sogar im Titel. Die Wirkung solcher Deutungen sollte sich Anfang der sechziger Jahre zeigen, als ein kritischer Artikel des Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde in der katholischen Zeitschrift »Hochland« am Mythos vom katholischen Fundamentalwiderstand zu kratzen begann[33]. Böckenfördes ideengeschichtlich argumentierende Analyse, worin er den geistigen Führern des deutschen Katholizismus eine Orientierung an vormodernen Denkmustern und politischen Leitbildern attestierte, löste in der katholischen Öffentlichkeit einen Aufschrei der Empörung aus. Obwohl die Darlegungen nach Auffassung eines ausgewiesenen Kenners des Weimarer Zeitgeistes »im einzelnen durch zahlreiche Quellen belegt waren«, wurde der Beitrag von katholischer Seite als scheinwissenschaftlich, »schlechthin unseriös« und Ergebnis einer »außerordentlich primitiven Methode« abqualifiziert[34]. Ähnliche Bewertungen handelt sich auch heute noch ein, wer dem katholischen Kirchenvolk in den Jahren der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus vormoderne Einstellungsmuster als Voraussetzung seiner Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus zuschreibt[35].

Treffend hat Kurt Sontheimer Anfang der sechziger Jahre befunden, der auf katholischer Seite entfachte »Proteststurm« habe deutlich gemacht, »daß das zeitgeschichtliche Selbstverständnis der führenden Kreise des deutschen Katholizismus so stark durch die ausschließliche Betonung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus geprägt ist, daß es gegen jede historische Deutung aufbegehrt, welche die Widerstandshaltung der katholischen Kirche zwischen 1933 und 1945 nicht als eine durchgängig erwiesene« – und man wird ergänzen müssen: weltanschaulich fundierte und das gesamte Kirchenvolk miteinbeziehende – ansieht[36]. Auch der von Böckenförde erhobene Vorwurf des Antimodernismus hat offenbar das katholische Selbstverständnis so elementar verletzt, daß die Kirchliche Zeitgeschichte, befangen im Versuch, die Modernität der Katholiken nachzuweisen, offenbar nicht registriert hat, daß der Modernisierungsprozeß seit Mitte der siebziger Jahre auch skeptische Deutungen erfahren hat, die auf eine »Entkoppelung von Moderne und Fortschritt« hinausliefen. Die von Detlev Peukert vorgeschlagene Interpretation des Nationalsozialismus als eine Erscheinungsform der »Pathologien und Verwerfungen der Moderne« birgt nämlich die Chance, die Resistenz der Katholiken nach 1933 als konsequente Folge ihres vor 1933 von Zeitgenossen beobachteten Antimodernismus zu erklären und dieses Verhalten damit keineswegs moralisch abzuqualifizieren[37].

Als Antwort auf die durch Böckenfördes Aufsatz ausgelöste Kontroverse erfolgte die Gründung der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, die sich 1972 selbständig machte[38]. Die Kommission trat durch die Herausgabe einer Vielzahl von Quelleneditionen hervor, darunter die für eine erfahrungsgeschichtlich orientierte Untersuchung »von unten« wichtigen siebenbändigen Regierungspräsidentenberichte über die kirchliche Lage in Bayern[39]. Außerdem erschienen zahlreiche wissenschaftlich fundierte Darstellungen zum Katholizismus in den Jahren 1918–1945, vereinzelt auch Studien mit lokal- oder regionalgeschichtlichem Ansatz.[40] Auch wenn die allermeisten dieser Arbeiten durch das Bemühen gekennzeichnet sind, die Politik des Episkopats gegenüber dem Nationalsozialismus einer verständnisvollen Würdigung zu unterziehen und die im totalitären Staat beschränkten Handlungsbedingungen der Vertreter von Kirche und katholischem Milieu stark zu betonen, so wird man doch feststellen müssen, daß die Kommission durch Editionen und Forschungsbeiträge den Kenntnisstand über die Situation der Kirche und der katholischen Verbände im NS-Staat und ihre Rolle beim Aufstieg und der Machtübernahme des Nationalsozialismus in den vergangenen drei Jahrzehnten entscheidend erweitert hat[41].

Über das weitaus komplexere Problem, wie sich das Leben der Katholiken unter dem Hakenkreuz in religiös-kirchlichen, aber auch in außerkirchlichen lebensweltlichen Zusammenhängen gestaltete, wo Katholiken sich, ungeachtet ihrer fortwährenden Kirchenbindung, nationalsozialistischen Verhaltensanforderungen anpaßten, wo sie zur Kirche auf Distanz gingen, inwieweit sie dazu freiwillig bereit waren oder gezwungen wurden, ob sie Gefährdungen ihrer katholischen Identität bemerkten oder ob diese so schleichend vor sich gingen, daß sie den Beteiligten nicht bewußt wurden – auf all diese Fragen geben die Publikationen der Kommis-

sion für Zeitgeschichte selten eine Antwort, ebenso wenig wie die zahlreichen kirchengeschichtlichen auf Diözesan-, Regional- oder Lokalebene verfaßten Arbeiten zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus[42]. Insofern daher der Anspruch gestellt wird, das Verhältnis »der Katholiken« zum Nationalsozialismus geklärt zu haben, kranken all diese Untersuchungen an einem typischen methodischen und heuristischen Kurzschluß. Heinz Hürten hat ihn in seiner jüngst erschienenen Gesamtdarstellung über »Deutsche Katholiken 1918–1945« benannt: »Das Leben der Kirche und der Gläubigen geht nicht in Kirchenpolitik auf. Weil sie aber besser als die Realität des alltäglichen Lebens dokumentiert ist, gerät der Historiker nur zu leicht in die Gefahr, sie für das Ganze zu halten«[43].

Wie falsch eine solche Sichtweise wäre, hatte indes längst das Anfang der achtziger Jahre abgeschlossene Projekt »Bayern in der NS-Zeit« des Instituts für Zeitgeschichte gezeigt[44]. Angetreten mit sozialgeschichtlichen Methoden und in der Absicht, »die Geschichte des Widerstandes in die konkrete, situationsgebundene und naturgemäß immer nur partielle Erfahrungswelt sozialer und lokaler Gruppen einzugliedern«, haben die Beiträge des Projekts die Alltagsbezogenheit von regimekritischen Einstellungen und Verhaltensweisen auch der Katholiken betont und darauf aufmerksam gemacht, daß »politische und weltanschauliche Überzeugungen im Hintergrund von oppositionellem Verhalten meist nicht dessen einzige, ausschließliche Beweggründe« waren[45]. Sind dies Einsichten, die von seiten der kirchlichen Zeitgeschichte bis vor kurzem wenig Interesse fanden, wohl weil sie die Bedeutung katholischer Überzeugungstreue relativierten, so entsprechen die Ergebnisse des Bayernprojekts zum Verhältnis zwischen Katholiken und Nationalsozialismus doch ganz deren Sichtweise. Martin Broszat nämlich hat resümiert: »In den überwiegend kirchenfrommen Teilen der bayerischen Landbevölkerung gewannen die Kirche und der kirchliche Rückhalt den Rang einer außerordentlich wirksamen Resistenzkraft gegenüber dem Nationalsozialismus«. »Unter wirkungsgeschichtlichem Gesichtspunkt« sei »diese Front des Widerstandes in Bayern, *aber sicher nicht nur hier*«, die bedeutendste Konfliktlinie zwischen NS-Herrschaft und deutscher Gesellschaft gewesen[46]. Diese Einschätzung wurde für Bayern durch eine Reihe weiterer Regionalstudien bestätigt. Ian Kershaw kam in seiner wichtigen Untersuchung über »Popular Opinion and Political Dissent« zu dem Ergebnis: »The Nazis had failed to make deep inroads into Catholic communities before 1933, and the years which followed were to reveal unmistakably just how partial, superficial and limited had been the rapid gains made in Catholic areas immediately after the ›seizure of power‹«[47]. Werner K. Blessing schließlich, der für das Erzbistum Bamberg[48] auch unter Anwendung religionssoziologischer Fragestellungen die Stabilität katholischer Identität und Lebensformen während der NS-Zeit untersucht hat, gelangte zu der Auffassung: »Durch Belehrung und Symbolhandeln wurden die Katholiken, die zur Kirche hielten, religiös derart in die kirchliche Tradition eingeschworen, daß bei ihnen gleichsam ein inneres Reservat im nationalsozialistisch beherrschten Alltag entstand. Damit konnte der Klerus einen gewissen weltanschaulich-ethischen ›Eigensinn‹ vermitteln, der latent protestfähig war und einzelne bis zum Widerstand führte.«[49]

Ist man bereit, die Wahrung kultureller Identität bereits als eine Form von Widerstand, als »Resistenz« in dem von Martin Broszat gekennzeichneten Sinne, anzuerkennen – eine Sichtweise, die angesichts der totalitären Herrschaftsziele des Nationalsozialismus durchaus Plausibilität beanspruchen kann –, so kommt man nicht umhin, über die Grenzen Bayerns hinaus den Katholizismus als diejenige soziale Macht anzuerkennen, die die wirksamste »Herrschaftsbegrenzung des NS« (Broszat) leistete[50]. Allerdings wird man Blessings Ergebnisse zu Bamberg wie die des Bayernprojekts auf konfessionell weniger homogene und sozioökonomisch modernere Regionen nur mit Vorbehalt übertragen können. Denn die »antikonservative Tendenz des Nationalsozialismus«, die sich gegen religiöses Brauchtum ebenso richtete wie gegen lokale kirchliche Traditionen und die Kirche als Institution schlechthin, war dort erfolgreicher, wo der »Laizierungsprozeß in einer von beruflicher und geographischer Mobilität, von der Tendenz zum Traditionsbruch schlechthin zunehmend gekennzeichneten Gesellschaft am weitesten fortgeschritten war«[51]. Für die nach 1918 stark von Zu- und Abwanderung geprägte badische Kleinstadt Ettlingen müßte eine Bilanz der Folgen zwölfjähriger NS-Herrschaft für die Stabilität des katholischen Milieus und den Bekennermut der Katholiken deutlich verhaltener ausfallen, und ähnliches gilt wohl auch für das von Gerhard Paul untersuchte Saarland[52]. Aber ungeachtet solcher notwendigen Modifizierungen, bleibt zu konstatieren: Keine andere gesellschaftliche Großgruppe hatte sich in ähnlicher Weise gegen Überfremdungs- oder Zerstörungsversuche des NS-Staates wehren können, weder die kirchentreuen Protestanten, die nach 1933 längst kein Milieu im eigentlichen und überlokal geltenden Sinne mehr bildeten[53], noch die freilich unvergleichlich schärfer als die Anhänger christlicher Kirchen bekämpften Sozialdemokraten oder Kommunisten, deren Milieuorganisationen 1933 reichsweit restlos zerschlagen worden waren und deren informeller Zusammenhalt sich – vom Exil abgesehen – binnen kurzem nur noch auf kleine Oppositionellenzirkel beschränkte[54].

Jedoch: Maßstab eines solchen Urteils, das die **partiell herrschaftseinschränkende Wirksamkeit** katholischen Verhaltens betont, sind die ideologischen und kirchenpolitischen Herrschaftsziele des Nationalsozialismus, ist nicht die umfassende, im Laufe der zwölfjährigen NS-Zeit dynamisch radikalisierte Herrschaftspraxis des Regimes[55]. Diese Unterscheidung wurde von Martin Broszat in seiner Bilanz des Bayernprojekts zu wenig berücksichtigt, und hieraus erklärt sich wohl vor allem der von verschiedenen Seiten erhobene Vorwurf, die Bayern-Studien verklärten die Deutschen zu einem Volk von Widerständlern[56].

Ob die tatsächlichen Auswirkungen nationalsozialistischer Herrschaft vor Ort, die Dynamik ihrer Radikalisierung, in katholischen Regionen vergleichsweise gemäßigter ausfielen als in Gegenden, die der NS-Ideologie geringeren Widerstand entgegenzusetzen vermochten, ist hingegen bisher noch kaum untersucht worden. Ian Kershaws Studie über die Volksmeinung in Bayern, die – anders als die Bayernstudien – regional und konfessionell vergleichend angelegt ist, deutet immerhin an, daß die Katholizität einer Region zwar beileibe keinen Schutzwall ge-

gen Antisemitismus darstellte, daß aber immerhin festgestellt werden kann, daß die Manifestationen des Rassenhasses in den von ihm untersuchten katholischen bayerischen Territorien nirgendwo jene Formen annahmen wie in Mittelfranken, wo die protestantische Konfession dominierte[57].

Die Frage nach den faktischen Auswirkungen der nationalsozialistischen Herrschaftspraxis erweist sich als zentrales Problem, will man eine (Mit-) Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die effiziente Inhumanität des nationalsozialistischen Unrechtsstaates nicht von vornherein ausschließen und diese Verantwortung allein auf eine – wie auch immer definierte, den »Volksgenossen« entrückte, die Schalthebel der Macht bedienende – Herrschaftselite abschieben.

Macht man sich gegenüber dem Nationalsozialismus Kriterien zu eigen, die alltägliches Verhalten nicht allein nach seiner weltanschaulichen Fundierung, sondern auch nach seiner Funktion im Sinne der Herrschaftsstabilisierung oder -dynamisierung beurteilen, wird man indes nicht umhin können, den verengten Blickwinkel aufzugeben, der trotz zugestandener »Teilhaftigkeit« ihres »Widerstands« die Katholiken nur in der Rolle überzeugungstreuer, bekennerfreudiger Kirchenanhänger wahrnimmt und im übrigen eine Art innerer Emigration als dominanten Verhaltensstandard unterstellt. Wählt man die Nahoptik einer Mikrostudie, drängt sich dieser Perspektivenwechsel geradezu zwangsläufig auf, denn die Sicht »von unten« zeigt nicht nur, daß Dissens und oppositionelles Verhalten dort am ehesten anzutreffen waren, wo traditionelle sozialkulturelle Solidarstrukturen sich als Rückzugsfelder anboten, wie es im katholischen Milieu – weil dieses auf den Rückhalt der Kirche bauen konnte – noch am ehesten der Fall war. Lokal- und Regionalstudien zeigen vielmehr, vor allem wenn sie erfahrungsgeschichtlich konzipiert sind, auch in aller Deutlichkeit, daß diese traditionellen Sozialmilieus, selbst dann, wenn sie zu Rückzugsräumen zu werden vermochten, von den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen des Nationalsozialismus nicht unberührt blieben[58]. Die Verstaatlichung des Alltags machte vor dem katholischen Milieu nicht halt. Schon die allmähliche Zurückdrängung der katholischen Vereine aus der Öffentlichkeit, ihre sukzessive Aushöhlung und ihr schließliches Verbot machten das deutlich. Doch die »Verfolgung« bildete nur einen Aspekt dieses Vorgangs. Zugleich paßten sich die Angehörigen des Milieus – oft von ihnen selbst unbemerkt – nationalsozialistischen Verhaltensstandards an, wurden Opfer ideologischer Vereinnahmung und propagandistischer Desorientierung.

Aus der Nahoptik fällt nicht nur die bemerkenswerte Anpassungsbereitschaft vieler Katholiken in der Frühphase der NS-Herrschaft ins Auge, die selbst von Geistlichen wie dem eingangs zitierten Spessarter Pfarrer irritiert registriert wurde. Es wird aus dieser Perspektive auch erkennbar, daß die voranschreitende Vereinnahmung der deutschen Öffentlichkeit als Reaktion auf die wirtschaftlichen, sozialen und außenpolitischen »Erfolge« nationalsozialistischer Politik auch vor den kirchentreuen Katholiken nicht haltmachte. In einer Untersuchung zur Entnazifizierung im katholischen Eichstätt gelangt Elmar Ettle auf Grundlage der Spruchkammerakten für die Zeit nach der nationalsozialistischen Machtübernahme zu dem Fazit, »daß die Bürger der Stadt und des Bezirksamtes Eichstätt keine

grundsätzlich andere Einstellung dem Nationalsozialismus gegenüber eingenommen hatten als die Bewohner im übrigen Deutschland«. Die durch Ausübung von Ämtern und Mitgliedschaften in den verschiedensten Parteiorganisationen manifestierte Verquickung vor allem der katholischen Honoratiorenschaft mit dem Regime wies für die Zeit nach 1933 keine Anzeichen von Resistenz, wohl aber Merkmale beflissener Anpassung auf, die vor dem katholischen Milieu nicht haltmachte. Lediglich eine kleine Minderheit »aus Überzeugung Kirchentreuer« habe entschiedene Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus geübt. Vor allem aber sticht die frappierende Reibungslosigkeit hervor, mit der auch im unmittelbaren Erfahrungshorizont einer kirchentreuen katholischen Bevölkerung die Entrechtung politisch und rassisch Verfolgter vonstatten ging, solange die von Terror und Diskriminierung Betroffenen außerhalb ihres Milieus standen[59]. Neuere Studien vor allem zur personellen Zusammensetzung und zur bürokratischen Funktionsweise der Gestapo haben gezeigt, welch große Rolle die Denunziationsbereitschaft der deutschen Bevölkerung für das Funktionieren des – im übrigen auch aus kirchlich gesinnten Katholiken bestehenden – Verfolgungsapparats gespielt hat[60]. Für traditionsverhaftete katholisch-ländliche Regionen wie Unterfranken gilt das ebenso wie für das katholisch dominierte Industrierevier an der Saar. Beide Regionen unterscheiden sich weder durch ihren Polizeiapparat, der nur zum geringeren Teil aus ideologisierten Fanatikern, überwiegend jedoch aus »pflichtbewußten« Beamten bestand, noch durch die Denunziationsfreudigkeit der Bevölkerung von anderen Gegenden, in denen – wie im Bereich der Gestapoleitstelle Düsseldorf – die Kirchenbindung der Bevölkerung geringer ausgeprägt war. Hier aber ging mindestens jeder vierte Vorgang auf eine Anzeige aus der Bevölkerung zurück[61].

Auch diese Seite des Verhältnisses zum Nationalsozialismus in die Bewertung der Frage nach dem Resistenzgrad einzubeziehen, heißt nicht, die »Meßlatte« für resistentes Verhalten der deutschen Bevölkerung unerreichbar hoch aufzulegen, um zwangsläufig »lauter mißlungene Sprungversuche« konstatieren zu müssen, wie jüngst ein Kritiker gemeint hat[62]. Einen solch komplexen Beurteilungsmaßstab zu wählen, bedeutet vielmehr, – in Anbetracht der von der Forschung nachgewiesenen vielfältigen Verschränkung zwischen NS-Herrschaft und deutscher Gesellschaft[63] – der Frage nach der Verantwortung für die erschreckende Bilanz der NS-Herrschaft auch in katholischen Regionen nicht aus dem Wege zu gehen.

Die Untersuchung dieser Frage muß nicht mit einer Bagatellisierung der Selbstbehauptung des katholischen Milieus unter nationalsozialistischer Herrschaft und der z.T. eindrucksvollen Standhaftigkeit einzelner seiner Repräsentanten einhergehen, eine Tendenz, die in neueren Arbeiten zum Verhältnis zwischen Katholiken und Nationalsozialismus allerdings vorhanden ist:

So hat es zwar durchaus seine Berechtigung, wenn Klaus Fettweis darauf hinweist, daß auch das oppositionelle Verhalten katholischer Geistlicher alltagsbezogen war, daß es häufig einer persönlichen Herausforderung bedurfte, um

Pfarrer und Kapläne mit den Organen des Regimes in Konflikt zu bringen, und daß diese Herausforderungen ihre Ursache nur selten in dezidiert politischer Ablehnung der Herrschaftsziele oder -techniken des Regimes hatten[64]. Ob aber die Behauptung gerechtfertig ist, »ein allgemeines seelsorgliches und sittliches Anliegen, das sich an den Normen der katholischen Kirche orientierte«, habe »nicht zwangsläufig zur Konfrontation mit Staat und Partei« geführt, »ausschlaggebend« sei vielmehr »das Bemühen der Priester« gewesen, »den eigenen Status in der Gemeinde zu wahren«, scheint mir fragwürdig[65].

Gerhard Paul hat diese These noch ausgebaut und geurteilt: »Das, was vielfach als katholische Resistenz verklärt wird, war [...] oft nicht mehr als ein aus dem allgemeinen Säkularisierungsprozeß abgeleiteter, persönlicher Statuskonflikt.« Diese Interpretation deckt sich partiell mit jener von Thomas Breuer, der in seiner kirchengeschichtlichen Regionalstudie zum Erzbistum Bamberg die Resistenz des Katholizismus aus der traditionellen kirchlichen Abwehr gesellschaftlicher Säkularisierungstendenzen erklärt, einer antimodernen, nicht spezifisch ›antifaschistischen‹ Haltung mithin, die sich vom Kampf gegen andere säkulare Bewegungen wie Liberalismus und Sozialismus nicht grundlegend unterschied[66]. Insofern diese Deutung auf die in der katholischen Öffentlichkeit vorherrschenden Wahrnehmungsformen abzielt, insoweit es also um die Erklärung von Resistenz aus historisch gewachsenen, vor allem im Kulturkampf gründenden Mentalitäten geht[67], ist einer solchen Interpretation zuzustimmen. Sie kann zumindest einige Plausibilität beanspruchen. Problematisch wird sie indessen, wenn die Deutung des Kirchenkampfs als eines bloßen Säkularisierungskonflikts nicht mehr auf die Sichtweise der Katholiken und kirchlichen Repräsentanten zielt, sondern auf die Intentionen der nationalsozialistischen Kirchenpolitik: Nach Gerhard Paul wäre der Nationalsozialismus als Vollender der Säkularisierung angetreten. Der NS-Staat – so Paul – habe nicht danach getrachtet, »die katholische Kirche [...] in ihrer Substanz zu zerstören«, habe sie vielmehr »lediglich in jene Grenzen verwiesen wissen« wollen, »die lange Zeit zuvor auch Liberalismus und Sozialdemokratie gefordert hatten«[68]. Diese Einschätzung der nationalsozialistischen Politik gegenüber Kirchen und katholischem Milieu paßt zwar vordergründig zur neuerdings wieder intensivierten Diskussion um das Verhältnis des Nationalsozialismus zum Prozeß der Modernisierung[69], sie verkennt jedoch den totalitären Charakter des nationalsozialistischen Regimes. Diesem kam es in der Tat auf nichts anderes an, als die kulturelle Identität einer jeden Sondergruppe zu zerstören und durch eine nationalsozialistische Identität zu ersetzen. Dies gehörte möglicherweise zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme noch nicht zu den klar umrissenen Herrschaftszielen, war aber Ergebnis einer im Laufe der zwölfjährigen NS-Zeit immer deutlicher werdenden und viele gesellschaftliche Bereiche erfassenden ideologischen Radikalisierung. Martin Bormann, Leiter der Parteikanzlei, brachte den totalitären Anspruch 1941 auf den Punkt, als er gegenüber einem Gauleiter zum »Verhältnis vom Nationalsozialismus zum Christentum« äußerte: »Unser Ziel, alle fremden Einflüsse auf den deutschen Menschen auszuschalten, ist noch lange nicht erreicht«[70].

Bisherige Forschungen zeigen, daß die Inszenierung des Konflikts zwischen Katholiken und Nationalsozialismus örtlich sehr unterschiedlichen Motivationslagen und Zeitplänen folgte. Phasen bereitwilliger Anpassung und standhafter Widersetzlichkeit gegen Eingriffe in das kirchliche Leben lösten einander oft ab und konnten in verschiedenen Regionen gleichzeitig auftreten. Die Intensität der Konflikte zwischen Kirchenvolk und NS-Herrschaft hing nicht zuletzt davon ab, wie gefestigt das katholische Milieu und wie stark die lokale nationalsozialistische Bewegung zum Zeitpunkt der Machtübernahme war, ob beide Seiten über Integrationsfiguren aus den Reihen der lokalen Honoratioren verfügten und ob bereits vor 1933 ein konfrontatives Verhältnis zwischen Nationalsozialisten und katholischem Milieu oder katholischen Repräsentanten bestanden hatte. Um daher Einstellungen und Verhaltensweisen von Katholiken gegenüber dem Nationalsozialismus besser aufhellen zu können, bedarf es vor allem weiterer langfristig angelegter Mikrostudien, die sich als qualitative Analyse Politischer Kultur verstehen müßten[71]. Mit solchen sozialgeschichtlichen Methoden könnte man auch erklären, weswegen trotz bemerkenswerter und partiell erfolgreicher Anstrengungen zur Bewahrung kultureller Identität und trotz vielfältiger Konflikte mit dem Nationalsozialismus dezidiert politische Opposition aus den Reihen des katholischen Milieus außerordentlich selten blieb. Dabei wird es darauf ankommen, die lebensweltlichen Erfahrungen der Zeitgenossen mit ihrer Kirche, ihrem Milieu aber auch der Weimarer Demokratie und der nationalsozialistischen Herrschaft ernst zu nehmen, die »Formen und Inhalte der Politik im Alltag«[72] des katholischen Milieus zu analysieren und zu fragen, welches Verhalten diese Erfahrungen nach sich zogen und in welchen Kontinuitäten es stand. Die Verschränkungen zwischen Herrschaft und Gesellschaft, der Beitrag, den auch kirchentreue Katholiken in den Jahren 1933–1945 in Wirtschaft und Bürokratie, Wehrmacht, Parteiorganisation oder NS-Formationen, ja auch in der Familie oder in der Freizeit zum Funktionieren und zur Aufrechterhaltung nationalsozialistischer Herrschaft und bei der Durchsetzung ihrer inhumanen Politik leisteten, muß dabei ebenso gewürdigt werden wie gelegentlich anzutreffende Fälle dezidierter Opposition meist gegen kirchenfeindliche Maßnahmen von Staat und Partei oder vereinzelte Fälle ausgesprochenen Widerstands mit dem Ziel, das Regime zu beseitigen.

1
Erzbischöfliches Archiv Freiburg: B 2/NS 83, Schreiben Pfarrer Otto Junckers vom 11. 6. 1934.

2
Der von Martin Broszat u.a. in die Forschung eingeführte Resistenzbegriff wurde nicht zuletzt wegen der Unmöglichkeit, ihn – in Abgrenzung von »resistance« – ins Englische oder Französische zu übersetzen, kritisiert. Da es sich indes um eine – wenn auch nur vereinzelt – in den Quellen verwendete Kategorie zur Klassifizierung insbesondere des Verhaltens der kirchlich gebundenen Bevölkerung handelt, scheint es mir wichtig, den Begriff – allerdings differenzierter, als es im Bayern-Projekt geschah – beizubehalten; vgl. dazu: Martin Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: ders./Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C, München-Wien 1981, S. 691–710; Thomas Breuer, Verordneter Wandel? Der Widerstreit zwischen nationalsozialistischem Herrschaftsanspruch und traditionaler Lebenswelt im Erzbistum Bamberg, Mainz 1992. Einwände gegen den Resistenzbegriff bei: Ian Kershaw, »Widerstand ohne Volk?« Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1986, S. 779–798; sowie in pointierter Form zuletzt bei Gerhard Paul, »... gut deutsch, aber auch gut katholisch«. Das katholische Milieu zwischen Selbstaufgabe und Selbstbehauptung, in: ders./Klaus-Michael Mallmann, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995, S. 26–153. Vgl. dagegen meine Überlegungen zur Verwendung des Resistenzbegriffs in Abgrenzung von weltanschaulichem Dissens in: Cornelia Rauh-Kühne, Katholikinnen unter dem Nationalsozialismus: Voraussetzungen und Grenzen von Vereinnahmung und Resistenz, in: Christl Wickert (Hrsg.), Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A, Band 2), Berlin 1995, S. 34–51.

3
In der Wahrnehmung der NS-Organe erschien nahezu jede kollektive öffentliche Äußerung von Katholiken als Machenschaft des »Politischen Katholizismus« oder aber der synonym verstandenen »Katholischen Aktion«; vgl. T. Breuer (Anm. 2), S. 190f.

4
Evi Kleinöder, Verfolgung und Widerstand der Katholischen Jugendvereine. Eine Fallstudie über Eichstätt, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 2: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil A, München-Wien 1979, S. 175–236, S. 195.

5
E. Kleinöder (Anm. 4), S. 180. M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393. Zur Verwendung des Milieubegriffs seit Lepsius gibt eine gute Zusammenfassung: Hans-Jürgen Smula, Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus. Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinghausen 1919–1933, Münster 1987; vgl. auch die Einleitung in G. Paul/K.-M. Mallmann (Anm. 2) sowie die Forschungsdiskussion bei Siegfried Weichlein, Sozialmilieus und Politische Kultur in Weimar. Hessische Kreise im Vergleich, Diss. phil. Freiburg o. J., der für die Jahre der Weimarer Republik einen strukturanalytischen Vergleich von vier unterschiedlichen Sozialmilieus durchführt. Speziell für die Anwendung des Milieubegriffs zur religionssoziologisch fundierten Untersuchung des deutschen Katholizismus jetzt der ausgezeichnete Aufsatz: Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte (AKKZG), Münster, Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe, in: Westfälische Forschungen, 43 (1993), S. 588–654. Zur Anwendung des Milieubegriffs auf der Mikroebene vgl. meine Studie: Cornelia Rauh-Kühne, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991. Die Untersuchung widmet sich den lebensweltlichen Manifestationen dreier konkurrierender Sozialmilieus im lokalen Raum für die Jahre der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus.

6
Vgl. dazu die Wahrnehmungen des Ettlinger Kuraten Hermann Weick während des Krieges, in: C. Rauh-Kühne (Anm. 5), S. 406.

7
AKKZG (Anm. 5), S. 594. Zur Weimarer Republik vgl. Doris Kaufmann, Katholisches Milieu in Münster 1928–1933. Politische Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume, Düsseldorf 1984, sowie C. Rauh-Kühne (Anm. 5).

8
Bezeichnend für die Probleme, die sich einem solchen Vorgehen in den Weg stellen, sind die gänzlich konträren Bewertungen des Verhaltens der Katholiken unter nationalsozialistischer Herrschaft bei Heinz Hürten und Gerhard Paul, obwohl beide Autoren beanspruchen, die handlungsleitenden Intentionen der Akteure zur Grundlage ihrer Bewertung zu machen. Heinz Hürten, Deutsche Katholiken 1918–1945, Paderborn 1992, S. 271;
G. Paul (Anm. 2). Instruktiv die methodischen Überlegungen bei Ian Kershaw, Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933–1945, Oxford 1983, S. 5.

9
Zur historischen Wahlforschung für die Zeit der Weimarer Republik, den aktuellen Forschungsstand repräsentierend und mit ausführlichen Literaturhinweisen:
Jürgen Falter, Hitlers Wähler, München 1991.
Zum quantifizierenden Bias der deutschen historischen Wahlforschung grundsätzlich: Thomas Kühne, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte, 33 (1993), S. 481–547.
Zum unverbundenen Nebeneinander strukturell-quantitativer Forschung zum Aufstieg des Nationalsozialismus mit Studien, die auf historischer Interpretation qualitativer Quellen beruhen: Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936, München 1979, S. 2;
für das katholische Milieu mit 1993 noch immer unverändertem Befund: AKKZG (Anm. 5), S. 596f.

10
Neuere Überlegungen zum Konzept Politischer Kultur bei: Karl Rohe, Politische Kultur und ihre Analyse, in: Historische Zeitschrift (HZ), 250 (1990), S. 321–346, sowie: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987. Zur Weimarer Republik: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Identität und Nationale Gedenktage. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989;
dies. (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990;
und empirisch gesättigt: Ludwig Linsmayer, Politische Kultur im Saargebiet 1920–1932, St. Ingbert 1992.

11
J. Falter (Anm. 9), S. 183.

12
Ebenda, S. 179.

13
Zu Augsburg: Gerhard Hetzer, Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 3: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil B, München-Wien 1981, S. 1–234, S. 72ff.;
zu Ettlingen: C. Rauh-Kühne (Anm. 5), S. 124ff.;
zum Regierungsbezirk Aachen: Günter Plum, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928–1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen, Stuttgart 1972, S. 31ff.;
zum Saarland: K.-M. Mallmann/G. Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich, Bonn 1991, S. 23;
zu München: Hartmut Mehringer, Alle Räder stehen still? Die Münchner Arbeiterbewegung und der Nationalsozialismus, in: Björn Mensing/Friedrich Prinz (Hrsg.), Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der Hauptstadt der Bewegung, Regensburg 1991, S. 154–177, S. 155. Vgl. auch: Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S. 177f. (Tabellen 3.2.4.2 und 3.2.4.3), wonach in Katholikenhochburgen mit wachsender Gemeindengrößeklasse die Stimmenanteile von SPD und KPD bedeutend zunahmen.

14
Z. Zofka (Anm. 9), S. 45;
C. Rauh-Kühne (Anm. 5), S. 213.

15
G. Plum (Anm. 13). Als sozialgeschichtlicher Beitrag zur Erforschung einer katholischen Region in den Krisenjahren der Weimarer Republik hatte Plums Studie Pilotcharakter.
Die additive Verknüpfung der sozio-ökonomischen Strukturanalyse einer Region mit der Erforschung katholischer Bewußtseinsformen konnte methodisch allerdings nicht überzeugen. Das lag nicht zuletzt daran, daß Plum voraussetzte, was er durch eine Untersuchung der Politischen Kultur »von unten« erst hätte nachweisen müssen: daß die antidemokratischen gesellschaftlichen Leitbilder von Vertretern der Amtskirche und von katholischen Meinungsführern bei der Masse der Katholiken meinungsbildend gewirkt haben. Neuere, methodisch stärker erfahrungsgeschichtlich orientierte Studien gelangen jedoch zum gleichen Ergebnis. Vgl. C. Rauh-Kühne (Anm. 5), S. 132ff.; vgl. auch T. Breuer (Anm. 2), S. 41 u. 74, sowie: Werner K. Blessing, »Deutschland in Not, wir im Glauben...«. Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988, S. 3–112, S. 15f.

__ 16
C. Rauh-Kühne (Anm. 5), S. 132f.;
T. Breuer (Anm. 2), S. 60;
Zum umfassenden katholischen Verständnis von Kulturpolitik vgl. H. Hürten (Anm. 8), S. 164.

__ 17
Vgl. T. Breuer (Anm. 2), S. 17 u. S. 184.

__ 18
Vgl. dazu C. Rauh-Kühne (Anm. 5);
wichtige methodische Anregungen verdanke ich in diesem Punkt der Studie von Herbert Kühr, Lokalpartei und Kirche. Zur Geschichte und gegenwärtigen Bedeutung ihres Verhältnisses in einer industrialisierten Region, in: ders./Klaus Simon (Hrsg.), Lokalpartei und vorpolitischer Raum, Melle 1982, S. 13–218.
Kührs Hinweise zum katholischen Milieu wurden neuerdings auch vom Arbeitskreis für Kirchliche Zeitgeschichte in Münster aufgegriffen und in anregender Weise methodisch erweitert: vgl. AKKZG (Anm. 5); sowie die religionssoziologisch inspirierte Untersuchung von W. Blessing (Anm. 15).

__ 19
M. R. Lepsius (Anm. 5);
vgl. auch G. Plum (Anm. 13), S. 164f. und Thomas Nipperdey, Religion im Umbruch. Deutschland 1870–1918,
München 1988, S. 31.

__ 20
Zur begrifflichen Unterscheidung vgl. meine Überlegungen in C. Rauh-Kühne (Anm. 2).

__ 21
Martin Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, München-Wien 1977–1983.

__ 22
Jonathan Sperber, Kirchengeschichte als Sozialgeschichte – Sozialgeschichte als Kirchengeschichte, in: Kirchliche Zeitgeschichte, 5 (1992), S. 11–17, S. 14.

__ 23
Unter den Bayern-Studien widmet sich lediglich der Aufsatz von Ian Kershaw über Antisemitismus und Volksmeinung der Frage nach konfessionell unterschiedlichen Verhaltensweisen jenseits kirchlich-religiöser Belange: ders., Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 2 (Anm. 4), S. 281–348.
Ebenfalls abgedruckt in englischer Sprache in: ders., Popular Opinion (Anm. 8); Zdenek Zofka hat im Rahmen seiner im Umfeld der Bayern-Studien entstandenen Dissertation das im engeren Sinne *politische* Verhalten der Bevölkerung im katholischen Landkreis Günzburg untersucht: Z. Zofka (Anm. 9).

__ 24
Antwortversuche bei C. Rauh-Kühne (Anm. 5) und bei G. Paul/K.-M. Mallmann (Anm. 2).

__ 25
Zuletzt mit weiterführender Literatur:
Alf Lüdtke (Hrsg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt a. M.-New York 1989.
Die beste Zusammenfassung bisheriger alltagsgeschichtlicher Forschung zur NS-Zeit bietet immer noch: Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerzung und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.

__ 26
Ansätze zur Erforschung des Verhaltens des niederen Klerus bieten die Arbeiten von Breuer (Anm. 2) und Klaus Fettweis, Zwischen Herr und Herrlichkeit. Zur Mentalitätsfrage im Dritten Reich an Beispielen aus der Rheinprovinz, Aachen 1989. Mit Mentalitätsgeschichte hat diese zwar beispielreiche, methodisch jedoch konfuse Studie wenig zu tun. Vgl. auch die – den Forschungen Breuers zufolge nur bedingt zuverlässige – Dokumentation von Ulrich von Hehl, Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung im Auftrag der deutschen Bischofskonferenz unter Mitwirkung der Diözesanarchive, Mainz 1984.

__ 27
Zum Forschungsstand J. Sperber (Anm. 22); zum weit intensiveren Interesse der französischen und angelsächsischen Geschichtswissenschaft an Themen der Religions-, Konfessions- und Kirchengeschichte: Etienne Francois, Kirchengeschichte als Thema der Kultur- und Sozialgeschichte. Ein Blick aus Frankreich, in: Kirchliche Zeitgeschichte 5 (1992), S. 18–27, sowie Margaret Lavinia Anderson, Piety and Politics: Recent Work on German Catholicism, in: Journal of Modern History, 63 (1991), S. 681–716.
Zur Forschungsgeschichte in Deutschland vgl. jetzt vor allem: Wolfgang Schieder (Hrsg.), Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1993. Hier die instruktive Einleitung des Herausgebers: Sozialgeschichte der Religion im 19. Jahrhundert. Bemerkungen zur Forschungslage, S. 11–28.

__ 28
Kurt Sontheimer in der Einleitung zu:
Hans Müller, Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930–1935,
München 1963, S. VII–XXVI, hier S. VIII.
Zur apologetischen Literatur vgl. den kritischen Literaturbericht von Hans Müller,
Zur Behandlung des Kirchenkampfes in der Nachkriegsliteratur, in:
Politische Studien, 12 (1961), S. 474–481.

29
Kardinal Faulhaber im April 1946 in einem Schreiben an das bischöfliche Ordinariat in Speyer, zitiert nach G. Paul (Anm. 2), S. 89. Nicht übersehen werden darf allerdings, daß im Gegensatz zu den evangelischen Pfarrern der katholische Klerus kaum von Säuberungsmaßnahmen im Rahmen der Entnazifizierung betroffen war. Denn nach formalen Belastungskriterien ihrer Priester (Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Nebenorganisationen) konnte die katholische Kirche nach 1945 als nahezu unbelastet gelten, während ein nicht geringer Anteil der evangelischen Pfarrer der Partei die Reihen gestärkt oder auf andere Weise den Nationalsozialismus aktiv unterstützt hatte. Vgl. Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989, S. 160f.; sowie: Cornelia Rauh-Kühne, Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte, 35 (1995), S. 47.

30
Johann Neuhäusler, Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, München 1946. Neuhäusler war unter nationalsozialistischer Herrschaft mehrere Jahre lang im KZ Dachau inhaftiert gewesen, was die fehlende Distanz zur Thematik begreiflich macht.

31
So die Zusammenfassung bei K. Sontheimer (Anm. 28), S. VIII.

32
Bernhard Vollmer, Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936, Stuttgart 1957.

33
Ernst-Wolfgang Böckenförde, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, in: Hochland, 53 (1961), S. 215–239; jetzt auch in: ders., Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Kirche und demokratisches Ethos, Freiburg 1988, S. 39–69.

34
Zitate nach K. Sontheimer (Anm. 28), S. VIIIf.

35
Vgl. die wenig sachgerechten Rezensionen meiner Dissertation von Heinz Albert Raem, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte, 12 (1993), S. 342–344. Sachlicher, gleichwohl negativ im Urteil auch: Ulrich von Hehl, früher langjähriger hauptamtlicher Mitarbeiter der katholischen »Kommission für Zeitgeschichte« in Bonn, in: Historisches Jahrbuch, 113 (1993), S. 502f. Hehls Beanstandungen, wonach meine Analyse des lokalen katholischen Milieus »Sympathie« für eben dieses Milieu vermissen lasse, während die »ausgeprägte Kritikfreude« über meinen »Standort« angeblich »keinen Zweifel aufkommen« läßt, sagt viel über das Selbst- und Aufgabenverständnis katholischer Zeitgeschichtsforschung aus! Dagegen für eine kritische Sichtweise aufgeschlossener: H. Hürten (Anm. 8).

36
K. Sontheimer (Anm. 28), S. VIIIf.

37
D. Peukert (Anm. 25).

38
Zur Entstehungsgeschichte dieser Institution: Konrad Repgen, Jenseits von Polemik und Apologetik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 9. 1993.

39
Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943, (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 3, 8, 14, 16, 24, 31, 32) Mainz 1966–1981.

40
Ulrich von Hehl, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945, Mainz 1977; Heinz Blankenberg, Politischer Katholizismus in Frankfurt am Main 1918–1933, Mainz 1981; T. Breuer (Anm. 2).

41
Zum Forschungsstand: Klaus Gotto/ Konrad Repgen (Hrsg.), Die Katholiken und das Dritte Reich, 3. überarb. u. erw. Aufl., Mainz 1990; sowie H. Hürten (Anm. 8).

42
Vgl. die bei T. Breuer (Anm. 2) aufgeführten Darstellungen, S. 2f., sowie U. Wagener (Hrsg.), Das Erzbistum Paderborn in der Zeit des Nationalsozialismus. Beiträge zur regionalen Kirchengeschichte 1933–1945, Paderborn 1993

43
H. Hürten (Anm. 8), S. 271.

44
M. Broszat u.a. (Anm. 21).

45
M. Broszat (Anm. 2), S. 693 u. 699.

46
Ebenda, S. 702.

47
I. Kershaw, (Anm. 8), S. 220.

48
Das Territorium der Erzdiözese Bamberg umfaßte Ober- und Mittelfranken, wo die Katholiken insgesamt mit 34,3% der Bevölkerung im Jahr 1940 in der Minderheit waren. Der Großteil der kirchentreuen Bevölkerung konzentrierte sich jedoch auf katholisch dominierte oder rein katholische, noch weitgehend agrarische Gebiete. Sie, ihre »Katholizität« vor allem thematisiert Blessing, während jene nominell zahlreichen Katholiken, die in der Diaspora der protestantischen Industriestädte Nürnberg und Fürth lebten, oder diejenigen, die sich in der Bischofsstadt Bamberg (Katholikenanteil 1933: 85,2%) zumindest partiell auf Distanz zur Kirche begeben hatten (NSDAP-Anteil bei der Reichstagswahl im Juli 1932: 40,2%!), außerhalb seines Fragehorizonts bleiben: W. Blessing (Anm. 15).

__ 49
Ebenda, S. 37.
__ 50
So bereits auch D. Peukert (Anm. 25), S. 98f. u. 117, und jüngst H. Hürten (Anm. 8), S. 537. Dezidiert gegen eine solche Wertung dagegen G. Paul (Anm. 2).
__ 51
Gerhard Hetzer, Kulturkampf in Augsburg 1933–1945. Konflikte zwischen Staat, Einheitspartei und christlichen Kirchen, dargestellt am Beispiel einer deutschen Stadt, Augsburg 1982, S. 213.
__ 52
C. Rauh-Kühne (Anm. 5), G. Paul (Anm. 2).
__ 53
Vgl. dazu im Anschluß an Herbert Kühr: AKKZG (Anm. 5), S. 600.
__ 54
Anton Großmann, Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 5: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München-Wien 1983, S. 433–540; Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: ebenda, S. 1–286; ders., Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: ebenda, S. 287–432; K.-M. Mallmann/G. Paul (Anm. 13).
__ 55
Vgl. Hans Mommsen, Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.), Der Führerstaat. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1980, S. 43–72.
__ 56
Vgl. oben Anm. 2.
__ 57
I. Kershaw (Anm. 23), S. 294, 298, 310.
__ 58
D. Peukert (Anm. 25), S. 99; C. Rauh-Kühne (Anm. 5); K.-M. Mallmann/G. Paul (Anm. 2 u. 13).
__ 59
D. Peukert (Anm. 25), S. 233; zur Akzeptanz der »außeralltäglichen« Elemente nationalsozialistischer Politik: Ian Kershaw, Alltägliches und Außeralltägliches. Ihre Bedeutung für die Volksmeinung 1933–1939, in: Detlev J. K. Peukert/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 273–292.
Zur organisatorischen Verflechtung der Eichstätter Katholiken mit dem NS-Regime: Elmar Ettle, Die Entnazifizierung in Eichstätt. Probleme der politischen Säuberung nach 1945, Frankfurt am Main 1985, S. 19f., Zitat S. 20. Ettles interessante Fallstudie ist eine bei Heinz Hürten entstandene Dissertation. Sie erschien indes nicht in der von Hürten mitherausgegebenen Reihe der Kommission für Zeitgeschichte und wurde bezeichnenderweise von der kirchennahen zeitgeschichtlichen Forschung zum Katholizismus unter nationalsozialistischer Herrschaft ignoriert.
__ 60
Vgl. Heiko Haumann/Hans Schadek (Hrsg.), Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992, S. 344. Als Beispiel dafür, »daß das Netz der Widerstehenden bis in die Gestapo hineinreichte«, wird der Fall des gläubigen Katholiken, Gestapobeamten und Parteigenossen Eugen Selber angeführt, der die Freiburger Geistlichkeit vor Bespitzelung gewarnt hatte und sich auch für politisch und rassisch Verfolgte eingesetzt habe. Ähnlich zu Beamten der Stapoleitstelle Saarbrücken: K.-M. Mallmann/G. Paul (Anm. 13), S. 205.
__ 61
Vgl. zur Gestapoleitstelle Düsseldorf: Reinhard Mann, Politische Penetration und gesellschaftliche Reaktion – Anzeigen zur Gestapo im nationalsozialistischen Deutschland, in: Rainer Mackensen/Felizitas Sagebiel (Hrsg.), Soziologische Analysen beim 19. Deutschen Soziologentag, Berlin, Technische Universität 1979, S. 965–985, zitiert nach D. Peukert (Anm. 25), S. 283; zur Durchsetzung der Rassenpolitik von seiten der Stapostelle Würzburg: Robert Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945, Paderborn 1993 (zuerst in englischer Sprache u. d. Titel: The Gestapo and German Society, Oxford 1990); zur Stapoleitstelle Saarbrücken: K.-M. Mallmann/G. Paul (Anm. 13), S. 203–208 u. 229–234.
Vgl. auch den Beitrag von R. Gellately im vorliegenden Band.
__ 62
U. v. Hehl (Anm. 35).
__ 63
Vgl. auch Cornelia Rauh-Kühne/Michael Ruck (Hrsg.), Regionale Eliten zwischen Demokratie und Diktatur. Baden und Württemberg 1930–1953, München 1993.

64
K. Fettweis (Anm. 26), S. 169.

65
Ebenda, S. 169f.

66
G. Paul (Anm. 2), S. 143; T. Breuer (Anm. 2), S. 372:
»Die Langzeitperspektive offenbarte, daß das, was bei isolierter Betrachtung als spezifisch antinationalsozialistische Aktion erscheinen mochte, tatsächlich in einer langen Kontinuität kirchlichen Verhaltens gegenüber dem modernen Staat stand.« Ähnlich indessen schon Franz Sonnenberger, Der neue »Kulturkampf«. Die Gemeinschaftsschule und ihre historischen Voraussetzungen, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 3 (Anm. 13), S. 235–328, sowie aus dezidiert erfahrungsgeschichtlicher Perspektive: C. Rauh-Kühne (Anm. 5).

67
Unter Mentalität ist in Anlehnung an Theodor Geiger gemeint: eine kollektive »geistig-seelische Disposition«, die durch soziale Prägung i. S. lebensweltlicher Erfahrung vermittelt wird. Mentalitäten in diesem Verständnis können eine Disposition für bestimmte Ideologien implizieren, vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 77f.

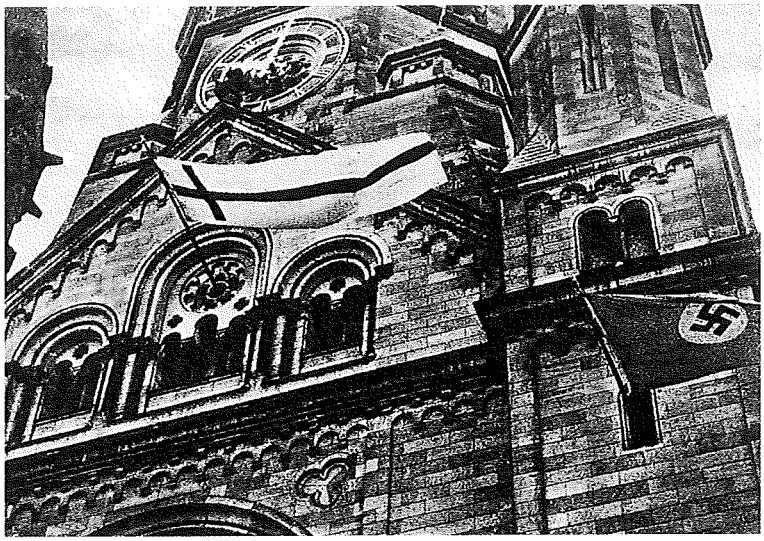
68
G. Paul (Anm. 2), S. 135.

69
Vgl. Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991. Dazu die kritische Betrachtung von Norbert Frei, Wie modern war der Nationalsozialismus?, in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993), S. 367–387. Umsichtiger in der Wertung als Prinz/Zitelmann: D. Peukert (Anm. 25).

70
Bormann an Gauleiter Wahl, 27. 6. 1941, zitiert nach G. Hetzer (Anm. 51), S. 52.

71
Wie durchschlagend historische Erfahrungen, die »bis ins 19. Jahrhundert und früher zurückreichen«, noch für das gegenwärtige politische Verhalten sind, hat Jürgen W. Falter für Bayern gezeigt und »künftige Spezialuntersuchungen« gefordert, die diesen Zusammenhängen nachgehen: Jürgen W. Falter, Bayerns Uhren gehen wirklich anders. Politische Verhaltens- und Einstellungsunterschiede zwischen Bayern und dem Rest der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 13 (1982), S. 504–521, S. 520f.

72
Peter Reichel, Politische Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1982, S. 43.
Zu Reichels Konzept Politischer Kultur auch K. Rohe (Anm. 10), S. 325f.
vgl. auch L. Linsmayer (Anm. 10).



Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche
in Berlin am 2.7.1933

Evangelische Kirchenwahlen
Berlin 1933

Hans Otte

Evangelische Kirchengemeinden als resistentes Milieu?

Einige Beobachtungen anhand der vorliegenden Regionalstudien

Die evangelische Kirche galt nach dem Zweiten Weltkrieg als eine Organisation des Widerstands. Diese im Zusammenhang der Entnazifizierung entwickelte Einschätzung, die sich auf die Aktivitäten der Bekennenden Kirche stützte, fand zunächst kaum Widerspruch; erst in den fünfziger Jahren machten die Arbeiten zur Geschichte des »Kirchenkampfs« deutlich, daß die Bekennende Kirche (BK) nur partiell »Widerstand« geleistet hatte, da diese nicht an der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, sondern an der innerkirchlichen Auseinandersetzung mit den Deutschen Christen (DC) interessiert war[1]. Als die »Kirchenkampfforschung« seit den sechziger Jahren die Debatte um die Widerstandsfähigkeit des Protestantismus intensivierte, standen dessen Staatsverständnis, die Beteiligung einzelner an den politischen Widerstandsaktionen und die gesellschaftliche Reichweite der innerkirchlichen Auseinandersetzungen im Vordergrund des Interesses[2]. Der Sinn dieses Forschungsansatzes wurde in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mehrfach diskutiert und kritisiert, er schien einerseits zu stark institutionengeschichtlich ausgerichtet zu sein, andererseits war er theologisch vor allem an der Präzisierung eines moralisch-ethischen Widerstandsbegriffs interessiert, ohne das alltägliche Verhalten breiter Teile der Kirche genügend zu berücksichtigen[3]. Bevor sich aber ein neues Paradigma für die Erforschung der kirchlichen Aktivitäten in der Zeit des Nationalsozialismus durchgesetzt hatte, wurde die Debatte abgebrochen, nicht zuletzt weil nach der Wende die Debatte über das Verhältnis der evangelischen Kirche zur DDR das Thema in aktualisierter Form aufnehmen konnte. Hier ließen sich für die jeweiligen politischen und kirchenpolitischen Interessen noch brisantere Beispiele finden, ohne daß die Ergebnisse der älteren Diskussion über Widerstand, Teilwiderstand und Resistenz in dieser Debatte aufgegriffen und kritisch eingesetzt wurden.

Während über lange Zeit Kirchenhistoriker die Debatte über den Kirchenkampf beherrschten, haben sich in den letzten Jahren Allgemeinhistoriker dieses Themas angenommen, motiviert von dem Interesse an der Alltagsgeschichte und interessiert an der »Historisierung« des Nationalsozialismus. Weitgehend unberührt von der älteren Debatte über den kirchlichen Widerstand beschäftigen sie sich mit der Geschichte der lokalen und regionalen kirchlichen Gemeinschaften

und suchen deren Aktivitäten in der Bandbreite des Verhaltens von der Anpassung bis zum Widerstehen nachzuzeichnen[4]. Allerdings wird dabei nur noch selten die generelle Frage nach den gemeinsamen institutionellen Rahmenbedingungen kirchlicher Arbeit gestellt. Angesichts der detaillierten Darstellung unterschiedlichen Verhaltens bleiben manche Probleme unerörtert, etwa nach dem »ideologischen« Selbstverständnis der kirchlichen Agenten – zum Beispiel deren Konzeption von »Volkskirche«[5] – und nach dem Verhältnis der kirchlichen Institution zu den einzelnen Christen, die ihr angehörten. Dabei stellt sich ja gerade im Zusammenhang des Widerstandsthemas die Frage, ob die Gewissensentscheidung einzelner – wie die Beteiligung an einem Attentat – auch einer Großgruppe wie der Kirche zugemutet werden kann. Angesichts solcher offenen Fragen, die in älteren Arbeiten energischer diskutiert wurden, hat die Warnung von Peter Steinbach immer noch ihre Berechtigung, »daß es bei der Verfolgung neuer gesellschaftlicher Ansätze nicht darum gehen kann, mit der traditionellen Widerstandsforschung und -darstellung insgesamt oder in weiten Teilen zu brechen. Die Aktualität des Widerstandsbegriffs legt es gerade nahe, auf Ansätze der älteren Forschung zu schauen, denen es um eine Präzisierung ebenso ging wie um die Erfassung der durch ihn zu erfassenden komplexen Wirklichkeit«[6].

In dieser Situation, in der nun auch nicht auf die Kompetenz der neueren Zeitgeschichtsforschung verzichtet werden darf, bietet es sich an, den Begriff des soziokulturellen Milieus als Leitbegriff zu benutzen, da er die verschiedenen Dimensionen sozialen und kulturellen Verhaltens von Gruppen bündelt und auch deren Sozialisationsmuster und Selbstverständnis erfaßt, ohne daß dieses zur Exkulpierung einzelner führen muß[7]. Während sich allerdings die heuristische Fruchtbarkeit dieses Begriffs für bestimmte Milieus – etwa des Katholizismus oder der Arbeiterbewegung in der Zeit des Wilhelminismus – erwiesen hat[8], gilt das nicht für den Begriff eines evangelischen Milieus. Dafür kann man verschiedene Gründe anführen, nicht zuletzt die Fraktionierung des Protestantismus, die es verhinderte, daß sich ein einheitliches Verhaltensmuster ausbildete, wie es etwa im Katholizismus möglich war, der sozial durch die Erfahrungen im Kulturkampf und religiös durch den »Ultramontanismus« gestützt wurde. Um die Fruchtbarkeit des Begriffs eines evangelischen Milieus im Zusammenhang der Widerstandsthematik zu prüfen, soll dieser Frage anhand einiger neuerer Arbeiten zur Orts- und Regionalgeschichte nachgegangen werden, die sich mit der jeweiligen kirchlichen Geschichte beschäftigen.

Im Jahre 1933 gab es im Deutschen Reich rund 14.000 evangelische Kirchengemeinden unterschiedlicher Größe[9]. Sie konnten 150 Mitglieder, aber auch 60.000 Mitglieder umfassen, und ihre Fläche konnte sich auf wenige Gebäude oder auch ganze Landkreise erstrecken. Angesichts solcher Differenzen sind Vergleiche schwierig. Immerhin war die Organisationsstruktur der Kirchengemeinde gleich: Die Kirchengemeinde besaß – als Rest des mittelalterlichen Parochialprinzips – einen oder mehrere Pfarrer, der für Predigten, Amtshandlungen und Seelsorge

zuständig war, und sie besaß einen Vorstand (»Kirchenrat«), der in der Regel von den Mitgliedern gewählt wurde. Wichtiger noch als diese organisatorischen Gemeinsamkeiten war aber, daß die Mitgliedschaft in der Kirchengemeinde zugeschrieben war und nicht erworben wurde. Ohne daß es eines Entscheidungsaktes bedurfte, gehörten die Evangelischen eines Gebiets als Mitglieder zu einer Kirchengemeinde, was den kirchlichen Arbeitsstil prägte: Die Kirche war eine Betreuungskirche: Der hauptberuflich angestellte Pfarrer betreute die ihm zugewiesenen Mitglieder; diese waren in ihrer Entscheidung frei, wieweit sie die kirchlichen Angebote wahrnehmen wollten. Mit Folgen für ihre soziale Stellung oder mit einer Beschränkung ihrer Mitgliedschaftsrechte mußten sie nicht rechnen, wenn sie auf die Wahrnehmung dieses Angebots verzichteten.

Diese Struktur hatte sich im 19. Jahrhundert durchgesetzt, gleichzeitig hatte sich auch der Stadt-Land-Unterschied noch verstärkt. Denn vor allem in den Städten hatte sich eine veränderte Partizipationskultur entwickelt. Ohne Furcht vor gravierenden Sanktionen konnten die Kirchenmitglieder dort relativ frei wählen, in welcher Form sie ihre kirchliche Mitgliedschaft realisieren wollten. Sie konnten sich dabei am Pfarrer und seinem religiösen Stil orientieren, wenn sie sich zu liberalen oder orthodoxen (»positiven«) Kirchengemeinden hielten, sie konnten einen anderen religiösen Stil pflegen und sich im Unterschied zu regelmäßigen Kirchgängern mit der gelegentlichen Wahrnehmung eines stark rituell und kasual geprägten Angebots begnügen, sie konnten sich aber auch zusätzlich engagieren und in den kirchlichen Vereinen mitmachen und Freizeitangebote wahrnehmen. Mit diesem differenzierten Angebot hatte die evangelische Kirche auf die Veränderungen im Lebensstil, in der Bildung und Freizeit reagiert, ohne daß es zu gravierenden Organisationsänderungen kam. Im Unterschied zur katholischen Kirche hatte die evangelische Kirche darauf verzichtet, eine enge Bindung an die Kirche durch ein vorgeschriebenes Teilnahmeverhalten verbindlich zu machen und ihre Normen durch soziale Kontrollen ständig präsent zu halten. Die Modernisierung blieb allerdings asymmetrisch. Denn die Pfarrer verloren in der Regel nicht das Gefühl des Ungenügens. Ideell blieb für sie das Modell der Betreuungskirche leitend, die jeden erreichte und deren Angebot jedermann ständig wahrnahm. Da das nicht der Fall war – vielen genügte eine rituelle Form der Kirchlichkeit –, gab es bei den kirchlichen Funktionären das Gefühl eines ständigen Defizits.

Der kurze Überblick zeigt schon, daß die Frage nach der Organisationsgrösse »Kirchengemeinde«, deren Zweck die Betreuung der Menschen eines bestimmten Gebiets ist, gleichsam quer zur Frage nach dem Milieu steht, weil der Kirchengemeinde in der Regel durch ihre flächenmäßige Orientierung Menschen ganz unterschiedlicher sozialer Stellung und Lebenswelt angehören. Diese schlichte Feststellung beantwortet aber noch nicht die Frage nach einem protestantischen Milieu. Denn aufgrund der unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten in einer Kirchengemeinde konnten natürlich einzelne Personen und Gruppen das jeweilige kirchliche »Leben« so dominieren, daß sie, die möglicherweise sozial, kulturell und in ihren normativen Grundanschauungen eine homogene Gruppe bildeten, zu-

mindestens in der Binnenwahrnehmung die jeweilige Kirchengemeinde repräsentierten. Zu den kirchlich-normativen Anschauungen müssen immer noch andere soziale und kulturelle Bezugsgrößen hinzutreten, um ein »protestantisches Milieu« und dessen Verhältnis zur jeweiligen Kirchengemeinde beschreiben zu können.

Eine zentrale Bedeutung wird dabei gewiß der Stadt-Land-Unterschied haben. Denn das skizzierte Problem der unterschiedlichen Teilnahme und Präsenz der Mitglieder an den »Angeboten« der Kirchengemeinde betraf natürlich primär die städtischen Kirchengemeinden, weil in den Städten das alternative Freizeit- und Kommunikationsangebot viel dichter war und durch die personellen Alternativen in der Pfarrerschaft auch leichter realisiert werden konnte[10]. Auf dem Land hatten sich dagegen diese Formen unterschiedlicher kirchlicher Partizipation nur teilweise durchgesetzt. Selbst dort, wo es zu einer Modernisierung kirchlicher Arbeit durch zusätzliche Angebote in Form von Vereinen oder sozialer Hilfen durch die Anstellung von Gemeindeschwestern kam, blieb die Differenz zur Stadt mit ihren hoch differenzierten Angeboten erhalten.

Indiz für die Konstanz des Stadt-Land-Unterschieds ist die Rekrutierung der ehrenamtlichen Führungsgruppe, dem Kirchenvorstand. Teils als Organ kommunaler Selbstverwaltung, teils in liberalem Sinne als Vereinsvorstand konzipiert, paßte diese Einrichtung sowieso nicht nahtlos in der Struktur der Betreuungskirche. In der Stadt nahmen an den kirchlichen Wahlen nur die der Kirche hoch verbundenen Mitglieder teil, die häufig auch die Mitglieder der kirchlichen Vereine stellten, und vor allem aus dieser Gruppe rekrutierten sich auch die Mitglieder für die Kirchenvorstände. Da die Vereine unterschiedliche Interessen und (politische) Haltungen abdeckten, kam es hier häufiger zu heftigen Wahlkämpfen, oft parallel zu den politischen Scheidelinien im bürgerlichen Lager. Dabei entsprachen Wahlkämpfe allerdings nicht dem ideologischen Selbstbild der kirchlichen Stimmführer. Diese hielten in der Regel an der Ideologie der kirchlichen Einheit fest. Die christliche Gemeinde ohne innere Widersprüche, das traditionelle »corpus christianum«, galt ihnen als Norm, so daß Auseinandersetzungen und kirchlicher Parlamentarismus leicht als wesensfremd für die Kirche denunziert werden konnten. Dieses Argument gewann umso mehr Gewicht, je stärker der politische Parlamentarismus in der Endphase der Weimarer Republik in die Krise geriet.

Diese Rekrutierungsform der Kirchenvorstände galt jedoch nur für die Städte. In den ländlichen Gebieten, die von der Industrialisierung und Bevölkerungsverdichtung nur am Rande erfaßt wurden, rekrutierten sich die Kirchenvorstände anders, hier bildeten sie weiterhin die überkommenen Herrschafts- und Sozialstrukturen ab. So führten auch die geänderten Wahlmodi nach 1919 kaum zu Veränderungen. Es blieb ein struktureller Konservatismus. »Die Mitglieder der Kirchenräte gehörten fast durchweg der jeweiligen Ortselite an; vielfach wurde das kirchliche Amt als gleichsam selbstverständliches Attribut der Zugehörigkeit zur örtlichen Führungsschicht über Generationen in ›Familientradition‹ wahrgenommen.«[11] Hier ergänzten sich struktureller und politischer Konservatismus[12], so daß die Kirche als Stütze der hergebrachten Ordnung galt.

Die Beispiele der unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten und der Rekrutierung von Kirchenvorstehern machen deutlich, wie stark differenziert werden muß, wenn von einem evangelischen Milieu und dem Agieren der Kirche in diesem Milieu geredet wird. Um dieser Sorgfaltspflicht gerecht zu werden, will ich im folgenden dem Problem anhand zweier der Literatur entnommener ländlicher Beispiele nachgehen, um mich dann noch einmal den Verhältnissen in den Städten zuzuwenden.

Kirche auf dem Land: Franken

Das erste Beispiel ist das Verhalten der ländlichen Kirchengemeinden in den evangelischen Teilen Mittelfrankens. Mittelfranken gehört zu den konfessionell gemischten Gebieten, große Teile waren seit der Reformationszeit protestantisch und von der lutherisch geprägten Erweckung in der bayerischen Landeskirche erfaßt worden. Abgesehen von der Großstadt Nürnberg und einigen Kleinstädten entlang den Bahnlinien Nürnberg-München und Nürnberg-Würzburg-Stuttgart, blieb die agrarische Grundstruktur dieses Bezirks erhalten – die Bevölkerungsentwicklung stagnierte, und noch immer waren rund zwei Drittel der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft tätig.

Das Gebiet war ausgesprochen kirchlich; hatte schon die bayerische Landeskirche die höchste Kirchlichkeitsziffer in Deutschland, so war sie in Mittelfranken noch einmal erheblich höher, in den Dekanaten Windsbach, Gunzenhausen, Heidenheim lag die Abendmahlsziffer noch immer bei mehr als 120 %, und auch die Zahl der Kirchenaustritte war hier reichsweit am niedrigsten[13].

Politisch konnte hier die NSDAP schon 1930 Fuß fassen, mußte sich aber zunächst noch mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst (CSVD)[14] und dem Landvolk-Bund das Erbe der älteren bürgerlichen Parteien teilen. Dabei wurde der CSVD von zahlreichen evangelischen Geistlichen unterstützt, während sich für die NSDAP nur wenige Geistliche engagierten. Der CSVD verlor dennoch seit April 1932 seine Anhänger in den rein evangelischen Dörfern, ein Großteil von ihnen war zur NSDAP übergegangen, so daß diese die absolute Mehrheit, in den evangelischen Dörfern sogar über 70 % der Stimmen gewann[15]. Der Regierungsantritt Hitlers führte rasch zu einer Nazifizierung der örtlichen Kirche. Die meisten evangelischen Geistlichen beteiligten sich an den zahlreichen Feiern und Gottesdiensten der NSDAP, generell galt die NSDAP in diesem Teil Frankens als evangelische Partei[16].

Es entsprach dem guten Verhältnis zur evangelischen Konfession, daß auch die staatlich angeordneten Wahlen zu den Kirchenvorständen am 23.7.1933 unkompliziert verliefen. Anders als in den Städten, wo es durchaus noch Auseinandersetzungen und Wahlalternativen gab, gab es in fast allen Dörfern dieses Gebiets Einheitslisten, die eine Wahl überflüssig machten. Selbst dort, wo es zu Wahlen kam, wurden nur einige der bisherigen Honoratioren abgewählt und durch jüngere NS-Funktionäre ersetzt. Diese friedliche »Machtergreifung« war möglich, weil die NSDAP sich schon vorher mit den alten Eliten im Dorf verbündet hatte, so

daß ihre lokalen Repräsentanten in der Regel nicht als Eindringlinge und Störenfriede galten. In einem Rückblick auf die Wahl stellte der Landesbischof Hans Meiser am 2. 8. 1933 befriedigt fest, »daß das kluge Verhalten unserer Geistlichen und der gesunde kirchliche Sinn unserer Gemeinden Wahlkämpfe ernsterer Art hat vermeiden lassen. In großer Zahl sind die bisherigen Mitglieder des Kirchenvorstands wiedergekehrt, doch ist im allgemeinen eine merkliche Verjüngung eingetreten. Bei der weiten Verbreitung, die der Nationalsozialismus von Anfang an gerade in den evangelischen Gebietsteilen gefunden hat, versteht es sich von selbst, daß ein großer Teil der Kirchenvorsteher dem Nationalsozialismus angehört.«[17]

Trotz dieser breiten Übereinstimmung kam es bald zu Konflikten, die jedoch nicht auf politischen Differenzen beruhten. So scheiterten NSDAP und SA-Führung schnell, als sie im Sommer 1933 im Kreis Weißenburg – aber nicht nur dort – die Abschaffung der Kirchstuhlrechte forderten[18]. Die Plätze in der Kirche (»Kirchstühle«) wurden entweder vermietet oder verkauft, um damit zum Unterhalt der Kirche beizutragen. Da sich die Preise nach der Akustik, der Optik und nicht zuletzt nach der Nähe zum Ofen richteten, war die Kirchstuhlordnung ein Spiegel der sozialen Ordnung im Dorf. Die NSDAP und vor allem der örtliche SA-Sturmbannführer hofften nun auf positive Resonanz, wenn sie die sofortige Abschaffung der Kirchstuhlrechte forderten, denn häufig waren teure Plätze leer, während sich ärmere Gemeindeglieder auf »billigen Plätzen« drängelten. Doch trotz des revolutionären Schwungs in diesen Tagen konnten sie sich nicht durchsetzen; die Kirchenvorsteher – auch die NSDAP-Mitglieder – forderten, daß zunächst die bisherigen Inhaber angehört würden und dann ein rechtlich einwandfreies Verfahren der Besitzübergabe eingeführt werden müsse. Angesichts dieses Widerstands resignierten die lokalen Repräsentanten der Partei und verfolgten ihre kirchenpolitische Forderung nicht weiter. Sie scheiterten, weil sie als Repräsentanten der Revolution und des Neuen nicht gegen das Verständnis der Kirche als Repräsentanz der sozialen Ordnung ankamen.

Allerdings waren die Parteigrößen nicht gewillt nachzugeben, wo sie ihr politisches Selbstverständnis der Öffentlichkeit darstellen wollten. So waren Einsprüche gegen die Entheiligung des Sonntags durch die NS-Aufmärsche und Feierlichkeiten erfolglos. Auch hier hofften die Repräsentanten der überkommenen Kirchlichkeit, durch Appelle an das Herkommen ihre Stellung in der dörflichen Gemeinschaft bewahren zu können. So urteilte zum Beispiel ein Dekan: »Die diesjährige Form der Erntedankfeier [war] durchaus kein innerer Gewinn für das Volksleben, sondern eine Veräußerlichung, auch eine schwere Verärgerung der besten Elemente in den Kirchengemeinden, und letzten Endes waren die Hauptgewinner bei der Sache wohl die Gastwirte. Im nächsten Jahre müssen die Erntefeiern ganz anders und zwar lokal je nach den Ortssitten und kirchlichen Gebräuchen eingerichtet werden in treuer Zusammenarbeit zwischen Kirche und staatlichen Führern. Unsere Bauern wollen durchaus nicht in dieser aufdringlichen Weise durch Anhäufung von ortsfremden Menschen zum Zweck von Bauernehrungen ›geehrt‹ sein; sie wollen vielmehr ihre angestammten guten Sitten gewahrt wissen, anstatt dieselben durch ortsfremde Elemente gestört zu sehen.«[19] Hier wird gut das kon-

servative Argumentationsmuster deutlich, das die Differenz von innen und außen betonte, um die »angestammten« Sitten zu bewahren. Aber mit diesem Einspruch konnten sich die Pastoren nicht durchsetzen. Sie wurden in der NS-Presse scharf kritisiert, und zunehmend mehr wurden Veranstaltungen von NS-Organisationen am Sonntagvormittag angesetzt[20].

Einen guten Resonanzboden für Konflikte zwischen den Verteidigern des Herkommens und den Trägern der neuen Ideologie bot das Verhältnis von Pfarrer und Lehrer. Beide waren Ortsfremde, doch war der Pfarrer in der Regel besser in die örtliche Hierarchie eingebunden. Deshalb versuchten viele Lehrer, durch den Anschluß an die NSDAP eine angemessene Position im Dorf zu erlangen. In dieser kritischen Situation konnten Pfarrer den direkten Widerspruch gegen die NS-Ideologie wagen und mit einem positiven Echo rechnen. So konnte der Pfarrer von Egenhausen relativ unbehelligt eine breite Kampagne mit Versammlungen und Vorträgen gegen den Antisemitismus inszenieren, da dieser vom örtlichen Lehrer vorgetragen wurde, der damit seine Position als örtlicher NS-Repräsentant festigen wollte, aber weiterhin als Eindringling galt[21].

Anders verhielt es sich wiederum mit der Frage der Eingliederung der evangelischen Jugendverbände in die HJ. In den ländlichen Gegenden Frankens war der Widerspruch von seiten der kirchlichen Amtsträger verhalten. Anders als in größeren Orten kam es nur zu wenigen Einsprüchen gegen die vom Reichsbischof verfügte Eingliederung der evangelischen Jugendorganisationen in die HJ. Teilweise gab es einfach keine bündisch geführte evangelische Jugend, teilweise hofften die Pastoren und Kirchenvorsteher, die kirchlichen Aktivitäten auch unter dem Mantel der HJ ungebrochen fortsetzen zu können. Das Beharren auf einem eigenständigen Jugendverband war kein eindeutiges Handlungsziel, da die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche Teil der vorherrschenden Mehrheitskultur war. Daher schien eine Abgrenzung und Wahrung des eigenen Gruppenprofils durch die Pflege einer eigenständigen Jugendgruppe überflüssig zu sein. Allerdings ließen sich nicht alle Jugendlichen von der Evangelischen Jugend in die HJ übernehmen, ein Zeichen dafür, daß bei manchen Jugendlichen die Eingliederung in die HJ doch nicht unproblematisch war[22].

Trotz der breiten Nazifizierung brachten die evangelischen Christen der Partei 1934 eine empfindliche Niederlage bei, als sie die völlige Gleichschaltung der bayerischen Landeskirche mit der Reichskirche verhinderten. Ein Vorspiel war das Verbot einer Nummer des vom fränkischen Gauleiter Julius Streicher herausgegebenen »Stürmer(s)«. Dieser hatte das traditionelle Abendmahlsverständnis verunglimpft und mit dem jüdischen Ritualmord in Verbindung gebracht. Die von kirchlichen Gruppen inszenierten Proteste zeigten in der Öffentlichkeit Wirkung, woraufhin der »Stürmer« verboten wurde, und der Gauleiter entschuldigte sich sogar ausdrücklich[23]. In dieser Auseinandersetzung kann man schon das Muster erkennen, das auch später im Kirchenkampf dominierte: Die Partei erschien als Avantgarde, während der Staat als Ordnungsmacht auftrat, der die auf Gesetz und Herkommen beruhenden Normen bewahrte. Gerade dadurch behielt er seine Legitimität in diesen Auseinandersetzungen.

So läßt sich auch der »Kirchenkampf« um die Eingliederung der bayerischen Landeskirche beschreiben. Der Tatbestand ist schnell berichtet: Nachdem die von den Deutschen Christen (DC) mit massiver Unterstützung der NS-Presse geforderte freiwillige Eingliederung der Landeskirche in die Reichskirche nicht möglich war, setzte der vom Staat eingesetzte Rechtswalter der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK), August Jäger, den Landesbischof Hans Meiser am 11. 10. 1934 ab und ernannte an seiner Stelle zwei bischöfliche Kommissare[24]. Die Deutschen Christen begründeten dies und die Verhängung von Hausarrest über den Landesbischof mit der Verpflichtung, die Einheit von erneuerter Kirche und Volk herzustellen. Dagegen begann auch auf dem Lande eine breite Solidarisierung, denn in einer Lebenswelt, in der der wahre Glaube als »der alte Glaube« und Gott als »der treue Gott« beschrieben werden konnten, fanden die DC-Argumente auf Erneuerung der Kirche kein Echo. Außerdem bestand gerade in diesen ländlichen protestantischen Gebieten die Einheit von Bevölkerung und Kirche, die als Einheit von Volk und Kirche von den Deutschen Christen immer wieder beschworen wurde, nach Auffassung der örtlichen Stimmführer sowieso; sie mußte also nicht erst hergestellt werden. Zunächst versuchte der Staat, durch Publikations- und Versammlungsverbote regelnd zugunsten der Deutschen Christen einzugreifen, und Hitler selbst zeigte durch eine demonstrative Begrüßung des Reichsbischofs auf dem Reichsparteitag 1934, daß er die Politik der Eingliederung unterstützte. Trotzdem blieb die konkrete Unterstützung für die Deutschen Christen aus, obwohl sogar der Gauleiter und besonders sein Stellvertreter, der zugleich Gaupropagandaleiter war, in den NS-Zeitungen massiv für die Eingliederung der Landeskirche warben. Im Gegenteil, bei den Versammlungen, die meist die Form von Gottesdiensten hatten, setzten sich die Gegner der Eingliederung durch[25]. Sie waren erfolgreich, weil die Zahl der DC-Pfarrer so klein blieb, daß die DC-Bewegung als »Import« von außen erkennbar blieb[26], und weil die von den »Bekenntnispastoren« gut gesteuerte Solidarisierung sich nicht auf hauptamtliche Funktionäre beschränkte. Kleinere Delegationen sprachen bei Regierungsstellen in München und Berlin vor, und unter der Bevölkerung kursierten Unterschriftslisten. Gerade die zahlreichen Unterschriften machten deutlich, daß nicht nur die Kirchentreuen, sondern auch die Kirchenmitglieder angesprochen waren, die nur gelegentlich die kirchlichen Angebote wahrnahmen. Nach den Beobachtungen eines Bürgermeisters hatten »auch solche Leute unterschrieben [...], ›die in Glaubenssachen bisher nie den Standpunkt von treuen Christen eingenommen hatten und die politisch den heutigen Staat bis zuletzt verneint haben‹«[27]. Damit drohten die Demonstrationen gefährlich zu werden, und am 29. 10. 1934 lenkte der Staat ein. Hitler war zu einem Empfang des Landesbischofs bereit, und am gleichen Tage wurde auch die Tätigkeit des Rechtswalters in der bayerischen Landeskirche beendet.

Der Widerstand gegen die Eingliederung bedeutete keine grundsätzliche Kritik am politischen Kurs des NS-Regimes, es blieb der Appell an den »Führer« ständige Redefigur, wie dieser ja tatsächlich auch das Problem löste. Wie die Stimmungsberichte des Regierungspräsidenten zeigten, blieb die Lage im Bezirk bis

ins Frühjahr 1935 wohl kritisch, und nicht ohne Recht beurteilten die SOPADE-Berichte den Rückzug von Partei und Deutschen Christen als »eine peinliche Niederlage des Prinzips und eine Beeinträchtigung des Nimbus der Diktatur«[28]; dennoch bedeutete diese bewältigte Krise eher eine Stabilisierung des Regimes, da es sich hier als lernfähig erwiesen hatte.

Daß die Partei ihre Lektion gelernt hatte, zeigte sich bei der Abschaffung der Bekenntnisschule: Hier trat sie nicht mehr als Zerstörer der kirchlichen Tradition auf, sie vermied die offene Konfrontation[29]. Statt dessen wiederholte sie immer wieder, daß die Stellung des Religionsunterrichts nicht verändert würde, und auf dem Lande argumentierten ihre Vertreter damit, daß es nur ein Etikettenwechsel sei, da das Lehrpersonal und die Stundentafel nicht verändert würden. Der neue Name sei nötig, um nach außen auf allen Ebenen die Volksgemeinschaft zu dokumentieren[30]. Wo Abstimmungen auf dem Lande nötig waren, versuchten Lehrer sogar, diese in Abstimmungen für den Religionsunterricht oder gegen den Tannenbergbund umzufälschen.

Mit ihrer Argumentation dagegen anzukommen, gelang den Kirchenleuten nicht. Sie blieben auf den Kreis der Kirchentreuen beschränkt, weil sie nicht überzeugend darlegen konnten, worin der Angriff auf die örtlichen christlichen Grundwerte bestand. Erschwert wurde die Argumentation auch dadurch, daß Partei und Staat der direkten Konfrontation auswichen und der Status der Kirche selbst nicht tangiert wurde. Hier konnten sich die Kirchenleute nicht als Hüter der bisherigen Lebenswelt darstellen – sie blieben mit ihrer Argumentation allein, so daß der Staat seine Schulpolitik durchsetzen konnte.

Seit dieser Zeit kam es zu keiner Inszenierung eines großen Konflikts mehr[31]. Auch wenn der Bischof und die Mehrzahl der Pfarrer die zunehmende antikirchliche Propaganda ablehnten und ihre Distanz zu Partei und Staat deutlich markierten, so wurde politischer Widerstand in diesem ländlichen protestantischen Milieu nicht angestrebt. Dies war aus drei Gründen nicht zu erwarten: zum einen ideologisch nicht, weil die herrschende »Zwei-Reiche-Lehre« gerade das Einhalten der Grenze zwischen Staat und Kirche forderte; zum anderen von der Gruppenlogik nicht, die die ungestörte öffentliche Tätigkeit erhalten wollte und deshalb größere Konflikte mit dem Staat vermied, der die Öffentlichkeit beherrschte, und schließlich politisch-kulturell nicht: Beide Gruppen, Nationalsozialisten und Kirchenleute, hatten so viele Werte gemeinsam, daß alternative politische – demokratische oder gar sozialistische – Optionen nicht in der Reichweite des Möglichen lagen. Daß die evangelische Kirche ein neues Modell gesellschaftlichen Zusammenlebens konzipieren könnte, war unvorstellbar. Gerade unter dem Druck der zunehmenden Kirchenfeindschaft in der Partei zielten die theologisch-lehrmäßigen Aussagen auf individuelle Verhaltensformen, und die traditionelle Einbindung in das Milieu trug nicht dazu bei, diese Orientierung zu verhindern. Widerstand gegen staatliche Maßnahmen hätte unter diesen Bedingungen nur schwer erkämpfter individueller Widerstand sein können.

Diese Aussagen gelten für die Zeit bis 1945. Auch wenn für die Jahre von 1939 bis 1945 noch keine Arbeit gedruckt vorliegt, die die Auseinandersetzungen zwischen diesem ländlichen protestantisch geprägten Milieu und der nationalsozialistischen Umwelt genauer analysiert, so zeigt der Vergleich mit der Studie von Karl-Ludwig Sommer über den »Kirchenkampf« in den evangelischen Landgebieten Oldenburgs, daß die These von dem – bestenfalls – schwer erkämpften individuellen Widerstand sich verallgemeinern läßt. Sommer führt seine Arbeit bis in die Nachkriegszeit und beschäftigt sich ebenfalls mit einem evangelischen Gebiet. Strukturell, im sozialen Milieu, war die Ausgangsbasis in vielem gleich, sie unterschied sich aber in zweierlei Hinsicht: Anders als in Franken war die Kirchenleitung im Sommer 1933 von den Deutschen Christen erobert worden, vor allem aber hatte die Kirche schon seit langem keine unmittelbar prägende Kraft für das dörfliche Zusammenleben. In Oldenburg gab es nach kirchlicher Auffassung »eine bis zur Agonie gehende Erschlaffung der kirchlichen Sitte«[32], zumindest wird man sagen können, daß es ein anderes kirchliches Teilnahmeverhalten gab: Ohne daß die Notwendigkeit der Kirche als Garant der sittlichen Ordnung bestritten wurde, galt doch der Gottesdienstbesuch als Sonderform der Religion, an der man sich als Christ nicht beteiligen mußte. Wichtig war wohl die Repräsentanz des Pfarrers im Dorf, die sich an dessen Teilnahme an den sog. Passageriten (»Kasualien«) ausdrückte. Doch die so symbolisierte Form des Zusammenlebens und das dabei bezeugte Einstehen für christliche Grundaussagen war für die meisten Kirchenmitglieder völlig ausreichend, regelmäßiger Gottesdienstbesuch galt deshalb eher als eine Form abweichenden Verhaltens.

Bemerkenswert ist aber auch die andere Stellung der Kirchenleitung. In Bayern blieb die Kirchenleitung nach den Störungen des Jahres 1934 »intakt«, d.h. nach der mißlungenen Gleichschaltung konnte sie die rechtliche Anerkennung des Staates behalten, obwohl sie an der Geltung des traditionellen Bekenntnisses uneingeschränkt festhielt und sich als Teil der Bekennenden Kirche Deutschlands verstand. Gleichzeitig wurde sie von der großen Mehrheit der Pfarrer unterstützt. In Oldenburg bildete sich 1934 dagegen eine doppelte Kirchenleitung heraus, so daß sich alle Pastoren und Kirchengemeinden entscheiden mußten, auf welche Seite sie treten wollten, ob auf die Seite der vom Staat anerkannten deutschchristlichen Kirchenleitung oder auf die Seite der Bekennenden Kirche mit eigenem Kirchenregiment. Diese Wahlmöglichkeit war neu, sie entsprach weder dem herkömmlichen kirchlichen Selbstverständnis noch dem Teilnahmeverhalten der Kirchenmitglieder. Für diese war die kirchliche Tätigkeit als Sicherung des moralischen Hintergrundes der örtlichen Gemeinschaft und durch die rituelle Begleitung in familiären Krisen definiert. Daß bekenntnismäßig oder politisch definierte Wahlmöglichkeiten diese stabilisierenden Funktionen eher ungewiß und fragwürdig machten, akzeptierten beide Seiten im Kirchenstreit; sie zogen beide, sowohl die lokalen DC-Repräsentanten als auch die Anhänger der Bekennenden Kirche, daraus den Schluß, die Mehrheit im Ort und im Kirchengemeinderat geräuschlos zu gewinnen. Hatte sich dann eine Seite durchgesetzt, bemühte sie sich, ihre örtliche

»Herrschaft« möglichst konfliktlos zu stabilisieren. Dementsprechend galten Bekenntnisfragen als Angelegenheit des Pastors und gelegentlich noch als Problem des Kirchenvorstands (»Kirchenrats«), sie berührten aber in der Regel nicht die eigene Christlichkeit. Schon deshalb war es schwierig, eine breite Solidarisierung für die eine oder andere Seite zu erreichen. So war sehr häufig eine externe Größe, die Kirchenleitung in Oldenburg, Rufer im Streit, weil sie die Auseinandersetzungen immer wieder anheizte.

Überblickt man unter diesen Voraussetzungen das Verhalten der kirchlichen Amtsträger, so lassen sich vier Fälle unterscheiden[33]:

1. Pastor und Kirchenrat waren deutsch-christlich orientiert; hier blieben Konflikte mit den NS-Herrschaftsträgern in der Regel aus, da beide Seiten den Herrschaftsanspruch von Partei und Staat akzeptierten.

2. Der Kirchenrat war bekenntnisorientiert, während der Pastor zum deutsch-christlichen Kirchenregiment hielt. Hier waren Konflikte möglich, doch waren diese in der Regel nur temporär, da jedenfalls dann, wenn der Pastor auf Dauer in der Gemeinde blieb, auch der Kirchenrat allmählich auf seine bekenntnismäßige Haltung verzichtete.

3. Der Pastor war BK-orientiert und hatte seinen anerkannten Platz in der örtlichen Sozialordnung. Hier blieben die Konflikte stets klein, selbst dort, wo der Pastor in scharfer Opposition zum deutsch-christlich beherrschten und staatlich legitimierten Kirchenregime stand. Dies hatte seinen Grund darin, daß zwischen den verschiedenen Ebenen öffentlichen Handelns umstritten war, was Staatsfeindlichkeit war. So wertete das SS-Sicherheitshauptamt den Abdruck einer Predigt von Louis Harms aus dem 19. Jahrhundert mit dem Leitsatz »Ein Christ und Mensch zu sein, muß mir höher stehen, als ein Deutscher zu sein«, als Beweis für die staatsfeindliche Gesinnung des Herausgebers; die örtlichen Repräsentanten nahmen jedoch keinen größeren Anstoß, so daß Sanktionen ausblieben[34]. Waren Pastor und NS-Herrschaftsträger als Teile der lokalen Elite miteinander verbunden, konnte ein solcher Theologe sogar ungestraft die Kanzelabkündigung anläßlich der Führer-Denkschrift verlesen[35]. Letztlich blieb das örtliche evangelische Milieu intakt, so daß der Pastor dadurch geschützt war, und auch die lokalen NS-Größen waren darin so eingebunden, daß sie gegen Pastoren nicht vorgingen, die von außen betrachtet staatsfeindliche Handlungen begingen.

4. Der Pastor orientierte sich bekenntniskirchlich, fand aber selbst nicht den Zugang zu den bisherigen Eliten. Dann waren Konflikte vorprogrammiert. Ähnliches galt für den Fall, daß der Pastor durchaus im Ort anerkannt war, daß aber neue NS-Herrschaftsträger (Bürgermeister, Ortsgruppenführer) im Ort ihre Herrschaft demonstrieren mußten. War der Bürgermeister beispielsweise von außen ins Dorf gesandt, so konnte er mit der Unterstützung der ihn entsendenden Stelle (Kreisleiter, Gauleitung) rechnen, wenn er gegen Repräsentanten der Bekennenden Kirche vorging. Diese unterlagen dann oft dem Zusammenwirken von DC-Kirchenleitung, die ihnen Staatsfeindlichkeit unterstellte, und Parteistellen. Waren es aber Dorfbewohner, die im Ort seit langem Außenseiter waren und nun gegen die herrschende Meinung als Inhaber von Parteistellen oder Bürgermeister NS-

Karriere gemacht hatten, kalkulierten die überörtlichen Parteistellen genau, ob sich das Risiko eines Eingriffs mit Strafmaßnahmen lohnte. Hier konnte sich der Pastor unter Umständen trotz »staatsfeindlicher Angriffe« durchsetzen und relativ unbehelligt seine Distanz zur Partei demonstrieren.

Aus diesem knappen Überblick könnte man folgern, daß hier – anders als in Franken – die Bedeutung des kirchlichen Elements bei der Beschreibung des Sozialmilieus so gering war, daß es ausreicht, ohne Bezug auf die kirchlich-religiöse Organisation von einem ländlich-konservativen Milieu zu sprechen. Doch sollte man bei der Beschreibung des Sozialmilieus die Konfessionszugehörigkeit seiner Teilnehmer nicht aussparen. Denn es war eine Form des Protestantismus, die – im Unterschied zum Katholizismus oder zu einem Atheismus – von der Differenz zwischen Christlichkeit und Kirchlichkeit lebte, wobei »das« Christliche in der Regel selbstverständlicher Teil des Horizonts im Alltagsleben war, das nur in seltenen Fällen aktualisiert wurde. So wurde die Bedeutung des Christentums für den sozialen und kulturellen Zusammenhalt des Ortes nicht in Frage gestellt – sonst hätte die Werbung für den Kirchenaustritt seit 1935 mehr Erfolg gehabt –, aber solange der Pastor und die örtliche Kirche ihrer Aufgabe der Repräsentanz des Christlichen formal genügten, war der Streit um die Kirchenleitung und die bekenntnismäßigen Inhalte der kirchlichen Predigten sekundär. So wurden die innerkirchlichen Auseinandersetzungen nicht als Infragestellung oder als Zerstörung dieses Milieus wahrgenommen. Auch da, wo der Staat die bisherige konfessionelle Form des Religionsunterrichts abschaffte und das Abhalten von Religionsunterricht in Schulräumen verbot[36], kam es zu Protesten nur solcher Personen, die der Kirche bzw. dem Pfarrer besonders eng verbunden waren. Eine breite Mobilisierung der Angehörigen dieses Milieus gelang den Kirchenleuten nicht, da auch hier offene Angriffe auf das Christentum unterblieben oder doch als falscher Übereifer von anderen Repräsentanten des Herrschaftssystems zurückgewiesen werden konnten.

Die örtlichen Konflikte zwischen BK-Pfarrern und Repräsentanten des NS-Regimes kann man deswegen sehr sinnvoll deuten »nicht [als] Ausdruck oder Folge ideologischer Gegensätze zwischen engagierten Christen und Nationalsozialisten, sondern [als] Begleiterscheinungen immanenter Probleme der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung und Herrschaftssicherung im lokalen Rahmen«[37]. Die erklärende Kraft einer solchen Deutung sollte nicht bestritten werden, sie darf aber nicht reduktionistisch als Alternative verstanden werden, die die Berechtigung der Frage nach der ideologischen Konkurrenz zwischen engagierten Christen und Nationalsozialisten grundsätzlich bestreitet. Die Versuche der BK-Pastoren, durch Proteste und Kanzelabkündigungen ihre Gemeinden aufzurütteln, gingen nicht darin auf, ihre Herrschaft im lokalen Rahmen zu sichern. Dann wäre die Anpassung an das nationalsozialistische Herrschaftssystem wohl einfacher gewesen. Wenn Pastoren anläßlich der Sudetenkrise die »Friedensliturgie« beteten[38] oder gegen die Verhaftung Martin Niemöllers protestierten[39], dann signalisierten sie

Widerspruch gegen eine umfassende Durchdringung dieses Milieus durch die nationalsozialistische Herrschaft. Daß angesichts des herrschenden Verständnisses von Kirchlichkeit und der Rolle der Pastoren nur wenige Gemeindeglieder diese Aktionen mittrugen, ändert zunächst nichts an dem Versuch. Allerdings gelang es bei solchen Aktionen nicht – worauf die Pastoren ja ständig hofften –, intensivere Formen der Kirchlichkeit zu etablieren, die über die alltägliche Eingrenzung von Religion hinausreichten.

Nur selten gab es Handlungen, die den begrenzten Handlungsrahmen überschritten, den die Pastoren und die Gruppe der dem Pastor eng Verbundenen hatten. Das waren symbolische Handlungen, die auch Dissidenz ausdrücken konnten und das rituelle Verständnis des Christentums betrafen, beispielsweise Beerdigungen von »Ostarbeitern«. Denkt man vom Erfolg her, kann man die Sorge der Bekenntnispfarrer um ein »würdiges« Begräbnis dieser Menschen mit Glockenläuten und Orgelspiel »fast zynisch« nennen, da die BK-Pfarrer doch »um die unmenschlichen Lebensbedingungen und die Vielzahl von Todesfällen unter den ›Ostarbeitern‹ wußten«[40]. Argumentiert man mit dem Nutzen, ist dieses Urteil gewiß berechtigt, die Beerdigung »nützte« ja nichts mehr. Allerdings können schon die Reichweite und Intensität der Auseinandersetzung – Kreisleiter, Landrat, Gauleiter und Kirchenministerium wurden beteiligt – anzeigen, daß ein solches Urteil zu kurz greift. In dem rituell geprägten Christentumsverständnis waren es gerade die »Kasualien«, die die Stellung des Toten zur Gemeinschaft und zu Gott als dem Garanten dieser Gemeinschaft symbolisierten[41]. Orgelspiel und Glockenklang zeigten an, daß der Verstorbene ein vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft war – damit erhielt er wenigstens im Tode die Menschenwürde zurück, die die NS-Herrschaftsträger ihm gerade absprechen wollten.

Symbolische Aktionen, mit denen die Pastoren ihre partielle Differenz zum System ausdrückten, setzten die traditionale Christlichkeit dieses evangelischen Milieus voraus. Und weil sie symbolisch waren, waren sie auch in gewissem Umfang auslegungsoffen. Bei Protesten oder Kanzelabkündigungen war das dagegen nicht der Fall; sofern diese Handlungen nicht in das Ghetto der Kirchentreuen eingesperrt waren, geschah das immer gleichzeitig mit der demonstrativen Behauptung der Loyalität zu Führer, Volk und Vaterland. Auch wenn man einräumt, daß dies nicht zuletzt deshalb geschah, weil die BK-Pfarrer unter dem Druck der DC-Kirchenleitungen standen, die ihnen Staatsfeindlichkeit unterstellten, um staatliche Reaktionen gegen die Bekennende Kirche zu provozieren, so zeigen diese Loyalitätsbekundungen doch an, daß prinzipieller Widerstand hier nicht geübt wurde.

Diese Tatsache macht ein Urteil schwierig, ob die der Bekennenden Kirche eng verbundenen Pfarrer und Gemeinden so deutlich ihre Differenz zum Nationalsozialismus sahen, daß sie »strukturell nicht geeignet waren, endgültig mit dem Nationalsozialismus übereinzustimmen«[42]. Durch die partielle Einbindung der lokalen NS-Größen in die überkommene soziale Ordnung und durch die mit Kriegsbeginn deutlicher werdende Tendenz staatlicher Stellen, einen »Burgfrieden«[43] mit

der Bekennenden Kirche einzuhalten, konnte von ihren Anhängern immer wieder die Behandlung des Problems zurückgestellt werden, ob es denn nun eine endgültige und unüberwindliche Differenz zum Nationalsozialismus gebe. Letztlich hängt die Antwort auf diese Frage davon ab, welche Bedeutung man der NS-Ideologie und der in ihr implizierten Kirchen- und Christentumsfeindschaft für die Aufrechterhaltung des NS-Systems zuschreibt. War die Christentumsfeindlichkeit nur Teil eines ideologischen Überbaus, der angesichts der polykratischen Herrschaftsorganisation im Endurteil zu vernachlässigen ist, oder war sie ein konstitutiver Bestandteil des Herrschaftssystems, der zeitweise getarnt wurde[44]? Die Antwort auf diese Frage bestimmt entscheidend die Einschätzung des Widerstandspotentials der BK-Vorkämpfer. Dabei muß man natürlich auch berücksichtigen, daß gerade das Beschwören des »positiven Christentums« durch die Mehrheit der nationalsozialistischen Herrschaftsträger dazu führte, daß eben faktisch kein Widerstand geleistet wurde. Dennoch bleibt die Frage nach dem – nicht aktualisierten – Widerstandspotential nützlich, auch wenn man dabei noch berücksichtigen muß, daß der Stellenwert des »Kirchlichen« bzw. des »Christlichen« für das jeweilige Milieu unterschiedlich eingeschätzt werden muß – daß der Stellenwert unterschiedlich sein kann, haben die beiden Beispiele aus Franken und Oldenburg gezeigt.

Städtische Kirchengemeinden

Nach dieser relativ ausführlichen Schilderung des ländlichen Kirchenwesens sollen kurz die Möglichkeiten in den städtischen Kirchengemeinden skizziert werden. In den Städten gab es ja keine solche festgefügte Kirchlichkeit wie in Franken und Oldenburg. Christentum und Kirche waren strukturell und organisatorisch viel stärker differenziert. Bei der Beschreibung des christlich bzw. kirchlich geprägten Handlungsfeldes sind folgende Handlungsgruppen zu berücksichtigen:

1. Die Pfarrer und die anderen hauptberuflichen Mitarbeiter, wobei wiederum deutlich zwischen den Pfarrern, die eine Schlüsselrolle in der Kirchengemeinde besitzen, und den anderen hauptberuflichen Mitarbeitern unterschieden werden muß. Diese, wie beispielsweise Gemeindeschwestern oder Kindergärtnerinnen, spielen jedoch häufig auch eine nicht zu unterschätzende Rolle in den Auseinandersetzungen;

2. die kirchlich engagierten Laien (Kirchenvorstände und Vereinsmitglieder);

3. die nur lose mit der Kirche verbundenen Mitglieder;

4. die Umwelt dieses sozialen Systems: Kommune, Partei, zentrale Kirchenverwaltung, konkurrierende Vereine.

Das soviel komplexere Handlungsfeld in den Städten erschwert eine einfache Typisierung der Beziehungen zwischen Pfarrer, überkommener sozialer Hierarchie und NS-Herrschaftsträgern, wie sie für die ländlichen Gebiete Oldenburgs möglich waren. Aus diesem Grunde reduzieren die meisten Darstellungen die Komplexität der städtischen Verhältnisse, indem sie sich auf wenige Handlungsträger, etwa auf die Auseinandersetzungen zwischen den Pfarrern, Kirchenleitung und staatlichen Dienststellen beschränken. Eine Reduktion, genauer eine Konzen-

tration auf die Perspektive der Pfarrer als Träger der Schlüsselrolle ist zunächst gewiß legitim, allerdings muß deutlich werden, welche Probleme das Ausblenden von Teilen des kirchlichen Handlungsfeldes mit sich bringt. Beispielsweise werden kaum die nur lose mit der Kirche verbundenen Mitglieder in den Blick genommen, obwohl diese, die die Dienste der Kirche bei Amtshandlungen regelmäßig und bei sozialen Hilfen (Gemeindeschwester) gelegentlich in Anspruch nahmen, in den Auseinandersetzungen durchaus präsent waren – schon allein durch die Zunahme von Kirchenaustritten, für die die verschiedenen kirchlichen Parteien jeweils die andere Seite verantwortlich machten. Dabei wissen wir nur wenig über die Entwicklung von der Beteiligung der »Kirchenfernen« an den Kasualien und bei den größeren kirchlichen Feiern. Die Zunahme der Kirchenaustritte bei jüngeren und sozial als »bürgerlich« zu beschreibenden Mitgliedern macht wohl deutlich, daß die Beziehungen dieser Gruppe zur kirchlichen Institution und ihren Repräsentanten labil waren, daß aber die große Mehrheit unter ihnen – trotz der von der NSDAP und »gottgläubig«-freidenkerischen Gruppen angebotenen Ersatzkulte – die Verbindung zur Kirche nicht kappen und auch weiterhin die kirchlichen Angebote an Feiern und Amtshandlungen (Taufen, Trauungen usw.) für sich bzw. ihre Angehörigen wahrnehmen wollte[45]. Gleichzeitig – und auch das wird nur wenig reflektiert – waren diese »kirchenfernen« Protestanten für die hauptberuflichen Mitarbeiter im Hintergrund und als Zielgruppe kirchlicher Arbeit durchaus stets präsent.

Wie sehr das der Fall war, macht gerade die stürmische Nazifizierung der Kirche 1933/34 deutlich. Der Nationalsozialismus faszinierte in dieser Zeit die Mehrzahl der Pastoren und kirchlichen Aktivisten so sehr, weil sie hofften, mit seiner Hilfe auch die sog. »Randsiedler« in den Status aktiver kirchlicher Mitarbeit überführen zu können. Das war eine falsche Perspektive, nicht nur weil sie den Nazis zuviel zutraute. Sie war falsch, weil sie zu sehr binnenlogisch dachte. Der eigene Status der ständig aktiven Mitgliedschaft galt als Maßstab, so daß der Pfarrer selbst als der ideale Christ galt, dem gegenüber jede andere Form der Mitgliedschaft defizitär war. Als nun von den Nazis das Angebot gemacht wurde, dieses Defizit an kirchlicher Reichweite durch die Nazifizierung aufzuheben, griffen die kirchlichen Aktivisten zu: Sie interpretierten die NS-Ideologie, die ja interpretationsfähig war, in ihrem Sinne und boten gleichzeitig an, der Ideologie »wirkliche Tiefe« zu geben. Sie verstanden ihrer Meinung nach die NS-Ideologie eben besser als die Nazis selbst. Interessant wurde diese Koalition für die Kirchenleute allerdings erst, als die NS-Bewegung wirklich die Mehrheit des Volkes repräsentierte und auch die Volksmassen wirklich in Bewegung zu bringen schien, also nach den Märzwahlen 1933 und dem Tag von Potsdam. Aus dieser Perspektive erklärt sich die »Zauberkraft«, die dieser Tag für so viele Kirchenleute besaß, auch für solche, die als Konservative etwa des Christlich-Sozialen Volksdienstes bis dahin die NSDAP abgelehnt hatten. Die Erfolge der Gleichschaltung und die zahlreichen »Siegesfeiern«, an denen so häufig evangelische Pastoren teilnahmen, schienen diese Interpretation der »Wirklichkeit« zu rechtfertigen[46]. Damit verloren auch die

traditionellen kirchenpolitischen Unterscheidungen zwischen den Liberalen und Orthodoxen ihre Plausibilität. Die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Kirchenparteien, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begonnen hatten, hatten seitdem dazu beigetragen, daß sich nie ein einheitliches protestantisches Milieu unter städtischen Verhältnissen ausbilden konnte, jetzt schien das kurzfristig möglich zu werden.

Ideologisch möglich wurde die Koalition, weil die politischen Vorstellungen der Kirchenleute und der Nazis angesichts des Versagens der Weimarer Republik weitgehend übereinstimmten und weil die Nationalsozialisten ihren kulturellen Antimodernismus betonten, dem zahlreiche Pastoren mit ihrer traditionellen Kritik der Freizeitkultur und der modern-unverständlichen Hochkultur geradezu selbstverständlich zustimmen konnten.

Die breite Koalition von evangelischer Kirche und Nazis zerbrach aber, als diese nun die bisherige kirchliche Lehre im Sinne der NS-Ideologie beschneiden bzw. ergänzen wollten. Im Protestantismus gab es ja immer nur einen relativ vagen Konsens über die Lehrinhalte und noch weniger Übereinstimmung über die Formen der Entscheidung bei Lehrdifferenzen; all dies wurde nun virulent, als die Protagonisten der DC erklärten, die bisherige Lehre müsse ergänzt werden. Daß sich die Ergänzungen auf Punkte bezogen, die gerade die inhumanen Züge der NS-Ideologie – in der Rassenlehre, in der Auffassung des Alten Testaments und z.T. des Judentums – betrafen, ist bemerkenswert, so daß der Widerstand gegen die neue Lehre wenigstens ideologisch humanitär war. Dies entfaltete allerdings keine gesellschaftliche Relevanz, zunächst einfach deshalb, weil es kein Forum gab, das für die evangelische Kirche repräsentativ die verbindlichen Lehrinhalte feststellen konnte. Außerdem stritten sich die Verteidiger der alten Lehre nur innerkirchlich mit den Deutschen Christen. Zunehmend mehr verhinderte der Staat öffentliche Auseinandersetzungen, und die BK-Anhänger gaben nach. Sie zogen sich immer mehr auf den halbprivaten Raum zurück; damit wurde aber auch die Hoffnung obsolet, daß die evangelische Kirche die gesamte Gesellschaft durchdringen und prägen könne.

Die ideologischen Auseinandersetzungen, die sich dann mit der Frage nach den kirchlichen Machtverhältnissen verbanden, hatten aber zur Folge, daß die Kirche zunächst in zwei Gruppen zerfiel:

1. Die Deutschen Christen, die prinzipiell weiterhin an der Einheit mit einer NS-Ideologie festhielten, aber heftige interne Auseinandersetzungen darüber führten, wie weit die Übereinstimmungen mit der Ideologie gehen müßten, deren authentische Parteiinterpreten immer offener antikirchlich agierten.

2. Die Anhänger der Bekennenden Kirche, die die Lehrdifferenzen zur NS-Ideologie betonten, selbst aber nicht einig waren, wie weit sich die kirchliche Organisation den staatlichen Vorgaben des gesellschaftlichen Zusammenlebens anzupassen hatte.

Dieses unterschiedliche Verhalten gegenüber den ideologischen Reformen der Deutschen Christen und den staatlichen Eingriffen läßt sich idealtypisch mit vier Typen beschreiben[47]:

1.

Die sog. radikalen Deutschen Christen. Diese Pfarrer und Kirchenvorstände, die den kirchenpolitischen Kurs der Partei und Staatsführung zumeist bis zum Ende des Krieges stützten, wollten jede ideologische Differenz zum Dritten Reich beseitigen. Selbst als sich in der NSDAP die antikirchlichen Kräfte stärker durchsetzten, versuchten sie, die Schuld für diesen Parteikurs allein den kirchlichen Repräsentanten anzulasten, die sich dem »neuen« Denken verschlössen und deshalb antikirchliche Reaktionen geradezu herausforderten. In der Regel durch deutsch-christlich beherrschte Kirchenleitungen und staatlich eingesetzte kirchliche Finanzabteilungen gefördert, wurden in diesen Gemeinden neue, von allen »Zionismen« gereinigte Gesang- und Gebetbücher eingeführt, das Alte Testament als kirchliche Lehrgrundlage abgeschafft und Gestalten der deutschen Geschichte, insbesondere Adolf Hitler selbst, ins Zentrum der Lehraussagen gerückt. Gemeinden dieses Typs sind mehrfach beschrieben worden[48], doch scheint ihre Zahl relativ klein gewesen zu sein; zeitgenössische Aussagen betonen immer wieder, daß diese Gemeinden und ihre Repräsentanten nach 1936 weitgehend isoliert blieben.

2.

Die deutsch-christlichen Kirchengemeinden, die die einseitige Bindung an die NS-Ideologie ablehnten. Als sich Teile der Deutschen Christen in ihrer eindeutigen Anpassung an die NS-Ideologie radikalisierten und ihre Isolierung gegenüber der Mehrheitsmeinung in der evangelischen Kirche erkennbar wurde, schreckten die Vertreter dieses Typus davor zurück, mit der bisherigen Tradition radikal zu brechen. Sie betonten ihre aktive Bejahung des NS-Staates und seiner Politik und waren auch weiterhin bereit, die deutsch-christlich geführten Kirchenleitungen anzuerkennen. Zumutungen wie die Durchführung des Arierparagraphen – gerade bei den Angestellten einer Kirchengemeinde – oder die Aufforderung, »nichtarische« Gemeindeglieder von den Gottesdiensten auszuschließen, fanden keinen Widerspruch, ebensowenig wie die Aufforderung, auf einzelne besonders »belastete« alttestamentliche Begriffe zu verzichten. Solche Gemeinden sind nicht sehr häufig beschrieben worden[49], obwohl dieser Typ der kirchenpolitisch angepaßten Gemeinden weit verbreitet war. Seine Wortführer verstanden sich – nachdem die Differenz zu den radikalen Deutschen Christen deutlich geworden war – als sog. kirchenpolitische Mitte, die sich um Neutralität gegenüber den radikalen Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche bemühte.

3.

Häufig nur graduell war der Unterschied zu den Gemeinden, die sich der BK anschlossen, ohne die entscheidenden Konsequenzen der »radikalen« BK-Anhänger zu ziehen. Sie wollten die Eigenständigkeit der Kirche, ihrer Arbeitsformen und die Identität der traditionellen Lehre bewahren und wandten sich deshalb besonders in den ersten Jahren der NS-Herrschaft gegen die Deutschen Christen. Da sie aber dem Staat nicht das Recht absprachen, die äußere Gestalt der Kirche rechtlich festzulegen, und da sie häufig auch mit großen Teilen der NS-Politik, besonders der Außen- und Kulturpolitik übereinstimmten, blieb die Differenz zu den Deutschen Christen vor allem kirchenpolitisch bestimmt und war eindeutig nur in den be-

wegten Jahren des »Kirchenkampfs« 1933–1935/6 zu erkennen. Selbstverständlich blieb und wuchs der Vorbehalt gegenüber der zunehmend kirchenfeindlichen Kirchenpolitik des NS-Staates, doch läßt sich nur schwer beurteilen, inwieweit dadurch auch insgesamt die Legitimität dieses staatlichen Systems kritisiert wurde. Dabei muß berücksichtigt werden, daß eine ganze Reihe von BK-Pfarrern auch NSDAP-Mitglieder waren, die gerade in der »Kampfzeit« der Partei eine bedeutende Rolle gespielt hatten. Pfarrer und Kirchenvorstände drängten grundsätzlich auf eine staatliche Anerkennung ihres Handelns und nutzten jede Möglichkeit, um nach außen ihre Loyalität zu demonstrieren. Dabei wurden Gemeinsamkeiten auf den Feldern gesucht, die vom Gemeindealltag entfernt waren, also entweder durch die Beschwörung eines gemeinsamen Gegners, des Bolschewismus, oder durch die Zustimmung zu den »Erfolgen« der Außenpolitik (Saarabstimmung, Österreich-Anschluß, Kriegseintritt mit der Hoffnung auf Revanche gegenüber dem Versailler Vertrag). An diesen öffentlichen Aussagen hing anscheinend die Möglichkeit, als Volkskirche in der Öffentlichkeit zu wirken. Auf diesen Anspruch verzichtete man in diesen Gemeinden nicht; realisiert werden konnte er nur noch partiell und dann um den Preis öffentlicher Anpassung. Die Okkupation der öffentlichen Kommunikationsmedien durch die Nationalsozialisten[50] und der Zusammenbruch eines offenen Informationsaustauschs – häufig genug auch in der Kirche – führten dazu, daß in den öffentlichen Äußerungen der kirchlichen Amtsträger die Loyalität zum System betont wurde, auch wenn man sich bemühte, in der Kirchengemeinde einen privaten Raum zu schaffen, der von der NS-Ideologie frei blieb und mit den traditionellen kirchlichen Themen ausgefüllt wurde[51]. In vielen Gemeinden wurde eine Art Doppelleben geführt, nach außen angepaßt, nach innen kritisch-distanziert. Diese Haltung führte dazu, daß nicht nur Pastoren, sondern auch andere haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter wegen kritischer Aussagen im innerkirchlichen Bereich von der Polizei oder Gestapo vorgeladen und verwarnt wurden. Nur selten gab es – besonders für Pastoren – schwere Strafen; wenn sich die Staatsmacht nicht überhaupt mit einer Warnung begnügte, kam es zu einer Geld- oder kurzen Haftstrafe. Terrorurteile, wie sie die Nazis über politische und soziale Gegner verhängten, wurden gegenüber den evangelischen Geistlichen kaum ausgesprochen. Zum einen waren die Pastoren – mindestens nach außen hin – politisch angepaßt, zum andern entstammten zahlreiche Richter dem gleichen Sozialmilieu und scheuten wohl deshalb vor schärferen Urteilen zurück[52].

Angesichts der Spannung zwischen politischer Anpassung und Kritik an der Religionspolitik des NS-Staates waren Entlastungen wichtig, und die teilweise illusionäre Hoffnung, sich durch Akklamationen Erleichterungen zu verschaffen, prägte das sichtbare Verhalten der BK-Anhänger. Dieses Doppelleben war keine Camouflage, die unter dem Deckmantel von Zustimmung gezielt Opposition betrieb. Die Sehnsucht, einem starken, autoritären Staat zustimmen zu können, der Wunsch, die »Volksgemeinschaft« nicht zu stören, und der Glaube, zwischen bekenntnismäßigen und den erforderlichen gesellschaftspolitischen Aussagen unterscheiden zu können, waren zu stark, um bewußt eine politische Opposition zu

betreiben. Stattdessen zogen sich die kirchlich Interessierten in den Gemeinden stärker auf sich selbst zurück und bauten die Möglichkeiten aus, in überschaubaren Gruppen, etwa Männer-, Frauen- oder Jugendkreisen, kommunizieren zu können. Unter dem Druck des Staates, der eben keine ideologische Jugend- und meist auch keine Männerarbeit außerhalb der von Staat und Partei kontrollierten Organisationen wünschte, wurden deshalb die einschlägigen kirchlichen Organisationen »verkirchlicht«. Früher meist in Vereinsform in relativer Selbständigkeit gegenüber kirchlichen Institutionen betrieben, konnten jetzt nur noch solche Formen der Jugend- und Männerarbeit überleben, die als Teil der Kirchengemeinde vom Pastor oder dessen Beauftragten geleitet wurden. Damit verlor die Kirche einen Teil ihrer sozialen Vorfeldorganisationen, und es verschwand ein Teil der für den Protestantismus typischen Kultur, die eben zwischen dem Christlich-Protestantischen und der Kirchlichkeit unterschied. Diese Entwicklung, die für die Frauenarbeit kaum galt – vermutlich, weil die Frauen in der ideologischen Optik der Nationalsozialisten mehr dem privaten Bereich zugerechnet wurden –, verstärkte den auch vom Staat gewünschten Rückzug auf die private Existenz. In dieser Phase der Auseinandersetzung, nach 1936, wurde vielen Protagonisten in der Bekennenden Kirche deutlich, daß es keine Hoffnung mehr gab, die »Randsiedler« zu gewinnen. So galt es wenigstens, den Bestand und die Formen der bisherigen kirchlichen Präsenz zu wahren. Die Binnenlogik, nach der das Teilnahmeverhalten des Pastors und des Kirchenvorstands normativ sein müsse, wurde weiter verstärkt[53]. Die Arbeit in diesen Gemeinden beschränkte sich auf die der Kirche hoch verbundenen Mitglieder, die als »Kirchentreue« die Differenz zum NS-System aushielten und trotz der kirchenfeindlichen Propaganda[54] bewußt ihr kirchliches Engagement aufrechterhielten. Beschreibungen dieses Typs von Gemeindearbeit finden sich in allgemeiner Form sehr häufig, präzise Beschreibungen einzelner Gemeinden und ihrer sich reduzierenden Vereinskultur sind dagegen seltener. Es scheint, daß die Gemeinden dieses Typs mit ihrem Schwanken zwischen Zustimmung und Dissidenz sehr verbreitet waren; gerade dieses Verhalten bot dann auch nach dem Zusammenbruch des NS-Systems Anknüpfungspunkte, um für die Bekennende Kirche die breite Beteiligung am Widerstand zu behaupten.

4.

Die radikalen BK-Gemeinden. In diesen Gemeinden waren Pfarrer und Kirchenvorstände bereit, mit den DC-beherrschten Kirchenleitungen zu brechen und auch die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen, d.h. staatliche Sanktionen und Strafen auf sich zu nehmen. Auch für diese Gemeinden galt die Dialektik der Gleichzeitigkeit von privater Kritik und öffentlichen Aussagen, die Zustimmung zum NS-System signalisieren mußten. Eine politische Fundamentalkritik war auch hier undenkbar, und von ihren Repräsentanten lassen sich ebenfalls bis in die Kriegszeit immer wieder zustimmende Aussagen zu »positiven« Aspekten der NS-Herrschaft finden. Dennoch war ihre Kritik, die zunächst auf die Kirchenpolitik der Deutschen Christen und deren staatliche Unterstützung zielte, fundamentaler, weil sie häufig nicht mehr zwischen den unteren (kirchenfeindlichen) Parteiebenen einerseits und dem Führer andererseits unterschied, der von dem kirchenfeind-

lichen Treiben angeblich nichts ahnte. Ebenso bezogen die Repräsentanten dieser Gemeinden auch staatliche Stellen in ihre Kritik mit ein und versuchten, in einzelnen Stellungnahmen auch die langfristige Kirchenfeindschaft zu dokumentieren. Gewiß blieb bei ihnen auch die »Selbstbezogenheit« erhalten, die unter den Bedingungen der fragmentierten öffentlichen Kommunikation im Nationalsozialismus für resistente Milieus typisch war[55], aber in Gemeinden dieses Typs wagte man auch Hilfen für Verfolgte, die nicht nur aus dieser Gruppe stammten[56]. Voraussetzung dieser Öffnung für einzelne Verfolgte war, daß sich die Arbeit in diesen Gemeinden bewußt auf kleine Gruppen beschränkte. Die Mitglieder dieser Gemeinden, die sich nicht eindeutig in den Auseinandersetzungen in den jeweiligen Gemeinden engagierten, und die benachbarten Kirchengemeinden, die den Kampf mit dem DC-Kirchenregiment und dem Nationalsozialismus in dieser Form nicht führen wollten, wurden als Verirrte und Missionsobjekte angesehen. Damit gaben die Repräsentanten dieses Gemeindetyps dem bisherigen frustrierenden Leitbild der Volkskirche den Abschied und verstanden sich und ihre Anhänger als Elite, die die breite Masse der sog. Kirchenchristen erst für die Wahrheit gewinnen mußten. Folglich waren die von diesen radikalen Bekennern beherrschten Gemeinden häufig isoliert, wie sie überhaupt in allen Landeskirchen in der absoluten Minderzahl waren. Immerhin gab es solche Gemeinden, und sie haben gerade wegen ihrer Widerständigkeit sehr früh schon ihre Darstellungen gefunden[57].

Diese vier Typen sind als Idealtypen zu verstehen. Dabei ist auch die eingangs geschilderte Situation der städtischen Kirchengemeinden mit ihrem differenzierten kirchlichen Leben entsprechend zu berücksichtigen: Häufig waren mehrere Pastoren an einer Kirchengemeinde tätig, und die Kommunikationsstruktur einer Kirchengemeinde mit ihren Mitarbeitern und Einrichtungen führte häufig dazu, daß in der Gemeinde Kompromisse geschlossen wurden und einzelne »radikale« Pastoren und der Kreis ihrer Anhänger isoliert wurden. Nur in der »Kirchenkampfzeit« 1934/35, an deren Ende die entschiedenen Deutschen Christen weitgehend isoliert waren, kam es in fast allen Gemeinden zu deutlichen Unterscheidungen und Trennungen. Nach dieser »Kampfzeit« waren in den meisten Gemeinden zwischen den vermittelnden DC- und BK-Anhängern Übereinkünfte möglich, die gelegentlich wohl aufgekündigt wurden, häufig aber hielten. Da aber auf der Ebene der Kirchenleitungen die Auseinandersetzungen nach 1936 anhielten, wurden hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kirchenvorstände und engagierte Gemeindeglieder immer wieder vor (kirchenpolitische) Entscheidungen gestellt, so daß sich – je nach den Mehrheitsverhältnissen – die Haltung der Kirchengemeinden klassifizieren läßt: So gab es weiterhin **erstens** intakte DC-Gemeinden, **zweitens** Gemeinden mit gut erkennbaren Auseinandersetzungen zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche, **drittens** Gemeinden mit Spannungen zwischen beiden, wobei eine oder beide Seiten bemüht waren, die Spannungen möglichst nicht in offene Konflikte münden zu lassen, und **viertens** intakte BK-Gemeinden, deren Repräsentanten mehr oder weniger »radikal« waren.

Welchen Weg die Kirchengemeinden jeweils gingen, hing natürlich von den unterschiedlichsten Faktoren ab: den Beteiligten[58], dem kirchenpolitischen Rahmen – ob z. B. die Kirchenleitung von Deutschen Christen beherrscht war oder ob eine den Anliegen der Bekennenden Kirche relativ aufgeschlossene »intakte« Kirchenleitung bestand –, vom Einfluß und der Haltung der örtlichen NS-Herrschaftsträger und wohl auch von langfristigen Traditionen. Vermutlich konnten in Gemeinden, die vom rheinischen Protestantismus geprägt waren[59], der aufgrund langer Erfahrungen auf die Autonomie der Gemeinden pochte, die führenden Repräsentanten für ihre kritische Haltung gegenüber einer DC-Kirchenleitung leichter Verständnis finden als in Berliner Kirchengemeinden, die viel stärker preußisch-obrigkeitsstaatlich geprägt waren. Ebenso war von Bedeutung, ob sich eine Kirchengemeinde in einer Diasporasituation befand, also von einer katholisch geprägten Umwelt umgeben war, oder in einer protestantischen Gegend agierte. Aber über diese langfristig angelegten Prägungen wird man präzisere Aussagen erst machen können, wenn vergleichbare Studien aus unterschiedlichen Regionen und soziokulturellen Milieus vorgelegt worden sind.

In jedem Fall führte die Differenzierung der kirchenpolitischen Haltung dazu, daß sich kein einheitlich strukturiertes evangelisches Milieu ausbilden konnte. So stark war die soziale Prägekraft des Protestantischen nicht, weder in der kurzen Zeit der Nazifizierung noch in dem sich anschließenden »Kirchenkampf«. Dennoch sollte man nicht gänzlich auf den Begriff des evangelischen Milieus verzichten. In seine Definition müssen jedoch die anderen eben genannten Faktoren und Prägungen eingehen, dann kann er durchaus sinnvoll sein. Als Beispiel sei das jeweilige soziale Umfeld der Kirchengemeinden als wichtiger Faktor diskutiert. Zahlreiche örtliche Kirchengeschichten machen das soziale Milieu namhaft, in dem die Kirchengemeinde jeweils agierte und das unterschiedliche Affinitäten zum Nationalsozialismus besaß. Dabei lassen sich drei dominante Typen unterscheiden:

1.

Die großbürgerliche Gemeinde: Viele der radikalen BK-Anhänger entstammen diesem Milieu, sowohl im Rheinland als auch in Bremen oder in Berlin. Pfarrer in diesen Gemeinden hatten es wohl am leichtesten, Unterstützung gegen den Nationalsozialismus und für die Bekennende Kirche zu finden. Auch hier kam es natürlich zu Konflikten, gerade wenn mehrere Pfarrer hier tätig waren. Aber in diesen Konflikten ging es häufig um die Frage, wieweit man sich wirklich der radikalen Bekennenden Kirche anschließen oder einen kompromißbereiten Kurs verfolgen sollte, der die Brücken zur traditionellen, inzwischen meist von Deutschen Christen beherrschten Kirchenverwaltung nicht völlig abbrach. Oft vom liberalen Individualismus geprägt und daher gegenüber einer engen Kirchlichkeit oft skeptisch, waren die engagierten Laien in diesen Gemeinden durchaus geneigt, für ihren persönlichen Glauben einzustehen und zugunsten der Kirche Kontakte zu anderen Verwaltungsangehörigen zu mobilisieren, die im staatlichen Umfeld wirkten. Aus diesen Gemeinden kamen auch viele der evangelischen Widerstandskämpfer, die sich

im Umkreis des 20. Juli an den Vorbereitungen zum Sturz Hitlers beteiligten. Sie verließen damit sehr oft den Rahmen ihrer Kirchengemeinde[60], blieben jedoch in dem Insistieren auf der eigenen Gewissensentscheidung gerade diesem Milieu verhaftet.

2.

Seltener untersucht und dargestellt sind Kirchengemeinden im proletarischen Milieu und in Arbeitervierteln der Industriestädte. Hier hatten es die Repräsentanten der evangelischen Kirche besonders schwer, galten sie doch in der Regel gerade nicht als Teile dieses Milieus. Hier bedeutete kirchliches Engagement und Mitarbeit in evangelischen Vereinen Teilnahme am Gegenmilieu – häufig war die kirchliche Arbeit pietistisch geprägt, weil sich pietistische Glaubensformen durch ihre höhere Verbindlichkeit langfristig besser behaupten konnten. Wo Pastoren und Vereinsmitgliedern diese stark geformte Christlichkeit abging, blieben häufig nur der Rückzug und Resignation. Diese schwierige Grundstruktur zeigte Folgen in der Phase der Nazifizierung. Gerade in diesen Kirchengemeinden zehrten viele Pastoren und kirchlich Engagierte von der Hoffnung, Kirche und Arbeiterschaft versöhnen zu können. Hier erschien der Anschluß an die NSDAP und SA als eine besonders gute Möglichkeit, dieses Ziel durchzusetzen. Diese Beobachtung erklärt, warum in vielen Regionalstudien, die sich mit Pastoren beschäftigen, die sich bei den Deutschen Christen engagierten, gerade diese Gemeinden untersucht werden.

Dies gilt im übrigen nicht unbedingt für die ehrenamtlichen Mitarbeiter. Als Träger des bisherigen Engagements waren viele von ihnen nicht ohne weiteres bereit, den neuen Bundesgenossen der Pastoren zu weichen. Hier machte sich dann der Einfluß der Vereinskultur bemerkbar, die eine eigene Logik hatte und die nicht unbedingt mit der der Pastoren übereinstimmte[61].

Beachtet werden sollten auch die Einzelfälle, in denen das proletarische Milieu als relativ resistent auch den kirchlichen Widerstand fördern konnte. Diese Resistenz zeigt sich schon daran, daß Gemeinden in proletarischem Milieu kaum von der von den Nationalsozialisten geförderten Kirchenaustrittsbewegung berührt wurden, während kleinbürgerliche Gemeinden eine überproportionale Zahl von Austritten verzeichneten[62]. In diesem Umfeld konnten dann sogar die traditionellen Schranken zwischen dem proletarischen Milieu und engagierten Kirchenmitgliedern in diesem Quartier überschritten werden; Klaus Tenfelde hat das am Beispiel Penzberg/Obb. und Almuth Meyer-Zollitsch[63] am Beispiel der pietistisch geprägten Arbeiterkirchengemeinde Immanuel in Bremen beschrieben. Diese Gemeinde konnte bis 1945 ihre Autonomie und wenigstens in symbolischer Form auch ihre Kritik am Staat immer wieder artikulieren. Dabei sah die nationalsozialistische Umwelt direkte Verbindungen zwischen der proletarischen Umgebung der Kirchengemeinde und ihrem Kleinkrieg gegen staatliche Stellen. Denn nach Aussage eines Denunzianten fühlten sich dort »sozialistisch eingestellte Leute [wohl], die immer noch [...] annehmen, Pastor Denkhaus regiere gegen Adolf Hitler«[64].

3.

Kann man sowohl die großbürgerlich wie auch die vom Arbeitermilieu gegrägte Kirchengemeinde idealtypisch gut von der normalen Kirchengemeinde abheben, so ist das für den Normalfall, eine vom Mittelstand beherrschte und vom Kleinbürgertum geprägte Kirchengemeinde, sehr viel schwerer. Eine Untersuchung mit quantifizierbaren Daten fehlt; immerhin gibt es in der Forschung einen breiten Konsens, daß die kleinbürgerliche Kirchengemeinde den Regelfall der kirchlichen Organisation bildete. Hier sahen Pastoren, Kirchenvorstände und kirchliche Vereine durchaus eine Differenz zu der elaborierten NS-Ideologie, wollten es aber nicht zu einem Bruch mit der bisherigen volkskirchlichen Praxis und ihren vielfachen Verschränkungen mit der kommunalen Öffentlichkeit kommen lassen. Diese Gruppe – teils weiterhin als »gemäßigte« Deutsche Christen, teils als »gemäßigte« BK-Anhänger – hatte seit 1936 die Mehrheit in der evangelischen Kirche, sowohl unter den hauptberuflichen Mitarbeitern als auch bei den kirchlich engagierten Mitgliedern. Theologisch kam dabei den Kirchenleuten die Zwei-Reiche-Lehre zu Hilfe, die zwischen kirchlich-religiösen und staatlich vorgegebenen öffentlichen Aussagen unterschied. Aber auch dort, wo sie – wie im reformierten Bereich – nicht herrschende Lehre war, wurde das gleiche Verhalten benutzt: Die Zwei-Reiche-Lehre war also oft sekundäres Interpretament.

In dem halbprivaten Bereich, den die Kirchenleute dadurch für sich frei hielten, war dann die herkömmliche kirchliche Arbeit möglich. Dabei gilt: Je stärker sie sich auf den religiösen Kern kirchlichen Handelns bezog und nicht über diesen Kernbereich hinausging, desto weniger griffen staatliche Organe ein. Man kann dieses Phänomen als Zeichen der Scheu deuten, die staatliche Stellen vor diesem kirchlichen Zentralbereich hatten, aber auch als Ausdruck der Überzeugung, daß diese Form der Religion harmlos, ja sogar – etwa unter den Lebensbedingungen des Krieges – nützlich sei[65].

Fazit: Anpassung und Distanz

Um den Begriff evangelisches Milieu näher zu charakterisieren, hatte ich die verschiedenen Handlungsgruppen und die Umwelt der Kirchengemeinde unterschieden. Am Beispiel ländlicher Gemeinden und – kurz – am Beispiel städtischer Gemeinden hatte ich den damit gegebenen Handlungsrahmen auf Ortsebene zu beschreiben versucht, der das Verhalten der »Funktionäre« in Anpassung und Widerstand beeinflußte, ja bestimmte. Sehr deutlich war das bei den ländlichen Beispielen. Das dörfliche Milieu suchte ganz selbstverständlich seine Autonomie gegenüber den Zumutungen der Außenwelt zu verteidigen. Soweit die Kirche und ihre Funktionäre als Teil dieser Lebenswelt galten, fand ihr Widerspruch gegen Staat und Partei Resonanz, so daß sie erfolgreich agieren konnten. Wo es der NSDAP jedoch gelang, im Kampf gegen die Kirche zwischen der herkömmlichen Lebenswelt und den kirchlichen Ansprüchen zu unterscheiden, hatten die Kirchenleute nur wenig Chancen, am ehesten noch, wenn sie religiöse Symbole als Ausdruck der Dissidenz nutzen konnten. Aber bei den vorgestellten Beispielen wurden

die durch das jeweilige Milieu gesetzten Grenzen nicht bis hin zum Widerstand überschritten, es blieb bei einzelnen Aktionen, die Dissidenz anzeigten. Grundsätzlich anders waren die Rahmenbedingungen in städtischen Milieus. Hier ist der Begriff des evangelischen Milieus nur zurückhaltend zu verwenden, da ein einheitliches soziokulturelles Milieu nicht existierte und der religiöse Faktor immer nur einer neben anderen war. Ganz sollte man auf ihn allerdings nicht verzichten. Das gilt selbst für die großbürgerlichen Kirchengemeinden, in denen die Prägekraft der Kirche für viele Kirchenmitglieder so gering war, daß man dort wohl von einem christlichen, kaum aber von einem existenten kirchlich-evangelischen Milieu sprechen kann. Am ehesten entsprachen die kleinbürgerlichen Kirchengemeinden mit ihrem entwickelten Vereinsleben einem festgefügten Milieu. Hier waren aber Funktionäre und Vereinsmitglieder mit der Verteidigung ihrer herkömmlichen kirchlichen Lebensform so beschäftigt, daß ihnen ein Agieren über ihren Kreis hinaus kaum möglich war. Diese Form der Binnenorientierung nahm im Laufe der NS-Herrschaft zu, sie verstärkte zugleich die kirchlichen Bindungen. Die damit verbundene Zurückhaltung gegenüber dem öffentlichen Wirken wurde zusätzlich noch von der kirchlich vorherrschenden Lehre unterstützt, die die Möglichkeit politischen Handelns nur dem einzelnen zuschrieb, der seinem Gewissen verpflichtet war. Das führte aber dazu, daß nur einzelne, die sich zuletzt aus ihrem Milieu lösten, den Weg zum politischen Widerstand fanden. Aber gerade diese prononcierte Betonung der Selbstverantwortung entsprach wiederum der protestantischen Tradition, und das ist vielleicht nicht das Schlechteste an ihr.

— 1
Einen allgemeinen Überblick über die Geschichtsschreibung des kirchlichen Widerstands bietet Andreas Lindt, Kirchenkampf und Widerstand als Thema der Kirchlichen Zeitgeschichte, in: Gerhard Besier/Gerhard Ringshausen (Hrsg.), Bekenntnis, Widerstand, Martyrium. Von Barmen 1934 bis Plötzensee 1944, Göttingen 1986, S. 75ff.

— 2
Die beste und neueste Zusammenfassung dieser moralisch akzentuierten Protestantismusdebatte bietet Günther van Norden, Der deutsche Protestantismus. Zwischen Patriotismus und Bekenntnis, in: Günther Heydemann/Lothar Kettenacker, Kirchen in der Diktatur, Göttingen 1993, S. 88ff.; noch weiter gespannt ist die Darstellung in: Günther van Norden, Zwischen Patriotismus und Bekenntnis. Der deutsche Protestantismus 1920–1950, in: Evangelische Theologie, 54 (1994), S. 61–78.

— 3
Präzise dargestellt und kontrovers beurteilt wurde die bisherige kirchliche Widerstandsforschung einerseits von Kurt Nowak, Kirche und Widerstand 1933–1945 in Deutschland. Erwägungen zu einem Forschungsproblem der kirchlichen Zeitgeschichtsschreibung unter besonderer Berücksichtigung des Luthertums, in: Carsten Nicolaisen (Hrsg.), Nordische und deutsche Kirchen im 20. Jahrhundert, Göttingen 1982, S. 228ff., sowie andererseits von Gerhard Besier, Ansätze zum politischen Widerstand in der Bekennenden Kirche. Zur gegenwärtigen Forschungslage, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München-Zürich 1985, S. 265ff. Seine Position verdeutlichte Besier wenig später in: ders., Widerstand im Dritten Reich – ein kompatibler Forschungsgegenstand für gegenseitige Verständigung heute? Anfragen aus historisch-theologischer Perspektive, in: Kirchliche Zeitgeschichte, 1 (1988), S. 50ff.

— 4
Die Zahl der Arbeiten, die sich mit der Kirchengeschichte einzelner Orte und Regionen in der NS-Zeit beschäftigen, ist kaum noch zu überblicken, seitdem auch Chroniken von Kirchengemeinden und örtliche Kirchengeschichten die Darstellung der NS-Zeit und des »Kirchenkampfs« einbeziehen. Diese Arbeiten entsprechen nicht immer wissenschaftlichem

Standard, bieten häufig jedoch sonst unbekannte Quellen. Eine frühe Sammlung ortsbezogener Darstellungen des »Kirchenkampfs« enthält – aus der Optik der »Kirchenkämpfer« geschrieben – Günther Harder/Wilhelm Niemöller (Hrsg.), Die Stunde der Versuchung. Gemeinden im Kirchenkampf 1933–1945. Selbstzeugnisse, München 1963. Eine umfassende Bibliographie für regionale Darstellungen der Kirche in der NS-Zeit existiert nicht; Neuerscheinungen notiert am vollständigsten die Bibliographie in der Zeitschrift Kirchliche Zeitgeschichte (KZG).

5
Unter den älteren Arbeiten sind immer noch die Arbeiten von Kurt Meier einschlägig, vgl. ders., Die zeitgeschichtliche Bedeutung volkskirchlicher Konzeptionen im deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1945, in: ders., Evangelische Kirche in Gesellschaft, Staat und Politik 1918–1945. Aufsätze zur kirchlichen Zeitgeschichte, Berlin 1987, S. 16ff.

6
Peter Steinbach, Der Widerstand als Thema der politischen Zeitgeschichte. Ordnungsversuche vergangener Wirklichkeit und politischer Reflexionen, in: G. Besier/G. Ringshausen (Anm. 1), S. 19.

7
Der ältere Milieubegriff hatte durchaus die Tendenz, die Handelnden unter Hinweis auf ihr »Milieu« von der Verantwortung zu befreien, vgl. dazu schon Percy Ernst Schramm, Neun Generationen 1648–1948, Bd. 1, Göttingen 1963, S. 11.

8
Grundlegend M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 58–80.

9
Die letzte präzise Zahl (13591 Parochien) stammt aus dem Jahre 1930 (Paul Troschke, Evangelische Kirchenstatistik Deutschlands, Heft 4/5: Kirchliche Statistik I, Berlin 1930, S. 16). Daß sich diese Zahl in den folgenden Jahren kaum veränderte, zeigt Joachim Beckmann (Hrsg.), Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1949, Gütersloh 1950, S. 577.

10
Vgl. dazu Hans-Jürgen Teuteberg, Moderne Verstädterung und kirchliches Leben in Berlin. Forschungsergebnisse und Forschungsprobleme, in: Kaspar Elm/Hans-Dietrich Loock (Hrsg.), Seelsorge und Diakonie in Berlin. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Gesellschaft im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, Berlin-New York 1990, S. 161ff.

11
Karl-Ludwig Sommer, Bekenntnisgemeinschaft und bekennende Gemeinden in Oldenburg in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft, Hannover 1993, S. 231.

12
Zum Konservatismus der Pfarrerschaft, die ihre politische Heimat meist bei der DNVP (ab 1928 auch bei deren sozialer Abspaltung, dem Christlich-Sozialen Volksdienst, CSVD) oder bei der DVP hatte, vgl. Karl-Wilhelm Dahm, Pfarrer und Politik, Köln-Opladen 1965, S. 148ff.

13
Paul Kremmel, Pfarrer und Gemeinden im evangelischen Kirchenkampf in Bayern bis 1939, Lichtenfels 1987, S. 12ff.

14
Zum CSVD, der sich auch mehrfach umbenannte, vgl. Günter Opitz, Der Christlich-Soziale Volksdienst, Düsseldorf 1969.

15
Vgl. die Zusammenstellung bei P. Kremmel (Anm. 13), S. 51f., 65f; wie anderswo auch erlitt die NSDAP bei der Wahl im November Verluste, ebenda, S. 75f. In den gemischtkonfessionellen Dörfern, wo das Konfessionsbewußtsein ausgeprägter war, konnte der CSVD seine Stimmanteile dagegen besser halten, ebenda, S. 52.

16
Das ließen ihre örtlichen Repräsentanten auch die katholische Bevölkerung wissen, die in ihrer großen Mehrheit bis zu den Märzwahlen 1933 der Bayerischen Volkspartei, dem bayerischen Ableger des Zentrums, treu geblieben war. Als beispielsweise der Weißenburger Kreisleiter Michael Gerstner am 18. 6. 1933 im katholischen Dorf Raitenbuch eine Hitler-Linde – ohne Beteiligung des katholischen Ortsgeistlichen – weihte, wies er triumphierend darauf hin, daß er früher in Raitenbach nie habe reden dürfen, und polemisierte gegen diejenigen, die noch immer »Religionshaß« pflegten und parteipolitisch an der »Verewigung der konfessionellen Gegensätze« interessiert seien, P. Kremmel (Anm. 13), S. 117.

17
Zit. nach P. Kremmel (Anm. 13), S. 144f.

18
Ebenda, S. 113ff.

19
Bericht des Schwabacher Dekans Herold, zit. nach P. Kremmel (Anm. 13), S. 172; vgl. auch Martin Broszat/Elke Fröhlich/Falk Wiesemann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 1, München-Wien 1977, S. 406. Ein Beispiel aus Norddeutschland bietet Werner Marquardt, Arbeiterbewegung und evangelische Kirchengemeinde im wilhelminischen Deutschland. Kirchenstuhlfrage und Kirchenvorstandswahlen in Groß Lengden bei Göttingen, Göttingen 1985, S. 288.

20
Vgl. P. Kremmel (Anm. 13), S. 172f.

__ 21
Ebenda, S. 173ff.
__ 22
Ebenda, S. 230f.
__ 23
Ebenda, S. 285f.
__ 24
Vgl. den Überblick bei Helmut Baier/
Ernst Henn, Chronologie des bayerischen
Kirchenkampfes 1933–1945,
Nürnberg 1969, S. 86ff.
__ 25
Vgl. P. Kremmel (Anm. 13), S. 346ff.
__ 26
Dagegen gab es eine Reihe von Pfarrern, die
der NSDAP angehörten, so daß es den
Deutschen Christen trotz ihrer Bemühungen
nicht gelang, eine nahtlose Identifikation ihrer
Bewegung mit der Partei herzustellen.
Vgl. Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche
und Entnazifizierung 1945–1949,
München 1989, S. 124ff.
__ 27
Zit. nach P. Kremmel (Anm. 13), S. 407.
__ 28
Deutschland-Bericht der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands (Sopade), Jg. 1934
(Reprint Frankfurt 1980), S. 691;
vgl. auch P. Kremmel (Anm. 13), S. 400f.
__ 29
Vgl. P. Kremmel (Anm. 13), S. 536ff.
__ 30
Ebenda, S. 555f.
__ 31
Vgl. den Überblick bei H. Baier/E. Henn
(Anm. 24), S. 168ff.
__ 32
K. Sommer (Anm. 11), S. 234.
__ 33
Ebenda, S. 255ff. Vgl. auch den knappen
Überblick bei Karl-Ludwig Sommer, »Kirchen-
kampf« vor Ort – Nationalsozialistischer Alltag
und Bekennende Gemeinden in Oldenburg
1933–1939, in: Niedersächsisches Jahrbuch für
Landesgeschichte, 62 (1990), S. 139ff.
__ 34
K. Sommer (Anm. 11), S. 261.
__ 35
Ebenda, S. 256f.
__ 36
Ebenda, S. 207f. Zur Führerdenkschrift,
die die Verletzung elementarer Grundrechte
anmahnte, vgl. Martin Greschat (Hrsg.),
Zwischen Widerspruch und Widerstand.
Texte zur Denkschrift der Bekennenden Kirche
an Hitler (1936), München 1987.
__ 37
K. Sommer (Anm. 33), S. 152.
__ 38
K. Sommer (Anm. 11), S. 217, 257;
vgl. auch Kurt Meier, Der evangelische Kirchen-
kampf, Bd. 3, Göttingen 1984, S. 54ff.
__ 39
K. Sommer (Anm. 11), S. 214, 257, 295.
__ 40
Ebenda, S. 415.
__ 41
Ein ähnliches Beispiel berichtet K. Sommer
(Anm. 11), S. 264, von der Beschädigung einer
Friedhofskapelle. Während Schmierereien
in und an der örtlichen Kirche nicht weiter ver-
folgt wurden, nahm die Polizei die Ermittlungen
auf, als die Fenster der Friedhofskapelle ein-
geworfen worden waren. Hier war das rituelle
Interesse fast aller an einer würdigen Beerdi-
gung betroffen, während die Beschädigungen
an der Kirche unmittelbar nur die Kirchen-
treuen betraf.
__ 42
Peter Hüttenberger, Solidarität der Gegner.
Die Kirchen und die Arbeiterbewegung
zwischen Anpassung, Abwehr und Anteilnahme,
in: Anselm Faust (Hrsg.), Verfolgung und
Widerstand im Rheinland und in Westfalen
1933–1945, Köln 1992, S. 66.
__ 43
Zunächst bedeutete »Burgfrieden« das
Bestreben der Deutschen Christen und Bekennenden Kirche, ihre Streitigkeiten während des Krieges ruhen zu lassen, dann aber auch die Politik des Staates, auf die Verschärfung der antikirchlichen Religionspolitik zu verzichten.
__ 44
Vgl. neuerdings Lothar Kettenacker, Hitler
und die Kirchen. Eine Obsession mit Folgen, in:
G. Heydemann/L. Kettenacker (Anm. 2), S. 68ff.
__ 45
Vgl. die quantitative Analyse der Entwicklung
des Gottesdienstbesuchs und der Kollekten,
der Beteiligung an den Kasualien sowie
der Kirchenaustritte bei Klaus Heidel/Christian
Peters, Nicht nur ein Kampf um Seelen: Die
Kirchen und das »Dritte Reich« in Heidelberg,
in: Jörg Schadt/Michael Caroli (Hrsg.),
Heidelberg unter dem Nationalsozialismus.
Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpas-
sung, Heidelberg 1985, S. 285ff. Eine ähnliche
Entwicklung bei schmalerer Datenbasis
schildert Gerhard Hetzer, Kulturkampf in Augs-
burg 1933–1945, Augsburg 1982, S. 160ff.
__ 46
Vor allem das Jahr 1934 brachte in der Regel
eine Steigerung des Gottesdienstbesuchs,
in den Folgejahren sank die Zahl der Teilnehmer
dann leicht unter die des Jahres 1932.
Vgl. K. Heidel/C. Peters (Anm. 45), S. 285f.
Zu generellen Tendenzen vgl. Almuth Meyer-
Zollitsch, Nationalsozialismus und evangelische
Kirche in Bremen, Bremen 1985, S. 89ff.
__ 47
Vgl. die am konkreten Beispiel Hannovers
entwickelte Typisierung von Detlef Schmiechen-
Ackermann, Nazifizierung der Kirche –
Bewahrung des Bekenntnisses – Loyalität zum
Staat: Die Evangelische Kirche in der Stadt
Hannover 1933 bis 1945, in Niedersächsisches
Jahrbuch für Landesgeschichte, 62 (1990),
S. 111ff. Eine ähnliche Typisierung hatte zuerst
Günther van Norden entwickelt, vgl. ders.,
Kirche und Staat im Kirchenkampf, in:
ders. (Hrsg.), Zwischen Bekenntnis und Anpas-
sung, Köln 1985, S. 101f.

__ 48
Vgl. zum Beispiel A. Meyer-Zollitsch (Anm. 46), S. 194ff.; Eberhard Funk, Die evangelische Kirchengemeinde Tempelhof 1933–1945, in: Manfred Gailus (Hrsg.), Kirchengemeinden im Nationalsozialismus. Sieben Beispiele aus Berlin, Berlin 1990, S. 169ff.

__ 49
Vgl. zum Beispiel Manfred Gailus, Deutsche Christen, Olias, Olias. Wie Nationalsozialisten die Kirchengemeinde Alt-Schöneberg eroberten, in: M. Gailus (Anm. 48), S. 211f.
Für die Frühgeschichte einer solchen »vermittelnden« DC-Kirchengemeinde und für den Einfluß von »Laien«: Lawrence D. Stokes, Die Eutiner Landeskirche zwischen Novemberrevolution und Nationalsozialismus, in: Klauspeter Reumann (Hrsg.), Kirche und Nationalsozialismus, Neumünster 1988, S. 133ff.

__ 50
Vgl. K. Heidel/C. Peters (Anm. 45), S. 280.
Dies betont auch Siegfried Bräker, Jahre der Okkupation. Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation der Evangelischen Kirchengemeinde Opladen durch den Nationalsozialismus, Opladen 1984, S. 114ff.

__ 51
Vgl. K. Heidel/C. Peters (Anm. 45), S. 324.

__ 52
Auf die relativ milden Urteile, die gegenüber Pastoren ausgesprochen wurden, weisen viele Autoren hin; eine kritische Darstellung des Verhältnisses von Justiz und (protestantischer) Kirche fehlt allerdings noch; für den Bereich des Braunschweiger Oberlandesgerichts ist eine solche Arbeit von Dietrich Kuessner zu erwarten; vgl. Hans-Ulrich Ludewig, Das Sondergericht Braunschweig 1933–1945, in: Klaus-Erich Pollmann (Hrsg.), Der schwierige Weg in die Nachkriegszeit. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig 1945–1950, Göttingen 1994, S. 264ff.

__ 53
Typische Beispiele für diese Argumentation bei K. Heidel/C. Peters (Anm. 45), S. 325. Diese ›Verkirchlichung‹ wird von Heidel/Peters (S. 285ff.) als positive Entwicklung bei der Interpretation der sich wandelnden Kirchlichkeit interpretiert. Daß Teile der protestantischen Geistlichen – gerade unter den Deutschen Christen – auf Grund ihres »liberalen« Verständnisses von Kirche keinen Wert auf eine Steigerung der Zahl der Gottesdienstteilnehmer legten, sollte aber beachtet werden.

__ 54
K. Sommer (Anm. 11), S. 99ff., macht am Beispiel Oldenburgs darauf aufmerksam, daß auch der Grad der staatlich geförderten Kirchenfeindschaft nach 1937 sehr unterschiedlich war. Im Land Oldenburg, das seine Kultushoheit bis 1947 partiell wahren konnte, waren die antikirchlichen Maßnahmen des Staates offensichtlich geringer als in anderen Gebieten des Reiches.

__ 55
Vgl. P. Hüttenberger (Anm. 42), S. 73f.

__ 56
Beispielhaft vgl. Diether Koch, Die Haltung der St. Stephani-Gemeinde in Bremen zum Antisemitismus und zu ihren Gliedern jüdischer Herkunft nach 1933, in: Hermann de Buhr/Heinrich Küppers/Volkmar Wittmütz (Hrsg.), Kirche im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft, Köln 1993, S. 291ff.

__ 57
Vgl. Herwart Vorländer, Kirchenkampf in Elberfeld 1933–1945, Göttingen 1968, S. 394ff. (für den Kreis um Pastor D. Hermann Albert Hesse in Elberfeld); A. Meyer-Zollitsch (Anm. 46), S. 233 (vor allem für den Kreis um Pastor Gustav Greiffenhagen in Bremen).

__ 58
Manfred Gailus, Berliner Kirchengemeinden im Nationalsozialismus. Überlegungen zum Forschungsstand, in: ders. (Anm. 48), S. 15ff., macht auf die (unterschiedliche) Kollektivbiographie der Berliner Pfarrer aufmerksam, die das Verhalten ihrer Kirchengemeinden prägten.

__ 59
Vgl. P. Hüttenberger (Anm. 42), S. 66.

__ 60
Vgl. dazu die eindrucksvolle Beschreibung von Klemens von Klemperer, Glaube, Religion, Kirche und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 28 (1980), S. 293ff., der auf die Entwicklung von Frömmigkeit bei Widerständlern aus großbürgerlichem Milieu hinweist. Zu einer Gemeinde dieses Typs vgl. Wilhelm Burger, Die Kirchengemeinde St. Matthäus (Berlin-Tiergarten) in der Zeit des Nationalsozialismus, in: M. Gailus (Anm. 48), S. 39ff.

__ 61
Sichtbar wurde das etwa bei den Auseinandersetzungen um die Eingliederung der evangelischen Jugend, wo Jugendliche ihre (relative) Autonomie viel stärker verteidigten als die Pastoren in den betroffenen Kirchengemeinden.

__ 62
Vgl. K. Heidel/C. Peters (Anm. 45), S. 309.

__ 63
Vgl. Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Obb. 1900–1945, München-Wien 1982, S. 348ff.; und A. Meyer-Zollitsch (Anm. 46).

__ 64
A. Meyer-Zollitsch (Anm. 46), S. 235, Anm. 39.

__ 65
Vgl. K. Sommer (Anm. 11), S. 400f., 411f.

Hilfe für Verfolgte:
Blindenwerkstatt Otto Weidt
Berlin-Mitte 1943

Werbetisch des Jüdischen
Kulturbundes bei einer
Sportveranstaltung in Berlin-Grunewald,
Mitte der 30er Jahre

Sylvia Rogge-Gau

Jüdische Selbstbehauptungsstrategien zwischen nationaler Identität und Diskriminierung

In den achtziger Jahren entstand in Deutschland eine Fülle von regionalgeschichtlichen Studien zum Thema jüdisches Leben. Der fünfzigste Jahrestag des Pogroms vom 9./10. November 1938 war für viele Gemeinden und Städte Anlaß, sich mit dem Leben und Schicksal der jüdischen Bürger in ihrer Heimat auseinanderzusetzen. Die bekannten Stationen der Verfolgung und Entrechtung jüdischer Bürger wurden für die jeweilige Stadt dokumentiert. Das Schlußkapitel ist oft dem furchtbaren Schicksal der Deportation der jüdischen Menschen gewidmet, die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik wurden. Deswegen ist die ausführliche Darstellung der Deportation verständlich, zumal für bestimmte Regionen die Verfolgungsgeschichte relativ gut überliefert ist. Der Leser erfährt vielleicht noch etwas über die Gründung der ersten Gesamtvertretung der deutschen Juden im September 1933, der Reichsvertretung der deutschen Juden. Von Selbstbehauptung und Widerstand ist in der Regel kaum die Rede gewesen. In Untersuchungen neueren Datums wird auf diesen Aspekt eher eingegangen. Dabei ist spätestens seit der 1984 erschienenen Monographie »Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde«[1] von Konrad Kwiet und Helmut Eschwege einer interessierten breiteren Öffentlichkeit der Widerstand von Juden ins Bewußtsein gerückt. Eine umfangreiche Materialsammlung war die Basis zur Herausarbeitung von drei Typen des Widerstands von Juden, auf die im folgenden kurz eingegangen werden soll, da sie für alle neueren Studien zum Thema Selbstbehauptung und Widerstand grundlegend sind. Kwiet/Eschwege definieren Widerstand – in Anlehnung an die bekannten Widerstandsdefinitionen – im engeren Sinne als Antifaschismus, d.h. er impliziert eine politische Programmatik und Organisierung[2]. In den Bereich des weiteren Widerstandes fällt alles nichtkonforme Verhalten, das sich in der Weigerung der deutschen Juden ausdrückte, sich dem NS-Herrschaftssystem zu unterwerfen. Neben dem ersten Typ, dem organisierten Widerstand, nennen Kwiet/Eschwege als zwei Typen des nonkonformen Verhaltens die Verweigerung (z.B. Flucht, Leben im Un-

tergrund, deutsche und jüdische Fluchthilfe, Selbstmord) und die Abwehr (z.B. offener Protest, Druck und Vertrieb illegaler Schriften, Widerstehen in den Lagern). In der Forschung wird differenziert zwischen dem Widerstand von Juden und jüdischem Widerstand: jüdischer Widerstand ist durch eine spezifisch jüdische Motivation bestimmt, während Widerstand von Juden ausschließlich durch den politischen Standort definiert ist. Widerstand von deutschen Juden konnte kein einheitlicher Widerstand sein, da die soziale, politische und religiöse Heterogenität ein gemeinsames Konzept ausschloß. Nach diesen Vorüberlegungen möchte ich auf unterschiedliche Aspekte der jüdischen Selbstbehauptung an Beispielen von Untersuchungen zum Thema aus Hamburg und Berlin eingehen.

Offener Protest, soziale und kulturelle Selbsthilfe als Formen der jüdischen Selbstbehauptungsstrategien am Beispiel Hamburgs

Das Leben der knapp 17.000 jüdischen Bürger Hamburgs ist durch überregional bekanntgewordene Ausstellungen wie »Jüdisches Leben am Grindel« (1986), »Vierhundert Jahre Juden in Hamburg« (1991) sowie durch die Publikationen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus sowie des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden gut dokumentiert. Eindrucksvoll und einfühlsam werden im Ausstellungskatalog »Jüdisches Leben am Grindel«[3] die Aktivitäten von Menschen jüdischer Herkunft im **politisch organisierten Widerstand** geschildert. Zu erinnern ist hier beispielsweise an die Gruppe um den Rechtsanwalt Herbert Michaelis und den Schlosser Dagobert Biermann, die beide jüdischer Herkunft und seit Mitte der zwanziger Jahre Mitglieder der KPD waren[4]. Ziel der Widerstandsgruppe war, das Ausland über die militärischen Unterstützungen des NS-Staates für die im Spanischen Bürgerkrieg gegen die gewählte Volksfront-Regierung putschenden Generäle unter Francos Führung zu informieren. So übergab Michaelis Informationen über deutsche Waffenlieferungen, die die auf der Hamburger Werft Blohm & Voss beschäftigten Dagobert Biermann und Karl Dietrich ausspioniert hatten, über einen Mittelsmann an die illegale Auslandsleitung der KPD. Ende März 1937 wurden alle Beteiligten verhaftet. Am 2. März 1939 wurde Michaelis zum Tode verurteilt und am 14. Juni 1939 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Biermann, zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde nach Auschwitz deportiert, wo er am 22. Februar 1943 starb. Nach einer vorsichtigen Schätzung waren insgesamt ca. 2000 Juden in allen politischen Widerstandsorganisationen aktiv, wobei die Mehrzahl am kommunistischen Widerstand beteiligt war[5].

Im folgenden möchte ich an zwei weiteren Hamburger Beispielen die Selbstbehauptungsstrategie der Abwehr, in diesem Fall den offenen Protest, gegen den NS-Staat verdeutlichen. Innerhalb der wissenschaftlichen Beiträge der Universität Hamburg zur Ausstellung »Vierhundert Jahre Juden in Hamburg« weist Beatrix Herlemann auf den Widerstand des jüdischen Kaufmanns Walter Gutmann hin[6], der Ende 1938 eine 14seitige Flugschrift verfaßte, in der er sich mit der nationalsozialistischen Judenpolitik auseinandersetzte und die nichtjüdischen Deutschen zum Widerstand dagegen aufrief. Gutmann, der in dem Selbstverständnis eines

deutschen Staatsbürgers jüdischen Glaubens gelebt hatte und beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges von einem Auslandsaufenthalt »selbstverständlich in die Heimat zurückkehrte«, wurde durch die antijüdische Politik zur Geschäftsaufgabe gezwungen, so daß er völlig mittellos wurde. Den Titel seiner Flugschrift, die er in 300 bis 400 Exemplaren an Empfänger in Hamburg, Bremen und Hannover sandte, hatte er Emile Zolas berühmtem Aufruf in der Dreyfus-Affäre: »J'accuse. Ich klage an!« entlehnt. Gutmann, der sich in seiner Schrift kritisch mit der Funktion des Antisemitismus auseinandergesetzt hatte, forderte zur Solidarität mit den verfolgten Juden auf: »Euch rufe ich auf, deutsche Männer und Frauen! Ihr seht, wie in Eurem Namen 500.000 Juden mit brutaler Gewalt dem erbarmungswürdigsten Elend überantwortet werden [...] Sollen wir uns stumm wie das Vieh zur Schlachtbank führen lassen? [...] Verkriecht euch nicht feige hinter der Ausflucht, der einzelne sei machtlos«[7]. Am 12. Dezember 1938 wurde er in Untersuchungshaft genommen und am 24. Mai 1939 vor dem Hanseatischen Sondergericht, Kammer I, beim Landgericht Hamburg zu 4 Jahren und 6 Monaten Gefängnis wegen des Vergehens gegen das Heimtückegesetz Paragr. 2 verurteilt. Am 19. Dezember 1942 wurde er von der Haftanstalt Wolfenbüttel in das KZ Auschwitz deportiert, wo er als Prothesenträger mit Sicherheit sofort der ersten Selektion zum Opfer gefallen ist.

Diese Strategie der Abwehr, wie es uns dieses Beispiel veranschaulicht, ist bis 1938 überliefert. Es handelte sich dabei meist um spontane und offene Proteste in Flugschriften und Parolen von einzelnen, wie in diesem Fall, gegen die Judenverfolgung[8].

Wenig bekannt ist von Miriam Gillis-Carlebach das Buch »Jüdischer Alltag als humaner Widerstand 1939–1941«[9], das eine biographische Skizze des Lebens ihres Vaters, des orthodoxen Oberrabbiners Joseph Carlebach, ist. Auch Carlebach wehrte sich 1934 in Predigten, Aufsätzen und in von ihm herausgegebenen Sonderdrucken gegen nationalsozialistische Diffamierung und Rassenpolitik, wie z.B. in dem Aufsatz »Menschheit und Rasse« von 1934, in dem er die Unhaltbarkeit der Rassentheorie aufweist. Sein Protest richtet sich gegen religiöse und rassische Verunglimpfung. Sein Leben vermittelt uns einen weiteren Aspekt der jüdischen Selbstbehauptungsstrategien. Carlebach engagierte sich in der Kranken- und Gefangenenfürsorge. Er schmuggelte heimlich kleine Briefe zwischen Inhaftierten und ihren Familien. Auch hielt er den Kontakt zu KZ-Häftlingen, denen er in »waghalsigen Trostbriefen« Mut zusprach. Obwohl er zeitig hätte emigrieren können, verließ er seine Gemeinde nicht. Am 6. Dezember 1941 wurde er mit seiner Familie nach Riga deportiert. Dort initiierte er heimlichen Schulunterricht und Erwachsenenbildung. Carlebach lebte und agierte in einem von der jüdischen Religion und Tradition dominierten Umfeld. Es gehört zur Sozialethik des Judentums, daß die gemeinsame Sorge für Notsituationen des täglichen Lebens ein religiöses Gebot und daher eine Selbstverständlichkeit ist. Die Selbstbehauptungsstrategien dieses Oberrabbiners, der offene Protest, die soziale und kulturelle Selbsthilfe, sind ein Beispiel dafür, wie deutsche Juden sich gegen die nationalsozialistischen Interessen zur Wehr setzten, sich sozial, kulturell und in ihrer Würde herabdrücken zu lassen.

Das Leben im Untergrund
und die Flucht als Formen der jüdischen Selbstbehauptung
am Beispiel Berlins

Da die größte 1933 bestehende jüdische Gemeinde sich mit 160.000 Mitgliedern in Berlin befand und dementsprechend die zentralen jüdischen Organisationen ihren Sitz in dieser Stadt hatten, liegen für Berlin zahlreiche Studien zum jüdischen Leben vor. Als erste Arbeiten zum Thema Widerstand von Juden sind »Steinerne Zeugen« von Wolfgang Wippermann[10] sowie Leon Brandts »Menschen ohne Schatten«[11] zu nennen. Aspekte der jüdischen Selbstbehauptung wurden in dem 1988 erschienenen Sammelband »Juden in Berlin«[12] und der Fotodokumentation »Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933–1942«[13] von Hazel Rosenstrauch angesprochen. Verwiesen wurde hier auf institutionelle Selbstbehauptung, wie die Organisierung der Jüdischen Winterhilfe, oder kulturelle Selbstbehauptung durch den Jüdischen Kulturbund. Geradezu kennzeichnend für die Aufarbeitung des jüdischen Lebens in Berlin ist die Fülle von stadtteilbezogenen Untersuchungen, die in der Regel mit einem Ausstellungsprojekt verbunden waren und sind. Dokumentiert werden, soweit überliefert, auch Formen der Selbstbehauptung von Juden wie die Weigerung, sich dem Deportationsbefehl zu stellen und in den Untergrund zu gehen. Das **Überleben im Untergrund**, das z.B. im Katalog »Juden in Kreuzberg«[14] durch Zeitzeugenberichte von Ruth und Bruno Gumpel dokumentiert ist und dadurch auch Authentizität ausstrahlt, gelang in Berlin etwa 1400 Menschen[15]. Eindringlich wird von der Suche nach nichtjüdischen Helfern, Quartieren, notwendigen Papieren berichtet. Wie Kwiet/Eschwege ausführen, überstieg die Zahl der Geretteten in keiner anderen deutschen Großstadt 50 Personen. Es ist davon auszugehen, daß nur drei von zehn Untergetauchten überlebten. So ist diese Berliner Zahl nicht nur ein Indiz für jüdische Gegenwehr, sondern auch für die Unterstützungsbereitschaft von Nichtjuden. Eine weitere Form der Verweigerung ist die **Flucht** aus Deutschland, um sich der nationalsozialistischen Verfolgung zu entziehen. Diese Form der Selbstbehauptung wird z.B. im Katalog »Juden in Treptow. Sie haben geheißen wie ihr heißt«[16], dokumentiert. Beschrieben wird die Flucht von Joachim Marcuse, seiner späteren Frau Gerda Berlowitz und eines gemeinsamen Freundes im Dezember 1942, also etwas über ein Jahr nach dem Emigrationsverbot vom 23. Oktober 1941. Diese Flucht gelang durch die Unterstützung eines dänischen Furnierhändlers, Sigurd Larsen, der die drei Berliner in einem Eisenbahnwaggon mit Holz nach Schweden schmuggelte. Wie erfolgreich derartige Fluchtversuche waren, ist zahlenmäßig nicht zu erfassen. Zahlen liegen lediglich für die erste Fluchtwelle von deutschen Juden von 1933 vor, als ca. 47.350 »jüdische und marxistische Reichsangehörige«, wie das Auswärtige Amt formulierte, Deutschland verließen[17]. Die einzige bisher veröffentlichte regionale Untersuchung, die sich ausschließlich dem Thema Selbstbehauptung und Widerstand von Juden widmet, ist der Katalog »Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion«[18] von 1993. Dokumentiert werden die bekannte Widerstandsgruppe um

Herbert Baum[19], der Chug Chaluzi (Pionierkreis) um den jüdischen Lehrer und zionistischen Jugendführer Jizchak Schwersenz und Edith Wolff sowie die Gemeinschaft für Frieden und Aufbau um Werner Scharff und Hans Winkler. Diese überregional bekannten Gruppen, auf die an dieser Stelle inhaltlich nicht ausführlicher eingegangen werden muß, stehen beispielhaft für die Beteiligung von Juden am organisierten Widerstand, für die Strategie der Fluchthilfe und des Lebens im Untergrund sowie für den Druck und Vertrieb von illegalen Flugschriften.

Die Selbstbehauptungsstrategien der kulturellen und institutionellen Selbsthilfe am Beispiel Berlins

Durch den Katalog und die Ausstellung »Geschlossene Vorstellung. Der Jüdische Kulturbund in Deutschland 1933–1941«[20] wurde 1992 die Öffentlichkeit auf die kulturelle Selbstbehauptung jüdischer Deutscher aufmerksam gemacht. Dieser Kulturbund, dessen Genehmigung am 15. Juli 1933 durch den preußischen Staatskommissar Hinkel erfolgte, wirkte einerseits als Arbeitslosenfürsorge, indem er stellungslos gewordenen Künstlern einen neuen, wenn auch bescheidenen Broterwerb im Theater, Orchester oder Chor des Bundes ermöglichte, und andererseits bot er dem jüdischen Publikum die Möglichkeit, ohne Angst vor antisemitischen Übergriffen, im geschlossenen Kreis kulturelle Veranstaltungen genießen zu können. Trotz einer staatlich kontrollierten Ghettokultur, die den Besuch von Nichtjuden ausschloß, bot der Kulturbund eine kulturelle Heimat, die viele in ihrer erschütterten Identität als Deutsche **und** Juden als letzten Halt annahmen. In vierzehn Beiträgen und einem umfangreichen Dokumententeil wird die Geschichte des Kulturbundes am Beispiel der Abteilungen wie Schauspiel, Oper und Vortrag durchaus kontrovers dargestellt. Die **kulturelle Selbstbehauptung** stand jedoch in einer engen Beziehung zur institutionellen Selbstbehauptung im sozialen Bereich wie etwa der Jüdischen Winterhilfe. Leider wurde dieser Aspekt der Kooperation völlig ausgeklammert. Versorgte die im Oktober 1935 gegründete Jüdische Winterhilfe die arme jüdische Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung sowie Heizmaterial und sicherte so das materielle Überleben, bemühte sich der Kulturbund, gerade diesen Menschen die Teilnahme am kulturellen Gemeinschaftsleben zu sichern. So wurden zahlreiche Konzertreihen sowie Theaterabende von Kulturbund und Jüdischer Winterhilfe gemeinsam für mittellose Mitglieder der Gemeinde organisiert. Bereits wenige Monate nach seiner Gründung rief der Kulturbund die noch wohlhabenderen Mitglieder und noch bestehende jüdische Firmen auf, Patenschaften für Erwerbslose zu übernehmen, was auch eine erfreuliche Resonanz hatte[21]. Dieses gemeinschaftsstiftende Merkmal des Kulturbundes ist ein wichtiger Aspekt jüdischer Selbstbehauptung. Denn jüdische Selbstbehauptung bedeutete für die jüdischen Deutschen, sich über alle ideologischen Differenzen hinweg zu organisieren, um dem einzelnen in der neu entstandenen jüdischen Gemeinschaft seine psychische und physische Existenz und Identität sichern zu helfen, deren Vernichtung der nationalsozialistische Staat beabsichtigte.

Resümee

1.

Es konnte keinen einheitlichen Widerstand von deutschen Juden geben, da die soziale, politische und religiöse Heterogenität, oder anders gesagt, das Verhaftetsein in unterschiedlichen Milieus, ein gemeinsames Konzept ausschloß.

2.

Die regionale Vielfalt des Widerstands nimmt ab mit der Vereinheitlichung der Lebensbedingungen aufgrund der zunehmenden Verfolgung.

3.

Eine umfassende und systematische Untersuchung über den Widerstand deutscher Juden liegt bis heute nicht vor! So mußten für diesen Vortrag die lokalen Untersuchungen regelrecht durchforstet werden, um die verschiedenen Beispiele der Selbstbehauptung von Juden vorstellen zu können.

4.

Das Ziel neuer Studien kann jedoch nicht sein, die Ergebnisse zu kompilieren, sondern es müssen neue, weiterführende Fragen gestellt werden. Die komparatistische Methode könnte hilfreich sein, die Rahmenbedingungen (z.B. unterschiedlicher Machtzugriff des Staates in Stadt und Provinz, soziales Umfeld) im regionalen Vergleich für das Vorkommen bestimmter Selbstbehauptungsstrategien zu untersuchen.

Kwiet und Eschwege verdanken wir die systematische Typologie des Widerstands von Juden. Interessant wäre es, der Frage nachzugehen, ob bzw. in welchem Ausmaß bestimmte Typen des Widerstands von Juden sich in verschiedenen sozialen Milieus wiederfinden und ob die Verwurzelung in bestimmten Milieus Voraussetzung der Selbstbehauptung und für den Zugang zu Helfern war.

— 1
Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand.
Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945,
Hamburg 1986².

— 2
Vgl. K. Kwiet/H. Eschwege (Anm. 1), S. 19.
Vgl. auch Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 97. Peukert hat eine Typologie abweichenden Verhaltens entwickelt, die zwischen nonkonformen Verhalten, Verweigerung, Protest und Widerstand differenziert, wobei Widerstand explizit auf Verhaltensformen beschränkt blieb, die das NS-System als Ganzes ablehnten.

— 3
Ursula Wamser/Wilfried Weinke (Hrsg.),
Ehemals in Hamburg zu Hause:
Jüdisches Leben am Grindel, Hamburg 1991.

— 4
Vgl. U. Wamser/W. Weinke (Anm. 3), S. 195–199.

— 5
Vgl. K. Kwiet/H. Eschwege (Anm. 1), S. 64.

— 6
Beatrix Herlemann, »Euch rufe ich auf, deutsche Männer und Frauen!« Der einsame Protest des Walter Gutmann, in: Arno Herzig (Hrsg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990. Wissenschaftliche Beiträge der Universität Hamburg zur Ausstellung »Vierhundert Jahre Juden in Hamburg«, Hamburg 1991, S. 537–544.

— 7
Vgl. Beatrix Herlemann (Anm. 6), S. 540.

— 8
Erinnert sei an dieser Stelle an den Kölner jüdischen Geschäftsmann Richard Stern, der gegen den Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien am 1. April 1933 sich mit einem von ihm verfaßten Flugblatt zur Wehr setzte. Siehe Jüdisches Schicksal in Köln 1918–1945. Ausstellung und Katalog des Historischen Archivs der Stadt Köln/NS-Dokumentationszentrum, Köln 1988, S. 147.

— 9
Miriam Gillis-Carlebach, Jüdischer Alltag als humaner Widerstand. Dokumente des Hamburger Oberrabbiners Dr. Joseph Carlebach, Hamburg 1990.

— 10
Wolfgang Wippermann, Steinerne Zeugen,
Berlin 1982.

— 11
Leon Brandt, Menschen ohne Schatten.
Juden zwischen Untergang und Untergrund 1938 bis 1945, Berlin 1984.

— 12
Juden in Berlin 1671–1945. Ein Lesebuch,
Berlin 1988.

— 13
Hazel Rosenstrauch (Hrsg.),
Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933–1942,
Berlin 1988.

— 14
Berliner Geschichtswerkstatt e.V. (Hrsg.),
Juden in Kreuzberg, Berlin 1991, S. 109–124.

— 15
Vgl. K. Kwiet/H. Eschwege (Anm. 1), S. 150f.
Siehe auch Günther B. Ginzel (Hrsg.),
Mut zur Menschlichkeit. Hilfe für Verfolgte während der NS-Zeit, Köln 1993.

— 16
Monika Becker/Ronald Friedmann/
Anja Schindler, Kulturbund e.V. Berlin-Treptow (Hrsg.), Juden in Treptow. Sie haben so geheißen wie ihr heißt, Berlin 1993, S. 155–160.

— 17
Vgl. K. Kwiet/H. Eschwege (Anm. 1), S. 142f.

— 18
Wilfried Löhken/Werner Vathke, Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion.
Berlin 1939–1945, Berlin 1993.

— 19
Es ist der Erforschung des Widerstandes und der Selbstbehauptung von Juden nicht dienlich, wenn die Geschichte einer Widerstandsgruppe in drei stadtteilbezogenen Untersuchungen dargestellt wird. In den Katalogen »Zehn Brüder waren wir gewesen...« Spuren jüdischen Lebens in Berlin-Neukölln, hrsg. von Dorothea Kolland, Berlin 1988; Juden in Kreuzberg, hrsg. von der Berliner Geschichtswerkstatt e.V., Berlin 1991; Jüdisches Leben in Pankow. Eine zeitgeschichtliche Dokumentation, hrsg. vom Bund der Antifaschisten Berlin-Pankow e.V., Berlin 1993 wird auf die Herbert-Baum-Gruppe im Zusammenhang mit den Mitgliedern eingegangen, die im jeweiligen Stadtteil wohnten.

— 20
Akademie der Künste (Hrsg.),
Geschlossene Vorstellung. Der Jüdische Kulturbund in Deutschland 1933–1941,
Berlin 1992.

— 21
So wurden allein im Mai 1934
264 Patenschaften für jüdische Erwerbslose gestiftet, die dadurch unentgeltlich an den Veranstaltungen des Kulturbundes teilnehmen konnten, in: Kulturbund Deutscher Juden, Monatsblätter, 2 (1934) 6, S. 1.

SA-Demonstration vor
dem Karl-Liebknecht-Haus
in Berlin, 22.1.1933

Ernst Thälmann spricht
auf einer Maifeier
der KPD auf dem Schloßplatz
in Berlin 1932

Andreas Wirsching

Kommunistischer »Antifaschismus« in Berlin und Paris zwischen den Weltkriegen

Als ein Begriff aus dem Bereich von Politik und Ideologie taucht »Antifaschismus« zwar schon früh in den Quellen auf, ein Begriff der Geschichtswissenschaft ist er jedoch zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht[1]. Von einem historischen Forschungsstand zum Thema läßt sich daher nur in eingeschränktem Sinne sprechen[2]. In der westlichen Forschung wurde der kommunistische Antifaschismus meist im Prisma der innerkommunistischen Diskussion über faschistische Bewegungen und der sich hieraus ergebenden Faschismustheorien untersucht, wobei die Auswertung der kommunistischen Publizistik sowie der einschlägigen Kongreßprotokolle im Vordergrund stand. Bei allen Divergenzen im einzelnen wurde hier ein gewisser ideologiekritischer Konsens deutlich, der auf die mangelnde Fähigkeit der Kommunisten hinwies, zwischen Kapitalismus, Sozialdemokratie und Faschismus zu unterscheiden[3].

Hingegen stammt der Großteil des Schrifttums, das sich explizit mit dem Antifaschismus der KPD beschäftigt, aus der Feder von Autoren der ehemaligen DDR. Es steht außer Frage, daß diese Arbeiten – mit ihrem bis 1989 privilegierten Quellenzugang – häufig interessante und wichtige Einzelbeobachtungen zu Tage fördern; doch wird ihr Informationswert durch die ideologisch-legitimatorische Funktion der DDR-Geschichtswissenschaft, insbesondere der Zeitgeschichtsschreibung, beeinträchtigt oder gar völlig zunichte gemacht. Nicht als historischer Gegenstand aus eigenem Recht, sondern als identitätsstiftendes Instrument des DDR-Staates wurde kommunistischer »Antifaschismus« in weit überproportionaler Weise hervorgehoben, heroisiert und als einzig legitimer und wahrhafter Gegenpol zum Nationalsozialismus ideologisiert. Im Ergebnis bewirkte dies eine einseitige Auswahl bzw. Interpretation der Quellen sowie eine fragwürdige Herauslösung des Gegenstandes aus seinem politisch-sozialen Umfeld und konkreten historischen Zusammenhang. Als Antithese zum Nationalsozialismus erhielt die KPD eine scheinbare freiheitlich-demokratische Legitimität, die sie faktisch entbehrte[4]. Der genuin antidemokratische Charakter des KPD-Antifaschismus blieb dabei ebenso ausgeblendet wie die tatsächliche Unterschätzung des Nationalsozialismus, die insbesondere aus der »Sozialfaschismus«-These resultierte[5].

Demgegenüber gilt es, das Phänomen des »Antifaschismus« gleichsam zu historisieren, das heißt nach seinen zeitbedingten ideologischen, politischen und sozialgeschichtlichen Strukturbedingungen zu fragen sowie seine spezifische Funktion und Wirkung herauszuarbeiten[6]. Ein methodisches Hilfsmittel solcher Spezifizierung und Historisierung könnte der Vergleich sein. Gerade der im fol-

genden skizzierte Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich[7] bzw. ihren Metropolen zeigt, daß es nicht ausreicht, das Verhältnis des Kommunismus zum Faschismus als primär theoretische Angelegenheit zu behandeln. Denn die handelnden Akteure waren ja einem konkreten politisch-sozialen Raum verhaftet, d.h. in unserem Fall den Hauptstädten. Hier besaßen sie einen Erfahrungshorizont, der ihre Aktion mindestens ebenso determinierte wie die sich wandelnden Prämissen kommunistischer Faschismustheorie. Anders formuliert: Die – je länger desto mehr – von der Komintern diktierten theoretischen Konzepte und taktischen Maßregeln mußten nichtsdestotrotz von den Länderparteien innerhalb der jeweils besonderen Verhältnisse appliziert werden. Dies bedingte eine gleichsam alltagspolitische Dimension des Themas, die durch die Untersuchung der kommunistischen Faschismustheorie allein nicht erfaßt werden kann. Gerade die Interdependenz zwischen Faschismustheorie und alltagspolitischer Erfahrung ist ein wesentliches Element für die historische Rekonstruktion des kommunistischen Antifaschismus. Nach einigen einführenden Bemerkungen zum konkreten Gegenstand des kommunistischen Antifaschismus bzw. zum kommunistischen Faschismusverständnis im allgemeinen werden die Grundmuster des politisch-ideologischen Kampfes gegen den Faschismus analysiert. Ein dritter Gedankengang ist schließlich einer vergleichenden Betrachtung des »wehrhaften« Antifaschismus gewidmet, der, was bislang zuwenig beachtet wurde, in unmittelbarem Zusammenhang mit dem zentralen Problem der »Sozialfaschismus«-These steht.

Kommunistischer Antifaschismus

Um einen historischen Begriff des »Antifaschismus« zu gewinnen, ist die kommunistische Faschismustheorie, der auch die DDR-Geschichtswissenschaft folgte, schwerlich geeignet. Zumindest bis Mitte der dreißiger Jahre unterschied die Kommunistische Internationale nicht substantiell zwischen Kapitalismus, demokratischem Rechtsstaat und Faschismus. Weil diese Theorie zur ideologischen Universalisierung des Faschismusbegriffs tendierte, entbehrte sie auch der analytischen Trennschärfe[8]. Allerdings gab es hierfür konkrete historische Gründe. Denn im Anschluß an Lenin schöpften die kommunistischen Parteien der europäischen Demokratien ihre Identität nach 1918 im wesentlichen aus drei Faktoren: Erstens erblickten sie in der »Urkatastrophe« des Ersten Weltkrieges ausschließlich das Resultat des kapitalistischen Wirtschaftssystems und kapitalistischer Unterdrückung; für die Opfer und »Blutmeere« (Lenin) des Weltkriegs waren also aus kommunistischer Sicht ebenso konkrete wie verbrecherische Personengruppen verantwortlich. Vor dem Hintergrund des Weltkriegs und seines Massengrabes erschien daher zweitens das bestehende System als eine Gewaltherrschaft, der gegenüber sich die Arbeiterklasse im Zustand permanenter Notwehr befand. Allein revolutionäre Gegengewalt würde letztlich das einzige und notwendige Mittel sein, um der vom System und seinen Repräsentanten ausgehenden Gewalt zu begegnen. Daß jedoch seit 1918 trotz einer zumindest zeitweise gegebenen, scheinbar »objektiven« revolutionären Situation in keinem europäischen Land der

Umsturz gelungen war, führten die Kommunisten schließlich drittens maßgeblich auf den »Verrat« der sozialdemokratischen Partei- und reformistischen Gewerkschaftsführer zurück. Weltkrieg als Verbrechen der Bourgeoisie, kapitalistisches System als lebensbedrohliche Gewaltherrschaft und sozialdemokratischer Verrat – dies blieb die ideologische Matrix der Kommunisten. Sie forderte den unerbittlichen Kampf gegen den Kapitalismus und damit auch – dies sollte nicht vergessen werden – den Kampf gegen politischen Liberalismus, Demokratie und Rechtsstaat. Zugleich aber lieferte sie die unumstößlichen Kategorien für die Analyse und die ideologische Rezeption des Faschismus[9]. In Fortführung der leninistischen Imperialismustheorie blieb der »Faschismus« unverrückbar in das Prokrustesbett des Klassenkampfdogmas eingespannt und galt als die letzte Zuflucht des kapitalistischen Bürgertums in Zeiten der ausweglosen Krise. In dieser Einschätzung unterschieden sich die kommunistischen Bewegungen in Deutschland und Frankreich zunächst nicht grundsätzlich; erst 1934/35 kam es im Zusammenhang mit der taktischen Umorientierung der Komintern in Frankreich zu einer deutlichen Modifizierung.

Nach der Machteroberung Mussolinis im Oktober 1922 interpretierten die Kommunisten zunächst die in Deutschland und Frankreich entstehenden rechtsextremen Bewegungen als genuinen Faschismus. Insbesondere Clara Zetkin, die dem Anfang 1923 ins Leben gerufenen »Komitee zum Kampf gegen den Faschismus« vorstand, beschäftigte sich mit entsprechenden deutschen Phänomenen. Hauptsächlicher Gegenstand der kommunistischen Analyse war damals neben dem italienischen Faschismus die NSDAP, die aber in Berlin noch keine Rolle spielte. Neben der globalen Verurteilung der nach dem Oktober 1923 durch Notverordnungen und Ausnahmezustand stabilisierten Weimarer Republik als »Seeckt-Faschismus« waren es in der Reichshauptstadt einstweilen weniger bedeutsame Organisationen wie der »Bund für Freiheit und Ordnung«, die Deutsch-Völkische Freiheitspartei und die Deutsch-Soziale Partei Richard Kunzes[10], die unter das Faschismusverdikt fielen. Ein erster Höhepunkt der kommunistischen antifaschistischen Aktion war der sog. »Antifaschistentag« am 29. Juli 1923. In Berlin, wo Kundgebungen unter freiem Himmel verboten worden waren, trafen sich einige Tausende zu Protestveranstaltungen unter freiem Himmel[11].

In Frankreich und seiner Hauptstadt schien der »Faschismus« dagegen zunächst lediglich in Form der monarchistischen »Action Française« zu begegnen. Das änderte sich allerdings schlagartig, als bei den Wahlen des Jahres 1924 der nationale Block aus der Regierung gedrängt wurde und das sogenannte »Linkskartell« aus Sozialisten und bürgerlicher Mitte gebildet wurde. Die Machtübernahme durch eine Linksregierung wurde von der nationalen Rechten Frankreichs als politische Demütigung empfunden und steigerte das Bedürfnis nach außerparlamentarischer Mobilisierung. Hinzu kam, daß nun auch in Frankreich die Inflation immer bedrohlichere Ausmaße annahm, was die innere Lage destabilisierte und nicht zuletzt unter den Pariser Mittelschichten die Bereitschaft zum Massenprotest erhöhte.

Ihren politischen Niederschlag fand diese krisenhafte Entwicklung in der Gründung mehrerer außerparlamentarischer Verbände am rechten Rand, die in Paris einen wichtigen regionalen Schwerpunkt besaßen. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, seien hier nur genannt: die »Ligue nationale et républicaine« des früheren Staatspräsidenten Alexandre Millerand; die »Jeunesses Patriotes« des konservativen Parlamentariers Pierre de Taittinger und schließlich die »Faisceau« (gegründet 11.11.1925) des Dissidenten der Action Française, Georges Valois. Auch wenn diese Bewegungen im einzelnen bedeutsame Unterschiede aufwiesen, so erfüllten sie doch unschwer die kommunistischen Kriterien des »Faschismus«[12]. In der Frontstellung gegen sie entfaltete sich erstmals das antifaschistische Paradigma der französischen Kommunisten.

Die zweite »faschistische« Welle in Berlin erfolgte mit dem Vormarsch der NSDAP, die hier 1928 wieder zugelassen wurde und seit Ende 1929 unter ihrem Gauleiter Goebbels beträchtliche Terraingewinne verbuchen konnte. In der Pariser Region war dagegen wiederum das Ineinandergreifen von Linksregierung und Wirtschaftskrise ausschlaggebend für die Konstitution eines bedeutsamen Rechtsextremismus. Nach der Wiederauflage des »Linkskartells« im Gefolge der Wahlen des Jahres 1932 erhielten die außerparlamentarischen Verbände erheblichen Zulauf. Neben den bereits erwähnten »Jeunesses Patriotes« gewannen die ursprünglich als Frontkämpferverband gegründeten »Croix de Feu« unter dem Colonel de la Rocque herausragende Bedeutung[13]. Die blutig endende Großdemonstration der Frontkämpfer vom 6. Februar 1934 vor der Abgeordnetenkammer stellte ein entscheidendes Datum dar: Für die außerparlamentarischen Verbände galt der 6. Februar fortan als Tag der – freilich vergeblichen, gleichwohl aber glorreichen – nationalen Erhebung; die Kommunisten – obschon sie selbst zur Teilnahme an der Massendemonstration aufgerufen hatten – glaubten dagegen ebenso wie viele Sozialisten und Republikaner an einen »faschistischen« Putschversuch. Der 6. Februar 1934 diente als Initialzündung für eine politische Massenmobilisierung bis dahin in Frankreich nicht gekannten Ausmaßes[14].

Im folgenden wird der »Faschismus«-Begriff in einem relativ weitgespannten Sinn verwendet, der auf die genannten Phänomene zutrifft, sich aber von der zeitgenössischen kommunistischen Universalisierung des Begriffs grundsätzlich unterscheidet. Gemeint sind extrem nationalistische Bewegungen mit antiparlamentarischer Tendenz, die nach dem Führerprinzip aufgebaut und zumindest in Ansätzen paramilitärisch organisiert waren. Gegenüber diesen Bewegungen folgte die kommunistische Aktion im wesentlichen zwei Grundmustern, die schon im Juni 1923 von Clara Zetkin vor dem erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vorgezeichnet worden waren. Zum einen ging es um den politisch-ideologischen Kampf, das heißt um die breitestmögliche Mobilisierung der Massen durch Agitation und Propaganda: »Wir müssen danach trachten«, so resümierte Clara Zetkin, »daß wir die sozialen Schichten, die jetzt dem Faschismus verfallen, entweder unserem Kampfe eingliedern oder sie zum mindesten für den Kampf neutralisieren [...] Was not tut, ist, daß wir unsere

Methoden der Agitation und Propaganda wie unsere Literatur entsprechend den neuen Aufgaben gestalten [...] Wenn jene neuen Massen, um die wir werben müssen, nicht zu uns kommen, müssen wir sie aufsuchen, müssen mit ihnen in einer Sprache sprechen, die ihrer Einstellung entspricht, ohne daß wir dabei das Geringste von unserer kommunistischen Auffassung preisgeben. Wir brauchen eine besondere Literatur für die Beamten, Angestellten, Klein- und Mittelbürger jeder Art und wieder eine eigene Literatur für die Arbeit unter den Intellektuellen«[15]. Zum anderen aber hatte neben die politisch-ideologische Überzeugungsarbeit der »wehrhafte« Kampf gegen den Faschismus zu treten, der auch gewaltsame Aktionen umfaßte. Zetkins Aufruf verlieh jenem erwähnten kommunistischen Grundempfinden Ausdruck, sich in einer existentiellen Bedrohungssituation zu befinden und zur Notwehr berechtigt zu sein: »Uns muß [...] bewußt bleiben, daß die ideologische und politische Überwindung des Faschismus allein nicht genügt, um das kämpfende Proletariat vor der Gewalt und Tücke dieses Feindes (i.e. des Faschismus, A.W.) zu schützen. Das Proletariat steht augenblicklich dem Faschismus gegenüber unter dem Zwang der Notwehr. Sein Selbstschutz, seine Selbstverteidigung gegen den faschistischen Terror darf nicht eine Sekunde vernachlässigt werden [...] Gewalt gegen Gewalt! Nicht etwa Gewalt als individueller Terror – das bliebe erfolglos. Aber Gewalt als die Macht des revolutionären organisierten proletarischen Klassenkampfes.«[16] Beide Grundmuster des kommunistischen Antifaschismus, der politisch-ideologische sowie der »wehrhafte« Kampf, begegnen in Berlin und Paris gleichermaßen; was hingegen die sozialen und politischen Rahmenbedingungen betrifft, die ihre praktische Umsetzung konditionierten, so bestanden kennzeichnende Unterschiede.

Grundmuster des politisch-ideologischen Kampfes

Im politisch-ideologischen Kampf der Kommunisten spielte die immer wieder beschworene, in der Praxis jedoch uneinheitlich praktizierte Taktik der »Einheitsfront von unten« eine entscheidende Rolle[17]. Wenn es um die antifaschistische Aktion ging, so erfüllte dieses Konzept eine dreifache Funktion.

Erstens sollte die revolutionäre kommunistische Massenbasis erweitert werden, indem man an die sozialdemokratisch und reformistisch-gewerkschaftlich organisierten Arbeiter appellierte und ihnen gewissermaßen die Augen öffnete für den »Verrat« ihrer Führer. Eine solcherart ideologisch konsolidierte proletarische Abwehrfront, so lautete das kommunistische Kalkül, würde dem faschistischen Vormarsch entgegenstehen. Den wichtigsten sozialen Schwerpunkt dieser taktischen Richtlinie bildete die Gewerkschaftsarbeit und hier insbesondere die Metallindustrie, die für beide metropolen Großräume bei weitem wichtigste Industriebranche. Allerdings differierten die organisationssoziologischen Rahmenbedingungen für die kommunistische Aktion in Paris und Berlin beträchtlich. In Berlin bestand die mächtige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), dessen Mitgliederzahl nach dem Einbruch infolge der Inflation zwischen 54.000 und 82.000 schwankte[18]. Das entspricht einer Organisationsquote von

20–25 %[19]. Nun hatte der Berliner DMV einen Großteil der radikalen Vorkriegstraditionen übernommen und stand innerhalb des Gesamtverbandes wie auch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) für einen pointiert linken Kurs. Doch blieb die Berliner DMV-Führung eine Interessenvertretung der Arbeiter innerhalb der gegebenen politisch-sozialen Verfassung. Sie hielt an dem traditionellen gewerkschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkül fest und lehnte den revolutionären Voluntarismus der Kommunisten ab. In der Berliner Metallindustrie akzentuierte daher die Einheitsfronttaktik die Spaltung der Arbeiterbewegung, zumal die Kommunisten gerade hier eine ihrer sozialen Schwerpunkte besaßen; dies galt sowohl für die Fraktionsarbeit im Berliner DMV, wo es eine starke kommunistische Minorität gab, als auch für die außergewerkschaftlichen Organisationen, mit denen sich die Kommunisten gleichsam Kampforgane der Einheitsfront zu schaffen versuchten. Während der ersten »faschistischen« Welle der Jahre 1922/23 bestanden solche Organe in den revolutionären Betriebsräten, deren Initiative von Berliner Großbetrieben ausging und die hier auch ihr Zentrum behielten[20]. In der Zeit des nationalsozialistischen Aufstiegs kam die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) hinzu, die wiederum in der Berliner Metallindustrie einen ihrer wichtigsten regionalen Schwerpunkte hatte[21]. Alle diese kommunistisch kontrollierten Organisationen verstanden sich nicht als wirtschaftliche Interessenvertretungen der Lohnarbeiter; vielmehr verstanden sie die Einheitsfront instrumental als Mittel zur Revolutionierung und Verschärfung der Konflikte. Gerade in dieser Eigenschaft konnten sie zu Zeiten der sozialökonomischen Krise und der »faschistischen« Bedrohung auf besondere Resonanz hoffen.

Im Großraum Paris lagen die Verhältnisse anders. Nach der definitiven Spaltung der französischen sozialistischen Gewerkschaften Ende 1921 spielten reformistische Kräfte in der Pariser Metallindustrie keine Rolle mehr[22]. Das Feld wurde beherrscht von der radikalen Metallarbeitergewerkschaft, die der revolutionären Confédération Générale du Travail Unitaire (C.G.T.U.) angeschlossen war. In ihr ging der Großteil der syndikalistischen Vorkriegstradition auf[23]. Mit einer Mitgliederzahl, die bis Mitte der dreißiger Jahre zwischen 3.000 und 7.000 schwankte[24], verfügte sie über eine ungleich geringere Organisationsquote als der Berliner DMV. Zugleich aber gelang es dem Parti Communiste Française (PCF), die C.G.T.U. und damit auch die Pariser Metallarbeitergewerkschaft trotz fortbestehender syndikalistischer Unterströmungen in die Hand zu bekommen. Wenn es also um die Propaganda der Einheitsfront ging, so fehlte im konkreten Erfahrungsraum der Pariser Metallindustrie der reformistische Gegner bzw. »Verräter«, den es zu entlarven galt. Vielmehr richtete sich hier die Zielvorstellung der antifaschistischen Einheitsfront in erster Linie an die Masse der unorganisierten Arbeiter. Das gilt auch für die außergewerkschaftlichen Organe, um deren Schaffung sich die Pariser Kommunisten vor allem während der ersten »faschistischen Welle« der Jahre 1924 bis 1927 bemühten. Die damals im Pariser Raum veranstalteten informellen Betriebsrätekongresse oder die Bildung antifaschistischer sogenannter Proletarischer Einheitskomitees (Comités d'unité prolétarienne)[25] dienten

vor allem der Erweiterung der kommunistischen Basis durch Unorganisierte, weniger aber der »Entlarvung« reformistischer »Verräter«. Etwas zugespitzt läßt sich mithin festhalten: Die in beiden Hauptstädten angewandte Taktik der antifaschistischen Einheitsfront polarisierte in Berlin die beiden Flügel der Arbeiterbewegung zusätzlich, während sie in Paris zumindest die Chance eröffnete, unter den unorganisierten Arbeitern integrativ zu wirken.

Bei der zweiten Funktion des Einheitsfrontkonzepts ging es darum, den Faschismus ideologisch auch in den nichtproletarischen sozialen Schichten einzudämmen. Im besonderen betraf das den gewerblichen Mittelstand, der nach marxistischer Lesart im Kapitalismus zum Untergang, sprich zur Proletarisierung verurteilt war und ein hauptsächliches soziales Reservoir der faschistischen Massenbewegung bildete. Auf die ideologische Gewinnung oder zumindest Neutralisierung der nach Lenin beständig schwankenden kleinbürgerlichen Mittelschichten richtete sich denn auch das Bemühen der Kommunisten in Berlin und Paris. Doch blickt man auf die Praxis, so ergeben sich wiederum beträchtliche Unterschiede. In Deutschland blieb es im wesentlichen bei der insbesondere 1922/23 und 1930–1933 häufig geäußerten theoretischen Forderung nach stärkerer ideologischer Integration der Mittelschichten in die antifaschistische Arbeit der Kommunisten[26]. Faktisch jedoch taten die kommunistischen Aktivisten bzw. ihre Sympathisanten in Berlin alles, um den gewerblichen Mittelstand zu verärgern und einzuschüchtern. So z.B. 1922/23, als kommunistisch inspirierte Kontrollausschüsse bei Nahrungsmittelfabrikanten und Einzelhandelsgeschäften zu willkürlichen Preisfestsetzungen schritten[27]; so 1927, als die Berliner Gastwirte anläßlich des Stahlhelmtages von den Kommunisten davor gewarnt wurden, auswärtige Stahlhelmler unterzubringen und zu verköstigen[28]; so schließlich 1931, als halbkriminelle, von den Kommunisten jedoch gutgeheißene, in Einzelfällen gar inspirierte Plünderungsaktionen Teile der Berliner Händlerschaft in Panik versetzten[29].

Im Pariser Raum dagegen verstanden es die Kommunisten seit Mitte der zwanziger Jahre, eine relativ kohärente Mittelstandspolitik zu entwickeln, die auch in der Praxis umgesetzt wurde. So machten sie sich im Parlament zum propagandistischen Anwalt der Pariser Kleinhändler und Handwerker, verbuchten Erfolge in der »Zersetzung« konservativer mittelständischer Verbände und vermochten gelegentlich die soziale Unruhe des Kleinbürgertums für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren[30]. In diesem in Paris so ungleich größeren Erfolg des Bemühens um die ideologische »Neutralisierung« der Mittelschichten schlugen sich zum einen die unterschiedlichen Traditionen nieder, denen die Mittelschichten in den beiden Hauptstädten folgten. War der deutsche Mittelstand traditionell sozialprotektionistisch und sozialkonservativ orientiert, was der kommunistischen Propaganda a priori nur geringe Chancen ließ, so verfügte insbesondere das Pariser Kleinbürgertum über eine anderthalb Jahrhunderte währende revolutionäre Tradition. Der Appell an sie verhallte auch dann nicht völlig ungehört, wenn er von kommunistischer Seite ausging, und stellte den Rechtsverbänden gleichsam ein »antifaschistisches« Mittelstandsmodell entgegen. Zum anderen aber war die Versorgungs-

lage im Großraum Paris niemals annähernd so katastrophal wie im Berlin der Jahre 1923 und 1931/32. Vom Hunger diktiertes Verzweiflungshandeln, das jegliche »antikapitalistische« Solidarität zwischen lohnabhängigen Konsumenten und Kleinhändlern von vornherein praktisch unmöglich machte, war in Paris nicht anzutreffen.

Auch die dritte Funktion des Einheitsfrontkonzepts entsprang der Hoffnung, dem »Faschismus« gewissermaßen seine Massenbasis wegzunehmen. Wenn es gelang, die Fußtruppen der faschistischen Gruppierungen davon zu überzeugen, daß sie auf die falsche Karte setzten, konnte ihr zweifellos revolutionäres Potential möglicherweise für den Kommunismus gewonnen werden. Insofern ließ sich die Taktik der Einheitsfront »von unten« auch gegen den »Faschismus« selbst anwenden. Als erster Versuch in diese Richtung ist die berühmte »Schlageter-Rede« Karl Radeks vom 20. Juni 1923 zu werten[31]. In der Folgezeit wurde sie von den deutschen Kommunisten vor allem gegenüber solchen »faschistischen« Organisationen angewendet, die in ihren Reihen auch Vertreter der Arbeiterschaft zählten. So hoffte die Berliner Bezirksleitung anläßlich des Stahlhelmtages am 7./8. Mai 1927, die Gelegenheit nutzen zu können, um die »proletarischen Elemente« der Rechtsverbände in intensiven Einzelgesprächen »über die Judasrolle aufzuklären, die ihnen in diesen Verbänden von der Bourgeoisie zugedacht ist«[32]. Und insbesondere gegenüber der nationalsozialistischen Basis wurde immer wieder der Versuch unternommen, durch individuelle Überzeugungsarbeit Mitglieder abzuwerben[33]. Zwar war diese Art des »Antifaschismus« weniger spektakulär als der »wehrhafte Kampf«; aber die Einheitsfront von unten blieb auch gegenüber den rechtsextremen Bewegungen für die KPD stets eine wichtige Alternative der antifaschistischen Agitation.

»Wehrhafter Antifaschismus«

Wenn es nun schließlich um den »wehrhaften« Antifaschismus der Kommunisten geht, so ist damit der sensible Problembereich der politischen Gewalt berührt. Man kann diesen wehrhaften Kampf nicht trennen von dem zweiten oben erwähnten konstitutiven Merkmal der kommunistischen Identität, der Vorstellung nämlich, die kapitalistische liberale Demokratie stelle für die Arbeiter eine quasi lebensbedrohliche Gewaltherrschaft dar. »Die kapitalistische Gesellschaft«, so sah es etwa Karl Liebknecht im Dezember 1918, »ist ihrem Wesen nach nichts anderes als die mehr oder minder verhüllte Herrschaft der Gewalt«[34]. Dieses Element kommunistischer Identität und die daraus geschöpfte Rechtfertigung für revolutionäre Gegengewalt stand mithin – das muß man deutlich festhalten – bereits bei der Gründung der kommunistischen Parteien Pate und ist folglich älter als der kommunistische Antifaschismus. Wenn sich die Kommunisten dabei auch in einer Art Notwehrsituation wähnten, so handelte es sich faktisch doch um den Versuch, das Gewaltmonopol des als Klassendiktatur verstandenen demokratischen Staates zu durchbrechen. Faschistische Gewalt erschien in dieser Perspektive primär als Verlängerung und krisenbedingte Verschärfung der kapitalistisch-demokratischen Gewalt. In der Praxis bedeutete dies, daß sich der wehrhafte Kampf gegen den Fa-

schismus ebenso gegen die demokratisch legitimierte Staatsgewalt, d.h. vor allem gegen die Polizei sowie gegen nichtfaschistische, aber politisch Andersdenkende richtete. Die typischen Aktionsmuster hierfür waren Kampfdemonstrationen, die häufig als Gegendemonstrationen fungierten, die Sprengung gegnerischer politischer Versammlungen, gelegentlich auch gewaltsame Übergriffe gegen einzelne sowie schließlich die paramilitärische Organisation. Dabei rechneten die Kommunisten mit der Gewalt, nahmen sie billigend in Kauf und förderten sie nicht selten; irgendeine Verantwortung für die Gewalt lehnten sie freilich ab. Mit den faschistischen Bewegungen und insbesondere mit NSDAP und SA erwuchs den Kommunisten indes ein Gegner, der analoge Kampfformen entwickelte und gegen sie selbst richtete. Damit schaukelten sich die Extreme hoch, und es konnte eine Spirale der Gewalt in Gang gesetzt werden bis hin zu einer latenten Bürgerkriegssituation. Dies geschah in Berlin während der Jahre 1929 bis Januar 1933. Eve Rosenhaft hat diese Zeit detailliert untersucht und die kommunistische Gewaltausübung dieser Zeit primär als antifaschistischen Verteidigungsreflex gegen den Vormarsch von NSDAP und SA in das »rote« Berlin interpretiert[35]. Trotz ihrer eindrücklichen Detailanalyse beruht die Studie doch auf einer zeitlich verengten Perspektive. Sie tendiert dazu, das autochthone antidemokratische Gewaltpotential der Kommunisten zu unterschätzen, und läuft daher Gefahr, der kommunistischen Selbstperzeption und Selbstdarstellung zu kritiklos zu folgen. Zumindest ebenso problematisch ist es allerdings, dem Nationalsozialismus und verwandten faschistischen Bewegungen im Sinne Ernst Noltes einen »rationalen Kern« zuzubilligen. Für den Fall Berlin hat dies kürzlich Christian Striefler getan, indem er die Rosenhaft'sche Interpretation gewissermaßen auf den Kopf gestellt hat und die Gewalt der SA als notwehrhafte Gegenreaktion gegen kommunistischen Terror interpretierte[36]. Demgegenüber muß die Kategorie der politischen »Rationalität« normativ gebunden bleiben an ein pluralistisches System, in dem Diskurs und Kritik möglich sind. Nationalsozialistischer Antikommunismus begründete noch keine »Rationalität«, nur weil es in anderem Zusammenhang »vernünftig« und nachvollziehbar gewesen sein mag, antikommunistisch zu sein. Allenfalls konnte es sich um Bestandteile einer ideologischen Rationalität handeln, die einem Teil der Bevölkerung aufgrund der Erfahrungen mit den Kommunisten als plausibel erschien[37]. Als angemessen erscheint vielmehr eine strikt totalitarismustheoretische Perspektive, die zwar die Interdependenz und partielle innere Verwandtschaft zwischen Kommunismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus aufweist, zugleich aber auch ihre feindliche Äquidistanz zur liberalen Demokratie betont.

Wenden wir uns nun aber den konkreten historischen Bedingungszusammenhängen zu, auf die der »wehrhafte« Antifaschismus in den beiden Metropolen jeweils traf. Wenn man die entsprechenden Kampfmittel der Kommunisten betrachtet, so ist unmittelbar einsichtig, daß es insbesondere um den Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol ging. Nun war in Preußen und seiner Hauptstadt Berlin seit der Novemberrevolution eine mehr oder minder durchgreifende Demokratisierung erfolgt[38]. In besonders markanter Weise zeigte sich dies bei denjenigen Funktionen, die die staatliche Autorität am unmittelbarsten repräsentierten; denn

sie waren nachgerade durch die Sozialdemokratie monopolisiert. In Preußen war der Innenminister während der gesamten Weimarer Republik, von einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1921 abgesehen[39], ein Sozialdemokrat. Das gleiche gilt für die Schlüsselposition des Berliner Polizeipräsidenten, der dem preußischen Innenminister direkt unterstand und bis 1932 ebenfalls von der SPD gestellt wurde. Für unsere Fragestellung heißt dies: Die von den Kommunisten a priori als feindlich definierte demokratische Staatsmacht begegnete ihnen in Berlin stets – angefangen beim Reichswehrminister Noske im Jahre 1919 – in Gestalt der Sozialdemokratie. Von Noske zu Severing, von Grzesinski zu Zörgiebel schien sich eine ungebrochene Kontinuität antikommunistischer Unterdrückung aufzutun; und sofern man die Prämissen der kommunistischen Faschismustheorie akzeptierte, gewann unter dieser Perspektive auch die »Sozialfaschismus«-These ein erhebliches Maß an erfahrungsgeschichtlicher Plausibilität.

Ganz anders lagen die Verhältnisse in Paris. Paris besaß keine wirkliche kommunale Selbstverwaltung und entbehrte als einzige französische Stadt eines gewählten Bürgermeisters. Vor dem Hintergrund der langen und unruhigen revolutionären Tradition seiner Hauptstadt hielt der französische Zentralstaat Paris unter quasi obrigkeitsstaatlicher Kuratel[40]. Die Exekutive lag bei dem Präfekten des Departements Seine sowie vor allem beim Pariser Polizeipräfekten. Beide Ämter wurden während der Zwischenkriegszeit durchgehend von Angehörigen der bürgerlichen Verwaltungselite besetzt und blieben für die Sozialisten unerreichbar. Wenn also der Pariser Polizeipräfekt bis Mitte der dreißiger Jahre eine autoritäre und scharf antikommunistische Linie verfolgte[41], so konnte man darin eine für die Pariser Region typische politisch-soziale Spannung wiederfinden. Es war die Spannung zwischen dem bürgerlich-mittelständischen Zentrum einerseits, und den an der Peripherie gelegenen Arbeitervierteln bzw. -vororten andererseits. Jean Chiappe etwa, der bedeutendste Polizeipräfekt der Zwischenkriegszeit, war der Held des bürgerlichen Paris; für die Linke freilich war er die »bête noire«, dies aber für die gesamte Linke, das heißt für Kommunisten, Sozialisten und Linksrepublikaner gleichermaßen[42]. Mithin akzentuierte in Paris die autoritär gehandhabte Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols gegen die »direkte« Aktion der Kommunisten die Kategorien des Klassenkampfes. In Berlin dagegen akzentuierte es die Spaltung der Arbeiterbewegung, die sich seit 1918 vor allem auch in den Kategorien von politischer Macht und Staatsgewalt äußerte.

Wie sich dies im einzelnen niederschlug, sei an einigen vergleichenden Perspektiven für die Zeit von 1924 bis 1929 demonstriert. Auf dem IX. Parteitag der KPD in Frankfurt im April 1924 übernahm die linke Fischer-Maslow-Gruppe die alleinige Parteiführung. Noch unter dem Eindruck der Oktoberniederlage stehend und gegen den Willen der Komintern, vollzog die KPD damit einen scharfen Linksruck[43]. Allerdings geschah dies zu einem Zeitpunkt, als sich die sozialökonomische und politische Situation gerade wieder zu stabilisieren begann. Wenn also auf der Grundlage des Frankfurter Parteitags ein, wie es Hermann Remmele formulierte, »revolutionärer Kleinkrieg« gegen den »Faschismus« angestrebt wurde[44], so traf

dies auf einen faktischen Rückgang »faschistischer« Organisationen. Zwar mochten sich die Kommunisten zunächst durch den sogenannten »Blutsonntag von Halle« bestätigt fühlen. Hier fand am 11. Mai 1924 eine Großkundgebung, ein »Deutscher Tag« der paramilitärischen Rechtsverbände (Stahlhelm, Werwolf etc.) statt. Kommunistische Gegendemonstranten wurden von der Polizei am Betreten der Stadt gehindert, und am Ende waren acht Tote und viele Verletzte zu beklagen[45]. Doch wenn auch für die Zukunft gefordert wurde, »überall, wo die Faschisten aufmarschieren, [...] dies gewaltsam [zu] verhindern«[46], so fehlte solcher Aktivität, zumal in Berlin, gewissermaßen der Gegenstand: Die einzig nennenswerte »faschistische« Gruppierung in der Hauptstadt, die als Sammelbecken fungierende »Nationalsozialistische Freiheitsbewegung«, erreichte bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 in Berlin gerade 2 % der Stimmen[47].

Nun zeigte sich, daß man die kommunistische These von der »Verteidigung« oder gar der »Notwehr« keinesfalls à la lettre nehmen darf. Zwischen 1925 und 1928, als es im »roten« Berlin eine »faschistische« Bedrohung durchaus nicht gab, verübten Angehörige von KPD, Rotfrontkämpferbund (RFB) und Rotem Jungsturm regelmäßige Aggressions- und Gewaltakte gegen politisch Andersdenkende vom Stahlhelm bis zum Reichsbanner, von der deutschnationalen Bismarck-Jugend bis zur SPD. Da die Veranstaltungen und Kundgebungen dieser Gruppierungen nicht zuletzt wegen kommunistischer Drohungen und Übergriffe verstärkten Polizeischutz benötigten, ergab sich eine klare Frontstellung zwischen Kommunisten und – sozialdemokratisch geführter – Polizeigewalt[48]. In Deutschland polarisierte mithin die »linke« Taktik der Jahre 1924/25 demokratische Kräfte wie Reichsbanner und SPD einerseits, und die kommunistische Bewegung andererseits.

In Berlin, wo die Parteilinke ihre Hochburg hatte, setzte sich diese Konstellation im Prinzip auch dann noch fort, als sich in Moskau ein Sieg der Stalin/Bucharin-Fraktion abzeichnete, die Fischer/Maslow-Gruppe von der KPD-Spitze abberufen wurde und Thälmann im Oktober 1925 ein neues Zentralkomitee bildete[49]. Immerhin konzentrierte sich der Kampf der Kommunisten allmählich stärker auf tatsächliche rechtsextreme und völkische Gruppierungen[50]. Als hauptsächlicher Vertreter des Faschismus in Deutschland wurde nun der Stahlhelm betrachtet, dessen Berliner Landesverband sich wieder und wieder bei der Polizei wegen kommunistischer Aggressionen beschwerte[51]. Und als der Stahlhelm am 7./8. Mai 1927 in Berlin einen »nationalen Tag« veranstaltete, fühlten sich die Berliner Kommunisten einmal mehr zur »Notwehr« gegen die »faschistischen Banden« ermächtigt[52]. Im Ergebnis bestand in den Wochen zuvor und während des Stahlhelmtags eine ungeheure Spannung in der Stadt. Einmal mehr oblag es der Berliner Polizei, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit auch für antidemokratische Kräfte zu schützen. Als es dabei zu Zusammenstößen kam, war dies aus kommunistischer Sicht freilich auf das Unwesen des »sozialdemokratischen Polizeipräsidenten« und seiner »faschistischen Polizeioffiziere« zurückzuführen[53]. In Berlin setzten sich mithin auch während des zentristischen Kurses, den die KPD

zwischen Herbst 1925 und Mitte 1928 unter Thälmann einschlug, die vertrauten Fronten fort: Für die KPD blieb die sozialdemokratisch beherrschte Staatsautorität mit den »Faschisten« verbündet.

Dies war auch die Situation, als Ende 1928 Komintern und KPD auf die »ultralinke« Taktik einschwenkten, für welche die »Sozialfaschismus«-These konstitutive Bedeutung besaß. Es wurde eingangs sowohl auf die Identifizierung des kapitalistischen Systems als Gewaltherrschaft als auch auf den sozialdemokratischen »Verrat« als unumstößliche Elemente der kommunistischen Identität hingewiesen. Versetzt man sich in diese freilich demokratiefeindliche und totalitäre Identität, so wird deutlich, daß die These vom »Sozialfaschismus« nunmehr exakt auf die Situation in Deutschland zugeschnitten zu sein schien. Unter der Regierung der Großen Koalition waren sämtliche die innere Sicherheit betreffenden Schlüsselpositionen durch Sozialdemokraten besetzt: Severing als Reichsinnenminister, Grzesinski als Preußischer Innenminister und Zörgiebel als Berliner Polizeipräsident. In dem Demonstrationsverbot Zörgiebels vom 13.12.1928 und den Vorfällen des »Blutmais« 1929 ließ sich unschwer die Bestätigung für die Richtigkeit der »Sozialfaschismus«-These erkennen. Allerdings ist es wichtig, sich die Chronologie vor Augen zu halten. Keinesfalls war der »Blutmai« der Ausgangspunkt für die Entfaltung der »Sozialfaschismus«-These. Allenfalls bildete er einen Katalysator, der die »Sozialfaschismus«-These plausibler machte und sie insbesondere gegen innerparteiliche Kritiker durchzusetzen half[54]. Überdies hatte die KPD schon seit Ende 1928 systematisch danach gestrebt, das Demonstrationsverbot in Berlin, in dem sie das logische Resultat des sich radikalisierenden »Sozialfaschismus« sah, gewaltsam zu durchbrechen[55].

In Frankreich und seiner Hauptstadt verlief nun die Entwicklung trotz analoger ideologischer Vorgaben sehr unterschiedlich. Als Reflex auf die innersowjetischen Diadochenkämpfe erfolgte 1923/24 auch im PCF ein deutlicher Linksruck, wobei die Pariser Region ähnlich wie der Berliner KPD-Bezirk eine Hochburg der Linken bildete[56]. Aber im Unterschied zur deutschen Entwicklung koinzidierte die 1924/25 angewandte »linke« Taktik der französischen Kommunisten mit einer sich gerade verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krise. Der von der linken Parteiführung um Albert Treint und Suzanne Girault propagierte »Antifaschismus« traf auf eine tatsächlich einsetzende »faschistische« Welle, von der bereits gesprochen wurde. Dabei ist es zweitrangig, wie man die umstrittene Frage beantwortet, ob man für den damaligen Zeitpunkt mit Fug und Recht von der Existenz eines französischen »Faschismus« sprechen kann. Entscheidend ist vielmehr, daß sich das antifaschistische Paradigma der französischen Kommunisten auf nationalistische und antiparlamentarische Bewegungen bezog, die nach dem Führerprinzip aufgebaut und zumindest in Ansätzen paramilitärisch organisiert waren. Wenn nun insbesondere im Großraum Paris die typischen antifaschistischen Aktionen begannen wie Demonstrationen, die gewaltsame Sprengung von Versammlungen und die Organisation paramilitärischer Verbände, so bedeutete dies wie in Berlin gewaltsame Konflikte mit politisch Andersdenkenden und mit der

Polizei sowie einen Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol[57]. Doch saßen an den Schalthebeln der inneren Sicherheit linksbürgerliche Minister und Angehörige der bürgerlichen Verwaltungselite. Sozialdemokratische bzw. sozialistische Kräfte, wie dies in Deutschland mit SPD und Reichsbanner der Fall war, wurden dagegen durch den kommunistischen Antifaschismus nicht direkt tangiert. Nach der Rückkehr der Rechten an die Regierung im Jahre 1926 und der darauf erfolgenden Stabilisierung des Franc ging der Einfluß der außerparlamentarischen Verbände erst einmal rapide zurück, und dementsprechend sank auch die Relevanz des antifaschistischen Paradigmas.

Desgleichen traf die von der Komintern vollzogene »ultralinke« Wendung im Jahre 1928 in Paris auf gänzlich andere Rahmenbedingungen als in Berlin. Von der Internationale gedrängt, versuchten zwar auch die Pariser Kommunisten, die Situation wie in Berlin zu radikalisieren, das in der französischen Hauptstadt traditionell bestehende Demonstrationsverbot zu durchbrechen und sich das Recht auf die Straße zu erkämpfen. Wie in Berlin sollten hierfür kommunistische »Kampftage« wie der 1. Mai 1929 und der 1. August 1929 das Signal geben[58]. Aber das Streben nach Radikalisierung durch direkte Aktion scheiterte in Paris mehr oder minder vollständig. Es scheiterte vor allem an der rücksichtslos durchgreifenden Reaktion des Staates. Unter dem konservativen Innenminister Tardieu kam es Mitte 1929 zu einer großangelegten Justiz- und Polizeiaktion, in deren Verlauf eine Vielzahl von Kommunisten verhaftet und die Partei für kurze Zeit quasi in die Illegalität gedrängt wurde[59].

Nun stand es für die französischen Kommunisten außer Frage, daß sich in dieser Methode eine Art »Regierungsfaschismus« (»fascisme gouvernemental«) niederschlug[60]. »Die Regierung der Nationalen Union greift auf die faschistischen Methoden zurück, die Mussolini teuer sind.«[61] Zwar wurden die Sozialisten und reformistischen Gewerkschaften von der kommunistischen Propaganda – ganz im Sinne der neuen Komintern-Linie – als integraler Bestandteil des kapitalistischen Regimes betrachtet. Sie waren »Organisatoren des imperialistischen Krieges«[62], die »Partei der Reaktionäre und Polizeispitzel«[63] und dergleichen mehr. Aber der Vorwurf des »Sozialfaschismus« traf sie nicht oder höchstens ganz vereinzelt, obwohl er doch zur offiziellen Doktrin der Komintern geworden war. Für die französischen Kommunisten blieb das entscheidende Kriterium für die Anwendung des »Sozialfaschismus«-Verdikts die – damals nicht bestehende – Regierungsbeteiligung der Sozialisten[64].

Kapitalistisches System als Gewaltherrschaft und sozialdemokratischer Verrat: Auf der regionalspezifischen erfahrungsgeschichtlichen Ebene koinzidierten in Berlin diese beiden Elemente der kommunistischen Identität aufgrund der relativ weit fortgeschrittenen Demokratisierung des Freistaats Preußen und seiner Hauptstadt. Ideologische Plausibilität fand diese Koinzidenz in der These vom »Sozialfaschismus«. In Paris hingegen bestand kein erfahrungsgeschichtlicher Zusammenhang zwischen den beiden Elementen, insbesondere weil es keine sozialistischen Innenminister und Polizeipräfekten gab[65].

Es überrascht daher nicht, daß man in Paris schon bald nach der Machtübernahme Hitlers gleichsam schüchterne Basisbewegungen beobachten kann, die auf eine gemeinsame »antifaschistische« Front der beiden Arbeiterparteien drängten. In Paris kam es gelegentlich – gleichsam an den »Graswurzeln« – zu gemeinsamen lokalen Initiativen zwischen Kommunisten und Sozialisten, um z.B. »faschistische« Vormärsche in Arbeiterwohnviertel gemeinsam zurückzuweisen[66]. Nach dem 6. Februar 1934, den nicht nur die Kommunisten als »faschistischen« Putschversuch interpretierten, wurde dieser Trend übermächtig. Noch unter der Ägide der ultralinken Komintern-Taktik kam es in Paris punktuell zur antifaschistischen Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien. Ausschlaggebend war dabei weniger der Wille der kommunistischen Parteiführung um Maurice Thorez, für die die ultralinke Taktik zunächst verbindlich blieb, sondern der Druck von der Basis[67]. Und so wie die Komintern maßgeblich aus den deutschen Erfahrungen schöpfte, als es um die ideologische Fundierung der »Dritten Periode« gegangen war[68], so lagen nun u.a. die französischen Erfahrungen an der Wurzel eines neuen taktischen Schwenks. Einem eher irritierten Maurice Thorez erklärte Dimitroff in Moskau, man müsse die »Einheitsfrontpolitik von den alten dogmatischen Schemata der Sinowjew-Zeit« befreien, indem man sie von oben, in der Mitte und von unten anwende. Auf diese Weise könne in Frankreich unter Beweis gestellt werden, daß die Kommunistische Partei zu einem effektiven Kampf in der Lage sei[69]. Auf der Parteikonferenz am 23. Juni 1934 in Ivry wurde der neue Kurs des PCF verkündet. Und der VII. Weltkongreß der Komintern im Juli 1935 sanktionierte eine Volksfronttaktik, die in Frankreich und seiner Hauptstadt bereits seit einem knappen Jahr praktiziert wurde. Zweifellos spielten bei dieser Entscheidung auch sowjetische außenpolitische Interessen eine wesentliche Rolle. Aber ohne das sich in Frankreich herausbildende antifaschistische Paradigma, das in einem breiten, auch viele Intellektuelle umfassenden Konsens wurzelte, wäre sie in dieser Weise nicht vorstellbar gewesen[70].

Mit der Volksfront im Zeichen des Antifaschismus hatte der PCF gewissermaßen sein kongeniales Paradigma gefunden. War die Partei durch die ultralinke Taktik der »Dritten Periode« in die völlige, nachgerade ghettohafte politische Isolierung getrieben worden, so erfuhr sie jetzt einen beispiellosen Aufschwung. Zwischen 1930 und 1932 war die Zahl der Mitglieder im Großraum Paris auf kümmerliche 5.–6.000 abgesunken. Nach dem 6. Februar 1934 stieg sie dagegen zunächst auf rund 14.000, bis 1937 dann auf 115.000 Mitglieder[71]. Und in den Volksfrontwahlen des Jahres 1936 wurde sie in der Pariser Region die stärkste Partei. Antifaschismus, Volksfront und nach 1940 die Résistance legten die Wurzeln dafür, daß der PCF in den ersten Wahlen der Vierten Republik auch auf nationaler Ebene zur stärksten Partei avancieren konnte.

Das den deutschen und insbesondere den Berliner Kommunisten kongeniale und durch Erfahrung scheinbar gesättigte Paradigma war dagegen aus den erwähnten Gründen die »Sozialfaschismus«-These. In ihrem Bemühen, das Gewaltmonopol des demokratischen Staates zu brechen, das sich über die gesamte Weimarer Republik erstreckte, trat den Berliner Kommunisten die staatliche Auto-

rität im Gewande der Sozialdemokratie entgegen. In bezug auf die antikommunistische Stoßrichtung der verschiedenen Verordnungen zur inneren Sicherheit und Ordnung, mit denen die Polizeipräsidenten und Innenminister der SPD gelegentlich die Versammlungs- und Pressefreiheit einschränkten, meinten die Kommunisten über den 30. Januar 1933 hinaus eine scheinbare Kontinuität erkennen zu können. Auch der totalitäre Maßnahmenstaat der Nazis argumentierte mit »Sicherheit und Ordnung«, wenn es um die Legitimation seiner Terrorherrschaft ging. Gleichsam spiegelbildlich erlagen die Kommunisten damit freilich dem gleichen Trugschluß wie viele bürgerliche Wähler der NSDAP: Mit der NSDAP hatte eben nicht eine quasi-bürgerliche Ordnungspartei die Macht ergriffen, sondern eine Bürgerkriegspartei, die nach der Vernichtung des Gegners trachtete. Doch insofern sie die Machtergreifung in den Kategorien einer (Schein-)Kontinuität interpretierten, waren die Kommunisten zunächst wie keine andere politische Gruppe zum Widerstand gegen das NS-Regime prädestiniert. Ihre langfristig-identitätsbedingte Auffassung, sich im Stande der Notwehr gegen eine permanente physische Bedrohung durch das System zu befinden, erfüllte sich nun tatsächlich in beispielloser Weise. Was Mentalität und Infrastruktur betrifft, befähigte dies die Kommunisten mehr als andere zur Arbeit in der Illegalität und zum Widerstand. Auch zwischen dem Kampf der KPD gegen den demokratischen Rechtsstaat, dem kommunistischen »Antifaschismus« und dem Widerstand gegen das NS-Regime bestand mithin eine spezifische Kontinuität.

— 1
Kritisch zum Begriff des »Antifaschismus« Günter Plum, Widerstand und Antifaschismus in der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 9 (1961), S. 50–65; sowie Herbert Ammon, Antifaschismus im Wandel? Historisch-kritische Anmerkungen zur Aktualität eines Begriffs, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main-Berlin 1990, S. 568–594. Insgesamt positiver, Elemente des Antifaschismus auch für die politische Kultur der gegenwärtigen Bundesrepublik einfordernd, Conrad Taler, Vertanes Erbe. Von der Deformation und der notwendigen Renaissance des Antifaschismus, in: Leviathan, 21 (1993), S. 254–271.

— 2
Einen allgemeinen Überblick bietet Jacques Droz, Histoire de l'antifascisme en Europe 1923–1939, Paris 1985.

— 3
Siehe insbesondere Theo Pirker (Hrsg.), Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Stuttgart 1965, dort die Einleitung des Herausgebers, S. 55 f. u. 61 ff.; Karl-Egon Lönne, Faschismus als Herausforderung. Die Auseinandersetzung der »Roten Fahne« und des »Vorwärts« mit dem italienischen Faschismus 1920–1933, Köln-Wien 1981, v.a. S. 107 ff. u. 130 ff.; Josef Spiegel, Die Faschismuskonzeption der KPD 1929–1933. Eine Untersuchung mit besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Presse, Münster 1986; Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, Stuttgart 1984, der den relativen Pluralismus der innerkommunistischen Faschismusdiskussion bis 1928 betont. Eine Diskussion neuerer Forschungsergebnisse sowohl westlicher als auch Autoren der damaligen DDR bietet der Tagungsband von Helga Grebing/Klaus Kinner (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, hier v.a. den Abschnitt II über »Kommunistische Faschismus-Interpretationen«, S. 59 ff.

— 4
Vgl. z.B. Heinz Karl/Erika Kücklich, Zum Kampf der KPD für die antifaschistische Einheitsfront im Bezirk Berlin-Brandenburg im Frühjahr 1932, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 5 (1963), S. 861–880, hier S. 861 u. 880; Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, hrsg. v. Heinz Karl und Erika Kücklich, Berlin (Ost) 1965, S. 14* u. 25*; Edgar Doehler, Zur Rolle des wehrhaften antifaschistischen Kampfes in der Politik der KPD (1929–1933), in: Militärgeschichte, 17 (1978), S. 534–541.

5
Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der Aufsatz von Kurt Finker, KPD und Antifaschismus 1929 bis 1934, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 41 (1993), S. 385–398. Finker kritisiert die »Sozialfaschismus«-These der KPD und sieht in dem »sektiererisch-ultralinken Antifaschismus-Konzept der KPD, das in der DDR-Geschichtsschreibung unzureichend analysiert und unkritisch bewertet wurde«, einen der Keime für den Zusammenbruch der DDR (S. 385). Allerdings erfolgt diese retrospektive Kritik ohne jeglichen Hinweis auf die bereits vorliegenden Forschungen zum Thema »Sozialfaschismus«. Neben den bereits in Anm. 3 genannten Arbeiten siehe v.a. die Beiträge von Siegfried Bahne, »Sozialfaschismus« in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History, 10 (1965), S. 211–245, und Hermann Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933, Düsseldorf 1982. Darüber hinaus ist auch Finkers Auffassung, die KPD habe die NSDAP entschiedener bekämpft als die SPD (S. 385 u. 395), im Lichte der neueren Forschung nicht haltbar. Vgl. insbesondere Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

6
Mancherlei Impulse für eine solche Historisierung haben in jüngerer Zeit auf je unterschiedliche Weise geliefert: Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933, Cambridge 1983; Conan Fischer, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991; Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993. Bei allen erheblichen Unterschieden im thematischen und methodischen Zugriff ist diesen Arbeiten gemeinsam, daß sie sich um ein vertieftes Verständnis der interdependenten Wechselbeziehungen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus bemühen.

7
Angesichts dessen, daß »Faschismus« und »Antifaschismus« auch in Frankreich prägende Leitmotive der Zwischenkriegszeit gewesen sind, ist es eigentlich überraschend, in wie geringem Maße sich die französische Geschichtswissenschaft, insbesondere ihre PCF-nahen Vertreter, dieses Themas angenommen hat. Für eine kursorische Darstellung siehe J. Droz (Anm. 2), S. 177ff., der sich aber zu Unrecht auf die dreißiger Jahre beschränkt.

8
Dies konstatiert auch Werner Bramke, Das Faschismusbild in der KPD Mitte 1929 bis Anfang 1933, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 28 (1986), S. 612–621, hier S. 615, der sich ansonsten um eine Differenzierung der Faschismusdebatte innerhalb der KPD bemüht.

9
Dies gilt es auch dann zu betonen, wenn man konstatiert, daß in der Komintern vor ihrer Stalinisierung noch ein gewisses Maß an Meinungsvielfalt bestand. Solchen relativen Pluralismus in der Faschismusanalyse durch die Komintern bis 1928 betont L. Luks (Anm. 3), v.a. S. 30f.

10
Vgl. dazu Bernd Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928, Berlin 1988, S. 189ff.

11
Zum Antifaschistentag siehe Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 390ff. Vgl. Ulrich Heß, Antifaschistische Strategie und Taktik der KPD (1922–1923), in: BzG, 24 (1982), S. 812–823, hier S. 821. Der Beitrag von Heß ist ein Beispiel für die oben erwähnte überproportionale Hervorhebung des Antifaschismus durch die SED-Geschichtsschreibung. Die von ihm genannte Teilnehmerzahl von 180.000 für Berlin ist zweifellos weit übertrieben; vgl. Bundesarchiv Koblenz, R 134 Nr. 21, Bl. 75, Bericht des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 6. 8. 1923, wo – abgesehen von Breslau, Sachsen und Thüringen – von einer eher schwachen Beteiligung gesprochen wird.

12
Auf die ausgedehnte Diskussion, ob man für das Frankreich der Zwischenkriegszeit zu Recht von einem signifikanten »Faschismus« sprechen könne, kann hier nicht eingegangen werden. Für die wichtigsten Positionen vgl. Robert Rémond, Les droites en France, Paris 1982, S. 195ff.; Zeev Sternhell, Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France, 2. Aufl. Brüssel 1987; Robert J. Soucy, French Fascism. The First Wave, 1924–1933, New Haven/Conn. u. London 1986. Für einen bemerkenswerten, funktionalistischen Forschungsansatz vgl. Klaus-Jürgen Müller, Protest – Modernisierung – Integration. Bemerkungen zum Problem faschistischer Phänomene in Frankreich 1924–1934, in: FRANCIA, 8 (1980), S. 465–524.

13
Zur Frage des »faschistischen« Charakters der Croix de Feu vgl. Robert J. Soucy, French Fascism and the Croix de Feu. A Dissenting Interpretation, in: Journal of Contemporary History, 26 (1991), S. 159–188, u. William D. Irvine, Fascism in France and the Strange Case of the Croix de Feu, in: Journal of Modern History, 63 (Juni 1991), S. 271–295.

14
Zum 6. Februar vgl. Serge Berstein, Le 6 février 1934, Paris 1975.

15
Vgl. Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20. Juni 1923, in: dies., Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin (Ost) 1960, S. 689–729, hier: S. 723 u. 726.

16
Ebenda, S. 727. Als erfolgreiches Beispiel für solche Selbstschutzorgane führte Clara Zetkin die proletarischen Hundertschaften in Deutschland an.

17
Zur Entstehungsgeschichte des Einheitsfrontkonzepts in ihrem russischen Kontext vgl. Alexander Watlin, Die Geburt der Einheitsfronttaktik: Die russische Dimension, in: ders., Die Komintern 1919–1929. Historische Studien, Mainz 1993, S. 45–72; für die Probleme seiner Umsetzung in der Anfangsphase vgl. W. Angress (Anm. 11), S. 258ff.

18
Zahlen bei Heidrun Homburg, Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt – Management – Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900–1939, Berlin 1991, S. 704.

19
Bei den männlichen Metallarbeitern lag sie bei 25–30%. Ebenda, S. 165.

20
Zur Betriebsrätebewegung materialreich: Arnold Reisberg, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, Berlin (Ost) 1971, S. 552ff.

21
Zur RGO vgl. Werner Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition« (RGO) in Deutschland 1928–1933, Köln 1988.

22
Die 1922 neu gegründete Pariser »Union des ouvriers des métaux« der reformistischen C.G.T. kam bis zur gewerkschaftlichen »Wiedervereinigung« im Jahre 1936 zu keinem Zeitpunkt über einige hundert Mitglieder hinaus.

23
Zur Spannung zwischen Syndikalismus und Kommunismus in den zwanziger und dreißiger Jahren vgl. Kathryn Amdur, La tradition révolutionnaire entre syndicalisme et communisme dans la France de l'entre-deux-guerres, in: Le Mouvement social, 139 (avril-juin 1987), S. 27–50.

24
Archives Nationales Paris (= AN)
F7 13277 (Dossier 3), Organisations syndicales (Région parisienne) [April 1922];
F7 13285, Organisations syndicales (Région parisienne) [1928];
F7 13295, Organisations syndicales (Région parisienne) [1933].

25
Umfangreiches Material hierzu in AN F7 13097 (Dossier Seine).

26
Vgl. U. Heß (Anm. 11), S. 816; L. Luks (Anm. 3), S. 61f. u. Werner Bramke, Die Bündnispolitik der KPD im Rahmen des antifaschistischen Massenkampfes in den Jahren der Weltwirtschaftskrise, in: BzG, 22 (1980), S. 669–685.

27
Siehe etwa Rote Fahne, Nr. 53, 4. 3. 1923; Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, Berlin 1923, S. 29. Zu den Lebensmittelunruhen während der Hyperinflation vgl. Robert Scholz, Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914–1923, in: Manfred Gailus (Hrsg.), Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1980), Berlin 1984, S. 79–124, hier S. 110f.

28
Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (= BrLHA) Rep. 30 Bln. C, Nr. 7534, Bl. 24 u. 26 (Polizeibericht vom 8. 4. 1927); ebd., Bl. 97f. (Polizeibericht vom 29. 4. 1927).

29
Umfängliches Material hierzu in BrLHA Rep. 30 Bln. C, Nr. 7538.

30
Zu den Einzelheiten Andreas Wirsching, Kleinbürger für den Klassenkampf? Theorie und Praxis kommunistischer Mittelstandspolitik in Frankreich 1924–1936, in: Horst Möller/Gérard Raulet/Andreas Wirsching (Hrsg.), Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen. Italien, Frankreich, Deutschland (Beihefte der Francia 29), Sigmaringen 1993, S. 95–116.

31
Vgl. C. Fischer (Anm. 6), S. 54ff. Allerdings überschätzt Fischer m.E. den Einfluß des Radek'schen Kalküls auf die taktische Ausrichtung der KPD. So stieß nach dem Zeugnis des damaligen Leiters des M-Apparates, Karl Retzlaw (= »Gröhl«), die Schlageter-Rede unter den mittleren KPD-Funktionären auf völliges Unverständnis und nachhaltige Ablehnung. Siehe Karl Retzlaw, Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1972, S. 257ff.

32
BrLHA Rep. 30 Bln C, Nr. 7534, Bl. 48, Instruktion für die Vorbereitung der Gegenwehr gegen den Stahlhelm-Aufmarsch in Berlin (März 1927).

33
Beispiele: Stiftung Archiv der Partei- und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Bestand Zentrales Parteiarchiv der SED (SAPMO/ZPA): I/3/1–2/34, Bl. 81 (Bericht von den Nazidiskussionen im UB Friedrichshain am 23. 9. 1932); ebenda, ZPA I 3/1–2/80, Bl. 34 (Bericht über die Frauenarbeit, 3. 7. 1931); C. Striefler (Anm. 6), S. 123. Als herausragendes Beispiel dieser Taktik, das gewissermaßen eine »totalitäre« Einheitsfront von unten gegen SPD und Gewerkschaften darstellte, könnte man auch den Berliner BVG-Streik vom November 1932 betrachten; vgl. auch ZPA I 4/6/15, Bl. 253 u. 256 (Streiknachrichten, 6. 11. 1932), u. Bl. 301 (Bericht über den Streik der BVG-Arbeiter). Vgl. zum Gesamtkomplex C. Fischer (Anm. 6), 179 f. u. 185.

34
Karl Liebknecht, Was will der Spartakusbund?, 23. 12. 1918, in: ders., Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin (Ost), S. 652.

35
E. Rosenhaft (Anm. 6).

36
C. Striefler (Anm. 6); der Begriff des rationalen Kerns, ebenda, S. 33.

37
Der Begriff der ideologischen Rationalität nach Hermann Lübbe, Terror. Über die ideologische Rationalität des Völkermords, in: Thomas Nipperdey/Anselm Doering-Manteuffel/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, Berlin 1993, S. 304–311.

38
Vgl. dazu Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985, S. 514 ff.

39
Die Ausnahme betraf den Demokraten Alexander Dominicus, der vom 21. 4. bis 7. 11. 1921 als Preußischer Minister des Innern amtierte.

40
Vgl. dazu Jean Tulard, Liberté ou tutelle de l'Etat? Le débat autour du statut actuel de Paris 1789–1889, in: L'administration de Paris (1789–1977). Actes du colloque tenu au Conseil d'Etat le 6 mai 1978, Genf 1979, S. 33–42.

41
Vgl. Georges Carrot, Le maintien de l'ordre en France, Bd. II, Toulouse 1984, S. 711 ff.

42
Vgl. zu Chiappe André Ulmann, Le quatrième pouvoir: Police, Paris 1935, S. 116 ff., u. Lucien Zimmer, Un septennat policier, Paris 1967, v.a. S. 24 ff.

43
Zum Frankfurter Parteitag vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt am Main 1969, S. 62 ff.

44
Rede des Genossen Freimuth (= Hermann Remmele) auf dem V. Weltkongreß der KI, Juni 1924, in: Protokoll des V. Weltkongresses der KI, Bd. II, Erlangen 1971, S. 768.

45
Heinrich A. Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin u.a. 1985, S. 455.

46
Rede des Genossen Freimuth (Anm. 44), S. 768.

47
Vgl. B. Kruppa (Anm. 10), S. 286 ff. über den Niedergang des Rechtsradikalismus in Berlin während der Jahre 1924–25.

48
BrLHA Rep. 30 Bln C, Nr. 7494, Bll. 422–423 (28. 1. 1925, SPD-Versammlung); ebenda, Bl. 168 (16. 3. 1925, Reichsbanner); Rep. 30 Bln C, Nr. 7564, Bl. 234 (22. 5. 1925, Polizei); ebenda, Bl. 213 (27. 5. 1925, Polizei); Rep. 30 Bln C, Nr. 7545, Bl. 19 (6. 7. 1925, Bismarck-Bund, Reichsbanner). Siehe den zusammenfassenden Polizeibericht vom 6. 2. 1926, in Rep. 30 Bln C., Nr. 7489, Bll. 160–161.

49
Vgl. H. Weber (Anm. 43), S. 120 ff.; ebenda, S. 128 ff. zu den Differenzen zwischen Parteizentrale und dem Berliner Bezirk im Gefolge des »Offenen Briefes« vom 1. 9. 1925.

50
Eine der Bedingungen, die der »rechte« Ernst Meyer für eine Zusammenarbeit mit dem »linken« Thälmann-ZK stellte, war bezeichnenderweise das Ende der Gleichstellung von Sozialdemokraten und Faschisten sowie ein Ende der Prügeleien zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Ebenda, S. 146.

51
BrLHA Rep. 30 Bln C, Nr. 7548, Bll. 31–33 (Schreiben des Landesverbandsführers von Stephani vom 7. 3. 1926); ebenda, Bll. 22–24 (Schreiben von Stephanis vom 8. 4. 1926); ebenda, Bll. 224–227 (Schreiben von Stephanis vom 15. 2. 1927).

52
Instruktion zur Organisierung der Gegenwehr und der Demonstration gegen den Stahlhelmaufmarsch am 7. und 8. Mai [1927], BrLHA Rep. 30 Bln C., Nr. 7534, Bl. 69.

53
Flugblatt des RFB: »Schmiedet die proletarische Kampffront gegen den Blutterror der Faschisten«, Abschrift in: BrLHA Rep. 30 Bln C., Nr. 7534, Bl. 34.

54
Vgl. dazu Thomas Kurz, »Blutmai«. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin-Bonn 1988, v.a. S. 140ff.

55
Auf dem Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg am 16./17. März 1929 forderte Wilhelm Pieck: »Es gilt den Kampf gegen den Spaltungskurs der reform. Gewerkschaftsführer zu führen, gegen den Zörgiebel-Erlaß das Recht auf die Straße zu erkämpfen, die Durchführung aller Demonstrationen, insbesondere der Demonstration am 1. Mai.« SAPMO/ZPA: I 3/1–2/8, Bl. 6. Vgl. GStA Merseburg Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 211, Bll. 163–165 (Polizeibericht vom 6. 4. 1929) u. 208–210 (Polizeibericht vom 25. 4. 1929); BrLHA Rep. 30, Bln. C, Nr. 7490, Bll. 53–54 (Polizeivermerk vom 10. 1. 1929); Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933, hrsg. von Hermann Weber, Düsseldorf 1981, S. 6ff. Zur begrifflichen und ideologischen Geschichte der »Sozialfaschismus«-These siehe S. Bahne (Anm. 5).

56
Vgl. dazu Robert Wohl, French Communism in the Making 1914–1924, Stanford/Calif. 1966, S. 355ff.; Philippe Robrieux, Histoire intérieure du Parti Communiste Français, Bd. I: 1920–1945, Paris 1980, S. 202ff.

57
Vgl. z.B. Archives de l'Institut des Recherches Marxistes Paris (AIRM) Nr. 106, PCF-Zirkular, 6. 1. 1925 (Anweisungen zur Sprengung von Versammlungen und zu Gegendemonstrationen); AN F7 13097, 10. 2. 1925, Polizeibericht. Der gravierendste Vorfall ereignete sich am 23. April 1925 im proletarisch geprägten 18. Arrondissement in Paris, als bei einer Versammlung der »Jeunesses Patriotes« durch kommunistische Parteimitglieder ein Hinterhalt gelegt wurde. Dabei wurden vier Mitglieder der »Jeunesses Patriotes« getötet.

58
Umfangreiches Material hierzu in AN F7 13286, 13287 u. 13301.

59
Vgl. Jean-Jacques Becker/Serge Berstein, Histoire de l'anticommunisme en France, Bd. I: 1917–1940, Paris 1987, S. 213f.

60
L'Humanité, 31. 7. 1929.

61
Appel de la Région Parisienne du Parti Communiste, in: L'Humanité, 29. 7. 1929.

62
»Organisateurs de la guerre impérialiste«, in: L'Humanité, 1. 7. 1929.

63
»Parti de réacteurs et de policiers«, in: ebenda, 17. 7. 1929.

64
Siehe den Abschnitt »Fascisme ou social-fascisme«, in: Projet de Thèses sur la situation nationale, Cahiers du Bolchevisme 1924, Nr. 6 (26. 12. 1924), S. 419: »La seule hésitation de la bourgeoisie dirigeante joue présentement entre l'option pour le fascisme ou le social-fascisme. Si ... les chefs socialistes et syndicalistes entrent dans le ministère Briand-Loucheur, la question sera sans doute résolue en faveur de la deuxième solution.«

65
Dies lag natürlich auch an der im Vergleich zur SPD noch viel stärker ausgeprägten »anti-partizipationistischen« Grundhaltung, die die Section Française de l'Internationale Ouvrière (S.F.I.O.) unter Léon Blum bis Mitte der dreißiger Jahre auszeichnete. Vgl. dazu Heinrich A. Winkler, Klassenkampf versus Koalition. Die französischen Sozialisten und die Politik der deutschen Sozialdemokraten 1928–1933, in: Geschichte und Gesellschaft, 17 (1991), S. 182–219.

66
Siehe z.B. AN F7 13131, 21. 4. 1933, 13. 5. 1933, 13. 7. 1933.

67
Die Frage der Einheitsfront »von oben« gab nun auch den Ausschlag für den offenen Konflikt zwischen Thorez und Doriot. Von hier datiert der endgültige Bruch Doriots mit dem PCF. Siehe Jean-Paul Brunet, Jacques Doriot. Du communisme au fascisme, Paris 1986, S. 145ff.

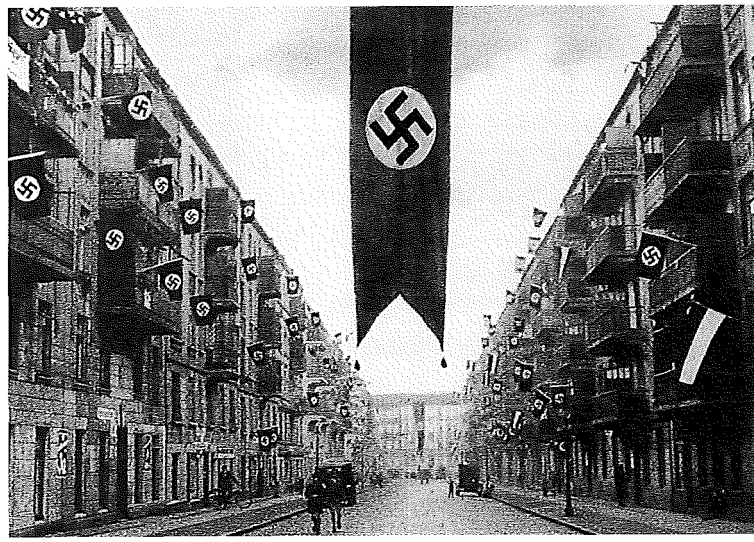
68
Vgl. dazu N. Kozlov/Eric D. Weitz, Reflections on the Origins of the ›Third Period‹: Bukharin, the Comintern, and the Political Economy of Weimar Germany, in: Journal of Contemporary History, 24 (1989), S. 387–410.

69
Zit. n. P. Robrieux (Anm. 56), S. 454. Vgl. L. Luks (Anm. 3), S. 175.

70
Vgl. Larry Ceplair, Under the Shadow of War. Fascism, Anti-Fascism, and Marxists, 1918–1939, New York 1987, S. 123ff.; Julian Jackson, The Popular Front in France defending democracy, 1934–1938, Cambridge 1988, S. 33ff.

71
Annie Kriegel, Structures d'organisation et mouvement des effectifs du Parti Communiste Français entre les deux guerres, in: International Review of Social History, 11 (1966), S. 335–361, hier S. 355ff.

Hamburg, Luruper Weg
Januar 1933 und März 1933



Klaus-Michael Mallmann

Konsistenz oder Zusammenbruch?

Profile des kommunistischen Widerstandes 1933–1945

Während etwa der Widerstand von Sozialdemokraten oder der von katholischen oder evangelischen Christen zu synoptischer Zusammenschau und typisierendem Vergleich einlädt – obwohl auch dort noch manche Lücke klafft –, kann beim kommunistischen Widerstand davon noch keine Rede sein. Diese Feststellung mag verwundern, band dessen Erforschung doch beträchtliche Kapazitäten in der ehemaligen DDR, füllen die Arbeiten über ihn auch aus der Bundesrepublik alten Zuschnitts etliche Regalmeter in den Bibliotheken. Eine Bilanz der bisherigen Forschung stößt jedoch auf ein Paradox: Nach der Zahl der Veröffentlichungen zu urteilen, gehört das Thema zu den am besten aufgearbeiteten Bereichen der NS-Zeit. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich das Wissen darum aber als höchst widersprüchlich und fragmentarisch, bestimmten unterschiedliche Blickverengungen in Ost und West die Erkenntnisgrenzen, wurden zentrale Fragen auf diesem Feld noch gar nicht gestellt bzw. unzureichend beantwortet[1]. Auf die Vorläufigkeit unseres Wissens will dieser Beitrag aufmerksam machen, vor allem aber dafür plädieren, die neue Quellenlage nach dem Zusammenbruch des Ostblocks zu nutzen und auf dieser Basis eine nötige Überprüfung und Revision bisheriger Ergebnisse anzugehen.

Blickverengungen und Erkenntnisgrenzen

Bereits über die Dimensionierung des kommunistischen Widerstandes – die Frage nach Umfang, Intensität und zeitlicher Dauer – herrscht keinerlei Einigkeit. Während die DDR-Historiographie die Vorstellung einer ungebrochenen organisatorischen Kontinuität, einer einheitlichen, zentralen Leitung und einer politischen Synchronität zwischen Illegalen im Land und dem Politbüro im Exil entwickelte[2], dominiert im Westen die Auffassung, daß das kommunistische Widerstandspotential nach drei Jahren Illegalität ausgeblutet, »die ›heroische Phase‹ des kommunistischen Widerstandes 1935 zu Ende gegangen war«; als Begründung dafür und gleichermaßen als Schlußfolgerung daraus dient die Mutmaßung, daß »die noch in Freiheit verbliebenen Anhänger nicht länger gewillt (waren), für ein unter den herrschenden Umständen als aussichtslos erkanntes Ziel ihr Leben zu riskieren«[3]. Sieht man davon ab, daß es wenig Sinn macht, damit ausgerechnet die Kriegsjahre, in denen die illegale Tätigkeit für die KPD fast automatisch die Todesstrafe nach sich zog, implizit als »unheroische Phase« des kommunistischen Widerstandes zu bezeichnen, liegen die Meinungen in dieser Frage himmelweit auseinander. Dennoch wäre es vorschnell, der DDR-Geschichtsschreibung hierin maßlose Übertreibung vorzuwerfen, und es wäre auch verfehlt, der bundesrepublikanischen Widerstandshistoriographie eine Nichtzurkenntnisnahme von Fakten vorzuhalten.

Denn – und dies macht das Problem so kompliziert – es gab die beiden genannten Prozesse – Erosion und Persistenz des kommunistischen Widerstandes – parallel zueinander und dies zudem auf demselben Terrain. »Es sei doch alles nutzlos, die Arbeiter seien unbelehrbar«, begründeten etwa Solinger Funktionäre 1935 ihren Austritt aus der illegalen KPD[4], und im Saargebiet vertraten Mitglieder damals die Meinung: »Für die doofen Proleten arbeite ich nicht mehr, alle Mühe ist doch vergebens«[5]. Gleichzeitig aber läßt sich – dazu später mehr – sowohl in Solingen als auch im Saargebiet bis 1945 ein kontinuierlicher kommunistischer Widerstand feststellen. Obwohl ein derartiges Nebeneinander längst nicht überall in dieser krassen Form nachweisbar ist, kennzeichnet es doch grosso modo die reale Gegenläufigkeit der Entwicklung: Die Zerschlagung und das Abbröckeln des kommunistischen Untergrundes waren begleitet von Rekonstruktionsversuchen und – wenigstens lokal und sublokal – einem gewissen Maß an Kontinuität, all dies allerdings in sehr verschiedenen Rhythmen, mit unterschiedlichen, sich verändernden Aktionsformen und erheblich differierenden Größenordnungen.

Genau hier setzt meine Kritik an, die die Widerstandsgeschichtsschreibung von DDR und Bundesrepublik gleichermaßen betrifft: Weder die Behauptung einer ungebrochenen Kontinuität kommunistischen Widerstandes noch die seiner Zerschlagung 1935 erfassen die Realität in angemessener Weise. Beide Thesen sind viel zu holzschnittartig, um der Komplexität der Vorgänge gerecht zu werden. Gegen beide lassen sich überdies empirische Gegenbeweise in Hülle und Fülle anführen, denn zweifellos gab es Städte, ja Regionen, wo der kommunistische Widerstand lange vor Kriegsbeginn ausgeblutet war, zweifellos aber auch solche, wo insbesondere nach der Kriegswende von Stalingrad und Kursk noch einmal eine beachtliche Reaktivierung gelang. In ihrer perspektivischen Verzeichnung und wechselseitigen Negativfixierung waren beide Thesen darüber hinaus – so scheint es – genuine Produkte der unterschiedlichen politischen Kultur in beiden deutschen Staaten: War die DDR-Historiographie geneigt, den kommunistischen Widerstand zum klandestinen Siegeszug aufzuwerten, so orientierte sich die westdeutsche Forschung allzu sehr an den Kamikaze-Aktionen der Anfangszeit, unterschätzte die kommunistische Lernfähigkeit und ihre erzwungene Anpassung an die konspirativen Bedingungen der Illegalität.

Die Gründe für diese Blickverengung allerdings waren sehr unterschiedlich und spiegelten die differierende Normierung der Geschichtsschreibung wider: Da Antifaschismus den wohl wichtigsten moralischen Nenner bildete, aus dem die SED ihre Herrschaftslegitimation bezog, waren die Interpretationsspielräume gerade hier eng abgesteckt, gehörte die Widerstandshistoriographie gewiß zu den ideologisiertesten Bereichen der DDR. In der alten Bundesrepublik hingegen entfielen zwar derartige Rücksichten, Scheuklappen aber resultierten gleichwohl aus der Quellennot, insbesondere aus dem Umgang mit ihr. Denn dort verfügte man fast nur über Akten aus Gestapo- oder Justizprovenienz, kaum jedoch über eine KPD-interne Überlieferung. Dadurch aber bekam man im allgemeinen nur den polizeilich aufgedeckten Widerstand zu Gesicht, fand nur das, was in Verhören zugegeben werden mußte. Statt diese quellenbedingte Beschränkung und die da-

durch verursachte Reduktion des Blicks auf den der Verfolgerinstanzen zu problematisieren, zu reflektieren, daß man so letztlich nur die Spitze des Eisberges sieht, daß man von einem beträchtlichen Dunkelfeld auszugehen hat, ohne diese verbleibende Restgröße jedoch jeweils bestimmen zu können[6], wurde diese Perspektivenverengung oft nachträglich aufgewertet.

Man unterstellte etwa eine »Allwissenheit der Gestapo«[7] und nahm deren Lageberichte gläubig und kritiklos für bare Münze[8]. Daß sie nur ein Ausschnittswissen präsentieren, daß sie ihren eigenen Projektionen aufsaßen, daß die einzelnen Stapo-Stellen unter Erfolgszwang standen, darum auch interessengesteuert gegenüber dem vorgesetzten Gestapa agierten und nach dem Motto »Alles unter Kontrolle« die eigene Effizienz grotesk überzeichneten, sich aber auch nicht scheuten, illegale Gruppen zu erfinden, wenn Stellenkürzungen ins Haus standen[9] – all das wurde in aller Regel übersehen. Damit aber unterstellte man dieser Quellengattung nicht nur einen überhöhten Wahrheitsgehalt, man übernahm auch die Polizeiperspektive des Hochverrats, reduzierte Widerstand auf Organisationsdiagramme und die Frage danach, wer ein Flugblatt in welcher Auflage gedruckt und welcher Kurier es zu welcher Anlaufstelle gebracht hatte. Man rekapitulierte so Beweismittel der Gestapo, hielt all das, was angesichts der vorliegenden Fakten nicht geleugnet werden konnte oder zur Ablenkung erfunden wurde[10], für die reine Wahrheit. Die sozialhistorische Dimension des kommunistischen Widerstandes aber – die Frage nach seiner Zusammensetzung, politischen Kultur und gesellschaftlichen Rezeption, nach seiner Milieueinbindung, -kohärenz und -erosion – blieb so notwendigermaßen außen vor.

An dieser Malaise, daß der Kenntnisstand der Gestapo im wesentlichen auch den der westdeutschen Historiographie bestimmte und begrenzte, hätten vor allem die im Zentralen Parteiarchiv der SED lagernden Akten aus KPD-Provenienz, aber auch die dort gesammelten Erinnerungen und Nachlässe kommunistischer Widerstandskämpfer etwas ändern können; der Zugang aber war Historikern aus der Bundesrepublik vor der Wende jedoch nur in Ausnahmefällen erlaubt und auch dies lediglich in einer für sie nicht kontrollierbaren Praxis, da keine Repertorien eingesehen werden durften. Auch Detlev Peukerts Studie über den kommunistischen Widerstand an Rhein und Ruhr – zweifellos die wichtigste westdeutsche Arbeit auf diesem Sektor – scheiterte an dieser Hürde. Obwohl er die parteiinterne Überlieferung bis 1935 lückenlos einsehen konnte, bekam er für die Zeit danach lediglich zwei inhaltlich recht marginale Aktenstücke der Abschnittsleitung West – I 2/3/329 über die Zelle Schiffahrt in Antwerpen und I 2/3/330 mit einigen Schriftwechseln der Abschnittsleitung 1938 – vorgelegt, der weitaus größere Rest blieb auch für ihn tabu[11].

Zusammenbruch 1935?

Angesichts dieser schmalen Materialbasis für die Phase zwischen »Brüsseler Konferenz« und Kriegsbeginn erscheint mir jedoch die eigentliche Pointe dieser Studie als fragwürdig. Denn seine in der Bundesrepublik meinungsbildende These, daß die 1935 beschlossene Einheitsfrontpolitik den kommunistischen Un-

tergrund destabilisiert habe, weil sie das Eingeständnis der Niederlage bedeutete und damit gewissermaßen den Himmel bisheriger Revolutionserwartungen einrollte, daß also gerade die Korrektur der bislang beflügelnden Illusion »zu einer schweren Vertrauenskrise und zur Weigerung vieler Kommunisten [führte], die nunmehr aussichtslos gewordene Arbeit fortzusetzen«[12], ist nicht nur empirisch viel zu wenig abgesichert, sie läßt sich auch durch etliche widersprechende Befunde in Frage stellen. Der Leipziger KJVD etwa wandte sich bereits Ende 1933 gegen die These von der SPD als soziale Hauptstütze[13], der KJVD im Ruhrgebiet plädierte zum selben Zeitpunkt dafür, die Niederlage einzugestehen und das Bündnis mit der SPD zu suchen[14]. Auch in der Dresdener KPD waren diese Fragen 1934 bereits abgehakt[15], und die Einheitsfrontabkommen in der Legalität des Saargebietes[16], in der Illegalität von Frankfurt, Mannheim und Dortmund[17] belegen, daß dies damals kaum mehr innerorganisatorischen Sprengstoff bildete.

Die Rezeption der »Brüsseler« Beschlüsse[18] fiel darum – soweit feststellbar – dominant positiv aus; lediglich die Taktik des »trojanischen Pferdes« – der Eintritt in NS-Organisationen, um dort subversiv zu wirken – stieß allenthalben auf Vorbehalte und Ablehnung. In Berlin etwa wirkte die neue Taktik wie »eine Offenbarung, wie das erlösende Wort«; die »Schwierigkeiten, daß unsere Freunde eine Doppelrolle spielen« müßten, wurden jedoch betont[19]. Auch im Saargebiet, in Hof und in Oberschlesien, wo spezielle Schulungen über die neue Linie jenseits der Grenze durchgeführt wurden, begrüßten die Illegalen die Beschlüsse; »die anwesenden Freunde freuten sich und gaben [zum] Ausdruck, daß sie sich jetzt wieder viel enger an die P.[artei] gebunden fühlen«, berichtete etwa die KPD-Abschnittsleitung in Forbach[20]. Zwiespältig war hingegen die Reaktion in Württemberg: »Während wir bei den jüngeren Freunden allgemein Zustimmung finden, haben wir bei den älteren zwar keinen direkten Widerstand, aber Hemmungen«, heißt es in einem Instrukteursbericht. »Sie sagen, man müsse sich darauf beschränken, den Kader zusammenzuhalten und politisch zu schulen. Bei einer aufkommenden rev.[olutionären] Gärung wäre dann die politische Führung vorhanden. Eine Massenpolitik könne jetzt nicht gemacht werden, das koste nur unnütze Opfer«.[21] Auch dort kam es also nicht zu den behaupteten Krisensymptomen, lediglich eine attentistischere Verhaltensweise wurde eingefordert. Abgelehnt wurden die »Brüsseler« Beschlüsse – nach bisherigem Wissen – lediglich in Darmstadt, wo die Gestapo »Meinungsverschiedenheiten über die augenblicklich auf Befehl der Parteileitung eingeschlagene Taktik« feststellte: »Zum größten Teil werden die Einheitsfrontbestrebungen abgelehnt. Man erblickt hierin ein Nachgeben gegenüber der Zweiten Internationale, der man Verrat an der Arbeiterschaft, insbesondere in Deutschland vorwirft«[22]. Repräsentativ war diese Position jedoch – wie gezeigt – keineswegs.

Abgesehen von der eher schmalen Materialbasis für die Zeit nach 1935 und den dargelegten Gegenbeispielen spricht gegen Peukerts einflußreiche These, wonach »die KPD zwischen Herbst 1934 und Frühjahr 1935 in den meisten Bezirken endgültig zerbrach«, daß zur »Brüsseler Konferenz« nur »Generale ohne Armee« zusammenkamen[23], auch die Bildung neuer illegaler Organisationen im Bezirks-,

Unterbezirks- und Lokalmaßstab selbst nach dieser angeblichen Zäsur. Derartige Reorganisationen sind etwa belegbar für Solingen seit Februar 1935 um Willi Dickhut, Rudi Leupold und Willi Lohbach[24], für Harburg-Wilhelmsburg im selben Jahr um Felix Plewa[25], für Hessen-Waldeck um Willi Walberg[26], für Köln um Otto Kropp[27], für Dortmund um Heinz Junge[28] – in allen drei Fällen seit Herbst 1935 –, für Königsberg seit Anfang 1936[29], für Mannheim um Georg Lechleiter[30], für Darmstadt um Georg Fröba[31] – in beiden Fällen seit 1936 –, für Berlin um Robert Uhrig und Franz Mett[32], für Oberhausen um Fritz Kamleiter[33] – in beiden Fällen seit 1937 –, für Jena um Magnus Poser seit Herbst 1937[34], für Stettin um Walter Empacher und Werner Krause[35], für Chemnitz um Albert Hähnel und Ernst Enge[36] – in beiden Fällen seit 1938 –, für Frankfurt und Wiesbaden um Adam Leis und Otto Häuslein[37], für Bielefeld um Otto Giesselmann[38], für Köln um Otto Richter und Engelbert Brinkner[39], für Halle um Otto Schlag[40], für Suhl um Fritz Köhler[41], für München um Wilhelm Olschewski[42] – in allen sechs Fällen seit 1939. Eindeutig falsifiziert wird Peukerts These auch im Saargebiet, wo sich trotz zweijähriger nationalsozialistischer Herrschaft, trotz der verheerenden Niederlage beim Plebiszit am 13. Januar 1935 und trotz der kommunistischen Massenemigration danach ein breitgefächerter Widerstand der verbliebenen KPD-Mitglieder feststellen läßt[43].

Die unterschiedliche Regenerationsfähigkeit

Mit diesen Feststellungen ist – um nicht falsch verstanden zu werden – keine Huldigung der DDR-These von der ungebrochenen Kontinuität verbunden. Was sich – wie annotiert – da seit 1935 sammelte, war nicht mehr die Massenillegalität der Jahre 1933/34, wohl aber ein quantitativ zwar erheblich geschrumpfter, jedoch oft über mehrere Jahre bis tief in den Krieg hinein konsistenter und konspirativ weit besser als bisher abgesicherter kommunistischer Widerstand, der realitätsgerechter geworden war und mit längerem Atem operierte. In das Prokrustesbett der vorgeblichen Zäsur 1935 paßt er nicht hinein. Peukerts These ist hier – so scheint es – allzu sehr der Gestapo-Perspektive verhaftet, etwa der Hoffnung der Stapo-Stelle Düsseldorf, daß »bei dem noch vorhandenen kommunistischen Anhang nur wenig Neigung besteht, sich illegal zu betätigen«[44], oder dem Glauben der Stapo-Stelle Kiel, daß es »z.Zt. um eine Kraftprobe [geht], in der aber zweifellos der illegale Apparat unterliegen muß, weil der dauernde Zugriff der politischen Polizei in absehbarer Zeit zu einem fühlbaren Mangel an Funktionären führen muß«[45]. Allerdings mußte die Gestapo allzu oft erleben, daß sie mit derart optimistischen Prognosen gehörig daneben griff: Hatte etwa die Bremer Stapo-Stelle noch im Mai 1935 stolz die Festnahme der »letzten« KPD-Stadtteilleitung gemeldet, so mußte sie im September eingestehen, daß die KPD in Bremen »zur Zeit die stärkste illegale Bewegung« sei, die durch eine geschicktere Taktik und vorsichtigeres Vorgehen eine »höhere Stufe der Illegalität« erreicht habe[46].

In welchem Maße diese Reorganisation gelang, inwieweit die Verbindung mit den im benachbarten Ausland eingerichteten Abschnittsleitungen erhalten blieb oder neu geknüpft werden konnte, ist beim derzeitigen Stand der Forschung noch nicht völlig zu überblicken. Hermann Nuding, der neue Abwehrchef der KPD,

berichtete etwa, daß Ende 1935 Kontakte zu Parteigruppen in Berlin, München und in den Ostprovinzen, zu einzelnen Funktionären in Hamburg, Leipzig, Breslau, Oberschlesien, Baden, Frankfurt und Westdeutschland existierten[47]. Das war wenig im Vergleich zu den Jahren zuvor, aber dennoch kein Kollaps der illegalen Partei. »Nach all dem, was ich aus den Berichten über die Lage im Lande entnehme«, befand Pieck Anfang 1937, »scheint es mir, als ob wir mit unserer Parteiarbeit im Lande ziemlich stagnieren«[48]. Beides deutet darauf hin, daß der kommunistische Widerstand auf der Stelle trat, nicht vorwärts kam, keineswegs aber zusammengebrochen war. Genauer wird man dies aber erst dann beurteilen können, wenn die Überlieferung des Politbüros der KPD, seiner Abteilungen und Kommissionen, insbesondere aber die seiner Abschnittsleitungen[49], aufgearbeitet ist, die auch in der DDR nur einer kleinen, handverlesenen Nomenklatura von Historikern zugänglich war und insgesamt als noch kaum erschlossen bezeichnet werden muß.

Die Aggregatzustände im kommunistischen Spektrum waren – so scheint es – keineswegs stabil, konnten den Charakter ihres Zusammenhalts, die Art ihrer Aktivität durchaus wieder ändern. Symptomatisch dafür erscheint ein Bericht des Bezirks Nordbaden-Pfalz vom April 1936: »Sie ziehen es vor«, heißt es da über die Mitglieder, »locker zusammenzuhalten, den Moskauer und Straßburger Sender zu hören und darüber zu diskutieren, im engen Kreis Vertrauter am Rhein oder beim Skat zusammenzukommen und zu – warten«[50]. Dieser den sozialdemokratischen Traditionskompanien recht ähnliche Attentismus aber mußte keineswegs ein Dauerzustand bleiben. Gerade in diesem Fall dürften sich zumindest einige der hier Beschriebenen im folgenden Jahr der Lechleiter-Gruppe angeschlossen haben. Und es gab stets auch die Aktionen kommunistischer Einzelgänger und Kleinstgruppen, die sich mit ihren spezifischen Mitteln gegen das NS-Regime wandten: Etwa die beiden Münchener Kommunisten Robert Eisinger und Emil Meier, die 1943/44 22 Flugblätter verfaßten, herstellten und verteilten[51], oder die tödlich endende Besetzung des Dachauer Rathauses am 28. April 1945, einen Tag vor Ankunft der Amerikaner[52].

Gleichwohl wurden die Chancen solcher kollektiver Abwartehaltungen lokal/regional sehr unterschiedlich genutzt. Betrachtet man einzelne Städte, dann bildete Berlin gewiß eine Ausnahme aufgrund seiner Größe und der Zahl der dort organisierten Kommunisten. Auch bei den Massenverhaftungen 1936 wurden dort zwei Gebietsorganisationen völlig verschont und bildeten den Grundstock der neuen Organisation um Uhrig, John Sieg und Wilhelm Guddorf[53]. Die Festnahmewelle gegen diese Gruppe 1942 dünnte deren Bestand zwar erheblich aus, dennoch gelang Anton Saefkow und Franz Jacob erneut eine Zusammenfassung auf beträchtlichem Niveau[54], und selbst nach dem Schlag gegen diese Gruppe im Sommer 1944 blieben Organisationsteile erhalten, die den Widerstand bis 1945 fortsetzten[55]. Ähnliche Reorganisationen glückten auch in Dresden[56] und Leipzig[57], obwohl etwa der westsächsische Bezirk 1935 derart zerstört war, daß er nicht einmal einen Delegierten zur »Brüsseler Konferenz« entsenden konnte. Eine Rekonsolidierung auf Bezirksebene gelang im Krieg in Thüringen[58], Westsachsen[59]

und Magdeburg[60], eine in der Dimension der Großstadt zudem in Hamburg[61] und Köln[62]. Eine sich bis 1945 erstreckende illegale Organisation ist für Teile des Saargebietes und von Oberschlesien[63], für Jena[64], Leipzig[65], Solingen[66], Dortmund[67], Hennigsdorf, Nowawes (= Babelsberg)[68], Eisleben, Halle und das Geiseltal[69] belegbar. Eine Sammlung kommunistischer Restkader in der Phase vor Kriegsende kann für Braunschweig[70], Bremen[71], Stuttgart[72], Greifswald, Rostock[73], München[74], Breslau[75] und Lübeck[76] festgestellt werden[77]. Daß der Instrukteursgruppe um das ZK-Mitglied Wilhelm Knöchel 1942/43 wieder eine beachtliche Vernetzung zwischen den verbliebenen Gruppen glückte[78], daß Saefkow und Jacob im November 1943 wieder die Konstituierung einer KPD-Reichsleitung aus den maßgebenden Funktionären von Berlin-Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Magdeburg gelang[79], belegt überdies die Reorganisationsfähigkeit selbst auf Spitzenebene.

Veränderungen des Generations- und Sozialprofils

Kaum irgendwo handelte es sich dabei jedoch um einen aus neuen Kräften rekrutierten Widerstand, sondern in aller Regel um alte Funktionäre, die meist bereits Konzentrationslager oder Zuchthaus kennengelernt hatten. Eine generationelle Stafettenübergabe gelang nicht, obwohl es auch dabei Gegenbeispiele zu beachten gilt: Hanno Günther etwa, der Kopf der Berliner »Rütli-Gruppe«, war 1921 geboren[80], einzelne Mitglieder der »Roten Kapelle« – wie etwa Liane Berkowitz – erst gar 1923[81]. Grosso modo aber sammelte sich – zugespitzt formuliert – das letzte Aufgebot der alten Garde. Die Köpfe des Leipziger Widerstandes wie etwa Georg Schumann, William Zipperer und Alfred Kästner hatten bereits 1919 zu den maßgeblichen Gründungsmitgliedern der lokalen KPD gehört[82]. Dasselbe galt für Georg Lechleiter, der jahrelang KPD-Fraktionsvorsitzender im Badischen Landtag gewesen war. Philipp Brunnemer wiederum, der Älteste der mit ihm 1942 hingerichteten Mannheimer, war der SPD bereits 1890 beigetreten, bei seinem Tode also mehr als ein halbes Jahrhundert in der Arbeiterbewegung aktiv[83]. Aber auch wer biologisch längst nicht so alt war, wies oft ein erhebliches Parteialter auf; Uhrig etwa war zwar erst 1903 geboren, aber bereits seit 1920 KPD-Mitglied[84].

In vielerlei Hinsicht scheint sich das Sozialprofil des kommunistischen Widerstandes in der unmittelbaren Vorkriegszeit und im Weltkrieg damit von jenem der Massenillegalität der Jahre 1933/1934 unterschieden zu haben, das Peukert idealtypisch modelliert hat[85]: Es waren nicht mehr jene jungen Erwerbslosen, die während der Weltwirtschaftskrise der KPD beigetreten waren, auf die baldige Revolution setzten und von der »Naherwartung des Zusammenbruchs« beflügelt wurden[86]. Die Illegalen der Jahre nach 1935 waren älter, standen (wieder) im Betrieb, brachten vor allem in aller Regel eine erheblich intensivere Sozialisation in der Arbeiterbewegung mit[87]. Diesem breiteren Traditionssockel entsprach ein längerer Atem, eine Motivation, die sich nicht aus der Hoffnung auf den unmittelbar bevorstehenden Umsturz speiste; denn sie beteiligten sich am Widerstand, obwohl das Risiko größer geworden war und sich nicht mehr durch Illusionen schönreden ließ, obwohl die Niederlage von 1933 kenntlich, das Ziel in weite Ferne gerückt war.

Die Exponenten dieser Intransigenz kamen in hohem Maße aus jenen lokalen Kernen der links-proletarischen Milieus, die den unteren Funktionärskader gebildet, die Betriebsräte, Gemeindevertreter und Stadtverordneten gestellt, die Aktivitäten der Arbeitervereine gesteuert und trotz aller Fluktuation für eine Kontinuität der örtlichen KPD gesorgt hatten[88]. Vor allem aber war in aller Regel nur dort – wenn auch nicht längst in allen Fällen – die gesamte Familie in das Netzwerk der Arbeiterbewegung einbezogen worden, war die Ehe häufig politisch homogen[89], hatten sich Politik, Weltanschauung und Verwandtschaftszusammenhang dort miteinander verwoben, zu zwei- oder gar dreigenerationellen und oft miteinander verschwägerten Clanbildungen geführt und so seit 1933 den Verlust an institutionellen Sicherungen durch eine Privatisierung von Milieubeziehungen kompensiert. Nur dort – so läßt sich als Faustregel formulieren –, wo Kommunismus in gewisser Weise auch Familientradition verkörperte, erwies er sich über die zwölf braunen Jahre hinweg als überlebens- und tradierfähig[90]; eine Feststellung wie »Die Familie war insgesamt in der Partei«, mit der ein Leipziger KJVD-Mitglied seine illegalen Aktivitäten begründete[91], demonstriert diesen Zusammenhang.

Milieueinbindung und Eigen-Sinn

Diese Einbindung in gewachsene Milieukontexte war eine zentrale Prämisse des kommunistischen Widerstandes, sie sorgte aber auch – ebenso wie bereits in der Weimarer Republik[92] – dafür, daß die parteiamtlich beschlossene »Generallinie« – sofern sie überhaupt zur Kenntnis gelangte – nicht quasi pur praktiziert, sondern durch lokalgesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Rücksichtnahmen, milieuspezifische Kriterien von Ehre und Ansehen, persönliche Beziehungen und Freundschaften gefiltert wurde. Gerade in der Illegalität entschieden die Mitglieder an der Basis völlig autonom, ging ihre Praxis nicht im permanenten Vollzug irgendwelcher Direktiven auf. Das Denkmodell der »Stalinisierung«[93] – ein lediglich negativ gewertetes kommunistisches Selbstbild, eine Umstülpung jenes KPD-internen Images der zentral angeleiteten Partei, das auch von der DDR-Historiographie jahrzehntelang gefeiert wurde – versagt darum unter diesen Bedingungen erst recht.

Gerade in der Illegalität konnte von einer monolithischen Partei keine Rede sein. Tendenzen des »Abwartens« und der »Passivität«, die Haltung, daß Hitler erst »abwirtschaften« solle, daß man durch Massenarbeit zum jetzigen Zeitpunkt lediglich »die besten Genossen [gefährde]«, zeigten sich 1933 allerorten, insbesondere im Ruhrgebiet und in Berlin[94]. Am 6. Juli sah sich das ZK sogar zu einem Rundbrief an alle Parteileitungen veranlaßt: »Der Rückzug muß jetzt beendet werden!«, lautete seine zentrale Weisung; »wer hier herummeckert, wer hier auf die Partei und ihre Führung schimpft, wer hier Zersetzungsgerüchte verbreitet«, habe mit dem Ausschluß zu rechnen[95]. Viele der Kritiker dürften damals ausgeschieden sein; aber auch wer in der KPD blieb, erwies sich deswegen noch lange nicht als gehorsamer Parteisoldat. Denn man wußte bald schon, daß ZK-Ratschläge wie »Konspirativ gegenüber dem Gegner, offen gegenüber unserer Klasse«[96] verhee-

rende Folgen hatten. Befohlene Aktionen, die als zu riskant erschienen – etwa Kurzdemonstrationen am 1. Mai –, wurden deshalb verweigert[97]. Kontakte zu übergeordneten Leitungen brach man – um nicht »von oben« her aufgerollt zu werden – ab, falls man dort Fahrlässigkeit bei der Absicherung der illegalen Verbindungen beobachtete[98]. Die Kasernenhofmentalität der Instrukteure – er habe die Genossen »auf Vordermann« gebracht, manchem habe er buchstäblich »das Laufen beibringen müssen«, rühmte sich auch später noch einer aus dem Ruhrgebiet[99] – dürfte daran wenig geändert haben. Im Gegenteil: sie führte dazu, daß Emissäre der Parteileitung mißtrauisch empfangen wurden. Das »Vertrauen zur Partei« sei »sehr schlecht«, berichtete etwa 1938 ein Instrukteur aus Frankfurt; »selbst mich nahmen die Freunde bei der Einführung nur mit Vorbehalt im Vertrauen auf. Verschiedene Freunde erklärten, ich will erst mal sehen, was Du alles willst«[100].

Nicht nur wegen der Weltferne seiner Direktiven büßte das ZK bereits früh seinen Nimbus ein. Es sah sich an der Basis auch mit dem Vorwurf der Flucht ins sichere Ausland konfrontiert: »Offen wurde ausgesprochen, daß das ZK in jeder Beziehung versagt habe«, heißt es in einem V-Mann-Bericht über die erweiterte ZK-Sitzung am 3. Februar 1934; »das ZK sei davongelaufen und habe die Bezirke im Stich gelassen«[101]. Auch mit Kritik hielt man keineswegs hinterm Berg. Gustav Regler etwa schilderte in seiner Autobiographie einen Illegalen, der bei einer Sitzung in Saarbrücken 1934 den Funktionären ihre Broschüren vor die Füße warf: »›Wir haben das monatelang verteilt‹, sagte er mit einer fast genießerischen Verachtung, ›wir haben euch manches nachgesehen, aber nun wird es zuviel. Wen wollt ihr denn damit treffen?‹ Er deutete mit dem Schuh auf das geschmähte Druckheftchen, und mit apodiktischer Festigkeit schloß er: ›Für das Geseiche legt keiner von uns den Kopf auf den Block!‹«[102]. Peukerts These, daß die kommunistische Politik vor der »Brüsseler Konferenz« »gerade in ihren illusionären Elementen eine starke Integrationskraft und Mobilisierungsfähigkeit gegenüber den Funktionären, Mitgliedern und Anhängern der KPD [besaß]«[103], unterschätzt darum den Wirklichkeitssinn der Parteibasis. Gerade weil es um das eigene Leben ging, war der Gehorsam gegenüber »Parteibefehlen« keine Selbstverständlichkeit, benutzte man in der Umsetzung der Politik stets auch den eigenen Kopf.

Eigengesetzlichkeiten der Basis kamen stets auch in der Frage zum Ausdruck, wer »dazugehörte«, wen man in die illegalen Aktivitäten einbezog. »In Flensburg hat ein Mann die Leitung, der Ende 1932 ausgeschlossen wurde«, mußten Wehner und Merker 1935 konsterniert feststellen[104], und auch der »Grundsatz«, daß »für Trotzkisten und Brandlerianer in den Reihen der KPD kein Platz ist«[105], wurde in der Illegalität vielerorts »vergessen«. »Unter der Flagge des ›Sammelns der Kräfte des Kommunismus‹ und der Ausnutzung der ›Erfahrungen der alten Revolutionäre‹«[106] begrub man die durch Hitlers Machteinsetzung hinfällig gewordenen Streitigkeiten, entstand eine »Stimmung, daß in der jetzigen Situation alle ›Kommunisten‹ zusammengehören«[107]. Gegen derartige Fusionen, die an der Basis ja nichts anderes waren als die Wiederaufnahme einer kurzzeitig unterbrochenen Beziehung, war die Führung ebenso machtlos wie gegen den allerorten

feststellbaren Verstoß gegen das parteiamtlich sanktionierte Gebot, entlassene Häftlinge nicht wieder in die illegale Organisation einzugliedern, da jeder Verhaftete einen potentiellen Unsicherheitsfaktor darstellte[108].

»Das ungeheure Vertrauen zu freundschaftlichen Verbindungen, die man oft höher als richtige Parteibeschlüsse stellte« – so eine Feststellung über Hamburg 1936[109] – führte auch dazu, daß sich Parteigruppen spalteten, weil sich ein Teil weigerte, einen in Spitzelverdacht geratenen Funktionär auf Weisung der übergeordneten Leitung »abzuhängen«[110]. Paranoia und Urvertrauen bildeten gerade in dieser Frage extreme Pole, und weder die Basis noch die Leitungsebenen besaßen dafür einen geeigneten Kompaß. Während die Führung nach 1935 – gerade unter dem Eindruck der Moskauer Prozesse, aber auch unter dem des forcierten Gestapo-Einbruchs in die eigenen Reihen[111] – überall Agenten am Werk sah, setzten die Mitglieder auf die gewachsenen Bindungen. Dieser wechselseitige Bonus barg jedoch stets auch ein Trägheitsmoment, ein Defizit an Vorsicht und Konspiration, den Hang zur Beibehaltung alter Kommunikationsstrukturen und eingebürgerter Umgangsformen. Im Saargebiet – und nicht nur dort – hielt man regelrechte Versammlungen in den ehemaligen Parteilokalen ab, ähnelten Besuche bei der Abschnittsleitung im lothringischen Forbach geradezu Gruppenausflügen, unterliefen Freundschaften und Amouren die konspirativen Bedingungen der Illegalität[112].

Milieutraditionen prägten jedoch nicht nur die Binnenstruktur des kommunistischen Widerstandes, sie bestimmten auch dessen Außenbeziehungen. Die von der »Brüsseler Konferenz« beschlossene Volksfront mit den Katholiken beispielsweise dürfte papierene Programmatik geblieben sein, da sie von der illegalen Partei schlichtweg ignoriert wurde. »Unsere Funktionäre fürchten ein Anwachsen der Macht der Geistlichkeit, die angeblich unserer Partei später gefährlich werden könnte«, stellte Ulbricht etwa als durchgängige Haltung im katholischen Westen fest[113]. Blieben hierin trotz Hitler die gewachsenen Konfrontationslinien lebendig, so zeigten sich andererseits traditionelle Affinitäten in der massenhaften Ablehnung der Taktik des »trojanischen Pferdes«[114]. Denn in aller Regel wurde nicht etwa die Praktikabilität in Frage gestellt, sondern der potentielle Gesichtsverlust im vertrauten Umfeld ins Feld geführt; insbesondere vor den sozialdemokratischen Kollegen und Nachbarn wollte man nicht als »Überläufer« oder »Kapitulant« dastehen[115].

Zwischen Realitätssinn und Existenzbeweis

Wie der Grundwiderspruch illegaler Arbeit gegen das Regime – der zwischen aufklärerischer Außenwirkung und Erhaltung der Organisation – unter diesen Bedingungen gelöst wurde, konnte dennoch sehr verschieden beantwortet werden, wie zwei zeitgleiche Beispiele aus zwei ehemaligen KPD-Unterbezirken in Berlin verdeutlichen: In Weißensee im Nordosten, wo die organisierte Illegalität bis Anfang 1936 zerschlagen worden war, bildete sich 1938 eine Art Traditionskompanie aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Fichte-Sportlern auf Nachbarschaftsbasis. Man hörte Auslandssender, diskutierte über die Lage, organisierte

Jugendweihen, Aktivitäten nach außen aber unterließ man tunlichst: »Lange Zeit – bis etwa 1939 – wurde lediglich versucht zu ermitteln: Wer steht insgeheim oder offen nicht zu Hitler? Wer erwidert den Hitlergruß nicht? Wer beteiligt sich nicht an den Winterhilfssammlungen? Und so fort«, schrieb einer der Teilnehmer später. Propaganda war angesichts der Blitzkriegseuphorie verpönt: »Die Parole ›Wer Hitler wählt, wählt den Krieg‹ konnte, obgleich wahr geworden, in den Kriegsjahren 1939 bis 1942 in den allgemeinen Gesprächen mit den Bewohnern kaum angewandt werden«. Daß sich hinter diesen realitätsgerechten Maximen keineswegs nur das Gebot der bloßen Gesinnungsüberwinterung verbarg, zeigte sich 1943, als sich eben dieser Nachbarschaftsverbund in die Saefkow-Gruppe eingliederte[116].

Das Gegenbeispiel bietet der ehemalige Unterbezirk Adlershof im Berliner Südosten, wo eine relativ starke Organisation unter Leitung von Otto Nelte erhalten geblieben war und seit August 1939 von dem ZK-Instrukteur Willi Gall unterstützte wurde, der angesichts des drohenden Kriegsausbruchs im Land geblieben war. Wohl angefeuert durch Gall, kehrte man dort im Herbst 1939 zu den Formen der Massenillegalität von 1933/34 zurück, brachte Flugblätter in hoher Auflage und sogar eine Nummer der »Berliner Volkszeitung« heraus. Die »Kollegen, besonders die sozialdemokratischen Genossen, waren erstaunt, daß eine gedruckte antifaschistische Zeitung und dazu noch so aktuell in dieser Zeit erscheinen konnte«, schrieb einer der Überlebenden später; »alle spürten, die Kommunistische Partei Deutschlands lebte und war mitten unter ihnen«[117]. Es wäre indes voreilig, diesen Rückgriff auf die Katastrophenpolitik des Existenzbeweises lediglich als Vollzug von ZK-Richtlinien deuten zu wollen. In diesem Versuch, Zeichen dafür zu setzen, daß die KPD nicht tot war, spiegelten sich auch – wie gerade das Zitat nahelegt – jene Praktiken symbolischer Politik wider, die von den Kommunisten in der Weimarer Republik entwickelt worden waren und nach 1933 kultiviert wurden[118]. Die allerorten überlieferte Wandaufschrift »KPD lebt«, das Hissen roter Fahnen auf hohen Schornsteinen, das Ausstreuen gestanzter Sowjetsterne[119] – all das sollte Präsenz demonstrieren, das eigene Terrain markieren, die zögerlichen Sozialdemokraten beeindrucken, den Arbeitern beweisen – so ein Dortmunder Funktionär –, »daß wir noch da sind«[120].

Wie sich gerade hierin zeigt, war kommunistischer Widerstand nie ein lediglich nach Zweck-Mittel-Relationen rational kalkuliertes Unternehmen. Stets blieb er untermischt mit jenen älteren Dispositionen der Milieueinbindung und -konfrontation, die ihn gleichermaßen beflügelten wie begrenzten, die »Milieu« in der Illegalität zu einem durchaus ambivalenten Faktor machten. War »Milieu« auch eine unabdingbare Voraussetzung kommunistischen Widerstandes, so war es doch nie dessen sicherer Hort. Es unterlag der Erosion und schmolz im Laufe der Jahre, es pflegte die traditionellen Verkehrsformen und sorgte durch Querverbindungen und Bekanntschaften für die Transparenz illegaler Zusammenhänge, und es verführte zu demonstrativen Kraftproben, zum Rekurs auf die Rituale symbolischer Politik. Daß »man den früheren Mitgliedern schlankweg noch allen vertraute« – so selbstkritisch ein KPD-Veteran aus dem südhessischen Langenselbold[121] –, war dessen Stärke und Schwäche zugleich. Ohne diese Vernetzungslei-

stung erschien kommunistischer Widerstand als unvorstellbar, andererseits aber schützte dies nicht vor Überläufern und den von der Gestapo »umgedrehten« Illegalen, die gerade diese gewachsene Kenntnis voneinander ausnützten[122].

Bislang dominiert die allzu programmlastige Vorstellung einer angeblich monolithischen Partei, ein von der Perspektive der NS-Repressionsorgane wie der SED überfrachtetes Bild des zerschlagenen, des heroisch überhöhten Widerstandes, das korrigiert, ergänzt, zu einer neuen Synthese zusammengeführt werden muß. Es geht darum, auch auf diesem Feld Martin Broszats Forderung nach einer Historisierung aufzugreifen[123], starre, ideologisierte Muster aufzulösen, weit stärker zu differenzieren, sich an Ungleichzeitigkeiten, Widersprüche und typologische Vielfalt zu gewöhnen, die Chance der Komparatistik zu nutzen und sich endlich auch hier sozialgeschichtlichen Fragestellungen zu öffnen, Anschluß zu finden an eine gesellschaftszentrierte Interpretation der NS-Zeit. Angesichts der Forschungslage und der Tatsache, daß wenigstens die Historiker zu den Profiteuren der deutschen Einheit gehören, da nunmehr die bisher für die Bundesrepublik geltende Quellennot ein Ende hat, ist die Ausgangssituation, um das Thema von Grund auf neu zu überdenken, neu zu bearbeiten, so günstig wie nie zuvor.

1
Zusammenfassend dazu Klaus-Michael Mallmann, Kommunistischer Widerstand 1933–1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 113–125.

2
So etwa Heinz Kühnrich, Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933–1945, Berlin (DDR) 1983, S. 313ff.; Klaus Mammach, Widerstand 1933–1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Köln 1984, S. 289ff.

3
Beatrix Herlemann, Kommunistischer Widerstand, in: Wolfgang Benz/Walter H. Pehle (Hrsg.), Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt am Main 1994, S. 36.

4
KPD-Landesleitung an Politbüro vom 1. 2. 1935, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO): I 2/3/262.

5
Instrukteursbericht Saargebiet an Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD), Zentralkomitee (ZK) vom 20. 2. 1935, SAPMO: I 4/1/50.

6
Vgl. Reinhard Mann, Was wissen wir vom Widerstand? Datenqualität, Dunkelfeld und Forschungsartefakte, in: Christoph Kleßmann/Falk Pingel (Hrsg.), Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit, Frankfurt am Main-New York 1980, S. 35–54.

7
Reinhard Bein, Widerstand im Nationalsozialismus. Braunschweig 1930 bis 1945, Braunschweig 1985, S. 39.

8
Zur Quellenproblematik vgl. Rainer Eckert, Geheimdienstakten als historische Quelle. Ein Vergleich zwischen Stimmungsberichten des Sicherheitsdienstes der SS und des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, in: Bernd Florath/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 263–296.

9
Mit Beispielen dazu Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich, Bonn 1991, S. 210ff., 251, 458.

10
Symptomatisch dafür Werner Eggerath, Nur ein Mensch, Berlin (DDR) 1961, S. 114f.

__ 11
Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980, S. 262, 440; die gesamte Überlieferung der Grenzstelle Amsterdam bzw. der Abschnittsleitung West bis 1939 umfaßt neun Bände: SAPMO: I 2/3/326–334.

__ 12
D. Peukert (Anm. 11), S. 192; ähnlich S. 231 f.

__ 13
Der Kommunistische Jugendverband im Kampf gegen Faschisierung und Militarisierung der Jugend auf der Linie der Beschlüsse des Januar-Plenums der KJI (Undatiert/Anfang 1934), SAPMO: I 4/1/74.

__ 14
Bericht über die Tätigkeit des Ruhrverbandes November 1933 – März 1934, SAPMO: I 3/18–19/6.

__ 15
Israel Schreier, Zum Kampf der KPD gegen den faschistischen deutschen Imperialismus im Bezirk Dresden (Ostsachsen) 1933–1935, Diss. Leipzig 1966, S. 123 f.

__ 16
Vgl. Gerhard Paul, »Deutsche Mutter – heim zu Dir!« Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933–1935, Köln 1984, S. 257 ff.; Klaus-Michael Mallmann, »Lieber republikanisch sterben als faschistisch verderben«. Zum Widerstand saarländischer Sozialdemokraten, in: Zehn statt tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar (1935–1945), Saarbrücken 1988, S. 171–185.

__ 17
Vgl. Barbara Mausbach-Bromberger, Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933–1945, Frankfurt am Main 1976, S. 86 ff.; Heinz Hoffmann, Mannheim-Madrid-Moskau. Erlebtes aus drei Jahrzehnten, Berlin (DDR) 1985³, S. 248 ff.; Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945, Hannover 1969, S. 192 ff.

__ 18
Vgl. Klaus Mammach (Hrsg.), Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935), Berlin (DDR) 1975, S. 581 ff., Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971, S. 55 ff.

__ 19
Bericht Wilhelm Firl vom 30. 11. 1935, SAPMO: I 2/3/270.

__ 20
KPD-Abschnittsleitung Forbach an ZK (Undatiert/1937), Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BAP): St 3/953;
Ludwig Eiber, Arbeiter unter der NS-Herrschaft. Textil- und Porzellanarbeiter im nordöstlichen Oberfranken 1933–1939, München 1979, S. 150 f.; Emanuel Gomolla, Illegaler antifaschistischer Kampf in Oberschlesien, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 21 (1979), S. 433–437.

__ 21
Bericht über Württemberg vom Februar 1936, SAPMO: I 2/3/316.

__ 22
Lagebericht Stapo-Stelle Darmstadt über die illegale marxistische und kommunistische Bewegung im Jahr 1937, BAP: R 58/457.

__ 23
Detlev Peukert, Volksfront und Volksbewegungskonzept im kommunistischen Widerstand. Thesen, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München-Zürich 1985, S. 881.

__ 24
Inge Sbosny/Karl Schabrod, Widerstand in Solingen. Aus dem Leben antifaschistischer Kämpfer, Frankfurt am Main 1975, S. 50 f.; Willi Dickhut, So war's damals... Tatsachenbericht eines Solinger Arbeiters 1926–1948, Stuttgart 1979, S. 231 ff.

__ 25
Klaus-Dieter Brügmann/Margarete Dreibrodt/Hans-Joachim Meyer/Otto Nehring, die anderen. Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg. Zeugnisse und Berichte 1933–1945, Hamburg 1981², S. 122 ff.

__ 26
Christine Fischer-Defoy, Arbeiterwiderstand in der Provinz. Arbeiterbewegung und Faschismus in Kassel und Nordhessen 1933–1945, Berlin 1982, S. 155 ff.

__ 27
Hugo Stehkämper (Red.), Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1945, Köln 1974, S. 312 ff.

__ 28
K. Klotzbach (Anm. 17.), S. 202 ff.

__ 29
Bericht Martin Hoffmann über Ostpreußen (Undatiert/Februar 1936), SAPMO: I 2/3/270.

__ 30
Max Oppenheimer, Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes, Frankfurt am Main 1969, S. 30 ff.; Fritz Salm, Im Schatten des Henkers. Vom Arbeiterwiderstand in Mannheim gegen faschistische Diktatur und Krieg, Frankfurt am Main 1973, S. 136 ff., Erich Matthias/Hermann Weber (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 323 ff.

__ 31
Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und in der Provinz Starkenburg 1933–1945, Darmstadt-Marburg 1985, S. 167 ff.

__ 32
Luise Kraushaar, Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1936 bis 1942. Robert Uhrig und Genossen, Berlin (DDR) 1981, S. 45 ff.

__ 33
Joseph C. Rossaint/Michael Zimmermann, Widerstand gegen den Nazismus in Oberhausen, Frankfurt am Main 1983, S. 137 ff.

__ 34
Ruth Bahmann, Magnus Poser. Lebensbild eines Kommunisten, Jena 1981, S. 52 ff.; Wilhelm Arnold, Gemeinsames Wirken mit Theodor Neubauer und Magnus Poser in Thüringen, in: Im Kampf bewährt. Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstand von 1933 bis 1945, Berlin (DDR) 1987, S. 97–110.

__ 35
Erinnerungen Hertha Geffke, SAPMO: EA 257; Werner Lamprecht, Der Kampf der Stettiner Parteiorganisation der KPD gegen die faschistische Diktatur (1933–1945), Diss. Greifswald 1966, S. 161 ff.

__ 36
Chronik des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Chemnitz-Erzgebirge-Vogtland 1933–1945, o.O.o.J (1969), S. 80 ff.

__ 37
B. Mausbach-Bromberger (Anm. 17), S. 185 ff.

__ 38
Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten (BA-DH): NJ 1083; D. Peukert (Anm. 11), S. 401 ff.

__ 39
Jacob Zanders, Der antifaschistische Widerstandskampf des Volksfrontkomitees »Freies Deutschland« in Köln im Jahre 1943–1944, in: BzG, 2 (1960), S. 720–741.

__ 40
Karl-Heinz Leidigkeit/Karl-Heinz Classe/Jürgen Hermann/Hans Wendler, Gegen Faschismus und Krieg – Die KPD im Bezirk Halle-Merseburg 1933–1945, Halle 1983, S. 346 ff.

__ 41
Werner-Georg Schneider, Einige unter vielen. Die Illegalen Suhls 1933–1945, Weimar 1948, S. 11 ff.

__ 42
Heike Bretschneider, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933–1945, München 1968, S. 74 ff.; Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit. Band V, München-Wien 1983, S. 270 ff.

__ 43
Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Die geschlagenen Sieger. Kommunistischer Widerstand an der Saar und im Exil 1933–1945, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995, S. 333–529.

__ 44
Lagebericht Stapo-Stelle Düsseldorf für Dezember 1935, Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem: Rep. 90 P, Nr. 85, H. 4.

__ 45
Stapo-Stelle Kiel an Gestapa vom 5. 2. 1936, BAP: R 58/1148.

__ 46
Tagesbericht der Stapo-Stelle Bremen vom 31. 5. 1935, BAP: St 3/317; ebenda, Monatsbericht für August 1935.

__ 47
Hermann Nuding an KPD-Politbüro vom April 1936, SAPMO: I 2/3/19.

__ 48
Wilhelm Pieck an »Gerhard«/Paris vom 4. 1. 1937, SAPMO: I 2/3/287.

__ 49
Bisher dazu Beatrix Herlemann, Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, Königstein 1982.

__ 50
SAPMO: I 3/25/49.

__ 51
Elke Fröhlich, Die Herausforderung des Einzelnen. Geschichten über Widerstand und Verfolgung, München-Wien 1983, S. 23 ff.

__ 52
Sybille Steinbacher, Dachau – Die Stadt und das Konzentrationslager in der NS-Zeit. Die Untersuchung einer Nachbarschaft, Frankfurt am Main u.a. 1993, S. 200 f.

__ 53
Erinnerungen Elli Schmidt, SAPMO: EA 1305; Erinnerungen Paul Peschke, ebenda, EA 712; Erinnerungen Johannes Müller, ebenda, EA 1207; vgl. Margot Pikarski, Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1933–1939, Berlin (DDR) 1978, S. 174 ff.; Gerhard Nitzsche, Zur politisch-organisatorischen Führungs- und Verbindungstätigkeit des Zentralkomitees der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf in der Anfangsperiode des Zweiten Weltkrieges (1939 bis 1941), Diss. Berlin (DDR), S. 101 ff.

__ 54
Erinnerungen Aenne Saefkow, SAPMO: EA 1082; Erinnerungen Grete Drögemüller, ebenda, EA 2082; Fritz Goltz, An der Seite von Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein, in: Im Kampf bewährt (Anm. 34), S. 87–95; vgl. Gerhard Nitzsche, Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942 bis 1945), Berlin (DDR) 1957.

__ 55
Heinz Müller, Kampftage in Berlin. Ein deutscher Antifaschist und Internationalist berichtet, Berlin (DDR) 1975; Helga Meyer/Karlheinz Pech, Unter Einsatz des Lebens. Antifaschistischer Widerstand in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges, Berlin (DDR) 1985, S. 210 ff.

__ 56
Vgl. Zum Höchsten der Menschheit. Chronik zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Dresden 1933–1945, Dresden 1977, S. 39, 53 ff., 60 ff.

57
Vgl. Gerhild Schwendler, Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD im ehemaligen Parteibezirk Leipzig der Kommunistischen Partei Deutschlands in den Jahren 1935–1941, Habil. Leipzig 1974;
In der Revolution geboren – In den Klassenkämpfen bewährt. Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Leipzig-Westsachsen, Leipzig 1986, S. 366ff.

58
Vgl. Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Thüringen – 1939 bis 1945), Berlin (DDR) 1957;
Franz Hammer, Theodor Neubauer. Aus seinem Leben, Berlin (DDR) 1970, S. 165ff.

59
Vgl. Kurt Kühn, Die letzte Runde, Berlin (DDR) 1949; ders., Georg Schumann. Eine Biographie, Berlin (DDR) 1965; Werner Plesse, Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mitteldeutschland (1939–1945), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 2 (1954), S. 813–843; Ilse Krause, Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig – 1943 bis 1945), Berlin (DDR) 1960;
Erich Köhn, Der Weg zur Gründung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in Leipzig. Das Ringen der Kommunisten um die Durchsetzung der Strategie und Taktik der KPD in der Leipziger Widerstandsorganisation 1939–1944, in: ZfG, 13 (1965), S. 18–35;
Kurt Baller, Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD im Gebiet des ehemaligen KPD-Bezirkes Leipzig-Westsachsen (1941–45), Diss. Leipzig 1973.

60
Vgl. Kurt Meissner/Hans Bursian/Franz Kahmann, »...damit die Freiheit lebt!« Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD im Bezirk Magdeburg-Anhalt 1933–1945, Magdeburg 1966, S. 71ff.

61
Vgl. Hans Robert Buck, Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945, München 1968, S. 103ff.; Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt am Main 1969, S. 341ff.;
Klaus Bästlein, »Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg!« Die Bästlein-Organisation. Zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Hamburg und Nordwestdeutschland während des Krieges (1939–1945), in: Beate Meyer/Joachim Szodrzynski (Hrsg.), Vom Zweifeln und Weitermachen. Fragmente der Hamburger KPD-Geschichte, Hamburg 1988, S. 44–89.

62
Generalstaatsanwalt Köln an Reichsjustizministerium vom 30.1.1945, Bundesarchiv Koblenz: R 22/3374; Berichte von Überlebenden bei Dirk Gerhard, Antifaschisten. Proletarischer Widerstand 1933–1945, Berlin 1976, S. 92ff., 115ff., 125ff., 166ff.; vgl. Bernd-A. Rusinek, Gesellschaft in der Katastrophe. Terror, Illegalität, Widerstand – Köln 1944/45, Essen 1988, S. 392ff.

63
Erinnerungen Vinzent Porombka, SAPMO: EA 1343; ders., Als Fallschirmspringer im illegalen Einsatz, in: Im Kampf bewährt (Anm. 34), S. 111–143.

64
Erinnerungen Wilhelm Arnold, SAPMO: EA 21.

65
Erinnerungen Kurt Roßberg, SAPMO: EA 1944; Rudolf Volkert, Zur Tätigkeit von Angehörigen der Bewegung »Freies Deutschland« in Leipzig in den letzten Kriegstagen, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 2 (1963), S. 213–222.

66
Vgl. Inge Marßolek, Arbeiterbewegung nach dem Krieg (1945–1948). Am Beispiel Remscheid, Solingen, Wuppertal, Frankfurt am Main-New York 1983, S. 50ff.

67
Vgl. Willi Klose/Gertrud Beutel, Katyn im Romberg-Park. Anklage – Warnung – Mahnung, Dortmund o.J. (1952);
Wilhelm Herzog, Von Potempa bis zum Rombergpark, Dortmund o.J. (1968).

68
Vgl. Helle Sterne in dunkler Nacht. Studien über den antifaschistischen Widerstandskampf im Regierungsbezirk Potsdam 1933–1945, Potsdam 1988, S. 179ff., 205ff.

69
Erinnerungen Robert Büchner, SAPMO: EA 120; Erinnerungen Otto Gotsche, ebenda, EA 291; ders., Unser gemeinsamer Kampf in der antifaschistischen Arbeitergruppe Mitteldeutschlands, in: Fanny Rosner/Ilse Schiel/Heinz Voßke (Hrsg.), Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin (DDR) 1971, S. 374–393;
vgl. Sie trugen den Banner der Nation. Beiträge zum antifaschistischen Widerstandskampf im Mansfelder Land, o.O. 1965; K.-H. Leidigkeit u.a. (Anm. 40), S. 464ff., 501ff.

70
Vgl. Albrecht Lein, Antifaschistische Aktion 1945. Die »Stunde Null« in Braunschweig, Göttingen u.a. 1978, S. 127f., 155ff., 274.

71
Johann Reiners, Erlebt und nicht vergessen. Eine politische Biographie, Fischerhude 1982, S. 117ff.;
Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976, S. 52ff.;
Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986, S. 374ff.

72
Friedrich Schlotterbeck, Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne. Erinnerungen eines deutschen Arbeiters 1933–1945, Zürich-New York 1945, S. 226ff.; vgl. Willi Bohn, Stuttgart: Geheim! Widerstand und Verfolgung 1933–1945, Frankfurt am Main 1978³, S. 139ff.; Lutz Niethammer, Aktivitäten und Grenzen der Antifa-Ausschüsse 1945. Das Beispiel Stuttgart, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 23 (1975), S. 297–331.

73
Wolfgang Wilhelmus, Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« wirkte auch in Greifswald, in: BzG, 6 (1964), S. 693–695; vgl. Autorenkollektiv (Leitung Karl-Heinz Jahnke), Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945, Berlin (DDR) 1985, S. 236ff.

74
Vgl. H. Bretschneider (Anm. 42), S. 204f., 214ff.

75
Erinnerungen Hermann Hartmann, SAPMO: EA 2272; Erinnerungen Walter Hoyer, ebenda, EA 1546; vgl. H. Meyer/K. Pech (Anm. 55), S. 89ff.

76
BA-DH: NJ 649; Erinnerungen Albert Ollrogge, SAPMO: EA 1375; vgl. Elke Imberger, Widerstand »von unten«. Widerstand und Dissens aus den Reihen der Arbeiterbewegung und der Zeugen Jehovas in Lübeck und Schleswig-Holstein 1933–1945, Neumünster 1991, S. 233ff.

77
Zusammenfassend dazu Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976; Günter Benser, Die KPD im Jahr der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/1945 bis Herbst 1945), Berlin (DDR) 1985.

78
Vgl. Beatrix Herlemann, Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986.

79
Vgl. Gerhard Roßmann, Der Kampf der KPD um die Einheit aller Hitlergegner, Berlin (DDR) 1963.

80
Volker Hoffmann, Hanno Günther, ein Hitler-Gegner 1921–1942. Geschichte eines unvollendeten Kampfes, Berlin 1992.

81
Regina Griebel/Marlies Coburger/Heinrich Scheel, Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle, Halle 1992, S. 182.

82
Vgl. In der Revolution geboren (Anm. 57), S. 43.

83
Deutsche Widerstandskämpfer. Biographien und Briefe, Bd. 1, Berlin (DDR) 1970, S. 166, 577.

84
Ebenda, Bd. 2, S. 377.

85
D. Peukert (Anm. 11), S. 174; mit z.T. differenzierteren Ergebnissen Barbara Dorn/Michael Zimmermann, Bewährungsprobe. Herne und Wanne-Eickel 1933–1945, Bochum 1987, S. 166ff.; Annette Zehnter, Widerstand und Verfolgung in Bochum und Wattenscheid 1933–1945, Bochum 1992, S. 250ff.; Hans-Dieter Schmid, Zur Sozialstruktur des organisierten Widerstandes der Arbeiterschaft in Hannover, in: Frank Bajohr (Hrsg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 123–147.

86
D. Peukert (Anm. 11), S. 191.

87
Zum Sozialprofil der Hamburger Bästlein-Gruppe vgl. K. Bästlein (Anm. 61) S. 57ff.; für Mannheim E. Matthias/H. Weber (Anm. 30), S. 511ff.

88
Exemplarisch dazu Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler, Bonn 1989, S. 43ff., 87ff., 103ff., 182ff., 197ff., 213ff., 281ff.

89
Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Zwischen Denunziation und Roter Hilfe. Geschlechterbeziehungen und kommunistischer Widerstand 1933–1945, in: Christl Wickert (Hrsg.), Frauen gegen die Diktatur. Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995, S. 82–97.

90
Exemplarisch dazu Charlie Vogel, Die Babelsberger Antifaschisten, in: Else und Bernt von Kügelgen (Hrsg.), Die Front war überall. Erlebnisse und Berichte vom Kampf des Nationalkomitees »Freies Deutschland«, Berlin (DDR) 1968³, S. 417–421; Horst Engelmann, »Sie blieben standhaft«. Der antifaschistische Widerstandskampf in Dessau unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Dessau 1983, S. 91ff.

91
Zit. bei Solvejg Höppner, Leipziger Jugendliche im antifaschistischen Widerstand 1933/34 – die »Zelle Zentrum«, in: Hans-Dieter Schmid (Hrsg.), Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945, Leipzig 1994, S. 134.

92
Vgl. dazu Klaus-Michael Mallmann, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft, 21 (1995), S. 5–31.

93
Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt am Main 1969, S. 8ff.

94
B. Krieger, Einige Bemerkungen über die illegale Arbeit der KPD, in: Die Kommunistische Internationale, 14 (1933), S. 667 f.;
Margot Pikarski, Zur Entwicklung des Parteiaufbaus und der Organisationsstruktur der KPD unter den Bedingungen des antifaschistischen Kampfes der KPD in den Jahren 1933 bis 1935, Diss. Berlin (DDR) 1972, S. 77.

95
Abgedruckt bei C. Fischer-Defoy (Anm. 26), S. 211–216, Zitate S. 211, 213.

96
Sepp Schwab, Die KPD im Kampfe gegen die faschistische Diktatur, in: Die Kommunistische Internationale, 14 (1933), S. 143.

97
Bericht KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet (Undatiert/Mitte 1935), SAPMO: I 3/20/44;
ähnlich für Berlin Erinnerungen Anton Ackermann, SAPMO: EA 1291.

98
Vgl. Karl Tuttas, Einer von jenen. Erinnerungen, Halle-Leipzig 1980, S. 196.

99
D. Gerhard (Anm. 62), S. 62.

100
Zit. bei Hermann Wichers, Zur Anleitung des Widerstands der KPD. Ein Rundschreiben des ZK-Sekretariats an die Abschnittsleitungen vom 29. Juli 1938, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 26 (1990), S. 531;
ähnlich für Hamburg Karl Mewis, Im Auftrag der Partei. Erlebnisse im Kampf gegen die faschistische Diktatur, Berlin (DDR) 1972, S. 87.

101
Bericht Gestapa vom 1. 3. 1934, BAP: St 3/948.

102
Gustav Regler, Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte, Frankfurt am Main 1975, S. 227.

103
D. Peukert (Anm. 11), S. 200.

104
Bericht an Pieck vom 11. 12. 1935, SAPMO: I 2/3/284.

105
B. Krieger, Einige Bemerkungen über die Orgarbeit der KPD (Auf Grund von Berichten der Bezirksleitungen der KPD), in: Die Kommunistische Internationale, 15 (1934), S. 777.

106
G. Smoljanski, Zur Lage in Deutschland, ebenda, S. 751.

107
Albert Müller, Über die unteren Kader der KPD, ebenda, S. 1494.

108
Erinnerungen Richard Gladewitz, SAPMO: EA 270;
exemplarisch dazu H. Engelmann (Anm. 90), S. 59 f.

109
Bericht vom 19. 2. 1936, SAPMO: I 2/3/102.

110
A. Müller (Anm. 107), S. 1487.

111
Vgl. etwa Bericht Ulbricht vom 1. 7. 1936, SAPMO: I 2/3/285.

112
Etwa Lagebericht Saargebiet vom 20. 8. 1935, SAPMO: I 3/24/38;
BA-DH: NJ 9299, NJ 11678, NJ 17101.

113
Bericht Operative Gruppe des Politbüros vom 2. 2. 1936, SAPMO: I 2/3/285.

114
Vgl. Rundschreiben vom 15. 7. 1936, ebenda.

115
Symptomatisch etwa K. Mewis (Anm. 100), S. 26, 84.

116
Fritz Rossignol, Unsere Arbeit im Wohnbereich der Strausberger Straße 12 a-k in Hohenschönhausen, in: Der illegale Kampf der KPD 1933–1945 in Berlin-Weißensee, Berlin (DDR) 1980, S. 47–51, hier S. 49 f.

117
Kurt Seibt, Illegaler Widerstandskampf in Berlin, in: Im Kampf bewährt (Anm. 34), S. 59–86, hier S. 76;
vgl. BA-DH: NJ 1622, NJ 1716.

118
Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

119
Exemplarisch Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933–1939, Bd. 2, Potsdam 1978, S. 415; Friederike Reutter, Verfolgung und Widerstand der Arbeiterparteien in Heidelberg (1933–1945), in: Jörg Schadt/Michael Caroli (Hrsg.), Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985, S. 512 f.;
Günter Gleising, Die KPD Bochum im Widerstand gegen Faschismus und Krieg, Bochum 1985, S. 15.

120
Bericht aus Dortmund vom 5. 11. 1936, SAPMO: I 2/3/331.

121
D. Gerhard (Anm. 62), S. 159.

122
Vgl. dazu Heribert Schüngeler, Widerstand und Verfolgung in Mönchengladbach und Rheydt 1933–1945, Mönchengladbach 1985, S. 79 ff.

123
Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur, 39 (1985), S. 373–385.

Demonstration und Gegendemonstration von »Reichsbanner« und »Stahlhelm« in Berlin 1931

Hannoversche Jungsozialisten beim Internationalen Arbeiterjugendtag (1929) in Wien vor dem Karl-Liebknecht-Hof

Detlef Lehnert

Metropolen als politische Einheiten in soziokultureller Vielfalt

Voraussetzungen der sozialdemokratischen Widerstandspotentiale in Berlin und Wien

Wenn Zusammenhänge von politischer Regionalkultur und sozialen Milieus zur Debatte stehen, können Metropolen als besonders sperriger Gegenstandsbereich erscheinen. Als Repräsentationsorte für die politische Kultur eines Landes bilden Hauptstädte den Brennspiegel der öffentlichen Selbstdarstellung. Dieser läßt die vielfältigen Schattierungen peripherer Teilkulturen bereits nur in diffusen Brechungen ins Blickfeld treten. Vollends unterbelichtet bleibt dabei jedoch zumeist das regionale **Eigen**profil der jeweiligen Metropole. Während es in politisch-kultureller Perspektive von der Stellvertretung für ein **Ganzes** absorbiert wird, fehlen im Hinblick auf Sozialmilieus deutlich konturierte **Teile**. Ein Forschungsprogramm lebensweltbezogener Lokalstudien harmoniert offenbar wenig mit der Eigenart von urbanen Ballungsräumen, die im Gesamtvolumen mehrere Dutzend sonstiger Großstädte aufwiegen. Deren Aufgliederung zugunsten der Übersichtlichkeit ihrer teilkulturellen Milieudichte, die Rekonstruktion ihrer politischen Einheit aus der sozialen Vielfalt, ist aber bislang nicht überzeugend gelungen[1].

Ein sichtender Blick auf die Veröffentlichungen über Widerstand in Berlin läßt die eine Seite dieses methodischen Dilemmas hervortreten[2]: Die Quellenüberlieferung ist nicht allein aus der Verfolgeroptik, sondern auch im Hinblick auf die überschaubaren Proportionen interagierender konspirativer Zirkel stark personenorientiert. Ein schlüssiges Gesamtbild läßt sich aus dieser Vielzahl einzelner Mosaiksteine von biographischen Episoden nur mühsam gewinnen[3]. Als Gliederungsrahmen für Darstellungen dienen allenfalls noch Bezirksgrenzen, und zwar vorwiegend gleichsam als historiographische Registratur für die Chronik von Ereignissen[4]. Die politischen Akteure werden darin nach ihren aktuellen Wohnorten sowie öffentlichen oder konspirativen Treffpunkten gruppiert. Soweit diese Hintergrundinformationen noch recherchiert werden konnten, treten hauptstadtspezifische Mobilitätsfaktoren zutage: Die beteiligten Aktivisten leben zu beträchtlichen Anteilen erst seit kurzem in dem jeweiligen Bezirk, teilweise kamen sie aus einer anderen Region nach Berlin[5]. Damit entgleiten Fragen nach örtlichen Milieubindungen, die ein Mindestmaß an Kontinuität der Lebenszusammenhänge voraussetzen, teilweise schon der angemessenen Thematisierbarkeit. Auch für

politische Teilkulturen, in diesem Falle die sozialdemokratische, werden Metropolen nach dem Grade ihrer Prägekraft zu Schmelztiegeln der überregionalen Begegnung von Handlungsträgern der verschiedenen Ebenen. Hinzu kommt, daß bei nur 23 % Stimmenanteil der Berliner SPD im November 1932 bereits im Vorfeld der Diktatur auf Bezirksniveau keine integrationsfähigen sozialdemokratischen Milieus mehr anzutreffen waren[6].

Die Kehrseite der Problematik kann in Wien nicht minder eindringlich studiert werden: Mit 59 % noch im Krisenjahr 1932 blieb die SDAP dermaßen hegemonial, daß sie in 15 der insgesamt 21 Verwaltungsbezirke absolute Stimmenmehrheiten aufwies[7]. Von einem »roten Wien« als sozialdemokratischer Hochburg **im ganzen** konnte insofern ohne Übertreibung die Rede sein, während z.B. ein »roter Wedding« tatsächlich nur eine starke **Minderheits**position der KPD zur Grundlage hatte. Selbst die zuletzt 44 % SDAP-Anteil in Wiens mit Abstand vornehmsten I. Bezirk vermochte keine Berliner Gruppierung der Weimarer Republik zu erreichen – mit Ausnahme der kurzlebigen Revolutionspartei USPD im Jahre 1920. Da Wien die Stadterweiterung 1890 und nicht wie Berlin erst 1920 vollzogen hatte, erlangten die Bezirke weder im Verwaltungsgefüge noch als Erfahrungsraum eine nennenswerte Eigenbedeutung; nach Pariser Vorbild wurden sie in Nummernfolge identifiziert, so daß ihr Gliederungsformalismus für Widerstandschroniken kaum in Betracht kam[8]. Die sich folglich aufdrängende Vorstellung, daß Wien insgesamt sozial und deshalb auch politisch homogener als Berlin gewesen sein müßte, erweist sich jedoch bei näherer Analyse als verfehlt. Nach zur Verfügung stehenden Sozialindikatoren zeigen beide Hauptstädte vielmehr geradezu frappierend parallele Anteile in den statistisch erfaßten Hauptkategorien: Eine Soziographie der männlichen Wahlberechtigten kann jeweils 45 % Arbeiter, um 30 % Angestellte und Beamte, 16 bzw. 20 % Selbständige (mit dem höheren Anteil in Wien) und 6–8 % Berufslose ausweisen; beim Stimmpotential der Frauen korrespondierte die mit 40 zu 34 % höhere Berliner Erwerbsquote mit vor allem größeren Anteilen der weiblichen Angestelltenschaft[9]. Die bezirklichen Strukturdaten dokumentierten in Wien eher noch eine größere Streubreite als in dem regelloser zusammengewachsenen Berlin.

Ganz offenkundig lassen sich die Untersuchungsebenen der Sozialstruktur, des Sozialmilieus und der politischen Teilkulturen beider Metropolen nicht einfach synchronisieren. Was ferner die Rahmenbedingungen des sozialdemokratischen Widerstands betrifft, sollte nicht das gänzlich ungleichzeitige »Anschlußjahr« 1938 zum Vergleich mit 1933 herangezogen werden. Jedenfalls für die hier behandelte Thematik bildete die Zerschlagung der SDAP und ihres Umfeldes nach den Februarkämpfen 1934 bereits eine ähnlich tiefgreifende Zäsur, auch wenn der proklamierte Ständestaat nur ein teil-faschistisches Regime etablierte. Eine »Stunde Null« bedeuteten diese beiden Rechtsdiktaturen aber jeweils so wenig wie 1945 die Befreiung von deren Regime. Im Sog erster Beteiligungen der NSDAP an Bürgerblock-Regierungen in deutschen Ländern und der Septemberwahl 1930 geriet auch Österreich auf einen Rechtskurs, der sich in der Teilnahme zweier Heim-

wehrfaschisten an der Bundesregierung manifestierte. Dem »Preußenschlag« des Papen-Kabinetts und dessen antiparlamentarischer Reichstagsauflösung folgte in der Alpenrepublik im Oktober 1932 die erste Notverordnung ohne Verfassungsgrundlage. Die österreichische Republik fand ihr Ende mit der Ausschaltung des Nationalrats im März 1933 – nicht zufällig in den Tagen zwischen den inszenierten Reichstagswahlen und Hitlers Ermächtigungsgesetz.

Als einer der international renommiertesten österreichischen Zeithistoriker hat Gerhard Botz seine Fachkollegen gemahnt, einer solchen Dynamik nachholender Rechtsentwicklung bei allen verbleibenden Unterschieden mehr Beachtung zu schenken, anstatt die Lösung aller Rätsel in Wiener Archiven zu suchen[10]. Tatsächlich führt eine jüngst durchgeführte Komplettauswertung der Wiener Tagespresse – im Vergleich mit Berlin – zu dem eindeutigen Befund, daß längst vor dem »Anschluß« dort nicht bloß interessierte Nachbarn besonders aufmerksam das Geschehen im Deutschen Reich verfolgten. Die Berichterstattung aus der Hauptmetropole Berlin hatte vielmehr in dem zutage tretenden Engagement und der Überzeugung, von den Konsequenzen stets entscheidend betroffen zu sein, manche Charakterzüge einer integrierten Teilöffentlichkeit aus einer deutschsprachigen Zweitmetropole[11]. Dabei war nicht das eher moderate Niveau großdeutsch orientierter Gesinnungstüchtigkeit maßgebend, sondern das Bewußtsein der einseitigen Abhängigkeit eines Reststaates von dem zehnmal größeren Reich. Finden die Zeithorizonte solcher Einwirkungsintensität die angemessene Beachtung, wird das geschichtliche Dilemma der innenpolitisch ungleich stärkeren österreichischen Sozialdemokratie beleuchtet: Vor dem 30. Januar 1933 erschien im eigenen Land die parlamentarische Demokratie im Vergleich zu Deutschland noch weithin unangetastet, bald darauf mußte sich die langfristige Selbstbehauptung gegen die NS-Diktatur als wenig chancenreich darbieten[12].

Für einen Vergleich lediglich der sozialdemokratischen Teilkulturen beider Metropolen ist allerdings geradewegs die umgekehrte Perspektive naheliegend. Die Ohnmacht des »roten Wien« gegen die Etablierung der Diktatur kann durchaus als Prüfinstanz für landläufige Erklärungsversuche zum Scheitern des sozialdemokratischen Widerstands in Deutschland dienen. So erweist sich zunächst die Bedeutung des Spaltungsprozesses in der deutschen Arbeiterbewegung als überschätzter Faktor. Mit ihren stabilen rund 60 % Stimmenanteil übertraf die Wiener SDAP für sich allein genommen die **Gesamt**stärke von SPD und KPD in Berlin. Gleichzeitig bedeuteten mehr als 400.000 Parteimitglieder in einer Stadt von 1,8 Mill. Einwohnern, daß z.B. drei Viertel aller männlichen Arbeiter und die Hälfte aller Arbeiterinnen sowie der Angestellten sozialdemokratisch organisiert wurden[13]. Mit dem Republikanischen Schutzbund verfügte man zudem über eine Parteigarde, die an Kopfzahl, wenn auch nicht in der Bewaffnung, der Berufsarmee mehrfach überlegen war. Das Linzer Programm der SDAP von 1926 enthielt das Bekenntnis zur defensiven Gewaltbereitschaft im Falle eines Angriffs auf demokratische Freiheitsrechte; auch wurden Übergriffe auf die sozialen Errungenschaf-

ten des »roten Wien« zu einem solchen Verteidigungsfall erklärt. Dennoch hat die Parteiführung im Frühjahr 1933 die Voraussetzungen erfolgversprechenden Widerstandes gegen die Ausschaltung des Nationalrats als nicht gegeben betrachtet. Eine spätere Selbstkritik konnte diese Lagebeurteilung nur partiell dementieren, aber zu der Erkenntnis führen, daß im Februar 1934 die Rahmenbedingungen noch ungünstiger waren. Darin liegt eine Analogie zu der erst 1933 gereiften Einsicht in Berlin begründet, daß 1932 von der Reichspräsidentenwahl bis zum »Preußenschlag« immerhin noch eine weniger aussichtslose Situation für eine Gegensteuerung zum Weg in die Diktatur bestanden hatte[14].

Die Wiener SDAP hat ihre Integrationskraft nach links, die noch in der Weltwirtschaftskrise der KPÖ nur Entfaltungsräume auf Sektenniveau beließ, keineswegs mit geringerer Attraktivität gegenüber den Mittelschichten bezahlen müssen. Ganz im Gegenteil war ihre Anhängerschaft unter den Angestellten dominierend und sogar bei kleineren Selbständigen nennenswert vertreten. Während die Berliner SPD, abgesehen von dem Parteiorgan »Vorwärts«, kaum mit spezifischer Presseunterstützung rechnen durfte, rief im sehr viel kleineren Wien ein halbes Dutzend auflagenstarker Tageszeitungen unmittelbar zur Wahl der SDAP auf[15]. Für einen Verfassungs- und Gesinnungsliberalismus boten sich Stimmalternativen mit vollem Zählwert dort auch gar nicht an, weil beide Konkurrenzparteien antisemitisch eingefärbt waren. Selbst etwaige Vorwürfe mangelnder »Nationalgesinnung« mußten gegen die SDAP ins Leere greifen. Abgesehen von legitimistischen Sektierern war nicht ernstlich an eine Habsburger-Restauration zu denken; ferner propagierte lediglich die großdeutsche Honoratiorenpartei noch vor dem NSDAP-Aufstieg in Wien wortgewaltiger jenen »Anschluß«, den auch Sozialdemokraten und Christlichsoziale im Prinzip befürworteten. Schließlich hatte ein bürgerliches Kabinett den Genfer Vertrag mit den Siegermächten unterzeichnen müssen, so daß sich auch jenseits der »Anschluß«-Frage kein Gegenstück zum »Versailles«-Syndrom gegen die österreichischen Sozialdemokraten mobilisieren ließ.

Infolge günstiger Entfaltungsbedingungen und strategischer Grundentscheidungen hatte somit die Wiener SDAP unter demokratischen Bedingungen nahezu unangreifbare Positionen erlangt, von denen es sich für die Berliner SPD kaum noch zu träumen lohnte. Selbst wenn im Gedankenexperiment der Sozialdemokratie Berlins und anderer deutscher Großstädte die wundersame Fähigkeit zugeschrieben würde, sich rückwirkend in das Wiener Modell zu transformieren, wäre das Ergebnis unter Gesichtspunkten der Widerstandschancen ernüchternd. Dennoch bliebe darin kaum eine der zahlreichen historischen Wunschprojektionen unberücksichtigt: Es hätte die Abspaltung der USPD und damit späteres rasantes Wachstum der KPD gar nicht stattgefunden; die SPD müßte man sich, bezogen auf den Mitgliederanteil an der Gesamtbevölkerung, dutzendmal stärker vorstellen; überdies bestünde die politische Operationsbasis eines selbständigen Bundeslandes mit seinem Verwaltungsapparat, und Schlagworte wie »Verzichtspolitik« würde kaum jemand ausgerechnet mit Sozialdemokraten in Verbindung bringen.

Einem solchen SPD-Utopia wäre aber kaum mit überzeugungskräftigen Gründen entscheidend mehr Handlungspotential einzuräumen als faktisch der Wiener SDAP; diese hat 1934 auch nur mit einem »letzten Gefecht« einen womöglich »ehrenvolleren« Weg in die Emigration nach einer nicht minder verheerenden Niederlage erleben dürfen[16].

Wenn also Grenzen eines sozialdemokratischen Widerstandes in Berlin realistisch beurteilt werden sollen, gilt es, solche Rahmenbedingungen in der sozialreformerischen Modellstadt Wien vorgängig zu reflektieren. Dabei sollten im Hinblick auf Abwehrstrategien jene Kritikvarianten außerhalb vernünftiger Erwägungen bleiben, die Organisationsstrukturen der kommunalpolitisch alleinverantwortlichen Massenpartei mit aus dem Untergrund operierenden Guerillakämpfern oder »Berufsrevolutionären« verwechseln. Wenn in der Hälfte sämtlicher Haushalte eigene Mitgliedschaften anzutreffen waren, handelte es sich in weit umfassenderer Weise um eine wirkliche »Volkspartei«, als sie jemals wieder in der Fachterminologie oder der gesellschaftspolitischen Realität einer anderen Metropole aufscheinen mochte. Wo eine absolute Mandatsmehrheit kaum weiterer Anstrengungen im Wahlkampf bedurfte, als daß ca. 20.000 SDAP-Vertrauensleute jeweils knapp zwei Dutzend benachbarter Mitglieder samt wahlberechtigten Angehörigen vorsorglich an den Urnengang erinnerten, konnten Beteiligungsraten bis 96 % in Arbeitervierteln nicht mehr überraschen.

Die SDAP als demokratische Massenorganisation war gewissermaßen Stadt-Staatspartei und Stadtvolks-Partei in einer Breitenwirkung, wie sie keine totalitäre Einheitspartei jemals entfaltet hat. Eine solche Integrationspartei **repräsentierte** nicht nur die politische Hegemonie der österreichischen Hauptstadt, sie **verkörperte** diese auch ganz vordergründig in Gestalt der ihr zugehörigen Menschen. Nach vorliegenden Indikatoren gibt es wenig Anhaltspunkte dafür, die Organisationsdichte in Wien als das Ergebnis stärkerer Disziplinierungsmittel als in Berlin zu deuten. Weder existierten nennenswerte Quoten von Parteiausschlüssen, die auf eine übermächtige Gesinnungsbürokratie hinweisen könnten, noch waren mit gewerkschaftlichen »closed shops« vergleichbare Beitrittszwänge typisch. Allerdings beinhaltete die wiederholte Erzielung absoluter Mehrheiten eine Machtentfaltung, die in einem Multiplikatoreffekt die Zugehörigkeit zur herrschenden Partei attraktiv erscheinen ließ. Zwar belegt die Aktenüberlieferung, daß auch Mitglieder der christlichsozialen Minderheitspartei nach einem gewissen Proporz z.B. bei der Wohnungsvergabe mit Protektion rechnen durften; angesichts umgekehrter Kräfteverhältnisse und Rollenverteilung auf Bundesebene mußte nämlich die Gemeindeverwaltung des »roten Wien« an leidlichem Einvernehmen mit ihren »schwarzen« Kontrahenten interessiert sein. Doch bewirkte ein seit dem Vorkriegsregime Luegers in Wien ausgeprägter Klientelismus, daß ohnehin die Sozialdemokratie wählende Haushalte den Anwerbeversuchen rühriger Parteivertrauensleute seltener Widerstreben entgegensetzten. Von einer durch politische Erfolge begründeten Ausgangsbasis konnten Nachzügler dann mit dem Hinweis auf die Nachbarn, zuletzt auch noch der Kaufmann um die Ecke mit Blick auf

seine überwiegend organisierte Kundschaft gewonnen werden. Das sozialdemokratische Milieu wurde so in Wien durch kommunalpolitische Hegemonie formiert und verdichtet, während die soziokulturelle Heterogenität vergleichbare Millionenstädte eher übertraf und insofern keine naturwüchsige Integrationsbasis bereitstellte[17].

Über ihre allgemeinpolitische Werbekraft hinaus sollten die Gemeindebauten als sozialdemokratischer Machtfaktor nicht überschätzt werden, zumal sie nur ungefähr jeden siebenten Haushalt beherbergen konnten. Das Erstaunen über deren Wahlergebnisse von mehr als 80 % SDAP beruht meist auf Unkenntnis der nicht prinzipiell anderen Verhältnisse traditioneller Wiener Arbeiterquartiere. Mit Wohnungsgrößen vorwiegend zwischen 40 und 50 qm und Betriebskosten-Mieten von nur 3–5 % eines Arbeiterlohns waren die Gemeindebauten in sozialer Hinsicht ohnehin hochselektiv konzipiert. Im Hinblick auf ihre Identifikationskraft darf gleichwohl von einer zusätzlichen Milieustabilisierung gesprochen werden. Immerhin konzentrierten sich die Widerstandsaktionen der Februarkämpfe 1934 weit überproportional auf diese stets großflächigen Wohngebiete. Die in ihnen vorhandenen Gemeinschaftsanlagen hatten Kommunikationsstrukturen über die unmittelbare Nachbarschaft hinaus ermöglicht, in die auch Parteigruppen integriert waren. Insofern versuchten dort ansässige Schutzbündler 1934 mit ihrer gewohnten sozialen Lebenswelt zugleich ein politisch-kulturelles Symbol des »roten Wien« zu verteidigen.

Wiederum vermag das in solcher Form singuläre Beispiel Wiens systematisch vergleichende Überlegungen anzustoßen, und zwar in diesem Falle hinsichtlich des großstädtischen Milieubegriffs. Offenbar hatten diese im Mittel etwa 1.000 Bewohner zählenden Siedlungen jene Größenordnung, die bereits eine komplette eigene soziale Infrastruktur ermöglichte, aber eine überschaubare Lebenswelt blieb. Am oberen Ende dieser Skala erreichte der Karl-Marx-Hof als Prestigebau mit rund 5.000 Bewohnern fast schon kleinstädtisches Eigenformat. Im Randbereich des bürgerlichen 19. Bezirks mit seinem prachtvollsten Villenbestand der Metropole gelegen, sollte dieser kostengünstige »Volkswohnpalast« symbolträchtig für eine Gegenwelt stehen, zugleich aber die politisch-kulturelle Hegemonie in der Gesamtregion veranschaulichen. Die Bindekraft einer solchen Milieuverdichtung wird auch daraus ersichtlich, daß unmittelbar nach dem Bürgerkrieg in Gemeindebauten einquartierte Heimwehrleute wie Aussätzige behandelt wurden. Der lange Arm sozialdemokratischer Lagerformierung reichte sogar bis in traditionelle Arbeiterviertel mit Privatmietskasernen: Durch eine rigorose Mieterschutz-Gesetzgebung, deren Garant das »rote Wien« bildete, wurde über die Arbeitswelt hinaus eine Solidargemeinschaft von Wohnberechtigten zu Sozialtarifen **politisch** abgesichert.

Ohne diese übergreifend vereinigenden Bande waren Nachbarschaften relativ Statusgleicher in einer Metropole nicht mehr in politisch maßgebender Bedeutung milieukonstituierend, wie anhand der Berliner Situation erkennbar

wird. Überhaupt sind Vorstellungen über Kommunikationsnetze, die für ländliche und kleinstädtische Siedlungsformen auch noch in den 30er Jahren zutreffen mögen, auf Fragestellungen der politischen Kultur in Großstadtregionen kaum übertragbar. So war gesellschaftlich relevante Öffentlichkeit dort nicht mehr ohne Medienträger herzustellen[18]; dies gilt selbst für Belegschaften der Großbetriebe, die sich ihrerseits zu einem für Ballungszentren typischen Massenforum der Meinungsbildung entwickelten. Auf der Suche nach spezifischen Milieubereichen der Berliner Sozialdemokratie treten letztlich zwei Aktionsfelder in den Blick, die nicht anders als in Wien durch politische Vorgaben erst **hergestellt** waren: Zum einen durften städtische Betriebe, allen voran die Verkehrsgesellschaft BVG mit ihrer Leitfunktion eines der kapitalstärksten Großkonzerne, als Hochburgen des SPD-Einflusses gelten. Da jedoch einzelne Parteidirektoren mit zwanzigfachen Arbeitereinkommen an sozialen Vergünstigungen aufreizend überproportional partizipierten, wurde die BVG am Ende der Weimarer Republik, statt programmgemäß musterbetrieblichen Glanz auf eine Elendszeit abzustrahlen, zur einträglichen agitatorischen Zielscheibe von KPD und NSDAP.

Zum anderen sind milieuintegrierende Einsprengsel um 50 % Stimmenanteil der SPD einzig in manchen Berliner Genossenschaftssiedlungen zu finden. Indem diese eine wesentliche Operationsbasis sozialdemokratischen Widerstandes bildeten, verdienen sie ein besonderes Augenmerk. Im Unterschied zu Wien fehlte aber die unmittelbare Verbindung mit der Stadtregierung, weil ein beträchtlicher Teil der ohnehin zumeist kleineren Projekte im Umfeld der nationalen und liberalen Berufsverbände oder von privaten Trägern errichtet war. Durch bloße Zinssubventionierung anstelle kommunaler Regie blieben auch die Mieten in ansonsten mustergültigen Berliner Wohnanlagen erheblich über dem Altbauniveau, so daß 25–30 % des Arbeiterlohns nicht einmal die Obergrenze bildeten. Die Stigmatisierung als exklusive »Bonzenburgen« seitens der KPD- und NSDAP-Propaganda war gewiß Polemik, wie durchaus nennenswerte Stimmanteile dieser Parteien in Neubauquartieren bezeugen. Doch wurden die im Durchschnitt ungefähr 60 bis 65 qm großen Wohnungen tatsächlich eher auf gut verdienende Facharbeiter sowie einfachere Angestellte und Beamte zugeschnitten; unter deren gewerkschaftlich organisierten Teilen blieb die SPD relativ am stärksten vertreten.

Über diese strukturellen Voraussetzungen hinaus identifizierten sich gerade sozialdemokratische Funktionsträger mit ihren genossenschaftlichen Wohnquartieren. Sobald einmal derartige politische Freundeskreise in einer Siedlung etabliert waren, entstanden weitere Zuzugsanreize für dies beobachtende Gleichgesinnte. Insbesondere unter dem Druck des NS-Regimes gewannen subkulturelle Rückzugsbereiche dieser Prägung einen geradewegs überlebenswichtigen Stellenwert[19]. Die Entscheidung für aktiven Widerstand blieb eine Frage der persönlichen Risikobereitschaft; aber ohne solche nachbarschaftlich flankierten Schutzzonen wäre anfängliches Engagement dieser wenigen noch selbstmörderischer gewesen. Das prominenteste Beispiel so definierter **Teil**milieus war Berlins älteste Genossenschaftssiedlung »Freie Scholle« im Bezirk Reinickendorf/Ortsteil Tegel;

dort hatte u.a. der spätere Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann als Reichsbanner-Aktivist die Konfrontation mit Nazigruppen nicht gescheut. Nicht minder engagiert war die Parteiabteilung der Friedrich-Ebert-Siedlung im Wedding, die sogar mit ihrer eigenen Zeitung hervortrat[20]. Als Musterprojekt galt überregional die Großsiedlung Britz im Bezirk Neukölln[21], deren Identifikationswert bis hin zu einer besonderen Festkultur reichte. Von politischem Galgenhumor zeugte in deren Nachbarschaft die Selbsttitulierung einer preiswerteren Wohnanlage als »Konzentrationslager-Siedlung«, weil die Machthaber nur mehr Stacheldraht um die Häuser hätten ziehen müssen, um einen Großteil der bezirklichen SPD-Funktionäre festzusetzen. Sogar im vornehmsten Bezirk Zehlendorf existierten um die Fischtal-Siedlungshäuser, deren Flachdächer und Farbenfreudigkeit einen Kulturkampf der Architekturkritiker entfesselt hatten, einzelne genossenschaftliche Inseln; sie bildeten den eng begrenzten Nährboden für Reichsbannergruppen inmitten eines braunen Sumpfgeländes[22].

Im Vergleich mit Wien konnte sich politische Widerständigkeit aus der Berliner SPD als objektiv noch aussichtsloser, jedoch subjektbezogen immerhin organisationstypischer darbieten: Deren Mitglieder waren nicht weitgehend ein Abbild des einfachen Stadtvolkes gewesen, sondern hatten ein sehr viel spezifischeres Profil gezeigt. Während die Tendenz zum Volkspartei-Charakter bei der Wiener SDAP aus ihrer Breite resultierte, deuteten ähnliche Sozialindikatoren der Berliner SPD auf relative Mitgliederschwäche hin. Als eine klare Mehrheit aller österreichischen Sozialdemokraten in Wien lebte, beheimatete Berlin gegen Ende der Republik nur jedes fünfzehnte SPD-Mitglied, wo es doch vor dem Ersten Weltkrieg noch jedes achte gewesen war. Angesichts einer Führungsrolle der KPD im Arbeiter- und Arbeitslosenbereich konnte die hauptstädtische SPD bei öffentlichen Bediensteten sowie Lehr- und Sozialberufen überproportional vertreten sein[23]; noch ausgeprägter galt dies für Funktionsträger von Freien Gewerkschaften und Umfeldorganisationen[24]. Diese Berufsgruppen zählten vielfach in besonderer Weise zu den vom NS-Regime negativ Betroffenen; sie konnten häufig nicht wie viele Produktionsarbeiter, Privatangestellte oder Selbständige ihre bisherige Tätigkeit ohne gravierende Einschnitte fortsetzen bzw. nach Arbeitslosigkeit überhaupt erst wieder aufnehmen. Die vielseitig beschriebenen Kommunikationsmuster in politischen Freundeskreisen wurden insofern aus einer Kompensation von Freiheits- und Statusverlusten im Arbeitsalltag zusätzlich motiviert. Dem Aufbau einer beruflichen Existenz in erzwungener Selbständigkeit, die zuvor aus politischen Gründen entlassenen Parteimitgliedern einzig verblieb, entsprangen nicht selten Netzwerke der Zusammenarbeit und relativ unverdächtige Treffpunkte.

Mit dem landläufigen Milieuverständnis hatten die sozialdemokratischen Verdichtungsräume der Gemeinwirtschaft und Wohngenossenschaften allerdings wenig gemein. Statt längerfristig tradiert und sozialhistorisch gewachsen zu sein, waren sie vielmehr erst in der kurzen Prosperitätsphase seit Mitte der 20er Jahre entstanden und gesellschaftspolitische Bauwerke mit eigenem Gestaltungsanspruch. Auch von einer sozialdemokratisch geprägten politischen Regionalkultur

konnte für Berlin kaum die Rede sein. Als Oberbürgermeister hatte zunächst ein Linksliberaler, seit Beginn der 30er Jahre gar ein Rechtsbürgerlicher fungiert, auch im Magistratskollegium bestand zu keiner Zeit eine SPD-Mehrheit. Die Viermillionenstadt war nicht einmal politisch selbständige Handlungsinstanz, sondern blieb der Provinz Brandenburg einverleibt und der Aufsicht des Oberpräsidenten in Potsdam unterstellt. Die preußische SPD wollte Berlin auch gar keinen Zuwachs an Gemeindeautonomie einräumen, teils aus Mißtrauen gegenüber örtlichen USPD-Traditionen, teils im Beharren auf dem zentralistisch-etatistischen Politikmodell. Der österreichische Parteichef Otto Bauer hatte wohl nicht ganz unrecht, wenn er das Dilemma der deutschen Arbeiterbewegung dahin skizzierte, zwischen »neuem Russentum« der Linksradikalen und »altem Borussentum« der SPD-Mehrheit weniger Neigungen zum westlichen Freiheitsverständnis eines »Selfgovernment« entwickelt zu haben[25]. Mit linksbürgerlichem Impetus hatte Hugo Preuß, der Weimarer »Verfassungsvater«, frühzeitig nicht wesentlich anders geurteilt: »Neben dem preußischen Heer gibt es sicherlich nichts Preußischeres als die preußische Sozialdemokratie.«[26] Aus der Feder des Klassikers einer Selbstverwaltungslehre, die ihre geistig-politischen Ursprünge im angelsächsischen Kulturkreis nicht verleugnete, zielte dies kritisch auf eine fortlebende Obrigkeitszentrierung.

Nach dem »Preußenschlag« wurde die Metropole jedenfalls wieder mit den Schattenseiten der Machtkonzentration in einem Hegemonialstaat unmittelbar konfrontiert. Ausgerechnet bereits zum Eintritt in eine langandauernde Krisenperiode war die Berliner SPD seit den Kommunalwahlen des November 1929 im Zeichen des Sklarek-Skandals auf einem Tiefpunkt ihrer Popularitätskurve angelangt. Selbst ein vergeblicher Abwehrkampf wie der Wiener Februaraufstand von 1934 lag als eigenständige Handlungsoption der hauptstädtischen Sozialdemokraten außerhalb konkreter Realisierungschancen. Von der KPD, die im Vorjahr zusammen mit der Rechten die Auflösung des Preußischen Landtags mit seiner Mehrheit der Weimarer Koalition per Volksbegehren erstrebt hatte, war keine Unterstützung für ein als sozialfaschistisch denunziertes Braun-Severing-Kabinett zu erwarten. Die geringe Teilnahme von Gefolgsleuten des Liberalismus und Politischen Katholizismus am gemeinsamen Republikschutzverband »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« signalisierte, daß die Abwehrkräfte der SPD gegen Rechtstendenzen durch ihre langjährigen Koalitionspartner im Ergebnis kaum gestärkt wurden. Überdies waren die traditionellen Herrschaftskasten der Habsburger wie der Hohenzollern-Monarchie den Wiener und Berliner Sozialdemokraten hinreichend verhaßt, um tatsächliche oder vermeintliche Ansätze zu deren Restauration unter Papen und Dollfuß als Hauptgefahr zu betrachten und die wortstarken nationalsozialistischen Ankündigungen mehr als Propagandaphrasen abzutun. Der Unterschätzung von Vernichtungsgefahren durch eine braune Diktatur lagen teilweise verfehlte historische Analogien zum Sozialistengesetz zugrunde: Nach dessen zwölfjähriger Geltungsdauer war 1890 eine (seither diesen Namen tragende) SPD auf hauptstädtischem Boden mit bis zum Ersten Weltkrieg ständig wachsenden absoluten Mehrheiten wieder auferstanden.

Andererseits müßte ein illusionäres Bild der sozialdemokratischen Hegemonie in Wien zurückbleiben, wenn diese organisationsverdichtete Regionalkultur gewissermaßen als ein beschirmtes »Polit-Biotop« mißverstanden würde. In Wirklichkeit waren auch die Gewerbeverbände durch ihre zwangskorporativen Strukturen zu einem Machtfaktor besonderen Ranges aufgestiegen. Außerhalb Wiens bestanden im Entscheidungsjahr 1933 erst industrielle Enklaven inmitten ländlicher und kleinstädtischer Siedlungsräume. Eine schon 1927 gegen das »rote Wien« formierte sog. »antimarxistische Einheitsliste« organisierte ihre mittelständische Klientel, insbesondere Bauern und Gewerbetreibende, im gesamtösterreichischen Maßstab keineswegs weniger zahlreich als die SDAP. Die als Koalitionstheorie der Gründungsjahre entfaltete Lehre vom relativen Gleichgewicht der Klassenkräfte hatte somit einen zusätzlichen strukturellen Unterbau erhalten: Von sieben Österreichern lebten zwar immerhin zwei in der überdimensionierten Hauptstadt, aber eben fünf in vielgestaltigen, jedoch der Metropole skeptisch bis feindlich gesinnten Landesteilen. Diese Relation beleuchtet mögliche Rekrutierungsfelder von Bürgerkriegsarmeen von vornherein durchaus plastisch; so konnten die rechtsautoritären Heimwehren mit rund 100.000 Angehörigen die Kopfzahl des Republikanischen Schutzbundes sogar knapp übertreffen. Im Falle eines durch Rechtsregierungen geschmiedeten Bündnisses mit der Berufsarmee mußte ihnen seit Beginn der 30er Jahre ein klares Übergewicht zugeschrieben werden[27].

An der bürgerlichen »Einheitsliste« gegen das »rote Wien« waren bereits stadtbekannte Nationalsozialisten wie der Parteimitgründer Riehl beteiligt. Nachdem sich gegen die mißliebige Metropole ein provinzieller Heimwehrfaschismus formiert hatte, erschien die SDAP mit rechtsradikalen Kontrahenten eher schon undramatisch vertraut als von ihnen besonders alarmiert. In der NSDAP wurde anfänglich nur eine Art reichsdeutscher Spähtrupp ohne Durchbruchschancen in die festgefügten Zwei-Lager-Bastionen gesichtet; doch entwickelte sich das großdeutsche Anlehnungsverhältnis dieser neuen dritten Kraft seit 1932 zu einem unterschätzten Machtfaktor eigener Prägung. Anders als in Berlin konnten die Nationalsozialisten in Wien aber kaum als die eigentlichen Totengräber der Ersten Republik gelten; ihre Wahlergebnisse erreichten nicht einmal 20 %, und die Staatsgründungsparteien behaupteten bis zuletzt handlungsfähige parlamentarische Mehrheiten. Vielmehr sprengten die Christlichsozialen der Ära Dollfuß stufenweise den Verfassungsrahmen, als sie sich unter demokratischen Bedingungen künftig auf die Rolle eines Juniorpartners der SDAP verwiesen sahen. Die Ausschaltung des Nationalrats vollzog sich im März 1933 noch in einer Phase relativ wohlwollender Betrachtungen der sog. »nationalen Erhebung« und zielte deshalb primär auf die Beseitigung des sozialdemokratischen Einflusses und die Vorbereitung des autoritären Ständestaates. Das Motiv der Selbstbehauptung gegenüber einer zunehmend gewalttätiger auftretenden NSDAP kam erst seit der zweiten Jahreshälfte 1933 und insbesondere nach dem Dollfuß-Attentat im Juli 1934 ausdrücklicher hinzu[28]. Den österreichischen Machthabern drängte sich wohlbemerkt

einstweilen das faschistische Italien als Schutzmacht gegen reichsdeutsche Expansionsziele auf, was auf die Innenpolitik des Kleinstaates erheblich abfärben mußte.

Mit einem unmittelbar handlungsfähig verfügbaren sozialdemokratischen Widerstandspotential war im »Anschluß«-Frühjahr 1938 ohnehin kaum noch zu rechnen; weitere vier Jahre der repressiven Illegalisierung unter dem Schuschnigg-Regime hatten tiefe Spuren einer Demoralisierung hinterlassen[29]. Die Neukonstituierung als »Revolutionäre Sozialisten« aus der SDAP reflektierte zuvor mit der Namensänderung zugleich eine strukturelle Diskontinuität[30]; diese wurde mit dem vorübergehend geänderten Kürzel »Sopade« statt SPD verhaltener angedeutet. Unter einer Diktatur konnte die frühere Integrationspartei Wiens nicht fortbestehen, nur konspirative Zirkel wollten punktuell noch politische Lebenszeichen aussenden. Im tschechischen Exil unterhielten diese Wiener Kreise anfänglich bessere Kontakte mit deutschen Oppositionsgruppen wie »Neu Beginnen« als zur SPD-Führung, die im Vergleich mit der eigenen Partei noch stärker kompromittiert erschien[31]. Aus der Illegalität fand jedoch auch Ex-Finanzminister Hilferding als Spiritus rector des Prager Manifestes der SPD wieder Anschluß an seine »austro-marxistische« Herkunft, wobei er die neuartigen Handlungsgrenzen pointiert kennzeichnete: »Nicht nur die ungeheure stärkere Staatsmacht und die Ungeheuerlichkeit ihrer Brutalität, sondern auch der augenblickliche Zustand der deutschen Gesellschaft, in dem jeder zweite Mensch ein Spitzel und freiwilliger Hilfspolizist des herrschenden Regimes ist, beschränkt die Möglichkeit der Organisation auf kleinste Gruppen, zwingt zu weitgehender Dezentralisation und zu vorsichtigem, streng konspirativem Vorgehen.«[32] Auf dieser Ebene der systematischen Analyse, die allerdings mehr noch als in der Republikzeit aus ohnmächtiger Distanz zum Geschehen erfolgte, lagen weiterhin die Stärken der sozialdemokratischen Tradition, zumal gegenüber ihren unzureichende Aktionsorientierung bemängelnden Kritikern[33].

Der Absperrung von Kommunikationskanälen aus öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten folgten unvermeidlich Erosionsprozesse im Sozialmilieu des Betriebs- und Wohnalltags. Die neuesten Studien zu innerösterreichischen Regionalvergleichen bestätigen aber die milieuverdichtenden Nachwirkungen des Wiener SDAP-Organisationsgrades, indem Überläufertum in weit geringerem Maße als in der sozialdemokratischen Diaspora zu verzeichnen war[34]. Die NSDAP behauptete zwar nach den Februarereignissen 1934 einen Gefolgschaftszustrom von 3.000 Ex-Genossen[35]. Wenngleich dies insofern eine andere Logik als in Berlin hatte, weil sich die Wiener NSDAP weiterhin sozialrevolutionär gegenüber dem Dollfuß- und Schuschnigg-Regime gebärdete, sind derlei Parteiquellen nur mit größter Vorsicht zu genießen. Doch selbst wenn es wirklich zu der proklamierten neuen SA-»Brigade« gereicht haben sollte, waren gemäß solchem Jargon eben nur diese 0,7 % der feindlichen »Parteiarmee« als offene Deserteure abzuwerben. Insofern aber dem sozialdemokratischen Organisationspatriotismus das bisherige Identifikationszentrum gewaltsam entzogen war, ließen sich kollektive Loyalitäten

auf den großdeutschen Machtstaat transponieren, zumal nach der autoritären Gleichschaltung des »roten Wien« für dieses Milieu die österreichische Eigenstaatlichkeit noch weniger verteidigungswürdig erschien. Der bereits aus dem Ersten Weltkrieg vertraute Mechanismus einer Indienstnahme sozialdemokratisch-freigewerkschaftlicher Sekundärtugenden für obrigkeitliche Formierungsprozesse stieß – begleitet von Sozialgratifikationen – nur bei Minderheiten gesinnungsfester Parteigänger auf prinzipielle Resistenz.

Es gehört dennoch keine übermäßige politisch-soziologische Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß auch 1938 bei freien Wahlen eine absolute Mehrheit der Sozialdemokratie in Wien zu erzielen gewesen wäre – so wie es alsbald nach 1945 noch Jahrzehnte selbstverständlich blieb. Das 99prozentige »Anschluß-Ja« im April 1938 hatte **dagegen** nicht die mindeste Beweiskraft aufzubieten. Einen Monat zuvor war Schuschniggs in letzter Minute geplantes Scheinplebiszit für Österreichs Eigenstaatlichkeit an dem bevorstehenden Einmarsch der deutschen Truppen gescheitert. Einige Tiroler Bergdörfer hat die betreffende Nachricht jedoch verspätet erreicht, und folglich sollen sich dort gleichlautende 100 % für ein »unabhängiges« Österreich registrieren haben lassen wie umgekehrt einen Monat darauf für die Einverleibung »Heim ins Reich«[36]. Solche Nachahmungen einer Volkszählungsaktion sind eben auch im Unterbewußtsein eines Massenkonformismus das Gegenteil einer wirklichen Abstimmung. Wenn bei derlei Ja-Sager-Meldeappellen meist unter 1 % Nonkonformisten diese Dienste verweigern, ist die Gefolgschaftsquote nach ohnehin längst geschaffenen Tatsachen unter der historiographischen Rubrik »Sonstiges« abzubuchen. Mit statt dessen erhobenem Zeigefinger auf solches Mitläufertum zielend, würde man nämlich den jeweiligen Machthabern für ihre 99prozentigen Selbstinszenierungen gar noch unfreiwillig einen Restposten an Legitimation nachliefern.

Das klarsichtigste Gesamturteil zur Widerstandsproblematik bleibt folglich die Erkenntnis, daß es angesichts des seltenen – und im übrigen nach ihrer Tat nicht immer unproblematischen – Auftretens von »Helden« darauf ankommt, rechtzeitig für politische Zustände zu sorgen, die gar nicht erst romanwürdiger Lichtgestalten bedürfen. Von der individuellen auf die kollektive Ebene übertragen, ist aus Berliner Sicht auf das sozialdemokratische Modell Wiens daraus zu lernen, daß selbst im freiheitlichen Verfassungsstaat erfolgreichste Massenorganisationen strukturnotwendig nicht für gewaltsame Abwehraktionen gegen etablierte Diktaturen tauglich sind. Hingegen waren mehrfache Versuche offen gewaltsamer Machtübernahme durch rechtsautoritäre Gruppierungen in Deutschland und Österreich frühzeitig gescheitert, wobei die Existenz organisierter Gegenkräfte sich in der Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung durchaus bewährte. Das Einfallstor zur dann nicht mehr zu erschütternden Diktatur bildete die scheinlegale Machterschleichung unter tätiger Mithilfe ehedem staatstragender Parteien und Verbandsinteressen. Daran konnte aber nicht einmal jene dermaßen hegemoniale Wiener SDAP – in einer zudem überdimensionierten Metropole – wesent-

liches ändern, weil die außerhalb der Großstadt- und Industriegebiete dominierenden Mittelstandskräfte längst unwiderruflich gegen sie Front gemacht hatten.

Ähnlich wie statistische Auswertungen ergeben haben, daß in der Mehrheit für Hindenburg 1925 das antirepublikanische Potential der NSDAP in verblüffender Kontinuität für 1932/33 bereits vorformiert war[37], hatte mit der sog. »Einheitsliste« das bürgerliche Lager in Österreich schon 1927 eindeutig optiert: Abzüglich vielleicht 2 % gesinnungsfester Linksliberaler (und noch weniger Linkskatholiken) paktierte man eher mit Nationalsozialisten, deren Gewaltpredigten nicht ernstgenommen wurden, als sich in die legal und weithin friedlich eroberten Wiener Mehrheitspositionen der Sozialdemokraten zu fügen. Von dieser Kernproblematik der Voraussetzungen sozialdemokratischer Widerstandschancen auf dem Weg in die NS-Diktatur wird abgelenkt, wenn rückblickend kontrafaktische Erwartungen an die gänzlich anderen Zwecken dienenden Organisationen aus diesem politisch-sozialen Milieu gerichtet werden. Das »rote Wien« hat bei wohlbemerkt schuldenfreiem Kommunalhaushalt[38] für jeden siebenten Haushalt ein kapital- und grundrentenfreies Wohnen hinterlassen, die diktatorischen Machthaber aber – vor allem in Berlin – eine Ruinenlandschaft im Staatsbankrott. Wer demokratische Aufbauleistungen durch ihre gewaltsame Zerstörbarkeit über Gebühr relativiert sieht, muß sich an die notwendige Ergänzung jenes erwähnten Merksatzes für historische Widerstandschronisten erinnern lassen: Nicht heldenmütig kämpfende politische Organisationen sind letztlich erstrebenswert, sondern die Fortdauer von Rahmenbedingungen, unter denen republikanische Schutzwehren nur Desparados abzuschrecken haben, aber nicht wirklich gegen deren bereits machtgestützt etablierte Wegbereiter zu Felde ziehen sollen.

__ 1
Angesichts der inzwischen weitläufigen Literatur über die NS-Periode werden – abgesehen von Zitaten, Statistiken und Belegen zur Vorgeschichte in der Republikzeit – einerseits nur einschlägige Beiträge vor allem zum sozialdemokratischen Widerstand in Berlin gesondert nachgewiesen, andererseits jedoch im Hinblick auf eine im kleineren Österreich wesentlich dominantere Hauptstadt Wien auch einige nicht regionalspezifisch einzugrenzende Darstellungen.

__ 2
Erste materialbezogene Studien mit vorrangigem Hauptstadtbezug finden sich bei Hans J. Reichardt, Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung, in: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln 1966, S. 169–213; mangels einer umfassenderen Darstellung liefert einen instruktiven Überblick weiterhin das betreffende Kapitel aus der Darstellung von Franz Moraw, Die Parole der »Einheit« und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 31–65.

__ 3
Die Zusammenstellung von Informationen über eine große Anzahl von beteiligten Personen ist ein Verdienst der einschlägigen Passagen aus dem Werk von Harold Hurwitz/Klaus Sühl, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 2: Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, Köln 1984, S. 133–189.

__ 4
Vgl. dazu als Publikationsreihe die Darstellungen von Hans-Rainer Sandvoß (Gedenkstätte Deutscher Widerstand), Widerstand in einem Arbeiterbezirk. (Wedding), Berlin 1983;
ders., Widerstand in Steglitz und Zehlendorf, Berlin 1986;
ders., Widerstand in Spandau, Berlin 1988;
ders., Widerstand in Neukölln, Berlin 1990;
ders., Widerstand in Pankow und Reinickendorf, Berlin 1992;
Heinrich-Wilhelm Wörmann, Widerstand in Charlottenburg, Berlin 1991;
Felicitas Bothe von Richthofen, Widerstand in Wilmersdorf, Berlin 1993.

__ 5
Neben den in Anm. 4 genannten Regionalstudien verweisen generell auch H. Hurwitz/K. Sühl (Anm. 3), S. 137 ff., auf den politisch und existentiell motivierten Zuzug nach Berlin.

__ 6
Eine vollständige Übersicht der Ergebnisse aller von 1921 bis 1933 in Berlin abgehaltenen Reichstags-, Landtags-, Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen findet sich mit absoluten Zahlen (Prozentwerte eigene Berechnung) in: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 9 (1933), S. 272–274;
die geordnete Zusammenstellung von Wahl- und Wirtschaftsdaten liegt erschlossen vor im Anhang bei Otto Büsch u.a., Berliner Demokratie 1919–1985, Bd. 1, Berlin 1987.

__ 7
Für sämtliche Wien betreffenden Wahldaten ist eine umfassende Dokumentation vorhanden: Maren Seliger/Karl Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932, Wien 1984.

__ 8
Als Materialbasis für den betrachteten Zeitraum (weitere Bände für die Folgezeit liegen dort vor) ist unverzichtbar: Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945.
Eine Dokumentation, Bd. 1: 1934–1938, Bearb. Wolfgang Neugebauer, Wien 2. Aufl. 1984;
mit einem breiten Themenspektrum wird der aktuelle Forschungsstand im Überblick ersichtlich aus Rudolf G. Ardelt/Hans Hautmann (Hrsg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990.

__ 9
Zur Berechnung dieser Vergleichsdaten und einer Vielzahl im folgenden aus Umfangsgründen nicht detailliert auszuweisenden Hintergrundinformationen vgl. Detlef Lehnert, Kommunale Politik, Parteiensystem und Interessenkonflikte in Berlin und Wien 1919–1932, Berlin 1991.

__ 10
Vgl. Gerhard Botz, Der »4. März 1933« als Konsequenz ständischer Strukturen, ökonomischer Krisen und autoritärer Tendenzen, in: ders., Krisenzonen einer Demokratie, Frankfurt am Main 1987, S. 158.

__ 11
Dazu erscheint voraussichtlich noch 1996 als Ergebnis eines an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften durchgeführten Forschungsprojekts: Detlef Lehnert u.a., Die »Erfolgsspirale« der Ungleichzeitigkeit. Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der nationalsozialistischen Wahlerfolge in der Berliner und Wiener Tagespresse 1927–1932.

__ 12
Das mit 23% in Wien katastrophale Ergebnis der Liste »Christlichsoziale und Heimatwehr« bei vorzeitigen Nationalratswahlen im November 1930 bestätigte noch das sozialdemokratische Konzept, die faschistische Bedrohung zunächst mit der Macht des Stimmzettels in die Schranken zu weisen. Das Hervortreten des Schober-Blocks als dritte Kraft mit über 10% Stimmen in Wien und die Kritik des Kunschak-Flügels der Christlichsozialen an dem von der Wählerschaft nicht honorierten Heimwehrkurs der eigenen Partei konnten dafür als wichtige Indizien gelten: Im Gefolge der Novemberwahlen 1930 wäre noch am ehesten eine Spaltung des bürgerlichen Lagers in verfassungsloyale und antirepublikanische Kräfte zu forcieren gewesen – sei es durch Koalitionspolitik bzw. über eine Offensive der SDAP in Richtung nötigenfalls zu erzwingender Entwaffnung der Rechtsradikalen.

__ 13
Eine Auswertung des organisationsstatistischen Materials wurde separat von der in Anm. 9 genannten Studie publiziert: Detlef Lehnert, Die Metropole des Organisationspatriotismus: Der »Sonderfall Wien« als Kommunalmodell massendemokratischer Parteienidentifikationen in politik-historischer Vergleichsperspektive mit Berlin 1918–1933, in: Zeitgeschichte, 19 (1992), S. 319–355.

__ 14
Das in der Fachliteratur zu unkritisch übernommene zeitgenössische Urteil, daß nur mehr Hindenburg die Machtübernahme Hitlers noch verhindern konnte, vermag im Hinblick auf etwaige Kandidaturen angesehener sozialer, liberaler oder christlicher Demokraten nicht vollständig zu überzeugen. Eine solche Flucht nach vorn wäre mit dem letztmöglichen immerhin auch zu einem relativ günstigen Zeitpunkt erfolgt, da im Spektrum der rechten Mitte und gemäßigten Rechten zwar eine koalitionspolitische Einbindung der NSDAP, aber schwerlich die Auslieferung des Notverordnungsmißbrauchs an Hitler schon blindlings unterstützt werden konnte.

__ 15
Zu diesen aus der vorliegenden Literatur bislang nicht präzise erschlossenen Kräfteverhältnissen in der veröffentlichten Meinung vgl. die in Anm. 11 angekündigte Studie.

__ 16
Vgl. als eine Pionierstudie der neueren Forschung diesbezüglich Karl R. Stadler, Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934, Wien 1974.

__ 17
Zur Problematik einer Kontinuität der Milieuverdichtung vgl. auch Dieter Langewiesche, Zur Freizeit des Arbeiters. Bildungsbestrebungen und Freizeitgestaltung österreichischer Arbeiter im Kaiserreich und in der Ersten Republik, Stuttgart 1979.

__ 18
Dies zeigt selbst noch die Bedeutung eines in politischer Farblosigkeit getarnten Nachrichtenblatts wie »Blick in die Zeit« unter dem NS-Regime, von dem nunmehr aber stärker noch als durch Inhalte über die Verteilungsinfrastruktur eine Integrationswirkung für Teilmilieus ausging; vgl. Peter Lösche/Michael Scholing, Solidargemeinschaft im Widerstand: Eine Fallstudie über »Blick in die Zeit«, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung (IWK), 19 (1983), S. 517–561.

__ 19
Die Besorgnis gegenüber »Widerstandsnestern« kann freilich auch die Machthaber veranlaßt haben, auf Parteifunktionäre besondere Pressionen bis zum Fortzug aus diesen Wohnungen auszuüben, was aber erst in einer späteren Phase häufiger erfolgt sein dürfte;
vgl. H. Hurwitz/K. Sühl (Anm. 3), S. 177.

__ 20
Vgl. die betreffenden Informationen bei H.-R. Sandvoß (Anm. 4): Wedding, S. 33f.; Pankow und Reinickendorf, S. 35f.

__ 21
Als Überblick vgl. Thilo Hilpert, Hufeisensiedlung Britz 1926–1980, Berlin 1980, mit dem Wahlresultat der absoluten SPD-Mehrheit 1929 (S. 87);
zu dem alljährlichen »Fest der Arbeit« vgl. die Berichte im »Vorwärts« am 9. 9. 1929 und 8. 9. 1930. Bereits wenige Tage nach dem »Preußenschlag« meldete der »Vorwärts« (Nr. 347 v. 26. Juli 1932/1. Beil.) »Hausdurchsuchungen in Siedlung Britz«, bei denen eine nunmehr für antirepublikanische Ziele instrumentalisierte Polizei vergeblich nach Waffenlagern in den Privatwohnungen führender Reichsbannerleute fahndete.

__ 22
Zu den bezirklichen Beispielen vgl. H.-R. Sandvoß (Anm. 4): Steglitz und Zehlendorf, S. 55; Neukölln, S. 66. Die von dem stellvertretenden Vorsitzenden Theodor Haubach organisierten illegalen Reichsbanner-Gruppen sollen allein in Berlin etwa 1.000 Köpfe stark gewesen sein, was etwa auch der geschätzten Zahl im Untergrund aktiver SPD-Mitglieder entspricht; vgl. F. Moraw (Anm. 2), S. 34, 36.

__ 23
Zu diesem hauptstadtspezifischen Sonderphänomen vgl. Klaus Sühl, SPD und öffentlicher Dienst in der Weimarer Republik. Die öffentlich Bediensteten in der SPD und ihre Bedeutung für die sozialdemokratische Politik 1918–1933, Opladen 1988.

__ 24
Das vielgestaltige sog. »Vorfeld« wird im einzelnen abgehandelt in: Gert-Joachim Glaeßner u.a., Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin, Berlin 1989. Wie sich fließende Übergänge von Freizeitgestaltung zur Manifestation einer politischen Solidargemeinschaft zum Typus der »Massenillegalität mit eingeschränkter Aktivität« verbinden ließen, zeigt das Beispiel der zu ihren Konzertabenden bis zu 6.000 gezielt eingeladene Teilnehmer versammelnden »Berliner Liederfreunde«; vgl. F. Moraw (Anm. 2), S. 42–47.

__ 25
Vgl. Otto Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie? (1920), in: Otto Bauer – Werkausgabe, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1975 ff., Bd. 2, S. 356f.

__ 26
Hugo Preuß, Das deutsche Volk und die Politik, Jena 1915, S. 70, wo er unter Einbeziehung dieser Partei- und der Staatsadministration in Preußen weiter ausführt: »Seltsam genug, daß es erst des Weltkrieges bedurfte, damit sich diese beiden stammesverwandten Bürokratien zum ersten Mal persönlich kennen lernten.« Einen demgegenüber eher unkritischen, wenngleich materialreichen Anschluß an diese Traditionslinie liefert das Werk von Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Berlin 1977.

__ 27
Zur Problematik der zunehmenden Defensivposition vgl. Anson Rabinbach, The Crisis of Austrian Socialism. From Red Vienna to Civil War 1927–1934, Chicago 1983.

__ 28
Vgl. zu dieser wichtigen Phase die Studie von Gerhard Jagschitz, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz 1976.

__ 29
Diesen Zeitraum behandelt die grundlegende Studie von Everhard Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933–1938, Wien 1978.

__ 30
Als Zeitzeugenbericht aufschlußreich: Joseph Buttinger, Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung, Frankfurt am Main 1972.

__ 31
Dies berichtet in der Doppelfunktion als handlungsbeteiligter Zeitzeuge und politischer Analytiker: Richard Löwenthal, Konflikte, Bündnisse und Resultate der deutschen politischen Emigration, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 39 (1991), S. 630.

__ 32
Richard Kern (= Rudolf Hilferding), Revolutionärer Sozialismus, in: Zeitschrift für Sozialismus Nr. 5 vom Februar 1934, S. 149.

__ 33
Vgl. dazu Detlef Lehnert, Vom Widerstand zur Neuordnung?, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 497–519.

__ 34
Diese Hinweise finden sich neben anderen Strukturdaten bei Helmut Konrad, Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933–1938, in: R. Ardelt/H. Hautmann (Anm. 8), S. 73–89, bes. S. 82.

__ 35
Zu dieser Information vgl. Hans Schafranek, NSDAP und Sozialisten nach dem Februar 1934, in: R. Ardelt/H. Hautmann (Anm. 8), S. 105; dort finden sich auch einige Indizien für punktuelle wechselseitige Unterstützung von der »schwarzen« Diktatur ausgegrenzter »roter« und »brauner« Aktivisten (S. 100ff.), was in der Vergleichsperspektive die häufig überbewertete Qualität der Kooperation von Sozialdemokraten und Kommunisten bzw. Rechtsbürgerlichen unter der NS-Diktatur als durch eine einzigartige Ausnahmesituation bedingt und somit zum Vorbild untauglich relativiert.

__ 36
Mit den notwendigen quellenkritischen Anmerkungen zu dieser Episode vgl. dazu die Analysen von Gerhard Botz, Schuschniggs geplante »Volksbefragung« und Hitlers »Volksabstimmung« in Österreich, in: ders. (Anm. 10), S. 270.

__ 37
Die betreffenden Korrelationswerte von 0.80 bzw. 0.81 – über eine längere ereignisreiche Zeitspanne (vom April 1925 bis Juli 1932 bzw. März 1933) hinweg – sind, gemessen an den landläufigen vieldimensionalen Wählerfluktuationen, in geradewegs sensationellen Proportionen hochgradig signifikant; vgl. Jürgen Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S. 146.

__ 38
Gerade im Hinblick auf Budgetanalysen ist nützlich: Maren Seliger/Karl Ucakar, Wien. Politische Geschichte 1740–1934, Bd. 2, Wien 1985, bes. S. 1080–1124.

Antinationalsozialistische Demonstrationsfahrt der »Eisernen Front« in Stuttgart 1932

Reichsbannerkundgebung im Berliner Lustgarten am 20. 2. 1933, am Rednerpult der Bundesvorsitzende Karl Höltermann

Beatrix Herlemann

»Wir sind geblieben, was wir immer waren: Sozialdemokraten«

Sozialdemokratisches Widerstands- und Überlebensverhalten 1932 bis 1945

Die Auswertung der in großer Zahl vorliegenden Regional- und Lokalstudien zum Nationalsozialismus wie speziell zu Widerstand und Verfolgung, die meist auch einen SPD-Teil, je nach örtlicher Repräsentanz, enthalten, ergibt einen nahezu flächendeckenden Befund, zieht man den von der SPD selbst geleisteten Beitrag, angesiedelt im Bereich der »grauen Literatur«, noch hinzu. Mit wenigen Ausnahmen keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebend, vermittelt eine Vielzahl der über 3.000 sozialdemokratischen Ortsvereinsgeschichten, lokalen Fest- und Gedenkschriften doch dem Regionalhistoriker Informationen und Daten, die anderswo wegen der Verluste von Archiven und Unterlagen aller Art nicht mehr überliefert sind[1].

Ebenso wie aus den einschlägigen Teilen örtlicher Untersuchungen resultiert der heutige Erkenntnisstand zum Widerstandsverhalten der SPD, ihrer Jugend-, Neben- und Nachbarorganisationen aus den monographischen Arbeiten etwa von Hartmut Mehringer über die bayerische Sozialdemokratie, von Bernd Rabe über die wohl größte lokale Untergrundorganisation, die »Sozialistische Front« in Hannover, der demnächst eine neue, von vertiefenden Fragestellungen sowie einer wesentlich erweiterten Quellenbasis ausgehende Untersuchung der universitären Forschungsgruppe um Herbert Obenaus folgen wird[2], sowie den derzeit laufenden Forschungen sowohl zu Teilaspekten als auch zur gesamten Breite sozialdemokratischen Widerstandsverhaltens in Leipzig und Magdeburg[3].

Die Untersuchungen konzentrierten sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren keineswegs auf die einstigen sozialdemokratischen Hochburgen, schoben sich vielmehr im Kontext mit der thematischen wie begrifflichen Erweiterung des Forschungsfeldes auf Diasporagebiete, ländliche Regionen und Grenzländer vor. So befaßte sich Anton Großmann am Beispiel acht ausgewählter bayerischer Ortsvereine mit den Milieubedingungen außerhalb großstädtisch bestimmter Industrieregionen und erstellte eine Art typologischer Landkarte der unterschiedlich strukturierten bayerischen Provinz-SPD. Basierend auf einer Umfrage des Landesverbandes Bayern an seine rund 2500 Ortsvereine sowie auf Akten des bayerischen Landesentschädigungsamtes, ergab sich ein erheblicher qualitativer wie quantitativer Unterschied im Verhalten der sozialdemokratischen Basis in altgewachsenen Klein- und Mittelstädten zu neuen Industrieansiedlungen oder Dörfern. Nicht so sehr das Maß des Widerstandes, vielmehr die eindrucksvolle Immunität und Nichtverführbarkeit charakterisierten die Haltung der meisten Sozialdemokra-

ten, die sich in ihr Milieu zurückzogen und, eingeigelt in Familien-, Freundes- und Bekanntenkreise, die braune Zeit zu überdauern suchten[4]. Dieser Immunitätsbefund wurde schon von Gerhard Hetzer in genauer topographisch-sozialgeschichtlicher Untersuchung einzelner Stadt- und Industrieviertel Augsburgs für die dort in gemäßigter Tradition stehende Sozialdemokratie wie überhaupt für die dortige Arbeitermehrheit erbracht, die, alteingesessen und in beibehaltener Bindung an die katholische Kirche, ein besonders starkes Resistenzpotential gegenüber dem Nationalsozialismus bildete. Die Auswirkungen dieser Überlappung von Arbeitermilieu und katholischem Milieu sieht Hetzer ähnlich wie in Augsburg auch in den Industriemonopolen von Rhein und Ruhr[5]. Peter Hüttenberger bestätigt und modifiziert zugleich diesen Befund für das Rheinland in seinem Aufsatz »Die Solidarität der Gegner«[6]. Zum Rhein-Ruhr-Revier, dem wohl am intensivsten erforschten Widerstandsgelände, schwoll die wissenschaftliche wie populäre Literatur einschließlich der Dokumentationen, Lebensberichte und Ausstellungskataloge derart an, daß die rheinischen und westfälischen Periodika der Landes- und Zeitgeschichte in den achtziger Jahren zu Sammelberichten übergingen[7]. Der Untersuchungsbereich dehnte sich weit über die schwerindustriellen Kernzonen des Ruhrgebietes auf die Ränder des westlichen Westfalens, das Münsterland, Ostwestfalen-Lippe mit Schwerpunkt Bielefeld und das Bergische Land im Südosten aus[8]. Mehrheitlich ist all diesen im Laufe zweier Jahrzehnte entstandenen Arbeiten, sowohl den auf wissenschaftliche Erkenntnis wie den auf die Breitenwirkung politischer Bildung zielenden Publikationen, eine Reflexion der aktuellen Forschungstrends und Diskussion zu eigen. Unter dem Eindruck der vom Bayern-Projekt ausgehenden innovativen Denkanstöße verliert sich die Dominanz isolierter Betrachtungen des kommunistischen und sozialdemokratischen Verhaltens teilweise zugunsten einer begrifflich weiter gefaßten Arbeiteropposition, wobei sich das Interesse stärker auf die lokalen und sozialen Determinanten ihres Handelns richtet.

Die Alltagsgeschichte zwischen Anpassung, Dissens und Verweigerung breiter Volksteile, die sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaften einschließend, rückt in den Mittelpunkt der Spurensuche und Materialsicherung. Und damit wird auch die 1979 auf der Bielefelder Tagung konstatierte Forschungslücke zur Sozialdemokratie und den Gewerkschaften[9] allmählich geschlossen. Gegenstandslos wird mit dieser Entwicklung auch das von Hans Mommsen Mitte der achtziger Jahre artikulierte Bedauern über die Tendenz, »das sozialpsychologisch begreifliche Bedürfnis nach Identifikation mit dem Widerstand ›vor Ort‹ weitgehend kommunistisch oder neo-marxistisch orientierten Gruppierungen zu überlassen«[10]. Denn das von dieser Seite im wesentlichen vertretene Interpretationsmuster in weitgehender Illustration des von der einschlägigen ostdeutschen Historiographie vorgegebenen Topos von »der führenden Rolle der KPD im antifaschistischen Kampf« mit Hauptschuldzuweisung für die größte Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung an die SPD konnte auf Dauer ebensowenig befriedigen wie die unkritische Handhabung des KPD-Widerstandes als Meßlatte für widerständiges Verhalten aller übrigen Gruppierungen der Opposition.

Die völlige Außerachtlassung der strukturellen Unterschiede sozialdemokratischen und kommunistischen Verhaltens bewog denn auch vor zehn Jahren den amerikanischen Historiker W. S. Allen, in seinem richtungweisenden Beitrag zur sozialdemokratischen Untergrundbewegung über die Möglichkeit nachzudenken, ob das Thema bis dato nicht vielleicht von einem falschen Punkt aus betrachtet worden sei, weshalb es vielleicht auch zu falschen Fragestellungen gekommen sei. Ausgehend vom Massencharakter der Partei vor 1933, von ihrer Struktur als demokratische Subkultur, erscheine es angemessener, die Fortdauer ihrer überkommenen Werte durch die Jahre des Dritten Reiches zu verfolgen. Das zwischen den Grundpfeilern Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften weitgespannte Netz politischer, kultureller und wirtschaftlicher Nachbar- und Nebenorganisationen, das die Mitgliedschaft über zwei Generationen in humanistischem und demokratischem Verhalten geübt hatte, ließ eine eigene Lebensart, ein Gefühl von Zusammengehörigkeit und Zusammenhalt wachsen, das die bloße Fixierung auf eine politische Überzeugung weit übertraf [11].

Die fortwirkende Kontinuität dieser Lebenshaltung unter den Bedingungen der NS-Diktatur als Gesinnungs- und Solidargemeinschaft hatte W. S. Allen bereits 1967 anhand einer statistischen Analyse der sozialistischen Untergrundbewegung auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen exemplifiziert. Mit der Auswertung der Personaldaten von 355 angeklagten Aktivisten hatte er das statistische Profil des Durchschnittsmitglieds einer sozialdemokratischen Untergrundgruppe gewonnen, nämlich ein Arbeiter von 36 Jahren, verheiratet, zwei minderjährige Kinder, seit Ende 1933 illegal tätig, zu diesem Zeitpunkt seit über 14 Jahren gewerkschaftlich organisiert, seit 11 Jahren SPD-Mitglied und seit 5 1/2 Jahren im Reichsbanner. 200.000 bis 300.000 solcher Leute vermutete er im Untergrund engagiert, nicht gleichzeitig und nicht gleich intensiv, als Verteiler, Leser und Diskutanten der Untergrundpresse, als Mitglieder informeller Zirkel, als Spender von Solidaritätsbeiträgen für die Familien inhaftierter wie emigrierter Genossen und unter ihnen, wie man hinzufügen darf, die rund 800 Nachrichtenbeschaffer für die Deutschland-Berichte der Sopade [12].

Nun erinnert die Zahl 200.000 natürlich an die gleichlautenden Schätzungen von Lösche und Walter im Rahmen der Forschungsdiskussionen um die Organisationskultur der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik für den Kern der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft [13], die als eine Art Elite innerhalb der sozialdemokratisch geprägten Teilkultur der zwanziger Jahre angesehen wurde. Gewisse Korrelationen, ja Koinzidenzen dieser Personenkreise liegen logischerweise nahe. Das weisen schon die zeitgenössischen Quellen gegensätzlicher Provenienz aus, etwa Otto Bauers postum 1938 im Exil erschienene Analyse »Die illegale Partei«, die das fortdauernde Beziehungsgeflecht all der Genossen konstatiert, die einmal in einer Organisation zusammen gearbeitet und gekämpft haben [14], und der Jahresbericht der Geheimen Staatspolizei über die marxistische Bewegung im Jahre 1937, der ebenfalls den fortdauernden Zusammenhalt im Gewande aller möglichen privaten Geselligkeiten, Vereine und Verbände registriert und zu diesem Zeitpunkt die durchgehende Position der Sozialdemokraten im Lande mit

Abwarten, Informieren und Bereithalten kennzeichnet ohne die festen Organisationen der ersten Jahre, ohne eigene Herstellung oder Grenztransfer und Verteilung illegalen Materials – ein Zustand, der kaum Ansätze für polizeiliches Einschreiten biete, da gerichtsverwertbare Beweise für eine illegale Tätigkeit nicht vorhanden seien[15]. Über dieses Dilemma aus der Sicht der Gestapo dozierte der einschlägige Experte durchaus kenntnisreich und sachverständig auf Abwehr-Tagungen von Staatsanwälten und Polizei 1936 und 1937 in Berlin. Dieser Kriminalkommissar Sattler, der auch in Hannover in Sachen »Sozialistische Front« hinzugezogen worden war, umriß eingangs seines Vortrages über »Die Tätigkeiten der Sozialdemokraten« deren Einstellung mit dem Text eines 1936 in Berliner Betrieben gefundenen Klebezettels »Warten ist kein untätiges Beiseitestehen, es ist die Tat zu sein«. Seiner Ansicht nach war genau dieses abwartende Bereitstehen »die neue, sich herauskristallisierende Organisationsform der SPD«, die es genauestens zu beobachten gelte. Ein von ihm empfohlener Aufsatz, »Die Träger der antifaschistischen Bewegung«, im September 1937 im Organ der österreichischen Exilsozialisten »Der Kampf« erschienen, wurde denn auch den Sachbearbeitern aller Stapo- und Stapoleitstellen als außerordentlich lehrreich und beachtenswert ans Herz gelegt, deckten sich doch die dortigen Ausführungen – so das Begleitschreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin – »mit den hier gemachten Erfahrungen über den illegalen Kampf und die illegalen Kämpfer in Deutschland vollkommen«[16]. Der Autor dieses von unerwünschter Seite mit soviel Aufmerksamkeit bedachten Aufsatzes hatte die Träger wie das Reservoir der antifaschistischen Bewegung in der Funktionärsschicht der alten Arbeiterbewegung, in jenen »stabil gebauten Menschen« im Alter von 35 bis 50 und mehr Jahren gesehen, im Besitz von jahrzehntelangen Erfahrungen und Traditionen, die sie enger verbinden, als Sonderstandpunkte es je können, die wieder als einfache Arbeiter in den Betrieben stehen, ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, die die Erinnerungen an die gewerkschaftlichen Errungenschaften bei den Massen wachhalten und an die sich die Arbeiter um Rat wenden, nicht selten so, als hätten sie noch ihre früheren Funktionen inne. Das genau spiegelt sich auch immer wieder in den Deutschland-Berichten der Sopade unter der Spalte »Aus den Betrieben« ab 1935 wider[17].

Der von W. S. Allen neu ins Forschungsbewußtsein gehobene Ansatz zum Verständnis und zur angemessenen Wertung und Einordnung eines wesentlichen Konstitutivs sozialdemokratischen Untergrundverhaltens, für das sich noch eine ganze Reihe authentischer Quellen beibringen ließe[18], findet seither Eingang in die neueren Darstellungen, die im Ruhrgebiet auch bereits ältere Arbeiten wie die drei lokalen Pionierstudien zu Dortmund, Essen und Duisburg vertiefend und erweiternd fortführen.

Da hier unmöglich auf die vielen Lokalmonographien der Rhein-Ruhr-Region und ihrer Randzonen mit den jeweils lokalspezifischen Prägungen und Besonderheiten eingegangen werden kann – etwa zur Reviergroßstadt Dortmund oder dem ostwestfälischen Bielefeld als einstigen SPD-Hochburgen, zu Duisburg, von den Herausgebern einer zweibändigen Dokumentation als »Hauptstadt der

Erwerbslosen« charakterisiert, deren Widerstand überwiegend kommunistisch getragen war, oder zu einer stark katholisch geprägten Kommune wie Mönchengladbach mit einer sich nur mühsam behauptenden sozialdemokratischen Minderheit[19] –, erscheint eine Beschränkung auf das Resümee der Überlegungen von Andreas Goch zu Möglichkeiten und Grenzen des Widerstands von Sozialdemokraten als sinnvoll. Dieser hat anhand von Beispielen aus dem Ruhrgebiet drei idealtypische Grundformen ausgemacht: **erstens** die bewußte politische Opposition und illegale Aktion, **zweitens** die gesellschaftliche Verweigerung, die sich gegen die Zumutungen des Nationalsozialismus richtet, und **drittens** die weltanschauliche Dissidenz, die nicht-nationalsozialistische Werte und Perspektiven bewahrt. Die deutliche Anlehnung an Richard Löwenthals drei Grundformen des antitotalitären Widerstands ist unübersehbar, wird auch eingeräumt[20].

Natürlich sind diese Grundtypen nicht auf die Regionen an Rhein und Ruhr beschränkt, sondern lassen sich vielmehr in den Widerstandspublikationen von Schleswig-Holstein über Lübeck, Bremen und Hamburg inklusive Ostfriesland im äußersten Nordwesten bis in den südlichsten Zipfel Baden-Württembergs, vom Saarland über Hessen bis nach Sachsen und Thüringen ausmachen.

Von der Gesamtheit der Untersuchungen wie von ihren einzelnen Teilen läßt sich wohl heute sagen, daß sie wesentliche Forschungsaufgaben gelöst haben, die Erich Matthias in seinem SPD-Beitrag zu dem 1960 erschienenen Band »Das Ende der Parteien« prognostiziert hatte, nämlich eine sorgfältige Untersuchung der Fülle der Gruppentypen sehr verschiedener Festigkeit, der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, der Verbindungen zwischen den verschiedenen Organisationen, der Kontakte zur Emigration und der Versuche, auf die unorganisierten Gesinnungsgenossen einzuwirken. Vor allem aber sollte nach seinen vor nunmehr 35 Jahren angestellten Überlegungen herausgearbeitet werden, wie sich mit dem immer stärker werdenden Zugriff der Diktatur und der Perfektionierung der Gestapo, aber auch beeinflußt durch die innere, besonders sozial- und wirtschaftspolitische Entwicklung des Dritten Reiches und seine außenpolitischen Erfolge, die Struktur des sich generell auf immer kleinere Kreise verengenden aktiven sozialistischen Widerstandes wandelte[21].

Auch wenn nicht jede Phase und jede Erscheinungsform sozialdemokratischen Verhaltens in jeder der vielen Lokal- und Regionaluntersuchungen mit gleicher Intensität ergründet wurde, auch wenn gerade für die einstigen Hochburgen Berlin, Hamburg, Leipzig und Magdeburg gründliche Monographien noch ausstehen, so haben wir heute vor allem dank der Forschungen vor Ort Kenntnisse von festgefügten überregionalen Organisationen wie etwa der »Rechberg«-Gruppe im Südwesten Deutschlands mit Zentrum in Heidelberg/Mannheim und Gruppenanbindungen in Baden und Württemberg, der Pfalz und Südhessen, die wie die »Sozialistische Front« in Hannover dem Sopade-Vorstand äußerst kritisch gegenüberstand[22], von weitgehenden Verteilernetzen für illegales Schrifttum wie das bekannteste um die Brotfabrik Germania in Duisburg-Hamborn[23], von den vielen Versuchen örtlicher Gruppen, in den ersten Jahren im Untergrund zu arbeiten mit Beitragskassierung und selbst erstellten Druckschriften, die in nahezu jeder

Lokalmonographie enthalten sind. Ein Beispiel: die von Hamburg-Eilbeck im Sommer 1933 ausgehende illegale organisatorische Formierung der örtlichen Mitglieder mit wöchentlicher Herstellung des Mitteilungsblattes »Rote Blätter« in rund 5.000 Exemplaren und mit Beitrags- und Spendensammlungen für Solidaritätsmaßnahmen von mindestens 1.200 Mark bis zur Zerschlagung im Herbst 1934[24].

Wir wissen von gruppenspezifischen Zusammensetzungen, etwa nur sozialistische Jugendliche wie in der »Gruppe Winzen« in Dortmund, die Ansätze zu einer neuen sozialistischen Theorie entwickelte und die erst im Sommer 1940 zerschlagen wurde[25], oder von im wesentlichen aus Reichsbannerleuten rekrutierten Untergrundnetzen wie in Südhessen[26], von einem von Arbeitersportlern Leipzigs unterhaltenen Verteilernetz usw.[27] Wir können den einzelnen Untersuchungen die in den Regionen unterschiedlich geprägten Verbindungen zu den Grenzsekretariaten und die differente Haltung gegenüber dem Parteivorstand in Prag entnehmen.

Trotz alledem gibt es natürlich noch immer Fragezeichen, weiße Flecken und wenig zufriedenstellende Analysen wie Interpretationen bestimmter Problemfelder, für die an einigen Beispielen versucht werden soll, vielleicht einen anderen Ansatz aufzuzeigen. Dabei werden vorwiegend Beispiele aus einem laufenden Forschungsprojekt zu Magdeburg-Anhalt angeführt, einem der erfolgreichsten Parteibezirke der zwanziger Jahre. Magdeburg, eine Stadt des Schwermaschinenbaus mit qualifizierter Facharbeiterschaft, hatte nicht nur als einzige Großkommune des Deutschen Reiches von 1919 bis 1933 einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister – 1931 bis 1933 bekleidete Ernst Reuter dieses Amt –, auch der ganze Bezirk wies eine überdurchschnittliche Zahl von sozialdemokratischen Landräten, Bürgermeistern, Amts- und Gemeindevorstehern auf. In Magdeburg wurde im Frühjahr 1924 das Reichsbanner gegründet, und von hier ging Ende 1931 der Anstoß zur Offensive der »Eisernen Front« aus, die im Parteibezirk das ganze Jahr 1932 hindurch einen außerordentlich hohen Mobilisierungsgrad erzielte im deutlichen Wissen um die braune Gefahr.

Von einer Unterschätzung des Nationalsozialismus, wie sie verschiedentlich der SPD-Führung angelastet wird, kann überhaupt keine Rede sein angesichts der von ihr immer wieder eindringlich ausgemalten Verluste an Rechten, die die Arbeiterbewegung schwer genug erkämpft hatte, und an Errungenschaften kraft eigener Leistungen im Falle nationalsozialistischer Machtausübung. Und auch die ständig inner- wie außerhalb der Parlamente erfahrenen nationalsozialistischen Angriffe und Drohungen ließen schwerlich Raum für Unklarheiten über den Gefahrencharakter bei der Führungsschicht der SPD[28]. Ebenso unhaltbar ist die in der Vergangenheit häufig anzutreffende Führerverrats-These, mit der sich bereits Helga Grebing in ihrem Aufsatz »Flucht vor Hitler?« auseinandergesetzt hat. Angesichts der in zahlreichen Ortsuntersuchungen zitierten Bekundungen der Kampfbereitschaft nach dem Preußenschlag vom 20. Juli 1932 gibt sie zu bedenken, daß die zweifellos vorhandene Kampfbereitschaft ja keinesfalls auch eine längerfristige Kampffähigkeit bedeutete und daß bei der Verurteilung der stillhalten-

den SPD-Führung weder die Unsicherheitsfaktoren des Verhaltens von Reichswehr und KPD in einem solchen Kampf genügend reflektiert würden noch die Paralysierung der Gewerkschaften auf dem damaligen Höhepunkt der Massenarbeitslosigkeit berücksichtigt werde[29].

Zudem hat eine sich in der Parteiführung wie an ihrer Basis nach dem 20. Juli 1932 formierende Gegenbewegung sogenannter Militanter, zumeist kriegserfahrener, jüngerer Funktionäre, repräsentiert durch Leber, Haubach, Schumacher, Höltermann und andere, die auf eine offensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus drängte, bisher kaum Beachtung in den Untersuchungen vor Ort gefunden, obwohl sich diese Strömung in den einzelnen Bezirken teilweise sehr kräftig bemerkbar machte. In Magdeburg scharte der von Höltermann 1928 an die Reichsbanner-Zeitung geholte Franz Osterroth einen Kreis aktivistischer junger Leute um sich, die in einem von ihm initiierten Jugendwerbeausschuß zahlreichen, stets stark besuchten Veranstaltungen den Stempel einer aktiv sozialistischen Haltung aufdrückten. Ihre »Rote Spielschar« zog unermüdlich mit Kabarett und Wahlrevuen über Land; eine leistungsstarke Techniktruppe, die »Roten Pioniere«, überraschte mit Blitzaktionen, gestaltete die Wahlkämpfe aus und schuf noch Ende 1932 die große Werbeausstellung »Sozialistischer Aufbau«, eine Leistungsbilanz aller Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung, viel beachtet und über die regionalen Grenzen ausstrahlend. Der um Osterroth gescharte »Junge Kreis« erzwang in der letzten Generalversammlung des Magdeburger Ortsvereins statt der alten Rituale eine offene Diskussion und geheime Wahl und ersetzte damit den seit langem amtierenden engeren Vorstand komplett durch jüngere, tatkräftigere Mitglieder[30].

Wenn sich eine solche Radikalkur auch nur in wenigen Ortsvereinen abgespielt haben dürfte, so finden sich doch Regungen dieses mit dem Immobilismus der zentralen wie örtlichen Führungen unzufriedenen Aktionspotentials und ebenso die Spuren einer außerordentlich lebhaft geführten Debatte im Vorfeld des für März 1933 in Frankfurt am Main angesetzten Parteitages, der dann nicht mehr stattfand. Nach Meinung des Göttinger Historikers Franz Walter gehörten die Monate November/Dezember 1932 und Januar 1933 zu den diskussionsintensivsten der SPD in der gesamten Weimarer Zeit. In breiten Kreisen der Partei habe eine Stimmung fundamentaler Selbstkritik geherrscht, geprägt von der Auffassung, die Arbeiterbewegung stehe an der Schwelle einer ganz neuen Epoche und benötige dementsprechend neue Ziele, neue Taktiken und Methoden. Furore machte der Artikel »Positive Parteikritik« von Wilhelm Sollmann, der seine Zweifel anmeldete, ob die Partei den kommenden schweren Aufgaben organisatorisch, personell und vor allem geistig überhaupt gewachsen sei, und der eine stärkere Einbeziehung der aufstrebenden Kräfte forderte, die in der Lage seien, auf neue soziale Phänomene wie den Faschismus angemessen zu reagieren[31]. Daß diese sich erst formierenden Kräfte trotz größter persönlicher Gefährdungen die Emigration für sich ablehnten, dies in Partei- und Wahlversammlungen bis zum 5. März 1933 auch deutlich artikulierten und alsbald in Haft gerieten, ist sowohl für Leber, Haubach und Schumacher bekannt und gilt in Magdeburg-Anhalt

ebenso für den Dessauer Reichstagsabgeordneten Gerhart Seger wie für den Magdeburger Oberbürgermeister Ernst Reuter und den Polizeipräsidenten Horst Baerensprung, die nach dem Papen-Streich noch die Magdeburger Bereitschaftspolizei in Richtung Berlin in Marsch setzen wollten.

Horst Baerensprung, entschiedener Verfechter einer wehrhaften Republik, soll einer unbestätigten Legende zufolge im Sommer 1933 mit Hilfe seiner Polizei aus einem KZ geflohen sein[32]. Das ist von einer gewissen Plausibilität, war die preußische Polizei doch zu einem nicht unwesentlichen Teil republikanisch-sozialdemokratisch geprägt, und diese Prägung wirkte in der unteren, nicht so stringent gesäuberten Ebene, auf den Revieren und in den Amtsstuben vereinzelt zum Vorteil der nun Verfolgten. So wurde der SPD-Bezirksvorstand in Magdeburg Anfang Mai 1933 vor einer anstehenden Hausbesetzung gewarnt und konnte Gelder in Höhe von 40.000 Mark in Sicherheit bringen, mit denen der Bezirkskassierer bis zu seiner späten Verhaftung im Januar 1939 ein über den ganzen Bezirk gespanntes Kontaktnetz mit Unterstützungsleistungen unterhalten konnte. Versteckte Warnungen aus den Reihen der Magdeburger Polizei, sich für eine bestimmte Zeit besser nicht zu Hause aufzuhalten oder auch ganz zu verschwinden, sind mehrfach bezeugt. Dergleichen findet sich jedoch in der Literatur bisher sehr selten.[33]

Eine starke Korrektur bedarf m.E. auch das noch immer vorherrschende Bild von den vereinzelt zustande gekommenen Einheitsfrontabkommen. Die Version von der in aller Regel kommunistischen Initiative, der die von ihrer Führung nicht antikommunistisch infizierten, progressiven Kräfte unter den Sozialdemokraten gefolgt seien, bedarf einer gründlichen Überprüfung und weitgehenden Differenzierung, wie schon die Ausführungen von Franz Moraw und Manfred Overesch zur Berliner Kooperation mit der »Roten Hilfe« 1935 und der Gruppe um Brass und Brill mit ihrem Zehn-Punkte-Programm von 1936/37 gezeigt haben und wie es jüngste Recherchen für Hildesheim und Calbe an der Saale aufgrund nun zugänglicher Aktenbestände eindrucksvoll erweisen[34]. Es steht inzwischen außer Frage, daß sich die Feindseligkeiten und unversöhnlichen Kontrastellungen mit den Erfahrungen gemeinsamer Verfolgung abmilderten. An der Basis auch vor 1933 kaum so scharf ausgeprägt wie von den Parteiführungen praktiziert, vollzog sich die Annäherung ab 1933 am unproblematischsten im Alltag, gleichsam auf natürlichem Wege. In Magdeburg wurde die erste illegale Nummer der KPD-Bezirkszeitung »Tribüne« Pfingsten 1933 auf einem Abzugsapparat des Reichsbanners vervielfältigt; in Gevelsberg verwahrte eine Sozialdemokratin zeitweise die KPD-Kasse, eine Dortmunder Arbeitersportgruppe nahm schon frühzeitig Verbindungen zu örtlichen Kommunisten auf, verteilte an Druckmaterial sowohl SPD-Tarnschriften als auch KPD-Zeitungen und Hirtenbriefe des Bischofs von Galen[35].

Eine letzte Anregung zielt auf die Erweiterung des Forschungsgegenstandes über das Kriegsende hinaus, auf die Leistungen und Schicksale der Widerstandsaktiven in beiden deutschen Staaten, auf ihren gesellschaftlichen Stellenwert, dabei in komparativem Ansatz jenseits der Aufgeregtheiten früherer Totalitarismusdebatten die Unterschiede wie Gemeinsamkeiten im Umgang von

Diktaturen mit ihren Antipoden herausarbeitend. Dazu abschließend noch einmal zwei Beispiele aus der Region Magdeburg-Anhalt: In Halberstadt nahm sich die sehr beliebte Landtagsabgeordnete und Betreiberin eines traditionellen SPD-Vereinslokals seit »Urbebels Zeiten«, Minna Bollmann, Ende 1935 das Leben. Ihr Sohn wurde im Jahr 1936 als Mitglied einer lokalen Widerstandsgruppe verhaftet, kam erst 1942 aus dem KZ frei. Im April 1946 ereilte ihn als Stadtrat für Versorgung das gleiche Geschick. Nach vier Monaten entlassen und auch rehabilitiert, kam er noch einmal in sein Amt. Als er im März 1951 im Zuge einer Kampagne gegen den »Sozialdemokratismus« erneut verhaftet wurde und im gleichen Gefängnis wie schon 1936, im »Roten Ochsen« zu Halle, einsaß, beging er Selbstmord. Den miteinsitzenden Gesinnungsgenossen hinterließ er, sich außerstande zu fühlen, die Torturen einer langen Haft noch einmal durchzustehen.

Im Juni 1950 wurde der von der Sozialdemokratie kommende Magdeburger Oberbürgermeister Rudolf Eberhard verhaftet. Die völlig frei erfundenen Anschuldigungen der Unterschlagung und Veruntreuung in seinem wie schon in Otto Bollmanns und zahlreichen anderen Fällen gleichen geradezu verblüffend den nationalsozialistischen Verleumdungen, die 1933 sozialdemokratische Kommunalpolitiker im ganzen Deutschen Reich zu erdulden hatten. Als Eberhard nach fünf Jahren schwer krank entlassen wurde, versuchte er vergeblich, seine Rehabilitierung zu betreiben. Bei den Akten des damaligen Oberstaatsanwaltes fand sich jetzt ein Brief an den SED-Bezirkssekretär in der Sache Eberhard, in dem der Oberstaatsanwalt ausführte, nach Prüfung aller Unterlagen sei er zu der Auffassung gelangt, Anklage und Urteil entbehrten jeglicher Grundlage und Beweiskraft, aber, so setzte er hinzu: »Das habe ich dem Eberhard natürlich nicht gesagt«.

__ 1
Christoph Stamm, Regionale Fest- und Gedenkschriften der deutschen Arbeiterbewegung, Bonn 1987; vgl. auch Historische Spurensuche in der politischen Praxis für Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften, vorgelegt im Auftrag der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, Bonn 1985.

__ 2
Hartmut Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Martin Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, München-Wien 1983, S. 287 ff.; Bernd Rabe, Die »Sozialistische Front«: Sozialdemokraten gegen den Faschismus 1933–1936, Hannover 1984; vgl. auch Georg Homburg, Sozialdemokratie unterm Hakenkreuz: Ostwestfalen-Lippe 1933–1945, Hamburg 1988.

__ 3
Vgl. dazu Hans-Dieter Schmid, Leipziger Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, in: Sächsische Heimatblätter, 5/1992, S. 312 ff.; ders. (Hrsg.), Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945, Leipzig 1994; Forschungsprojekt Beatrix Herlemann: Sozialdemokratisches Widerstandsverhalten im Parteibezirk Magdeburg-Anhalt 1932–1945.

__ 4
Anton Großmann, Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand am Beispiel ausgewählter Ortsvereine, in: M. Broszat (Anm. 2), S. 433 ff.

__ 5
Gerhard Hetzer, Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition, in: M. Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. III, München-Wien 1981, S. 287 ff.

__ 6
Peter Hüttenberger, Die Solidarität der Gegner. Die Kirchen und die Arbeiterbewegung zwischen Anpassung, Abwehr und Anteilnahme, in: Anselm Faust (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand im Rheinland und Westfalen 1933–1945, Köln 1992, S. 65 ff.

__ 7
Vgl. dazu Michael Zimmermann, Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus. Ergebnisse und Aufgaben der Geschichtsschreibung. Eine Einführung, in: A. Faust (Anm. 6), hier S. 28, Anm. 4.

__ 8
Bernd Faulenbach/Günther Hoegl (Hrsg.), Eine Partei in ihrer Region: Zur Geschichte der SPD im westlichen Westfalen, Essen 1988; Herbert Klein, Die Entwicklung der faschistischen Bewegung und des antifaschistischen Widerstandes an der Peripherie des nördlichen Ruhrgebietes und im Münsterland 1932–1938, (Diss.) Münster 1980; Wolfgang Emer/Uwe Horst/Helga Schuler-Jung (Hrsg.), Provinz unterm Hakenkreuz: Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe, Bielefeld 1984; G. Homburg (Anm. 2).

__ 9
Christoph Kleßmann/Falk Pingel, Gegner des Nationalsozialismus: Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit, Frankfurt am Main 1980.

__ 10
Hans Mommsen, Aktionsformen und Bedingungen des Widerstandes in der Arbeiterschaft, in: Widerstandsbewegungen in Deutschland und in Polen während des Zweiten Weltkrieges: X. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 2. bis 5. Juni 1977 in Lancut (Polen), Braunschweig 1983.

__ 11
William Sheridan Allen, Die sozialdemokratische Untergrundbewegung: Zur Kontinuität der subkulturellen Werte, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München-Zürich 1986, S. 851.

__ 12
Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 7 Bde., Reprint, Frankfurt am Main 1980.

__ 13
Peter Lösche/Franz Walter, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft (GG), 15 (1989), S. 511 ff., hier S. 535.

__ 14
Otto Bauer, Die illegale Partei, Nachdruck in: Kurt Klotzbach (Hrsg.), Drei illegale Schriften aus dem Exil, Berlin-Bonn 1974.

__ 15
Bundesarchiv Postdam (BAP): St 3/16/I, auch in St 3/52.

__ 16
BAP: PSt 3/244.

__ 17
Vgl. 2. Jahrgang, Januar 1935, S. 37, März 1935, S. 294, Juli 1935, S. 785, Sept. 1935, S. 1058 usw.

__ 18
So spricht Franz Osterroth in seinen ungedruckten Lebenserinnerungen (Archiv der sozialen Demokratie, Bonn: Nachlaß Franz Osterroth, Box 1, Band 1, S. 234) von diesen Gruppen als den »Traditionsbewußten«, die »unserer Sache bis zum jüngsten Gericht treu« bleiben würden. In ihnen sieht er das »Salz der Masse«, »das Gewissen der unterirdisch weiterlebenden Arbeiterbewegung«.

19
Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945. Katalog zur ständigen Ausstellung und Dokumentation, Wiss. Bearbeiter Günther Högl u.a., Dortmund 1981 und Günther Högl, »Eher siegt der Faschismus nicht, eh' er nicht jeden von uns zerbricht«: Dortmunder Sozialdemokraten im Widerstand, in: B. Faulenbach/G. Högel (Anm. 8), S. 117ff.; Christian Laban, Aus dem Bielefelder Arbeiterwiderstand 1935–1945, in: W. Emer/U. Horst/H. Schuler-Jung (Anm. 8), S. 53ff.; G. Homburg (Anm. 2); Heribert Schuengeler, Widerstand und Verfolgung in Mönchengladbach und Rheydt 1933–1945, (Diss.) Mönchengladbach 1984.

20
Stefan Goch, Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes von Sozialdemokraten – Beispiele aus dem Ruhrgebiet, in: A. Faust (Anm. 6), S. 134.

21
Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 195.

22
Erich Matthias/Hermann Weber (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984;
Jörg Schadt/Michael Caroli (Hrsg.), Heidelberg unter dem Nationalsozialismus: Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985.

23
Kuno Bludau, Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945, Bonn-Bad Godesberg 1973;
Rudolf Tappe/Manfred Tietz, Tatort Duisburg 1933–1945, Widerstand und Verfolgung in Duisburg, Bd. 1, Essen 1989, S. 264ff.

24
Ursel Hochmuth, Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945, Frankfurt am Main 1969, S. 117ff.; Holger Christier, Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in Hamburg 1933–1945, in: Arno Herzig/Dieter Langewiesche/Arnold Sywottek (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983, S. 551.

25
Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945, Hannover 1969; Widerstand und Verfolgung in Dortmund (Anm. 19), S. 163.

26
Axel Ulrich, Freiheit!: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Kampf von Sozialdemokraten in Hessen gegen den Nationalsozialismus 1924–1938, Frankfurt am Main 1988.

27
Diethelm Blecking (Hrsg.), Arbeitersport in Deutschland 1893–1933, Köln 1983, S. 59.

28
So prophezeite der Lübecker Naziführer Anfang 1932: »Zwei Stunden nach unserem Sieg hängt Dr. Leber auf dem Marktplatz«, zit. in: Dorothea Beck/W. F. Schoeller (Hrsg.), Julius Leber. Schriften, Reden, Briefe, München 1976, S. 163;
im Kasseler Stadtparlament drohte der NS-Stadtverordnete Roland Freisler den Sozialdemokraten im Juli 1932: »In wenigen Monaten werden manche ihrer Größen darum bitten, nicht auf den Galgen steigen zu müssen«, zit. in: Gerhard Beyer, Arbeiterbewegung in Hessen, Frankfurt am Main 1984, S. 297;
im Preußischen Landtag schrie der Fraktionsvorsitzende der NSDAP, Wilhelm Kube, den Fraktionsführer der SPD, Ernst Heilmann, an: »Wir wollen Preußen wieder – am liebsten über ihre Leiche«, zit. in: Peter Lösche/Michael Scholing/Franz Walter (Hrsg.), Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 118.

29
Helga Grebing, Flucht vor Hitler?, in: H. P. Harstick/A. Heig/H. Pelger (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Geschichte. Festschrift für Shlomo Na'amann zum 70. Geburtstag, Trier 1983.

30
F. Osterroth (Anm. 18), S. 234.

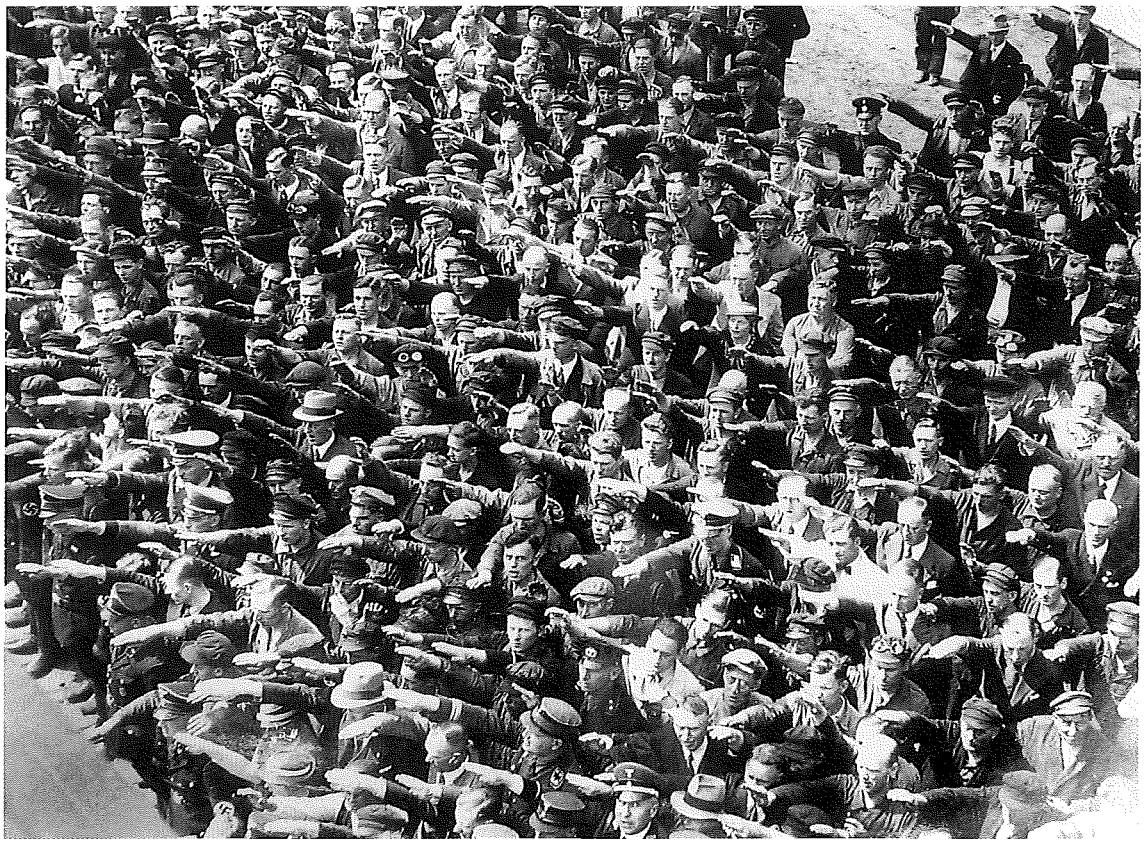
31
Franz Walter, Wilhelm Sollmann 1881–1951, in: P. Lösche/M. Scholing/F. Walter (Anm. 28), S. 384f.; vgl. auch Andreas Henseler, Die Kölner SPD in der Endphase der Weimarer Republik (1928–1933), in: Gerhard Brunn (Hrsg.), Sozialdemokratie in Köln, Köln 1986, S. 184.

32
Ruth Fischer/Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 380.

33
Vgl. zum Thema Polizei Peter Leßmann, Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

34
Frank Moraw, Die Parole der »Einheit« und die Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 38ff. und S. 48ff.;
Manfred Overesch, Hermann Brill in Thüringen 1895–1946, Bonn 1992, S. 254ff.;
Hans-Dieter Schmid, Einheitsfront von unten? Der organisierte Widerstand der Arbeiterschaft in Hildesheim 1933–1937, in: Hildesheimer Jahrbuch, 63 (1992), S. 99ff.;
zu Calbe an der Saale Forschungsprojekt B. Herlemann (Anm. 3).

35
Karl Polixa u.a., Rote Sirene. Streiflichter der Gevelsberger Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes im Ennepe-Ruhr-Kreis Süd, Neuss 1979, S. 58; Widerstand und Verfolgung in Dortmund (Anm. 19), S. 146.



Stapellauf des
Segelschulschiffes »Horst Wessel«
Hamburg 1936,
ein Arbeiter verweigert den
»Hitler-Gruß«

Ludwig Eiber

Arbeiteropposition im Betrieb

Spielräume und Grenzen am Beispiel der Hamburger Hafen- und Werftarbeiter[1]

In den letzten Jahren ist eine Reihe von Untersuchungen erschienen, die sich mit der Situation der Arbeiter und den Verhältnissen in den Betrieben in den 30er Jahren beschäftigten. Dabei wurde in den meisten dieser Veröffentlichungen die Anpassung, Integration oder »Loyalität« der Arbeiter betont: So kommen beispielsweise Inge Marßolek und René Ott in ihrer Monographie »Bremen im Dritten Reich« zu dem Ergebnis: »Die Arbeiter, die in Bremen in ihrer überwiegenden Mehrheit zunächst dem Nationalsozialismus ablehnend bis feindlich gegenübergestanden hatten, wurden durch ein System von Zuckerbrot und Peitsche, durch soziale Bestechung und Terror in einem Maße entpolitisiert, daß sie sich mit dem System abfanden oder sich sogar zunehmend loyal ihm gegenüber verhielten.«[2] In ähnlicher Weise stellt Wolfgang Zollitsch, der die Entwicklung in verschiedenen Industriezweigen untersucht, fest: »Diejenigen Teile der Arbeiterschaft, die mit der Rüstungskonjunktur begrenzte positive Erfahrungen verbinden konnten, brachten dem Regime, bei allen Vorbehalten im einzelnen, das für sein Funktionieren erforderliche Maß an Loyalität entgegen.«[3] Einen Schritt weiter geht Gunther Mai, der unter dem Titel »Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?« feststellt: »Eine These, die Kleinbürger hätten Hitler an die Macht gebracht, die Arbeiterschaft habe ihn an derselben erhalten, wäre in dieser Zuspitzung zweifellos überzogen, sie ist jedoch nicht ohne einen bedenkenswerten Kern.«[4]

Wesentlich differenzierter argumentiert Ulrich Herbert, der in seinem Überblick über die wissenschaftliche Diskussion zunächst für die Vorkriegszeit konstatiert: »Gleichwohl blieb das Verhältnis des überwiegenden Teils der Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus insgesamt distanziert.«[5] In seinem Fazit kommt er allerdings zu einem ähnlichen Ergebnis wie die vorher zitierten Autoren: Nämlich, daß infolge der geringen Verwurzelung der Demokratie in großen Teilen der jungen Arbeiterschaft »die politische Kritik am NS-Regime mit der Verbesserung der eigenen sozialen Lage weithin verstummte, während die Fortdauer der sozialen Auseinandersetzungen in den Betrieben nicht in unmittelbarer Verbindung mit der politischen Herrschaft des Nationalsozialismus stand. Andersherum waren es nicht ein politischer Konsens, sondern wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, die zur Neutralisierung und partiellen Integration der Arbeiterschaft beitrugen«[6]. Die Reihe der Zitate, die von einer teilweisen bis völligen Integration, Neutralisierung oder Loyalität sprechen, ließe sich beliebig fortsetzen.

Um es vorweg zu nehmen, die Ergebnisse der Hamburger Untersuchung lassen es fragwürdig erscheinen, von einer generellen Integration oder Loyalität der Arbeiter zu sprechen, bestenfalls kann von einer Neutralisierung durch Terror und Kontrolle die Rede sein.

Die detaillierte Untersuchung der Arbeiterverhältnisse im Hamburger Hafen und auf den Werften zeigt, daß das Verhältnis der Arbeiter zum Regime von einer Reihe von Faktoren abhing: ihrer Situation auf dem Arbeitsmarkt und ihrem Bewegungsspielraum als »freie Lohnarbeiter«, ihrer sozialen Lage und den Arbeits- und Lebensbedingungen, ihrer politischen Prägung und vor allem ihren Erfahrungen mit dem Regime und seinen Organisationen und Repräsentanten im Betrieb. Schließlich spielten auch die von den Arbeitern gesehenen Handlungsspielräume und die erwarteten Perspektiven eine wichtige Rolle. Dabei zeigt sich, daß die Hamburger Arbeiter sich in vieler Hinsicht »pragmatisch« verhielten, das heißt, daß sie die Dinge nach ihrem Nutzen für sich selbst beurteilten.

Die Ergebnisse der Untersuchung beziehen sich allerdings nur auf die Werft- und Hafenarbeiter, die Ende der 20er Jahre mit ca. 20.000 bzw. 30.000 unter den etwas über 300.000 Hamburger Arbeitern nur eine Minderheit bildeten. Einige Berichte lassen jedoch die Vermutung zu, daß die hier geschilderten Verhältnisse, insbesondere was die Haltung der Arbeiter zum Nationalsozialismus betraf, auch für die anderen industriellen Großbetriebe in Hamburg charakteristisch sind.

Arbeitsmarkt und Arbeitszwang

Von der Weltwirtschaftskrise waren der Hamburger Hafen, die Schiffahrt und der Schiffbau in besonderer Weise betroffen. Der seewärtige Hafenumschlag sank 1929 bis 1933 nach der Tonnage um circa ein Drittel[7], nach dem Wert fast um zwei Drittel. Die Zahl der Beschäftigten in den Hamburg-Altonaer Hafenbetrieben ging von etwas über 20.000 im Jahre 1928 auf etwas über 10.000 zurück[8]. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1928 ca. 55% der Hafenarbeiter unständig beschäftigt waren und in der Krise, wenn überhaupt, nur an einzelnen Tagen in der Woche

Beschäftigung fanden. Auch die Arbeitszeit der festen Arbeiter war reduziert worden. Der Schiffsneubau wurde fast gänzlich eingestellt. Die Zahl der Werftarbeiter sank von über 20.000 auf etwa ein Viertel, bei Blohm & Voss gar von 10.500 (1929) auf 2.255 (1932)[9].

Hamburg als Handelsstadt, die auch im industriellen Sektor stark auf die Verarbeitung von Importen und auf Exporte orientiert war, wurde von der nationalsozialistischen Autarkiepolitik empfindlich getroffen. Der Umschlag im Hafen stagnierte bis 1935 und blieb bis zum Krieg unter den Umschlagszahlen der Vorkrisenzeit, wertmäßig wurde nicht einmal die Hälfte erreicht[10]. Die Stadt wurde 1934 zum Notstandsgebiet erklärt, sie erholte sich weit langsamer als andere Großstädte und selbst als das ähnlich strukturierte Bremen von der Wirtschaftskrise[11]. Noch 1937 zählte Hamburg 3,6% Arbeitslose, als die anderen norddeutschen Großstädte längst unter einem Prozent lagen[12]. Allerdings waren die Groß-Werften dank Rüstungsaufträgen (Blohm & Voss) und vor allem Bestellungen aus dem Ausland (Deutsche Werft, Howaldt-Werft, Stülcken-Werft) bald wieder voll beschäftigt.

Die Beschäftigung im Hafen und auf den Werften entwickelte sich infolgedessen sehr unterschiedlich. Die Zahl der beim Hafenbetriebsverein registrierten Hafenarbeiter ging bis Anfang 1934 weiter auf knapp 12.000 zurück. Zur gleichmäßigeren Verteilung der Arbeit wurde 1933 die seit vielen Jahren von den unständigen Arbeitern geforderte Nummernvermittlung, statt der bisher vom Hafenbetriebsverein praktizierten persönlichen Auswahl, eingeführt. Ebenso war die Höchstschichtzahl auf vier und dann auf fünf pro Woche begrenzt worden, was die unständigen Arbeiter begünstigte. Die Zahl der Beschäftigten stagnierte 1935 und stieg 1936 nur geringfügig, 1937 etwas stärker an. Wenn dennoch Ende 1937 wieder über 20.000 Arbeiter bei den im Hafenbetriebsverein zusammengefaßten Einzelbetrieben und dem 1934 gegründeten, die unständigen Arbeiter beschäftigenden Gesamthafenbetrieb gezählt wurden, so ging der Anstieg zum größeren Teil auf die Eingliederung bisher nicht von der Statistik erfaßter Arbeitergruppen zurück[13]. Außerdem blieb die Beschäftigungslage neben den jahreszeitlich bedingten starken Schwankungen auch von der Devisenpolitik und von außenpolitischen Entwicklungen wie der sich 1938 im Ausland entfaltenden Boykottbewegung abhängig. Zum Ausgleich wurden schon seit 1933/34 Hafenarbeiter auf Reichsautobahn- und Rüstungsbaustellen in andere Arbeitsamtsbezirke verschickt und 1938 zu Bauarbeiten am Westwall dienstverpflichtet, was zur Steigerung der Unzufriedenheit führte.

Dagegen stiegen die Beschäftigtenzahlen auf den Hamburger Werften seit 1933 kontinuierlich und rasch an und überschritten 1936/37 den Vorkrisenhöchststand. Blohm & Voss erreichte schon im Frühjahr 1936 die Marke des Jahres 1929 (10.500) und zählte bei Beginn des Krieges über 15.000 Beschäftigte[14].

Die Entwicklung der Beschäftigung hatte unmittelbare Implikationen auf die politische Struktur der jeweiligen Arbeiterschaft. Im Hafen eliminierten die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) und die Deutsche Arbeitsfront

(DAF) gemeinsam mit Hafenbetriebsverein bzw. der Gesamthafenbetriebsgesellschaft (GHBG) in den Jahren 1933 und 1934 politisch mißliebige Arbeiter, vorzugsweise solche, die in den Betriebsräten, betrieblichen Gewerkschafts- oder Parteiorganisationen hervorgetreten waren. Gleichzeitig konnte bei den Neueinstellungen in begrenztem Maße eine politische Auslese vorgenommen werden. Dennoch dürfte sich insgesamt bis 1936 das politisch oppositionelle Element unter der Hafenarbeiterschaft wieder verstärkt haben, um so mehr als manche ehemalige sozialdemokratische Gewerkschafts- und Parteifunktionäre und Mandatsträger zu Hafenarbeitern »degradiert« wurden.

Noch extremer war die Entwicklung auf den Werften. Hier vollzog sich durch die zahlreichen Einstellungen, bevorzugt wurden die Arbeiter mit Erfahrung im Betrieb, bis 1936 eine Rekonstruktion der Belegschaften, wie sie Ende der 20er Jahre bestanden hatten, und damit auch deren politischer Struktur. Daran änderte auch eine politische Überprüfung, wie sie bei Blohm & Voss als Rüstungsbetrieb vorgenommen wurde, offenbar wenig. Ein großer Teil der späteren Mitglieder der kommunistischen Bästlein-Organisation bei Blohm & Voss war Mitte der 30er Jahre eingestellt worden, obwohl sie Mitglieder der KPD waren und einzelne sogar Gerichtsverfahren hinter sich hatten. Auch wenn die für die Handelsschiffahrt produzierende Deutsche Werft unter den Arbeitern als »Emigranten-Werft« bezeichnet wurde, zeigte sich doch in der Einstellung der Arbeiter kein signifikanter Unterschied. So hielt sich im Hafen wie auf den Werften ein Kern von aktiven Kräften der Arbeiterbewegung, die bei der Mobilisierung der »Arbeiteropposition« eine bedeutsame Rolle spielen sollten.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ließ die gelernten Metallarbeiter seit 1936 zur Mangelware werden und stärkte damit deren Position. Durch Formierungsmaßnahmen begrenzte jedoch das Regime die dadurch entstandenen Freiräume, Metallarbeiter durften nur noch mit Genehmigung des Arbeitsamtes und des Betriebes ihre Stelle wechseln. Damit blieben die aus der zunehmenden Knappheit an Arbeitskräften normalerweise entstehenden positiven Möglichkeiten (Wechsel zu besser bezahlenden Firmen, Durchsetzung von Lohnverbesserungen etc.) für die Werftarbeiter begrenzt. Die Fluktuation bei Blohm & Voss hielt sich daher auch in den folgenden Jahren in Grenzen, die Relation Entlassungen (Jahressumme)/Beschäftigte (Jahresdurchschnitt) nahm nur von 25% (1936) auf 33% (1938) zu, 1929/30 hatte sie noch 80% betragen[15].

Auch der Charakter der unständigen Arbeit wurde 1934 durch die Schaffung der Gesamthafenbetriebsgesellschaft geändert. Sie übernahm als Arbeitgeber die bis dahin unständigen Arbeiter in eine feste Anstellung und teilte sie dann den Hafeneinzelbetrieben zur Arbeitsleistung zu. Diese Einschränkungen wurden aber desto mehr als hinderlich empfunden, je mehr die allgemeine Wirtschaftsbelebung wieder Möglichkeiten für eine individuelle Interessenvertretung bot.

Die soziale Lage der Arbeiter im Hafen und auf den Werften

Entsprechend der unterschiedlichen Beschäftigungslage, entwickelten sich auch die Lohneinkommen in ungleichem Maße. Viele Hafenarbeiter, sowohl die festen Einzelbetriebsarbeiter wie die ehedem unständigen und nun als Gesamthafenbetriebsarbeiter bezeichneten, verdienten aufgrund der Schichtbegrenzungen, der unregelmäßigen und schlechten Beschäftigungslage zeitweise weniger als den Fürsorgesatz. Die GHBG nannte für 1936 einen Durchschnittslohn von 40,70 RM wobei der niedrigste Wochenlohn in der zweiten Oktoberwoche 32,22 RM betrug[16]. Im Sommer 1933 wurde die Regelung aufgehoben, daß unterbeschäftigte Hafenarbeiter vom Arbeitsamt Kurzarbeiterunterstützung erhielten. 1934 wurden die Leistungen, die bisher vom Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt gewährt wurden, durch eine »Hafenhilfe« ersetzt. Wie bei der Fürsorgeunterstützung mußte dabei die Bedürftigkeit nachgewiesen werden, sie wurde auch von der »Hilfsstelle Hafen« streng überprüft. Welches Ausmaß diese Hilfe annahm, zeigt die Statistik dieser Hilfsstelle: 1934 hatten 93% der GHBG-Arbeiter und 16% der Einzelbetriebsarbeiter einen Antrag gestellt, 1937 immer noch 54,5% der GHBG-Arbeiter, aber nur noch 2,4% der Einzelbetriebsarbeiter[17].

Wenngleich auf diese Weise ein, allerdings bescheidenes, Auskommen gewährleistet war, so führte die Regelung doch zu einer tiefen Verbitterung. Es ging an die Ehre der Arbeiter, daß sie trotz fester Beschäftigung und trotz der zunehmenden Verschärfung des Arbeitstempos ihre Familie nicht ernähren konnten und wie ausgesteuerte Arbeitslose auf Unterstützung angewiesen waren, für die sie Bedürftigkeit nachweisen mußten.

Auch die Entwicklung auf den bald vollbeschäftigten Werften, wo die Arbeiter mehr und mehr Überstunden leisten mußten, verlief für diese nicht unbedingt zufriedenstellend. Die Löhne der Werftarbeiter (Facharbeiter 0,72 RM/Std.) zählten zu den niedrigsten im Metallgewerbe. Die traditionelle Differenz wurde von den Werfteigentümern mit dem langsameren »Werfttempo« begründet. Die Arbeiter seien auf dem weitläufigen und unübersichtlichen Werftgelände oder dem verwinkelten Schiffsinneren nur schwer zu kontrollieren, die Arbeitsintensität dementsprechend geringer. Da die Tariflöhne festgeschrieben waren, später gewährte Leistungszulagen sich nur bei einigen Pfennigen pro Stunde bewegten, gingen die Lohnverbesserungen fast ausschließlich auf längere Arbeitszeit oder höhere Arbeitsintensität zurück. Die Werftindustriellen, insbesondere ihr unbestrittener Führer Rudolf Blohm, lehnten jede Lohnerhöhung und auch Verbesserungen der Akkordbedingungen kategorisch ab. Die sukzessive Einführung des REFA-Systems führte zu einem steigenden Leistungsdruck. Das Verhältnis Lohn – Leistung verschlechterte sich zu Lasten der Arbeiter. Gleichzeitig stiegen in der Luftfahrtindustrie die Löhne beträchtlich an, da die Firmen Kostensteigerungen an die Luftwaffe weitergaben. Die Kluft zwischen Werftlöhnen und Flugzeugbaulöhnen vergrößerte sich weiter. In Hamburg war dies nicht der Fall, da Blohm & Voss beide Bereiche vertrat. In Rostock und anderen Orten gab es jedoch Differenzen bis zu 30 Pfennig im Stundenverdienst. Die steigende Unzufriedenheit der Werft-

arbeiter, die durch den Umstand noch angeheizt wurde, daß auf die Werften dienstverpflichtete Arbeiter ihren höheren Lohn weiterbezahlt erhielten, führte schließlich dazu, daß die Reichsmarine im Sommer 1939 eine Erhöhung der Tariflöhne durchsetzte, die die opponierende Werftindustrie jedoch auf rd. 10% beschränken konnte.

Auch wenn infolge der Ausdehnung der Arbeitszeit die Löhne beträchtlich gestiegen waren (die Bruttowochenverdienste der Gelernten lagen im Juni 1938 bei 55–60 RM), blieben die Werftarbeiter unzufrieden. Zwar konnten sie 1938/39 trotz der gestiegenen Preise in etwa den Bruttoreallohn der Vorkrisenzeit erreichen, aber die von ihnen gezogene Bilanz sah schlechter aus: Die Relation Lohn-Leistung hatte sich zu ihren Lasten verschlechtert, sie mußten intensiver oder länger arbeiten, um auf den gleichen Lohn zu kommen, die gestiegenen Steuern und Abzüge und die obligatorischen Sammlungen der DAF, des Winterhilfswerks und anderer NS-Organisationen reduzierten das Nettoeinkommen. Hinzu kamen Versorgungsprobleme gerade bei den geschätzten »Fettigkeiten«, aber auch bei anderen Lebensmitteln. Von besonderer Bedeutung für den steigenden Unmut der Werftarbeiter war außerdem das zunehmende Zurückbleiben ihres Lebensstandards im Vergleich zu dem des Bürgertums und der Unternehmer. Sie fühlten sich um ihren Anteil am geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum betrogen.

So ist zu erklären, daß es gerade in der Aufschwungsphase ab 1935/36 zu einer deutlichen Zunahme der Unzufriedenheit auch der Werftarbeiter kam. Diese Unzufriedenheit war noch keine politische Manifestation. Sie betraf Antifaschisten, Unpolitische und Nationalsozialisten in gleicher Weise. Aber sie war die Basis für eine Verstärkung der Distanz zum Regime, die sich aber zunächst vor allem im Verhalten gegenüber den NS-Organisationen und ihren Repräsentanten im Betrieb, insbesondere der DAF, konkretisierte.

Arbeiter, Nationalsozialismus und DAF

Im Gegensatz etwa zum Ruhrgebiet oder Berlin dominierten SPD und freie Gewerkschaften die Hamburger Betriebsarbeiterschaft vor 1933 unangefochten. Bis auf wenige Ausnahmen besetzten sie die Betriebsräte, und die Zahl der organisierten Sozialdemokraten unter den Arbeitern war allgemein deutlich höher als die der Kommunisten.

Ernüchtert mußte die Hamburger KPD daher 1933 feststellen, daß die Betriebsarbeiter nicht ihren Aufrufen zu einer Gegenwehr gegen das Vordringen des Faschismus folgten. Auch nicht auf den Werften, wo die RGO-Liste bei Blohm & Voss im Januar 1933 die Betriebsratswahlen gewonnen hatte, oder im Hafen, wo sie besonders unter den unständigen Arbeitern über eine größere Anhängerschaft verfügte. Allerdings war die organisatorische Verankerung der KPD selbst auf den Werften vergleichsweise schwach. Die Betriebszelle bei Blohm & Voss zählte im Frühjahr 1933 15–20 Mitglieder, bei den anderen Werften waren es jeweils nur zwei bis drei Mann[18]. In den verschiedenen Bereichen des Hafens zählten dagegen die KPD-Betriebszellen Anfang 1933 fast 800 Mann[19].

Die Arbeiter folgten auf den Werften wie im Hafen den Appellen von SPD- und Gewerkschaftsfunktionären und verhielten sich abwartend. In den KPD-Berichten finden sich Meldungen über Äußerungen sozialdemokratischer Arbeiter im Hafen wie »Laß Hitler auch in Hamburg regieren, dann wird er sich schon abwirtschaften«[20]. Angesichts der Erfahrungen mit den letzten Krisenjahren glaubten viele Arbeiter, daß es nur noch besser werden könne. Diese Haltung verlor sich aber im Laufe des Jahres 1933 nach und nach, und Ernüchterung machte sich breit. So heißt es in einem anderen KPD-Bericht vom Frühjahr 1934 über den Hafen: »Die große Stimmung der Arbeiter im ganzen ist schärfste Kritik, und jeder wünscht, daß es morgen zusammenbricht.«[21] Allerdings lassen sich im Verhalten gegenüber der NS-Organisation im Betrieb, der NSBO bzw. der DAF, differenzierte Verhaltensweisen feststellen.

Im Hafen, wo die NSBO 1933 über den staatlichen Einfluß für die unständigen Arbeiter Verbesserungen durchsetzen konnte, gab es eine partielle Akzeptanz der DAF und der neuen Institutionen wie des Vertrauensrates. Zur Durchsetzung von Forderungen und Interessen wurde durchaus auch von oppositionellen Arbeitern auf diese Institutionen zurückgegriffen, wenn sich gezeigt hatte, daß es nützlich sein konnte. Dies umsomehr als arbeitsrechtliche Streitigkeiten ohne Einschaltung der DAF nicht verfolgt werden konnten[22]. Dabei mochte auch eine Rolle spielen, daß nach einem anderen KPD-Bericht auf der unteren und betrieblichen Ebene im Hafen viele DAF-Funktionäre ehemalige Freigewerkschaftler waren[23].

Einer der wenigen Konflikte war der Kampf der Hafenarbeiter um die Reihenvermittlung im Jahr 1935. Die Forderung wurde von früheren Gewerkschaftern in DAF-Versammlungen gestellt. Im Verlauf des Konfliktes kam es dazu, daß zweimal Versammlungen gesprengt wurden. Schließlich endete die Bewegung mit einem Erfolg. Hatten die Sozialdemokraten und Gewerkschafter damit innerhalb der DAF agiert und so die Taktik des »Trojanischen Pferdes« angewandt, so hatten die kommunistisch orientierten Arbeiter die Versammlungen boykottiert und die dort auftretenden sozialdemokratischen Arbeiter als »Überläufer« bezeichnet[24].

Dieses grundverschiedene Verhalten, das die jeweilige Parteilinie auf den Kopf stellte (die von der KPD-Führung ab 1935 propagierte Taktik des »Trojanischen Pferdes«, d.h. die Möglichkeiten der verdeckten Arbeit in NS-Organisationen zu nutzen, stand nicht nur in Hamburg im Widerspruch zum Verhalten der Basis), hängt eng mit den Grundstrukturen der jeweiligen politischen Organisation zusammen. Reihenvermittlung bedeutete, daß die (unständigen) GHBG-Arbeiter in der Reihenfolge ihrer Nummern zu den Einzelbetrieben und Arbeitsstellen vermittelt wurden. Damit kamen die Arbeiter immer wieder mit den gleichen Kollegen zusammen. Hielt man sich nicht an die Nummernabfolge bei der Zuteilung zu den Arbeitsstellen, so wechselte die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen bei jeder Vermittlung. Die kommunistischen Hafenarbeiter, die zum einen aufgrund ihrer geringeren Zahl sowieso zumeist in den Arbeitsgruppen in der Minderheit oder allein waren, zum anderen aufgrund ihrer politischen Orientierung (Agitation aller Arbeiter) offener für neue Kontakte waren, sahen daher in der Reihenvermittlung

anscheinend keinen großen Gewinn. Für die sozialdemokratisch orientierten Arbeiter, für die die Kommunikationsbeziehungen zentrale Bedeutung hatten, d.h. stetige Verbindung, geschlossene Kreise, in denen man wußte, mit wem man es zu tun hatte, bedeutete die Aufgabe der Reihenvermittlung die Zerstörung ihrer Kommunikationsstrukturen. Es ist anzunehmen, daß GHBG und DAF diese Konsequenz durchaus beabsichtigten. Darüber hinaus war der Konflikt zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern in diesem Falle auch Ausdruck der kommunistischen Politik in Hamburg, die bis 1934/35 auf strikte Abgrenzung gegenüber NS-Organisationen achtete und versuchte, Nationalsozialisten am Arbeitsplatz zu isolieren und auszugrenzen.

Trat die DAF aber als Propagandainstrument des Regimes auf, beispielsweise bei der Organisierung von Veranstaltungen mit politischen Reden oder durch Sammlungen, dann blieben die meisten Arbeiter auf Distanz. So heißt es in einem KPD-Bericht vom Dezember 1935: »Wenn die Betriebsräte Karten zum Kauf anbieten, um irgend eine Versammlung zu besuchen, wo ein Oberbonze spricht, so sagen sie ganz laut: ›Wat will der Mors, nu hevt ji uns lang nug verkohlt.‹«[25] Dabei ist allerdings auch zu berücksichtigen, daß infolge der Einstellungspolitik und durch Anpassungsprozesse wegen des staatlichen Einflusses der Anteil von Nationalsozialisten im Hafen sicher über dem Durchschnitt der Betriebe lag. Hinzu kam, daß 1936 die Kontrolle der Belegschaften durch die DAF weitgehend durchorganisiert war, auf 25 Arbeiter kam ein DAF-Walter. Aber auch dies konnte nichts daran ändern, daß spätestens seit 1935 im Hafen antinazistische Einstellungen dominierten und die DAF mit dem Versuch der Gewinnung der Hafenarbeiter gescheitert war.

Trotzdem lassen sich in den Quellen für den Hafen nur wenige Manifestationen der Arbeiteropposition feststellen, was zum Teil mit der Austragung von Konflikten auf den institutionellen Kanälen, zum Teil aber auch mit der intensiven politischen Kontrolle verbunden sein dürfte, der der Hafen unterworfen war.

Im Gegensatz zum differenzierten Umgang mit DAF und Vertrauensräten im Hafen war auf den Werften und insbesondere bei Blohm & Voss die Ablehnung der DAF dominant, trotz einer starken Minderheit nationalsozialistisch organisierter Arbeiter. Bei Blohm & Voss lag der Anteil der in NS-Verbänden (ohne DAF) organisierten Werftarbeiter 1936 bei über 10%. Ein enorm hoher Anteil, wenn man bedenkt, daß die SPD um 1930 maximal um 5%, die KPD vermutlich um 2% Mitglieder unter den Arbeitern auf der Werft verfügt hatten. Bis zum Sommer 1939 hatte die DAF auf der Werft einen Apparat mit fast 600 Amtswaltern aufgebaut. Aber trotz dieser zahlenmäßigen Stärke blieben die nationalsozialistischen Arbeiter und ihre Organisationen isoliert, und ihr Einfluß auf die Belegschaft war eng begrenzt. Die Abgrenzung gegenüber DAF und Vertrauensrat und die Ausgrenzung der Nationalsozialisten durch die antifaschistisch eingestellten Kollegen waren noch eindeutiger als im Hafen. Dabei spielte die spezifische Situation bei Blohm & Voss eine entscheidende Rolle. Die Werft wurde von den beiden Eigentümern, den Brüdern Rudolf und Walther Blohm, in patriarchalischer Weise nach dem in der Schwerindustrie verbreiteten »Herr-im-Hause«-Prinzip geführt. Rudolf

Blohm, der als dominante Persönlichkeit die Außenvertretung übernommen hatte und führende Positionen in zahlreichen Wirtschaftsverbänden und -gremien einnahm, gab auch auf der Werft den Ton an, wenn es um die »innere Führung« ging. So betrachtete die Betriebsleitung die Versuche der DAF-Gauwaltung und der NSDAP-Gauleitung, im Betrieb im Sinne der »Betriebsgemeinschafts«-Konzeption Einfluß zu nehmen, mit Mißtrauen und wehrte sie souverän ab. Den Vertrauensrat, der mit der betrieblichen DAF-Führung identisch war, hatte die Betriebsleitung auf ihre Seite gebracht, was sie gegenüber DAF-Gauwaltung und NSDAP-Gauleitung stärkte. So blieben DAF-Bemühungen, wenn sie Kosten verursachten wie »Schönheit der Arbeit«, erfolglos. Lediglich im Bereich der Fortbildungskurse, an denen auch der Betrieb Interesse hatte, konnte die DAF Erfolge nachweisen. Der Vorstoß des NSDAP-Gauleiters und Reichsstatthalters Kaufmann, eine Person seines Vertrauens mit der Leitung einer neu einzurichtenden Abteilung für soziale Betriebsarbeit zu betrauen, wurde von der Firmenleitung in das Gegenteil verkehrt. Die Stelle wurde zwar offiziell eingerichtet, aber anders besetzt, allen anderen Mitgliedern der Betriebsführung untergeordnet und besonders mit der Senkung der Fehlzeiten, d.h. Kontrolle der Arbeiter, beauftragt[26].

Kein Wunder, daß Blohm & Voss unter den oppositionellen Arbeitern als Musterbeispiel für die wahren Machtverhältnisse im faschistischen Herrschaftssystem galt. Die Mißerfolge der DAF zeigten, »daß Blohm diktiert und nicht die DAF oder ein Kaufmann«[27]. Die Repräsentanten der DAF im Betrieb wurden verachtet und ausgegrenzt. Manche sahen sich auch persönlichen Schikanen (verstecktes Werkzeug, beschädigte Werkstücke, Bewerfen mit Eisenteilen etc.) ausgesetzt. Trotz der großen Zahl der organisierten Nationalsozialisten blieb die Mehrheit der Werftarbeiter antifaschistisch eingestellt, und diese Haltung weichte bis zum Krieg nicht auf, sondern verstärkte sich eher noch. Antifaschistisches Bewußtsein schloß allerdings nicht aus, daß außenpolitische Erfolge des Regimes durchaus akzeptiert wurden, der Kolonialgedanke eine gewisse Verbreitung fand, daß die Arbeit an den Kriegsschiffen bis auf geringfügige Ausnahmen nicht sabotiert wurde und dem propagierten »Führer-Mythos« insofern Tribut gezollt wurde, als sich die Gegnerschaft vor allem gegen die örtliche NS-Führung richtete.

Eine Ausnahme unter den Werftarbeitern bildete die Mehrheit der Jugendlichen, die stark nationalsozialistisch geprägt wurde und die auch dort, wo sie aus den zermürbenden Bedingungen des Betriebes ausbrechen wollte, eigene Wege ging. Sie bevorzugte die Meldung zur Wehrmacht und später im Krieg zur Waffen-SS.

Arbeiteropposition

Die dominante antifaschistische Stimmung beruhte zum Teil auf der politischen und gewerkschaftlichen Prägung der meisten Arbeiter, zum Teil aber auf den Erfahrungen im Arbeitsalltag. Ein beträchtlicher Teil ihrer Unzufriedenheit ging auf Maßnahmen des Regimes zurück wie den Lohnstopp, die Entmachtung der Betriebsvertretungen, die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels und anderes. Zudem verärgerte die Arbeiter das Schönreden ihrer tristen Arbeits- und

Lebensbedingungen oder das Vertrösten auf die Zukunft. In den zentralen Arbeitskonflikten um Lohn und Leistung sahen die Arbeiter DAF und Vertrauensräte an der Seite der Betriebsleitung oder zumindest sich passiv verhaltend. Allenfalls in Fällen, wo die DAF sich als Vertreter der »Volksgemeinschaft« gegenüber dem »Betriebsegoismus« fühlen konnte, war Hilfe zu erwarten. Dies galt zum Beispiel für die wenigen Fälle, in denen Metallarbeiter nachweisen konnten, daß sie nicht ihrer Qualifikation entsprechend eingesetzt wurden. Aber wenn es um die Frage der Leistungssteigerung ging, war die Front zwischen Betrieb und DAF geschlossen. So entwickelte sich im Kontext von Rationalisierung und REFA-Akkorden (vor allem im Maschinenbau) auf den Werften ein permanenter Konflikt um die Akkordfestsetzung, bei der die Arbeiter in der Regel den kürzeren zogen. In der Auseinandersetzung um den Ausgleich von Leistung und Lohn standen den Arbeitern jedoch auch andere Mittel zur Verfügung. Hierzu gehörten beispielsweise die Leistungszurückhaltung bei Bezahlung im Zeitlohn und das Krankfeiern ebenso wie die Versuche, durch Leistungsverweigerung die Entlassung zu erreichen.

So unpolitisch diese Vorgänge unter anderen politischen Verhältnissen sein mochten, angesichts des Totalitätsanspruchs des Regimes wurde dieser Konflikt politisiert, zumal sich ein Teil der Aktivitäten gegen vom Regime gesetzte Regelungen richtete. Auch wenn einzelne Arbeiter die Auseinandersetzung mit dem Meister, der Akkordfestsetzung oder dem Lohnbüro aufnahmen, so geschah dieses Handeln vor dem Hintergrund intensiver Kommunikationsprozesse in den Werkstätten und Arbeitsstellen. Es wurde darüber gesprochen, welche Wege möglich und erfolgversprechend seien. So wurden gute und durchsetzungsfähige Arbeiter vorgeschickt, um Leistungszulagen oder Akkordverbesserungen durchzusetzen. Hatten sie Erfolg, verlangten die übrigen Gleichbehandlung. Wären zwei oder mehr Arbeiter zugleich gekommen, wäre dies sofort als kollektives Aufbegehren registriert und geahndet worden[28]. Erfolgreiche Methoden sprachen sich sehr schnell herum. Es zeigte sich, daß die Kommunikation innerhalb der Belegschaft sehr intensiv war, hier spielten auch die nach wie vor bestehenden Kontaktnetze der Arbeiterorganisationen eine Rolle. So wurde schon im Frühjahr 1939 auf den Werften davon gesprochen, daß Verhandlungen über eine Tariflohnerhöhung im Gange seien.

Die auch in Hamburg gehörte Rundfunkpropaganda über Radio Moskau wirkte hier als »Rückkopplung«. Dort wurde über Beispiele erfolgreichen Vorgehens und neue Methoden berichtet, die Informationen dazu entstammten den Berichten der KPD-Instrukteure. Allerdings stießen die ebenfalls propagierte Taktik des »Trojanischen Pferdes« und die Aufforderung, alles zu unternehmen, um den Krieg zu verhindern, weitgehend auf taube Ohren.

Obwohl Arbeitskonflikte schon vor 1933 und auch nach 1945 zum Betriebsalltag gehörten, erhielten sie durch die spezifischen Bedingungen unter dem NS-Regime einen politischen Aspekt. Wenngleich diese Auseinandersetzungen durch die Ausschaltung der Gewerkschaften nunmehr vor allem als individuelle Konflikte sich manifestierten, so lagen ihnen doch übergreifende Kommunika-

tionsprozesse zugrunde. Es handelte sich damit um einen kollektiven Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, in dem die auf Kommunikationsstrukturen gegründete Arbeiteropposition einen entscheidenden Part spielte. Die Parteinahme des Regimes, sein dezidiertes Eingreifen und sein totaler Machtanspruch politisierten diesen Konflikt. Spätestens dann wurde der politische Gehalt sichtbar, wenn zur Einschüchterung der Arbeiter gegen »Arbeitsbummelanten« die Gestapo eingesetzt wurde wie bei Blohm & Voss im Sommer 1939. Welche Rolle dabei die illegale Arbeiterbewegung und ihre Mitglieder spielten, soll im folgenden gezeigt werden.

Werftarbeiter bei Blohm & Voss im organisierten Widerstand[29]

Auch wenn der Anteil der politisch organisierten Werftarbeiter gering war, so besaßen sie und ihre anderen politisch bewußten und aktiven Kollegen für die innerbetrieblichen Kommunikationsprozesse und die Entwicklung des Verhaltens der Arbeiter große Bedeutung[30]. Sie bildeten damit einen Teil der Arbeiteropposition. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die in den Quellen manifest werdenden illegalen Organisationen der Jahre bis 1936 nur einen kleinen Teil der Parteimitglieder erfaßten.

Obwohl die sozialdemokratische Organisationsbasis weitaus gefestigter als die kommunistische war und auch ihr Einfluß auf die Arbeiter weitreichender, bleiben ihre Organisations- und Kommunikationsstrukturen und auch die politische Wirksamkeit weitgehend im Dunkel. Ursache ist weniger, wie bisher angenommen, ihr völliges Fehlen oder ihre Inaktivität, sondern daß unsere Hauptüberlieferungsquellen, die Akten des Verfolgungsapparates, dazu nur begrenzt Auskunft geben. Auch die Überlieferung aus der Emigration dokumentiert kaum illegale Basisorganisationen, und Befragungen in der Nachkriegszeit unterblieben[31]. So geht das Wissen über illegale SPD-Strukturen auf den Werften zum großen Teil auf die KPD-Überlieferung zurück, wobei die KPD-Bezirksleitung bzw. die Betriebsgruppen nur begrenzt Einblick besaßen.

Ein großer Teil der SPD-Mitglieder zog sich 1933 von den nunmehr illegalen politischen Aktivitäten zurück und wartete ab. Der größte Teil der sozialdemokratischen Werftarbeiter scheint jedoch zumindest die Kommunikationsverbindungen aufrechterhalten zu haben. Über manche dieser Kontakte wurde spätestens seit Anfang 1934 wieder in etwa 14tägigem bis monatlichem Abstand illegale Literatur weitergereicht. Dies belegt ein Ermittlungsverfahren gegen 25 Arbeiter – fast durchweg Maschinenbauer – aus dem Jahre 1935[32]: Wilhelm Hausen und Hermann Hinck hatten von der ganz Hamburg umfassenden SPD-Organisation unter Walter Schmedemann bis Anfang 1935 illegale Schriften erhalten, die sie an ihre Arbeitskollegen in der Maschinenbau-Abteilung weitergegeben hatten. Angeklagt wurden schließlich neun Kollegen, von denen aber nur Hausen verurteilt wurde (6 Monate Gefängnis).

Möglicherweise aber war die Funktion dieses und anderer betrieblicher sozialdemokratischer Diskussionszirkel (in den Kolonnen und Arbeitsgruppen arbeiteten zumeist fünf bis acht Leute zusammen, in den Arbeitspausen bildeten sich

Diskussionszirkel gleicher Größe aus vertrauten Genossen) noch weit bedeutsamer. In den Werkstätten, auf den Hellingen und in den Schiffen trafen – schwer kontrollierbar – Genossen aus verschiedenen Stadtteilen und aus verschiedenen Organisationszusammenhängen (SPD, SAJ, Reichsbanner, DMV) aufeinander. So wurde die vertikal und horizontal gegliederte Kommunikationsstruktur der illegalen Organisationen an vielen Stellen durch betriebliche Querverbindungen abgesichert und verstärkt. Von Bedeutung war dies besonders, wenn infolge Verhaftungen oder Rückzug Verbindungen abrissen. Daß wichtige Mitarbeiter der illegalen Organisationen wie Willi Griessbach, Willy Pape (beide SPD), Walter und Bruno Tydecks (Reichsbanner), Paul Peschel (SAJ) bei Blohm & Voss beschäftigt waren, bestärkt diese Vermutung.

Neben der genannten Gruppe und auch nach deren Verhaftung bestanden weiterhin sozialdemokratische Gruppen auf der Werft, die sich zum Teil am Parteivorstand orientierten, zum Teil an den Revolutionären Sozialisten (RSD). Dabei trat besonders der letztere Kreis aktiv bei der Initiierung von Verweigerungs- und Protestaktionen auf. Zu diesen engeren Kreisen fest eingebundener Sozialdemokraten gehörte eine Reihe von früheren Reichsbanner-Funktionären, die erst 1937 im Zuge des Vorgehens gegen die illegalen Reichsbanner-Organisationen verhaftet wurden.

Außerdem bestanden informelle Kommunikationsstrukturen unter ehemaligen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die zwar im einzelnen personell nicht faßbar sind, aber deren Existenz sich u.a. aus den KPD-Berichten und den Gestapofeststellungen ergibt. So verfügte der Kreis um die ehemalige Hamburger DMV-Führung um Hermann Kempken, Karl Mett und Wilhelm Petersen, die mit der Berliner DMV-Führung um Teichgräber und Brandes in Verbindung stand, auch über Verbindungen zu früheren DMV-Funktionären auf der Werft. In mehreren KPD-Berichten wird die seit 1936 gestiegene Bedeutung dieser früheren Gewerkschafter in den Betrieben hervorgehoben. Angesichts der Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit der DAF-Walter, effektive Ratschläge für eine individuelle Interessenvertretung zu geben, gewannen die Kenntnisse der Gewerkschafter über die Bestimmungen der Betriebs- und Tarifordnungen und noch mehr ihre Erfahrungen, wie diese vorteilhaft für den Arbeiter auszulegen seien oder wie sich einschränkende Bestimmungen (z.B. Verbot des Arbeitsplatzwechsels) mehr oder weniger legal umgehen ließen, an Bedeutung. Wenngleich diese Funktion zunächst eng auf individuelle betriebliche Probleme beschränkt blieb, so entstand um diese Personen ein Umfeld. Damit war eine politische Aufwertung dieser Gewerkschafter und des Ansehens der freien Gewerkschaften insgesamt verbunden. Gleichzeitig wurden sie auf diesem wichtigen Gebiet zu einem ernst zu nehmenden Gegner für die DAF und zu einem wichtigen Faktor der Arbeiteropposition. Letzteres galt natürlich auch für die sozialdemokratischen Kommunikationsnetze, die de facto den stärksten Einfluß auf die Werftarbeiter ausübten.

Die im Betrieb operierenden kommunistischen Organisationen, KPD, KJVD und RGO, konnten sich nur auf eine schwache organisatorische Basis stützen und sahen sich in ihrem politischen Einfluß von der oppositionellen Gruppierung

der »Versöhnler« überrundet[33]. Die KPD-Betriebszelle bei Blohm & Voss umfaßte nach den KPD-Angaben im Frühjahr 1933 nur 14 Mann, die RGO-Gruppe im Frühjahr 1934 25 Mitglieder, die KJVD-Zelle 1934 ca. 5–10 Mitglieder. Der Schwerpunkt lag im Schiffsbau, besonders bei den Nietern, später auch im Flugzeugbau. Nach Verhaftungen 1933 und 1934 blieben bis 1935 und zum Teil bis 1936 (KJVD) auf den Werften kleine Zellen mit wenigen Mitgliedern oder einzelne Verbindungsleute zu oberen Leitungen bestehen. Sie standen über Instrukteure in Verbindung mit Unterbezirks- und Bezirksleitungen, widmeten sich insbesondere der Agitation unter ihren Kollegen und gaben dazu auch illegale Schriften weiter.

Weitaus größer war die Zahl der KPD-Mitglieder, die nicht durch diese offiziellen Betriebszellen erfaßt waren, sondern sich Wohngebietsgruppen angeschlossen hatten, in Nebenorganisationen wie der Roten Hilfe aktiv waren oder sich weigerten, illegal zu arbeiten. Die KPD-Bezirksleitung schätzte im Frühsommer 1934, daß durch die Zelle und die 60–80 nicht erfaßten Mitglieder wöchentlich ca. 200 illegale Zeitungen auf der Werft von Blohm & Voss verbreitet würden[34]. So verfügte die KPD auf den Werften und besonders bei Blohm & Voss auch nach 1933 durchaus über Einfluß auf die Arbeiter. Allerdings scheint ihr die von Hans Westermann geleitete Hamburger »Versöhnler«-Organisation, die KPD-Mitglieder und Ausgeschlossene umfaßte, hinsichtlich des Einflusses auf die politische Orientierung 1933/34 den Rang abgelaufen zu haben. Die Arbeiter orientierten sich bezüglich der Einschätzung der Situation mehr an den Positionen der Sozialdemokratie und der »Versöhnler«. Sie betrachteten die Errichtung der faschistischen Diktatur als schwere Niederlage der Arbeiterbewegung und sahen keine revolutionäre Entwicklung wie die KPD und auch keine Möglichkeit, wie das Regime zu stürzen sei. Dennoch waren viele Arbeiter bereit, als Nazigegner den Zusammenhalt zu bewahren und gegen DAF, NSDAP und Faschismus auch im Betrieb zu agitieren. Im ersten Halbjahr 1935 wurden die Westermann- und die KPD-Organisation im Hafen und auf den Werften von der Hamburger Staatspolizei zerschlagen.

Nach der erneuten Verhaftung von Funktionären der KPD-Bezirksleitung Anfang Mai 1936 verzichtete die KPD-Führung darauf, illegale Organisationen in Hamburg aufzubauen. Die von Komintern und KPD-Führung 1935/36 entwickelte neue Strategie sah vor, daß die Anleitung und Verbindung zu bestehenden Gruppen, einzelnen KPD-Mitgliedern, aber auch zu Nichtmitgliedern im Reich über die neu gebildeten Abschnittsleitungen gehen sollte. Im Auftrag der Abschnittsleitung Nord in Kopenhagen reisten von Herbst 1936 bis zum Sommer 1939 mehrmals jährlich Instrukteure wie die kommunistischen Emigranten Karl Nieter, Johannes Verner, Karl Scheffel und andere nach Hamburg. Sie nahmen dort Verbindungen mit verschiedenen Hamburger Arbeitern auf, darunter auch mehrere Werft- und ein Hafenarbeiter, aber auch mit einzelnen Mittelständlern. Die Instrukteure informierten über die Politik der KPD, die Einschätzung der aktuellen politischen Entwicklung und gaben auch Richtlinien für die Agitation. Illegale Schriften wurden nur in geringer Zahl eingeschmuggelt und weitergegeben. Insgesamt scheint die Anleitung jedoch zweitrangig gewesen zu sein, da die Hamburger Kontaktper-

sonen eher der Peripherie der Partei zuzurechnen waren. Von entscheidender Bedeutung für die KPD-Führung waren, wie sich aus dem Umfang der Überlieferung erkennen läßt, die Berichte und die Informationen, die sich die Instrukteure von den Arbeitern über die Stimmung und Haltung der Arbeiter, innerbetriebliche Vorkommnisse und alltägliche Ereignisse geben ließen. Sie betrafen besonders die Situation auf den Werften, da die Verbindung zum Hafen schwach blieb und bald wieder abriß. Damit ließ sich ein wichtiger Einblick in diesen Mikrokosmos gewinnen, auch wenn er nur auf Gesprächen mit drei Werftarbeitern beruhte, die zudem nur eine periphere Position in den innerbetrieblichen kommunistischen Kommunikationsstrukturen einnahmen.

Aus den Berichten wird die zunehmend gespanntere Situation zwischen Betriebsleitung und Betriebs-DAF einerseits und der sich formierenden und aktivierenden Arbeiteropposition andererseits sichtbar. Teil dieser Arbeiteropposition waren auch die Kommunikationsnetze der ehedem kommunistisch organisierten Arbeiter, die nur über den Rundfunk und sporadisch auftauchende illegale Schriften von der politischen Linie der Parteiführung erfuhren. Wenngleich sie antifaschistische Denkweisen und Haltungen propagierten, so folgten sie ihrer Führung nur begrenzt. Die Taktik des »Trojanischen Pferdes« wurde abgelehnt, da man mit den NS-Organisationen nichts zu tun haben wollte. Die Aufforderung, die Verhinderung eines Krieges ins Zentrum der Agitation zu stellen, scheiterte an der Hoffnung der Arbeiter, ein Krieg werde ein schnelles Ende des Regimes herbeiführen.

Mit den schnell steigenden Beschäftigtenzahlen und der damit verbundenen Reintegration früherer SPD- und KPD-Mitglieder 1934/35 sowie der gleichzeitigen Zerschlagung der illegalen Organisationen entwickelte sich eine neue Situation. Während vom Organisationsgerüst der Arbeiterbewegung nur noch Kommunikationszirkel übrigblieben, die nur partiell vernetzt waren, stieg unter den Arbeitern die Unzufriedenheit wie gleichzeitig die Bereitschaft zu Protest und Verweigerung. Schon 1934/35 zeigte sich eine wachsende Unlust zur Teilnahme an Zwangsveranstaltungen der DAF, vom 1. Mai über Kameradschaftsabende bis hin zu Betriebsappellen mit Reden von DAF- und NSDAP-Prominenz. Den Höhepunkt dieser Bewegung bei Blohm & Voss markierten zwei von den informellen Netzen der SPD- und KPD-Arbeiter initiierte Boykottaktionen im Oktober 1935 und im März 1936. Die Initiative ging dabei von der aktionsorientierten RSD-nahen sozialdemokratischen Gruppe aus. Über den Auftritt des NSDAP-Gauleiters und Reichsstatthalters Karl Kaufmann heißt es in der Tagesmeldung des Gestapa vom 4. November 1935: »Noch vor Beginn der Rede verließ über ein Drittel der Arbeiterschaft die Werft.« [35] Bei der Rundfunkübertragung einer Rede Hitlers am Freitag vor der Reichstagswahl vom März 1936 zogen beim Eintreffen Kaufmanns auf ein verabredetes Signal ca. 1.000–2.000 Arbeiter aus der Halle und marschierten unter Sprechchören wie »Wir haben Hunger« zu den Lohnbüros beim Werkstor[36].

Dieser Vorgang wurde schnell Tagesgespräch in Hamburg. Die Arbeiteropposition fühlte sich dadurch zwar zu weiteren Aktionen ermutigt, wurde aber gleichzeitig mit einem flexiblen Vorgehen der Betriebsleitung konfrontiert: Da

der Betriebsleitung die Häufung der NS-Auftritte, zumal auf Kosten des Betriebes, unangenehm war, wurde bei ähnlichen Anlässen nunmehr entweder freigegeben (Rundfunkübertragung) oder die kleinere Speisehalle benutzt, in der nur ein Teil der Belegschaft Platz fand. Wenn Hitler oder andere prominente Nationalsozialisten die Werft besuchten, wurde durch rigide Auslese, Überwachung, Kontrolle und Absperrung durch Polizei, SA- und SS-Einheiten und Betriebs-DAF der Handlungsspielraum der Arbeiteropposition minimalisiert.

Zwar lassen sich im Gefolge der Reichstagswahl-Aktion keine Verhaftungen feststellen, aber es fällt auf, daß in den folgenden Jahren mehrfach Hochverratsverfahren gegen Werftarbeiter eingeleitet wurden, denen lediglich antinazistische Äußerungen am Arbeitsplatz zugrunde lagen. Aus den in den Verfahren geschilderten Umständen ist zu entnehmen, daß es sich dabei um führende Mitglieder antifaschistischer Diskussionszirkel handelte und daß auf allen Werften die Mehrheit der Arbeiter antifaschistisch eingestellt war und die NS-Arbeiter isoliert blieben.

Auch wenn in den Jahren 1937–39 beim Aufmarsch zum »Tag der Nationalen Arbeit« regelmäßig nach der Anwesenheitskontrolle (wichtig für die Bezahlung des Feiertags) in den Blocks der Werft- wie der Hafenarbeiter Auflösungserscheinungen einsetzten, so war der Höhepunkt dieser Boykottbewegung doch überschritten. Ursache hierfür dürfte auch die außenpolitische Entwicklung 1937/38 gewesen sein. Je deutlicher die Entwicklung auf den Krieg zuschritt, desto stärker trat unter den Werft- und Hafenarbeitern die Auffassung hervor: der Krieg sei unvermeidlich und er werde sehr schnell mit Hitlers Sturz oder Niederlage enden. Daher sei es unnötig, durch Aktivitäten gegen das Regime noch etwas zu riskieren.

Die Welle des Unmuts Anfang 1939

Auch im wirtschaftlichen Aufschwung verschlechterte sich die Stimmung der Hafen- und Werftarbeiter wie der anderen Arbeiter in den Hamburger Großbetrieben weiter, so daß die Gestapo Anfang 1938 zu der Feststellung kam: »Die Stimmung der Arbeiterschaft im Bezirk Groß-Hamburg, wobei vornehmlich an die der Werft- und Hafenarbeiter sowie die der Großbetriebe gedacht ist, ist nach wie vor schlecht.«[37] Trotz oder gerade wegen der allgemeinen Kriegserwartung kam es im Frühjahr 1939 zu einer dramatischen Verschlechterung der Stimmung unter den Arbeitern. Die zuvor geübte Vorsicht und Zurückhaltung in der Öffentlichkeit wich lautstarkem Klagen über die unzureichende Bezahlung, Versorgungsmängel und Kritik am Regime und seinen Repräsentanten. Diese Welle der Renitenz, die außer bei Mason und Wisotzky[38] in keiner anderen Untersuchung Erwähnung findet, wird jedoch unabhängig voneinander von drei Quellen bestätigt: Gestapo, KPD-Beobachter und das die Entwicklung in Hamburg aufmerksam beobachtende britische Generalkonsulat waren gleichermaßen überrascht. In einem Lagebericht der Stapoleitstelle Hamburg, Abteilung II N (der Abteilung für den Einsatz von V-Personen) vom 24. Juni 1939 wird unter Berufung auf Berichte der im Hafen und auf den Werften eingesetzten V-Männer festgestellt, daß sich die Stimmung

der Arbeiter im letzten Vierteljahr laufend verschlechtert habe und daß sie »mit der Stimmung von 1932 verglichen werden kann«[39]. Ähnliches berichtete KPD-Instrukteur Verner über seine Besuche in Hamburg im Februar, April und Juli 1939, wobei er jedoch das geringe Selbstvertrauen der antifaschistischen Arbeiterschaft hervorhob[40]. Der Britische Generalkonsul Robinson schrieb in einem Report an Botschafter Henderson am 6. Juli 1939: »Among the working and lower middle classes little attempt is now made to disguise their feelings, and the women particularly can be heard voicing their grievances openly in shops and public places.«[41] Weiter heißt es, der Wechsel im Verhalten sei ziemlich plötzlich gekommen. Ein britischer Unternehmer, der in Hamburg eine Fabrik mit etwa 200 Beschäftigten leite, sei bei seiner Rückkehr von einem mehrwöchigen Weihnachtsurlaub von dem Wechsel im Bewußtsein der Leute überrascht gewesen. Er führe die Ursachen darauf zurück, daß es in fünf Jahren dem Nationalsozialismus nicht gelungen sei, eine Verbesserung des Lebensstandards herbeizuführen. Niedrige Löhne, verlängerte Arbeitszeiten, Mangel an bestimmten Lebensmitteln seien ebenso die Ursache wie lästige Maßnahmen, wie der Abtransport von Arbeitskräften in ferne Gebiete, mit der einzigen Wahlmöglichkeit, entweder zu gehorchen oder verhaftet zu werden.

Fazit

Die hier geschilderten Verhältnisse in Hamburg sind insofern spezifisch, als sie Arbeitergruppen betreffen, die durch die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Branche oder durch den Druck der Unternehmen und des Regimes nicht oder nur begrenzt an der Rüstungskonjunktur teilhatten. Ein Vergleich mit anderen Studien, die sich mit der Stimmung und dem Verhalten von Industriearbeitern befassen, wie Tenfelde, Wisotzky, Hachtmann oder Morsch[42], zeigt allerdings, daß die Verhältnisse und das Verhalten der Arbeiter im Hafen und auf den Werften nicht aus dem Rahmen fallen. Von daher bleibt die Tendenz, den Arbeitern eine zunehmende Anpassung zuzuschreiben, fragwürdig. Daß dieses große antifaschistische Potential nicht wirksam wurde im Sinne von politischen Widerstandsaktivitäten, ist unbestritten, aber läßt dies den Umkehrschluß auf »Loyalität« und »Integration« zu?

Entscheidend für die Passivität waren zwei Komponenten: Zum einen der Terror, der schon eine antifaschistische Einstellung, mehr noch aber oppositionelles Handeln bedrohte, zum anderen die durch den Verfolgungsdruck verstärkte Zuflucht zu der sich als trügerisch erweisenden Hoffnung, daß der Krieg das Regime beseitigen werde und damit eigenes Handeln und das damit verbundene Risiko verzichtbar mache.

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeiteropposition auf den Werften und im Hafen, so werden Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch Grenzen sichtbar:

- Die Arbeiteropposition repräsentierte die seit 1933 für das Regime gefährlichste Entwicklung und das stärkste antifaschistische Potential.
- Ihr »Korsett« bestand aus den Aktivisten der verbotenen Arbeiterbewegung, wobei der sozialdemokratische Anteil und Einfluß gegenüber

der KPD dominierte. Es war jedoch keine von den Arbeiterparteien gesteuerte Bewegung, sondern eine Basisbewegung, die sich vor allem auf die spezifischen Erfahrungen mit dem NS-Regime gründete und die sich bestimmter Angebote der Arbeiterbewegung im Exil (Information durch Rundfunksendungen) und deren Mitglieder in den Betrieben (Rechtsberatung, Kommunikationsverbindungen) bediente.

- Sie blieb in erster Linie betriebsorientiert und auf innerbetriebliche Konflikte konzentriert, eine überbetriebliche Vernetzung fehlte. Trotz dieser Schwäche ist zu bedenken, daß auch ein aus der Kontrolle geratender betrieblicher Konflikt angesichts der relativ gleichen Verhältnisse in anderen Zentren der früheren Arbeiterbewegung als Lunte am Pulverfaß wirken und damit das Regime destabilisieren konnte.
- Die entscheidende Schwäche der Arbeiteropposition, aber auch der Arbeiterbewegung war, daß sie in der Zeit, als das Potential der innerbetrieblichen antifaschistischen Opposition wuchs, keine Mobilisierungsstrategien entwickelten, die auf den geschilderten Konflikten aufbauten, und keine »konkreten Utopien« als Ziel und keinen realistischen Weg zur Überwindung des Regimes aufzeigten[43].
- Die unter den Arbeitern spätestens seit 1938 dominierende Haltung, der Krieg sei unvermeidlich und werde zum schnellen Sturz des Regimes führen, hatte demobilisierende Folgen und führte zur Passivität und zum Abwarten. Die Arbeiter sahen sich als Beobachter eines sich entzündenden internationalen Konfliktes, der schnell, wie sie glaubten, zu ihrem Vorteil ausgehen werde. Wie sich sehr bald erweisen sollte, war diese Hoffnung eine Illusion, die Folgen für die Arbeiter, die Arbeiterbewegung, für Deutschland und Europa verheerend.

__ 1
Der Beitrag referiert kurz die wichtigsten Ergebnisse einer unmittelbar vor dem Abschluß stehenden größeren Untersuchung über die Werftarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg vom Beginn der 30er Jahre bis zum Kriegsbeginn.

__ 2
Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986, S. 156.

__ 3
Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Diss. Freiburg 1986, S. 242; vgl. auch den Beitrag von W. Zollitsch in diesem Band.

__ 4
Gunther Mai, »Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?« Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches, in: Geschichte und Gesellschaft (GG), 12 (1986), S. 212–234, hier S. 212; der Titel ist einem 1940 in Berlin erschienenen Buch (H. Munter, Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler? Berlin 1940) entliehen.

__ 5
Ulrich Herbert, Arbeiterschaft im »Dritten Reich«. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: GG, 15 (1989), S. 320–360, hier S. 344.

__ 6
Ebenda, S. 358f.

__ 7
1929: 27,0 Mio t (=12,4 Mio RM); 1933: 19,1 Mio t (=4,5 Mio RM). Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg (HSchHH) im Jahre 1932, herausgegeben vom Handelsstatistischen Amt, Hamburg 1933, S. VII, für 1933 dito, Hamburg 1934, S. Vf.

__ 8
Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg 1929/30, S. 170, 1932/33, S. 80.

__ 9
Staatsarchiv Hamburg (StAHH): Werksarchiv Blohm & Voss 492/2.

__ 10
1938: 25,3 Mio t (=6,1 Mio RM); vgl. Anm. 7, HSchHH 1938.

__ 11
Während der Hafenumschlag in Bremen schon 1935 den Vorkrisenhöchststand übertraf, erreichte Hamburg noch 1936 gerade 75% seines damaligen Maximums, Jahresbericht der Gesamthafenbetriebsgesellschaft (GHBG) 1936, S. 27.

__ 12
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938/39, S. 374.

__ 13
GHBG Jahresbericht 1936, S. 15, 31; Helmuth Ende, Der Arbeitseinsatz im Gesamthafenbetrieb, in: Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Hamburg vom 11.12.1937, 19 (1937), S. 1374.

__ 14
StAHH: 371-8II SXXXIII B 2, Aufstellung der Fachgruppe Schiffbau v. 12.3.1937; Werksarchiv Blohm & Voss 492.

__ 15
StAHH: Werksarchiv Blohm & Voss 30/7.

__ 16
GHBG Jahresbericht 1936, S. 14.

__ 17
StAHH: SozBeh. I AF 82.31, Bericht der Hilfsstelle Hafen für 1934–37.

__ 18
Bericht der KPD-Bezirksleitung vom 4.5.1933, S. 28, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen in der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv (SAPMO/ZPA): I 3/16/66.

__ 19
Bericht des Bezirks Wasserkante (März 1933), S. 10f., SAPMO/ZPA: I 3/16/66.

__ 20
Aus der Praxis der Einheitsfrontpolitik im Bezirk Wasserkante (KPD-Bezirksleitung, Februar 1933), S. 9, SAPMO/ZPA: I 3/16/66.

__ 21
Hafenarbeiterkorrespondenz, 26.3.1934, SAPMO/ZPA: I 3/16/66.

__ 22
Vgl. KPD-Bericht »Zur Lage der Hamburger Hafenarbeiter« (1936), SAPMO/ZPA: I 2/3/336.

__ 23
Ergänzender Bericht des Aktionskomitees, Juni 1935, S. 5, SAPMO/ZPA: I 3/16/67; vgl. auch Bericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Hamburg, über Wiederaufbau und Tätigkeit der Hamburger Gewerkschaften im Jahre 1945–1947, Hamburg o.J., S. 9.

__ 24
Der Konflikt wird eher beiläufig erwähnt, Ergänzender Bericht des Aktionskomitees, Juni 1935, SAPMO/ZPA: I 3/16/67.

__ 25
KPD-Bericht Mitte Dezember 1935, SAPMO/ZPA: I 3/16/67.

__ 26
StAHH: Werksarchiv Blohm & Voss 58/23 u. 496. Bei der Deutschen Werft konnte die DAF dagegen die Verbesserung der Beleuchtung und die Errichtung neuer Toiletten und Waschräume durchsetzen, was allerdings von Arbeitern mit folgender Bemerkung kommentiert wurde: »Ganz schön und gut, aber wann bekommen wir höheren Lohn?«, Instrukteursbericht (Verner) v. 31.5.1939, S. 15, SAPMO/ZPA: I 2/3/339.

__ 27
KPD-Instrukteursbericht v. Juni 1938, S. 4, SAPMO/ZPA: I 2/3/343.

28
Vgl. KPD-Instrukteursbericht (Verner) v. Juni 1938, SAPMO/ZPA: I 2/3/343.

29
Auf die ausführliche Darstellung des organisierten Widerstandes im Hafen soll hier verzichtet werden, da er in seinen Grundzügen ähnlich strukturiert ist. Allerdings bleibt festzustellen, daß seine Manifestationen relativ schwach ausgeprägt sind. Betriebliche sozialdemokratische Strukturen werden in den Quellen kaum sichtbar, obwohl sie vermutlich als Kommunikationsnetze in großer Zahl bestanden. Lediglich zwei mit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation verbundene Arbeitergruppen, die nach Verhaftungen 1935 informell weiterbestanden, heben sich deutlicher ab. Die KPD-Gruppen waren trotz der großen Mitgliederzahl bis 1934 praktisch ausgelöscht (teils durch Entlassungen, teils durch Verhaftungen), und so wurden die Verbindungen der Leitungen in den Hafen in der Folge immer schwächer.

30
Im folgenden wird vor allem auf Mitglieder der beiden großen Parteien Bezug genommen, weil sich ihre Spur und ihr Wirken am besten verfolgen läßt: Aus den Quellen wird sichtbar, daß z.B. auf den Werften das gesamte Spektrum der Arbeiterbewegung (u.a. SAP, RSD, Trotzki-Gruppe) mit kleinen Gruppen, Diskussionsrunden oder Einzelkämpfern vertreten war, ihr Einfluß blieb allerdings begrenzt.

31
In den Sopade-Berichten und in den ihnen zugrunde liegenden – allerdings unvollständig überlieferten – Basis-Berichten finden sich nur wenige Berichte über die Hamburger Werften.

32
Bericht des Generalstaatsanwalts beim Hanseatischen Oberlandesgericht v. 14.9.1935 an den Oberreichsanwalt, Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten: NJ 9807.

33
Diese Aktivitäten sind durch die KPD-Berichterstattung und die Akten des Verfolgungsapparates relativ gut dokumentiert.

34
Bericht der KPD-Bezirksleitung von Mitte 1934, SAPMO/ZPA: I 3/16/66.

35
Bundesarchiv Potsdam (BAP): St 3/463.

36
KPD-Bericht v. 8.4.1936, SAPMO/ZPA: I 3/16/67; SPD-Bericht aus Hamburg, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn: SPD-PV-Emigration M 48/44, s.a. Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, Dritter Jahrgang 1936, (Reprint) Frankfurt am Main 1980, S. 317.

37
Monatslagebericht der Stapostelle Hamburg vom 28.2.1938, Bundesarchiv Koblenz: R 58/602.

38
Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 315–320;
Klaus Wisotzky, Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939, Düsseldorf 1983, S. 256–262.

39
BAP: PSt 3/26.

40
SAPMO/ZPA: I 2/3/343.

41
Bericht des Generalkonsulats vom 16.1.1939 an die Botschaft in Berlin, Public Record Office, FO 371/23005 <C 784>.

42
Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München 1981, S. 1–382; K. Wisotzky (Anm. 38);
Rüdiger Hachtmann, Die Arbeiter der Gutehoffnungshütte 1933 bis 1939, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 105–141;
Günter Morsch, Arbeit und Brot. Studien zur Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt am Main u.a. 1993.

43
Zwar war die von der KPD 1933 angestrebte »sozialistische Revolution« eine »konkrete Utopie«, allerdings mangelte es ihr an Akzeptanz unter den Arbeitern. Auf seiten der SPD wurden keine vergleichbaren Strategien entwickelt.

Thomas Franz/Jan Merk

Perspektiven und Anmerkungen aus der Tagungsdiskussion

Zielsetzung der Tagung war es vorrangig, regionalspezifische Forschungsergebnisse zu vergleichen und nach Möglichkeiten zu suchen, diese unter zwei leitenden Fragestellungen – nach dem Stellenwert von »sozialen Milieus« und der Bedeutung der »politischen Kultur« – zusammenzuführen und zu generalisieren. Gerade in der Diskussion zwischen Historikern unterschiedlicher »Schulen« und Forschungsansätze lag die Chance begründet, allgemeine theoretische Erklärungsmodelle aus verschiedenen methodischen, empirisch gesättigten Teilperspektiven kritisch zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Unser Versuch einer Dokumentation des wissenschaftlichen Gesprächs während der Tagung orientiert sich an deren Einteilung in fünf thematische Blöcke und zielt darauf ab, die jeweiligen Hauptlinien der Aussprache wiederzugeben. Zuerst wird über jene Kontroversen berichtet, die sich im Anschluß an Referate ergaben, die allgemeine Rahmenbedingungen politischer, gesellschaftlicher und historiographischer Natur behandelten (Gerhard Paul, Inge Marßolek, Wolfgang Zollitsch, Robert Gellately). Danach werden mit Blick auf den Katholizismus (Cornelia Rauh-Kühne) und den Sozialismus (Detlef Schmiechen-Ackermann) grundlegende Probleme des Theorems der »Sozialmilieus« gemäß dem Diskussionsprozeß knapp erörtert. Der dritte Teil vertieft diese Bemerkungen für das sozialistische Milieu, da hier der Schwerpunkt der Konferenz lag (Andreas Wirsching, Klaus-Michael Mallmann, Detlef Lehnert, Beatrix Herlemann). Die schwer unter Rückgriff auf den Milieubegriff im Lepsius'schen Sinne zu subsumierenden Gruppen der evangelischen Christen, der Juden, der Jugendlichen und der Homosexuellen (Hans Otte, Sylvia Rogge-Gau, Wilfried Breyvogel, Burkhard Jellonek) erwiesen sich ebenfalls als ergiebiges Diskussionsfeld, das in einem vierten Abschnitt zusammengefaßt wird. Die Abschlußdiskussion der Tagung wurde durch einen Beitrag von M. Rainer Lepsius eingeleitet, der versuchte, aus seiner Sicht Nutzen und mögliche Weiterentwicklungen der Theorie von den Sozialmilieus für die Widerstandsgeschichte zu skizzieren. Die Schilderung seiner Position und der darauf folgenden Entgegnungen bilden die letzte Passage des Überblicks.

Bezüglich der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der mannigfaltigen Wandlungstendenzen vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus konnten in den Referaten und in der nachfolgenden Aussprache naturgemäß nur zentrale Linien der Entwicklung betrachtet werden. Während sich Inge Marßolek und Wolfgang Zollitsch hauptsächlich auf die Arbeiterschaft und die Angestellten konzentrierten, wurde in der Diskussion auf die Bedeutung anderer sozialer Gruppen

hingewiesen. Hervorgehoben wurde beispielsweise die ländliche Bevölkerung im norddeutschen und ostelbischen Raum, deren anders geprägte Mentalitäten nicht ohne weiteres mit soziologischen Kategorien zu erfassen sind (Dirk Stegmann). Verdeutlicht wurden dadurch auch die Schwierigkeiten bei dem Versuch, eine *allgemeine* Theorie des sozialen Wandels für die so vielgesichtige Epoche zwischen den Weltkriegen zu formulieren. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene stellt sich das Problem, inwieweit fundamentale Veränderungen in den vergleichsweise kurzen Phasen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus »durchschlagen« konnten (Wilfried Breyvogel). Für die Arbeiterbewegung läßt sich unter Bezugnahme auf die These von der »Solidargemeinschaft« durchaus bestreiten, daß es zu einer parallel verlaufenden »Erosion« aller sozialen Milieus gekommen sei (Franz Walter). Die Ungleichzeitigkeit von Modernisierungsprozessen in großstädtischen und eher ländlich geprägten Regionen (Detlef Lehnert) wurde ebenso zu bedenken gegeben wie die empirisch nicht eindeutig faßbare Funktion der Massenmedien und der Massenkultur bei der Transmission und Beeinflussung von mentalen und sozialen Prägungen (Klaus-Michael Mallmann). Selbst wenn man sich auf die Arbeiterbewegung und die betriebliche Ebene während des Nationalsozialismus beschränkt, bleiben viele Fragenkomplexe umstritten: In der Industrie scheint das Ausmaß von Unterwerfung, Kooperation, Gleichgültigkeit, Resistenz und Widerstand durch die Arbeiter beispielsweise auch davon abzuhängen, in welchem Sektor sie tätig waren. Regional differenziert ergeben sich bei der Betrachtung strukturell ähnlicher Gebiete weder eine einheitliche NS-Politik noch eine vergleichbare Disposition zum Widerstand (Rüdiger Hachtmann, Ludwig Eiber). Blickt man über das Jahr 1945 hinaus, stellt sich generell die Frage nach dem Wandel des Geschlechterverhältnisses und dem Modernisierungseffekt für die weibliche Bevölkerung. Der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit und die vermutete gesellschaftliche Modernisierung sind nicht notwendigerweise miteinander zu verknüpfen (Christl Wickert), wobei durch einen Vergleich auf europäischer Ebene möglicherweise verbesserte Parameter entwickelt werden könnten (Wolfgang Zollitsch).

Der Hinweis auf die Möglichkeiten der Komparatistik wurde ebenfalls nach dem Vortrag Robert Gellatelys gegeben, denn Denunziationen waren auch außerhalb Deutschlands in den besetzten Gebieten erfolgt (Inge Marßolek). Gewarnt wurde vor einer Überschätzung der Denunziationsbereitschaft in der damaligen Gesellschaft gegenüber der Rolle der institutionalisierten alltäglichen Überwachung etwa durch das Blockwartsystem (Franz von Hammerstein). Zudem seien viele Fragen zu Trägern und Motiven der Denunziationen, die zugleich die Rahmenbedingungen für Widerstandshandlungen verdeutlichen könnten, mit dem Gestapo-Quellenmaterial allein nicht zu beantworten (Reinhard Rürup). Wichtig sei es, die geringe Personalausstattung der Gestapo in der Vorkriegszeit im Blick zu behalten. 1938 betrug die Mitarbeiterzahl nur 6.500 Personen, davon war etwa die Hälfte im Bürodienst tätig. Insbesondere bei Hochverratsverfahren gegen Mitglieder von Widerstandsgruppen sei – im Unterschied zur von Gellately hauptsächlich untersuchten Verfolgung von rassisch Stigmatisierten – der Einsatz

von V-Leuten zu beachten (Gerhard Paul). Konsens bestand hinsichtlich der Einschätzung, daß die gesellschaftliche Ausgrenzung und die stete Gefahr der Denunziation sowie die Vereinzelung des Widerstand leistenden Individuums in der Geschichtsschreibung noch nicht ausreichend beachtet worden sind. Die Rezeptionsgeschichte des Widerstandes in beiden deutschen Staaten stellt dabei eine Hintergrundfolie dar, vor der wechselseitig Fortschritte, Dogmen und neue Perspektiven erkennbar gemacht werden können.

Bereits die Diskussion nach den einführenden Beiträgen über den Begriff des Sozialmilieus in der Forschung, speziell der Widerstandsforschung, zeigte, daß für das Kaiserreich noch vergleichsweise homogene Einheiten auf der Basis der Unterscheidung zwischen Katholiken, Konservativen, Liberalen und Sozialisten gebildet werden konnten, während nach dem Ersten Weltkrieg gesellschaftliche Bruchlinien stärker zutage traten. Sozialisten und Katholiken lassen sich dabei noch am ehesten bis zum Nationalsozialismus als sozial-moralische Einheiten betrachten. Aber die Bindekraft scheint bei ersteren generell auf ökonomischen Gemeinsamkeiten zu fußen, während bei letzteren die religiöse Bindung entscheidet. Selbst auf dieser Grundlage sind die Spaltung der Arbeiterbewegung und soziale Spannungen innerhalb des gesellschaftlich sehr heterogenen katholischen Milieus wichtige Einflußfaktoren. Auch allgemeine Säkularisierungstendenzen waren ein Phänomen, von dem der Katholizismus betroffen war. Ein allgemeines Hindernis für die Fortführung der Konstruktion eines kohärenten Milieuzusammenhanges in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus wurde übereinstimmend darin gesehen, daß der Generationenkonflikt innerhalb der deutschen Gesellschaft enorme Verschiebungen mit sich brachte. Daraus folgerte man, daß weitere Schwierigkeiten bei der Periodisierung von soziologisch relevanten Wandlungen auf gesellschaftlicher und milieuspezifischer Ebene offensichtlich seien (Franz Walter, Klaus-Michael Mallmann, Michael Kißener). Berücksichtigt man für die Phase der Republik von Weimar die Resultate der Forschung zur »politischen Kultur«, ergibt sich eine Vielzahl von unterschiedlich motivierten Erosionsprozessen. Tendenziell wurde deutlich, daß das Spannungsverhältnis zwischen der Bestimmung kohärenter Sozialmilieus und dem für die erste deutsche Demokratie wesentlich durch den Terminus der »Fragmentierung« bestimmten Analyseinstrument der »politischen Kultur« nicht aufzulösen ist, die Theorien aber sich wechselseitig ergänzende Elemente beinhalten, die fruchtbar gemacht werden sollten.

Besonders im dritten Tagungsabschnitt, der sich mit der Geschichte des Arbeiterwiderstandes beschäftigte, stand die Frage nach der Verwendbarkeit des Milieubegriffs im Mittelpunkt. Kontrovers diskutiert wurde, woran man Hauptunterschiede zwischen SPD- und KPD-Widerstand festmachen könne. Deutliche Kritik erfuhr die pauschale Einordnung der KPD als Gewaltpartei, die Andreas Wirsching in seinem Referat vorgenommen hatte (Inge Marßolek). Um am durch Wirsching verwendeten Begriff vom »autochtonen Gewaltpotential der KPD« teil-

weise festhalten zu können, wies man vor allem auf die Frühphase der Partei und auf ihre subproletarische Trägerschicht hin. Für die SPD seien die »Sozialistengesetze«, für die KPD die »Oktoberrevolution« und die deutsche »Novemberrevolution« prägende »Urerfahrungen« gewesen. Mit Blick auf die Kriegszeit müsse auch die weitgehende Interessenkongruenz von KPD und Sowjetunion in Betracht gezogen werden (Jürgen Zarusky). Zustimmung erfuhr die von Wirsching vorgetragene These, die Sozialfaschismustheorie habe den spezifischen deutschen KP-Erfahrungen entsprochen. Kritisiert wurde allerdings, daß das Berliner Beispiel gegenüber der Lage in anderen Regionen Deutschlands nicht überbewertet werden dürfe (Werner Bramke). Die von Klaus-Michael Mallmann aufgezeigten Defizite in der Erforschung des kommunistischen Widerstands wurden von keiner Seite bestritten. Der KPD-Widerstand sei im Gegensatz zu den vielen Fällen des sozialdemokratischen »Überwinterns« kaum angemessen dargestellt und gewürdigt worden. Mallmanns Rundumschlag gegen alle bisherigen wissenschaftlichen Positionen, insbesondere sein Angriff auf Detlev Peukert, sei dagegen so nicht haltbar und führe auch nicht weiter. Mehrfach wurde gegen Mallmann an der These vom Formenwandel des kommunistischen Widerstandes 1935/36 festgehalten, für die sich immer wieder zahlreiche Belege finden lassen. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die »Nachwuchsproblematik« in Widerstandsgruppen bei zunehmender Dauer des diktatorischen Regimes in Deutschland aufmerksam gemacht (Ludwig Eiber, Detlef Schmiechen-Ackermann, Beatrix Herlemann). Kritik erfuhr auch die Hypothese von der Autonomie der Kommunisten im Widerstand nach der Neuformierung von Gruppen und während des Zweiten Weltkrieges. Diese sei im Referat überbetont, ihre Verankerung in der Parteidisziplin weit unterschätzt worden (Werner Bramke). Wie schwierig generelle Unterscheidungen zwischen sozialdemokratischem und kommunistischem Widerstand bleiben, machte Kurt Schilde deutlich, als er die Frage nach klaren Zuordnungskriterien vor dem Hintergrund vielfach praktizierter »Alltagssolidarität« zwischen SPD- und KPD-Anhängern stellte. Mit Nachdruck wurde die Forderung erhoben, die jeweiligen historisch-politischen Rahmenbedingungen nicht zu vernachlässigen. In Wien spielte zum Beispiel der Angliederungswunsch an Deutschland für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Gruppen eine wichtige Rolle. So kam es beispielsweise zu kurzfristigen Zweckbündnissen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten (Detlef Lehnert). Einige Diskutanten wandten sich der von Andreas Wirsching aufgeworfenen Frage zu, welche Chancen der Versuch einer Einbeziehung von mittelständischen Schichten in das heterogene sozialistische Milieu in Deutschland hatte. Gerade hier habe die Beachtung der Milieuzugehörigkeit hohen Erklärungswert: Im Gegensatz zu anderen Ländern war ein Großteil der Mittelschichten in Deutschland so fest im konservativen Lager eingebunden, daß zaghafte »Abwerbeversuche« meist erfolglos blieben (Werner Bramke, Hans Coppi). Kaum diskutiert wurden hingegen Gemeinsamkeiten: Lediglich das in SPD und KPD verwurzelte Feindbild der »Reaktion«, das für Widerstandsaktionen unmittelbar nach der Machtergreifung und in den vierziger Jahren nachweisbar wichtig war, fand Erwähnung (Klaus-Michael Mallmann).

Mit Ausnahme der evangelischen Kirche wurden die in der vierten Tagungssektion behandelten Gruppen – Juden (Sylvia Rogge-Gau), Jugendliche (Wilfried Breyvogel) und Homosexuelle (Burkhard Jellonek) – in der Widerstandshistoriographie lange Zeit nur sehr eingeschränkt berücksichtigt oder fast vollständig vernachlässigt. Neben den unterschiedlichsten methodischen, politischen und psychologischen Gründen war dafür auch eine enge Definition des Widerstandsbegriffs mitverantwortlich. Erst deren Erweiterung erlaubte die Einbeziehung von Selbstbehauptungsstrategien spezifischer Gruppen der Gesellschaft in die Widerstandsforschung. Wie im Referat Hans Ottes für die evangelische Kirche stellte sich auch für die anderen Gemeinschaften die Frage, inwieweit hier der Milieubegriff verwendet werden kann, respektive ob eine Einordnung der Gruppen unter milieuspezifischen Gesichtspunkten möglich erscheint. Die Gruppe der Homosexuellen war dabei schwierig zu fassen, da die nationalsozialistische Verfolgung im Grunde die zentrale Gemeinsamkeit ausmachte, während sich sozial und ökonomisch kaum einheitliche Kriterien entwickeln lassen (Andreas Wirsching). Während einerseits Bestrafung und Ausgrenzung an der Tagesordnung waren, fragten andererseits einige Diskutanten nach der Bedeutung von Homosexualität in NS-Organisationen, kasernierten Verbänden und im Militär (Roland Müller, Ludwig Eiber) und verwiesen auf das Nachwirken der NS-Klischees in der Bundesrepublik Deutschland (Inge Marßolek). In den Diskussionen wurden im wesentlichen drei Fragekomplexe berührt:

- die Stabilität von Gruppen/Milieus;
- die Einordnung von Gruppenmitgliedern in verschiedene Milieuzusammenhänge;
- die »Entideologisierung« von Gruppen/Milieus.

Lebhaft diskutierte man die Frage, ob beim Fehlen eines einheitlichen politischen und sozialen jüdischen Milieus in Deutschland nach 1933 das »kulturelle Milieu« als Grundlage gemeinsamer Selbstbehauptungsstrategien tragfähig genug gewesen sei (Dirk Stegmann, Hans Otte). Hingegen wurde die »Mehrdimensionalität« des Milieubegriffs von M. Rainer Lepsius herausgestellt, die eine Unterscheidung nach sozialen, lebensweltlichen, normativen, topographischen, kulturellen und emotionalen Kriterien erlaube. Aufgrund des Verlustes alter Kommunikationsstrukturen nach 1933 könne man für die Gruppe der Juden von einem für kurze Zeit neu entstandenen »Zwangsmilieu« sprechen (Peter Steinbach, Hans-Dieter Schmid). Der Ausweg, Milieuentstehung und -stabilisierung beziehungsweise -destabilisierung in verschiedenen Zeiträumen zu untersuchen, konnte auch für die im Referat von Hans Otte behandelte evangelische Glaubensgemeinschaft empfohlen werden (Clemens Vollnhals). Die Frage der Zuordnung von Angehörigen einer spezifischen sozialen Gruppe zu unterschiedlichen Milieus wurde am Beispiel der Juden behandelt. Unzureichend erforscht sind bislang noch die Gründe für die starke jüdische Beteiligung am sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstand. Herbert Obenaus wies auf neue Erkenntnisse bezüglich der schwindenden Identifizierung vieler jüdischer Wähler mit dem liberalen Milieu,

in dem sie traditionell stark vertreten waren, hin, und Peter Steinbach bestätigte diese Beobachtung für die Wählerschaft der DDP ab circa 1928. Jedoch sind auch zahlreiche Einzelaktionen von Juden aus dem Bürgertum, etwa von Ärzten und Rechtsanwälten, dokumentiert. In diesem Zusammenhang formulierte Beatrix Herlemann die Frage, ob die bewußte Rückbesinnung auf jüdische Wurzeln und die Entscheidung, in Deutschland zu bleiben, in den dreißiger Jahren als Widerstand zu bewerten sei. Umstritten war auch, ob es spezifische jüdische Traditionen des Widerstands gab, auf die im Nationalsozialismus eine Besinnung möglich gewesen wäre. In Israel etwa sei der Kampf der Juden gegen Rom in Masada zum Symbol der Wehrhaftigkeit gegen äußere Feinde geworden (Bernward Dörner). Gegen eine Übertragung dieses Beispiels spreche aber der lange währende Assimilationsprozeß der Juden in Deutschland (Kurt Schilde).

Kontrovers diskutiert wurde Wilfried Breyvogels Aufforderung, im Bereich des Jugendwiderstands ältere Forschungsergebnisse zu revidieren, um zu einer Entideologisierung bei der Betrachtung einzelner Oppositionsgruppen zu kommen. Insbesondere die bündische Jugendkultur habe für die unterschiedlichsten Gruppen zu einem »Bezugspunkt für resistentes Verhalten« werden können. Kritische Einwände richteten sich gegen eine Überbetonung dieses bündischen Oppositionspotentials. Die zahlreich belegten autoritären Orientierungen, die stellenweise auch zu einer Affinität gegenüber dem Nationalsozialismus geführt haben, dürften nicht außer Acht gelassen werden. Das Selbständigkeitsstreben der Bündischen hatte deutliche Grenzen und könne nicht vollständig von der jeweiligen ideologischen Ausrichtung losgelöst werden (Ludwig Eiber, Michael Schneider). Andererseits wurden auch Beispiele für bündische Tendenzen in linken Gruppierungen und bei individuellen Lebensläufen – beispielhaft genannt wurde die Biographie Günter de Bruyns – angeführt. Jugendwiderstand sei außerdem oft eher das Resultat einer situationsbedingten Interaktionsdynamik als festgefügter politischer Überzeugungen gewesen (Hans Coppi, Jürgen Zarusky, Wilfried Breyvogel).

In der Abschlußdiskussion galt es, die thematische Vielfalt der Referate und Debatten wiederum auf eine allgemeinere Ebene zurückzuführen, wobei der theoretische Aspekt in den Mittelpunkt gerückt wurde. Wie während der gesamten Tagung stand auch dabei weniger der Begriff der »politischen Kultur« als vielmehr der des »Milieus« im Vordergrund. M. Rainer Lepsius zeigte sich in einem längeren Redebeitrag erfreut darüber, daß seine Überlegungen in so variantenreicher Weise aufgegriffen worden sind. Er vermerkte andererseits, daß sich im Verlaufe der Konferenz einige Unsicherheit dahingehend bemerkbar gemacht hätte, ob das Theorem der »sozialen Milieus« in Verbindung mit dem der »politischen Kultur« für die empirische Geschichtsschreibung und die Historiographie des Widerstands im besonderen weiter anwendbar bleibe. Im Vordergrund sollte bei der weiteren Verknüpfung von soziologischer Begriffsbildung und Widerstandsgeschichte nicht so sehr die Frage stehen, in welchem Maße die ursprünglichen Milieus noch Bestand gehabt hätten. Die Referate hätten gezeigt, daß eine eindeutige Antwort

darauf nicht gegeben werden könne, so daß eine Weiterentwicklung des analytischen Instrumentariums geboten erscheine. Für Lepsius lag der beste Weg darin, dessen »Aggregationshöhe zu variieren«, denn auch innerhalb der Milieus lassen sich soziokulturelle Einheiten bestimmen, die durch zu definierende Gemeinsamkeiten zusammengehören. Besonders für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist offenkundig, daß Sozialstrukturen niedrigerer Ordnung, wie Familienbeziehungen, Nachbarschaftskontakte und betriebliche Gemeinschaften, von eminenter Wichtigkeit waren.

Inge Marßolek wies darauf hin, daß die traditionellen Sozialmilieus weiterhin Erklärungswert beanspruchen können, wenn man sich für die große Mehrheit der Deutschen mit dem Problem befaßt, welcher Zusammenhang zwischen Sozialmilieu und systemkonformem Verhalten besteht. Dadurch könne außerdem die Politisierung der Milieus nach dem »Burgfrieden« im Kaiserreich nachgezeichnet werden. Dirk Stegmann unterstützte Lepsius' Plädoyer für eine Variation der Aggregationsebene bei der Verwendung des Milieubegriffs. An verschiedenen Punkten sei während der Tagung deutlich geworden, daß in der neueren Forschung eine erfolgreiche Verbindung der Untersuchung des sozio-kulturellen Hintergrundes mit biographischen Gegebenheiten erfolgt sei. Dennoch wurde aber weiterhin auf grundsätzliche Schwierigkeiten bei der Verwendung des Milieubegriffs in der Widerstandsgeschichtsschreibung hingewiesen. Vor allem die kaum vergleichbaren Rahmenbedingungen für Widerstandsakte in den verschiedenen Milieuzusammenhängen sowie der unterschiedliche Politisierungsgrad können durch ein bloßes »Nebeneinanderstellen« sozialer Milieus nicht angemessen berücksichtigt werden (Ludwig Eiber). Peter Steinbach machte auf geschichtspolitische Interessen bei der Verwendung der Milieutheorie aufmerksam. Nach 1945 konnten Legitimationspotentiale aus der generellen Behauptung einer resistenzverstärkenden Wirkung von Milieus geschöpft werden. Um den Begriff für die weitere historische Forschung handhabbar zu machen, schlug Klaus-Michael Mallmann die Konstruktion idealtypischer Modelle von Milieus vor, wobei diese nicht allzusehr an den Kategorisierungen des Kaiserreichs ausgerichtet sein sollten. Diesen Gedanken griff M. Rainer Lepsius in seinem Schlußwort auf. Eine theoretisch fundierte, komparative Widerstandsgeschichte komme letztendlich ohne die »Konstruktion von Meßlatten« – seien es Neuformulierungen von Idealtypen in der Nachfolge Max Webers oder differenziertere Varianten der Theorie der sozialen Milieus – nicht aus.

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AKKZG	Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte
AN	Archives Nationales
Anm.	Anmerkung
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ATSB	Arbeiter- Turn- und -Sportbund
BA-DH	Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BAP	Bundesarchiv Potsdam
Bd.	Band
BK	Bekennende Kirche
Bl.	Blatt
BrLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BVG	Berliner Verkehrsgesellschaft
BVP	Bayerische Volkspartei
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
C.G.T.U.	Confédération Générale du Travail Unitaire
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAS	Deutscher Arbeiter-Sängerbund
DC	Deutsche Christen
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
Diss.	Dissertation
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DMV	Deutscher Metallarbeiterverband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DVP	Deutsche Volkspartei
Ebd.	Ebenda
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
GG	Geschichte und Gesellschaft
GHBG	Gesamthafenbetriebsgesellschaft (Hamburg)
GStA	Geheimes Staatsarchiv
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HJ	Hitlerjugend
Hrsg.	Herausgeber

HStA	Hauptstaatsarchiv
HSchHH	Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg
HZ	Historische Zeitschrift
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung
KdF	Kraft durch Freude
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KZ	Konzentrationslager
KZG	Kirchliche Zeitgeschichte
MK	Mitteilungen für Kulturgeschichte
NS	Nationalsozialismus
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PCF	Partie Communiste Française
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RFB	Rotfrontkämpferbund
RFSS	Reichsführer SS
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RSD	Revolutionäre Sozialisten Deutschlands
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung der NSDAP
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAPMO (ZPA)	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Zentrales Parteiarchiv)
SD	Sicherheitsdienst der SS
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei (in Österreich)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel der NSDAP
StAHH	Staatsarchiv Hamburg
Stapo	Staatspolizei(leit)stelle
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vgl.	Vergleiche
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee

Auswahlbibliographie

___ Allen, William Sheridan,
Die sozialdemokratische Untergrundbewegung: Zur Kontinuität der subkulturellen Werte,
in: J. Schmädeke/P. Steinbach (Hrsg.),
Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München-Zürich 1986, S. 849–866

___ Almond, Gabriel/Verba, Sydney,
The Civic Culture, Princeton 1963

___ Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte, Münster,
Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe,
in: Westfälische Forschungen, 43 (1993), S. 588–654

___ Bajohr, Frank (Hrsg.),
Norddeutschland im Nationalsozialismus,
Hamburg 1993

___ Bauer, Richard (Hrsg.),
München – »Hauptstadt der Bewegung«. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus, München 1993

___ Bein, Reinhard,
Widerstand im Nationalsozialismus. Braunschweig 1930 bis 1945,
Braunschweig 1985

___ Benz, Wolfgang (Hrsg.),
Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft,
München 1993[3]

___ Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.),
Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung,
Opladen 1987

___ Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.),
»Das war 'ne ganz geschlossene Gesellschaft hier«. Der Lindenhof: Eine Genossenschafts-Siedlung in der Großstadt, Berlin 1987

___ Besier, Gerhard/Ringshausen, Gerhard (Hrsg.),
Bekenntnis, Widerstand, Martyrium. Von Barmen 1934 bis Plötzensee 1944,
Göttingen 1986

___ Blessing, Werner K.,
»Deutschland in Not, wir im Glauben...« Kirchen und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949, in: M. Broszat u.a. (Hrsg.),
Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 3–112

___ Bludau, Kuno,
Gestapo geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945,
Bonn-Bad Godesberg 1973

___ Breuer, Thomas,
Verordneter Wandel? Der Widerstreit zwischen nationalsozialistischem Herrschaftsanspruch und traditionaler Lebenswelt im Erzbistum Bamberg, Mainz 1992

___ Breyvogel, Wilfried (Hrsg.),
Piraten, Swings und Junge Garde.
Jugendwiderstand im Nationalsozialismus,
Bonn 1991

___ Breyvogel, Wilfried,
Jugendliche Widerstandsformen.
Vom organisierten Widerstand zur jugendlichen Alltagsopposition,
in: P. Steinbach/J. Tuchel (Hrsg.),
Widerstand gegen den Nationalsozialismus,
Bonn 1994, S. 426–442

___ Broszat, Martin u.a. (Hrsg.),
Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde.,
München-Wien 1977 ff.

___ Broszat, Martin u.a. (Hrsg.),
Von Stalingrad zur Währungsreform.
Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988

___ Broszat, Martin,
Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstandes, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 34 (1986), S. 293–309

___ Brunn, Gerhard,
Verfolgung und Widerstand in Köln,
in: Leo Haupts/Georg Mölich (Hrsg.), Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft in Köln und im Rheinland, Köln 1983, S. 9–37

___ Buchholz, Marlis/Füllberg-Stolberg, Claus/Schmid, Hans-Dieter (Hrsg.), Nationalsozialismus und Region. Festschrift für Herbert Obenaus zum 65. Geburtstag, Bielefeld 1996

___ Denzler, Georg/Fabricius, Volker (Hrsg.),
Christen und Nationalsozialisten. Darstellung und Dokumente, Frankfurt am Main 1993

___ Emer, Wolfgang/
Horst, Uwe/Schuler-Jung, Helga (Hrsg.),
Provinz unterm Hakenkreuz:
Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe,
Bielefeld 1984

___ Eschwege, Helmut/Kwiet, Konrad,
Selbstbehauptung und Widerstand.
Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945,
Hamburg 1984

___ Falter, Jürgen W.,
Hitlers Wähler, München 1991

___ Falter, Jürgen W./Bömmermann, Hartmut,
Die Entwicklung der Weimarer Parteien in ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP, in: H. Best (Hrsg.), Politik und Milieu.
Wahl und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich,
St. Katharinen 1989, S. 92–118

___ Faust, Anselm (Hrsg.),
Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945, Köln 1992

___ Finker, Kurt,
KPD und Antifaschismus 1929 bis 1934,
in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 41 (1993), S. 385–398

___ Fischer, Conan,
The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991

___ Fischer-Defoy, Christine,
Arbeiterwiderstand in der Provinz. Arbeiterbewegung und Faschismus in Kassel und Nordhessen 1933–1945, Berlin 1982

___ Frei, Norbert,
Wie modern war der Nationalsozialismus?,
in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993),
S. 367–387

___ Gailus, Manfred,
Berliner Kirchengemeinden im Nationalsozialismus. Sieben Beispiele aus Berlin,
Berlin 1990

___ Gellately, Robert,
Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft.
Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945,
Paderborn u.a. 1993

___ Goch, Stefan,
Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet.
Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990

___ Gotto, Klaus/Repgen, Konrad (Hrsg.),
Die Katholiken und das Dritte Reich,
Mainz 1990³

___ Grassmann, Peter,
Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945,
München 1968

Grebing, Helga/Kinner, Klaus (Hrsg.),
Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990

Guttsmann, William Leo,
Workers Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment,
New York u.a. 1990

Hachtmann, Rüdiger,
Industriearbeit im »Dritten Reich«. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945,
Göttingen 1989

Herbert, Ulrich,
Arbeiterschaft im »Dritten Reich«. Zwischenbilanz und offene Fragen,
in: Geschichte und Gesellschaft, 15 (1989), S. 320–360

Herbert, Ulrich,
Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: Lutz Niethammer/Alexander v. Plato (Hrsg.), »Wir kriegen jetzt andere Zeiten«. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin 1985, S. 19–52

Herlemann, Beatrix,
Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg.
Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986

Herlemann, Beatrix,
Der Bauer klebt am Hergebrachten. Bürgerliche Verhaltensweisen unter dem Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen, Hannover 1993

Hetzer, Gerhard,
Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition,
in: M. Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Band III, München-Wien 1981, S. 1–123

Heuel, Eberhard,
Der umworbene Stand. Die ideologische Integration der Arbeiter im Nationalsozialismus 1933–1935,
Frankfurt am Main-New York 1989

Historisches Archiv der Stadt Köln (Hrsg.),
Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1945,
Köln 1981²

Högl, Günther (Hrsg.),
Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945, Dortmund 1992

Homburg, Georg,
Sozialdemokratie unterm Hakenkreuz: Ostwestfalen-Lippe 1933–1945,
Hamburg 1988

Hürten, Heinz,
Deutsche Katholiken 1918 bis 1945,
Paderborn 1992

Hurwitz, Harold/Sühl, Klaus,
Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung,
Köln 1984

Hüttenberger, Peter,
Die Solidarität der Gegner. Die Kirchen und die Arbeiterbewegung zwischen Anpassung, Abwehr und Anteilnahme,
in: A. Faust (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945,
Köln 1992, S. 65–76

Imberger, Elke,
Widerstand »von unten«. Widerstand und Dissens aus den Reihen der Arbeiterbewegung und der Zeugen Jehovas in Lübeck und Schleswig-Holstein 1933–1945,
Neumünster 1991

Jellonek, Burkhard,
Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990

Kaufmann, Doris,
Katholisches Milieu in Münster 1928–1933. Politische Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume,
Düsseldorf 1984

Kershaw, Ian,
»Widerstand ohne Volk?« Dissens und Widerstand im Dritten Reich,
in: J. Schmädeke/P. Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler,
München-Zürich 1985, S. 779–799

Kershaw, Ian,
Hitlers Macht. Das Profil der NS-Herrschaft,
München 1992

Keval, Susanna,
Widerstand und Selbstbehauptung in Frankfurt am Main 1933–1945,
Frankfurt am Main-New York 1988

___ Klenke, Dietmar/Walter, Franz,
Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund,
in: D. Klenke/P. Lilje/F. Walter,
Arbeitersänger und Volksbühnen in der
Weimarer Republik,
Bonn 1992, S. 15–248

___ Klotzbach, Kurt,
Gegen den Nationalsozialismus.
Widerstand und Verfolgung in Dortmund.
Eine historisch-politische Studie,
Hannover 1969

___ Koshar, Rudy,
Social Life, Local Politics and Nazism.
Marburg 1880–1935, Chapell Hill 1986

___ Kremmel, Paul,
Pfarrer und Gemeinden im evangelischen
Kirchenkampf in Bayern bis 1939,
Lichtenfels 1987

___ Kühnrich, Heinz,
Die KPD im Kampf gegen die faschistische
Diktatur 1933–1945, Berlin (Ost) 1983

___ Langewiesche, Dieter,
Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik
von Arbeiterkultur und kulturellen
Arbeiterorganisationen in Deutschland nach
dem Ersten Weltkrieg,
in: Archiv für Sozialgeschichte, 22 (1982),
S. 359–402

___ Lehnert, Detlef,
Kommunale Politik, Parteiensystem
und Interessenkonflikte in Berlin und Wien
1919–1932, Berlin 1991

___ Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hrsg.),
Pluralismus als Verfassungs- und
Gesellschaftsmodell. Zur politischen Kultur
in der Weimarer Republik, Opladen 1993

___ Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hrsg.),
Politische Identität und nationale Gedenktage.
Zur politischen Kultur in der Weimarer
Republik, Opladen 1989

___ Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hrsg.),
Politische Teilkulturen zwischen Integration und
Polarisierung. Zur politischen Kultur
in der Weimarer Republik, Opladen 1990

___ Lepsius, M. Rainer,
Parteiensystem und Sozialstruktur:
zum Problem der Demokratisierung der
deutschen Gesellschaft, in: G. A. Ritter (Hrsg.),
Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973,
S. 56–80; jetzt auch in: ders., Demokratie in
Deutschland. Soziologisch-historische
Konstellationsanalysen.
Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993,
S. 25–50

___ Löhken, Wilfried/Vathke, Werner (Hrsg.),
Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen
Überlebenskampf und politischer Aktion.
Berlin 1939–1945, Berlin 1993

___ Lösche, Peter (Hrsg.),
Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische
Kultur- und Freizeitorganisationen in
der Weimarer Republik, 4 Bde., Bonn 1990ff.

___ Lösche, Peter/Scholing, Michael,
Sozialdemokratie als Solidargemeinschaft.
Eine Fallstudie, in: R. Saage (Hrsg.),
Solidargemeinschaft und Klassenkampf.
Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie
zwischen den Weltkriegen,
Frankfurt am Main 1986, S. 365–383

___ Lösche, Peter/Walter, Franz,
Zwischen Expansion und Krise. Das sozial-
demokratische Arbeitermilieu, in:
D. Lehnert/K. Megerle (Hrsg.), Politische Teil-
kulturen zwischen Integration und
Polarisierung. Zur politischen Kultur in der
Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 161–187

___ Lüdtke, Alf (Hrsg.),
Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion
historischer Erfahrungen und Lebensweisen,
Frankfurt am Main-New York 1989

___ Mai, Gunther,
»Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?«
Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im
Herrschaftssystem des Dritten Reiches,
in: Geschichte und Gesellschaft, 12 (1986),
S. 212–234

___ Mai, Gunther,
Die Nationalsozialistische Betriebszellen-
organisation. Zum Verhältnis von
Arbeiterschaft und Nationalsozialismus,
in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31
(1983), S. 573–613

___ Mallmann, Klaus-Michael,
Die geschlagenen Sieger. Kommunistischer
Widerstand an der Saar und im Exil 1933–1945,
in: G. Paul/K.-M. Mallmann, Milieus und
Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der
Gesellschaft im Nationalsozialismus,
Bonn 1995

Mallmann, Klaus-Michael,
Kommunistischer Widerstand 1933–1945.
Anmerkungen zu Forschungsstand
und Forschungsdefiziten,
in: P. Steinbach/J. Tuchel (Hrsg.), Widerstand
gegen den Nationalsozialismus,
Bonn 1994, S. 113–125

Mallmann, Klaus-Michael/Paul, Gerhard,
Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler,
Bonn 1989

Mallmann, Klaus-Michael/Paul, Gerhard,
Herrschaft und Alltag.
Ein Industrierevier im Dritten Reich,
Bonn 1991

Mammach, Klaus,
Widerstand 1933–1939. Geschichte der
deutschen antifaschistischen Widerstandsbe-
wegung im Inland und in der Emigration,
Berlin (Ost) 1984

Mammach, Klaus,
Widerstand 1939–1945. Geschichte der
deutschen antifaschistischen Widerstandsbe-
wegung im Inland und in der Emigration,
Berlin (Ost) 1987

Mann, Reinhard,
Protest und Kontrolle im Dritten Reich.
Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag
einer rheinischen Großstadt,
Frankfurt am Main 1987

Marßolek, Inge/Ott, René,
Bremen im Dritten Reich, Bremen 1986

Mason, Timothy W.,
Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft.
Dokumente und Materialien zur deutschen
Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975

Matthias, Erich/Weber, Hermann (Hrsg.),
Widerstand gegen den Nationalsozialismus in
Mannheim, Mannheim 1984

Mausbach-Bromberger, Barbara,
Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main.
Gegen den Faschismus 1933–1945,
Frankfurt am Main 1976

Mehringer, Hartmut,
Die bayerische Sozialdemokratie bis zum
Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte,
Verfolgung und Widerstand,
in: M. Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der
NS-Zeit, Band V, München 1983, S. 287–432

Mehringer, Hartmut,
Die KPD in Bayern 1919–1945.
Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand,
in: M. Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der
NS-Zeit, Band V, München 1983, S. 1–286

Mensing, Björn/Prinz, Friedrich (Hrsg.),
Irrlicht im leuchtenden München?
Der Nationalsozialismus in der »Hauptstadt der
Bewegung«, Regensburg 1991

Meyer-Zollitsch, Almuth,
Nationalsozialismus und evangelische Kirche
in Bremen, Bremen 1985

Mooser, Josef,
Arbeiterleben in Deutschland. Klassenlagen,
Kultur, Politik, Frankfurt am Main 1984

Moraw, Franz,
Die Parole der »Einheit« und die Sozial-
demokratie. Zur parteiorganisatorischen und
gesellschaftspolitischen Orientierung der
SPD in der Periode der Illegalität und in
der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948,
Bonn-Bad Godesberg 1973

Morsch, Günter,
Arbeit und Brot. Studien zu Lage,
Stimmung, Einstellung und Verhalten der
deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37,
Frankfurt am Main 1993

Müller, Klaus-Jürgen (Hrsg.),
Der deutsche Widerstand 1933–1945,
Paderborn u.a. 1986

Müller, Roland,
Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus,
Stuttgart 1988

Naßmacher, Karl-Heinz,
Zerfall einer liberalen Subkultur.
Kontinuität und Wandel des Parteiensystems
in der Region Oldenburg, in: H. Kühr (Hrsg.),
Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen
und Wandlungen der Parteien im kommunalen
und regionalen Vergleich,
Meisenheim 1979, S. 29–134

Norden, Günther van/Wittmütz, Volkmar (Hrsg.),
Evangelische Kirche im Zweiten Weltkrieg,
Köln 1991

Obenaus, Herbert,
Niederlage und Erneuerung der Arbeiter-
bewegung: Das Konzept der »Sozialistischen
Blätter« (1933–1936), in: H.-D. Schmid (Hrsg.),
Zwei Städte unter dem Hakenkreuz.
Widerstand und Verweigerung in Hannover
und Leipzig 1933–1945, Leipzig 1994, S. 71–91

___ Paul, Gerhard,
»... gut deutsch, aber auch gut katholisch«.
Das katholische Milieu zwischen
Selbstaufgabe und Selbstbehauptung,
in: ders./Klaus-Michael Mallmann, Milieus
und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte
der Gesellschaft im Nationalsozialismus,
Bonn 1995, S. 25–152

___ Paul, Gerhard/Mallmann, Klaus-Michael,
Milieus und Widerstand.
Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft
im Nationalsozialismus, Bonn 1995

___ Peukert, Detlev,
Die KPD im Widerstand. Verfolgung und
Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933
bis 1945, Wuppertal 1980

___ Peukert, Detlev,
Die Weimarer Republik. Krisenjahre der
Klassischen Moderne,
Frankfurt am Main 1987

___ Peukert, Detlev,
Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde.
Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter
dem Nationalsozialismus, Köln 1982

___ Prinz, Michael/Zitelmann, Rainer (Hrsg.),
Nationalsozialismus und Modernisierung,
Darmstadt 1991

___ Projekt Zeitgeschichte im Kulturamt der
Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.),
Stuttgart im Dritten Reich. Anpassung,
Widerstand und Verfolgung.
Die Jahre von 1933 bis 1939, Stuttgart 1984

___ Pyta, Wolfram,
Gegen Hitler und für die Republik.
Die Auseinandersetzung der deutschen Sozial-
demokratie mit der NSDAP in der Weimarer
Republik, Düsseldorf 1989

___ Rauh-Kühne, Cornelia,
Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft.
Ettlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991

___ Reeken, Dietmar von,
Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn.
Eine Fallstudie zum Problem der historischen
Kontinuität am Beispiel der Städte Aurich
und Emden, Hildesheim 1991

___ Reichel, Peter,
Der schöne Schein des Dritten Reiches.
Faszination und Gewalt des Faschismus,
München 1991

___ Rohe, Karl,
Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland.
Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und
Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert,
Frankfurt am Main 1992

___ Rosenhaft, Eve,
Beating the Fascists? The German Communists
and Political Violence, 1929–1933,
Cambridge 1983

___ Sachse, Carola,
Freizeit zwischen Betrieb und Volks-
gemeinschaft. Betriebliche Freizeitpolitik im
Nationalsozialismus, in: Archiv für
Sozialgeschichte, 33 (1993), S. 305–328

___ Saldern, Adelheid von,
Arbeiterkulturbewegung in Deutschland in der
Zwischenkriegszeit, in: F. Boll (Hrsg.),
Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik.
Beiträge zum europäischen Vergleich
in der Zwischenkriegszeit, Wien u.a. 1986,
S. 29–70

___ Saldern, Adelheid von,
Häuserleben. Zur Geschichte des städtischen
Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute,
Bonn 1995

___ Saldern, Adelheid von,
Sozialmilieus und der Aufstieg des Nationalso-
zialismus in Norddeutschland (1930–1933),
in: F. Bajohr (Hrsg.), Norddeutschland im
Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 20–52

___ Schadt, Jörg/Caroli, Michael (Hrsg.),
Heidelberg unter dem Nationalsozialismus.
Studien zu Verfolgung, Widerstand und
Anpassung, Heidelberg 1985

___ Schmädeke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hrsg.),
Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus.
Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand
gegen Hitler, München-Zürich 1985

___ Schmid, Hans-Dieter (Hrsg.),
Zwei Städte unter dem Hakenkreuz.
Widerstand und Verweigerung in Hannover
und Leipzig 1933–1945, Leipzig 1994

___ Schmid, Hans-Dieter,
Der organisierte Widerstand der Sozialdemo-
kraten in Leipzig 1933–1945,
in: ders. (Hrsg.), Zwei Städte unter dem
Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in
Hannover und Leipzig 1933–1945,
Leipzig 1994, S. 26–70

__ Schmid, Hans-Dieter,
Zur Sozialstruktur des organisierten Widerstands der Arbeiterschaft in Hannover, in: F. Bajohr (Hrsg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 123–147

__ Schmiechen-Ackermann, Detlef,
Gemeindeleben und Konfliktverhalten im evangelischen »Kirchenkampf« in Hannover, in: H.-D. Schmid (Hrsg.), Zwei Städte unterm Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945, Leipzig 1994, S. 223–242

__ Schmiechen-Ackermann, Detlef,
Großstädte und Nationalsozialismus 1930–1945, in: H. Möller u.a. (Hrsg.), Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, München 1996, S. 253–270

__ Schneider, Werner-Georg,
Einige unter vielen. Die Illegalen Suhls 1933–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung gegen den Faschismus, Weimar 1948

__ Scholder, Klaus,
Die Kirchen und das Dritte Reich, 2 Bde., Frankfurt am Main u.a. 1977–1985

__ Schuengeler, Heribert,
Widerstand und Verfolgung in Mönchengladbach und Rheydt 1933–1945, Mönchengladbach 1985

__ Smula, Hans-Jürgen,
Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus. Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinghausen 1919–1933, Münster 1987

__ Sommer, Karl-Ludwig,
Bekenntnisgemeinschaft und bekennende Gemeinden in Oldenburg in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft, Hannover 1993

__ Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.),
Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 323)

__ Steinberg, Hans-Josef,
Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Hannover 1969

__ Stöver, Bernd,
Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993

__ Striefler, Christian,
Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993

__ Tenfelde, Klaus,
Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, in: M. Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Band IV, München-Wien 1981, S. 1–382

__ Vester, Michael u.a.,
Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993

__ Voges, Michael,
Klassenkampf in der »Betriebsgemeinschaft«. Die »Deutschland-Berichte« der Sopade (1934–1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: Archiv für Sozialgeschichte, 21 (1981), S. 329–383

__ Volk, Ludwig,
Katholische Kirche und Nationalsozialismus, Mainz 1987

__ Vollmer, Bernhard (Hrsg.),
Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936, Stuttgart 1957

__ Vollnhals, Clemens,
Die Evangelische Kirche zwischen Traditionswahrung und Neuorientierung, in: M. Broszat u.a. (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 113–165

__ Walter, Franz/Dürr, Tobias/Schmidtke, Klaus,
Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Bonn 1993

__ Weber, Hermann,
Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945, Köln 1963

___ Weber, Hermann,
Kommunistischer Widerstand gegen die Hitler-Diktatur 1933–1939, Berlin 1988

___ Weichlein, Siegfried,
Politische Kultur und Sozialmilieus im Regierungsbezirk Kassel 1920–1960, in: Th. Schiller/Th. v. Winter (Hrsg.), Politische Kultur im nördlichen Hessen, Marburg 1993, S. 84–124.

___ Wickert, Christl (Hrsg.),
Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A, Band 2), Berlin 1995

___ Winkler, Heinrich August,
Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin-Bonn 1988²

___ Winkler, Heinrich August,
Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Bonn 1990²

___ Wunderer, Hartmann,
Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt am Main-New York 1980

___ Zehnter, Annette,
Widerstand und Verfolgung in Bochum und Wattenscheid 1933–1945, Bochum 1992

___ Zofka, Zdenek,
Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande, München 1979

___ Zollitsch, Wolfgang,
Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990

Die Autorinnen und Autoren

Eiber, Ludwig,
Dr. phil., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter
an der Universität Hannover.

Franz, Thomas,
Diplom-Politologe, Promotionsstipendiat des
Graduiertenkollegs »Das neue Europa«
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin.

Gellately, Robert,
Dr., Professor für Deutsche Geschichte
am Huron College/University of Western Ontario,
London, Canada.

Herlemann, Beatrix,
Dr. phil., Historikerin, Mitarbeiterin wechselnder
Forschungsprojekte zur NS-Zeit.

Lehnert, Detlef,
Dr. phil. habil., Privatdozent an der
Freien Universität Berlin und Heisenberg-Stipendiat
der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Mallmann, Klaus-Michael,
Dr. phil. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin.

Marßolek, Inge,
Dr. phil. habil., Leiterin der
Forschungs- und Bildungsstätte zur Geschichte
der Arbeiterbewegung, Bremen.

Matthiesen, Helge,
M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Seminar für Politikwissenschaft
der Universität Göttingen.

Merk, Jan,
Historiker, Promotionsstipendiat an der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.

Otte, Hans,
Dr. phil., Leitender Archivdirektor
im Landeskirchlichen Archiv Hannover.

Paul, Gerhard,
Dr. phil., Professor für Geschichte und ihre Didaktik an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg – Universität, Geschäftsführender Direktor des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig.

Rauh-Kühne, Cornelia,
Dr. phil., Assistentin am Historischen Seminar der Universität Tübingen, Abteilung für Neuere Geschichte.

Rogge-Gau, Sylvia,
M. A., wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte des Fachbereichs Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin.

Schmiechen-Ackermann, Detlef,
Dr. phil. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Abteilung Historische Grundlagen der Politik.

Steinbach, Peter,
Dr. phil., Professor am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Abteilung Historische Grundlagen der Politik, Leiter der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte an der Freien Universität Berlin und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin.

Walter, Franz,
Dr. disc. pol., Politikwissenschaftler, Akademischer Rat am Seminar für Politikwissenschaft der Universität Göttingen.

Wirsching, Andreas,
Dr. phil. habil., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, München.

Zollitsch, Wolfgang,
Dr. phil., Historiker, Kraainem/Belgien.